

herausgegeben von
Thomas Schirmacher und Martin Warnecke

Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2020



Arbeitskreis
Religionsfreiheit - Menschenrechte -
Verfolgte Christen

Die Evangelische Allianz in Deutschland



Die Jahrbücher Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2015 bis 2019 stehen online unter <https://iirf.eu/journal-books/german-yearbooks/> zum Download bereit.



GEBENDE HÄNDE

Gesellschaft zur Hilfe für notleidende Menschen in aller Welt

Die Redaktion dieses Buches wird als Teil des Projektes „Menschenrechte/Religionsfreiheit“ von Gebende Hände gGmbH, Bonn, zur Information der Öffentlichkeit gesponsert. Ein Teil der Auflage wird deswegen kostenlos an Abgeordnete in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sowie an Politiker und Entscheidungsträger allgemein kostenlos abgegeben.

Jahrbuch

Verfolgung und Diskriminierung

von Christen 2020

Titelbild:

Im November trafen sich in Budapest, Ungarn, auf Einladung der Regierung Patriarchen, Erzbischöfe und andere kirchliche Würdenträger vor allem Kirchenführer aus dem Nahen und Mittleren Osten und anderen Hotspots der Verfolgung und Diskriminierung von Christen, mit Politikern, Journalisten und Menschenrechtsorganisation zur International Conference on Christian Persecution. In der ersten Reihe ist als sechster von rechts mit Stab der Patriarch der Syrisch-Orthodoxen Kirche, Moran Mor Ignatius Ephräm II. Karim, zu sehen. (Foto: © BQ/Martin Warnecke).

Studien zur Religionsfreiheit Studies in Religious Freedom

Band 35

Thomas Schirrmacher und Martin Warnecke (Hg.)
Jahrbuch Verfolgung und
Diskriminierung von Christen 2020

Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2020

**Jahrbuch zur
Christenverfolgung**

herausgegeben
für

den Arbeitskreis für Religionsfreiheit der
Deutschen und Österreichischen Evangelischen Allianz
und die Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit
der Schweizerischen Evangelischen Allianz, das
Internationale Institut für Religionsfreiheit und
die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte

von Thomas Schirmacher
und Martin Warnecke

Die Deutsche Bibliothek - CIP

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available on the Internet at <http://dnb.ddb.de>.

© 2020 bei den Verfassern der Beiträge und VKW

ISBN 978-3-86269-198-2

ISSN 1618-7865

Die Herausgeber sind zu erreichen über:
Martin Warnecke: martin.warnecke.ts@iirf.eu

Titelbild:

© BQ/Martin Warnecke

Druck: CPI, Leck

Umschlaggestaltung:

HC B Verlagsservice Beese, Friedensallee 76, 22765 Hamburg
www.rvbeese.de / info@rvbeese.de

Verlag für Kultur und Wissenschaft
Prof. Schirmmacher UG (haftungsbeschränkt)
Amtsgericht Bonn HRB 20699 / Börsenverein 97356
Geschäftsführer: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Thomas Schirmmacher
Friedrichstraße 38, 53111 Bonn, Fax +49/228/9 65 03 89
www.vkwonline.com / info@vkwonline.com

Inhalt

■ GELEITWORTE

Volker Kauder

**Gewalt gegen Christen. Religionsfreiheit
schützen – Hass bekämpfen** 11

Uwe Heimowski, Benjamin Egger

Geleitwort: Christenverfolgung auch bei uns? 14

Michael Brand

**„Das C in unserem Parteinamen ist eine
Provokation“ – Über den Einsatz gegen
Christenverfolgung und für Religionsfreiheit** 18

■ THEMATISCHE BEITRÄGE

Thomas Schirrmacher

**Hintergründe der Spaltung der
Orthodoxen Kirche – Konstantinopel vs. Moskau** 22

Abdulmesih BarAbraham

**Assyrische Christen im Irak und Syrien –
und die Wiederholung historischer Katastrophen
von Vertreibung und Genozid** 42

Christof Sauer

„Christenverfolgung“ – eine Frage der Definition 53

■ HISTORISCHES

Martin Tamcke

**Ein Brief des Lazarus Jaure aus dem
Frühjahr 1916 zu den Geschehnissen in Urmia** 58

Tessa Hofmann

Einzelfall oder Serienmord? 72

■ **LÄNDERBERICHTE**

Religious Liberty Commission of the Evangelical Fellowship of India

Hass und gezielte Gewalt gegen Christen in Indien 78

Franklin C. Thomas

**Dalit-Christen, die von Kastendiskriminierung
betroffen sind und keine Religionsfreiheit genießen** 93

Gerhard Arnold

**Die Not der irakischen Christen,
die Corona-Krise und die Perspektivlosigkeit** 115

Patrick Welter

Papstbesuch in Japan 128

Gudrun Kugler

**Die österreichische Nationalrätin
Gudrun Kugler im Einsatz gegen Christenverfolgung** 133

Kamal Sido

Die Lage der Christen in Syrien 143

Gerhard Arnold

**Die Türkei als schwere Bedrohung
für die Christen in Nordsyrien 2018 bis 2020** 162

Thomas Schirrmacher

**USA: Warum zählen Todd Johnson, PEW und die
meisten Medien nur „weiße“ Evangelikale und
unterschlagen die afroamerikanischen und
Latino-Evangelikalen?** 221

■ KLEINERE LÄNDERBERICHTE

Serena Bilanceri

**Geflüchteter Christ in Bremen:
„Ich dachte, hier wären wir frei“ 232**

Lela Gilbert

**Verschließt die Welt die Augen
vor einem christlichen Völkermord in Nigeria? 238**

kath.net

**China: Starker Anstieg der
Christenverfolgung nach Vatikanabkommen? 241**

Observatory on Intolerance against Christians

**Großbritannien: Iranischem Christen
und Familienvater droht Abschiebung
und Trennung von seiner Familie 244**

Forum 18

**Kasachstan: Konfiskation von zwei
Gebäuden christlicher Gemeinden in
der Hauptstadt Nursultan angeordnet 245**

Article18

**Mitglied der anglikanischen Kirche bei Wiederaufnahme
des Verfahrens zu dritter Haftstrafe verurteilt 247**

Weltweite Evangelische Allianz (WEA)

**Irak: Religionsfreiheit und der Status der
evangelikalen Kirchen [ICCPR Art. 18] 249**

Abdulmesih BarAbraham

**Das Masterprogramm Syrische Theologie
an der Universität Salzburg: Ein kurzer Überblick 251**

■ VERFOLGUNG UND DISKRIMINIERUNG

KIRCHE IN NOT

KIRCHE IN NOT hat Studie

„Verfolgt und vergessen?“ vorgestellt 255

Open Doors

Weltverfolgungsindex 275

Christof Sauer mit Unterstützung von Frans Veerman

Empfehlungen zum Gebrauch des

Weltverfolgungsindex (2020) 325

■ AUS DER PRESSEARBEIT DES IIRF

IGFM-Präsident mahnt Anerkennung des Genozids an den Pontosgriechen an 338; Erzbischof Anastasios ist einer der bedeutendsten Missions- und Religionswissenschaftler 340; „Europa hat der Evangelischen Allianz in Sachen Religionsfreiheit viel zu verdanken.“ 342; Die Weltweite Evangelische Allianz hat jetzt einen Botschafter bei der Russisch-Orthodoxen Kirche 344; Thomas Schirrmacher veröffentlicht ausführliche Kritik des „Handbuch Evangelikalismus“ 346; Schutzquote von Konvertierten seit Mitte 2017 drastisch gesunken 347; IIRF-Co-Direktor kommentiert Weltverfolgungsindex zur Situation von Christen 349; Doppel-Gastvorlesung in Kuala Lumpur 350; Färöer: Die kleinste Staatskirche der Welt 352;

■ MENSCHENRECHTS- UND HILFSORGANISATIONEN

I. Selbstdarstellungen 355

II. Werke der schweizerischen

Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit 366

Gewalt gegen Christen. Religionsfreiheit schützen – Hass bekämpfen

Volker Kauder



Volker Kauder, MdB, ist Jurist. Er war von 2005 bis 2018 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag. Seit 2018 ist er Beauftragter der Unionsfraktion für Wertethemen, Religionsfreiheit und den Einsatz gegen Christenverfolgung.



Dass Christen Opfer gezielter Gewalt sind, ist kein neues Phänomen. Vielmehr bilden Christen global betrachtet die am meisten verfolgte religiöse Gruppe überhaupt. So stellte auch der Bundestag bereits im Herbst 2018 fest: *„Mit einem Anteil von rund 31,4 Prozent der Weltbevölkerung berufen sich mehr Menschen auf das Christentum als auf jede andere Religion oder Glaubensgemeinschaft. Auf keine andere Religionsgemeinschaft entfallen mehr Verfolgte.“* (Drucksache 19/5041) Das Pew Research Center, das in regelmäßigen Berichten den weltweiten Stand der Religionsfreiheit dokumentiert, stellte zuletzt fest, dass insbesondere das Ausmaß an staatlichen Eingriffen in die Religionsfreiheit weiter zugenommen hat. In über 50 Staaten bestehen hohe oder sehr hohe Einschränkungen. Dazu zählen einerseits konkrete Gesetze und Erlasse, durch die einzelne Religionsgemeinschaften besonders schikaniert werden. Aber auch die politische Bevorzugung bestimmter Religionsgemeinschaften gegenüber anderen ist eine oft zu beobachtende Verletzung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit.

Die Situation christlicher und anderer religiöser Minderheiten hat sich insbesondere in Asien zuletzt weiter verschärft. In Indonesien, dem größten muslimischen Land der Welt, gewinnt ein wahabitisch geprägter Islam an gesellschaftlichem Einfluss. Damit wird die friedliche Koexistenz verschiedener

Konfessionen und Religionen zunehmend gefährdet. Die in der Verfassung gründenden Prinzipien von Demokratie, Humanismus und sozialer Gerechtigkeit werden in Frage gestellt.

Ein weiteres Land, dessen kulturelle und verfassungsrechtliche Tradition von Toleranz und Gleichberechtigung einer wachsenden Gefahr ausgesetzt ist, ist Indien. Dort warten Christen noch immer auf eine faire juristische Aufarbeitung und den Erhalt zugesagter Entschädigungszahlungen im Zusammenhang der brutalen Ausschreitungen in Odisha im Jahr 2008. Eine weitere Verschärfung erfuhr das religionspolitische Klima in Indien durch die Popularisierung von Elementen der Hindutva-Ideologie, die Religion und nationale Identität in gefährlicher Weise miteinander verknüpft und für die Ausgrenzung von Christen, aber besonders auch Muslimen sorgt. Durch Anti-Konversionsgesetze wird es Menschen dort zunehmend erschwert, von ihrem Recht auf Religionsfreiheit Gebrauch zu machen. Auch wenn es bislang kaum Verurteilungen aufgrund dieser Gesetze gab, so erzeugt doch bereits ihre bloße Existenz ein Klima der Angst und des Misstrauens. Die christlichen Dalits in Indien verlieren hier doppelt: Als Dalits gehören sie in der Logik des Kastensystems zu den Unberührbaren und werden oftmals verächtlich behandelt und ausgegrenzt. Wenn sie zum Christentum konvertieren, etwa weil sie sich dort als Person in ihrer Würde ernstgenommen fühlen, verlieren sie ihren Anspruch auf die Fördermittel und -programme. Die Kernpflicht eines Staates ist es, seine Bürger – unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit oder ihrem Platz im Kastensystem – vor Gewalt und Diskriminierung zu schützen. Dort, wo ein Staat dies nicht tut und zu befürchten ist, dass das Recht auf Religionsfreiheit im Sinne des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) gefährdet wird, ist auch die internationale Gemeinschaft und mit ihr auch Deutschland in der Pflicht. Perspektivisch müssen wir dabei für uns konkretisieren, was eine wertegeleitete Außen- und Sicherheitspolitik in diesem Zusammenhang bedeutet. Der Einsatz für Religionsfreiheit sowie der Schutz religiöser Minderheiten und entsprechende Wege der Umsetzung müssen nicht nur auf nationaler, sondern auch internationaler Ebene auf die politische Agenda gebracht werden.

Ein Instrument für einen solchen Austausch ist beispielsweise das *International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief (IPPFoRB)*. Dieses internationale Netzwerk von Parlamentariern, das sich für Religionsfreiheit einsetzt, traf sich zuletzt in Singapur und nahm besonders die Situation der Religionsfreiheit in Asien in den Fokus. Als entscheidende Herausforderung wurde unter anderem der politische Umgang mit „hate speech“ gegen religiöse Minderheiten in sozialen Netzwerken identifiziert. Eine gemäßigte Diskussionskultur wird auf einschlägigen Plattformen immer weiter durch ein enthemmtes Klima des offenen Hasses verdrängt, die Möglichkeit der

Anonymisierung leistet hierzu ihren Beitrag. Der Hass im Netz mag nur aus Worten bestehen, aus ihm werden aber zunehmend auch Taten. Hier müssen wir gemeinsame Strategien entwickeln, Sensibilisierung schaffen und Social-Media-Kompetenz fördern. Eine gute Grundlage für die Bekämpfung von Hass gegen Religionsgemeinschaften im Internet wurde mit dem „Rabat Plan of Action“ bereits 2013 vorgelegt.

Um das Recht auf Religionsfreiheit zu schützen, kommt es darauf an, dass wir nicht erst reaktiv handeln, also dann, wenn es bereits zu Übergriffen auf Religionsgemeinschaften kam. Wir müssen uns gemeinsam auch für eine wirksame Prävention einsetzen. Das heißt: Für das Recht auf Religionsfreiheit werben, nicht müde werden zu betonen, dass dieses Recht entscheidend für eine Koexistenz in Frieden, Sicherheit und Wohlstand ist. Es bedeutet auch, zu vermitteln, wo die Grenzen des Sagbaren verlaufen und dass die Entwürdigung anderer niemals tolerabel ist – weder in der analogen, noch der digitalen Wirklichkeit. Wenn wir den internationalen, politischen Einsatz für das Recht auf Religionsfreiheit durch präventive Strategien und zivilgesellschaftliches Engagement flankieren, gibt es eine echte Chance für ein besseres Morgen.

Geleitwort: Christenverfolgung auch bei uns?

Uwe Heimowski, Benjamin Egger



Uwe Heimowski, Jahrgang 1964, ist verheiratet und hat fünf Kinder. Ausbildung zum Erzieher, Studium der Theologie in Hamburg, Basel, Leipzig, Halle, Diplomtheologe. 1999 Aufbau einer WG für suchtkranke Jugendliche, parallel ab 2001 bis heute Gemeindereferent (Pastor) der EFG Gera. Nebenberuflich Dozent für Sozial- und Wirtschaftsethik (BA Gera). Seit 2009 Referent für Menschenrechte beim MdB Frank

Heinrich. Ab 10/2016 Beauftragter der Deutschen Evangelischen Allianz beim Deutschen Bundestag und der Bundesregierung.



Benjamin Egger (24 Jahre) lebt mit seiner Frau in Gießen und war Praktikant im Berlin Büro der EAD. Er studiert „Gesellschaft und Kulturen der Moderne“ im Master an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Im Bachelor studierte er Politische Wissenschaft und Ethnologie an der Karl-Ruprechts-Universität Heidelberg und engagiert sich seit 2016 mit dem Verein Hilfe konkret e.V. in der Balkanregion.



Christenverfolgung ist ein unbestrittener Fakt. Was zu Zeiten der Urgemeinde begann, ist bis heute für viele Christen weltweit traurige Realität. Man kann dabei über Definitionen, über Statistiken und über die Methoden der Erhebung von Zahlen diskutieren. Niemand wird aber in Frage stellen, dass Christen in Nord-Korea, in China, in Saudi-Arabien und vielen anderen Ländern Opfer von Diskriminierung und Verfolgung sind.

Strittiger ist die Frage, ob es auch „bei uns“, also in Deutschland Christenverfolgung gibt.

Auf Initiative des damaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) wurden 2017 erstmals christenfeindliche Straftaten gesondert erfasst. 14 an der Zahl waren es im ersten Berichtszeitraum.

Damals kommentierte ich diese Statistik so: „Die Fakten liegen vor und es lässt sich nicht mehr unter den Teppich kehren: Christenverfolgung ist auch in Deutschland eine bittere Wirklichkeit“, konstatiert der Politikbeauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA), Uwe Heimowski.¹ Eine Debatte folgte. Es sei, so der am häufigsten vorgebrachte Widerspruch, eine deutliche Überzeichnung, angesichts der kleinen Zahl bereits von Christenverfolgung zu sprechen.

Grund genug, sich dem Thema ausführlicher zuzuwenden. Colin Bergen und Christof Sauer haben das in ihrem Beitrag „Christenverfolgung – auch bei uns?“² getan.

Im Rahmen dieses Geleitwortes kann und soll es dabei nur um einige wenige Aspekte gehen:

1) Festgestellt haben die Autoren Verfolgung im Kontext von Konversion bei Migrant*innen, ohne dabei jedoch ein festes Schema konstatieren zu können:

„Ob aufgrund von Konversion im konkreten Fall Verfolgung eintritt, hängt dabei von verschiedenen Faktoren ab, wie der Gemeinschafts- und Traditionsorientierung der Herkunftskultur, dem Grad der Restriktion und Gewaltbereitschaft der verlassenen weltanschauliche Formation, aber auch der individuellen Orientierung der jeweiligen Familie und nicht zuletzt dem weisen und nicht-provozierendem Verhalten des Konvertiten bzw. der Konvertitin.“ (S. 46)

Problematisch kann nach Auffassung von Bergen / Sauer auch die Situation traditioneller Christen sein, die bereits in ihren Herkunftsländern Verfolgung erlebt haben, wenn sie als Flüchtlinge nach Deutschland kommen: „Christen, die vor christenfeindlicher Verfolgung fliehen, sind in Deutschland nicht automatisch sicher. Die Verfolgung wandert potentiell mit, sofern das Umfeld der Gefährdeten ebenfalls migriert oder sie von Anhängern der gleichen Ideologie umgeben sind, wie in ihrem Herkunftsland.“ (S. 47)

¹ <https://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/gesellschaft/christenverfolgung-auch-in-deutschland-bittere-wirklichkeit/>

² Bergen, Colin; Sauer, Christof. Christenverfolgung – auch bei uns? Ausgrenzung, Benachteiligung und Bedrohung um des Evangeliums willen. In: akzente für Theologie und Dienst. 2/2018. S. 45–54.

- 2) Weiterhin stellen die Autoren fest, dass auch öffentliche Diskurse christenfeindliche Tendenzen annehmen können, wenn diese ideologisch motiviert sind:

„Durch religiöse oder weltanschauliche Ideologie motivierte Drohungen gegen Christen können nicht einfach als harmlose Behauptungen von Spinne[n] abgetan werden, selbst wenn ihre Begründungen abstrus erscheinen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Drohungen da, wo sich die Möglichkeit ergibt, in die Tat umgesetzt werden.“ (S. 48)

„[...] zeigt sich die Macht öffentlicher Diskurse, die für Christen zunehmend ein Hindernis darstellt, ihre Gewissensüberzeugungen auszusprechen und im öffentlichen Leben auszuüben. Hintergrund für diese Dynamik ist häufig ein mit Absolutheitsanspruch vertretenes Toleranz- und Akzeptanzverständnis, das paradoxerweise selbst in Intoleranz und Exklusion ausschlägt.“ (S. 50)

„[...] darf man die Augen nicht vor den Versuchen verschließen, die Religion und den Glauben in Form eines zunehmend aggressiven Säkularismus aus der Öffentlichkeit zu verdrängen und dabei auch Christen zu marginalisieren.“ S. 52

- 3) Die Autoren weisen andererseits auf eine Gefahr hin, die durch eine zu starke Betonung des „Verfolgung auch bei uns“ entstehen kann:

„Das um ein Vielfaches höhere Maß der Bedrängnis anderer Teile der Christenheit darf nicht durch Überstrapazierung gewisser Vokabeln bagatellisiert werden.“ (S. 52).

Mit andern Worten: Wer jedem Problem, das ein einzelner Christ hat, sofort das Etikett Christenverfolgung anklebt, relativiert und bagatellisiert diese Lebenswirklichkeit derjenigen, die mit massiven Einschnitten und Diskriminierungen leben müssen. Außerdem: durch die zu starke Betonung von Einzelfällen kann ein verzerrtes Bild der Gesamtsituation entstehen.

- 4) Und schließlich mündet der Text in eine menschenrechtliche Einordnung der Christenverfolgung im Rahmen der Religionsfreiheit.

„Christen haben jedes Recht für die eigene Religionsfreiheit und gegen Diskriminierung und Feindlichkeit einzutreten. Am besten geschieht dieser Einsatz jedoch für alle Religionsgruppen (sowie Religionslose) zugleich, da Menschenrechte unteilbar sind. Dabei kann man auch gut Verbündete

gewinnen. Überhaupt sollten im öffentlichen Gespräch christenfeindliche Vorfälle nicht isoliert, insbesondere im größeren Kontext religiös oder politisch motivierter Kriminalität betrachtet werden. Auch Antisemitismus, Islamfeindlichkeit oder Atheistenfeindlichkeit sind teilweise weit verbreitet und äußern sich in entsprechend hohen Zahlen von Anfeindungen.“ (S. 52f)

Fassen wir zusammen: Christenverfolgung ist auch in Deutschland ein Thema. Insbesondere bei Migrant*innen, und dort vor allem im Kontext der Konversion. Öffentliche Diskurse werden schärfer, Christen bzw. christliche Werte dabei häufiger Ziele von verbalen Anfeindungen.

Dennoch empfiehlt sich, beim Gebrauch des Begriffs Christenverfolgung im Zusammenhang mit der Lage in Deutschland zurückhaltend zu sein.

Der Einsatz für verfolgte Christen soll im Kontext der Religionsfreiheit erfolgen.

In diesem Sinne wünschen wir diesem Jahrbuch weite Verbreitung, um die Debatte zu beleben, und die Lage – nicht nur – der verfolgten Christen zu verbessern.

„Das C in unserem Parteinamen ist eine Provokation“ – Über den Einsatz gegen Christenverfolgung und für Religionsfreiheit

Michael Brand



Geboren am 19. November 1973 in Fulda; evangelisch; verheiratet; drei Kinder. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2005. Seit Januar 2017 ist er Menschenrechtspolitischer Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. (Foto: © Tobias Koch)



Quelle: Plenarprotokoll Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 59. Sitzung Berlin, 19. Oktober 2018

Michael Brand (Fulda) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Das C in unserem Parteinamen ist eine Provokation.“ –

Dieser Satz eines ehemaligen CDU-Generalsekretärs hat eine wichtige Bedeutung für unsere heutige Debatte. Die Provokation des C bedeutet nämlich, dass wir dem christlichen Menschenbild verpflichtet sind, und das christliche Menschenbild bedeutet, dass wir allen Menschen verpflichtet sind, nicht alleine den Christen. Das C ist für uns auch ein Leitfaden unseres politischen Handelns.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, übrigens das, was uns von denen unterscheidet, die über Christen reden und die das Reden über Christenverfolgung nicht etwa aus religiösen Gründen, sondern aus politischen Gründen auf die Agenda heben. Denen geht es um Spaltung; denen geht es um Hass.

(Widerspruch bei der AfD)

Das hat die Bemerkung zu Frau Kollegin Özoğuz eben gezeigt. Uns geht es um das Gegenteil: um das friedliche Miteinander.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema Christenverfolgung lässt sich auch keineswegs auf einen Kulturkampf zwischen Christentum und Islam reduzieren, wie mancher behauptet – auch um bewusst zu spalten. Mir spricht so aus dem Herzen der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick, der formuliert hat:

Unser Einsatz für die Christen ist exemplarisch, aber nicht exklusiv.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Christen sind die größte Gruppe der Gläubigen auf diesem Globus. Sie zählen auch die größte Zahl der Verfolgten. Insbesondere in intoleranten Ländern – ob kommunistisch, islamistisch oder nationalistisch – zählen sie als Minderheit zu den Verfolgten dieser Erde. „Leben und leben lassen, glauben und glauben lassen“, so treffend hat es der in Kairo geborene und heutige Bischof der koptischen Christen in Deutschland, Bischof Damian, der dort oben sitzt, kürzlich in einem persönlichen Gespräch gesagt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auf der Tribüne sitzen gesuchte wie geschätzte Gesprächspartner, die Vertreter von vielen Religionsgemeinschaften, insbesondere der christlichen Religionsgemeinschaften. Auch Jesiden, Juden, Muslime, die so starker Verfolgung weltweit unterworfen sind, hören uns zu. Wir freuen uns, dass Sie da sind. Wir werden gleich nach der Debatte auf Einladung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Ralph Brinkhaus die Gelegenheit zum Austausch haben. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will angesichts auch der Teilnahme von Jesiden sagen: Wir freuen uns, dass eine Jesidin, eine zerbrechliche und eine mutige Frau, Nadia Murad, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wird. Sie hat die Hölle erlebt. Sie setzt sich heute für andere ein. Noch über 3 000 Frauen sind versklavt in IS-Gefangenschaft. Auch die müssen befreit werden, und die Täter müssen vor einem internationalen Gericht zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Jürgen Braun [AfD] und Stefan Liebich [DIE LINKE] – Zuruf von der AfD: Die Täter holen Sie doch hier nach Deutschland!)

Liebe Gäste, keiner von Ihnen und kein wahrer Gläubiger wird auch nur einen Gedanken daran verschwenden, den Schutz von bedrohten Minderheiten zu einer billigen polemischen Münze in einer innenpolitischen Debatte umfälschen zu wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nein, wer die verfolgten Christen wirklich schützen will, der muss konkret arbeiten. Diese Koalition tut das.

(Zurufe von der AfD)

Ich will an dieser Stelle ganz besonders Volker Kauder für seinen langjährigen Einsatz und auch für seinen künftigen Einsatz danken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Viele aus der Opposition tun das. Wir haben im Koalitionsvertrag Ziele festgelegt, die dem Schutz verfolgter religiöser Minderheiten dienen. Neu ist ein Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel, der gleich das Wort ergreifen wird. Ich verweise auch auf unseren Stephanuskreis; Heribert Hirte wird sich gleich zu Wort melden. Es wird künftig einen Bericht über die weltweite Lage der Religionsfreiheit mit einem systematischen Länderansatz geben. Das ist was Neues. Das wird sich auch in der konkreten Politik widerspiegeln, und es spiegelt sich eben auch in unserem Antrag wider, den Sie vorliegen haben: „Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit stärken“. Er umfasst sieben Seiten und enthält sehr konkrete Forderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die deutsche Außenpolitik ist eine Außenpolitik mit menschlichem Gesicht. Wir setzen uns international mehr als viele andere Länder für Verfolgte ein, besonders auch für Verfolgte, die ihres Glaubens wegen verfolgt werden, und das tun wir nicht als Regierung oder als Opposition; wir tun dies als Bundestag insgesamt. Es zählt zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland, dass wir uns für Menschenrechte – und die Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht – weltweit einsetzen. Das ist ein großes und ein wertvolles Gut dieses Landes.

Verfolgung von religiösen und anderen Minderheiten geht zurück auf Ausgrenzung und Intoleranz. Wer sich gegen Hass auflehnt, wer für Toleranz und Miteinander statt für Ausgrenzung kämpft, der tut aus meiner Sicht ein christliches und – auch das möchte ich sagen – ein gottesfürchtiges Werk.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wer aus ehrlichen Motiven den Schutz von christlichen und anderen Minderheiten verbessern will, der ist uns willkommen. Wer aber unaufrichtig und mit der Absicht, zu spalten, das Elend der Schutzlosen missbraucht,

(Widerspruch bei der AfD)

der trifft auf unsere Ablehnung und auf unseren aktiven Widerstand.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Norbert Müller [Potsdam] [DIE LINKE] – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Jetzt ist mal gut mit der Spalterei! Mein Gott! Furchtbar!)

Ich appelliere bei diesem sehr grundsätzlichen Thema an alle Religionsgemeinschaften, an alle politischen Gruppierungen und an alle Menschen guten Willens:

Lassen Sie uns gemeinsam für Verfolgte eintreten, so wie wir das auch bisher getan haben! Lassen Sie uns den Dialog der Religionsgemeinschaften fördern, um immer mehr Verständnis zu fördern und immer weniger Ausgrenzung zu erlauben! Unterstützen wir in allen Ländern diejenigen, die in der Mehrheit sind, nämlich solche, die als Christen, als Juden, als Muslime, als Buddhisten, als Hinduisten oder andere wissen, wie wertvoll der Glaube ist, und deshalb so großen Respekt vor denjenigen haben, die ihren Glauben auch praktizieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will mit einer Begebenheit enden.

Als Papst Franziskus vor einigen Jahren Albanien besuchte und ein älterer Mann in traditioneller Kleidung gefragt wurde, ob er denn auch zur Begrüßung des Papstes komme, antwortete er – er war ganz offensichtlich ein Muslim – freudestrahlend: Natürlich werde ich den Papst begrüßen. Ich muss nur noch vorher in die Moschee, um zu beten, und dann gehe ich auf die Straße, um ihn zu begrüßen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Millionen solcher Beispiele, die nicht nur die Verfolgung von Christen und anderen Minderheiten, sondern eben das Miteinander und den Schutz füreinander dokumentieren.

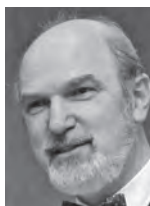
Lassen Sie uns gemeinsam, Christen wie Nichtchristen, weiterarbeiten. Wir dürfen nicht aufhören, uns für eine Welt einzusetzen, in der wir Brüder und Schwestern im Glauben sind und in der wir die Freiheit der anderen schützen, Glauben auch zu praktizieren. Das Wichtigste daran ist, wieder und wieder das gute Beispiel zu setzen und immer wieder den Hass und die Ausgrenzung zu bekämpfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hintergründe der Spaltung der Orthodoxen Kirche – Konstantinopel vs. Moskau

Thomas Schirmmacher



Prof. Dr. phil. Dr. theol. Thomas Schirmmacher, PhD, DD (geb. 1960) ist Präsident des Internationalen Rates der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und Stellvertretender Generalsekretär (für zwischenkirchliche und interreligiösen Beziehungen und für Religionsfreiheit) der Weltweiten Evangelischen Allianz, die 600 Mio. Protestanten vertritt. Er ist zudem Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn, Kapstadt, Colombo, Sao Paulo) und Professor für Religionssoziologie an der staatlichen Universität des Westens in Timisoara, Rumänien.



Ostkirchen und Westkirchen

Mit den westlichen Kirchen haben die orthodoxen Kirchen die ersten sieben Konzile gemeinsam, von denen das letzte 787 in Nikaia/Nizäa, heute Iznik, in der Nähe des heutigen Istanbul stattfand („Nizäa II“). Danach kam es zu einer zunehmenden Entfremdung, die 1054 in der gegenseitigen Verbannung des Oberhauptes der jeweils anderen Kirche gipfelte – das Schisma zwischen Ost- und Westkirche. Aus diesem Anlass hatten die Oberhäupter der orthodoxen Kirchen letztmalig einen gemeinsamen Beschluss gefasst – also vor fast 1000 Jahren.

1965 hob Papst Paul VI. am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils die Verurteilung des Ökumenischen Patriarchen auf. Seitdem gilt das Schisma von 1054 im Prinzip als beendet, auch wenn die meisten orthodoxen Kirchen die Katholische Kirche nicht als „Kirche“ anerkennen – die protestantischen Kirchen sowieso nicht.



Bischof Nik Nedelchevs, Botschafter der WEA für die orthodoxen Kirchen, im Gespräch mit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus und Bischof Thomas Schirmmacher 2019 (Foto: © BQ/Warnecke).



Thomas Schirmmacher gratuliert Erzbischof Anastasios Yannoulatos (90) im Aachener Dom zum Empfang des Klaus-Hemmerle-Preises 2020 (Foto: © BQ/Esther Schirmmacher).

Die orthodoxen Kirchen haben teilweise der Ökumenischen Bewegung viel gegeben, aber es gelingt ihnen nicht, denselben Schwung zwischen ihren eigenen Kirchen zu entfachen.

Erzbischof Anastasios (Yannoulatos), Oberhaupt der Autokephalen Albanisch-Orthodoxen Kirche (<https://www.bucer.de/ressource/details/bonner-querschnitte-222020-ausgabe-640.html>), warnte am 27.11.2019: „Die ethno-rassische Fragmentierung (in Griechen, in Slawen, und in die, die harmonische Beziehungen mit Allen wollen) zerstört den multinationalen, multikulturellen und ökumenischen Charakter der Orthodoxie.“ („The resulting ethno-racial fragmentation (into Greeks, Slavs, and those who desire harmonious relations with all) deals a grave blow to the multinational, multi-cultural, and ecumenical character of Orthodoxy.“, <https://orthochristian.com/125886.html>)

Die Weltweite Evangelische Allianz und die Orthodoxen Kirchen

Die Weltweite Evangelische Allianz (WEA) unterhält gute Beziehungen zu den Oberhäuptern aller orthodoxen Kirchen und setzt sich intensiv für unterdrückte orthodoxe Kirchen in aller Welt ein. Für die WEA hat unser *Office of Intrafaith and Interfaith Relations* (OIIR) einen Botschafter beim Ökume-



Kyryll I., Patriarch von Moskau und ganz Rus, nimmt die Berufung von Dr. Vitaly Vlasenko entgegen (Foto: © BQ/Thomas Schirrmacher).



Im Gespräch mit dem Russisch-Orthodoxen Patriarchen in Baku, Aserbaidtschan, 2019 (Foto: © BQ/Martin Warnecke).

nischen Patriarchen in Konstantinopel/Istanbul und einen Botschafter beim Russisch-Orthodoxen Patriarchen (als Haupt einer weltweit verbreiteten Kirche).

Ich selbst habe praktisch alle Patriarchen persönlich kennengelernt, mit einigen treffe ich mich ziemlich regelmäßig, mit dem Ökumenischen Patriarchen bisher elfmal, neben Istanbul auch in Wien, Genf oder bei seinem Besuch bei uns in Bonn. Ich war oft im Moskauer Patriarchat und habe den Patriarchen in Baku getroffen. Bei einer Vatikansynode saß ich drei Wochen neben dem Oberhaupt der Estnisch-Orthodoxen Kirche. Zusammen mit Titus Vogt war ich beim „Holy and Great Council“ der Orthodoxen Kirchen auf Kreta. Ich habe mit den Häuptionen aller Kirchen in der Ukraine gesprochen, mit dem mit Moskau verbundenen Metropoliten ebenso wie mit dem ‚abtrünnigen‘ Patriarchen Filaret. Als sich der Papst und der Russisch-Orthodoxe Patriarch in Kuba trafen, war ich zusammen mit Dr. Richard Howell (Neu-Delhi) zeitgleich in der Abteilung für Außenangelegenheiten der Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau, um live von Archimandrit Philaret Bulekov, Vizepräsident des Russian Orthodox Church Department of External Church Relations, über die Ergebnisse des Gespräches informiert zu werden. (<https://www.bucer.de/ressource/details/bonner-querschnitte-222016-ausgabe-417.html>; <https://www.bucer.de/ressource/details/bonner-querschnitte-442016-ausgabe-439.html>).

All das sei nur gesagt, um zu zeigen, dass wir uns sehr für die Orthodoxen Kirchen interessieren und ihre Sichtweisen aus erster Hand kennen, auch zu den gegenwärtigen Entwicklungen in der Ukraine.

Nichts von dem folgend Gesagten soll eine überhebliche westliche oder evangelikale Sichtweise an den Tag legen, zumal wir Protestanten im allgemeinen und wir Evangelikalen im besonderen sicher Weltmeister im Spalten von Kirchen sind. Es geht auch nicht darum, für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen. Es geht nur um den Versuch, Außenstehenden verständlich zu machen, was vor sich geht.

Minsk 15.10.2018: Die Russisch-Orthodoxe Kirche verurteilt den Ökumenischen Patriarchen

Die „Heilige Synode“ der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), das heißt die Vollversammlung der Bischöfe, hat sich am 15. Oktober 2018 in Minsk versammelt und hat die Abendmahlsgemeinschaft mit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I. und allen, die ihm unterstellt sind (einschließlich der Laien), aufgehoben, was auch die Griechisch-Orthodoxe Kirche in Deutschland unmittelbar betrifft. Minsk, die Hauptstadt von Weißrussland (Belarus), wurde bewusst gewählt, da sie neben Kiew in der Ukraine die zweite Hauptstadt eines Landes ist, das die ROK zu ihrem Kernbestand zählt. Der Grund dafür, dass es in Weißrussland keine Absetzbewegung wie in der Ukraine gibt, liegt wohl vor allem daran, dass der Präsident und Autokrat des Landes, Alexander Lukaschenko (Aljaksandr Lukaschenka), dies verhindert.

Das lange, offizielle Schreiben der ROK kündigt dem Ökumenischen Patriarchen die Eucharistiegemeinschaft auf, da er sich in Gemeinschaft mit einer Ukrainischen Kirche begibt, die von der ROK exkommuniziert wurde. Daneben spricht die ROK Patriarch Bartholomäus jedes weitere Recht ab, die autokephalen orthodoxen Kirchen zu koordinieren. Auch wenn der Traum von Moskau als dem dritten und eigentlichen Rom, das Konstantinopel ersetzt, ein halbes Jahrtausend alt ist: Unter Berufung auf die Tradition wird gewissermaßen die Urtradition der Orthodoxen außer Kraft gesetzt. Der erste Schritt war schon durch das Nichterscheinen der ROK beim „Heiligen und Großen Konzil“ in Kreta im Juni 2016 getan, auch er beinhaltete schon den Vorbehalt, dass der Ökumenische Patriarch, der laut Tradition alleine ein solches Konzil einberufen kann, eigentlich doch nicht dazu befugt sei.

Die ersten Plätze der Ehrenreihenfolge der Patriarchatssitze lauten: Konstantinopel (heute Istanbul) – Alexandrien (heute Kairo) – Antiochien (Türkei, Sitz inzwischen verlegt nach Damaskus, Syrien) – Jerusalem – Moskau. In der Gottesdienstliturgie wurde immer schon für das jeweilige Oberhaupt der Kirche und zudem für den Ökumenischen Patriarchen gebetet. Bartholomäus hier zu streichen, hat eine hohe emotionale Bedeutung und ist eine

de facto-Erklärung, dass er nicht mehr als Oberhaupt angesehen wird. Allerdings werden die meisten Gottesdienstbesucher diese Änderung nicht bemerken, wenn sie nicht vorher darauf hingewiesen werden.

Was war eine halbe Woche vorher geschehen?

Istanbul 11.10.2018: Patriarch Bartholomäus

Es war dabei ein geschickter Schachzug von Bartholomäus, mit dem die ROK so sicher nicht gerechnet hatten, einen 332 Jahre alten Beschluss seines Amtsvorgängers aufzuheben. Der Beschluss vom 11.10.2018 nimmt die Entscheidung zurück, die in einem Schreiben von 1686 gefällt wurde, dass die Metropole von Kiew dem Moskauer Patriarchat unterstellt wird. („Announcement 11/19/2019“, <https://www.patriarchate.org/-/communiq-1>).

Mit der Ankündigung der Wiederherstellung der Autokephalie für die Orthodoxe Kirche in der Ukraine hob Bartholomäus automatisch auch die 1997 von Moskau verhängte Exkommunikation über Patriarch Philaret und Metropolit Makarij und deren Bischöfe, Priester und Gemeindeglieder auf.

Die Ukrainer, die zur „Ukrainisch-Orthodoxen Kirche“ unter Patriarch Filaret und zur (viel kleineren) „Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche“ unter Metropolit Makarij gehören, werden sich jedenfalls gefreut haben, dass sie von der Exkommunikation, vom Kirchenbann befreit wurden. Denn der Kirchenbann galt ausdrücklich nicht nur für den Patriarchen, die Bischöfe und die Priester, sondern für alle Gläubigen.

Es war dabei längst erwartet worden, dass der Ökumenische Patriarch versucht, der ROK Grenzen aufzuzeigen. Spätestens seit dem Nichterscheinen der ROK auf dem Heiligen und Großen Konzil auf Kreta im Jahr 2016 war klar, dass die Gegensätze unüberbrückbar sind und die ROK nicht zum Kompromiss bereit ist. Mehrfach hat die ROK den Ökumenischen Patriarchen bloßgestellt. Patriarch Bartholomäus I. wäre von der ROK so oder so ins Aus befördert worden. Warum also sollte Bartholomäus nicht die einzige Autorität nutzen, die die Tradition dem Ökumenischen Patriarchen gegeben hat? Denn Geld oder potente politische Partner hat er im Gegensatz zur ROK schon lange nicht mehr.

Allerdings hat keine der anderen zwölf autokephalen Kirchen der Autokephalie für die neue ukrainische Kirche zugestimmt. Erst mit großem zeitlichen Abstand stimmte kürzlich in einer umstrittenen Entscheidung die orthodoxe Kirche Griechenlands mit Sitz in Athen und der Patriarch von Alexandrien zu.



Thomas Schirmmacher mit einer Delegation bei den Metropolitern mehrerer Erdteile des Ökumenischen Patriarchats in Istanbul, in der Mitte Patriarch Bartholomäus I. 2018 (Foto: © BQ/Martin Warnecke).

In der Ukraine sind seit der Unabhängigkeit russlandorientierte Präsidenten und Politiker auf Seiten der ROK in der Ukraine gewesen, westlich orientierte Präsidenten und Politiker auf Seiten der von ROK unabhängigen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche.

Der frühere Patriarch der unabhängigen orthodoxen Kirche in der Ukraine, Filaret Denysenko, war 1962 bis 1966 Bischof für Wien und Österreich und seit 1967 Metropolit von Kiew der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK). 1990 war er kurzzeitig kommissarisches Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, wurde dann aber nicht gewählt. 1992 verließ er die ROK und initiierte die „Ukrainisch-Orthodoxe Kirche“, war bis 1995 Stellvertreter der beiden Patriarchen dieser Kirche und wurde dann 1995 selbst zum Patriarchen gewählt. 1997 wurde er von der ROK unter den Kirchenbann gestellt. 2014 unterstützte er den Euromaidan.

Erstaunlich war nun, dass der Ökumenische Patriarch offensichtlich die Rechnung ohne Filaret aufgemacht hat. Oberhaupt der aus drei Teilen zusammengesetzten neuen autokephalen Kirche sollte offensichtlich ausdrücklich nicht Filaret werden, stattdessen wurde ein recht junger Metropolit zum neuen Oberhaupt gewählt.



Beim Heiligen und Großen Konzil der orthodoxen Kirchen im Anschluss an den Eröffnungsgottesdienst in Verkündigungskirche in Kissamos am 18.6.2016 mit Theodoros II., Patriarch von Alexandrien (Foto: © BQ/Titus Vogt).



Zwei Bonner in Kreta: Gespräch mit Augoustinos, Metropolit von Deutschland, Exarch von Zentraleuropa beim Heiligen und Großen Konzil der orthodoxen Kirchen auf Kreta 2016 (Foto: © BQ/Titus Vogt).

Wo Filaret jetzt einzuordnen ist, weiß wohl keiner so ganz genau. Dem Vernehmen nach versucht Filaret, seine Rechte weiterhin zu verteidigen, und sieht sich nicht als abgesetzt an. Das ist natürlich Wasser auf die Mühlen der ROK und ein gewaltiger Unsicherheitsfaktor in einer Situation, die sowieso schon aus dem Ruder gelaufen ist.

Das Konzil in Kreta 2016

Beim orthodoxen „Heiligen und Großen Konzil“, das nach über einem Jahrtausend Pause im Jahr 2016 erstmals wieder tagte, und zwar in Kreta, hätte jede der 14 autokephalen orthodoxe Kirchen eine Stimme gehabt, wenn alle gekommen wären. Das hätte den ‚Griechen‘ die Mehrheit der Stimmen gegeben. Moskau hätte gerne nach Zahl der Bischöfe abgestimmt, dann hätten die ‚Slawen‘ das Übergewicht gehabt. Strittig war auch die Sitzordnung. Der Ökumenische Patriarch sitzt immer vorne, Moskau sieht das als Verpöpstlichung und wollte eine völlig gleichberechtigte Sitzordnung. Am Ende sagte der Patriarch der ROK ganz kurzfristig ab, als Begründung nannte er das Nichterscheinen dreier anderer autokephaler Kirchen (Georgien, Antiochien, Bulgarien), was aber schon länger im Voraus bekannt war.



Die Oberhäupter der orthodoxen Kirchen bei ihrem Heiligen und Großen Konzil vor der Titus-Kirche in Heraklion (Foto: © BQ/Titus Vogt).

In Erwartung der Aufhebung des Schismas zwischen Ost- und Westkirchen, die dann 1965 durch Papst Paul VI. erfolgte, begannen 1961 die Vorbereitungen für ein Orthodoxes Konzil. 55 Jahre Vorbereitung, davon zuletzt zwei Jahre intensiver Vorbereitung drohten nun durch das Fernbleiben von vier Kirchen zunichtegemacht zu werden, obwohl die Patriarchen aller vier Kirchen noch im Januar 2016 in Chambesy bei Genf ihr Kommen versichert hatten. Der Ökumenische Patriarch ließ deswegen das Konzil trotzdem stattfinden. Hierher gehört auch, dass unter Papst Benedikt XVI. die Beendigung der formalen Trennung nahe schien, da Benedikt selbst den Gedanken aufgebracht hatte, dass der Papst für die orthodoxen Kirchen im altkirchlichen Sinne einfach Ehrenoberhaupt würde, ohne Weisungsbefugnis oder das sogenannte Jurisdiktionsprimat, eigentlich ein gewaltiger Schritt für einen Papst, dies auch nur vorzuschlagen. Mit Papst Franziskus schien das noch einmal Fahrt aufzunehmen und er würdigte den Ökumenischen Patriarchen bei seinem Besuch in Istanbul sogar, indem er sich vor ihm verbeugte.

1729 schränkte „Rom“, das heißt der Vatikan, die Erlaubnis zur Teilnahme an den Sakramenten auf alle in voller Einheit mit Rom lebenden Christen ein. Die Orthodoxen reagierten im selben Geiste und die drei Patriarchen von Konstantinopel, Alexandria und Jerusalem verwarfen „die Sakramente der Häretiker“ und entschieden, dass Konvertiten von Westkirchen her „als Ungetaufte“ erneut zu taufen seien. 1757 ging „Moskau“ auf Konfrontation

zu den anderen Patriarchen, indem es im Gegensatz dazu die Sakramente der Westkirchen doch anerkannte. Da heute die Moskauer Kirche wesentlich antikatholischer ist als die meisten anderen orthodoxen Kirchen, kann man sich das kaum noch vorstellen.

Denn heutzutage ist es so, dass die Übereinkunft von Rom und Konstantinopel von 1965 und die gegenseitige Aufhebung der Verdammung von Moskau nicht mitvollzogen wurde. Moskau hat immer wieder Fortschritte blockiert, ja mehrfach Dokumente im Nachhinein für ungültig erklären oder neu erstellen lassen. Doch Moskau registrierte sehr genau, dass der Papst sich immer „Bischof von Rom“ nennt. Und schließlich kam es zu einer ungewöhnlichen Begegnung zwischen Papst und Moskauer Patriarch in einer Flughafenabfertigungshalle in Kuba. Dieses Treffen erwies sich allerdings nicht als Startschuss für einen Aufbruch, sondern eher als Sackgasse.

Imperiale Kontrolle

Der Kreml nutzt seit Jahrhunderten die Russisch-Orthodoxe Kirche als Werkzeug der imperialen Kontrolle. In der Ukraine, in Weißrussland und nicht so offensichtlich in weiteren Ländern des früheren russischen bzw. sowjetischen Einzugsbereiches wie die islamischen Länder Usbekistan oder Aserbaidschan, ja selbst über die Russisch-Orthodoxe Kirche im Ausland (Russian Orthodox Church Outside Russia, ROCOR), vor allem in den USA, kann Putin über die russische Kirche immer noch viel Einfluss nehmen.

Putin förderte massiv die 2007 erfolgte Vereinigung der autonomen russischen Auslandskirche mit der ROK, die zur Sowjetzeit unabhängig war. Zu dieser Auslandskirche gehört etwa auch die ROK in den USA.

Der Einfluss der ROK auf andere orthodoxe Kirchen läuft oft über Finanzen oder über staatliche Medien. So nahm im Juni 2018 der von Moskau gelenkte Sender „Sputnik“ ein griechischsprachiges Programm auf.

Die Autokephalie der Ukrainischen Kirche gefährdet Putins Projekt, die alte zaristische Größe Russlands zurückkehren zu lassen.

Die Ukraine will umgekehrt nicht zulassen, dass 12.000 Kirchengemeinden in ihrem Land auf den politischen Gegner der Ukraine hören. Dass der Preis dafür ist, dass der ukrainische Staat tief in die Freiheit der Kirche(n) eingreift, ficht diesen nicht an. Es bleibt abzuwarten, wie der neugewählte Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, agieren wird.

Wie viel geht der ROK in der Ukraine verloren?

Die russische Kirche mit ihren offiziell 150 Mio. Angehörigen (andere schätzen eher 100 Mio.) könnte durch die Autokephalie der Ukraine 30-40% ihrer Gläubigen verlieren, nämlich diejenigen, die in der Ukraine leben. Die 12.000 Kirchengemeinden in der Ukraine machen ein Drittel der insgesamt 36.000 Kirchengemeinden der ROK aus. Dazu kommt, dass die orthodoxen Christen in der Ukraine im Durchschnitt viel aktiver sind. So ist der Prozentsatz der Gottesdienstbesucher in der Ukraine etwa doppelt so hoch wie in Russland. Kiew gilt als Geburtsort der slawischen Orthodoxie, hier bekehrte sich vor über eintausend Jahren der erste König zum Christentum, von hier aus wurde Russland christianisiert. Der emotionale Verlust für die ROK wäre enorm.

Hintergrund: die Lehre von der Autokephalie

Es gibt also Streit in der Welt der orthodoxen Kirchen um die Legitimität der neu vom Ökumenischen Patriarchen anerkannten Orthodoxen Kirche in der Ukraine. Grundsätzlich sind hier zwei Fragenkomplexe zu berücksichtigen.

Zum einen die de facto-Spaltung zwischen dem Ökumenischen Patriarchen und dem Russischen Patriarchen und ihren Kirchen beziehungsweise Lagern, die auch ohne die Ukraine besteht, und *zum anderen* die spezielle Lage in der Ukraine.

Man kann das Ganze nur nachvollziehen, wenn man das orthodoxe Verständnis der „Autokephalie“ und der darunter gelagerten „Autonomie“ kennt. Autokephalie (Griechisch = sich selbst regierend) bedeutet, dass eine Kirche ihr eigenes Oberhaupt (Patriarch oder Erzbischof) wählt und sich selbst verwaltet. Die Autokephalie wird vom Ökumenischen Patriarchen erklärt, muss aber von allen anderen autokephalen orthodoxen Kirchen anerkannt werden. Daneben gibt es fast ein Dutzend sogenannter „autonomer“ Kirchen, die einer autokephalen Kirche unterstehen, sich aber gleichwohl selbst verwalten.

Als Teil der einen orthodoxen Kirche gibt es 14 autokephale, das heißt sich selbst verwaltende und ihr Oberhaupt selbst wählende orthodoxe Kirchen. Die 14 Patriarchen und Erzbischöfe haben eine alte Ehrenreihenfolge mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel (heute Istanbul) an der Spitze. Aber rechtlich sind alle gleichberechtigt. Autokephal wird eine neue Kirche, wenn der Ökumenische Patriarch dies initiiert und dann alle anderen autokephalen Kirchen zustimmen.

Es gibt seit dem Fall Konstantinopels 1453 eine tiefgreifende Spannung, wenn nicht gar Spaltung, zwischen – grob gesagt – den griechischen orthodoxen Kirchen und den slawischen orthodoxen Kirchen (z. B. Russische oder

Serbische Orthodoxe Kirche). Im Hintergrund steht auch, dass der Ökumenische Patriarch durch die Türkei politisch sehr stark eingeschränkt ist, während die Russisch-Orthodoxe Kirche Rückendeckung der Zaren, der Sowjets und heute Putins hat und zwei Drittel aller Gläubigen vertritt. Die Spannungen ziehen sich durch alle Bereiche. So waren die orthodoxen Kirchen unter dem Ökumenischen Patriarchen dabei, sich in vielen Fragen mit dem Papst zu einigen – darunter die Wiederherstellung des altkirchlichen Zustandes mit dem Bischof von Rom als Ehrenprimat aller alten Patriarchensitze, als die ROK alle bisherigen Einigungen widerrief und den Prozess beendete.

Seit Jahrhunderten gibt es Spannungen im Einzugsbereich der ROK des einstigen Russischen Reiches, wenn nationale Kirchen autokephal oder wenigstens autonom werden wollen. Die Ukraine ist nur das neueste Beispiel, wo neben einer von Moskau geförderten autonomen Orthodoxen Kirche im Land eine unabhängige Orthodoxe Kirche im Land mit einem eigenen Oberhaupt steht, die von der nationalen Regierung stark gefördert wird.

Das Grundproblem

Die ganze Diskussion offenbart ein Grundproblem der *Orthodoxen Kirche*. Dogmatisch sieht sie sich als eine Kirche (deswegen die Einzahl!), ja als die einzig wahre Kirche, wörtlich als „die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche“. Selbst die Katholische Kirche gilt nicht wirklich als Kirche. Gleichzeitig ist sie seit wenigstens 500 Jahren tief zerspalten und zerstritten und in einem Land wie Deutschland konkurrieren zahlreiche orthodoxe Nationalkirchen, wo es doch nur eine orthodoxe Kirche in Deutschland geben sollte.

In der Orthodoxen Kirche wird zwischen autokephalen und autonomen Kirchen unterschieden. Autokephale Kirchen sind rechtlich und theologisch völlig selbstständig und wählen ihr Oberhaupt selbst. Autonome Kirchen unterstehen einer autokephalen Kirche. Sie wählen zwar ihr Oberhaupt auch selbst, es muss aber von der autokephalen Kirche bestätigt werden. Der Grad der Selbstständigkeit ist recht hoch, aber unterschiedlich eingeschränkt. Das Oberhaupt einer autokephalen Kirche heißt je nach historischer Bedeutung und damit auch Größe Patriarch, Erzbischof oder Metropolit, das Oberhaupt einer autonomen Kirche heißt Erzbischof oder Metropolit.

Es gibt zunächst die vier altkirchlichen Patriarchate: Jerusalem, Antiochien, Alexandria und Konstantinopel (heute Istanbul). Daneben wurden im Laufe der Jahrhunderte bis ins 19. Jahrhundert hinein sieben Nationalkir-

chen autokephal: Zypern, Georgien, Bulgarien, Serbien, Russland, Griechenland, Rumänien. Das sind bis heute die größeren orthodoxen Kirchen, die in ihren Ländern die größte Religionsgemeinschaft sind.

Daneben gibt es 14 kleinere orthodoxe Kirchen, die teils von allen anderen Kirchen für autokephal gehalten werden (Polnisch-Orthodoxe Kirche, Orthodoxe Kirche der Tschechischen Länder und der Slowakei, Autokephale orthodoxe Kirche von Albanien), teils nur von den meisten, oder die sich selbst für autokephal oder autonom erklärt haben, aber nur von einem Teil der autokephalen Kirchen anerkannt werden, also umstritten bleiben.

So wird die seit 1920 bzw. 1923 – 1978 und dann wieder seit 1991 eigenständige *Estnisch-Orthodoxe Kirche* von fast allen anderen autokephalen Kirchen als autonom (zugeordnet dem Ökumenischen Patriarchen in Istanbul) anerkannt, aber nicht von der ROK, die zudem eine eigene, kleine und zur ROK gehörige autonome Kirche unterstützt. Die ROK hatte aber die Autonomie anerkannt, solange die estnische Kirche 1920-1922 ihr unterstand.

In vielen Fällen sind es nationale Kirchen eines Landes aus dem ehemaligen Einzugsgebiet Russlands, die in Konkurrenz zu einer orthodoxen Kirche im selben Land stehen, die zur Russischen oder zur Serbischen Orthodoxen Kirche gehören, wie eben in der Ukraine oder in Nordmazedonien.

Die Oberhäupter der 14 selbstständigen („autokephalen“) Kirchen sind unabhängig und gleichberechtigt, also auch diejenigen, die nur den Titel Erzbischof tragen und jüngeren und kleineren Kirchen vorstehen, so etwa die Tschechisch-Slowakische Orthodoxe Kirche und die Polnisch-Orthodoxe Kirche, die überhaupt nur drei bzw. vier Bischöfe haben.

Umstrittene Nationalkirchen

Eigentlich sind orthodoxe Kirchen Nationalkirchen („Local Orthodox Churches“). Handelt es sich aber um Reiche mit vielen Nationen, und diese Reiche zerfallen, stellt sich die Frage, ob die alte Reichskirche erhalten bleibt und mehrere Nationen und Staaten überspannt oder ob die neuen Nationen und Staaten eine eigene autokephale Kirche bekommen.

Zudem gehören orthodoxe Kirchenmitglieder, die auswandern, nicht automatisch zur Nationalkirche der neuen Heimat, sondern formen dort Auslandszweige ihrer Heimatkirchen. Der russisch-orthodoxe Christ, der in die USA zieht, wird nicht Mitglied der dortigen orthodoxen Kirche, sondern bleibt Teil der Russisch-Orthodoxen Kirche im Ausland (ROCOR), nicht etwa der seit 1922 zum Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel gehörenden Griechisch-Orthodoxen Erzdiözese von Amerika. Beide Kirchen sind mit 400.000 – 500.000 Gläubigen etwa gleich groß.



Im Gespräch mit dem Georgisch-Orthodoxen Patriarchen 2016, mit Hans-Joachim Hahn vom Professorenforum und Metropolit Daniel (Foto: © BQ/Martin Warnecke).



Der Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz Bischof Efraim Tenedero und sein Vertreter beim (orthodoxen) Präsidenten von Nordmazedonien zum 500jährigen Jubiläum der Reformation am 31.10.2017 zu Fragen der Kirchenstreitigkeiten im Land, 2017 (Foto: © BQ/Martin Warnecke).

Deswegen gibt es in den USA, aber auch in Deutschland praktisch alle orthodoxen Kirchen der Welt, obwohl Deutschland kirchenrechtlich zum Ökumenischen Patriarchat in Konstantinopel/Istanbul gehört.

Ein gutes Beispiel sind Bosnien-Herzegovina und Kroatien, die zum historischen Gebiet der Serbisch-Orthodoxen Kirche gehören. Die serbische Kirche ist der Meinung, dass ihre Angehörigen in den Nachbarländern Serben sind und nicht Bosnier oder Kroaten und deswegen für Serbien zu kämpfen haben. Oder anders gesagt: Wären alle orthodoxen Christen in Bosnien, Kroatien und Kosovo Mitglieder einer nationalen orthodoxen Kirche und nicht Mitglieder der Staatsreligion des Kriegsgegners gewesen oder hätte sich die Serbische Orthodoxe Kirche aus Politik und Krieg herausgehalten, wäre die Geschichte auf dem Balkan vermutlich friedlicher verlaufen.

Indem die Gläubigen vieler Länder gerade nicht einer orthodoxen Nationalkirche ihres Landes angehören, sondern der Nationalkirche eines konkurrierenden, meist mächtigeren anderen Landes, und es meist die Politik oder gar der historische Zufall war, die entschieden, ob beim Entstehen eines neuen Staates auch eine neue autokephale Kirche entstand oder nicht, entstand ein Flickentepich von teils anerkannten

und teils nicht anerkannten Nationalkirchen und Kirchen, die aus einem anderen Land gesteuert werden, was vor allem für den Einzugsbereich der Russischen und der Serbisch-Orthodoxen Kirche gilt.

Das führt auch dazu, dass es in westlichen Ländern jede der Nationalkirchen – oft in Konkurrenz zueinander –, oft aber auch eine nationale Kirche gibt. So hat die USA – wie schon gezeigt – eine offizielle orthodoxe Kirche der USA, die Konstantinopel untersteht, einen Zweig der Auslandskirche der ROK und ansonsten einen Ableger praktisch jeder bestehenden orthodoxen Kirche der Welt.

Die Georgisch-Orthodoxe Kirche war seit 487 autokephal. 1811 hat der russische Zar aber die Autokephalie der Kirche einfach abgeschafft. 1917 wurde sie unter den Kommunisten wieder eingeführt, aber erst 1943 hat die Russisch-Orthodoxe Kirche das unter dem Druck des Krieges und Stalins anerkannt. Der Ökumenische Patriarch hat die Autokephalie erst 1989 rückwirkend anerkannt. Der georgische Patriarch erzählte mir, wie nach 1989 versucht wurde, die georgische Kirche der russischen Kirche erneut unterzuordnen, was aber die Revolution in Georgien verhinderte. Gegenwärtig wird versucht, in den von Russland besetzten Teilen Georgiens, wie zum Beispiel in Abchasien, die dortigen Teile der georgisch-orthodoxen Kirche einer anderen orthodoxen Kirche zu überstellen.

Der kleinen orthodoxen Kirche der Tschechischen Republik und der Slowakei wurde 1951 von der ROK, de facto von Stalin, die Autokephalie gewährt, aber erst 1989 von Konstantinopel anerkannt. Die Polnisch-Orthodoxe Kirche war lange ein Spielball der polnischen Geschichte und damit auch zwischen Konstantinopel und Moskau. Sie wurde 1924 von Konstantinopel für autokephal erklärt, dann aber zwangsweise Moskau unterstellt, ist aber heute wieder autokephal und eher Konstantinopel zugeordnet.

Die Albanisch-Orthodoxe Kirche erklärte sich 1919 einseitig für autokephal, es folgte eine komplizierte Geschichte, nach 1989 schickte der Ökumenische Patriarch den immer noch amtierenden Erzbischof Anastasios, der die nur noch auf dem Papier stehende Autokephalie mit Leben erfüllte, wie er mir mehrfach erzählt hat.

Die autonome Mazedonisch-Orthodoxe Kirche mit Sitz in Ohrid, der zwei Drittel der Einwohner Nordmazedoniens angehören, hat sich 1967 aus vor allem politischen Gründen von der Serbisch-Orthodoxen Kirche getrennt, der sie unterstellt war. Es war 2017/2018 im Gespräch, dass sie sich der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche unterstellen kann, die dann aber schlussendlich ihr Angebot zurückzog. Somit bleibt es dabei, dass die mazedonische Kirche von keiner orthodoxen Kirche anerkannt ist, obwohl sie vom nordmazedonischen Staat stark gefördert wird. Seitens der Serbisch-Orthodoxen Kirche wurde ein autonomes Erzbistum Ohrid eingerichtet, das von den übrigen orthodoxen Kirchen als kanonisch anerkannt wird und das nun auch der nordmazedonische Staat gemäß eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte anerkennen muss. Der die Eparchie seit 2000 lei-

tende Bischof Jonan (Vraniskovski) spaltete sich 2002 mit dieser Eparchie ab und kehrte zur serbischen Kirche zurück, worauf ihn die serbische Kirche zum Erzbischof machte, die mazedonische Kirche ihn aber exkommunizierte. 2004 legte der Staat nach und ließ ihn verhaften und zweieinhalb Jahre inhaftieren, da er mit den abtrünnigen Klöstern Eigentum gestohlen habe. Im Gegenzug erklärte die serbische Kirche das mazedonische Erzbistum der serbischen Kirche für autonom. Einen internationalen Haftbefehl gegen Erzbischof Jonan vollstreckte Bulgarien 2011 nicht, jedoch konnte Jonan bisher nicht nach Nordmazedonien zurückkehren.

Der größere Teil der Einwohner Nordmazedoniens gehört der Mehrheitsreligion, der orthodoxen Kirche an. Die orthodoxen Kirchen weltweit sehen diese Kirche aber nicht als Kirche oder wenn überhaupt als abgespaltene, gar häretische Kirche. Würde eine andere autokephale Kirche formell die Aufsicht über die autonome Kirche in Nordmazedonien übernehmen, wären ‚wie von Geisterhand‘ alle Gläubigen des Landes wieder echte orthodoxe Christen.

Nicht anerkannte oder nicht von allen anerkannte nationale Abspaltungen gibt es derzeit meines Wissensstandes nach in der Ukraine, Estland, Lettland, Moldawien, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien, Abchasien und der Türkei.

Auf die Estnisch-Orthodoxe Kirche wurde oben bereits eingegangen.

Moldawien wird von zwei Patriarchen beansprucht

In Moldawien gibt es drei konkurrierende orthodoxe Kirchen mit jeweils einer eigenen Kathedrale in Chisinau.

Rund 80% der Orthodoxen in Moldawien gehören zur Moldawisch-Orthodoxen Kirche, eine autonome Kirche, die dem Moskauer Patriarchat, also der ROK untersteht. Diese Kirche entstand 1944, als die Sowjetunion nach der Annexion Bessarabiens erzwang, dass die Orthodoxe Kirche Bessarabiens, die dem rumänischen Patriarchen unterstand, dem russischen Patriarchen unterstellt wurde.

Nach dem Ende der Sowjetunion und der demokratischen Revolution wiedererrichtete ein Teil der Priester die Orthodoxe Kirche Bessarabiens, die dem rumänischen Patriarchen untersteht. Sie wurden dabei massiv von der an Moskau orientierten Regierung des Landes gehindert, bis das Land 2001 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Kirche verlor und ihr 2004 Registrierung und Religionsfreiheit gewähren musste. Ihr gehören rund 20% der Orthodoxen des Landes an.



Eine der drei orthodoxen Kathedralen in Chisinau (Foto: © Thomas Schirmacher).

Bis 1812 unterstand die Metropole von Chisinau und Moldawien bei einer allerdings sehr wechselhaften Geschichte dem Patriarchen von Konstantinopel, der sich aber den örtlichen Herrschern und seit dem 15. Jh. dem osmanischen Sultan fügen musste. Im 17. Jahrhundert ersetzte mehr und mehr das Rumänische das alte Kirchenslawisch in Liturgie und Lehre.

1812 annektierte das Russische Reich Bessarabien, den westlichen Teil des heutigen Moldawiens. Die Metropole wurde zwangsweise der Russisch-Orthodoxen Kirche eingegliedert. 1858 kehrte Bessarabien zu Süd-Moldawien zurück, die dortigen orthodoxen Kirchen wurden wieder der Rumänisch-Orthodoxen Kirche unterstellt. 1878 annektierte das Russische Reich das südliche Bessarabien und die Kirchen wurden wieder Moskau unterstellt.

1918 wurde Bessarabien als Moldawische Demokratische Republik unabhängig und vereinigte sich schließlich mit Rumänien. Die Metropole wurde der ROK entzogen und der Rumänisch-Orthodoxen Kirche eingegliedert. 1940/1941 eroberte die Sowjetunion Bessarabien und gliederte die Metropole 1944 wieder zwangsweise in die ROK zurück.

Es gibt also Kirchengemeinden in Bessarabien, die aufgrund der wechselhaften politischen Geschichte *in den letzten 210 Jahren sechs Mal zwischen den Patriarchen in Moskau und Bukarest hin und her wechseln mussten*.

Beide, die Russisch-Orthodoxe Kirche und die Rumänisch-Orthodoxe Kirche beanspruchen bis heute Moldawien vollständig als Teil ihres heiligen Territoriums und werfen der jeweils anderen Kirche vor, Nutznießer politischen Zwangs zu sein.

Moskau gegen Konstantinopel, das dritte gegen das zweite Rom

Moskau sah sich seit dem Fall Konstantinopels 1453 als das dritte Rom (Konstantinopel gilt seit dem Fall Roms als das zweite ‚Rom‘) und als das eigentliche Zentrum und der eigentliche Erbe der Orthodoxie.

Seit 1461 wurde der Moskauer Metropolit nicht mehr vom Ökumenischen Patriarchen in Konstantinopel aus ernannt oder bestätigt, womit Moskau die Autokephalie erlangte. Ende des 16. Jahrhunderts kommt der Titel „Patriarch“ auf, das Amt und seine Bezeichnung wurden dann aber von Zar Peter dem Großen (1672–1725) ganz abgeschafft. Ausgerechnet 1917 wurde das Patriarchenamt in Moskau wieder eingeführt.

Durch den Aufstieg Russlands wurde die ROK die mit Abstand reichste und mächtigste der orthodoxen Kirchen, während der Einfluss des Ökumenischen Patriarchats mit der Geschichte des Osmanischen Reiches und später der Türkei verflochten wurde und dadurch und durch Auswanderung (bzw. Vertreibung) ständig abnahm.

Das Erlangen der Autokephalie oder Autonomie für nationale Kirchen war seitdem immer eine spannungsgeladene Sache, die sich oft über Jahrzehnte politischen Streites hinzog, bei dem fast immer Konstantinopel und Moskau beteiligt waren. Der Zar und später die kommunistische Regierung kontrollierte die ROK und nutzte die Frage der Autokephalie für politische Fragen.

Heute arbeiten die ROK und Putin hier eng zusammen. Insofern ist der Fall Ukraine geschichtlich gesehen nur die Wiederholung eines Dauerproblems, nicht zufällig stehen Präsident und Parlament der Ukraine auf der Seite der unabhängigen Orthodoxen Kirche in der Ukraine, Putin auf der Seite der mit der ROK verbundenen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche.

Gut war das Verhältnis zwischen Konstantinopel und Moskau noch nie, seit Russland zur Großmacht aufstieg und sich zur Schutzmacht der orthodoxen Kirchen erklärte. Aber so tief wie diesmal ging der Riss noch nie, obwohl die letzten Höhepunkte der Auseinandersetzung noch nicht lange her sind, so die Absage der Russischen Kirche beim Heiligen und Großen Konzil in Kreta 2016 oder dem Aussetzen des Gebetes für den Ökumenischen Patriarchen im Zusammenhang mit der Autonomie der Estnischen Kirche 1996.

Der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel (derzeit Bartholomäus I.) hat den Ehrenvorsitz der orthodoxen Kirchen inne, die zusammen etwa 300 Millionen Anhänger weltweit haben. Das gibt ihm aber keine wirkliche Autorität über die anderen 13 autokephalen Kirchen der Orthodoxie. Der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel trägt seinen Titel, weil er allein für die ganze Welt (Ökumene) den Ehrevorrang hat und nur er ein Konzil einberufen kann, aber er ist kein Papst und hat keinerlei Weisungsbefugnis gegenüber den anderen Häuptern autokephaler Kirchen.

Zudem ist er in seinem Wirken durch die türkische Regierung stark eingengt, die ihn lediglich als Oberhaupt der ca. 2.000 griechisch-orthodoxen Christen im Istanbuler Stadtteil Fener sieht.

Sein Gegenspieler ist der russisch-orthodoxe Patriarch (derzeit Kyrill I.), der die Hälfte aller orthodoxen Gläubigen führt, über große Finanzmittel verfügt und die Rückendeckung des russischen Staates hat.

Es gibt eine große Spannung zwischen den griechisch/byzantinisch geprägten und den slawisch geprägten Kirchen. Erstere haben den historischen Vorrang als Ursprung der Kirchen, letztere machen die große Mehrheit der Gläubigen und Bischöfe aus. Von den 300 Millionen orthodoxen Christen weltweit gehören allein 150 Millionen der Russisch-Orthodoxen Kirche an.

Der Ökumenische Patriarch Bartholomäus I. und schon seine beiden Vorgänger (Athenagoras, 1948–1972, und Demetrios, 1972–1991) waren und sind Vorreiter der Ökumenischen Bewegung. Bartholomäus ist ein vehementer Verfechter der Religionsfreiheit, während die ROK solange Druck ausübte, bis Präsident Jelzin 1997 ein restriktives Religionsgesetz verabschiedete, das die ROK als erste Religion Russlands festschrieb und die immer noch weiter zunehmende Beschränkung anderer Kirchen und Religionen ermöglichte. Bartholomäus ist ein Verfechter der Menschenrechte, die ROK unterstellt diese nach wie vor dem Lehramt. Bartholomäus wird der grüne Patriarch genannt, die ROK hält nichts davon.

Orthodoxe Christen weltweit

Alle Länder mit mehr als einer halben Million orthodoxer Christen			
Russland (ROK)	101	Bosnien & Herzegowina	1,5
Ukraine	34	Deutschland	1,5
Rumänien	16,3	Spanien	1,5
Griechenland	10,3	Kirgisien (ROK)	1,0
Serbien	8,5	Usbekistan (ROK)	1,0
Weißrussland/ Belarus (ROK)	4,6	USA	1,0
Kasachstan (ROK)	4,3	Italien	0,9
Bulgarien	4,6	Syrien	0,8
Moldawien (inkl. Transnistrien)	3,6	Zypern	0,8
Georgien	3,6	Australien	0,55
Nordmazedonien	1,6	Kanada	0,55
		Montenegro	0,5
		Österreich	0,5

+ *Ländername fettgedruckt = Orthodoxe Kirche(n) ist die Mehrheitsreligion des Landes*

+ *(ROK) = Kirche im Land ist Teil der Russisch-Orthodoxen Kirche*

[Die Zahlen stammen aus verschiedenen Quellen und dienen nur der ersten Orientierung, im Einzelnen sind sie teilweise umstritten, da Definitionen nicht einheitlich sind und/oder keine seriöse Forschung betrieben wurde.]

Orthodoxe Kirchen in Deutschland

Wir haben in Deutschland über 1,5 Millionen Angehörige orthodoxer Kirche (ohne die sogenannten altorientalischen Kirchen wie die Kopten oder die Syrer). Davon gehören 520.000 zum griechisch-orthodoxen Ökumenischen Patriarchat (inkl. Ukraine), 380.000 zur Russisch-Orthodoxen Kirche (inkl. Ukraine), 337.000 zur Serbisch-Orthodoxen Kirche, 150.000 zur Rumänisch-Orthodoxen Kirche, 130.000 zur Bulgarisch-Orthodoxen Kirche und 42.000 zu weiteren orthodoxen Kirchen (nach REMID). Mit der 2010 gegründeten Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland, zu der zehn Bischöfe aus sieben Kirchen gehören, ist die Einheit oder wenigstens Gemeinsamkeit der orthodoxen Kirchen weiter fortgeschritten als auf internationaler Ebene. Vorsitzender ist der in Bonn ansässige Metropolit Augoustinos, der griechisch-orthodoxe Exarch für Europa. In der ökumenischen Zusammenarbeit kommen die Probleme kaum zum Tragen, wie im internationalen Bereich im Ökumenischen Rat der Kirchen arbeiten die orthodoxen Kirchen auch in Deutschland in ökumenischen Institutionen besser miteinander zusammen als im direkten Kontakt.

In Deutschland leben etwa 10.000 Angehörige der ukrainischen Kirche und 5.000 der russisch-orthodoxen Kirche in der Ukraine.

Griechisch-orthodoxer Metropolit von Europa

Zur griechisch-orthodoxen Kirche in Deutschland gehören 60 Kirchengemeinden mit etwa 200 Gottesdienststätten. Die Gesamtzahl der Mitglieder liegt zwischen 400.000 und 500.000.

Die vor 50 Jahren gegründete Metropolie und das Wirken des Metropoliten Augoustinos sind ein Musterbeispiel für gelungene Förderung der Integration und Vorbild für andere. Es ist bedauerlich, dass weder die Bundesrepublik Deutschland, noch die Evangelische Kirche in Deutschland hochrangige Vertreter zum Jubiläum entsandten, um dem Metropoliten und seiner Kirche zu danken.

Der Metropolit untersteht direkt dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus in Istanbul. Der 75jährige Metropolit Augoustinos (siehe Foto auf S. 28), mit bürgerlichem Namen Georgios Lambardakis, steht seit 1980 der griechisch-orthodoxen Metropolie von Deutschland und dem Exarchat von Zentraleuropa vor. In Griechenland geboren, studierte er in Deutschland, unter anderem bei Joseph Ratzinger, dem späteren Papst Benedikt XVI., Theologie. 1964 wurde er in Bonn zum Priester geweiht. 2006 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät Bonn. Im selben Jahr wurde er Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland.

Assyrische Christen im Irak und Syrien – und die Wiederholung historischer Katastrophen von Vertreibung und Genozid

Abdulmesih BarAbraham



Abdulmesih BarAbraham stammt aus Midyat im Tur Abdin und wanderte mit seinen Eltern im frühen Teenageralter nach Deutschland aus. Er hat einen Diplomabschluss im Bereich der Ingenieurwissenschaften von der Universität Erlangen/Nürnberg, wo er zusätzlich Geschichte und Sprachen (Türkisch, Arabisch, Syrisch) des Nahen Ostens studierte. Neben seiner professionellen Laufbahn hat BarAbraham zahlreiche Beiträge zur Lage der Assyrer im Nahen Osten und in der Diaspora veröffentlicht. Derzeit ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Yoken-Bar-Yoken-Stiftung und des Kuratoriums der Mor Afrem Stiftung. Er ist auch Gründungsmitglied und Sekretär des Suryoye Theological Seminary in Salzburg.



„Heute sind wir bestürzt zu sehen, wie im Nahen Osten und anderswo auf der Welt viele unserer Brüder und Schwestern wegen ihres Glaubens an Jesus verfolgt, gefoltert und getötet werden.“¹

Papst Franziskus

Einleitung

Die heutigen assyrischen Christen im Nahen Osten führen ihre Herkunft auf die alten Völkerschaften Mesopotamiens, der Assyrer, Chaldäer und Aramäer zurück.

¹ Siehe: The Guardian, 10. Juli 2015, <https://www.theguardian.com/world/2015/jul/10/poor-must-change-new-colonialism-of-economic-order-says-pope-francis> (zuletzt besucht am 22. April 2020).

Ihr ursprüngliches Siedlungsgebiet bildet seit Jahrtausenden Obermesopotamien. Sie gehören zu den ersten Völkern, welche das Christentum annahmen. Heute leben sie in Syrien, Irak, Türkei, Iran und Libanon.

Sie sind in viele Konfessionen fragmentiert, zum Teil aufgrund religiöser Spaltungen, welche bis in die frühen Jahrhunderte des Christentums zurückreichen. Daher werden sie oft nicht als eine homogene ethnische Gruppe wahrgenommen, weil sie mit konfessionellen Bezeichnungen identifiziert werden. Diese konfessionelle Teilung wurde zudem Jahrhunderte lang im sog. *Millet* System des osmanischen Reiches gepflegt, wonach nicht-muslimische Gemeinschaften nach ihren Konfessionen identifiziert wurden. Den Angehörigen dieser Kirchen gemeinsam ist jedoch ihre Sprache, das klassisch Syrische (*Suryoyo*), welches als Liturgiesprache gepflegt und bis heute auch als Literursprache verwendet wird. Deshalb werden sie auch als „syrische Christen“ bezeichnet. Sie verwenden als Umgangssprache zudem zwei moderne und verwandte Dialekte, West (*Surayt*) und Ost (*Suret*), die beide der neu-aramäischen Sprachfamilie zugeordnet werden.

Im Irak gibt es beispielsweise mehrere christliche Kirchengemeinschaften, welche ihre Ursprünge auf die syrische Tradition zurückführen. Diese sind die Assyrisch-Apostolische Kirche des Ostens und die Chaldäisch-Katholische Kirche, eine seit dem 16. Jahrhundert aus der Kirche des Ostens abgespaltene und mit Rom unierte Kirche mit ostsyrischem Ritus. Die Kirche des Ostens hat eine Fraktion, welche dem julianischen Kalender folgt (sog. *Alt Kalender*). Darüber hinaus gibt es im Irak die Syrisch-Orthodoxe und die Syrisch-Katholische Kirche, letztere entstand im 17. Jahrhundert aus der Syrisch-Orthodoxen Kirche und pflegt innerhalb der katholischen Kirchenfamilie eine syrische Tradition nach antiochenischen Ritus. Diese konfessionelle Zersplitterung spiegelt sich auch in Syrien wieder, obwohl dort die Griechisch-Orthodoxen und Griechisch-Katholiken die größte Gemeinschaft der Christen bilden. Darüber hinaus hat die Maronitische Kirche, welche ihr Zentrum im Libanon hat, viele Gemeinden in Syrien. Kleine protestantische Gemeinden und armenische Gemeinschaften gibt es sowohl im Irak als auch in Syrien. Noch vor dem Einmarsch der Amerikaner in Irak 2003 lebten bis zu 1,5 Millionen Christen im Land,² zumeist Assyro-Chaldäer und Angehörige der

² Eliza Griswold, „Is This the End of Christianity in the Middle East?“, *NYT* (The New York Times), August 30, 2015, http://www.nytimes.com/2015/07/26/magazine/is-this-the-end-of-christianity-in-the-middle-east.html?_r=0 (zuletzt besucht am 20. April 2020).

beiden großen Kirchen, der Assyrischen Kirche des Osten und Chaldäisch-Katholischen Kirche. In Syrien machten im Jahre 2011 die Christen laut CIA World Factbook noch etwa 10 Prozent der 22 Millionen Bevölkerung aus.³

Diese Schätzungen sind längst überholt. Die massiven Wellen der Zwangsmigration im letzten Jahrzehnt haben die Zahl der Christen dezimiert. Insbesondere seit dem Aufkommen des sog. „Islamischer Staat (IS) 2014 gibt es einen drastischen Rückgang der Zahlen der Christen im Nahen Osten als Folge von Gewalt, religiöse Verfolgung und Mangel an wirtschaftlichen Perspektiven.⁴ Zudem haben die „enormen Veränderungen in der politischen Ordnung im Nahen Osten seit 2003 und der Aufstieg gewalttätiger extremistischer Ideologien sich nachteilig auf die muslimisch-christlichen Beziehungen und auf den Schutz christlicher und anderer Minderheitengruppen ausgewirkt.“⁵

Mit dem Aufstieg des radikalen Dschihadismus im Nahen Osten sind christliche Gemeinschaften und ihre Kirchen besonders exponiert, verwundbar und wehrlos geworden.⁶ Die Folgen des Zusammenbruchs der staatlichen Sicherheitsstrukturen seit 2003 im Irak und die Auswirkungen des schiitisch-sunnitischen sektiererischen Kampfes, der von den Regionalmächten im Irak und – seit 2011 – in Syrien angeheizt wurde, haben sich für Christen als besonders brutal und existenzbedrohend erwiesen. Auch aufgrund der fehlenden Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft wurden Christen zu einer leichten Beute und Ziel von Angriffen, und sie zahlen einen hohen Preis.⁷

Im Folgenden soll der Fokus auf die Assyrer (oder auch Assyro-Chaldäer) gelegt werden, die auch als syrische oder aramäisch-sprachige Christen bekannt sind. Trotz unterschiedlicher offizieller Bezeichnungen, bilden sie eine ethnische Volksgruppe. Um den Rahmen dieses Beitrages nicht zu sprengen, soll bei den folgenden Ausführungen das Augenmerk auf das letzte Jahrzehnt

³ BBC, „Syria’s Beleaguered Christians,” *BBC Middle East* (BBC News), 25. Februar 2015, <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-22270455> (zuletzt besucht 11. April 2020).

⁴ Huma Haider “The Persecution of Christians in the Middle East University of Birmingham,” University of Birmingham, 16.2.2017, <https://assets.publishing.service.gov.uk/media/59786a0040f0b65db00000a/042-Persecution-of-Christians-in-the-Middle-East.pdf> (zuletzt am 20.4.2020).

⁵ Ebenda.

⁶ Abdulmesih BarAbraham, “Safeguarding The Cross: Emergence of Christian Militia in Iraq and Syria,” in in Andreas Schmoller (Ed.), *Middle Eastern Christians and Europe - Historical Legacies and Present Challenges*, *Orientalia - Patristica - Oecumenica* 13, (Wien: LIT Verlag, 2018), pp. 217–238.

⁷ Ebenda, S. 221.

und auf ausgewählte Schlüsselereignisse gelegt werden, die für die Existenz des Christentums von Bedeutung erscheinen. In diesem Sinne bilden die Eroberung von Mosul im Juni 2014 und die Vertreibung der Christen und Jesiden aus der Nineve-Ebene im August 2014 durch den IS, aber auch die Vertreibung der Assyro-Chaldäer aus der Khabur Region in Syrien bedeutende Ereignisse. Ansonsten hat die Verfolgung der Christen im Irak und Syrien im Allgemeinen viele Formen. Teils handelt es sich um direkte brutale Angriffe, Vertreibung oder aber in subtile Formen wie Diskriminierung, Drohungen, Erpressung, Entführung und Zwangsbekehrung.

Vertreibung und Zerstörung des Kulturerbes

Als Volksgruppe im Irak und in Syrien durchleben die Assyro-Chaldäer eine Völkermordkatastrophe – vergleichbar mit der schrecklichen Erfahrung, die ihre Vorfahren vor einem Jahrhundert im osmanischen Reich während des Völkermords von 1915 erlebten.⁸ Die Politik der Jungtürkischen Machthaber, die in der letzten Phase des osmanischen Reiches und während des 1. Weltkrieges an der Macht waren, zielte auf die Türkisierung und Islamisierung Anatoliens – d. h. auf eine religiöse und ethnische Homogenisierung des Reiches; dafür standen die christlichen Völker der Armenier, Assyrer und Pontos-Griechen im Weg. Die Assyrer verloren während des Völkermordes von 1915 mehr als die Hälfte ihrer Bevölkerung, die damals etwa eine Million zählte; zehntausende wurden für immer aus ihren angestammten Heimatgebieten aus Nordmesopotamien und insbesondere aus den Regionen Hakkari und Urmia vertrieben.

Der Unterschied zur Situation im Irak und Syrien im 21. Jahrhundert ist, dass sich die Ereignisse dieses Mal in Zeitlupe, *online*, vor den Augen der ganzen Weltöffentlichkeit entfalteten. Verfolgung, Entführung und gezielte Angriffe auf Christen und ihre Kirchen nahmen im Irak bereits nach der US-Besatzung 2003 massiv zu. Die Situation eskalierte sowohl im Irak und auch in Syrien mit dem Aufkommen des IS 2014. Die Christen gerieten unschuldig in einen Überlebenskampf, der gekennzeichnet war von gezielter Verfolgungen, Vertreibungen und Morde.

Im Norden des Irak, in Mosul und in der angrenzenden Ninive-Ebene gerieten Christen ins Kreuzfeuer der Kurden und des IS. Als letzterer Mosul überrannte, hatten die Christen in Mosul vier Optionen: Entweder zum Islam

⁸ Joseph Yacoub, *Year of the Sword: The Assyrian Christian Genocide -- A History* (United Kingdom: C Hurst & Co Publishers, 2016).

zu konvertieren, eine islamische Sondersteuer zu bezahlen, auszuwandern – oder getötet zu werden. Das Ultimatum (islamisch *Fatwa*) wurde in allen Moscheen der Stadt verlesen. Häuser der Christen wurden vom IS und seine lokalen sunnitischen Unterstützer mit dem Buchstaben „N“ (für arab. *Nusreyni* – Christ) markiert und sie für Vogelfrei erklärt. Die Christen mussten aus Mosul fliehen. Nach 2000 Jahren Christianisierung wurde die Stadt wieder Christenfrei. Laut Emile Shimoun Nona, dem chaldäisch-katholischen Erzbischof von Mosul, mussten 50 000 Christen über Nacht Mosul verlassen.⁹ Die meisten Menschen fanden Zuflucht in der kurdischen Region, wo sie teilweise bis heute als Flüchtlinge unter miserablen Bedingungen in Zelten und Notunterkünften leben. Eine Rückkehr, so der chaldäisch-katholische Erzbischof von Mosul und Akra, Najeeb Michael Moussa, sei wegen der „islamistischen Haltung“ kaum realistisch.¹⁰

Der schrecklichen Tragödie von Mosul folgten die ethnischen Säuberungen in der Ninive-Ebene, die seit Jahrtausenden als Kernsiedlungsgebiet die Assyro-Chaldäer gilt; dort wurden sie, wie auch viele Jesiden und Schabaks, vom IS ins Visier genommen. Die Ninive Ebene ist eine Region im irakischen Gouvernement Ninive im Nordosten der Stadt Mosul. Durch die massiven Anschläge der Terrorbanden des IS am 10. Juni und 17. Juli 2014 mussten mehr als 200.000 Menschen aus den Städten und Dörfern der Ninive Ebene aus ihren Häusern fliehen und wurden über Nacht zu Binnenflüchtlingen.

Bemerkenswert ist hier, dass trotz wiederholten Behauptungen der kurdischen Regierung im Norden für die Sicherheit der Region sorgen zu können, die kurdischen Wachposten (sog. *Peshmerga*) rechtzeitig und bevor die IS Truppen anrückten, ihre Posten verließen, ohne einen Schuss abzugeben. Sie weigerten sich ebenso, ihre Waffen den Bewohnern der Nineve-Ebene zum Selbstschutz zu überlassen.¹¹

⁹ Zaid Sabah, „Mosul Archbishop Says Iraq Christians Flee from ISIL Militants,” *Bloomberg* (Bloomberg), 27. Juni 2014, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2014-06-26/mosul-archbishop-says-50-000-christians-flee-from-isil-militants> (zuletzt besucht am 11. April 2020).

¹⁰ Madoc Cairns, „Christians ‘afraid to return’ to Northern Iraq,” *The Tablet*, *The International Catholic News Weekly*, 2. April 2020, <https://www.thetablet.co.uk/news/12699/christians-afraid-to-return-to-northern-iraq> (zuletzt besucht am 11. April 2020).

¹¹ Max. j. Joseph, „The Kurds: Everything You Didn’t Know,” 31. März 2016, <https://medium.com/@DeadmanMax/the-kurds-everything-you-didn-t-know-dave-rubin-doesn-t-talk-to-max-j-joseph-6546d5f3205c> (zuletzt besucht am 11. April 2020). Ein Bericht der Konrad Adenauer Stiftung spricht in diesem Zusammenhang vom „Verrat der Peshmerga an den Christen“.

Die vertriebenen Menschen vegetieren seither in der kurdischen Zone in Zelten und Behelfsunterkünften und sind zum Teil bis heute auf die Hilfe der karitativen Organisationen angewiesen. Selbst nach der Zerschlagung des IS durch die internationale Allianz geht der Wiederausbau der durch den IS zerstörten Dörfer und Infrastruktur nur langsam voran, da keine adäquaten inner-staatlichen Hilfen zur Verfügung gestellt werden und die Christen von den meisten Mitteln der internationalen Hilfe abgeschnitten sind.¹² Nur ein Bruchteil der ehemals in der Nineve-Ebene lebenden Christen konnte bisher in ihre von IS befreiten Ortschaften zurückkehren.¹³

Die brutalen Vertreibungen überdeckten zunächst die nachgelagerte Katastrophe, welche von Fachleuten als „kultureller Genozid“ bezeichnet wird, und als die Zerstörung und Auslöschung des kulturellen Erbes bezeichnet wird.¹⁴ Anhand von Presseberichten listete die Assyrian International News Agency (AINA) im Juli 2014 bereits 45 christliche Einrichtungen auf, die mit der Übernahme Mosuls durch den IS entweder zerstört, besetzt, in Moscheen umgewandelt, in IS-Quartiere umfunktioniert oder geschlossen wurden.¹⁵ Die Liste der christlichen Institutionen in Mosul ist gruppiert nach einzelnen Konfessionen der syrisch-sprachigen Kirchen und beinhaltet Kirchen und Klöster, darunter auch die der Armenier und der Lateiner.

Eine weitere Episode von kollektiver Vertreibung und Vernichtung der Assyro-Chaldäer ereignete sich in Syrien im Februar 2015. Am 23. Februar griffen die Terroristen des „Islamischen Staates“ 35 assyrisch-chaldäische in der Region Khabur (Provinz Hassake) an, verschleppten etwa 300 Menschen und trieben über 3.000 aus ihren Häusern zur Flucht in die nächstgelegenen Städte Hassake sowie Qamishly, an der Grenze zur Türkei und Visa-a-vi zum türkischen Nusaybin.¹⁶ Neun Dorfschützen, die mit der Bewachung der Dörfer beauftragt waren, wurden bei dem Angriff getötet.

¹² Christine Rousselle, „Iraqi Cardinal pleads for help for Christians on Nineveh Plain,“ Catholic News Agency, 9. Dezember 2019, <https://angelusnews.com/news/world/iraqi-cardinal-pleads-for-help-for-christians-on-nineveh-plain/> (zuletzt besucht am 20. April 2020).

¹³ Ano Jawhar Abdoka, „Suffocating the Christian existence in the Nineveh Plains,“ Rudaw, 31. Januar 2020, <https://www.rudaw.net/english/opinion/30012020> (zuletzt besucht am 20. April 2020).

¹⁴ Emma Noradounkian „Destroying the Memory of a People: ISIS’ Cultural Genocide of Religious Minorities,“ 8. April 2015, Assyrian International News Agency, <http://www.aina.org/news/20150408175824.htm> (zuletzt besucht am 12. März 2020).

¹⁵ Assyrian International News Agency, „All 45 Christian Institutions in Mosul Destroyed or Occupied By ISIS,“ AINA, 29. Juli 2014, <http://www.aina.org/news/20140729100528.htm> (zuletzt besucht am 12. März 2020).

¹⁶ Karen Zraick, „Besieged Assyrians have deep roots in the Middle East,“ NYT (The New York Times), 24. Februar 2015, <https://www.nytimes.com/2015/02/25/world/middleeast/besieged-assyrians-have-deep-roots-in-the-middle-east.html>

Der Überfall auf die Dörfer am Khabur war ein furchtbarer Schock für die Assyro-Chaldäer, die bis dahin und im Norden Syriens zumindest von den schlimmen Kämpfen, die anderswo im Land stattfanden, verschont blieben. Der bittere Geschmack dieser Tragödie der Khabur Region ist, dass die Opfer, die Nachkommen der ein Jahrhundert zuvor aus Hakkari (in der Türkei) vertriebenen Menschen sind. Deren Vorfahren waren Überlebende des Völkermordes von 1915 und wurden 1924/25 von der neu gegründeten türkischen Republik mit Gewalt vertrieben. Sie siedelten sich im Irak an, welcher damals von den Engländern als Mandatsmacht verwaltet wurde. Kaum wurde der Irak unabhängig, kam es 1933 in der Ortschaft Semile zu einem Massaker an den Assyrern, bei dem mehrere Tausend Menschen umgebracht wurden. Die überlebenden Hakkari-Assyrer wurden in Kooperation mit Frankreich (als Mandatsmacht in Syrien) umgesiedelt – eben genau in die Region Khabur. Sie lebten im Nordosten Syriens seit 1933 entlang beider Ufer des Khabur Flusses in 35 Dörfern zwischen den Städten Hassake und Ras al-Ain. Syrien war somit für sie das dritte Land ihrer Zuflucht! ¹⁷

Zuvor hatte es in Zentralsyrien ein weiteres Massaker an den Christen gegeben. Im November 2013 eroberten Dschihadisten der Al-Nusra-Front (ein Al-Qaida-Ableger) die Stadt Sadad unweit von Homs und vertrieben die gesamte syrisch-orthodoxe Bevölkerung von über 12.000 Menschen aus der Stadt.¹⁸ Als die syrische Armee die Stadt nach einer Woche zurückeroberte, fand man 45 Leichen. Hunderte Menschen wurden verletzt und die Hälfte der Häuser der Stadt ausgeraubt und zerstört. Der syrisch-orthodoxe Erzbischof Selwanos Alnehme bezeichnete die Ereignisse als bis dahin „größte Massaker an Christen in Syrien;“ weiter berichtete er:

Insgesamt [wurden] 45 unschuldige christliche Zivilisten, darunter auch Frauen und Kinder, grundlos ermordet und in Massengräber geworfen. Andere Zivilisten wurden bedroht und in Angst und Schrecken versetzt.

ged-assyrians-have-deep-roots-in-middle-east.html (zuletzt besucht am 19. März 2020) und Anne Barnard, “ISIS Onslaught Engulfs Assyrian Christians as Militants Destroy Ancient Art,” *NYT* (The New York Times), 7. April, 2015, accessed January 10, 2017, <http://www.nytimes.com/2015/02/27/world/middleeast/more-assyrian-christians-captured-as-isis-attacks-villages-in-syria.html> (zuletzt besucht am 19. März 2020).

¹⁷ Isaac Mardeen, “The Assyrians of Syria: History and Prospects,” *Syria Comment*, 20. Dezember 2015, <http://www.joshualandis.com/blog/the-assyrians-of-syria-history-and-prospects-by-mardeen-isaac/> archiviert auf <http://www.aina.org/news/20151221023437.htm> (zuletzt besucht am 19. März 2020).

¹⁸ “Sadad, Another Christian Town Falls to Hand of Terror,” *Orontes Syria*, October 26, 2013, accessed January 10, 2017, <https://orontes.jimdo.com/2013/10/26/sadad-another-christian-town-falls-to-hand-of-terror/>.

30 Menschen wurden verletzt und 10 werden vermisst. Eine Woche lang wurden 1.500 Familien praktisch in Geiselhaft gehalten, darunter Kinder, Frauen, Jugendliche und alte Menschen. Einige versuchten zu Fuß zu fliehen und die 8 km lange Strecke nach Al-Hafer zurückzulegen, um dort Zuflucht zu finden. Rund 2.500 Familien, die aus Sadad flohen leben nun als Binnenflüchtlinge in Damaskus, Homs, Fayrouza, Zaydal, Maskane und Al-Fhayle. (...) Alle Wohnungen wurden geplündert und ausgeraubt. Die Kirchen verwüstet und geschändet. Antike Bücher und wertvolle Gegenständen wurden mitgenommen und die Wände mit antichristlichen Schriften beschmiert. Schulen und öffentliche Gebäude wurden verwüstet, darunter auch das Postamt, das Krankenhaus und eine Klinik. Die Kinder von Sadad wurden ihrer Zukunft beraubt.¹⁹

Nach einem Bericht des Associated Press vom September 2019 wurden seit 2011 in Syrien über 120 Kirchen zerstört.²⁰ Eine Auflistung des Assyrian International News Agency listet allein in der Region Khabur und in den Ortschaften 11 zerstörte Kirchen der Assyro-Chaldäer.²¹

Die Gräueltaten und Verwüstungen des IS hat das Assyrian Policy Institut in einem Bericht über die Zerstörung des immateriellen Kulturerbes in der Region Khabur als einen wesentlichen Aspekt der Politik des IS von ethnischer Säuberung und Völkermord identifiziert.²²

Während einer von der Hanns-Seidel-Stiftung organisierten Podiumsdiskussion über die Zukunft der Christen im Nahen Osten im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2017 berichtete der Patriarch der syrisch-orthodoxen Kirche, Mor Aphrem II, über die Lage der Christen in Syrien und Irak und sagte:

¹⁹ Siehe: Erzbischof Alneme: 'In Sadad hat das bisher größte Massaker an Christen stattgefunden',²³ Agenzia Fides, 31. Oktober 2013, http://www.fides.org/de/news/32995-ASIEN_SYRIEN_Erzbischof_Alneme_In_Sadad_hat_das_bisher_groesste_Massaker_an_Christenstattgefunden#.WGUJyIjhBMw (zuletzt besucht am 25. April 2020).

²⁰ AP News, „Over 120 Syrian churches damaged by war since 2011,“, Associated Press (AP), 10. September 2019, <https://apnews.com/6369f80f02164c288ca48cfe8a59a726> (zuletzt besucht am 21. April 2020)

²¹ AINA, „List of Assyrian and Other Churches Destroyed in Syria, 13. Dezember 2015, <http://www.aina.org/news/20151212211531.htm> (zuletzt besucht am 21. April 2020).

²² Assyrian Policy Institute, „Erasing the Legacy of Khabour: Destruction of Assyrian Cultural Heritage in the Khabour Region of Syria,“ March 2020, <https://www.assyrianpolicy.org/reports> (zuletzt besucht am 20. April 2020).

Vor ungefähr 100 Jahren erlitten wir im Nahen Osten einen schrecklichen Völkermord. Jedoch endete er nicht 1915 oder 1918; er geht bis heute weiter. Nicht nur Christen sterben, sondern was heute passiert, ist nicht weniger als Völkermord. Die Bevölkerung wird entwurzelt, gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, Kirchen werden zerstört, Geistliche werden getötet und Bischöfe werden entführt. Zwei orthodoxe Erzbischöfe aus Aleppo wurden am 22. April 2013 von ISIS entführt. Seitdem ist nicht viel über sie bekannt. Was im Nahen Osten passiert, sind keine Fälle [von Gewalt] gegen Einzelpersonen, sondern eine organisierte Anstrengung, um das Christentum aus dem Nahen Osten auszurotten. Dies wird geschehen, wenn wir nicht aufstehen und ein Ende fordern.²³

Weiter wies der Patriarch darauf hin, dass die Statistiken bezüglich der christlichen Präsenz der Christen in Syrien, im Irak, aber auch in der Türkei und im Heiligen Land sehr besorgniserregend seien; die Christen würden die Region mit alarmierender Geschwindigkeit verlassen. Der Patriarch ergänzte, dass die Christen vor 2000 Jahren bereits in der Region Obermesopotamiens als indigene Bevölkerung lebten und ergänzte:

Wir sind dort keine Gäste, wir haben viele Menschen in unsere Heimat [Mesopotamien und Syrien] aufgenommen, und wir haben mit anderen gelebt, friedlich mit ihnen interagiert und gelernt, wie wir sie dazu bringen, uns zu akzeptieren. Jetzt haben Ideologien des Extremismus wie der Wahhabismus und die Muslimbruderschaft die Lebensbedingungen für Christen sehr erschwert, das friedliche Leben verschiedener religiöser Gruppen im Nahen Osten und in Syrien zerstört - zusammen mit dem internationalen Versuch, einen „Regimewechsel“ in Syrien durchzusetzen. Wir haben Angst, wenn die säkularen Regierungen gestürzt werden und die Muslimbruderschaft oder der Wahhabismus die Macht übernehmen.²⁴

²³ Bar Daisan, "Syriac Orthodox Patriarch Speaks on the Future of Christians in the Middle East," Assyrian International News Agency, 13. März 2017, <http://www.aina.org/news/20170313140341.htm> (zuletzt besucht am 16. April 2020).

²⁴ Ebenda.

Anerkennung der Gräueltaten des IS als Völkermord

Anfang 2016 stimmten das Europäische Parlament,²⁵ der Europarat²⁶ und das britische Parlament²⁷ dafür, die Gräueltaten des IS gegen religiöse und ethnische Minderheiten im Irak und in Syrien, einschließlich Assyrer (Chaldäer und Syrer) und Jesiden, als Völkermord zu bezeichnen. In dem Beschluss des EU-Parlaments wird hinzugefügt, dass die Ereignisse wie „Kriegsverbrechen“, „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Völkermord“ nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs darstellen.

Auch das US-Repräsentantenhaus stimmte am 14. März 2016 einstimmig dafür, dass die „Angriffe des Islamischen Staates auf religiöse Minderheiten im Irak und in Syrien einen Völkermord darstellen“. Die Resolution listet dutzende Verbrechen auf. Mit Bezug auf Gräueltaten gegen die Christen und Jesiden heisst es, „Massenmord, Kreuzigungen, Enthauptungen, Vergewaltigung, Folter, Versklavung, Entführung von Kindern und andere Gewalttaten, zielen absichtlich darauf, diese Gemeinschaften auszulöschen.“²⁸ Dies führte zu einem Druck auf die US-Regierung, die Gräueltaten des IS ebenso als Völkermord anzuerkennen. In einer Erklärung des US-Außenministeriums vom 17. März 2016, betonte Außenminister John Kerry, dass „Daesh [IS] für den Völkermord gegen die Gruppen in Gebieten unter seiner Kontrolle, einschließlich Jesiden, Christen und schiitische Muslime verantwortlich ist.“²⁹ Weiter erklärte Kerry, dass „wir wissen, dass Daesh in Mosul, Qaraqosh und

²⁵ Für den Text der Resolution siehe: „Joint Motion for a Resolution on the Systematic Mass Murder of Religious Minorities by the so-Called ‘ISIS/Daesh’ - RC-B8-0149/2016,“ European Parliament, 3. Februar 2016, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+MOTION+P8-RC-2016-0149+0+DOC+XML+V0//EN> (zuletzt besucht am 19. März 2010).

²⁶ ECLJ, „The Council of Europe’s Assembly Recognizes That ISIS Committed ‘genocide’ Under International Law,“ European Center for Law and Justice (ECLJ), 28. Januar 2016, <http://eclj.org/religious-freedom/the-council-of-europes-assembly-recognizes-that-isis-committed-genocide-under-international-law> (zuletzt besucht am 19. März 2020).

²⁷ Patrick Wintour, „MPs Unanimously Declare Yazidis and Christians Victims of Isis Genocide,“ The Guardian, 20. April 2016, <https://www.theguardian.com/politics/2016/apr/20/mps-unanimously-declare-yazidis-victims-of-isis-genocide> (zuletzt besucht am 19. März 2020).

²⁸ Siehe: Resolution H. CON. RES. 75, <https://www.congress.gov/bill/114th-congress/house-concurrent-resolution/75/text> (zuletzt besucht am 24. April 2020).

²⁹ See: John Kerry, „Remarks on Daesh and Genocide,“ U.S. Department of State, 17. März 2016, <https://2009-2017.state.gov/secretary/remarks/2016/03/254782.htm> (zuletzt besucht am 19. April 2020).

anderswo Christen nur wegen ihres Glaubens hingerichtet hat; und dass er auch christliche Frauen und Mädchen zur sexuellen Sklaverei gezwungen hat.“³⁰

Die internationale Einstufung der Gräueltaten des IS als Völkermord ist bemerkenswert. Die Resolution des US-Repräsentantenhauses fordert sogar, „alle Regierungen, einschließlich der Vereinigten Staaten, internationale Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen sowie das Büro des Generalsekretärs, sollten die IS-Gräueltaten bei ihren rechtmäßigen Namen nennen: Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord.“

Allerdings führt diese Einstufung als Völkermord zu einer rechtlichen Verpflichtung aller Länder, welche die Völkermordkonvention unterzeichnet haben, auch entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die zur Linderung der Situation und zum Schutz der betroffenen Gruppen dienen sollen. Denn Gemäß der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen müssen diese Staaten „Maßnahmen zur Verhütung und Bestrafung“ des Völkermords ergreifen.

Obwohl der IS größtenteils besiegt ist, bleibt die Rechenschaftspflicht für ihre Verbrechen ungelöst. Irak und Syrien sind keine Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofes, was für die IS-Kämpfer bedeutet, dass der Internationale Strafgerichtshof wahrscheinlich nicht für ihre Verfahren zuständig ist. Ein möglicher Weg liegt in einer Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Untersuchung der IS-Verbrechen.

Eine konkrete und von den Betroffenen immer wieder geforderte Maßnahme im Irak wäre die internationale Unterstützung der Pläne zur Schaffung einer geschützten Provinz für die Assyro-Chaldäer und Jesiden in der Ninive-Ebene. Dadurch könnte ein sinnvoller Schutz der betroffenen Gruppen durch Selbstverwaltung innerhalb eines föderalen Systems des Irak gewährleistet werden.³¹

³⁰ Ebenda.

³¹ Die Ninive-Ebene ist eine Region nordöstlich der Stadt Mosul und Heimat einiger Minderheiten wie Assyro-Chaldäer, Jesiden, Shabaks und Turkmenen. Berichten zufolge lebten bis 2014 zwischen 150.000 und 200.000 Christen in der Region, bevor der IS einen Großteil davon übernahm. Die Region der Nineve-Ebene ist reich an Öl und anderen natürlichen Ressourcen und seit der US-geführten Invasion im Irak im Jahr 2003 zwischen der irakischen Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung umstritten.

„Christenverfolgung“ – eine Frage der Definition

Christof Sauer



Der Religions- und Missionswissenschaftler Prof. Dr. Christof Sauer ist seit 2017 Inhaber der „Professur für Religionsfreiheit und die Erforschung der Christenverfolgung“ an der Freien Theologischen Hochschule (FTH) in Gießen. Die FTH ist die erste Hochschule in Deutschland, die einen solchen Lehrstuhl eingerichtet hat. Der ordinierte Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg ist zugleich Forschungsdirektor der Internationalen Informationsstelle für Religionsfreiheit Deutschland (Tübingen), einem Ableger des von ihm 2005 mitgegründeten Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn/Guernsey – Brüssel – Kapstadt – Colombo – Brasília – Delhi – Tübingen) sowie in Teilzeit Professor für Religions- und Missionswissenschaft der Evangelischen Theologischen Fakultät Leuven (Belgien).



Dieser Beitrag erschien ursprünglich in: ideaSpektrum Spezial Christenverfolgung 2019, S. 18–19, unter: <https://epaper.idea.de/de/profiles/4a8b3a9513fe/editions/2bcbef5c0a62b2425b9/pages>. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Wann kann man von „Christenverfolgung“ sprechen? Wo hört „Diskriminierung“ oder „Bedrängung“ auf, wo fängt „Verfolgung“ an? Welche unterschiedlichen Definitionen gibt es? Ein Plädoyer von Prof. Dr. Christof Sauer für einen sorgfältigen Sprachgebrauch.

Die einen sprechen von Christenverfolgung, andere von „bedrängten und verfolgten Christen“ und es gibt ein Jahrbuch „Diskriminierung und Verfolgung von Christen“. Zudem ist vielfach umstritten, was unter Christenverfolgung überhaupt zu verstehen ist. Was meinen wir eigentlich, wenn wir von Verfolgung oder Christenverfolgung reden? Und wie geht das angemessen und differenziert? Mit welchen Begriffen? Grundsätzlich hilft es, sich

bewusst zu machen, wie verschiedene Begriffe alltagssprachlich verwendet und wie sie in einzelnen Verwendungsfeldern teilweise unterschiedlich abgegrenzt werden.

Begriffsbestimmungen

„**Bedrängung**“ kann alltagssprachlich synonym stehen für Zwang (Nötigung, Bedrohung, Unterdrückung), Beengtheit und Einengung; Bedrängung kann auch anderes als Verfolgung bedeuten. Aus der Lutherbibel ist der heute altertümlich klingende Begriff „**Bedrängnis**“ vertraut: Widerwärtigkeiten, die Christen in der Nachfolge Christi erfahren.

„**Diskriminierung**“ als ein moderner auch juristisch verwendeter Begriff – im Sinne von alltäglicher Ungleichbehandlung – grenzt sich ein auf Zurücksetzung, Verleumdung, Einseitigkeit, Herabwürdigung, Beleidigung, Demütigung und Affront.

„**Verfolgung**“ im Allgemeinen ist zunächst ein breiter Begriff. Umgangssprachlich steht er synonym für Verunglimpfung, Hetze, Ermittlung, Nachstellung und Jagd oder Hetzjagd. In bestimmten Zusammenhängen wird er aber auf eng abgegrenzte Sachverhalte eingeschränkt.

„**Christenverfolgung**“ wird daher ebenfalls als ein weiter Sammelbegriff verwendet, wie auch eng begrenzt auf systematische, staatliche bzw. behördliche oder intensive Verfolgung von Christen. So heißt es beispielsweise im „Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit 2017“ von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutschen Bischofskonferenz (DBK): „Gemeinhin steht er (der Begriff ‚Christenverfolgung‘, d. Red.) für das systematische Aufspüren von Christen und für einen Verfolgungsapparat, wie ihn keine Gesellschaft ohne die Hilfe von Behörden und ihren Spitzeln organisieren kann. Allerdings wird in unserer heutigen Welt eine Verfolgung von Religion und Glauben nur in bzw. von wenigen Staaten mit derartiger Intensität betrieben, dass der Begriff ‚Verfolgung‘ im umgangssprachlichen Sinne angemessen wäre. Die Rede von Christenverfolgung sollte für Phänomene reserviert bleiben, die deutlich über das Erleiden von Verbalattacken oder bloßen Beleidigungen hinausgehen, so verletzend sie im Einzelfall sein können.“ (S.15)

Mich überzeugt diese Argumentation nicht, weil hier manches vermischt wird und schon der umgangssprachliche Gebrauch anders verläuft. Vor allem gibt es zwischen bzw. neben sprachlichen Angriffen und systematischer staatlicher Verfolgung ein großes Feld von unsystematischen und von

nichtstaatlichen Phänomenen, wie Ausgrenzung, Diskriminierung, massiver Belästigung, Bedrängung oder Bedrohung durch Familie, Kommune oder andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften oder einzelne ihrer Anhänger.

Wie Open Doors Verfolgung definiert

Verschiedene Interessen führen zu unterschiedlicher Eingrenzung des Verfolgungsbegriffes. Soziologisch und theologisch interessiert man sich für die existenzielle Bedeutung von Verfolgung in vollem Umfang. Darauf zurückzuführen ist die umfassende Definition des US-Historikers Charles Tieszen von religiöser Verfolgung von Christen als „jegliche ungerechte Handlung verschiedenen Grades von Feindseligkeit, die sich hauptsächlich religiös motiviert gegen Christen richtet und die aus dem Blickwinkel des Opfers Schaden unterschiedlicher Intensität anrichtet“. Bei dem christlichen Hilfswerk Open Doors ist das theologisch formuliert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus“.

Enges Verständnis im Asylrecht

Juristische Herangehensweisen dagegen führen zu einem engen Verständnis von Verfolgung. Im Asylrecht und Geflüchtetenenschutz sind Verfolgte nur Personen, die nach asylerblichen Merkmalen Verfolgung erlitten haben oder denen Verfolgung droht. Dabei werden Verfolgungshandlungen, Verfolgungsgründe und Verfolger genau abgegrenzt. Das Ziel ist eine Reduzierung der Verantwortlichkeit von Drittstaaten auf das Minimum der gravierendsten Fälle.

Internationales Strafrecht: Nachträgliche Bestrafung

Das internationale Strafrecht wiederum zielt auf eine nachträgliche Bestrafung von Verfolgung und reduziert dabei die Verantwortlichkeit internationaler Gerichtsbarkeit auf das Minimum der allergravierendsten Fälle.

Was die Menschenrechtsperspektive auszeichnet

Eine Menschenrechtsperspektive konzentriert sich auf Verletzungen und Einschränkung der Menschenrechte. Verletzungen der Religionsfreiheit überschneiden sich zwar stark mit Verfolgung, aber sind nicht deckungsgleich. Auch ist nicht alles, was soziologisch und theologisch unter den Begriff Verfolgung gefasst wird, auch eine Menschenrechtsverletzung.

Allen Sichtweisen gemeinsam sind aber einige Grundelemente: es geht um Unrecht, wirkliche Handlungen oder unterlassenen Schutz, verschiedenen Formen von Feindseligkeit, tatsächlichen und ernsten Schaden und eine diskriminierende Absicht. Religiöse Verfolgung diskriminiert aufgrund der religiösen Identität der Opfer.

Lässt sich die Intensität von Unrecht begrifflich staffeln?

Verschiedentlich wird versucht, Intensitätsgrade von Unrecht durch gestaffelte Begriffe auszudrücken. So unterscheidet beispielsweise die päpstliche Stiftung „Kirche in Not“ vier Eskalationsstufen: Intoleranz, Diskriminierung, Verfolgung und Genozid. Solche Skalen haben eine gewisse innere Logik und bilden einen Ausschnitt der Wirklichkeit ab. Dies funktioniert aber nur, wenn man sich auf eine bestimmte Perspektive beschränkt, in diesem Fall eine menschenrechtliche. Aber einfache Skalen können nie die ganze Wirklichkeit in einer geraden Linie und Reihenfolge erfassen. Die Wirklichkeit ist noch viel komplexer und viele Phänomene treten parallel zueinander auf.

Es gibt viele Verfolgungsphänomene

Es gibt beispielsweise viele Verfolgungsphänomene, die gleichzeitig auftreten können: Einerseits gibt es Verfolgung, die speziell auf eine religiöse Gruppe zielt – wie z. B. Christen –, und andererseits Verfolgung, die sich gegen alle vom Verfolger abweichenden Gruppen richtet, wie im Falle von IS oder Boko Haram. Es gibt Verstöße gegen die Menschenrechte durch Staaten – so in Nordkorea – wie auch Menschenrechtsverletzungen durch gesellschaftliche Akteure, so in Pakistan. Verfolgungshandeln kann sich in physischer Gewalt äußern oder in unblutigem Druck, wenn z. B. durch Einführung der Sharia der Lebensraum von Christen in nordnigerianischen Bundesstaaten eingeschränkt wird. Schließlich sind auch Einschränkungen von Interessen von Einschränkungen von Rechten zu unterscheiden. So ist es ein wesentlicher Unterschied ob das Interesse einer Gemeinde in Deutschland, ihren Saal zu

erweitern, aus baurechtlichen Gründen nicht umgesetzt werden kann oder ob eine Kirche in Ägypten überhaupt nicht in der Nähe einer Moschee gebaut werden darf.

Das rechte Wort zur rechten Zeit

Wer also den Begriff Verfolgung verwendet, sollte genau angeben, in welchem Sinn und Zusammenhang das geschieht, und überlegen, ob eine breite Verwendung als Überbegriff oder eine enge Zuspitzung gerechtfertigt ist. So möchte ich einerseits die Begriffe Verfolgung und „Diskriminierung und Verfolgung von Christen“ als Überbegriffe bewahren, aber andererseits – wo immer möglich – genau das benennen, was ich meine. In einer Predigt kann das „Leiden um Christi willen“ sein und in politischem Zusammenhang „Einschränkungen und Verletzungen der Religionsfreiheit“ von Christen oder anderen. Für die politische Willensbildung braucht man auch plakative Begriffe oder ein Schlagwort. Um Solidarität zu wecken, sind oft Worte nötig, die emotional betroffen machen. Um aber komplexe Zusammenhänge genau zu beschreiben, bedarf es einer differenzierten Ausdrucksweise zum Wohle von bedrängten und verfolgten Christen und zugunsten von Religionsfreiheit für alle in allen Staaten.

Ein Brief des Lazarus Jaure aus dem Frühjahr 1916 zu den Geschehnissen in Urmia

Martin Tamcke



Dr. Dr. h.c. Martin Tamcke ist deutscher Theologe, Orientalist und Hochschullehrer. Er ist Professor für Ökumenische Theologie und Orientalische Kirchen- und Missionsgeschichte an der Georg-August-Universität Göttingen. Im Fokus der Forschungen von Martin Tamcke stehen die Sprachen und Kulturen der christlichen Völker des Vorderen Orients sowie des Mittleren Ostens.



Lazarus Jaure¹ gehört zu den profiliertesten Vertretern der sogenannten „lutherischen Nestorianer“.² Da mir vor einiger Zeit ein Dossier voller Briefe von und an Lazarus Jaure aus den Jahren 1913–1916 anvertraut wurde, konnte ich meinen bis dahin wesentlich auf den Archivbeständen im Hermannsburger Missionsarchiv aufbauenden Kenntnisse entscheidend vermehren und vertiefen.³

¹ Vgl. Martin Tamcke, „Eingeborener Helfer“ oder Missionar? Wege und Nöte des Lazarus Jaure im Dienste der Mission, in: Martin Tamcke, Wolfgang Schwaigert, Egbert Schlarb, Syrisches Christentum weltweit, Festschrift Wolfgang Hage, Studien zur Orientalischen Kirchengeschichte 1, Münster 1995, S. 355–385. Zu Lazarus Jaure nunmehr meine Biographie: Martin Tamcke, „erst das Leben muss des Lebens Wert zeigen“. Der Syro-Iraner Lazarus Jaure und die Deutschen, Berlin 2013.

² Zu dieser auf Julius Richter zurückgehenden Bezeichnung vgl. Martin Tamcke, Die Konfessionsfrage bei den lutherischen Nestorianern, in: *Aram* 5, 1993 (A Festschrift for Dr. Sebastian P. Brock), S. 521–536, dort spez. S. 521, Anm. 3.

³ Zuletzt: Martin Tamcke, Der schwere Weg zum Akademiker, Die Nöte des Lazarus Jaure während seines Universitätsstudiums in Deutschland, in: Shabo Talay, Suryoye l-Suryoye, Ausgewählte Beiträge zur aramäischen Sprache, Geschichte und Kultur, *Bibliotheca Nisibinensis* 1, Piscataway 2008, S. 191–212. Den älteren Wissenstand dokumentierte Rudolf

Hier soll nun schlicht ein Brief dieses Dossiers vorgestellt werden, der in der Lazarus-Jaure-Forschung eine bislang als schmerzlich empfundene Lücke schließt.

Der Brief wurde in Schweden abgefasst. Er ist auf Briefpapier eines schwedischen Hotels geschrieben. Der vorgedruckte Briefkopf weist „HOTELL TREMONT, 42 VASAGATAN 42, RIKS 11668 11668 ALLM. 16830“. Dies Hotel befand sich in der schwedischen Hauptstadt Stockholm wie aus der vorgedruckten Datumszeile zu ersehen ist und Lazarus Jaure hat den 24. Mai 1916 handschriftlich als das Datum der Abfassung des Briefes hineingeschrieben.

„Hochgeehrter Herr Pastor!“, beginnt Lazarus seinen Brief an seinen einstigen Vorgesetzten. „Durch die zwingende Forderung meines Vaters und eingenes Pflichtbewusstsein bin ich veranlasst worden, meine Arbeit in Russland aufzugeben und hierher zu reisen.“ Diese Reise muß recht dramatisch gewesen sein und ihr müssen Erlebnisse des Syrers vorangegangen sein, die ihn zeitlebens nicht mehr in Ruhe ließen. Wir wissen das, weil er späterhin zunächst in Amerika und dann in Deutschland versuchte, seine Erlebnisse in der Kriegszeit und seine Augenzeugenschaft zum Schicksal seines Volkes in Buchform zum Druck zu bringen.⁴ Die Begleitbriefe sind noch erhalten, aber leider ist das Buch, dem die Amerikaner den Druck verweigerten, verschollen. Noch in Amerika hatte man Lazarus Jaure geraten, sich an die deutschen Stellen zu halten, da in Deutschland das Buch sicher auf größeres Interesse stoßen werde.⁵ Das Buch trug den Titel „*Meine Erfahrungen und Erlebnisse in Persien während des Weltkrieges*“.⁶ Eingereicht hatte Lazarus Jaure es zunächst am Lutheran Publication House in Philadelphia. Dort war man von dem Werk angetan. Auch Pastor Moltzahn in Philadelphia äußerte sich zustimmend zu dem Buch. Er war es, der Lazarus Jaure wegen der potentiellen deutschen Leser nach Deutschland verwies. Der diesbezügliche Begleitbrief, den Lazarus Jaure dazu am 8. Mai 1932 verfaßte, ist noch erhalten.⁷ Das Buch aber blieb bisher unauffindlich. Ein schmerzlicher Verlust für die schwer anhand der erhaltenen Quellen zu rekonstituierenden Vorgänge während des Ersten Weltkrieges in Urmia. Aber etwas von dem, was dort mit dem Buch verlorengegangen ist, findet sich teilweise und unmittelbarer an das Geschehen an-

Macuch, Geschichte der spät- und neusyrischen Literatur, Berlin/New York 1976, S. 338.

⁴ Vgl. Martin Tamcke, Eingeborener Helfer, S. 380, Anm. 89.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd. Bereits Gabriele Yonan, Ein vergessener Holocaust, Die Vernichtung der christlichen Assyrer in der Türkei, pogrom 1018, Göttingen und Wien 1989, S. 202. Anders als der Titel glauben macht, behandelt das Buch sowohl die Vorgänge in der Türkei als auch in Persien.

⁷ Ebd.

schließend auch in den Briefen. Anders als Lazarus Jaure selbst übrigens, der sich noch vor dem Weltkrieg mit seinem deutschen Arbeitgeber, der Hermannsburger Mission, überworfen hatte, blieb sein Vater, der Priester der Apostolischen Kirche des Ostens in Gogtapa war, mit den Hermannsburgern in Verbindung. Er war ein angesehenener Mann, der späterhin nach seiner abenteuerlichen Flucht über Bombay und den Irak und einigen Jahren in Amerika als Priester wieder in seine Heimat zurückkehrte und dort ein letztes Mal seine Gemeinde aufbaute.⁸ Vor Jahren fand dort Helmut Grimmsmann seinen Grabstein, der das Jahr 1938 als sein Sterbedatum auswies.⁹ Auf dem Hintergrund des engen Briefkontaktes seines Vaters zu Röbbelen ist die nächste Bemerkung des Briefes zu lesen. *„Ich hätte Ihnen gerne meines Vaters eigenen Brief vorgelegt, aber leider konnte ich den Brief nicht über die Grenze bringen und muss mich damit begnügen, ihn Ihnen inhaltlich mitzuteilen“*. Und nun nimmt uns Lazarus Jaure mit hinein in das Ergehen der syrischen Christen von Gogtapa während des Krieges. *„Mein Vater hat die in Gogtapa niedergebrannte Kirche wieder ganz herstellen lassen und verspricht sich das beste für den Fortgang der Gemeinde, da sie von unserem jungen Patriarchen, der auf seinem früheren Standpunkte entschlossen festhaltend, das grösste Ansehen allseitig genießt, beschützt wird. Er hat die sichere Hoffnung, dass die Arbeit, für die er sein ganzes Leben gearbeitet hat und auch weiterhin alles daransetzen wird, nach dem Sturme um so gesegneter und wirkungsreicher sich entfalten kann. Und so arbeitet er jetzt noch unter allen Schwierigkeiten unverzagt und getrost daran weiter. Er bittet Sie, wenn irgend möglich, ihm wenigstens sein zurückstehendes Gehalt oder auch nur einen Teil dessen (,) sei es durch eine schweizerische oder eine schwedische Mission, zukommen zu lassen, damit er im jetzigen kritischen Augenblick auch materiell für den Bestand der Kirche und Gemeinde sorgen könne.“* Seit Kriegsbeginn schon war der Geldtransfer von Deutschland nach Persien in die Urmia-Region schwer und seit den Vorgängen im Jahr 1915 schier unmöglich geworden. Dies erklärt das ausstehende Gehalt. Im Juli 1915 etwa noch teilte Röbbelen seinen Lesern mit, daß der deutsche Botschaftsprediger in Konstantinopel ihm am 26. Mai 1915 geschrieben hatte, um ihm mitzuteilen, daß der deutsche Gesandte in Teheran, Prinz Reuß, dem amerikanischen Botschafter 1.500 Reichsmark zur Auszahlung an die syrischen Mitarbeiter der Hermannsburger überlassen

⁸ Vgl. Martin Tamcke, Die Arbeit im Vorderen Orient, in: Ernst-August Luedemann, Vision: Gemeinde weltweit, 150 Jahre Hermannsburger Mission und Ev.-luth. Missionswerk in Niedersachsen, Hermannsburg 2000, S. 511–547, hier spez. S. 532–534.

⁹ Helmut Grimmsmann, Im Nordwesten Irans, Jahrbuch der ELM 1980, Hermannsburg 1979, S. 80–86.

hätte.¹⁰ Einen anderen Weg gab es nicht mehr. Aber was war es um die niedergebrannte Kirche? Am 3. Juli 1915 berichtete der Syrer Luther Pera nach Deutschland.¹¹ Mitte Dezember seien die Russen aus Urmia abgezogen. Viele syrische Christen hätten mit ihnen die Region verlassen. Am 2. Januar waren alle Russen fort. Am 3. Januar, einem Sonntag, seien „*alle Christen schutzlos der fanatischen Wut der mohammedanischen Bevölkerung preisgegeben*“ gewesen. „*Alle christlichen Dörfer und Häuser in Dilguscha und um Urmia herum wurden ausgeplündert, alle Männer, Frauen und Kinder ihrer Kleider und ihres baren Geldes beraubt. Alle Männer und jungen Leute aus den Dörfern, welche etwas weiter von der Stadt entfernt waren, wurden von Mohammedanern niedergeschossen. Sobald die Kurden von der mohammedanischen Stadtbevölkerung sichere Nachricht erhalten hatten, daß die Russen fort seien, überschwemmten sie das Land. Gogtapa, wo Leute aus 20 christlichen Dörfern Schutz gesucht hatten, wurde durch den Heldenmut des amerikanischen Missionsarztes Dr. Packard und zweier syrischen Jünglinge, des Joseph Khan und des Dr. David Khan, von der gänzlichen Niedermetzlung gerettet. Er ritt mit seinen Begleitern am Montag, den [23. Dezember] (5. Januar [nach dem deutschen Kalender]), zu den kurdischen Häuptlingen, welche Gogtapa mit mehreren Tausenden von Kriegerern belagerten. In einer Verhandlung von mehreren Stunden konnte Dr. Packard von den Kurden nur das erreichen, daß die Bewohner von Gogtapa sich ergeben und ihre Seelen, d.h. nur das nackte Leben, dem Dr. Packard zum Geschenk gegeben werden, aber alle ihre Habe den Kurden gehören solle ... So wurden viele Tausende gerettet und zum amerikanischen Missionshaus gebracht.*“¹² Gogtapa war also materiell in die Hände der Belagerer gefallen, nicht aber seine Menschen. Anderenorts ging es nicht so gut aus. Luther Pera schreibt etwa von den 46 Personen, die aus der französischen Mission in Haft behalten worden seien, „*Arm an Arm gebunden und auf Befehl der Türken erschossen. In Gulfaschan wurden über 80 Personen getötet. Frauen und Mädchen waren den unreinen Lüsten dieser wilden Rotte preisgegeben ... Dabei hatten der türkische Konsul und der kurdische Scheich dem Dorfe Gulfaschan volle Sicher-*

¹⁰ So berichtete Röbbelen unter der Überschrift „Mitgliederversammlung“ in der Zeitschrift des Vereins, (Karl Röbbelen), Die Mitgliederversammlung, Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 2,3, (Hermannsburg) Juli 1915, S. 9–12, hier speziell S. 11.

¹¹ Den über die Vorgänge berichtenden Brief Luther Peras veröffentlichte Karl Röbbelen unter der Überschrift „Ein Bericht aus Persien über das erste Kriegsjahr“, Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 2/4, (Hermannsburg) 1. September 1915, S. 13–16; der Brief ist da in Auszügen veröffentlicht auf S. 14–16. Zu Luther Pera: Martin Tamcke, Urmia und Hermannsburg, Luther Pera im Dienst der Hermannsbürger Mission in Urmia 1910–1915, Oriens Christianus 80, 1996, S. 43–65.

¹² Ebd., S. 14.

heit versprochen. In vielen Dörfern, wie Ada und Supurgan, sind unbeschreibliche Greuel geschehen. Viele starben als Märtyrer um ihres Glaubens willen. Sehr viele Frauen und Mädchen wurden von Kurden und Mohammedanern entführt.“¹³ Was an der Beschreibung Luther Peras auffällt: für ihn besteht kein Zweifel, daß diese Greuel von Türken und Kurden gemeinsam ausgingen und der Erschießungsbefehl in Urmia für die aus der französischen Mission Inhaftierten ging seines Erachtens eindeutig auf die Türken zurück. Die Zahl der Getöteten bezifferte Luther Pera auf 8.000. Und dann kommt der die Nachricht des Briefes von Lazarus Jaure erläuternde Fakt. „Alle Kirchen, auch unsere in Wasirabad und Gogtapa, wurden abgebrannt.“¹⁴ Dabei erging es den Menschen in Gogtapa nicht nur wegen des Eintretens des amerikanischen Missionsarztes noch relativ gut, auch die materiellen Schäden hielten sich offenbar noch in Grenzen. Zumindest gab es noch etwas, was man wieder aufbauen konnte. „In Gogtapa sind Häuser, Türen und Fenster gelassen worden, weil zuviel in diesem Dorfe zu rauben war. Auch das Haus des Br[uder]. Jaure und die Schule sind heil geblieben“.¹⁵ Und am 1. Januar 1916 noch hatte Röbbelen seinen Lesern mitteilen können, daß sich Jaure Abraham wieder in Gogtapa befand und dort erneut mit seiner Familie wohnte. Allerdings gaben sich die Deutschen immer noch Illusionen hin über den weiteren Verlauf. Röbbelen schrieb dazu in den „Nachrichten“: „Überfälle scheinen sich auf der Urmiaebene nicht mehr ereignet zu haben. Es ist auch Hoffnung vorhanden, daß Ausschreitungen gegen die syrischen Christen in Zukunft verhindert werden. Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel hat Vorstellungen bei der türkischen Regierung erhoben, und diese hat versprochen, daß Weisungen zum Schutz unserer syrischen Brüder an die zuständigen militärischen Stellen erlassen werden sollten.“¹⁶ Das war freilich eine gefährliche Illusion, zu meinen, daß die türkischen Stellen ernsthaft an einer Zügelung solcher Vorgänge interessiert gewesen seien. Röbbelen rief zu Spenden für die Bedrängten auf und – um auch eine für die deutsche Situation der Weltkriegszeit typische Geste zu erwähnen – eine spendenwillige Familie gab gar ihre sechs silbernen Löffel, damit den Syrern geholfen werden konnte. Die Mitteilungen des Lazarus Jaure dazu, daß sein Vater die Kirche wieder aufgebaut habe und zuversichtlich sei hinsichtlich des Bestandes der Gemeinde in der Zukunft, wurde gleich am 21. Juni 1916 auf der Mitgliederversammlung des Vereins

¹³ Ebd., S. 15.

¹⁴ Ebd., S. 15.

¹⁵ Ebd., S. 16.

¹⁶ (Karl Röbbelen), Nachrichten aus Urmia, Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 3/1, (Hermannsburg) 1. Januar 1916, S. 2–4, hier speziell S. 3.

für lutherische Mission in Persien bekanntgemacht. Am 1. Oktober konnte dann Röbbelen seinen Lesern auch mitteilen, daß der schwedische Missionsbund für die Hermannsburgern den Transfer von Geldsendungen übernommen hatte.¹⁷

Bei Lazarus Jaure folgt in seinem Brief nun ein seltsamer Hinweis, den er in Klammern anführt. „(Über die armen Mitglieder der Gemeinde in Wasirabad konnte freilich mein Vater vorsichtshalber nichts mitteilen)“. Hinter dieser Notiz verbirgt sich die Tragödie eines ganzen Dorfes und seiner Pfarrersfamilie.

Bereits im Sommer des Jahres 1914 begann diese Tragödie.¹⁸ Am 18. Juni berichtete das Auswärtige Amt in Berlin den Hermannsburgern, daß dem dortigen Pfarrer Pera Johannes seine Kirche fortgenommen worden sei, die mit erheblichen Finanzmitteln aus Deutschland erhalten worden war.¹⁹ Die Nachricht hatte das Auswärtige Amt telegraphisch vom deutschen Gesandten in Teheran erhalten. Er berichtete auch, daß die Kirche dem Priester vom russischen Bischof fortgenommen worden sei und der Priester mitsamt seinen Kirchenältesten in Gefängnis geworfen wurde. Der Bischof war begleitet worden von einem Aufgebot an Reitern, die ihm der persische Gouverneur in Urmia auf das Drängen der Russen hin zur Verfügung gestellt hatte. Am 13. Juni war der Bischof ins Dorf gekommen. Er nahm die Kirche, weihte sie am folgenden Tag, dem Trinitatessonntag, neu nach dem Ritus der Russischen Orthodoxen Kirche ein, und überführte sie zur Russischen Orthodoxen Kirche. Um jeden Unmut im Dorf zu unterdrücken, waren nicht nur Priester und Gemeindeälteste inhaftiert worden, sondern wurden die Reiter auch bei den Gemeindegliedern einquartiert und unterbanden jeden Widerstand.²⁰

¹⁷ (Karl Röbbelen), Die Mitgliederversammlung am 21. Juni 1916 in Hermannsburg, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien ¾, (Hermannsburg) 1. Oktober 1916, S. 2–4, speziell S. 3 unter dem 2. Mitteilungspunkt: „Die Geldsendungen nach Persien hatten wir eine Zeitlang aufgegeben, weil bei der Entwertung des deutschen Geldes 30% verloren gingen, wenn wir Geld nach Schweden oder Amerika zur Weiterbeförderung schickten. Nun hat aber die Direktion des „Schwedischen Missionsbundes“ in freundlichster Weise sich erboten, leihweise für uns Geldbeträge nach Persien und Rußland zu übermitteln, die wir nach dem Kriege, wenn die Geldverhältnisse wieder normal geworden sind, zurückerstatten sollen. Schon sind zwei Sendungen aus Schweden abgegangen.“

¹⁸ Zur Person des Priesters: Martin Tamcke, Pera Johannes, in: René Lavenant, VI Symposium Syriacum 1992, Orientalia Christiana Analecta 247, 1994, S. 361–369. Zum Schicksal des Ortes: Martin Tamcke, Die Zerstörung der ostsyrischen Gemeinde in Wasirabad im Kontext von religiöser Konkurrenz, Weltkrieg und ökonomischer Not, erscheint in Hallesche Beiträge zur Orientwissenschaft (ed. Tubach).

¹⁹ (Karl Röbbelen), Eine Trauerkunde aus Wasirabad, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission 1/3, (Hermannsburg) 28. Juli 1914, S. 11–12.

²⁰ Die Berichte Luther Peras und Johannes Peras veröffentlichte Karl Röbbelen auszugsweise unter der Überschrift „Die gewaltsame Wegnahme der Kirche in Wasirabad“ in der Zeit-

Vorangegangen waren Versuche des Gouverneurs, den Priester und seine Ältesten zu bewegen, freiwillig die Kirche aufzugeben. Sodann schickte er am Donnerstag nach Pflingsten einen Gerichtsboten mit dem Befehl, die Kirche den Russen zu übergeben. Vergeblich suchte der Priester das Gespräch mit dem Gouverneur. Er wurde nicht vorgelassen. Die Syrer empfanden sich nunmehr als Spielball im Weltgetriebe. „Wir leben in der bedrängtesten Lage. Ich habe keinen Schutz als den Herrn droben. Die kleinste Verleumdung kann einen in Lebensgefahr bringen“, meinte der Sohn des Priesters, der sich vergeblich um die Freilassung seines Vaters bemühte.²¹ Nach der schließlich erfolgten Freilassung des Priesters herrschte tiefe Verunsicherung. Der Priester war niedergedrückt über den Verlust seiner Kirche und traute sich nicht, seiner Gemeinde in einem anderen Gebäude zu dienen. „Alles stand im Zeichen der Furcht“, meinte die Vorsteherin des deutschen Waisenhauses in Urmia.²² Luther Pera meldete dann Ende 1915, daß die Kirche des Dorfes abgebrannt worden sei. Der Ort befand sich infolge der Verfolgungen in einem erschreckenden Zustand. „Wasirabad ist ganz verwüstet, die Häuser abgerissen, Türen und Fenster geraubt.“²³ Ein Schlag, von dem sich das Dorf nie mehr erholen sollte. Im Januar 1917 veröffentlichte Röbbelen die Nachrichten hierzu, die ihm Lazarus Jaure übermittelt hatte. „Die Gemeinde von Wasirabad hat sich nicht wieder sammeln können, da das Dorf zum großen Teil zerstört ist. Die niedergebrannte Kirche ist auch von den Russen nicht restauriert worden.“²⁴ Immerhin gab es noch einige Christen dort in der kurzen Pause vor dem erneuten Anschwellen der Ausschreitungen. Diese Christen hielten sich nun nach Gogtapa.²⁵ Der Priester des Dorfes aber war zunächst ins südrussische

schrift des Vereins: (Karl Röbbelen), Die gewaltsame Wegnahme der Kirche in Wasirabad, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien ¼, (Hermannsburg) 28. September 1914, S. 13–16 (dabei Datumsangabe zum Brief Luther Peras: 19. Juni 1914, zum zitierten Brief des Pera Johannes fehlt eine Datumsangabe).

²¹ Ebd., S. 15.

²² Ausführlich berichtete Röbbelen in Ermangelung von Nachrichten der Betroffenen aus einem Brief der Vorsteherin des Waisenhauses vom 6. November 1914 unter der Überschrift „Wie steht’s auf der Urmiaebene?“; (Karl Röbbelen), Wie steht’s auf der Urmiaebene?, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 2/2, (Hermannsburg) 1. April 1915, S. 6–7, das Zitat dort S. 7.

²³ (Karl Röbbelen), Ein Bericht aus Persien über das erste Kriegsjahr, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission 2/4, (Hermannsburg) 1. September 1915, S. 13–16, hierzu speziell S. 15–16 (aus einem Brief des Luther Pera vom 3. Juli 1915).

²⁴ (Karl Röbbelen), Neue Nachrichten von der Urmiaebene, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 4/1, (Hermannsburg) 1. Januar 1917, S. 1–3, hier speziell S. 1 (aus einem Brief des Lazarus Jaure).

²⁵ Ebd. (aus einem Bericht des Lazarus Jaure).

Aramawir und dann nach Tiflis geflohen.²⁶ Er blieb fortan ein gebrochener Mann und konnte einen Dienst nie wieder ernsthaft aufnehmen. Mit knapper Not war er den Ausschreitungen entkommen. Während sein Sohn mit seiner Familie in Urmia von einem jungen Muslim in dessen Haus versteckt wurde, nachdem er in seinem Haus von marodierenden Muslimen belagert worden war, trieb ihn die Sorge um seinen Vater und die restliche Familie um. Denn nach dem erneuten Abzug der Russen im Dezember wüteten und plünderten die Kurden in den Dörfern. *„Aber nach drei Tagen kamen sie gänzlich – auch der Kleider – beraubt in das amerikanische Missionshaus. Ich nahm sie mit zu uns in jenes mohammedanische Haus.“*²⁷ Seine langjährige Wirkungsstätte

²⁶ Zu Pera Johannes in Armaxir vgl. (Karl Röbbelen), Nachrichten aus Urmia, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 3/1, (Hermannsburg) 1. Januar 1916, S. 2–4, hierzu speziell S. 3. Zu Pera Johannes in Tiflis vgl. Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 3/4, (Hermannsburg) 1. Oktober 1916, S.2–3 (*„Er wartet darauf, daß wir durch eine Geldsendung ihm die Rückkehr nach Persien ermöglichen“*); Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 4/1, (Hermannsburg) 1. Januar 1917, S.2 (Lazarus Jaure berichtet, daß sich Pera Johannes bei der Durchreise seiner Schwester noch in Tiflis befunden habe und *„in äußerst schwierigen Verhältnissen“* lebte. *„Seine Absicht, nach Urmia zu reisen, konnte er aus Mangel an Reisemitteln nicht ausführen.“*); Nachrichten aus der lutherisch. Mission 4/2, (Hermannsburg) 1. Juni 1917, S. 3 (Bericht des armenischen Missionars M. A. Ter-Asaturiantz vom 3. Januar 1917: *„Ich suchte Pera Joh. und fand ihn hier in Tiflis. Eine Arbeit hat er eigentlich nicht, nur daß er bei den syrischen Versammlungen hier in der Stadt ein oder das andere Mal, aber sehr selten, reden darf. Er ist alt und zurückgezogen und hat es ziemlich schwer im Oekonomischen. Bei uns können wir ihn nicht verwenden, weil er die armenische Sprache nicht kennt. Ich gab ihm den Rat, einen Versuch zu machen, unter den 5–6.000 Syrern, welche hier in der Stadt wohnen, zu arbeiten. Ein großer Teil von diesen ist protestantisch. Aber Pera Johannes glaubte nicht mehr tun zu können, als was er tut.“*; Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 6/1, (Hermannsburg) 10. Juni 1919, S.2 (Zu den Briefen des Pera Johannes aus Tiflis mit den Nachrichten, daß kein Christ nach Persien reisen könne, da das türkische Heer die letzte Strecke der Eisenbahn besetzt halte); Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 6/1, (Hermannsburg) 1919, S. 4 (*„Pastor Pera Johannes ist, soviel wir wissen, noch in Tiflis, wo er mit den Seinen in großer Not sich befindet. Wir haben ihn nicht so unterstützen können, wie es nötig gewesen wäre. Gott gebe, daß er bald nach Persien zurückkehren kann!“*); Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 7/3 und 4, (Hermannsburg) 20. September 1920, S. 4 (*„Der alte Pastor Pera Johannes wartet in Tiflis sehnsüchtig darauf, daß es ihm vergönnt wird, in seine Heimat zurückzukehren und dem Teil seiner Gemeinde in Wasirabad, der die Notzeit überlebt hat, wieder im Amt des Wortes zu dienen. Er leidet mit seiner Familie schwer unter der Teuerung. Mit 500 Rubeln kann er kaum den Unterhalt eines Tages bestreiten. Weil aber selbst unsere entwertete Mark den Wert von 12 Rubeln hat, so verlohnt es sich, ihn von hier aus zu unterstützen, falls es möglich ist, Geld von Deutschland nach Tiflis zu schicken.“*). Erst 1921 konnte Pera Johannes über Konstantinopel nach Winzenheim im Elsaß übersiedeln und wurde schließlich mit seiner Frau und einer behinderten Tochter im Stift Kronenburg bei Straßburg untergebracht, wo er am 3. September 1924 an Lungenentzündung verstarb.

²⁷ (Karl Röbbelen), Ein Bericht aus Persien über das erste Kriegsjahr, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 2/4, (Hermannsburg) 1. September 1915, S. 14–15 (aus einem Brief seines Sohnes Luther Pera vom 3. Juli 1915).

hat Pera Johannes nie wiedergesehen. Seine Gemeinde war untergegangen und alles, was er sich erworben und geschaffen hatte, auch. Er starb 1924 schließlich verarmt und notdürftig von Hermannsburg unterstützt in einem Heim im Elsaß, wohin er endlich 1921 aus dem von revolutionären Umbrüchen heimgesuchten Georgien hatte ausreisen dürfen.²⁸ Er hinterließ seine Frau und eine behinderte Tochter unversorgt. Von Hermannsburg aus nahm man sich ihrer für den Rest ihrer Lebenszeit an.

Lazarus Jaure nun hielt es nicht länger in Rußland angesichts des ausufernden Elends der Syrer. *„Was mich aber besonders veranlasst hat, hierher zu kommen, war der herzdringende Hinweis meines Vaters auf die entsetzliche Not und das grenzenlose Elend, worunter jetzt unser armes syrisches Volk leidet, das noch zu alledem durch schreckliche Epidemien fast ausgerottet zu werden droht. Und demgegenüber erinnerte er mich entschieden an meine unausweichliche Pflicht. Und, geehrter Herr Pastor, dies hat mich lange als eine schwere Last gedrückt, bis es mich schliesslich hierher geführt hat. Diesem furchtbaren Gottesgerichte gegenüber, das wir gesehen und erlebt haben und das noch in seiner ganzen Strenge auf unser Volk drückt, war ich innerlich gezwungen, alles eigene Denken und Wünschen beiseite zu lassen und der inneren Stimme und des Vaters Aufforderung demütig nachzukommen. Ach, ich weiss nicht, ob Sie erfahren haben, was unser Volk in dieser Kriegszeit alles erduldet hat, bis zur Unmenschlichkeit!“*

Die Frömmigkeit des Lazarus Jaure mag heute manchem befremdlich sein und es mögen Zweifel angemeldet werden können, ob er tatsächlich so selbstlos sich aus der Gefahr gebracht hatte, um Hilfe für die verfolgten Syrer zu organisieren oder nicht auch die Gelegenheit nutzte, sich und sein Leben zu retten, wichtig ist doch, daß er aktiv wurde und daß er zu den Vorgängen informierte. Leider enthält der Brief sodann keine weiteren Einzelheiten zu den Vorgängen bei den Syrern, sondern den diesen Kontext abbrechenden Satz: *„Doch davon will ich nicht schreiben.“* Das mag dem Informationshungrigen nicht entgegenkommen, aber dafür bekommen wir Lazarus Jaure nun als den Organisator der dringend erforderlichen Hilfe vorgeführt. *„Jetzt will ich Sie nur bitten, zu helfen. Und vielleicht würdigen Sie mich auch, an dieser Hilfsarbeit an den Armen, Hungrigen und Sterbenden meiner Landsleute, weshalb ich ausschließlich hergekommen bin, mitzuwirken. Jetzt verstehe ich, was Paulus veranlassen konnte zu wünschen, lieber selber an Stelle seines Volkes von Christus verdammt zu sein. – Doch ich will lieber alle eigenen Gedanken zurückstellen und warte hier auf Ihre Anweisungen und Ratschläge, ausserhalb deren selbstverständlich mir jeder Gedanke an eine solche Betätigung*

²⁸ Vgl. Anm. 26.

absolut fernliegt. Nur möchte ich bemerken, dass nur durch Vermittlung der schwedischen Mission, die eventuell, wie ich hoffe, selber gerne mit Hand anlegen würde, etwas geschehen kann.“ So geschah es dann tatsächlich und die Deutschen sandten durch Vermittlung des Lazarus Jaure ihre Hilfe über die schwedische Mission.²⁹

In einer der abschließenden Bemerkungen zeigte Lazarus Jaure, daß ihm die gelungene Flucht eines Mitpriesters in der Kirche des Ostens, des Luther Pera, bekannt war. „Pastor Luther Pera hat schon vor Monaten Russland verlassen und er kann doch wohl nur in Deutschland sein. Bitte, grüssen Sie ihn von mir.“ Die schon erwähnten Epidemien hatten eben auch die Briefschreiber erreicht. Luther Pera hatte auf seiner ersten Flucht nach Täbris im Sommer 1915 bereits mit der Cholera Bekanntschaft gemacht.³⁰ Dann starb sein Sohn Friedrich an Typhus im Zuge der großen Krankheitsepidemien und Mangelerscheinungen in Urmia.³¹ Auch Luther Peras Geschichte und seine abenteuerliche Flucht über Schweden nach Deutschland lohnten eine ausführlichere Darstellung. Ihm blieb durch Mithilfe muslimischer Bekannter der Tod erspart und bei der erneuten Räumung Urmias durch die Russen zog er mit ihnen aus der Region fort, um nie mehr dorthin zurückzukehren.³² Auch er hatte an eine Veröffentlichung seiner Erlebnisse gedacht und noch

²⁹ Vgl. Anm. 17.

³⁰ (Karl Röbbelen), Nachrichten aus Urmia, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 3/1, (Hermannsburg) 1. Januar 1916, S. 2–4, hier spez. S. 3 (Da die meisten syrischen Flüchtlinge die russisch-iranische Grenze „diesmal nicht überschreiten durften, so häufte sich bei Dschulfa eine große Menschenmenge an, unter der die Cholera ausbrach. Diese mörderische Krankheit wurde auch nach Täbris übertragen. Als sie in dem Hause, das Luther Pera bewohnte, zwei Personen weggerafft hatte, verließ er mit den Seinen schnell die Stadt und kehrte nach Urmia zurück“).

³¹ (Karl Röbbelen), Ein Bericht aus Persien über das erste Kriegsjahr, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 2/4, (Hermannsburg) 1. September 1915, S. 13–16, hier speziell S. 15 („Zuerst starben die Kinder an Masern, dann aus Kälte und Blöße an Dysenterie; zuletzt entstand der Typhus und raffte die besten Jünglinge und Jungfrauen, welche unter der amerikanischen Fahne dem Schwert entronnen waren, hinweg. Es starben täglich 30–40 Personen in der Mission. Auch unser lieblicher Friedrich ward ein Opfer des Typhus, während mein Bruder Ignatius und meine Schwester Lois wieder genasen.“). In Erinnerung an den an Typhus verstorbenen Sohn nannte Luther Pera auch seinen nächsten Sohn wieder Friedrich, Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 3/2, (Hermannsburg) 1. April 1916, S. 4 (Zur Geburt des Kindes am 1. Januar 1916 nach geglückter Flucht nach Deutschland und Eintreffen in Hermannsburg am 24. Dezember. Das Kind habe in der Taufe den Namen Friedrich erhalten. „Diesen Namen hatte auch das Kind, das den Eltern in der Typhusepidemie genommen wurde, die im vorigen Winter in Urmia herrschte.“).

³² Vgl. Anm. 11 (Martin Tamcke, Urmia und Hermannsburg).

lange sollte vor allem die Zeitschrift des Dr. Johannes Lepsius in Potsdam sich um deren Veröffentlichung bei ihm und seinen Vorgesetzten in Deutschland bemühen, aber erschienen sind auch diese Erinnerungen nie.

Der Aufbau der Kirche in Gogtapa während des Weltkrieges blieb nur eine Episode. Der von Lazarus Jaure gelobte Patriarch wurde von Kurden in einem Hinterhalt mit 25 Männern seiner Begleitung ermordet. Die Engländer kamen nicht so schnell als Entsatz der Russen nach Norden vor und Türken und Kurden gemeinsam wüteten wie zuvor. Nun mußte auch Jaure Abraham die Flucht antreten. Er beschreibt diesen seltsamen Auszug seines Volkes, der an den Auszug der Israeliten aus Ägypten erinnert. Da wird dann auch deutlich, wie die Not der Hungernden und Erkrankenden das Werk vollendete, daß die Peiniger und Mörder begannen. *„Am 18. Juli 1918 verließen wir Urmia und flohen nach Süden, nach Hamadan. Diese Flucht dauerte 22 Tage. Das ganze Volk war unterwegs mit Wagen, Pferden und Habe. Auf dem Wege wurden wir achtmal vom Feinde umzingelt; einige Tausend wurden getötet oder gefangen weggeführt. Am vierten Tage unserer Flucht ließen wir unsern Wagen, vor den vier Ochsen gespannt waren, alle unsere besten Sachen, die Bücher usw. zurück. Meine Frau ritt auf einem Pferd, das wir noch hatten; wir andern flohen zu Fuß. Den ersten Tag machten wir ungefähr 70 km zu Fuß ohne Schuhe und Strümpfe in der Sommerhitze auf den sandigen Wegen Persiens. Selbstverständlich waren Tausende von Menschen in derselben Lage wie ich. Das fliehende Volk bestand annähernd aus 90.000 Seelen. Säugende Frauen ließen ihre kleinen Kinder am Wege liegen und flohen. Auf dem ganzen Wege begegneten wir Kindern, die von ihren Eltern verlassen waren. Sie liefen den Flüchtlingen entgegen und riefen den Fremden weinend zu: „Papa, Mama, nimm mich mit!“ Aber niemand konnte helfen. Neugeborene Kinder ließ man liegen. Väter und Mütter, die schwach waren, wurden im Stich gelassen. Andere starben unterwegs und blieben unbeerdigt liegen. Wir mußten hungern, denn alle Vorräte ließen wir unterwegs, drei Tage waren wir ohne Brot und ohne Wasser. Denn die Tausende von Menschen mit ihrem Vieh tranken alles Wasser weg. Beinahe das ganze Volk wurde an Dysenterie krank; auch Cholera raffte viele Menschen weg. Als wir uns Hamadan näherten, wurde meine Frau krank. Wir hatten in Hamadan angesehene Verwandte. Sie nahmen uns als Gäste in ihre Häuser auf. Meine Frau lag eine Woche krank. Am 10. August nahm sie der Herr zu sich. Am 11. wurde sie bestattet unter großer Teilnahme der angesehenen Männer zu Hamadan und der syrischen Flüchtlinge. Ich fiel in tiefe Betrübniß.*

Wir blieben vier Monate in Hamadan. Dann begaben wir uns im Winter auf die Reise nach Täbris, die einen Monat währte. Ich kam krank und schwach dorthin. Hier lag ich zwei Wochen krank, an Brust und Knien leidend infolge der Kälte. Als ich gesund ward, erkrankte mein Sohn am Typhus. Auch er ist jetzt gesund. Aber es ist uns sehr schwer geworden, in einer fremden Stadt ohne

*Geld unter diesen Umständen zu leben.*³³ Für eine Weile räumte man ihm die armenische Kirche der Stadt für seine gottesdienstlichen Feiern. Schließlich aber mußte er unter erneuten erheblichen Entbehrungen über Bombay bis nach Amerika emigrieren und konnte erst als hochbetagter Mann von 76 Jahren 1930 in seine angestammte Heimat zurückkehren.³⁴ Als Geistlicher hatte er in Philadelphia unter seinen Landsleuten für die Wiedererrichtung des Heimatdorfes und seiner Kirche gesorgt. Es ist wie ein Wunder, daß dieser alte Mann dann als Priester seiner angestammten Gemeinde in der heimatlichen Erde 1938 bestattet werden konnte.³⁵ Ein Symbol dafür, trotz des Genozids nicht die eigenen Wurzeln in der heimatlichen Erde aufzugeben, zu der es ihn zurückzog trotz aller weiteren Gefährdungen und Nöte. Ihm ist zu verdanken, daß noch heute die Zeugnisse seiner Gemeinde und dieser Zeit dort erhalten sind. Sein Sohn Lazarus, dessen Brief ich Ihnen hier mit meinen Erläuterungen vorgestellt habe, konnte hingegen nicht in seine Heimat zurückkehren. Die deutschen Verantwortlichen des Vereins in Hermannsburg hielten eine erneute Arbeit in dieser Region für völlig aussichtslos und fürchteten wohl auch die finanziellen Lasten, die dadurch auf sie zugekommen wären.³⁶

³³ Röbbelen veröffentlichte große Teile des über die Vorgänge und die Flucht berichtenden Briefes des Jaure Abraham vom 16. Juli 1919 unter der Überschrift „Ein Brief aus Persien“; die Mission hatte fünf Jahre keinen direkten Kontakt zu Jaure Abraham mehr gehabt, (Karl Röbbelen), Ein Brief aus Persien, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 6/2, (Hermannsburg) 10. November 1919, S. 1–4, das Zitat hier S. 3–4.

³⁴ (Karl Röbbelen), Neue Schritte auf alten Bahnen, in: Nachrichten aus der lutherisch. Mission in Persien 17/2, (Hermannsburg) 6. Mai (1930), S. 2–4.

³⁵ Vgl. Anm. 9 (Grimmsmann).

³⁶ Martin Tamcke, Hermannsburg, die Assyrerfrage und der Völkerbund, Vortrag gehalten auf dem 13. Ludwig-Harms-Symposium (17. und 18. September 2004, Die Hermannsburger Mission und das „Dritte Reich“), i.Dr.

Anhang:

Transkription des Briefes von L. Jaure an Karl Röbbelen, nachdem der sein Einverständnis signalisiert hatte, finanziell den Opfern zu helfen

Briefkopf:

Hotell Tremont

42 Vasagatan 42

RIKS 116 68 ALLM. 168 30

Stockholm den 10. Juni 1916 [*Angabe von Ort, Jahrhundert und -dekade als Vordruck*]

Hochgeehrter Herr Pastor!

Besten Dank für Ihren freundlichen Brief vom 28. v. M. Leider kann ich Ihnen aus Persien nichts weiter mitteilen, als was ich schon getan habe. Denn da damals keine Postverbindung mit Persien bestand, so waren auch wir zu Hause ganz abgeschnitten und haben im Verlaufe eines ganzen Jahres nur den einen Brief erhalten, wovon ich Ihnen schon berichtete. An welchem Datum jener Brief geschrieben war, kann ich nicht mehr angeben; da wir ihn aber etwa 2 Wochen vor Ostern erhielten, muss er wohl etwa Anfang März abgeschickt worden sein. – Jetzt aber geht die Bahn direkt nach Täbris mit einer Abzweigung nach dem Urmia-See, der nächstens mit einer electricischen Bahn mit Urmia verbunden werden soll. Ich glaube, dass jetzt auch sowohl telegraphische wie auch Postverbindung mit Urmia hergestellt ist [*sic*].

Sowohl der „Deutsche Hilfsverein“ in Stockholm wie auch hiesige Missionsvereine sind gerne bereit, Geld nach Persien zu übermitteln. Freilich der Kurs ist gleich ungünstig. Es freut mich, dass Sie meine Absicht, hier für die syrischen Christen Hilfe zu finden, billigen. Ich habe mich dann mit Pastor Montelius (Meister-Sammelgatan 42) über die Angelegenheit besprochen, und er ist gerne bereit, mir hierin zu helfen. Und da er ein einflussreicher Director einer hiesigen [*eingefügt: luth.*] Missionsgesellschaft ist, so wäre seine Hilfe sehr wichtig. Ich habe mir eine solche Stellung verschafft, die mir die Mittel zur Bestreitung meiner Bedürfnisse an die Hand geben wird und daneben mir so viel freie Zeit übrigbleibt, dass ich mich auch gut der anderen Arbeit hingeben kann, um Interesse und Freunde für die Mission in Persien zu gewinnen. Nimmt sich dann Pastor Montelius oder irgend ein anderer ganz der Sache an, so würden wir dann Ihre Schriftchen, die Sie mir

zugeschickt haben, ins Schwedische übersetzen lassen, ich würde dann in Versammlungen und bei Freunden für die Sache werben. Und so dürfte man sich doch mehr oder weniger Erfolg versprechen.

Doch hierzu muss ich aber vor allen Dingen Ihre Zustimmung und Unterstützung haben. Nur in Verbindung mit Ihnen kann und will ich mich dieser Arbeit hingeben, wie ich schon in meinem letzten Brief andeutete. So bitte ich Sie, dass Sie an Pastor Montelius schreiben, dass er sich der Sache annähme und machen Sie mich ihm bekannt. Bischof Ullmann ist krank und altersschwach. Ich werde aber Bischof Scheele, Rohde etc. etc. zu gewinnen suchen. Seien Sie also so freundlich und reichen Sie mir in dieser nützlichen Sache über Vergangenes die Hand, so zweifle ich nicht am Erfolg.

Leider war die ansehnliche Summe Geldes, die ich mitgenommen hatte, durch den langen Aufenthalt in Petrograd und besonders auf der Grenze so sehr zusammengeschrumpft, dass ich schliesslich den deutschen Hilfsverein um Vorschuss bitten musste, der dann an Sie telegraphierte. Ich werde in kürzester Frist Ihnen das Geld zurückzahlen.

Es grüsst Sie in aufrichtiger Hochachtung
Ihr ergebenster
L. Jaure.

Einzelfall oder Serienmord?

Zur Interpretation der osmanischen Genozide

Tessa Hofmann



Prof. Dr. phil. Tessa Hofmann ist Neuphilologin (Slawistik, Armenistik) und Soziologin; bis April 2015 arbeitete sie als wissenschaftliche Angestellte am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Sie hat zahlreiche Veröffentlichungen zur Lage der christlichen Minderheiten in der Republik Türkei sowie zum Genozid im Osmanischen Reich vorgelegt [u. a. als Herausgeberin die Sammelbände „Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Christen im Osmanischen Reich“ (2004 u. 2007) sowie „The Genocide of the Ottoman Greeks“, 2011].



Rezension zu: Morris, Benny; Ze'evi, Dror: The Thirty-Year Genocide: Turkey's Destruction of Its Christian Minorities. Cambridge, Massachusetts; London, England: Harvard University Press, 2019; XVI, 659 S.; zahlr. Abb. u. Kartenskizzen; ISBN 9780674916456

Der jungtürkische Genozid an den Armeniern gehört zu den publizistisch am umfassendsten dargestellten Einzelfällen von Völkermord. Die jüngste wissenschaftliche Neuerscheinung erlangt dennoch bereits jetzt Aufsehen. Diese Aufmerksamkeit verdankt die Monographie *The Thirty-Year Genocide* ihrem Umfang von 662 Seiten und ihrem mehrfach innovativen Ansatz.

Der israelische Journalist und emeritierte Universitätsprofessor Benny Morris (geb. 1948), der sich als Zionisten bezeichnet und zur Gruppe der von ihm so benannten „neuen Historiker“ in Israel gehört, ist seit 1988 mit umstrittenen Publikationen über den zionistisch-palästinensischen Konflikt hervorgetreten. Wie sein Kollege und Mitautor Dror Ze'evi (geb. 1953) lehrte B. Morris Geschichte an der Abteilung für Mittelost-Studien der Ben Gurion-Universität (Negev), deren Mitbegründer und Leiter (1995–1998, 2002–2004) Ze'evi war. Zuvor hatte Ze'evi unter anderem an der staatlichen Istanbuler Boğaziçi Üniversitesi (Bosporos-Universität) gelehrt; als Beitrag

zur osmanischen Regionalgeschichte erschien 1996 seine Monographie „An Ottoman Century: The District of Jerusalem in the 1600s“. The Thirty-Years Genocide markiert die Zuwendung der beiden Historiker zu einem für sie neuen Arbeitsgebiet: der komparativen Genozidforschung.

Innovationen: Am Beginn ihrer Einführung erklären Morris/Ze'evi: „Wir haben dieses Projekt auf der Suche nach der Wahrheit über das, was mit den osmanischen Armeniern während des Ersten Weltkriegs geschah, gestartet. Die meisten westlichen Wissenschaftler zu diesem Thema sind zu dem Schluss gekommen, dass das Osmanische Reich unter Ausnutzung des Nebels und der Notwendigkeiten des Krieges eine Völkermord-Kampagne durchgeführt hat, die etwa eine Million tote Armenier forderte.“

Neun Jahre haben die beiden Historiker nach eigenen Angaben westliche – vor allem französische, britische, amerikanische und zu einem geringeren Maße deutsche und österreichische – sowie osmanische Quellen nebst umfangreicher Sekundärliteratur ausgewertet, um zu dem Schluss zu gelangen: „Zwischen 1894 und 1924 wurden die christlichen Gemeinschaften der Türkei und der angrenzenden Gebiete von Ostthrakien, Urmia und Teilen des Kaukasus – Armenier, Griechen und Assyrer – von aufeinanderfolgenden osmanischen und türkischen Regierungen und ihren muslimischen Agenten schrittweise vernichtet. Der Prozess der ethnisch-religiösen Säuberung war gekennzeichnet durch Massaker großen Ausmaßes, neben systematischen Vertreibungen, Zwangsbekehrungen und kultureller Vernichtung, die einem Völkermord gleichkamen. (...) Die Zerstörung der christlichen Gemeinschaften war das Ergebnis einer bewussten Regierungspolitik und des Willens der muslimischen Bewohner des Landes. Die Morde, Vertreibungen und Bekehrungen wurden von Beamten angeordnet und von anderen Beamten, Soldaten, Gendarmen, Polizisten und oft auch von Stammesangehörigen und den Zivilbewohnern von Städten und Dörfern ausgeführt. All dies geschah unter aktiver Beteiligung muslimischer Geistlicher und unter Ermutigung der türkischen Presse.“ (S. 485)

Für Morris/Ze'evi stellt sich der Genozid an den osmanischen Armeniern als Bestandteil eines umfassenderen Verbrechens dar, das sie als „De-Christianisierung“ einstufen: Armenier, Griechen sowie syrische (aramäische, assyrische, chaldäische) Christen unterschiedlicher Denominationen „(...) erlitten massive Verluste an Leben, alle wurden gleichermaßen ihrer weltlichen Güter beraubt, und fast alle Überlebenden – außer den Christen Konstantinopels – wurden außer Landes gejagt. (...) Im Ergebnis wurde keine Denomination ‚begünstigt‘, sondern alle erlitten dasselbe Schicksal.“ (S. 488)

Dieser erfreulich inklusive Ansatz ist freilich nicht so neu, wie ihn die Autoren darstellen. Eine 2002 an der Technischen Universität Berlin durchgeführte Konferenz markiert vermutlich den Beginn einer über den Genozid an Armeniern hinausreichenden Betrachtungsweise¹; weitere Konferenzen in der Schweiz sowie in Chicago kamen zu ähnlichen Ergebnissen, auch wenn diese sich noch nicht als Mehrheitsmeinung durchgesetzt haben.

Hinsichtlich der Periodisierung folgen Morris/Ze'evi dem 2007 publizierten Hinweis des US-armenischen Historikers Raffi Hovannisian, wonach ein „Kontinuum“ der genozidalen Absicht zwischen den Massakern unter Sultan Abdülhamit II. und den Jungtürken bestehe: „Auf verschiedenen Ebenen wurde 1894-1896 ein Probelauf durchgeführt. Abdülhamid wurde mit den Worten zitiert: ‚Der einzige Weg, die armenische Frage loszuwerden, ist, die Armenier loszuwerden.‘“ (S. 491)

Folgerichtig schließen Morris/Ze'evi auch die Nachkriegsperiode 1919–1924 in ihre Betrachtung ein, als die Vernichtung und Vertreibung der griechisch-orthodoxen Christen 1919-1922 ihren Höhepunkt erreichten. In der Darstellung und Analyse der historischen Ereignisse konzentrieren sich Morris/Ze'evi vor allem auf den Zeitraum vor bzw. nach dem Ersten Weltkrieg, da der Weltkriegsvölkermord an den Armeniern bereits umfassend erforscht worden sei.

Nationalstaatswerdung und Dschihad: Die Deutung des osmanischen Genozids als vollständige De-Christianisierung Kleinasien hängt wiederum unmittelbar mit der Frage nach den Motiven der Täter zusammen. Bekanntlich waren diese vielfältig und komplex, wobei die im osmanischen Fall stark ausgeprägte Besitzgier eine besonders auffällige Rolle spielte. Aber auch Rache und Vergeltung für echte oder vermeintlich erlittene Demütigungen, Furcht vor dem imaginierten Verrat und der Illoyalität der christlichen Opfer u. ä. m. spielten eine Rolle bzw. wurden von Morris/Ze'evi als zentrale Motive festgestellt.

In der Forschung zum osmanischen Genozid lautet die aktuelle Mehrheitsmeinung, dass dieser eine Folge des türkischen Nationalismus in der Phase der Nationalstaatsbildung gewesen sei; Transformationsperioden sind bekanntlich besonders empfänglich für genozidale Ideologien. Morris/Ze'evi widersprechen dieser Deutung nicht, bestehen aber darauf, dass der Islam gleichfalls eine wesentliche Rolle gespielt habe:

¹ Vgl. Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Christen im Osmanischen Reich 1912-1922. Mit einem Geleitwort von Bischof Dr. Wolfgang Huber. Hrsg. von Tessa Hofmann. Münster: LIT, 2004; 2., verb. Aufl. 2007 (Studien zur Orientalischen Kirchengeschichte 32.)

„Was veranlasste die aufeinanderfolgenden türkischen Regierungen und das türkische Volk in den Jahren 1894–1896, 1914–1918 und 1919–1924, das Osmanische Reich und die Türkische Republik zu ‚entchristlichen‘? Sicherlich gab es während der Regierungszeit von Abdülhamid, der CUP [Komitee für Einheit und Fortschritt, alias Jungtürken; TH] und Mustafa Kemal einen gemeinsamen politischen Impuls und ein gemeinsames Motiv. Die meisten Türken, einschließlich der Führer des Landes, befürchteten wirklich, dass die christlichen Minderheiten, insbesondere die Armenier, das Reich und später die Türkei destabilisierten. Die Türken glaubten, dass die Handlungen der Christen ihr Land mit der Zerstückelung bedrohten, durch eine Kombination aus innerer Subversion und westlicher sowie russischer Intervention. Ein weiterer Schlüsselfaktor war die Ideologie der muslimischen Vorherrschaft. Alle drei Regime und die muslimische Bevölkerung betrachteten die christliche Unterwürfigkeit als einen Naturzustand. Das war die Erfahrung des Imperiums über Jahrhunderte hinweg.“ (S. 492)

Bereits Rafael Lemkin, der polnisch-jüdische Hauptautor der UN-Genozidkonvention, bezeichnete in seiner Autobiografie den Völkermord an den Armeniern als „religiöses Genozid“; in dieser Auffassung folgten ihm die britische Autorin Bat Ye’or (d. i. Gisèle Littmann), der US-amerikanische Genozidforscher und Osteuropawissenschaftler Norman M. Naimark u. a. Doch die Mehrheit ihrer Kollegen schreckt vor der religiösen Dimension aus der Furcht zurück, als politisch inkorrekt und islamophob missverstanden zu werden.

Inkonsistenzen: Trotz ihrer These von einem 30jährigen genozidalen Kontinuum gegen sämtliche osmanische Christen bezeichnen Morris/Ze’evi das jungtürkische Vorgehen gegen die Armenier als genozidales Kernereignis (S. 486). Dass sich die Wucht der Vernichtung quantitativ wie qualitativ vor allem gegen die Armenier gerichtet habe, erklären die Autoren nur zum Teil aus dem Umstand, dass diese keinen Schutzstaat besaßen (was im Übrigen mehr noch für die syrischen Christen als kleinste, diversifizierte und daher schutzloseste Gruppen galt). Wesentlicher scheint für die Autoren die Annahme zu sein, dass die Armenier im Vergleich mit den Griechen in „Terrorismus“ verwickelt waren und deshalb von der osmanisch-türkischen Elite als gefährlicher eingestuft wurden. Zudem seien sie angeblich verhasster als die Griechen gewesen. Hierzu äußerte der vormalige US-Konsul zu Smyrna, George Horton, in seinen zeitnahen Erinnerungen die gegenteilige Ansicht, die Türken hätten die Griechen „tiefer gehasst“ als die Armenier. Der Erklärungsversuch von Morris/Ze’evi verträgt sich ebenfalls nicht mit der Tatsache, dass die armenisch-apostolische Glaubensnation (millet) im Gegensatz

zu der griechisch-orthodoxen (türk. Rum millet-i; „römische Nation“) als „treue“ bzw. loyale Glaubensnation („millet-i saadika“) galt und sogar noch 1915 in einem Dankschreiben des Kriegesministers Enver als solche bezeichnet wurde.

Eine ähnlich problematische Abstufung unter den christlichen Opfergruppen nehmen Morris/Ze'evi mit dem Begriff „ethnische Säuberung“ vor. Wie auch andere Autoren zum osmanischen Genozid implizieren sie damit, dass die Griechen „nur“ oder hauptsächlich Opfer von Vertreibungen geworden seien. Diese an den historischen Fakten gemessen unzutreffende Argumentationsweise ruft notwendigerweise Widerspruch hervor: Abgesehen davon, dass „ethnische Säuberung“ ein menschenverachtender Begriff des Täterjargons ist, ist er ebenso wenig juristisch definiert wie die von Morris/Ze'evi oft benutzten Begriffe „Terrorismus“ und „Rebellion“. Zweitens ist daran zu erinnern, dass aus der Perspektive von Völkermördern ihr Handeln stets defensiv erscheint. Drittens erscheint es problematisch, sich auf eine solcherart konstruierte, angebliche Gefährlichkeit einer designierten Opfergruppe einzulassen. Die ausführliche Erörterung der Frage, ob Armenier oder Griechen für den Fortbestand des osmanischen Staates „gefährlicher“ waren und damit „zu Recht“ verfolgt wurden, ist unangemessen. Für Völkermord gibt es keine wie auch immer geartete Rechtfertigung, weder rechtlich, noch ethisch.

Leider haben Morris/Ze'evi nicht vollständig die Sekundärliteratur griechischer Herausgeber bzw. Autoren zur Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der osmanischen Griechen berücksichtigt, darunter die mehrbändige Aktenedition von Prof. Konstantinos Fotiadis.

Holocaust und osmanischer Genozid: Beim Vergleich beider Völkermorde gelangen Morris/Ze'evi, wiederum abweichend von der Mehrheitsmeinung, zu dem Schluss, dass die Gemeinsamkeiten überwiegen. Den wichtigsten Unterschied sehen sie in der Effizienz, mit der Nazi-Deutschland seine Verbrechen betrieb: In höchstens sieben Jahren (gerechnet von der „Reichspogromnacht“ 1938) vernichtete es sechs Millionen Juden und „Millionen andere“, während „die Türken“ in 30 Jahren „nur“ ein Drittel oder Viertel dieser Summe schafften. Auch seien Jungtürken und Kemalisten im Unterschied zu den Nazis nicht rassistisch motiviert gewesen. Solcher These lässt sich freilich nur bei einer eng biologistischen Auslegung von Rassismus zustimmen. Die dehumanisierende Rhetorik der Jungtürken, die u. a. ihre griechischen Mitbürger zu „Krebsgeschwüren“ abwertete, steht für gruppenbezogenen Hass im Sinne eines heute weiter gefassten Rassismusverständnisses. *Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz* definiert entsprechend Rassismus u. a. als „die Überzeugung, dass ein Beweggrund wie (...)

nationale oder ethnische Herkunft die Missachtung einer Person oder Personengruppe oder das Gefühl der Überlegenheit gegenüber einer Person oder Personengruppe rechtfertigt“.

Zu weiteren wichtigen Unterschieden zwischen dem Holocaust und dem osmanischen Genozid zählen Morris/Ze'evi die hohe Beteiligung der muslimischen Zivilbevölkerung am Genozid gegen die einheimischen Christen, während die Masse der deutschen Zivilisten nicht in direkte Berührung mit der Vernichtung ihrer jüdischen Nachbarn kam, die fernab ihrer Heimstätten in Polen und der besetzten Sowjetunion stattfand.

Es bleibt zu hoffen, dass der renommierte Verlag der Harvard-Universität bei einer Neuauflage die oben erwähnten Mängel der ansonsten sehr empfehlenswerten, weil faktenreichen und anregenden Monographie behebt.

Hass und gezielte Gewalt gegen Christen in Indien

Religious Liberty Commission of the Evangelical Fellowship of India

Die Evangelical Fellowship of India ist die indische Mitgliedsorganisation der Weltweiten Evangelischen Allianz und umfasst protestantische Kirche von der Anglikanischen Kirche bis zu den Pfingstdenominationen. Zusammen mit der Katholischen Bischofskonferenz und dem Nationalen Kirchenrat Indiens bildet sie das National United Christian Forum (NUCF), der alle Kirchen Indiens gemeinsam gegenüber der Regierung vertritt. Auf asiatischer Ebene gehört sie zur Asiatischen Evangelischen Allianz, die mit dem Bund der Asiatischen Katholischen Bischofskonferenzen (FABC) und der Christian Conference of Asia (CCA) das Asian Movement for Christian Unity (AMCU) bildet.



Bei diesem Beitrag handelt es sich um Auszüge aus dem folgenden Bericht: Religious Liberty Commission of the Evangelical Fellowship of India: Hate and Targeted Violence against Christians in India (Report 2019), unter: <https://files.constantcontact.com/cf0c2406701/39572a15-e7f8-4755-bc75-f0e9ea09e787.pdf>. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung. Übersetzt aus dem Englischen von Hans-Christian Beese.

Zusammenfassung und Analyse

Eine durchorganisierte Hasskampagne gegen die muslimische Bevölkerung Indiens, die Mitte Dezember 2019 begann und Mitte Februar 2020 in einem Pogrom gegen sie in ihren „ilakas“ (frei übersetzt Ghettos) in den nordöstlichen Vororten der indischen Hauptstadt Neu-Delhi ausbrach, hat nicht nur die Analyse der Christenverfolgung im vergangenen Jahr verzögert, sondern auch strukturelle Fragen zur Sicherheit aller religiösen Minderheiten im Land aufgeworfen, mit Fragen an die Kirche und die Gemeinschaft der Gläubigen, ob sie jemals an einen sicheren Rückzugsort in ihrem Mutterland denken können, wo eine Gruppe so brutal verfolgt wird.

Bei der sektiererischen Gewalt, die in Delhi entfesselt wurde, wurden neun Moscheen niedergebrannt, ebenso wie akademische Einrichtungen und die kleinen Geschäfte, die den wirtschaftlichen Lebensmittelpunkt der Muslime bildeten. Tausende sind obdachlos. Mindestens 45 Muslime und 10 Hindus sind tot. Viele werden immer noch vermisst, wobei ihre Familien hoffen, dass ihre jungen Söhne im Gefängnis sind und nicht in einem der vielen örtlichen Abflüsse verrotten, wo bisher zehn oder mehr Leichen entdeckt wurden.

Frontoffiziere der regierenden Bharatiya Janata Party ihre Anhänger auf, auf die „@#*\$! %“ zu schießen, eine kaum verhüllte Zielvorgabe gegen Muslime und Aktivisten, die gegen das von der Regierung verabschiedete Gesetz zur Änderung der Staatsbürgerschaft (Citizenship Amendment Act, CAA) protestieren. Das geänderte Staatsbürgerschaftsgesetz kann, wenn es zusammen mit dem National Register of Citizens (NRC) umgesetzt wird, die Minderheiten, insbesondere die Muslime, isolieren und ihnen möglicherweise das Wahlrecht entziehen. Aufgrund dieser Befürchtungen unterstützte die Kirche in Indien im Allgemeinen die Bürgerbewegung gegen das Staatsbürgerschaftsgesetz, insbesondere den Protest in Shaheen Bagh, dem Ort des ersten Protests von Frauen. Der Name steht nun für über 250 ähnliche Aktionen von Frauen und Jugendlichen im ganzen Land. Auch Sikhs, Dalits und Tribals haben sich der Protestbewegung angeschlossen.

EFI dokumentiert die Einheit der Kirche angesichts der Gewalt gegen religiöse Minderheiten. Es werden verschiedene Initiativen zur Nothilfe, Rehabilitation und Erweiterung der juristischen Dienstleistungen für die Opfer ergriffen. Darüber hinaus haben sich viele Organisationen um umfassendere Maßnahmen zur Dokumentation der Verfolgung und zur Befriedigung der physischen, spirituellen und rechtlichen Bedürfnisse der Opfer bemüht, seien es Einzelpersonen, Gemeinden oder Dorfgruppen. Dies ist ein Bereich, in dem angesichts der Weite des Landes und der Intensität des Widerstandes gegen die Evangelisierung noch viel mehr getan werden muss.

Die Besorgnis über die umstrittenen Staatsbürgerschaftsgesetze und die Gewalt gegen religiöse Minderheiten zieht sich quer durch die Gemeinschaften, wenn man sich an sektiererische Parolen wie „Pehle Kasai Phir Isai“ (Erst der Schlächter,¹ dann der Christ) erinnert. Nach den auf der Website www.doto-database.com verfügbaren Daten wurden allein im Jahr 2019 bei über 25 Vorfällen mindestens 65 Personen aus Minderheitengemeinschaften, hauptsächlich Muslime, ermordet oder gelyncht. Die Datenbank ist nicht erschöpfend und stützt sich auf Sekundärquellen wie veröffentlichte Online-Nachrichten, Zeitungsausschnitte und Tatsachenberichte. Was die jüngste Gewalt in Delhi

¹ „Kasai“ oder „Schlächter“ ist eine abwertende Bezeichnung für Muslime.



Dr. Richard Howell, seinerzeit Generalsekretär der EFI und der Asiatischen Evangelischen Allianz, als Experte bei einer Anhörung zur Religionsfreiheit im Bundestag der CDU/CSU Fraktion im Jahr 2011, am Pult der ehemalige Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Johannes Singhammer (Foto: BQ/ Martin Warnecke).

anbelangt, so haben ein dreitägiges Schweigen der Regierungen der Union und der Bundesstaaten sowie der politischen Führung, Augenzeugenberichte über die Beteiligung von Polizisten an der Folter junger muslimischer Männer, das Versagen der Beamten, auf Notrufe der Opfer zu reagieren, und das Fehlen von Maßnahmen gegen Hassverbrecher dazu geführt, dass die Zivilgesellschaft Parallelen zog zu dem Pogrom gegen Sikhs im Jahr 1984 nach der Ermordung von Indira Gandhi durch ihre Sikh-Leibwächter und dann zu der Gewalt von Gujarat im Jahr 2002 gegen Muslime in der Region Ahmedabad.

Selbst in den ersten beiden Monaten des Jahres 2020 wurde über Gewalt gegen die christliche Gemeinschaft berichtet, nicht aus Neu-Delhi, sondern aus anderen Teilen des Landes. Die Kommission für Religionsfreiheit der Evangelikalen Gemeinschaft Indiens (RLC-EFI) hat in den ersten beiden Monaten des Jahres 2020 über 40 solcher Vorfälle registriert.

Im Jahr 2019 war die christliche Gemeinschaft in Indien weiterhin gezielter Gewalt und Hassverbrechen ausgesetzt. 366 Vorfälle, in denen Christen Opfer von Gewalt, Einschüchterung oder Belästigung wurden, verzeichnete das RLC.

Uttar Pradesh, der bevölkerungsreichste Bundesstaat Indiens und kürzlich wegen des gewaltsamen Vorgehens gegen muslimische Demonstranten angeklagt, behauptete seine Rolle als schlimmster Täter bei der Verfolgung von Christen. An der Spitze des Bundesstaates steht der Ministerpräsident Ajay Singh Bisht, auch bekannt als Yogi Adityanath, der Hohepriester des

Gorakhnath-Tempels im Bundesstaat. Er ist auch der Gründer der hinduistischen YuvaVahini, einer hinduistischen Jugendmiliz, die an gemeinschaftlicher Gewalt und an der Verfolgung religiöser Minderheiten beteiligt war.

Verglichen mit der Zahl von 132 Fällen im Jahr 2018 ging die antichristliche Gewalt in Uttar Pradesh etwas zurück auf 86 Fälle, wobei sich der Schwerpunkt von den östlichen Bezirken um Jaunpur, die in der Vergangenheit besonders betroffen waren, verlagerte. Beunruhigend ist, dass die Rechtskommission des Staates im November 2019 einen umstrittenen Bericht verfasste, in dem schwere Strafen von bis zu sieben Jahren Gefängnis für Personen empfohlen wurden, die gegen ein neues Gesetz gegen Konversionen verstoßen.

Die Titelseitengrafik und die Illustrationen des 268 Seiten umfassenden Berichts stammen von www.hindujagruti.org, der Website des Hindu Janajagruti Samiti, dessen erklärtes Ziel die Gründung einer Hindu Rashtira ist.

Die antichristliche Gewalt in Tamil Nadu, das mit 60 Ausschreitungen an zweiter Stelle steht, ist auf kastenherrschaftliche Haltungen in den Dörfern und ihre Verbindungen zu politischen Elementen zurückzuführen, die sich derzeit für die Macht in dem Staat positionieren, in welchem demnächst Wahlen stattfinden werden. Das mangelnde Einfühlungsvermögen der Polizeikräfte ist auch darauf zurückzuführen, dass die Rekrutierung für die Gendarmerie weitgehend aus einer bestimmten politisch dominanten Kaste erfolgt, deren Führung sich weitgehend gegen die Arbeit christlicher Evangelisten gestellt hat. In Chhattisgarh, das von seinem früheren sechsten Platz auf Platz drei vorgerückt ist, wird der Anstieg den Christen zugeschrieben, die eher bereit sind, Gewalt in der Region Bastar zu melden, wo es bisher eine Atmosphäre der Angst sowohl vor militanten maoistischen Untergrundkräften als auch vor der Militärpolizei gab. Im Bundesstaat gab es auch Parlamentswahlen und die Rückkehr des Indischen Nationalkongresses nach 15 Jahren der Herrschaft der Partei Bhartiya Janata.

Die Gesamtzahl der Zwischenfälle ging im Sommer zurück, als die indische Wahlkommission im Vorfeld der Parlamentswahlen im April und Mai 2019 eine umfangreiche Polizeipräsenz in ländlichen Gebieten mobilisiert hatte. Die Vorfälle erreichten ihren Höhepunkt im November 2019, als die Gemeinden ihre Gebets- und religiösen Aktivitäten im Vorweihnachtszeitraum verstärkten. Die erwartete Gewalt während der Weihnachtszeit, die in den vergangenen Jahren Realität war, fand nicht statt und wurde von den Protesten gegen die Änderungen der Staatsbürgerschaftsgesetze abgelöst.

In ihrem Brief an den Premierminister hatte die EFI diesen damals aufgefordert, die Sicherheit der Christen während der Weihnachtszeit zu gewährleisten. „Die christliche Gemeinschaft möchte in der Lage sein, in Frieden zu beten und Weihnachten in den Städten und Dörfern fröhlich zu feiern. Wir verstehen zwar, dass Recht und Ordnung ein Staatsthema ist, aber eine

Dienstanweisung des PMO wird dafür sorgen, dass die Behörden für Recht und Ordnung sensibel auf die Situation reagieren. Das wird auch ein starkes Signal an kriminelle Elemente senden, die möglicherweise das Miteinander vergiften wollen.“

Positiv zu vermerken ist die spontane Unterstützung religiöser Minderheiten durch die Zivilgesellschaft insgesamt, bestehend aus Studenten, Jugendlichen, Intellektuellen, pensionierten leitenden Bürokraten sowie einem Teil der ehemaligen Militärs. Dies ist eine wichtige Entwicklung angesichts des scheinbar unaufhaltsamen Vordringens des Sangh Parivar in verschiedene Campusse und Institutionen in den letzten fünf Jahren.

Es ist jedoch wichtig, darauf hinzuweisen, dass die vom RLC oder einer anderen Stelle erfassten Fallzahlen nur als Anhaltspunkt dienen und die tatsächlichen Zahlen viel größer sein können. Die Gründe für die Untererfassung sind Angst in der christlichen Gemeinschaft, mangelnde juristische Kompetenz und die Widerwilligkeit/Weigerung der Polizei, Fälle zu erfassen. Selbst in den Fällen, die bei der Polizei gemeldet werden, kommen die meisten nie vor Gericht.

Andhra Pradesh

Guntur: Kirche niedergebrannt

Am 24. Mai wurde im Wohnviertel Nallapadu im Bezirk Guntur in Andhra Pradesh um Mitternacht ein Kirchengebäude von religiösen Extremisten dem Erdboden gleichgemacht. Pastor Kalimala Purushotam ist seit fünf Jahren Pfarrer in der „Holy Spirit Foundation Church“, und rund 500 Christen kommen regelmäßig zum sonntäglichen Gebetstreffen zusammen. Die Kirchenmitglieder versammeln sich in einer strohgedeckten Halle zum Gebet. Am Freitag, dem 24. Mai, gegen Mitternacht, sollen religiöse Extremisten in das Grundstück eingedrungen sein, das Strohdach der Kirche in Brand gesteckt und es vollständig dem Erdboden gleichgemacht haben. Das gesamte kircheneigene Inventar, wie Kopien der Heiligen Bibel, Stühle, Musikinstrumente und die Kanzel, wurde zu Asche verbrannt.

Bihar

Sheohar: Körperliche Gewalt

Am 23. Juni griffen die safrangekleideten religiösen Extremisten (Bajrang Dal) auf der Patna-Sitamarhi Straße im Bezirk Sheohar in Bihar Pastor Viswanathan an. Sie verfolgten ihn auf Motorrädern und stießen ihn von seinem

Roller. Der 46-jährige Pastor verteilte im Bezirk Sheohar Evangelien, ohne zu wissen, dass die Mitglieder des Bajrang Dal, des Jugendflügels der religiösen Extremistengruppe Vishwa Hindu Parishad (Weltbund der Hinduisten), ihn verfolgten. Sobald der Pastor Bajrang Dal-Mitglieder bemerkte, bremste er den Roller ab, schob ihn ans andere Ende der Straße und wich aus, aber sie stießen ihn mit so großer Kraft, dass er auf die Straße fiel. Es waren acht Männer auf vier Motorrädern. Einer von ihnen packte den Pastor von hinten am Hals und begann ihn zu schlagen.

Chhattisgarh

Narayanpur: Mord

Am 17. Februar töteten Naxaliten im Dorf Kohkameta in Orchha tehsil im Bezirk Narayanpur in Chhattisgarh einen christlichen Geschäftsmann, Munglu Ram Nureti. Pastor Prem Sagar äußerte bei der Berichterstattung über den Vorfall den starken Verdacht, dass Munglu wegen seiner evangelischen Aktivitäten, die zur Bekehrung einiger Einheimischer zum Christentum geführt hatten, getötet wurde. Einheimische Extremisten hatten sich ihm bei mehreren Gelegenheiten widersetzt und falsche Behauptungen über eine gewaltsame Bekehrung aufgestellt. Die Dorfbewohner waren wütend auf die Christen, weil sie sich bekehrt hatten, und es wird angenommen, dass sie maoistische Guerillas dazu angestiftet hatten, die Christen zu töten. Sie behaupteten auch fälschlicherweise gegenüber den naxalitischen Anführern, Munglu sei ein Spitzel der Polizei.

Balrampur: Körperliche Gewalt/ Festnahme

Am 10. März wurde im Dorf Balrampur tehsil in Bhaierpur im Bezirk Surguja im Bundesstaat Chhattisgarh ein Christ namens Sarju Kujur von religiösen Extremisten brutal zusammengeschlagen und später unter falschen Anschuldigungen von der Polizei verhaftet. Die Extremisten behaupteten, er habe ein Bildnis einer ihrer Gottheiten zerbrochen. Kujur hatte zuvor ihre Forderung, einen Weg durch sein Land zu bauen, zurückgewiesen, da er bereits einige Feldfrüchte angebaut hatte. Die Extremisten hatten einen Weg zum Dorftempel bauen wollen. Daraufhin schlugen ihn die Extremisten heftigst und zwangen ihn zur Verehrung ihrer Gottheit. Später verhaftete ihn die Polizei und schickte ihn aufgrund des Paragraphen 295A des indischen Strafbuches ins Gefängnis.

Dhamtari: Zwangskonversion

Am 30. März beschlossen die Dorfbewohner zusammen mit religiösen Extremisten im Dorf Dargahan im Bezirk Dhamtari in Chhattisgarh, acht christliche Familien aus dem Dorf zu ächten, und zwangen sie, zum Hinduismus zu konvertieren, was für die Christen ein schweres psychisches Trauma bedeutete.

Goa

South Goa: Drohungen / Schikanen

Am 5. Januar wurde in der Stadt Cuncolim im Bezirk Süd-Goa in Goa eine Christin, Anita Naik, von Narayan Desai, einem Leiter im nahe gelegenen Tempel, und anderen bedroht, weil sie ihr Haus in Cuncolim zu Weihnachten mit einem Stern geschmückt hatte. Anita Naik und ihre Familie halten in ihrem Haus Gottesdienste ab; sie sind hinduistische Konvertiten. Ihr Haus liegt in der Nähe des Tempels, und den Verantwortlichen fiel auf, dass die Familie den Weihnachtsstern aufgehängt hatte. Die Tempelverwaltung drohte ihnen, dass sie ihr Haus abreißen würden, wenn die Familie nicht nachkäme.

Gujarat

Navsari: Verhaftet

Am 8. Februar wurde im Dorf Gandeva im Bezirk Navsari in Gujarat ein christlicher Pastor für mehr als 24 Stunden auf der Polizeistation Gandevi festgehalten. Mohan Bhai Chagan Bhai Patel ist Pastor der Harvest Church in Indien und seit 15 Jahren im christlichen Dienst. Etwa 150-200 Christen versammeln sich regelmäßig in seiner Kirche. Die Anfeindungen gegen den Pastor begannen vor etwa einem Monat, als die Beerdigung eines Christen stattfand. Einige Dorfbewohner stoppten die Beerdigung gewaltsam und bestanden darauf, dass die Rituale nach hinduistischen Bräuchen durchgeführt werden sollten. Kürzlich wurden im Dorf Plakate und Transparente aufgehängt, die sich gegen das Eindringen von Christen in das Dorf richteten, worüber sich die Christen seitdem bei der Regierungvertretern beschwert hatten. Am Morgen des 8. Februar, gegen 10.30 Uhr, kam daher die Polizei zum Haus des Pastors und brachte ihn zur Polizeistation in Gandevi. Dort hielten sie ihn mehr als 24 Stunden lang hinter Gittern. Am 9. Februar wurde er gegen Kaution freigelassen. Der Pastor berichtete unseren Quellen ferner, dass einige Dorfbewohner planen, die christlichen Gebetstreffen zu stören, die in einem Nachbardorf namens Kevadiya abgehalten werden, wo sich etwa 100–150 Christen regelmäßig versammeln.

Haryana

Karnal: Verhaftet

Am 8. Juni wurden im Dorf Kachhwa in Karnal tehsil im Bezirk Karnal in Haryana zwei Brüder – Ajmer Singh und Lakhim Chand – aufgrund einer Beschwerde eines Dorfbewohners namens Pirthi verhaftet, der behauptete, sie hätten gewaltsam versucht, ihn zum Christentum zu bekehren. Pirthi erwähnte in der Beschwerde auch, dass die Christen seine Religion schmähten. Die Polizei erhob eine FIR unter Paragraph 295-A, 298, 323 und 506, I.P.C. gegen die Christen.

Himachal Pradesh

Rehlu: Verhaftet

Am 8. Oktober wurde im Rehlu-Distrikt von Himachal Pradesh ein Pastor namens Madan aufgrund falscher Anschuldigungen einer Person, die einst Christ war und feindselig geworden war, ins Gefängnis gesteckt. Er behauptete, der Pastor habe es nicht geschafft, seinen kranken Sohn zu heilen.

Jammu and Kashmir

Jammu: Körperliche Gewalt

Am 25. Januar stürten religiöse Extremisten in der Stadt Jammu in der Region Jammu und Kaschmir eine Gebetsversammlung und schlugen den Pastor brutal zusammen. Der Pastor leitete die Versammlung, und etwa 30 Gläubige hatten sich zum Gebet versammelt. Während des Treffens kam ein Fremder herein und begann, Fotos zu machen. Später rief er seine Komplizen, die den Pastor herausholten und ihn brutal verprügelten. Die örtlichen Christen riefen die Polizei, aber in der Zwischenzeit waren die Extremisten vom Ort des Geschehens geflohen.

Jharkhand

Ranchi: Fälschlich verklagt / Verhaftet

Am 30. März wurden in der Ortschaft Nagda Toli im Bezirk Ranchi in Jharkhand zwei Christinnen, Christina Oraon und Sukro Munda, fälschlicherweise beschuldigt, religiöse Bekehrungsarbeit geleistet zu haben. Der Vorfall geschah unter der Zuständigkeit der Polizeiwache von Lalpur, und sie

wurden der Polizei Sujit Oran, dem Ehemann von Stadtrat Roshni Chalkho, übergeben. Die Frauen wurden am nächsten Tag zum Magistrat Shahshi Nilima Dungdung gebracht. Aus dem Untersuchungsbericht des Magistrats ging hervor, dass die Anschuldigungen haltlos und falsch waren.

Ranchi: Mord

Am 27. August wurde in dem abgelegenen Dorf Lukujhariya, 28 Meilen von Ranchi in Jharkhand entfernt, eine christliche Frau von ihren Schwiegereltern ermordet. Es gibt nur noch wenige andere christliche Familien im Dorf Lukujhariya, darunter die Familie Rohit Oraons. Sein Onkel Phulchand war der erste, der auf Christus vertraute (da alle Dorfbewohner den Familiennamen ihres Stammes, Oraon, tragen, werden sie zuerst mit dem Namen identifiziert). Am 27. August wurde Rohits Frau, Parvati Devi, 23 Jahre alt, von seinem Bruder und seinem Vater getötet. Sie missbilligte es, dass er außerhalb seines Stammes heiratete und Christ wurde, und er wusste, dass sie eifersüchtig auf seinen Wohlstand und die Gemeinschaft waren, die er unter den Christen fand, obwohl sie versucht hatten, ihn vereinsamen zu lassen, indem sie ihn gemieden hatten. Rohit Oraon, der seine Frau vor den Augen seiner dreijährigen Tochter durch einen Axthieb verlor, glaubt, dass der Mord geplant war und nicht spontan geschah und dass seine Verwandten ihn und sein Kind ebenfalls töten wollten. Gegen die Brüder wurde eine Strafanzeige wegen Mordes erhoben.

Karnataka

Chitradurga: Geschlechtsspezifische Gewalt

Am 15. März verbündeten sich im Dorf Chennayyanahatti im Distrikt Chitradurga in Karnataka zwei wütende einheimische Frauen gegen eine Pastorenfamilie und griffen die Familienmitglieder brutal an. Pastor Venkatesh hat christliche Gebetstreffen in einem provisorischen Gebäude auf seinem Privatgrundstück abgehalten. Etwa 30 Christen versammeln sich regelmäßig sonntags im Gebetshaus der Hoffnung (Hope Prayer House). Die regelmäßigen Gebetstreffen hatten die lokalen religiösen Rechtsradikalen stark verärgert. Am Tag des Vorfalls drangen zwei Frauen aus der Nachbarschaft in sein Haus ein, während er weg war. Sie griffen zunächst seine Frau Nirmala an, die wegen eines Herzleidens in Behandlung war. Während sie ihr auf die Brust traten, eilten ihr ihre Schwiegermutter und ihre beiden Kinder, ein 19-jähriger Sohn und eine 17-jährige Tochter zu Hilfe, die von den Frauen überwältigt und verletzt wurden. Während Nirmala bewusstlos blieb, eilten

die beiden Frauen zu einer nahe gelegenen Polizeistation und erstatteten Anzeige, in der behauptet wurde, dass die Familie des Pastors sie angegriffen habe. Nirmala, die sich in einem kritischen Zustand befand, wurde später in ein Krankenhaus gebracht.

Madhya Pradesh

Hoshangabad: Fälschlich beschuldigt / Verhaftet

Am 12. April betraten in Pipariya, Hoshangabad, Madhya Pradesh, der Bezirksrichter (Subjudicial Magistrate SDM) und der Stadtinspektor (TI), die als ein Herr Satish identifiziert wurden, in Begleitung einer Gruppe hinduistischer Rechtsradikaler gegen 18 Uhr den Campus des Indian Evangelical Team College und störten die Vorbereitungen für die Abschlussfeier, die am nächsten Tag stattfinden sollte. Sie verursachten einen Tumult und begannen willkürlich mit der Befragung der Leute. Sie beschuldigten die IET, an Bekehrungsaktivitäten beteiligt gewesen zu sein. Später am Abend kamen das SDM und das TI zurück zum College und befragten erneut die Collegeleitung. Sie verlangten bis 10 Uhr morgens am nächsten Tag eine Liste aller Personen auf dem College-Campus.

Maharashtra

Nagpur: Drohungen / Belästigungen

Am 18. September drohten die Dorfbewohner im Dorf Khapri in Umred taluk im Distrikt Nagpur im Bundesstaat Maharashtra, Madhu Solanki und seiner Familie mit sozialer Ächtung aufgrund seines christlichen Glaubens. Die Menschen seines Stammes waren verärgert über seine Mitwirkung in einer Gemeinde und warnten ihn, dass seine Kinder nicht zur Schule gehen dürften, dass sie den Licht- und Wasseranschluss kappen und sein Haus zerstören würden. Solanki, seine Frau, seine beiden Töchter und sein Sohn leben nun unter ständiger Bedrohung und Angst.

Hasskampagnien

Am 8. Oktober in Nagpur, sprach bei einer Veranstaltung zum Gründungstag der Rastriya Swayam Sevak (RSS) deren Vorsitzender, Mohan Bhagwat, ausführlich über das Phänomen der Lynchjustiz. Niemand von der RSS sei an solchen Akten beteiligt, sondern man versuche vielmehr, diese zu verhindern. Bhagwat behauptete weiter, jede Verbindung zwischen Hinduismus

und Lynchjustiz sei „eine Verschwörung“, und erklärte, das Wort stamme von einem Vorfall in der Bibel. Ihm zufolge forderte Jesus Christus die Menschen einmal auf, eine Frau zu steinigen, aber nur dann, wenn sie selbst nie eine Sünde begangen hätten.“ Christliche Kreise kritisierten die Bemerkung und erklärten, der ungerechtfertigte Bezug zwischen der Bibel und Lynchmord, den Bhagwat herstellte, diene dazu, „das Christentum zu verunglimpfen und die christliche Gemeinschaft zu verleumden.“

Manipur

Imphal: Soziale Anfeindung / Ächtung

Am 15. November soll das Dorfwirtschafts-Komitee von Itam Nungoi im Dorf Yourabung im Bezirk Imphal East in Manipur seine christlichen Dorfbewohner aufgefordert haben, innerhalb eines Monats ihrer Religion abzuschwören, und es soll auch einige Christen aus dem Dorf verbannt haben. Auf einer allgemeinen Sitzung des Komitees wurde eine Resolution gegen 11 Personen einschließlich ihrer Familien verabschiedet, um sie aus dem Dorf zu verbannen. Die Resolution erwähnte, dass die aus dem Dorf verbannten Personen den Spielplatz und das Teichwasser des Dorfes nicht benutzen dürfen. Es wurde auch beschlossen, dass es ihnen „nicht erlaubt ist, Dinge in Geschäften und Apotheken zu kaufen.“

Meghalaya

Shillong: Hasskampagnen

Am 3. Oktober rief eine pro-hinduistische Gruppe in der Stadt Meghalaya in Shillong in einem Brief an die höchsten staatlichen Stellen dazu auf, unverzüglich alle Exemplare der Heiligen Bibel, die in der Nähe von Patientenbetten liegen, zu entfernen. Die Rechtsbeobachtungsstelle (Legal Rights Observatory), eine Aktivistengruppe, die von der bekannten Hindutva-Gruppe Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) unterstützt wird, forderte die oberste Behörde und den Polizeichef des Staates auf, die Bibel aus dem Bürgerkrankenhaus von Shillong zu entfernen. Ihre Forderung kam, nachdem die Landesregierung am 29. September ein Bildnis einer hinduistischen Gottheit aus dem Eingang des Nationalen Instituts für Technologie in Shillong entfernt hatte. Die Regierung handelte unter dem Druck der Jaintia-Studentenvereinigung. Christliche Führer bezeichneten die Bemühungen um die Entfernung von Biblexemplaren als Teil eines Plans zur Störung der kommunalen Harmonie in dem Bundesstaat, in dem 75 Prozent der rund 3 Millionen Einwohner Christen sind.

NCT of Delhi

East Delhi: Störung der Gebetsversammlung

Am 23. November drangen Hindutva-Extremisten in der Ortschaft Trilokpuri im Bezirk Ost-Delhi im Gebiet der nationalen Hauptstadt Delhi in eine christliche Gebetsversammlung ein, verursachten einen gewaltigen Krawall und störten die Versammlung. Die Kirche des Guten Hirten hatte eine dreitägige Gebetsversammlung organisiert, und es war der zweite Tag des Treffens.

Odisha

Nabarangapur: Mord

Am 11. Februar wurde Anant Ram Gand im Dorf Raigarh Tehsil im Bezirk Nabarangapur in Orissa wegen seines christlichen Glaubens enthauptet. Er war 40 Jahre alt und Vater von fünf Kindern. Er war vor neun Monaten zum Christentum konvertiert und erst seit zwei Monaten getauft. Seine Bekehrung hatte den Zorn der Dorfbewohner, meist religiöse Extremisten, erregt. Am Tag des Mordes begab sich Sukbati (38), die Frau des Opfers, zusammen mit ihren vier Töchtern (13, 11, 3 und 2 Jahre alt) in das nahe gelegene Dorf, während Anant in Begleitung seines 6-jährigen Sohnes Purno zu Hause geblieben war. Anants Leiche wurde mitten auf der Straße am helllichten Tag enthauptet aufgefunden. Der Schädel war mit einem Stein zerschlagen worden. Die mörderische Wut wurde ausgelöst durch seinen Übertritt zum Christentum vor neun Monaten, gefolgt von dem der ganzen Familie.

Pudducherry

Karaikal: Körperliche Gewalt

Am 31. Mai wurden in der Stadt Karaikal in Puducherry zwei Christen, R. Gunasekaran und K. Kumaravel, tätlich angegriffen. Das Duo hatte zehn Tage lang christliche Evangelien in der Stadt verteilt. Am elften Tag, als sie auf dem Gelände des Murugaramu Theaters ankamen, stellte sich ihnen eine Person namens Appu in den Weg und griff die beiden Christen körperlich an. Appu wurde später als Gewohnheitsverbrecher identifiziert, der in der Vergangenheit in ähnlicher Weise Christen angegriffen hatte.

Tamil Nadu

Trichy: Drohungen / Belästigungen

Am 8. Februar haben hinduistische Fundamentalisten in der Stadt Musiri im Bezirk Tiruchirappalli in Tamil Nadu Berichten zufolge eine Assembly of God Church in Schutt und Asche gelegt. Pastor Edwin Joseph, der Leiter der Gemeinde, war von den Extremisten ständig bedroht worden. Folglich reichten Christen bei der Polizeistation Musiri eine Beschwerde ein.

Körperliche Gewalt

Am 10. Februar stürmten im Bezirk Coimbatore im Bundesstaat Tamil Nadu rund 30 religiöse Extremisten, die zu Hindu-Munnani gehören, in eine Gebetsversammlung, die im Gebetshaus „Glory to God“ stattfand. Die Angreifer misshandelten die Christen, beendeten den Gottesdienst, verlangten Einsicht in das Genehmigungsschreiben, das ihnen erlaubt, christliche Gottesdienste abzuhalten, und warnten die Christen später, alle religiösen Aktivitäten einzustellen. Pastor Philip leitet seit 13 Jahren eine Gemeinde und trifft sich regelmäßig mit etwa 30 Christen zu Gebetsgottesdiensten. Der Pastor reichte eine Beschwerde ein.

Vellore: Geschlechtsbedingte Gewalt

Am 3. September hielten zwei Hindutva-Extremisten im Dorf Arakonnam im Bezirk Vellore in Tamil Nadu eine Ganpathy-Pooja in der Nähe einer Gemeinde im Dorf Arakonnam in Vellore, Tamil Nadu, ab. Einmal, als sie ihre Lautstärke mit der Absicht erhöhten, die Gebete in der Gemeinde zu unterbrechen, beschwerte sich eine der weiblichen Abgeordneten, die mit den Hindutva-Extremisten verwandt ist, aber den christlichen Glauben praktiziert, bei der Polizei über die von ihren Schwager verursachten Störungen. Die Polizei kam an den Ort des Geschehens, beschlagnahmte ihre Tonausrüstung und warnte die Hindutva-Extremisten, die Lautstärke auf einem moderaten Niveau zu halten. Wütend darüber bedrohten sie die Frau und schlugen ihre Tochter mit einer Eisenstange und jagten sie die Strasse entlang. Das junge Mädchen lief zur Gemeinde und suchte Zuflucht. Ihr Gemeindepfarrer half ihnen, eine Beschwerde gegen die Täter bei der Polizeistation in Nimili einzureichen, wo eine Anzeige erstattet wurde.

Telangana

Karimnagar: Körperliche Gewalt

Am 26. Februar wurde im Bezirk Karim Nagar in Telangana eine christliche Familie von einem Mob hinduistischer Radikaler brutal zusammengeschlagen. Pastor Kolapuri Prabhakar leitet zusammen mit seinem Vater, Pastor Moses, die religiösen Gebetsversammlungen im Bethesda Prayer Healing House. Am Tag des Vorfalls, als Pastor Prabhakar zusammen mit seinem 50-jährigen Vater, seiner Mutter, seiner Schwester und seinem Bruder betete, sah ein Mob religiöser Fanatiker den Namen der Gemeinde auf einem Schild, umzingelten das Gebetshaus und begannen, Beschimpfungen zu schreien und forderten Vater und Sohn auf, herauszukommen. Als der Pastor nicht reagierte, drangen die Fanatiker unrechtmäßig in das Haus ein und schlugen den Pastor, seinen Vater und seinen Bruder Emmanuel brutal zusammen. Ein großer Stein wurde auf seinen Bruder geworfen, der einen Bruch an seinem Bein verursachte. Auch die Frauen wurden nicht verschont, da sie von den Radikalen schändlich gestoßen und misshandelt wurden. Nach dem Eingreifen der Bezirkspolizei von Karim Nagar wurde die Familie in einem örtlichen Regierungskrankenhaus behandelt, und es wurde ein Verfahren gegen die Angreifer eingeleitet.

Karimnagar: Zerstörung einer Kirche

Am 1. März wurde im Dorf Ambat ipalli in Mahadevpur-Mandal im Bezirk Karimnagar in Telangana ein Kirchengebäude von religiösen Radikalen in Brand gesteckt. Pastor Samudralea Babu Rao arbeitet seit vielen Jahren in einer tribalen Community. Er hält regelmäßig Gebetstreffen für die Christen im Dorf ab. Trotz angespannter finanzieller Mittel kaufte der Pastor ein Stück Land und baute einen provisorischen Schuppen, in dem sich die Christen regelmäßig versammeln können. Etwa 80 Christen versammelten sich jeden Sonntag zum Gebet. Einige religiöse Radikale waren jedoch unzufrieden mit den Entwicklungen und hatten seit Dezember 2018 damit begonnen, die Christen zu drohen, damit sie sich nicht mehr zum Beten versammeln. Am Tag des Vorfalls, gegen Mittag, umstellten die Radikalen das Kirchengebäude und begannen, es zu zerstören. Der Pastor eilte zur Stelle und flehte um Gnade. Unter Missachtung seiner Bitten machte der aggressive, erbarmungslose und feindselige Mob das Gebäude dem Erdboden gleich. Nach dem Abriss der Kirche herrschten in dem Gebiet Spannungen.

Uttar Pradesh

Auraiya: Zwangskonversionen

Am 28. März stürzten religiöse Extremisten, angeblich von der RSS (Rashtriya Swayamsevak Sangh), in der Stadt Auraiya im Bezirk Auraiya von Uttar Pradesh eine christliche Gebetsversammlung. Pastor Rajendra Prasad leitete ein Hausgebetstreffen im Haus von Lalli Ram, als eine Gruppe von Rechtsextremisten hereinstürmte und die Christen aufforderte, das Gebetstreffen abzubauen. Der Pastor brach die Versammlung ab und verließ den Ort. Später nahmen die Extremisten gewaltsam Daumenabdrücke aller Christen auf einem leeren Blatt Papier und schrieben später ein falsches Geständnis der Christen darauf, die angeblich zugaben, dass sie Menschen durch Verlockung bekehrt hätten. Polizeibeamte beschlagnahmten drei Fahrräder und brachten sie auf das Polizeirevier, während die Extremisten mit einer Pistole zu einem christlichen Haus gingen, Glasflaschen zerbrachen und versuchten, den Besitzer zu schlagen. In derselben Nacht, gegen 23 Uhr, drangen zwölf Extremisten in das Haus von Pastor Prasad ein und bedrohten ihn verbal.

West Bengalen

Purba Medinipur: Vandalismus

Am 28. Dezember griffen Vandalen, die angeblich mit der RSS und der BJP in Verbindung stehen, im Wahlkreis der Versammlung von Bhagabanpur im Bezirk Purba Medinipur in Westbengalen eine Kirche an. Eine Gruppe von acht Männern warf Bomben mit „Jai Shri Ram“-Rufen, und als die Gläubigen flohen, drangen sie in die Kirche ein und verwüsteten sie. Der Vorfall ereignete sich im Block Bhagabanpur, 120 km von Kalkutta entfernt, gegen 14 Uhr. Drei Personen wurden schließlich verhaftet. Alok Ghosh, der Pastor der Kirche, erstattete eine Anzeige bei der Polizei, in der er acht Personen nannte, die seiner Ansicht nach örtliche Mitarbeiter der BJP und der RSS waren. Die Christen waren gegen Samstagmittag in die Kirche gekommen, als plötzlich mindestens zwei Bomben vor dem Gebäude explodierten. Als die Menschen flohen, betraten die Männer die Kirche und zerschlugen Stühle, Tische, Fensterscheiben und die Mikrofone. Sie verließen die Kirche nach 15 Minuten, aber nicht bevor sie das Auto des Pastors zerstört hatten. Berichten zufolge bestritt die Bezirksleitung der BJP jedoch jegliche Verbindung zu dem Anschlag auf die Kirche.

Dalit-Christen, die von Kastendiskriminierung betroffen sind und keine Religionsfreiheit genießen

Franklin C. Thomas



Dr. Franklin Caesar Thomas ist ein Dalit-Christ aus Tamil Nadu, Indien, und arbeitet als zugelassener Rechtsanwalt am Obersten Gerichtshof von Indien, der sich für die Menschenrechte der Dalits auf der Ebene elementarster Lebensbedürfnisse einsetzt. So initiierte und reichte er z.B. 2004 die zivilrechtliche Schriftsatz-Petition Nr. 180 beim Obersten Gerichtshof Indiens zusammen mit dem Zentrum für Rechtsstreitigkeiten von öffentlichem Interesse für die Ausdehnung des Status der Registrierten Kasten auf Christen und Muslime regulärer Kastenherkunft ein. Er ist einer der Gründer des Nationalrats der Dalit-Christen (NCDC), der größten Laienbewegung der Dalit-Christen in Indien. Er hat ein abgeschlossenes Masterstudium in Betriebswirtschaft und Architektur sowie in Rechtswissenschaften und Recht der Menschenrechte abgeschlossen. In seiner Doktorarbeit behandelte er das Thema der preiswerten Unterkünfte für die arme Landbevölkerung, insbesondere für die „Registrierten Kasten“ und die „Registrierten Ethnien“, welche unter dem Schutz der indischen Verfassung stehen.



Übersetzt aus dem Englischen von Hans-Christian Beese.

Einführung

Die Christen aus den sogenannten Registrierten Kasten [Dalits] zählen etwa 16,75 Millionen von insgesamt 23,4 Millionen Christen in Indien, die Muslime aus den Registrierten Kasten zählen etwa 0,25 Millionen Menschen in Indien. Sie sind oft als Hilfsarbeiter beschäftigt, wie z.B. manuelle Straßenkehrer, Wäscher, Leichenverbrenner in den Krematorien und Friedhöfen, Putzer, Schuster, die altes Schuhwerk am Straßenrand flicken, Landarbeiter und so weiter.

Sie unterscheiden sich nicht von anderen Dalits, da sie trotz der Unterschiede in den religiösen Traditionen gleichermaßen diskriminiert werden. Dennoch stehen sie rechtlich auf einer ganz anderen Grundlage. Christlichen Dalits wird der Status der „Scheduled Castes“ verweigert, aufgrund einer juristischen Fiktion, die durch die „Constitution Scheduled Castes Order 1950, Paragraph 3“ [„Verfassungserlass für Registrierte Kasten 1950, § 3“], allgemein bekannt als „Presidential Order 1950“ [„Präsidentenerlass 1950“], geschaffen wurde.

In Absatz 3 der „Constitution Scheduled Castes Order 1950“ heißt es:

„Ungeachtet der Bestimmungen in Absatz 2 wird keine Person, die sich zu einer anderen Religion als der hinduistischen, der Sikh- oder der buddhistischen Religion bekennt, als Mitglied einer Registrierten Kaste betrachtet.“

Aufgrund dieser Einschränkung sind Christen aus den Registrierten Kasten nicht berechtigt, die verfassungsmäßigen Privilegien und Rechte der Landes- und Bundesregierungen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, politische Vertretung und andere Wohlfahrtsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen. Selbst der Rechtsschutz nach dem Scheduled Castes and Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) [Registrierte Kasten und Registrierte Stämme (Verhinderung von Gräueltaten)] Act 1989, einem Sondergesetz für Menschen, die in der Gesellschaft von den Tätern wegen der Unberührbarkeit/Kastendiskriminierung schikaniert werden, wird Dalits, die das Christentum oder den Islam annehmen, verweigert.

Die religionsbasierte diskriminierenden Bestimmungen des Paragraphen 3 des Verfassungsgesetzes für Registrierte Kasten 1950 (Scheduled Castes Order 1950, Paragraph 3) wirken als Hemmschuh für die Ausdehnung des Status der Registrierten Kasten (für die Inanspruchnahme der Verfassungsbestimmungen gemäß Artikel 16, 46, 330, 332, 335, 338, 341, 366-24) auf die oben genannten Volksgruppen, obwohl ihre Kastennamen im Register aufgeführt sind. Die Volksgruppen aus den Registrierten Kasten aus allen Religionen können keine Religionsfreiheit genießen, ohne ihre verfassungsmäßigen Rechte zu verlieren. Nur die Menschen aus den registrierten Kasten, die den hinduistischen, sikhischen und buddhistischen Religionen angehören, sind berechtigt, den Status der Registrierten Kasten in Anspruch zu nehmen, die Christen und Muslime aus den Registrierten Kasten sind nicht berechtigt, die Privilegien der aufgeführten Kasten in Anspruch zu nehmen, die von vielen Landesregierungen und der Bundesregierung gewährt werden.

Von Geburt an erben die Christen und Muslime aus den Registrierten Kasten die Unreinheit aufgrund ihrer unterkastigen Natur und Namensgebung. Obwohl die Afroamerikaner Europas und Amerikas und die Weißen größ-

tenteils dem Christentum angehören, gibt es in der Praxis einen vehementen Rassismus unter den weißen Christen und den afroamerikanischen Christen; so sind hier das Kastensystem und Rassismus ursächlich für soziale Ausgrenzung, sie sollte nicht mit irgendeiner Religion in Verbindung gebracht werden, auch nicht mit dem Hinduismus, der ja eine Lebensweise ist, da diese soziale Ausgrenzung, Unberührbarkeit und Apartheid unter dem Volk weit verbreitet sind, es ist eine auf der Abstammung beruhende berufliche Diskriminierung aufgrund der niederen Berufe und Geburt und sollte nicht mit irgendeiner Religion vermischt werden.

Kasten innerhalb der Kirche

Wenngleich das Christentum seinen Ursprung nicht in Indien hat, ist es dem Kastensystem dennoch nicht entkommen. Das Christentum kam im ersten Jahrhundert nach Indien. Doch es blieb auf eine Volksgruppe beschränkt, von der die meisten einer bestimmten Gesellschaftsschicht angehören, und es breitete sich nicht auf andere oder andere Schichten oder andere Teile Indiens aus. Während der europäischen Kolonisation kamen die Missionare nach Indien und predigten das Christentum, wobei viele das Christentum annahmen, und die meisten von ihnen kamen aus den Registrierten Kasten, Dalits und Stammesgruppen. Die Menschen aus der herrschenden/oberen Kaste, die Christen wurden, brachten das Kastensystem/unterdrückerische Gesinnung mit, und die gleiche Hierarchie der Kasten bleibt bei den Christen der herrschenden/oberen Kasten bestehen. Die Kastenherrschaft regierte die Kirchenhierarchie seit der Zeit, als sie/ die Volksgruppen der herrschenden Kasten begannen, die Führung der Kirche zu übernehmen. Obwohl eine Mehrheit von 70 Prozent der Christen Dalits sind, bleibt im Christentum die Leiterschaft in der Kirche nach wie vor bei den herrschenden Christen der höheren Kasten.

Wie bisher in verschiedenen katholischen Kirchengemeinden/verschiedenen protestantischen Pastoraten, auf den von der Kirche kontrollierten Friedhöfen oder Begräbnisplätzen werden getrennte Plätze für die Bestattung der Leichen der Dalit-Christen mit Kastendiskriminierung zugeteilt; getrennte Leichenträger/ Fahrzeuge werden den Dalit-Christen mit Unberührbarkeit-Kastendiskriminierung zugeteilt, auf diese Weise werden sie genauso diskriminiert wie die Christen aus höheren Kasten/Nicht-Dalits; in einigen ländlichen Pfarreien/Pastoraten der katholischen Kirchen werden Dalit-Christen, Männer, Frauen und Kinder, getrennt an unterschiedliche/getrennte Plätze gesetzt (sie sind gezwungen, an getrennten Plätzen entfernt von den Christen höherer Kasten/Nicht-Dalits zu sitzen); dies geschieht aufgrund des Kastengeistes/

Unantastbarkeitsdenkens, der Diskriminierung aufgrund von Arbeit und Abstammung und der von den Gemeindeleitern betriebenen Kastendiskriminierung. Selbst in den von der Kirche geleiteten Feierlichkeiten kann das Auto-korso die Dörfer der Dalit-Christen nicht erreichen; so werden Hunderte von auf die Unberührbarkeit ausgerichteten kastendiskriminierenden Praktiken von den betroffenen Pfarrern, Bischöfen, der Kirchenverwaltung und der Hierarchie der gesamten katholischen Kirche, vertreten durch die Katholische Bischofskonferenz Indiens, die Konferenz der katholischen Bischöfe Indiens und den Heiligen Stuhl, befolgt und motiviert.

Diese Diskriminierung ist eine völlige Negation des im christlichen Glauben verankerten Gedankens der Gleichheit und Brüderlichkeit.

Dalit-christliche Bewegungen, die in den späten 1970er Jahren entstanden, stellten die Praktiken der Kastendiskriminierung und Unberührbarkeit unter den Christen und innerhalb christlicher Einrichtungen einschließlich der Kirchen in Frage.

Das Büro des vom Papst geführten Heiligen Stuhls/ Vatikans ist für die Dalit-Christen unzugänglich geworden, da es im Büro des Vatikan/ des Papstes, Heiligen Vaters, keine Vertreter für sie gibt. Viele Erinnerungsschreiben und Bittgesuche wurden an den Heiligen Stuhl geschickt, aber alles war vergebens.

Dalit-Christen erwarteten sehnlichst, dass der Heilige Vater das Problem der Kasten in der indischen Kirche ansprechen und sie ermahnen würde, alle Kastenpraktiken innerhalb der Kirche abzuschaffen. Die Dalit-Christen sind enttäuscht, da der Heilige Vater die Frage der Kastendiskriminierung während des jüngsten Ad-Limina-Besuchs im Vatikan, Rom, gegenüber den indischen Bischöfen nicht angesprochen hat, zumal er alle anderen Themen, wie Umwelt, MigrantInnen, indigene Völker usw. angesprochen hat.

Die Dalit-Christen waren auch enttäuscht, dass die Bischöfe, die den Medien Interviews gaben, über alle Themen der indischen Kirche sprachen, außer über die Kastendiskriminierung unter den indischen Christen. Die geringe Anzahl der Bischöfe mit einer Herkunft aus den Registrierten Kasten/ Dalit unter ihnen ist der Hauptgrund für diese Vernachlässigung dieses wichtigen Themas.

Der Heilige Vater, Papst Franziskus und die indische Kirche sollten sich dafür entschuldigen, dass sie die Praxis der Kastendiskriminierung und Unberührbarkeit zugelassen haben, wie z. B. die Duldung doppelter Friedhöfe, d. h. einen für die Christen aus höheren Kasten und einen weiteren für die Dalit-Christen, die Zulassung separater Leichenträger und Begräbnisplätze, einen für die Christen aus höheren Kasten und einen weiteren für die Dalit-

Christen, den Bau und die Zuweisung separater Kirchen für die Dalit-Christen zu ihrer ausschließlichen Nutzung und die Zuweisung separater Kirchen für die Christen aus höheren Kasten.

Die katholische Kirche hatte sich bei den Ureinwohnern Kanadas und Südamerikas für den Fehler entschuldigt, den die Kirche während der Zeit der Kolonisierung begangen hatte. In gleicher Weise hatte sich die gesamte internationale katholische Kirche kürzlich laut den Nachrichten von der Amazonas-Konferenz bemüht, die Menschenrechte der indigenen Völker des Amazonas wahren und diese Völker vor der Zerstörung der Umwelt zu retten. Aber der Heilige Stuhl/Vatikan, an dessen Spitze der Papst und die indisch-katholische Kirche stehen, sowie die Kirchenverwaltung anderer Konfessionen, unternehmen keine praxisorientierten, verbindlichen Schritte zur Beseitigung der Unberührbarkeitspraxis unter den indigenen Christen sowie in der Kirche und ihren Institutionen; stattdessen fördern einige der großen und auch die Unabhängigen Kirchen, entgegen dem Artikel 17 der indischen Verfassung (Abschaffung der Unberührbarkeit), die Unberührbarkeit indirekt.

Bedauerlicherweise wird auch in anderen konfessionellen Kirchen, wie der protestantischen Kirche und der unabhängigen Pfingstkirche, die auf Unberührbarkeit ausgerichtete Kastendiskriminierung und -trennung praktiziert.

Anerkennung der Kaste

In der Erklärung der Katholischen Bischofskonferenz von Indien (Kottayam 1988) heißt es: „Wir sind uns leider bewusst, dass auch Christen viele negative Aspekte der weiteren Gesellschaft, der sie angehören, beibehalten. Die Registrierten Kasten, die sich der Kirche angeschlossen haben, hätten in ihr eine Gemeinschaft der Gleichstellung und der Freiheit von Kastenunterdrückung finden sollen. Aber viele von ihnen fühlen sich doppelt diskriminiert. Der säkulare Staat beraubt sie auf rein religiöser Grundlage wirtschaftlicher Zuwendungen. Die Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit, die in der übrigen Gesellschaft grassiert, hält auch unter Christen an. Die meisten Christen, die aus der Registrierten Kaste stammen, sind nach wie vor von wirtschaftlichen Möglichkeiten, vom Zugang zu angemessenen Bildungseinrichtungen, von Führungsrollen und einer Anteilhabe an Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.“

Siehe auch die Erklärung des Ständigen Ausschusses der Katholischen Bischofskonferenz von Indien, Mangalore, 9. bis 17. Januar 1978:

„Daher muss jede Art von Diskriminierung Teil unseres christlichen Anliegens sein. Wenn sie leider innerhalb der Kirche selbst praktiziert wird, dann deshalb, weil sie ein Gegenbeispiel zu den Werten des Evangeliums ist, zu denen wir uns bekennen.“

In der Erklärung der Katholischen Bischofskonferenz von Indien (CBCI) (Varanasi, 21.–28. März 1998) heißt es: „Das Überhandnehmen der kastenbasierten Praktiken, nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in einigen Teilen der Kirche in Indien, selbst am Ende des 20. Jahrhunderts, ist für uns alle ein Grund zur Trauer und Ausdruck unserer Unfähigkeit, unseren christlichen Glauben angemessen zu leben. Es ist nicht nur eine Verleugnung der Würde und Gleichheit des Menschen, sondern auch gegen die grundlegenden Lehren Christi [...]“

Erzbischof George Zur, Apostolischer Pro-Nuncius für Indien, machte in seiner Antrittsrede vor der CBCI anlässlich des Treffens, das im Dezember 1991 in Pune stattfand, die folgenden Anmerkungen:

„Obwohl Katholiken der unteren Kasten und Stämme 60 Prozent der Kirchenmitglieder ausmachen, haben sie keinen Platz in der Entscheidungsfindung. Konvertiten aus den Registrierten Kasten werden nicht nur von Hindus mit hoher Kastenzugehörigkeit, sondern auch von Christen mit hoher Kastenzugehörigkeit als Angehörige niedriger Kasten behandelt. In ländlichen Gebieten können sie jedoch keine Häuser besitzen oder mieten, ganz gleich, wie gut situiert sie sein mögen. In den Pfarrkirchen und auf Friedhöfen sind für sie getrennte Plätze ausgewiesen. Eheschließungen zwischen den Kasten sind verpönt und die Kastenbezeichnungen werden nach wie vor an die Vornamen von Menschen hoher Kasten angehängt. Das Kastenwesen ist unter Geistlichen und Ordensleuten weit verbreitet. Obwohl die Dalit-Christen 65 Prozent der 10 Millionen Christen im Süden ausmachen, sind weniger als 4 Prozent der Pfarreien Dalit-Priestern anvertraut. Es gibt keine Dalits unter den 13 katholischen Bischöfen von Tamil Nadu oder unter den Generalvikaren und Rektoren von Priesterseminaren und Direktoren von Sozialhilfezentren.“

Aus der Ansprache von Johannes Paul II. an die Bischöfe von Indien anlässlich ihres „Ad Limina“-Besuchs am Montag, 17. November 2003:

„Sie müssen auch weiterhin dafür sorgen, dass den Angehörigen der unteren Kasten, insbesondere den Dalits, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Diese sollten niemals von anderen Mitgliedern der Gesellschaft abgetrennt werden. Jeder Anschein eines kastenbedingten Vorurteils in den

Beziehungen zwischen Christen ist ein Gegenbild zu echter menschlicher Solidarität, eine Bedrohung für eine echte Geistlichkeit und ein ernsthaftes Hindernis für den Evangelisierungsauftrag der Kirche. Deshalb sollten Bräuche oder Traditionen, die die Kastentrennung aufrechterhalten oder verstärken, behutsam reformiert werden, damit sie zu einem Ausdruck der Solidarität der gesamten christlichen Gemeinschaft werden können.“

Aus der Ansprache Seiner Heiligkeit Benedikt XVI. an die Bischöfe von Tamil Nadu anlässlich ihres „Ad Limina“-Besuchs am Montag, 18. Juni 2011:

„Das Zeugnis der gegenseitigen Liebe und des gegenseitigen Dienstes zwischen Ihnen und Ihren Priestern – ohne Rücksicht auf Kaste oder ethnische Zugehörigkeit, sondern ausgerichtet auf die Liebe Gottes, die Verbreitung des Evangeliums und die Heiligung der Kirche – wird von den Menschen, denen Sie dienen, sehnlichst gewünscht.“

Der Sondergesandte des Heiligen Vaters Papst Benedikt XVI., Kardinal Fernando Filoni, Präfekt der Kongregation für die Evangelisierung der Völker, hatte die Notwendigkeit betont, mehr Bischöfe aus der dalit-christlichen Community zu holen, Pastoralbesuch in Indien, 9.–16. Februar 2013, Treffen mit den Bischöfen – CCBI, Sonntag, 10. Februar 2013:

„Ein missionarisch gesinnter Bischof richtet sein pastorales Augenmerk auf alle Kategorien von Menschen, die in seiner Diözese leben, ohne Rücksicht auf Kaste oder ethnische Zugehörigkeit, sondern vielmehr fokussiert auf die Liebe Gottes und die Verbreitung des Evangeliums. Keine ethnische Gruppe, keine Gruppe mit niedriger Kaste, keine Minderheit darf sich von den Aktivitäten oder der pastoralen Arbeit in Ihrer Diözese ausgegrenzt, an den Rand gedrängt oder ausgeschlossen fühlen – ich denke dabei an die Zulassung zu den Seminaren, an die Beförderung zu wichtigen Pfarreien und kurialen Aufgaben und an die Kandidaten für das Bischofsamt.“

Wenige Ernennungen von Dalits in Führungspositionen

Zwar hat die Kirche die Praxis des Kastensystems innerhalb der Kirche eingestanden, doch wird wenig getan, um es abzuschaffen.

So gehören in der wichtigsten katholischen Kirche Indiens nur 5 Prozent der Bischöfe, Provinziäle und Generaloberen der Gemeinden der Dalit-Community an. Bedauerlicherweise wurden bei zahlreichen Gelegenheiten kompetente und geistlich gesinnte Dalit-Christen bei der Besetzung von Füh-

rungspositionen aufgrund von Diskriminierung aufgrund ihrer Kaste übergegangen. Unter den 200 aktiven Bischöfen in der katholischen Kirche gibt es nur 12 Bischöfe, die aus Dalit-Gemeinschaften stammen, die 70 Prozent der gesamten christlichen Bevölkerung in Indien ausmachen.

Es gibt 167 Diözesen in Indien, die etwa 200 aktive Bischöfe haben. Allerdings gibt es dort nur 9 Dalit-Bischöfe. In Indien gibt es nicht einmal einen Kardinal, der ein Dalit ist. Es ist gängige Praxis, Dalits die Leitungsposition als Bischöfe, Provinziäle, Vorgesetzte von Konventen und andere verantwortliche Positionen zu verweigern. Im internationalen Szenarium sind jetzt viele afroamerikanische Kardinäle der römisch-katholischen Kirchen tätig.

Konvertiten aus den Reihen der Goa Brahmanen, Konvertiten aus den Reihen der Kerala Brahmanen und andere Nicht-Dalits sind in der kirchlichen Hierarchie sehr stark vertreten (80 Prozent im kirchenhierarchischen Dienst und in der Leitung, während ihr Bevölkerungsanteil nur 10 Prozent beträgt).

Auch Mahatma Gandhi äußerte sich über die Kastendiskriminierung, welcher Christen aus Registrierten Kasten bzw. katholischen Christen in Kumbakonam, Tamil Nadu, in der Kirche ausgesetzt sind. Es wurde berichtet, dass während des Sonntagsgottesdienstes in der St. Marien-Kathedrale in Kumbakonam Katholiken höherer Kasten sich aus dem Gottesdienst zurückzogen, als katholische Harijans in die Kathedrale eintraten und sich unter die Katholiken höherer Kasten setzten, anstatt die für sie vorgesehene Plätze einzunehmen. Zu diesem Vorfall schrieb Gandhi am 26. Dezember 1936 in Harijan.

„Ob der Harijan nun nominell Christ, Muslim oder Hindu und jetzt Sikh ist, er ist immer noch ein Harijan. Er kann seine vom so genannten Hinduismus geerbten Flecken nicht ändern. Er mag sein Gewand wechseln und sich einen katholischen Harijan oder einen muslimischen Harijan oder einen Neo-Moslem oder Neo-Sikh nennen, seine Unberührbarkeit wird ihn zeit seines Lebens verfolgen. Es ist ein und dasselbe, ob man die Zahl nach der Fünf ein halbes Dutzend oder Sechs nennt. Erst wenn die Unberührbarkeit aus dem Hinduismus entfernt wird, wird der Makel von Harijans entfernt werden, ganz gleich, welches Etikett sie annehmen. Daher haben die Harijans es in der Hand, entweder den Hinduismus zu retten oder ihn zu vernichten, so wie es die Hindus in ihrer Kaste haben. Zweifellos ist es für Harijans leichter, das Etikett zu wechseln, als für Hindus der aus höheren Kasten, ihre Herzen zu ändern, doch es mag für Harijans leichter sein, über jede irdische Versuchung erhaben zu sein und bewusst standhaft in dem Glauben zu bleiben, in dem ihnen von ihren Mitmenschen die elementarsten Menschenrechte verweigert wurden. Es ist zweifellos schwierig für jeden, den Versuchungen zu widerstehen, denen Harijans heute ausgesetzt

sind. Es wird daher ein Wunder sein, wenn sie sich als treu erweisen und an ihrem angestammten Glauben festhalten mit der Entschlossenheit, ihn durch bewusste äußerste Anstrengung zu reinigen. Sie können dies in einer Weise tun, wie sie es vorher nicht konnten, denn sie wissen, dass es eine wachsende Zahl von Hindus höherer Kasten gibt, die mit ihnen gemeinsame Sache machen und Wiedergutmachung für ihr eigenes vergangenes Unrecht und das anhaltende Unrecht von Hindus höherer Kasten leisten. So gesehen ist der Vorfall von Kumbakonam eine ebenso große Schande für die römische Kirche wie für den Hinduismus.“

Bitte beachten Sie den Auszug aus der Rede von Dr. B. R. Ambedkar, die er vor indischen Christen aus Sholapur gehalten und am 5. Februar 1938 in „Janata“ veröffentlicht hat, wiedergegeben von „Dnyanodaya“:

„Missionare haben das Gefühl, ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie einen Unberührbaren zum Christentum bekehren. Sie achten nicht auf seine politischen Rechte. Ich finde, dass dies ein großer Fehler der Christen ist, weil sie sich bis jetzt nicht in die Politik begeben haben. Es ist für jede Institution schwierig, ohne politische Unterstützung zu überleben. Wir, die Unberührbaren, sind zwar ignorant und ungebildet, aber wir sind in Bewegung. Deshalb haben wir 15 Sitze in der Gesetzgebenden Versammlung. Die Studenten erhalten Stipendien, es gibt staatliche Wohnheime. Das ist bei christlichen Studenten nicht der Fall. Wenn ein unberührbarer Student, der ein Stipendium erhält, sich bekehrt, wird sein Stipendium gestrichen, obwohl sein finanzieller Status gleich bleibt. Wenn Sie in der Politik wären, wären die Dinge anders gelaufen.“

Die Hindustan Times, veröffentlichte aus Neu-Delhi, datiert auf Sonntag, 2. August 2015, S. 17, unter den Schlagzeilen: „Eine unheilige Angelegenheit, indische Katholiken haben das Kastenwesen und die Unberührbarkeit am Leben erhalten. Ein Bericht aus Harobebe, Karnataka, wo Dalit-Katholiken weiterhin gegen die Aggression der höheren Kasten zu kämpfen haben.“

Kastendiskriminierung geht in der Gesellschaft weiter

Christen, die aus Registrierten Kasten stammen, leben jedoch nicht nur im kirchlichen Umfeld, sondern vielmehr in der breiteren Gesellschaft, in der leider bis heute Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit und sogar Unberührbarkeit praktiziert werden. Orte wie Schulen, Gewässer, landwirtschaftliche Felder, öffentliche Verkehrsmittel, öffentliche Einrichtungen, Ho-

tels in ländlichen Gegenden, öffentliche Behörden, Bildungseinrichtungen, Geschäfte, gemeinsame Badeplätze, Feste und religiöse Rituale sind für diejenigen, die unter dem Stigma der Kastenzugehörigkeit und Unberührbarkeit leiden, unabhängig von ihrer Religion tabu.

Es liegen stichhaltige, zuverlässige und detaillierte Beweise vor, die den sozialen und schulischen Rückstand belegen, der sich aus der traditionellen Praxis der Unberührbarkeit von Christen und Muslimen, die aus Registrierten Kasten stammen, ergibt.

Der Bericht des Ausschusses für Unberührbarkeit (Parlamentarischer Ausschuss), Wirtschaftliche, pädagogische Entwicklung der Registrierten Kasten und damit verbundene Dokumente des Jahres 1969, der indischen Regierung, Ministerium für soziale Wohlfahrt – gegenwärtig Ministerium für soziale Gerechtigkeit und Stärkung (Bericht der Kommission L. Elayaperumal), geleitet von Herrn L. Elayaperumal stellt auf Seite 32 fest:

„Das Komitee kam während seiner Reisen zu dem Schluss, dass allen Registrierten Kasten, die zu anderen Religionen als dem Hinduismus konvertierten, alle Zugeständnisse gemacht werden sollten, die den Registrierten Kasten zur Verfügung stehen. Der Grund dafür ist, dass der Ausschuss während der Führungen feststellte, dass sie unter denselben Behinderungen leiden, unter denen die Registrierten Kasten leiden.“

Bericht der Kommission für rückständige Bevölkerungsschichten, Band I, der indischen Regierung unter Leitung von Kaka Kalelkar, Seite vi, 160:

„Wir entdeckten zu unserem Schmerz und unserer Trauer, dass sich die Unberührbarkeit im äußersten Süden unter indischen Christen durchgesetzt wurde, und dass indische Christen vielerorts zu der Aussage neigten, dass sie sich nicht nur in der Frage der Unberührbarkeit, sondern auch in der sozialen Hierarchie von hoch und niedrig immer noch vom Kastendenken leiten ließen.

In der Praxis stellte sich heraus, dass die Ausgrenzung von Konvertiten aus Registrierten Kasten in bestimmten Teilen Südindiens nicht erfolgreich überwunden wurde.“

Der Bericht der Mandal Kommission, der Kommission für rückständige Bevölkerungsschichten, Erster Teil, Band I & II, Jahrgang 1980, der indischen Regierung, Seite 55 und 56: Zum gleichen Thema bemerkt Dr. Imtiaz Ahmed: „Es gibt eine Vorstellung von Hierarchie unter den Muslimen, obwohl es schwer zu sagen ist, inwieweit die Kriterien der Rangordnung unter ihnen

dem hinduistischen Modell entgegenkommen [...]. Es ist klar, dass die Kasten als Grundlage der sozialen Beziehungen zwischen ihnen (Muslimen) existieren.“

„Zweitens konnten sich nicht-hinduistische Minderheiten, die im überwiegend hinduistischen Indien leben, nicht von dessen vorherrschenden sozialen und kulturellen Einflüssen befreien.“

„Ähnlich ist die Situation unter den indischen Christen. [...] Christen in Kerala wurden aufgrund ihres Glaubens, ihrer Rituale in verschiedene Konfessionen und aufgrund ihres Kastenhintergrunds in verschiedene ethnische Gruppen aufgeteilt [...] selbst nach der Konversion wurden die Konvertiten aus den unteren Kasten von anderen Teilen der Gesellschaft, einschließlich der syrischen Christen, weiterhin als Harijans behandelt.“

Eine unabhängige Forschungsstudie, die 2008 von der Nationalen Kommission für Minderheiten in Auftrag gegeben wurde, kam zu dem Ergebnis, dass es gute Gründe dafür gibt, Muslimen und Christen aus Dalit Hintergrund die gleichen verfassungsmäßigen Schutzmaßnahmen anzubieten, die bereits für hinduistische, sikhische und buddhistische Dalits gelten.

Der Bericht der Nationalen Kommission für religiöse und sprachliche Minderheiten unter der Leitung von Richter Renganath Misra empfahl die Streichung von Paragraph 3 der Verfassungsordnung von 1950 (Registrierte Kasten) – die das Netz der Registrierten Kasten ursprünglich auf die Hindus beschränkte und es später für Sikhs und Buddhisten öffnete – sowie die vollständig religionsneutrale Ausgestaltung des Netzes der Registrierten Kasten, ähnlich demjenigen der Registrierten Stämme.

Die Nationale Kommission zur Überprüfung der Funktionsweise der Verfassung (NCRWC) wurde am 30. April 2002 aufgelöst. Band II, Buch III, (vii), Tempo des sozio-ökonomischen Wandels und der Entwicklung im Rahmen der Verfassung – Hintergrundpapiere:

„In Anbetracht der Tatsache, dass in einigen Teilen des Landes, insbesondere im Süden, Konvertiten zum Christentum aus bestimmten RK [Registrierten Kasten] ebenso Verbrechen und Gräueltaten ausgesetzt sind, wie ihre hinduistischen Leidensgenossen (wobei der Unterschied zwischen den Religionen in dieser Hinsicht keine Rolle spielt), und in Anbetracht der Tatsache, dass sich die Verfahren in solchen Fällen in der Frage verzetteln, ob es sich um eine Gräueltat handelt, da sie RK nicht aufgrund ihrer Konversion sind, sollte Klausel (c) von Abschnitt 2 des Gesetzes durch Hinzufügung der folgenden Worte am Ende des Gesetzes geändert werden: „und

konvertiert zum Christentum aus Registrierten Kasten.‘ Eine erläuternde Anmerkung kann hinzugefügt werden, dass dies nur für die Zwecke dieses Gesetzes und nicht für irgendeinen anderen Zweck geschieht, denn die Frage, ob RK Konvertiten zum Christentum durch Änderung des Vorbehaltes in Präsidialverordnungen in die Registrierten Kasten einbezogen werden sollten oder nicht, ist eine andere Frage, die vom zuständigen Ministerium gesondert zu behandeln ist.“

In „Dalits in den muslimischen und christlichen Communities, ein Statusbericht über den aktuellen sozialwissenschaftlichen Kenntnisstand“, vorbereitet für die Nationale Kommission für Minderheiten der indischen Regierung von Prof. Dr. Satish Deshpande (am 17. Januar 2008) mit Unterstützung von Geetika Bapna, Abteilung für Soziologie, Universität Delhi, Kapitel 5, Seite 83, Schlussfolgerung Zusammenfassung der Ergebnisse, finden wir die folgende Version:

„Um nur auf der Grundlage der verfügbaren beschreibenden und statistischen Beweise zu schließen, gibt es gute Gründe dafür, Dalit-Muslime und Dalit-Christen in die Kategorie der Registrierten Kasten aufzunehmen. Es gibt zwingende Argumente für eine solche Aufnahme, die auf den Prinzipien der natürlichen Gerechtigkeit und Fairness beruhen. Auch die Ausgewogenheit pragmatischer Überlegungen spricht für ihre Aufnahme. Eine gebührende gesetzliche Anerkennung der Dalit-Moslems und Dalit-Christen würde nicht nur ein Unrecht korrigieren, sondern auch eine nicht zu rechtfertigende Anomalie in unserem politisch-rechtlichen System beseitigen, die legitimerweise als diskriminierend ausgelegt werden kann. Unabhängig davon, ob eine solche Diskriminierung vor Gericht nachgewiesen werden kann oder nicht, wird sie mit Sicherheit das Gewissen eines jeden fair eingestellten Inders belasten.“

Und auf Seite: 81 desselben Berichts wird festgestellt, „[...] es gibt keine zwingenden Beweise, die es rechtfertigen würden, Dalit-Muslimen und Dalit-Christen den Status der Registrierten Kasten zu verweigern [...].“

Der Rechtsstreit

Gegen das oben erwähnte gesetzliche Verbot ist der Rechtsstreit bezüglich der Ausdehnung der Privilegien der Registrierten Kasten auf Christen aus Registrierten Kasten beim Obersten Gerichtshof Indiens in Neu-Delhi, Indien, anhängig.

Die zivilrechtliche Petition Nr. 180 aus dem Jahr 2004 wurde am 22. März 2004 vom Zentrum für Rechtsstreitigkeiten von öffentlichem Interesse (Herr Prashant Bhushan, Advokat vertritt diese Organisation als Rechtsberater/Anwalt beim Obersten Gerichtshof Indiens) und Franklin Caesar Thomas, Advokat (zweiter Antragsteller) beim Obersten Gerichtshof Indiens eingereicht und ist beim Schiedsgericht anhängig. Der gegenwärtige Rechtsstreit, der beim Obersten Gerichtshof Indiens anhängig ist, hat seine Endphase erreicht. Um die Privilegien für Christen und Muslime aus den Registrierten Kasten zu erhalten, müssen wir die soziale und bildungsmäßige Rückständigkeit beweisen, die sich aus der traditionellen Praxis der Unberührbarkeit ergibt, denen die oben genannten Personen ausgesetzt sind. Für die Verweigerung des Status der Registrierten Kasten für diese Volksgruppe gibt die indische Regierung immer als Grund an, dass das Christentum die Unberührbarkeit und die Kastendiskriminierung nicht anerkennt, und müssen wir vor dem indischen Schiedsgericht beweisen, dass es nicht die Religion ist, ob sie nun die Kastendiskriminierung anerkennt oder nicht, sondern dass die Menschen der Zivilgesellschaft und die Christen selbst die Kastendiskriminierung aufgrund der böartigen diskriminierenden Kultur/dem diskriminierenden Kastendenken praktizieren. Dafür brauchen wir stichhaltige, zuverlässige und eingehende Beweise von der Regierungsseite und aus anderen Quellen. Alle oben genannten und folgenden dokumentarischen Zeugnisse und Beweise wurden dem Obersten Gerichtshof Indiens vorgelegt, um den Rechtsstreit zu stärken und erfolgreich zu führen.

Dieser Ehrwürdige Oberste Gerichtshof Indiens hatte die Antragsteller aufgefordert, die traditionelle Praxis der Unberührbarkeit nachzuweisen, welcher die Christen der Registrierten Kastenherkunft gemäß *Soosai vs. Indische Union* ausgesetzt sind (Schriftlicher Antrag Nr. 9596 aus dem Jahr 1983, Datum des Urteils: 30. September 1985).

„Es reicht nicht aus, zu zeigen, dass dieselbe Kaste nach der Bekehrung fortbesteht. Es muss ferner festgestellt werden, dass die Behinderungen und Handicaps, die durch eine solche Kastenzugehörigkeit in der Gesellschaftsordnung mit Ursprung im Hinduismus, in ihrer bedrückenden Härte in der neuen Umgebung einer anderen Religionsgemeinschaft fortbestehen.

Um festzustellen, dass Paragraph 3 der Verfassungsordnung (Registrierte Kasten) von 1950 die christlichen Mitglieder der aufgezählten Kasten diskriminiert, muss nachgewiesen werden, dass sie unter einem vergleichbaren Ausmaß an sozialen und wirtschaftlichen Behinderungen sowie an kultureller und erzieherischer Rückständigkeit und einem ähnlichen Grad

der Erniedrigung innerhalb der christlichen Gemeinschaft leiden, was ein Eingreifen des Staates gemäß den Bestimmungen der Verfassung erforderlich macht.

Die tatsächliche Frage ist, ob aufgrund des uns vorliegenden Material gesagt werden kann, dass Absatz 3 der Verfassungsordnung (Registrierte Kasten) von 1950 die Angehörigen der christlichen Religion diskriminiert, indem er die Vereinbarung auf Angehörige der Hindus und der Sikh-Religion beschränkt.“

Aus dem oben Gesagten und den folgenden aussagekräftigen, maßgeblichen und ausführlichen dokumentarischen Zeugnissen der Befragten geht hervor, dass die Christen aus den Registrierten Kasten sozial und bildungsmäßig benachteiligt sind, was auf die Praxis der Unberührbarkeit zurückzuführen ist.

Es ist recht offensichtlich, dass der Präsident Indiens (in seinem Auftrag hat die Indische Union alle Materialien) die oben genannten Materialien vor sich liegen hat, was darauf hinweist, dass die unterdrückten Klassen der christlichen Gemeinschaften (Christen aus den Registrierten Kasten) unter wirtschaftlichen und sozialen Beeinträchtigungen, kultureller und bildungsmäßiger Rückständigkeit litten, die in Charakter und Ausmaß so krass waren, dass die Angehörigen dieser Kasten in der christlichen Religionsgemeinschaft den Schutz der Verfassungsbestimmungen für die Registrierten Kasten forderten. Auf der Grundlage der folgenden stichhaltigen Beweise der indischen Union und maßgeblicher Einzelstudien wird nachgewiesen, dass die christlichen Mitglieder der aufgezählten Kasten von der traditionellen Praxis der Unberührbarkeit betroffen sind. Dem indischen Präsidenten liegen keine ausreichenden Beweise dafür vor, dass die Hindus, Sikhs und Buddhisten aus den aufgeführten Kasten aufgrund der traditionellen Praxis der Unberührbarkeit sozial und bildungsmäßig rückständig sind, mit Ausnahme der hypothetischen Version. Da der Hinduismus, Sikhismus und Buddhismus und seine religiösen Lehren die Praxis der Unberührbarkeit nur anerkennen und die diskriminierende Geisteshaltung der Menschen zulassen, wird das Privileg der Registrierten Kasten den Hindus, Sikhs und Buddhisten aus den Registrierten Kasten gewährt.

Im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Fall, der vor dem Schiedsgericht (Apex Court of India) anhängig ist, hatte der Ausschuss für politische Angelegenheiten des Kabinetts der Indischen Union, dem viele Kabinettsminister angehörten, die Nationale Kommission für religiöse und sprachliche Minderheiten eingesetzt, um ihre Ansicht über die Gewährung des Status „Registrierte Kasten“ an Christen, die aus Registrierten Kasten stammen, zu äußern; dieselbe Kommission hatte die folgenden Empfehlungen für die

Gewährung des Status „Registrierte Kasten“ durch Streichung der religiösen Einschränkung der Verfassungsverordnung Registrierte Kasten 1950, Absatz 3, ausgesprochen.

Um den oben genannten Paragraphen 3 für verfassungswidrig zu erklären (für die Ausweitung des Status „Registrierte Kasten“ auf Dalit-Christen und Dalit-Muslime), wurde eine Schriftliche Zivilbeschwerde Nr.180 des Jahres 2004 am 22. März 2004 vom Zentrum für Rechtsstreitigkeiten im öffentlichen Interesse (Herr Prashant Bhushan vertritt diese Organisation als Rechtsanwalt/Rechtsbeistand/Advokat) & Franklin Caesar Thomas, Advokat als zweiter Kläger gegen die Indische Union, vertreten durch den Sekretär, Ministerium für soziale Gerechtigkeit und Ermächtigung (Beklagter), beim Obersten Gerichtshof Indiens eingereicht.

Nach dem Jahr 2004 hatten viele Christen und Muslime aus den Registrierten Kasten, Einzelpersonen und Organisationen, darunter die katholische Bischofskonferenz Indiens, der Nationalrat der Kirchen in Indien und die katholische Union von ganz Indien, beim Obersten Gerichtshof Indiens Umsetzungspetitionen/Zwischenanträge/Interventionspetitionen und eine gesonderte schriftliche Zivilbeschwerde eingereicht, indem sie die Häufigkeit und die Schwere der Unberührbarkeit anerkannten, die unter Christen praktiziert wird, um das Plädoyer der Dalit-Christen zu unterstützen, das bereits vor diesem ehrenwerten Gericht anhängig ist. Der Nationale Rat der Dalit-Christen, die Vereinigte Front für die Rechte der Dalit-Christen und Mr. Mary John im Namen der Dalit-Christliche-Befreiungsbewegung hatten unterstützende Zivilbeschwerden eingereicht, indem sie die Prävalenz und den Schweregrad der Unberührbarkeit, die unter Christen praktiziert wird, aufzeigten und sehr wichtige Beweise vorlegten, um den sozialen und bildungsmäßigen Rückstand der Christen mit einem Registrierte Kasten Hintergrund und die traditionelle Praxis der Unberührbarkeit, mit der die Christen mit einem Registrierte Kasten Hintergrund in der christlichen und zivilen Gesellschaft konfrontiert sind, zu beweisen. Vor dem Obersten Gerichtshof Indiens werden alle drei oben genannten schriftlichen Zivilbeschwerden durch Franklin Caesar Thomas und S. Gowthaman, beide Anwälte/Rechtsanwälte, vertreten.

Rechtliche Bestimmungen

Paragraph (3) der Verfassungsverordnung (Registrierte Kasten) von 1950, die in Ausübung von Artikel 341(1) der indischen Verfassung erlassen wurde, ist verfassungswidrig und nichtig und verstößt gegen Artikel 14 (Gleichheit vor dem Gesetz), 15 (Verbot der Diskriminierung aufgrund von Religion,

Rasse, Kaste, Geschlecht oder Geburtsort), 16 (Chancengleichheit in Fragen der öffentlichen Beschäftigung) und 25 (Gewissensfreiheit und freie Berufsausübung, Religionsausübung und -verbreitung) der indischen Verfassung und die Gleichheit vor den Artikeln 18, 24, 26 und 27 (alle vier Artikel verhindern Diskriminierung aufgrund der Religion) des Internationalen Pakts für bürgerliche und politische Rechte; Teil II, Artikel 2 (2) (Verhinderung von Diskriminierung aufgrund der Religion durch die Staaten) des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die Artikel zur Wahrung der Religionsfreiheit und der religiösen Rechte 2, 16 und 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Internationales Recht

Organe der Vereinten Nationen und die internationalen Gemeinschaften unterstützen Christen und Muslime, die aus Registrierten Kasten stammen, in ihrem Bemühen, den Status der Registrierten Kasten zu erlangen:

(1). Vereinte Nationen, CERD; Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung; Verteilung allgemein, CERD/C/IND/CO/19, 5. Mai 2007.

Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, siebzigste Tagung, 19. Februar bis 9. März 2007, Prüfung der von den Vertragsstaaten nach Artikel 9 des Übereinkommens vorgelegten Berichte, Abschließende Beobachtungen des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, Indien.

21. Der Ausschuss stellt mit Besorgnis fest, dass Dalits, die zum Islam oder zum Christentum konvertieren, um der Kastendiskriminierung zu entgehen, Berichten zufolge ihre Ansprüche im Rahmen von Programmen für positive Maßnahmen verlieren, im Gegensatz zu Konvertiten, die Buddhisten oder Sikhs werden [Art. 5 (d) (vii) und 2 (2)].

Der Ausschuss empfiehlt dem Staat, allen Angehörigen der Registrierten Kasten und Stämme, die zu einer anderen Religion konvertiert sind, die Anspruchsberechtigung für die Leistungen der Fördermaßnahmen zurückzugeben.

(2). GE.09-10462 (E) 290109, Vereinte Nationen, A. Generalversammlung. Distr. General, A/HRC/10/8/Add.326 Januar 2009. Menschenrechtsrat, Zehnte Sitzung, Punkt 3 der Tagesordnung, Förderung und Schutz aller Menschenrechte, bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung.

Bericht der Sonderberichterstatterin für Religions- und Glaubensfreiheit, Asma Jahangir.

Addendum, Mission in Indien, A/HRC/10/8/Add.3; Die Sonderberichterstatterin für Religions- und Glaubensfreiheit unternahm vom 3. bis 20. März 2008 auf Einladung der Regierung einen Länderbesuch in Indien.

27. Weitere Probleme können sich für Angehörige der Registrierten Kasten ergeben, insbesondere wenn sie zu einer anderen Religion konvertieren wollen, da die staatlichen Vergünstigungen für Registrierte Kasten per Gesetz auf Hindus, Sikhs und Buddhisten beschränkt sind. Die Verfassungsverordnung von 1950 (Registrierte Kasten) sah vor, dass keine Person, die sich zu einer anderen als der hinduistischen Religion bekennt, als Mitglied einer Registrierten Kaste betrachtet werden darf. Diese Bestimmung wurde später in den Jahren 1956 und 1990 geändert, um auch Sikhs und Buddhisten einzubeziehen. Die Gesprächspartner des Sonderberichterstatters wiesen jedoch beispielsweise darauf hin, dass Sikhs und Buddhisten das Kastensystem nicht anerkennen. Sie wurde auch darüber informiert, dass, wenn ein Angehörige einer Registrierten Kaste den Hinduismus verließ und zum Christentum oder zum Islam konvertierte, der frühere Kastenstatus und die damit verbundene soziale Voreingenommenheit oft auf sozialer Ebene bestehen blieben, während die Person rechtlich keinen Anspruch mehr auf staatliche Leistungen für Registrierte Kasten hätte. In einigen Fällen gibt es separate Kirchen und Friedhöfe für Mitglieder der Registrierten Kasten, die zum Christentum konvertierten.

28. Die rechtliche Verbindung zwischen dem Status der Registrierten Kasten und der Zugehörigkeit zu bestimmten Religionen scheint im Hinblick auf Menschenrechtsstandards problematisch zu sein. Der Sonderberichterstatter möchte daran erinnern, dass der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung mit Besorgnis feststellte, dass Dalits, die zum Islam oder zum Christentum konvertieren, um der Kastendiskriminierung zu entgehen, im Gegensatz zu Konvertiten, die Buddhisten oder Sikhs werden, Berichten zufolge ihren Anspruch im Rahmen von Programmen für positive Maßnahmen verlieren.

Eine unabhängige Forschungsstudie, die 2008 von der Nationalen Kommission für Minderheiten in Auftrag gegeben wurde, kam zu dem Ergebnis, dass es gute Gründe dafür gibt, Muslimen und Christen dalitischer Herkunft die gleichen verfassungsmäßigen Schutzmaßnahmen anzubieten, die bereits für hinduistische, sikhische und buddhistische Dalits gelten. Der Bericht der Nationalen Kommission für religiöse und sprachliche Minderheiten unter der Leitung von Richter Renganath Misra empfahl die Streichung von Paragraph

3 des Verfassungserlasses von 1950 (Scheduled Castes Order 1950) – der das Netz der Registrierten Kasten ursprünglich auf die Hindus beschränkte und es später für Sikhs und Buddhisten öffnete – und das Netz der Registrierten Kasten wie das der Registrierten Stämme völlig religionsneutral zu gestalten.

(3). Vereinte Nationen, A/HRC/23/47/Add.1, Generalversammlung, Allgemeine Verteilung, 26. April 2013

Menschenrechtsrat, dreiundzwanzigste Sitzung, Punkt 3 der Tagesordnung Förderung und Schutz aller Menschenrechte, bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, einschließlich des Rechts auf Entfaltung; Bericht des Sonderberichterstatters über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, Christof Heyns.

Addendum, Mission in Indien, VIII. Empfehlungen.

„104. Das Gesetz über Registrierte Kasten und Registrierte Stämme (Verhinderung von Gräueltaten) sollte mit dem Ziel überprüft werden, seinen Geltungsbereich auf Dalit-Muslime und Dalit-Christen auszuweiten.“

(4). Internationale Arbeitsorganisation.

NORMLEX, Informationssystem zur Beobachtung der internationalen Arbeitsnormen (CEACR) – angenommen 2012, veröffentlicht 102. ILC-Sitzung (2013) Übereinkommen (Beschäftigung und Beruf) zur Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958 (Nr. 111) - Indien (Ratifizierung: 1960).

„[...] der Ausschuss fordert die Regierung auf, Informationen über das Ergebnis der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Bezug auf die Verweigerung der Quotenrechte von Dalit-Muslimen und Dalit-Christen im Rahmen des Reservierungssystems und alle Folgemaßnahmen dazu vorzulegen.“

Artikel 17. Abschaffung der Unberührbarkeit und dieses Thema:

„Die ‚Unberührbarkeit‘ wird abgeschafft, und ihre Praxis in jeglicher Form ist verboten. Die Durchsetzung jeder Behinderung, die aus der ‚Unberührbarkeit‘ entsteht, ist eine nach dem Gesetz strafbare Handlung.“

Seit der Präsident Indiens die Unberührbarkeit vom 26. Januar 1950 abgeschafft (und gemäß Artikel 15 (1), 15 (2) (a), 15 (2) (b) alle Formen der Unberührbarkeit unterbunden) hatte, basierend auf der historischen Kastendiskriminierung (von Geburt an von den Vorvätern geerbt), kommt den gegenwärtigen hinduistischen, sikhischen und buddhistischen gelisteten Kasten den Status Registrierte Kasten zugute, und zwar ohne schöngefärbte

Beschränkungen und ohne Rücksicht auf den sozialen, bildungsmäßigen und wirtschaftlichen Stand des Einzelnen (weil ihre Kastennamen auf der Liste stehen). In gleicher Weise, weil auch die Christen und Muslime aus den Registrierten Kasten von den Vorvätern das Stigma der Unberührbarkeit geerbt hatten, sollten (da die Namen dieser Kasten auf der Liste stehen) der Status der Registrierten Kasten auf diese Menschen ausgeweitet werden, indem Paragraph 3 der Verfassungsverordnung (Registrierte Kasten) von 1950 als verfassungswidrig erklärt wird.

Mehr als 250 Millionen Menschen in verschiedenen Ländern sind von der Kastendiskriminierung betroffen, darunter die Dalits in Indien, Nepal, Bangladesch, Sri Lanka und Pakistan, bestimmte Buraku in Japan, die Osu der Igbo in Nigeria, die Roma in Europa und einige Gruppen im Senegal und in Mauretanien. Es ist also erwiesen, dass sich die soziale Ausgrenzung von den religiösen Sanktionen unterscheidet, dass die Kastendiskriminierung nicht nur ein indisches, sondern ein internationales Phänomen ist und dass sie nicht mit der hinduistischen Religion oder irgendeiner anderen Religion in Verbindung gebracht werden sollte.

Schlussfolgerung zu praxisorientierten Forderungen der Regierungsbehörden, der Kirche und der Zivilgesellschaft:

1. Die mit diesem Thema befassten Dalit-Christen in Indien hatten sich mit Beharrlichkeit und auf der Grundlage der schlüssigen, maßgebenden und ausführlichen Zeugnisse der Regierung als Betroffenen an die indische Regierung gewandt, um den Registrierte-Kasten-Status zu erhalten, aber ihre herkulischen Bemühungen waren aufgrund des vielschichtigen Charakters dieses Themas null und nichtig. Im Zusammenhang mit diesem laufenden Verfahren, das vor dem Obersten Gerichtshof Indiens anhängig ist, hatte sich die ursprünglich beklagte Indische Union gegen die Zuerkennung des Status „Registrierte Kasten“ an Christen aus Registrierten Kasten/Dalit-Christen gewandt und beim Obersten Gerichtshof Indiens eine negative Antwort/Reaktion eingereicht, indem sie nicht die gesamte Forderung der Dalit-Christen akzeptierte, indem sie gar die Empfehlung ihrer eigenen Kommission, die Empfehlung der Nationalen Kommission für religiöse und sprachliche Minderheiten, als widersprüchliche Empfehlung bezeichnete, die ohne Durchführung einer Feldstudie überstürzt eingebracht wurde. Der zweite und der dritte Mitbeklagte, nämlich die Nationale Kommission für registrierte Kasten (NCSC) und die Nationale Kommission für Minderheiten (NCM), unterstützten das Anliegen der Gewährung des Status der Registrierten Kasten

für Dalit-Christen/Dalit-Muslime und reichten ihre positive Antwort beim Obersten Gerichtshof Indiens ein. Doch die Christen aus den Registrierten Kasten bzw. Dalit-Christen sind der festen Überzeugung, dass sie durch das bevorstehende Urteil des Schiedsgerichts (Apex Court of India), das innerhalb eines Jahres ergehen kann, verfassungsmäßige Rechte/zustimmende Maßnahmen, Wohlfahrtsmaßnahmen und politischen Schutz erhalten könnten. Auf der Grundlage ihrer rechtsgültigen schriftlichen Erklärung, einer Kopie der Petition, einer rechtsgültigen mündlichen Erklärung, Zeugenaussagen, Beweise, stichhaltigen/autoritären/detaillierten Beweise der Regierung könnten die Dalit-Christen den Widerstand der Regierung Indiens vor dem Obersten Gerichtshof Indiens und durch den Obersten Gerichtshof Indiens durchsetzen, könnten sie den Registrierte-Kasten-Status erhalten, und alle religiösen Dalits (Hindu-, Sikh-, buddhistische, christliche, muslimische und so weiter Dalits) könnten in Indien die Religionsfreiheit erhalten, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen, ohne die Privilegien und Sonderbestimmungen für Registrierte Kasten zu verlieren.

2. Die gesamte Gemeinschaft der Dalit-Christen hatte mit den Kirchenleitungen, wie mit allen katholischen, protestantischen und den pfingstlich/unabhängigen Kirchenleitungen, darum gekämpft, die notwendigen angemessenen Schritte zur Beseitigung der Unberührbarkeit zu unternehmen, aber alles ist vergebens, nichts ist geschehen. Als Gemeinschafts-/Laienbewegung könnten die Dalit-Christen, indem sie sich mit der Zivilgesellschaft zusammenschließen, ihre legale Gemeinschaftsbewegung intensivieren, um die Unberührbarkeit und die unmenschliche Kastendiskriminierung mit göttlicher Macht und mit der Kraft des indischen Rechts, der indischen Verfassungsrechte, des kanonischen Rechts und des internationalen Rechts/Mandats zu bekämpfen/zu beseitigen.

3. Diese Christen aus Registrierten Kasten/Dalit-Christen werden von den Christen aus herrschenden Kasten, den Hindus aus herrschenden Kasten und der gesamten Zivilgesellschaft diskriminiert, die auf der von Geburt an ererbten traditionellen Praxis der Unberührbarkeit und der bösen Kastenmentalität und Kastenkultur basiert.

Diese Dalit-Bewegung könnte, wenn sie sich mit der Rechts-, Menschenrechts- und Dalit-Bewegung auf der Grundlage der Liebe, des Rechts, der Bewusstseinsbildung, des politischen Blickwinkels auf das Thema und der Unterstützung der Regierungsbehörden zusammenschließen würde, die Praxis der Unberührbarkeit, die unter den indischen Christen und der indischen Zivilgesellschaft im weiteren Sinne besteht, verschwinden lassen.

Empfehlungen an die Kirche

Um der kastenbedingten Diskriminierung innerhalb der Kirche ein Ende zu setzen, müssen dringend folgende Schritte unternommen werden.

- Sofortige Abschaffung aller Formen der Unberührbarkeit in allen Kirchen in ganz Indien und Achtung der indischen Verfassung (Artikel 17), Internationaler Gesetze und Pakte, welche die Praxis der Unberührbarkeit als Verbrechen behandeln und diskriminierende Praktiken verbieten.
- Exkommunikation jener Menschen, die die Unberührbarkeit praktizieren.
- Behandeln Sie die Praxis der Kastendiskriminierung in der Kirche als Sünde; unternehmen Sie sofortige praktisch orientierte Schritte zur Ausrottung der Unberührbarkeit, es reicht nicht, theoretische Erklärungen abzugeben, um andere und die Opfer (Dalit-Christen) zu betrügen.
- Ernennen Sie Dalits als Kardinäle und Erzbischöfe; geben Sie Dalit-Christen eine 80-prozentige Vertretung in der Kirchenleitung.
- Ernennen Sie Dalit-Bischöfe, proportional zur Anzahl der Dalits (die christliche Dalit-Bevölkerung beträgt 80 Prozent gemäß der Website des Heiligen Stuhls-Vatikan) in der Kirche.
- Bei der Rekrutierung für die Seminarbildung werden Dalit-Christen vernachlässigt und dürfen nicht in die Seminare eintreten wegen der Unberührbarkeitspraxis/Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit und Diskriminierung aufgrund von Abstammung/Arbeit/Anstellung/erblicher Diskriminierung aufgrund der Geburt.
- Rekrutieren Sie in den nördlichen Diözesen nur einheimische Dalit-Christen als Priester- und Nonnen-Trainees, um die Berufung der Dalits zum Priester- und Nonnenamt zu fördern.
- Vertretung der Dalits in allen nationalen Zentren, Organisationen, Beteiligungsstrukturen und -institutionen (einschließlich der Finanzverwaltung). Besonders die wenig einflussreichen Posten werden den Dalit-Priestern und Dalit-Nonnen zugewiesen, wie z.B. als Herbergsaufseher, Verantwortlicher für den Garten, Verantwortlicher für das Kochen, Verantwortlicher für den Haushalt usw. Andere Kleriker aus herrschenden Kasten werden mächtige Posten und Posten für den Umgang mit Geld innehaben.
- Sorgen Sie dafür, dass alle Dalit-Christen und andere Dalit-Schüler in katholische Bildungseinrichtungen aufgenommen werden (einschließlich der Berufsschulen entsprechend dem Bevölkerungsanteil der Dalit-Christen).

- In allen kirchlichen Institutionen/Organisationen dürfen Sie die Dalit-Christen aufgrund ihrer Kastenzugehörigkeit, der Praxis der Unberührbarkeit, ihrer Arbeit und ihrer Abstammung bei der Bewerbung um Anstellung nicht diskriminieren.
- Dalit-Christen sollten bei der Auftragsvergabe im Rahmen von Geschäfts-, Bau- und anderen Projekten der Kirche und der Gemeinden bevorzugt werden.
- Neben den Gelübden der Keuschheit, der Armut und des Gehorsams sollten alle Priester und Ordensleute in Indien das Gelübde ablegen, Kasten-/kastenorientierte diskriminierende Gesinnung anzuprangern (einschließlich des Besitzes von Kastennamen, auch wenn diese diplomatisch als Familiennamen bezeichnet werden).
- Alle Katholiken, einschließlich Priester und Nonnen, sollten ihre dominanten Kastennamen wie Reddy, Fernandes, Naidu, Moras, D. Souza, Kutti Nadar, Lobos usw. aufgeben (Kastennamen werden zusammen mit den Namen hinzugefügt, indem die böse Praxis durch die Hinzufügung des Familiennamens erklärt und gerechtfertigt wird; Priester und Nonnen, die Kastennamen als Familiennamen haben, offenbaren die Kastenvorherrschaft und ihre Hegemonie).
- Caritas-Indien (Katholische Bischofskonferenz der Finanzierungsorganisation Indiens/NGO) soll unverzüglich einen Plan für die wirtschaftliche und sonstige Stärkung der Dalit-Christen vorbereiten, den es innerhalb der festgelegten Zeitspanne umzusetzen gilt.
- In Caritas-Indien sollten Dalit-Christen in die Verwaltungs- und Leitungsorgane aller Ebenen berufen werden. Lassen Sie dabei die verbreite Behauptung nicht gelten, wonach es keine qualifizierten Personen aus den christlichen Dalit-Gemeinschaften gebe. Dalit-Christen werden die Namen für die Caritas-Indien zur Verfügung stellen, falls diese sie nicht finden können (geeignete Kandidaten der Dalit-Christen).

Die Not der irakischen Christen, die Corona-Krise und die Perspektivlosigkeit

Gerhard Arnold



Evang. Theologe aus Kempten im Allgäu, Jahrgang 1948, verheiratet, 27 Jahre im gymnasialen Schuldienst tätig gewesen, seit 20 Jahren wissenschaftlicher Publizist auf dem Gebiet der christlichen Friedensethik und der neuesten kirchlichen Zeitgeschichte. Zahlreiche Monografien und Aufsätze. Seit 2012 intensive Beschäftigung mit der Christenverfolgung im Nahen und Mittleren Osten. Gastmitglied in der AG Christenverfolgung des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik der CDU. Seit vielen Jahren politisch tätig im Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der CSU.



Sehr schwierige politische und wirtschaftliche Lage

Wer aus dem politisch weithin ruhigen, wenngleich gegenwärtig tief besorgten Deutschland in den Irak blickt, kann sich die Nöte der dortigen Christen nicht vorstellen. Diese Nöte decken sich vielfach mit denen der normalen Bevölkerung. Die wirtschaftliche Lage ist schlimm und die Arbeitslosigkeit hoch. Die Klagen der Menschen, der Christen und Muslime, richten sich auf skrupellose, korrupte und machtgierige Politiker, die sich in erster Linie ihrem politisch-religiösen Klientel verpflichtet fühlen. Die übliche englische Bezeichnung heißt sectarianism. Man meint damit die Aufteilung der politischen Lager entlang religiöser Trennungslinien. Sunniten und Schiiten sind zu gemeinsamer Politik weithin unfähig. Die Kurden haben ihre eigene Selbstverwaltungszone im Nordosten des Landes und wollen in Bagdad ebenfalls mitspielen.

Die politischen Gruppierungen im Irak mit ihrer Politik des „sectarianism“ sind in den 17 Jahren seit Ende der Saddam-Herrschaft nicht imstande gewesen, für Wirtschaftswachstum zu sorgen und das Grundübel aller arabi-

schen Gesellschaften neben der Korruption, nämlich die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere der jungen Menschen anzupacken. Bei den grundlegenden Dienstleistungen herrscht immer noch drückender Mangel: Eine passable Versorgung mit Strom und Wasser, verfügbare und leistungsfähige Gesundheitsdienste, ausreichend Schulen, dazu die nötigen Hilfen für Arme und Arbeitslose.

Christliche Auswanderung hält an

Politisch stark zersplittert sind die Christen. 13 politische Gruppierungen vertreten die ethnisch nicht einheitlichen christlichen Kirchen, deren konfessionelle Unterschiede sich auch im Verhältnis untereinander ungünstig auswirken. Bei realistischer Betrachtung leben von den zu Beginn der Saddam-Zeit (1979) geschätzten 1,3 Mio Christen aktuell (Anfang 2020) kaum mehr als 200.000 im Land. Die Ausblutung geht weiter.

Am Beispiel der einzigen römisch-katholischen Gemeinde in Bagdad kann man den christlichen Aderlass erkennen, weil verlässliche Zahlen vorliegen. Pater Nadheer Dako, der Gemeindepriester von St Joseph, erzählte einem Besucher zu Jahresbeginn 2020, dass zu seiner Gemeinde früher, vor 2003, etwa 5000 Familien gehört haben, also etwa 25.000 Gläubige. Aktuell seien aufgrund der Massenmigration der letzten zehn Jahre nur noch 150 Familien, also etwa 750 Mitglieder übrig geblieben. In der großen Kathedralkirche hätten etwa 1000 Menschen Platz, aber zum sonntäglichen Gottesdienst würden noch etwa 25 Besucher kommen, aus Angst. Bagdad könne schnell ein Brennpunkt für neue politisch-religiös motivierte Gewalt werden, meinte der Priester, auch wenn sich die Sicherheitslage in der Stadt etwas verbessert habe. Vor zehn Jahren sollen in Bagdad noch rund 100.000 Christen gelebt haben, gegenwärtig mögen es zwischen 10.000 und 20.000 sein. Acht katholische Kirchen wurden 2018 mangels Bedarf geschlossen.

Destruktiver politischer und wirtschaftlicher Einfluss des Iran

Zu den innenpolitischen Problemen gesellt sich ein weiteres Konfliktfeld, das die Menschen im Alltag auf Schritt und Tritt sehen: Der große politische und wirtschaftliche Einfluss des Problemnachbarn Iran. Der Iran ist mit ca. 150.000 Mann verschiedener schiitischer Milizen im Land präsent, die auf

das Kommando der iranischen Revolutionswächter hören. Das Bemühen der irakischen Regierung, diese Milizen in das Organisationsgefüge der irakischen Nationalarmee zu integrieren, ändert daran wenig.

In der Ninive-Ebene leiden die Christen, aber auch die Jesiden, unter dem eigenmächtigen Agieren dieser Popular Mobilisation Forces (PMF), wie diese Milizen zusammenfassend genannt werden und üben faktisch regional eigene staatsähnliche Herrschaft aus. Das zeigt sich in ihren zahlreichen Checkpoints, die die Bewegungsfreiheit auch der Christen einschränken, in willkürlicher Wegnahme christlicher Häuser und Grundstücke. Die Kleinstadt Bartella war vor der Eroberung durch den „Islamischen Staat“ im August 2014 ein christlicher Ort. Doch dort wollen seit einigen Jahren die schiitischen Kräfte zusammen mit den Schabaks, eine Minderheit, oft als schiitisch bezeichnet, ein Exempel statuieren. Zurückkehrenden Christen zeigt sich ein inzwischen mehrheitlich von Schabaks besiedelter Ort mit schiitischen Schulen, die nach dem iranischen Revolutionsführer Khomeini benannt sind. Die Christen sind den neuen Herren unerwünscht. Aber wer sollte ihre Rechte wahrnehmen, wenn die Zentralregierung weit weg ist und sich um die Christen nicht kümmert? Die sehr schwierige wirtschaftliche Lage und das ungelöste Sicherheitsproblem bedrückt die dortigen Christen am meisten, wie aus Berichten hervorgeht.

Der syrisch-katholische Erzbischof Yohanna Petros Mouche, zuständig für den ganzen Nordirak, sagte am 27.02.2020 dem America Magazine: „Solange die Präsenz und der Einfluss des Iran im Irak und insbesondere in der Ninive-Ebene bestehen bleiben, besteht die Gefahr weiterer Probleme und Schwierigkeiten bei der friedlichen Koexistenz mit unseren Nachbarn“.

Politischer Stillstand im Land und die Straßenproteste

Das politische Desaster und die trostlose wirtschaftliche und soziale Lage hat nach ersten Protesten v.a. der jungen Bevölkerung im Jahr 2018 seit dem 1. Oktober 2019 zu massiven und dauerhaften Anti-Regierungsdemonstrationen zunächst in Bagdad, dann in allen großen Städten im Land geführt. Den Ton geben v.a. Studenten an, aber ohne nennenswerte Organisation. Die jungen Menschen, die Bevölkerungsmehrheit, protestierten jenseits der religionspolitischen Lager für einen totalen Austausch der korrupten politischen Führungskräfte. Ihr Zentrum in Bagdad war der Tahrirplatz im Stadtinnern, wo sie Camps aufbauten und sich auf eine lange Protestdauer einrichteten. Sie forderten auch Neuwahlen nach einem neuen System. Von Anfang an

haben sich zahlreiche Christen an den Straßenprotesten und Umzügen beteiligt, teilweise mit Nutzung christlicher Symbole. Das brachte ihnen nicht nur Beachtung, sondern auch viele Sympathien von Muslimen ein.

Reverend Joseph Francis, der Präsident der Christian Alliance Churches im Irak, solidarisierte sich ebenfalls mit den jungen Menschen: „Die Krise hat unsere Herzen als Gläubige wachgerüttelt, so dass wir für unsere kostbare Nation beten. Wir ermutigen alle Gläubigen, für uns zu beten. ...Wir stehen eng zu den Demonstranten und verfolgen die Ereignisse genau. Wir bieten Hilfe an, Unterstützung, Liebe und die Botschaft von Jesus Christus.“ Am 27. Oktober 2019 drückten Christen aus der Ninive-Ebene ihre Solidarität mit ihren Gefährten in Bagdad aus und bedauerten, nicht mit ihnen demonstrieren zu können. Der schon genannte syrisch-katholische Erzbischof Mouche, für seine deutlichen Worte bekannt, sagte dem katholischen Hilfswerk *Kirche in Not*: „Es ist gerecht und angemessen, dass die Unterdrückten und andere, denen ihre Rechte entzogen sind, demonstrieren - vorausgesetzt, sie werden angehört und respektiert. Dies ist im Irak nicht der Fall. Es gibt keine Regierung, keinen Respekt vor der menschlichen Person, und die Menschen können diese Umstände nutzen, um sich an anderen zu rächen.“ Die chaldäisch-katholische Kirche schaltete sich früh in die öffentlichen Auseinandersetzungen ein. Patriarch Sako besuchte Ende Oktober 2019 verletzte Demonstrationen im Krankenhaus, aber auch das Protestlager in der Innenstadt. Er sagte: „Wir appellieren an das Gewissen der irakischen Regierungsverantwortlichen, ihrer Bevölkerung ernsthaft zuzuhören, die sich über die derzeitige miserable Situation, die Verschlechterung der Dienstleistungen und die Ausbreitung der Korruption beschwert.“

Einen kleinen Erfolg erzielte die Protestbewegung, als Ministerpräsident Abdel Mahdi am 29.11.2019 zurücktrat, aber als geschäftsführender Regierungschef im Amt blieb. Auslöser waren nicht nur die Straßenproteste, sondern auch die vielen getöteten Demonstranten, Opfer brutaler Polizeigewalt und gewalttätiger schiitischer Gruppen, wofür er verantwortlich gemacht wurde. Bis zum Frühjahr 2020 kamen rund 550 Protest-Teilnehmer durch Polizei- und andere Gewalt zu Tode und zigtausende wurden verletzt.

Der Erzbischof von Erbil, Bashar Warda, hat sich am 2. Januar 2020 für die Einheit des Irak ausgesprochen, der die Rechte aller respektiert, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit oder Religion.

Auch der chaldäisch-katholische Erzbischof von Basra im Südirak, der zweitgrößten Stadt des Landes, Monsignore Alnaufali Habib Jajou, stand ganz auf der Seite der vielen Demonstranten, weil die gegenwärtige Lage nach seinen Worten eine Katastrophe ist. In einem so schwierigen Kontext versorge die Kirche die Demonstranten Woche für Woche mit Nahrung und Unterkunft. Er ist überzeugt: „Das Land muss seine Infrastruktur wieder auf-

bauen und die Verfassung reformieren und die konfessionelle Logik loswerden, die in den letzten Jahren ernsthaften Schaden angerichtet hat. .. Die neue Generation ist wütend wegen der hohen Arbeitslosigkeit, des Mangels an Wohnraum und Bildung, des minderwertigen Gesundheitssystems, dies in einem Land, das Milliarden an Öleinnahmen verdient.“

Iranisch-amerikanische Konflikte eskalierten

Die heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen wurden verschärft, nachdem sich seit dem Sommer 2019 die iranisch-amerikanischen Spannungen nach massiven militärischen Gewaltaktionen des Iran im Gebiet des Persischen Golfes und darüber hinaus gesteigert hatten. Von US-Truppen im Irak mitbenutzte Stützpunkte wurden am Jahresende 2019 von proiranischen Kräften mit Raketen angegriffen, auch die US-Botschaft in Bagdad.

In dieser Situation hat der chaldäisch-katholische Patriarch Kardinal Sako am 2. Januar 2020 den Wunsch geäußert: „Wir sind ehrlich gesagt müde von allem, was in unserem Land passiert ist. Wir wollen in Frieden, Sicherheit und Würde leben.“ Im Blick auf die militärischen Auseinandersetzungen zwischen proiranischen Milizen und der US-Luftwaffe sagte er: „Es ist wichtig, vor jedem Krieg in der Region zurückzuschrecken, und ich fordere alle auf, vernünftig und weise zu sein, um Konflikte zu vermeiden, die uns nicht dabei helfen, die Souveränität des Landes zu wahren und das Leben seiner Bürger zu schützen.“

Stunden später erfolgte die Tötung des iranischen Generals Soleimanis durch eine US-Kampfdrohne in Bagdad, die die Menschen von einer Stunde zur anderen einer weiteren Konflikteskalation ausgesetzt hat. Von der schiitischen Bevölkerung auch im Irak verehrt, löste sein plötzlicher Tod eine große Trauer und eine Empörungswelle gegenüber den USA aus. Alle politischen Lager waren von der Befürchtung erfüllt, es könne auf irakischem Boden nun ein großer militärischer Schlagabtausch zwischen dem Iran und den USA stattfinden und die ganze Region in Brand setzen. Diese Sorge teilten auch alle westlichen Länder und die vielen Hilfsorganisationen im Westen, die den irakischen und mittelöstlichen Christen eng verbunden sind.

Der chaldäisch-katholische Erzbischof von Kirkuk (Kurdengebiet) sagte am 06.01.2020 der katholischen Nachrichtenagentur CNS in den USA: „Wir haben in den Weihnachtstagen um Frieden auf Erden gebetet, und der Zeitpunkt dieser Rache durch Amerika macht uns große Sorgen im Blick auf das, was passieren wird.“ Sein Amtsbruder in Erbil, Erzbischof Warda, schrieb am 09.01.2020 in einer Erklärung u. a.: „Die gegenwärtigen Spannungen bedrohen ernsthaft die Zerschlagbarkeit der Gemeinschaften, die vom Krieg

und seinen tragischen Folgen genug haben. Sie haben immer wieder viel zu viel gelitten und können nicht länger einer unbekanntem Zukunft ins Gesicht sehen. Sie brauchen die Gewissheit, Beruhigung, Hoffnung und den Glauben, dass der Irak ein friedliches Land sein kann, in dem man leben kann, anstatt Opfer und endloser Kollateralschaden zu sein. Als Führer der Kirche werden wir immer dem Weg Gottes folgen, um Frieden, Versöhnung, gegenseitigen Dialog und nicht Konflikte zu suchen.“

Der befürchtete Flächenbrand in diesem iranisch-amerikanischen Konflikt blieb aber glücklicherweise aus.

Das jüngste Drama: Die Coronakrise

Als ob die geschilderten alten und neuen Konflikte, die politischen Unruhen und die zu Jahresbeginn 2020 weiterhin ungelöste Regierungsbildung im Land noch nicht genug wären, genug auch für die Christen als besonders verwundbare Gruppe, erreichte das Corona-Virus auch den Irak, höchstwahrscheinlich verursacht durch den regen Reise- und Pilgerverkehr mit dem Iran, dem Endemiezentrum des Mittleren Ostens.

Der Kirchliche Pressedienst *Asia News* berichtete erstmals am 28.02.2020 u. a., dass das chaldäisch-katholische Patriarchat seine Priester und Pfarrgemeinden zu Vorsichtsmaßnahmen wegen Corona aufgefordert hat. Weihwasserbecken wurden wie gleichzeitig im Hl. Land stillgelegt und der Kommunionempfang sollte ab sofort nur noch in die Hand erfolgen. Von Begrüßungsküssen und Händehalten in den Gottesdiensten wurde abgeraten. Das Patriarchat rief „zu Gebeten zu Gott auf, er möge unser Land und die ganze Welt beschützen.“ Bereits wenige Tage später, am 3. März 2020, verschärfte Patriarch Sako die Vorsichtsmaßnahmen und sagte mit sofortiger Wirkung alle Sonntags-Gottesdienste in Bagdad bis auf weiteres ab, nicht aber die weniger besuchten täglichen Messen. Die Absage galt auch für Hochzeiten und Begräbnisse. Zwei Tage später verbot der oberste schiitische Geistliche des Irak, Groß-Ayatollah Ali al-Sistani, bis auf weiteres alle Freitagsgebete im Land, dazu auch die Religions-Kurse in der heiligen Stadt Nadschaf, was innerschiitisch auch Widerspruch fand. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Irak allerdings erst 35 bestätigte Coronafälle und zwei Tote, Zahlen, die viele als zu niedrig einschätzten.

Mitte März 2020 entschloss sich die geschäftsführende Regierung in Bagdad zu den gleichen Notmaßnahmen wie in den arabischen Nachbarländern: Einstellung des Flugverkehrs, Schließung der Grenzen, Schließung der Schulen, Universitäten und vorläufig befristete Ausgangssperre in der Hauptstadt bis zum 24. März. Weihbischof Shlemon Warduni, die rechte Hand von Pat-

riarch Sako, sagte am 16. März zu Asia News, im Irak habe man Krieg erlebt und religiöse Gewalt, aber noch niemals eine solch harte Ausgangssperre wie die gerade verhängte. Die irakische Bevölkerung sei sich der ernststen Gefahr bewusst. „Es herrscht eine Atmosphäre der Angst, die Menschen sind in Unruhe und aus diesem Grund ist es wichtig zu versuchen, Mut zu vermitteln, besonders jetzt, wo sie die Kirchen, Moscheen und Schulen geschlossen sehen.“

Umstellung des kirchlichen Lebens

Die vorläufige Einstellung aller Gottesdienste in Bagdad bedeutete für die praktizierenden Katholiken, dass sie die für sie verpflichtenden sonntäglichen Messen, aber auch die täglichen Messen, nicht mehr besuchen konnten. Wie in vielen anderen Ländern im arabischen Raum von katholischen Bischöfen gehandhabt, entschied Patriarch Sako, dass er sich der modernen sozialen Medien bedienen wolle, um die Gemeinschaft mit Gläubigen aufrecht zu erhalten. Ab sofort hielt er jeden Morgen eine gottesdienstliche Feier ab und ließ sie als Direktübertragung über Facebook ausstrahlen. Er forderte alle auf, sich im Gebet zu vereinen, um so die dunkle Wolke, die die Welt einhülle, aufzulösen.

Am 17. März 2020 kamen in seinem Amtssitz aufgrund seiner Einladung die anderen chaldäisch-katholischen Bischöfe mit Sitz in Bagdad, sowie weitere befreundete Oberhirten anderer Konfessionen zusammen, um die Herausforderungen durch die Coronakrise zu erörtern. Laut Bericht, der auf der Website des Patriarchats veröffentlicht wurde, forderten sie auch die politischen Blöcke im Land auf, angesichts wiederholter Krisen „die Interessen des Irak und der Bürger über alle anderen Überlegungen zu stellen, und wir fordern sie auf, die Bildung einer starken nationalen Regierung zu beschleunigen, die das Ansehen des Staates auferlegt und seine Souveränität, Sicherheit und seinen Wohlstand beibehält und vorzeitige und faire Wahlen zur Bildung einer neuen Regierung sicherstellt, die die vom Volk geforderten Reformen annimmt.“ In einer Mitteilung vom Folgetag rief er die Gläubigen dazu auf, die staatlichen Vorsorgemaßnahmen strikt zu beachten. Man erlebe „einen tragischen und schwierigen Augenblick“, wobei die Zahl der Opfer beständig zunehme. Das Coronavirus verursache einen schweren Schaden am wirtschaftlichen und sozialen Leben und verbreite Panik und Angst. Er wies darauf hin, dass es für die Corona-Toten – gemeint sind wohl die christlichen Opfer – keine öffentlichen Messen oder Begräbnisfeiern gebe. Der Sarg werde in die Kirche gebracht. Im kleinen Kreis spreche der Priester ein Gebet und dann komme der Weg zum Friedhof. Gemeint war sicher der kirchliche

Friedhof, denn nach vorliegenden Berichten haben Landesbewohner zuweilen die Bestattung von islamischen Corona-Toten auf muslimischen Friedhöfen mit Gewalt verhindert, wohl aus Furcht vor Ansteckung. Patriarch Sako schrieb, die öffentliche Totenmesse für die christlichen Corona-Opfer könne später nachgeholt werden.

Christliche Feiern in der Karwoche

Am 28. März wandte sich Patriarch Sako auf seiner Website an die Gläubigen: „Geliebte, es ist für einen Vater (Patriarch, Bischöfe und Priester) so schmerzhaft, Teil seiner Herde zu sein (Diözese und Pfarrgemeinden), insbesondere, da wir uns darauf vorbereiten, die Auferstehung Jesu Christi zu feiern. Aber wir müssen unsere Feierlichkeiten ‚anpassen‘ um diesen außergewöhnlichen Umständen zu entsprechen. ... Während dieser Fastenzeit werden wir die Messe in unseren Kirchen trotz der Abwesenheit von Gläubigen weiter feiern. Die meisten dieser Messen werden über soziale Medien geteilt (Live-Übertragung). ... Gemeindepriester sollten ihre Leute auch dazu erziehen, sich bewusst zu sein, dass sie durch falsche Interpretationen getäuscht werden, z.B. ob das Coronavirus eine Gnade oder eine Bestrafung ist. Tatsächlich ist es weder dies noch das, wie der Apostel Jakobus sagte: ‚Gott versucht niemanden‘ (1/13).“ Der Patriarch gab den Familien überdies detaillierte Empfehlungen, wie sie zu Hause einen Raum für die verschiedenen Tage der Karwoche entsprechend religiösem Brauch herrichten können.

Christliche Bauern in der Ninive-Ebene

Während in Bagdad christliche Händler unter dem Stillstand des öffentlichen Lebens, damit auch von Handel und Gewerbe, leiden, sind christliche Bauern in der Ninive-Ebene mit vergleichbaren Problemen konfrontiert. Humanitäre Organisationen können zwar in dem Gebiet weiterhin tätig sein, aber die Unterbrechung des Transportwesens blockiert z.B. die Futtermittelversorgung für die Tiere der Bauern, aber auch von anderen wichtigen landwirtschaftlichen Gütern. Zudem war die Reparatur und der Neubau von Häusern in den vom „Islamischen Staat“ verwüsteten christlichen Orten ins Stocken geraten.

Das Pfingstfest und die Gaben des Geistes in der Coronakrise

Im Blick auf den Fastenmonat Ramadan nahm die Zentralregierung vom 21. April bis 22. Mai 2020 gewisse Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Geschäftswelt zurück, z. B. die Ausgangssperre tagsüber. Doch Moscheen und Kirchen blieben weiterhin geschlossen. Mit großer Beharrlichkeit verteidigte Patriarch Sako in Bagdad am 18. Mai angesichts der großen Gefahr durch Corona die weitere Stilllegung des öffentlichen Lebens. Es seien in Bagdad auch Christen an der Krankheit gestorben. Man brauche jetzt Geduld.

Vor dem Pfingstfest veröffentlichte er eine Meditation über die Ankunft des Hl. Geistes. Er schrieb, die Jünger Jesu in Jerusalem haben sich nach Jesu Tod und Auferstehung aus Angst vor Verfolgung in einem Haus versteckt, vergleichbar der Einschließung der Christen im Irak aus Angst vor dem Coronavirus. Aber an Pfingsten ist für beide der Hl. Geist gekommen. „Er übertrug sie von einer Situation der Besorgnis und Angst in eine Situation der Gaben und der Vorbereitung auf die Mission.“ Die Wochen des social distancing hätten zwar vielen Angst gemacht, aber er, Sako, habe beobachtet, „dass viele zum Glauben zurückkehren und an der christlichen Spiritualität, am Gebet und am Fasten im Dienste der Nächstenliebe festhalten. Wir sind uns der Hunderte von Kommentaren zum Patriarchat auf Facebook bewusst, aus denen wir die Messe in dieser schwierigen Zeit verbreiten. Wir erkennen, dass es eine häusliche Kirche gibt, die reift, im Glauben und Engagement Wurzeln schlägt und den Wunsch nach Zugang zur Gemeinschaft und zur Wiedereröffnung von Kirchen wie in der Vergangenheit zum Ausdruck bringt. Und wir als Ortskirche bereiten uns mit großem Ernst auf diesen Schritt vor.“ Für die Herrscher der Welt sei das Coronavirus „eine günstige Gelegenheit, die menschliche Solidarität zu verbessern und eine neue Weltordnung zu schaffen, in der es mehr Barmherzigkeit, Liebe, Frieden, Respekt und angewandte Gerechtigkeit gibt.“

Was Patriarch Sako zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen konnte: Ende Mai 2020 schnellte die Zahl der Corona-Toten insbesondere in Bagdad wieder nach oben, was eine Verlängerung der Ausgangsbeschränkungen und der Verbote öffentlicher Gottesdienste für weitere Wochen nach sich zog.

Zwei Jahre politischer Stillstand sind vorbei

Kardinal Sako wurde schon länger in einer wichtigen politischen Angelegenheit des Irak von schweren Sorgen geplagt. Es war der politische Stillstand im Land seit den Parlamentswahlen im Mai 2018. Am 23.04.2020 wandte er sich in einem sehr deutlichen, ja scharfen Appell an die politischen Entscheidungsträger des Landes und sagte u. a.:

„Der Irak wird seine Angelegenheiten regeln, wenn eine nationale Regierung kommt, die Erfahrung und Aufrichtigkeit hat, Menschen, die für ihre Integrität, ihren Patriotismus, ihre Unparteilichkeit und Loyalität bekannt sind, Menschen ohne persönliche oder sektiererische (sectarian) Ambitionen oder verdächtige Absichten, Menschen, die ihre Anstrengungen unternehmen, um ein Land wieder auf die Beine zu bringen und seinen Kindern zu dienen, und wenn die sektiererische Mentalität und Quotenkultur endet, diese Epidemie, die den Körper des Irak zerstört. Das ist ein Traum; Wir hoffen, dass es wahr wird.“

Kurz danach keimte erste Hoffnung. Rund zwei Jahre nach der letzten Parlamentswahl im Juni 2018 konnte ein neuer Ministerpräsident nach mehreren fehlgeschlagenen Anläufen sein Amt antreten und damit eine Zeit politischer Lähmung beenden. Am 7. Mai bekam Mustafa al-Kadhimi eine parlamentarische Mehrheit und konnte drei Viertel seiner Minister ebenfalls ernennen. Auch die Christen im Irak litten unter der langen Zeit von innenpolitischem Chaos, in dem sich öffentliche Gewalt krebsartig ausbreitete.

Patriarch Sako zeigte sich nach der Wahl des neuen Ministerpräsidenten erleichtert. „Wir stehen vor dem Beginn einer neuen Phase für das Land und die Bildung dieser neuen Regierung ist Hoffnung für uns alle“. Er meinte, dass al-Kadhimi „ein ehrlicher Mann ist, der an keine politische Partei gebunden ist“ und mit dem es immer einen guten Dialog gegeben habe. Am 22. Mai beklagte er aber, dass die Christen im Land keine wirkliche politische Vertretung haben. Denn die fünf Sitze im Parlament, die für Christen bestimmt sind, würden nicht an einzelne Christen vergeben, sondern über Parteilisten besetzt werden.

In der neuen Zentralregierung wurde jedenfalls ein Ministeramt einer christlichen Politikerin anvertraut. Evan Faeq Yakoub Jabro ist zuständig für Migrationsfragen und Binnenvertriebene.

Die neue Regierung steht allerdings vor einer zusätzlichen Herausforderung, die ihren Handlungsspielraum erheblich einengt. Das Ölexportland Irak verfügt durch den Zusammenbruch des Ölpreises im Gefolge der Coronapandemie über deutlich weniger Einnahmen als bisher. Das Land steht am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Woher soll der Staat das Geld für die lau-

fenden Gehälter, Pensionen und Renten der Staatsbediensteten nehmen? Die große Armut im Land wird vermutlich weiter zunehmen und auch das Leben der Christen weiter erschweren.

Die Tragödie der Christen im Irak am Beispiel von Mossul

Mossul war einmal die zweitgrößte Stadt des Irak. Sie war auch multireligiös, aber religionstolerant wie die nordsyrische Handelsmetropole Aleppo ist sie schon lange nicht mehr gewesen. Am Schicksal der Christen in Mossul kann man wie in einem Brennglas die Nöte der irakischen Christen bis zum heutigen Tag ablesen und nachvollziehen, warum ihre Auswanderung ungebremst weitergeht. Es wird auch sichtbar, wie sich äußere Hoffnungszeichen und bleibende düstere Realität gegenüberstehen.

Schon kurz nach der Beseitigung des Saddam-Regimes 2003 im Irak begann der islamische Fundamentalismus, sich in Mossul einzunisten. Im Dezember 2004 begann eine Serie von Gewaltmaßnahmen gegen die Christen. Auf Bombenanschläge folgte die Entführung des syrisch-katholischen Bischofs Basile Georges Casmoussa im Januar 2005. Im Januar 2008 wurde der chaldäisch-katholische Erzbischof Faraj Rahho entführt, drei Begleiter dabei erschossen und er selber später ermordet. Der syrisch-katholische Erzbischof Mouche verließ 2010 wegen der zunehmenden Gewalt, der Morde an Christen und der vielen Bedrohungen entmutigt die Stadt und bezog in seinem Geburtsort Qarqosh, 20 Kilometer südwestlich gelegen, einen neuen Amtssitz. Der Terror zeigte Wirkung, tausende Christen verließen die Stadt, zumal die Zentralregierung untätig blieb, eine Erfahrung, an der sich bis heute im Nordirak nichts geändert hat.

Im Juni 2014 konnte der „Islamische Staat“ Mossul praktisch kampflos einnehmen, weil sehr viele muslimische Bewohner mit ihm schon vorher paktiert haben. Die letzten wenigen tausend Christen in der Stadt suchten in den folgenden Wochen das Weite, nachdem sie vorher von der Terrormiliz komplett ausgeplündert worden sind und alte Nachbarn schon darauf warteten, sich am christlichen Eigentum zu bereichern. Diese Erfahrung fraß sich in den Herzen der geflohenen Christen fest.

Im Juli 2017 wurde Mossul von der internationalen Anti-IS-Koalition unter maßgeblicher Beteiligung von US-Kräften befreit. Kann die Stadt wieder ein multireligiöses und multiethnisches Zentrum werden, eine Stadt, in der Christen, Jesiden, Kurden usw. in Eintracht zusammenleben? Wenig spricht dafür. Eine weitgespannte Versöhnungsarbeit wäre dazu nötig, zu der die Bischöfe bereit wären. Aber zerstörtes Vertrauen lässt sich kaum reparieren. West-Mossul ist zum größten Teil zerstört und der äußere Aufbau geht nur

mühsam voran. „IS“-Zellen sind immer noch im Untergrund aktiv. Einige dutzend christliche Familien haben es in den letzten Jahren gewagt, in ihre Heimatstadt zurückzukehren, mehr nicht. Die Mehrzahl der Flüchtlinge, sofern nicht schon im westlichen Ausland, sehen keine Perspektive mehr in der Stadt. Manche sind aus dem Kurdengebiet in umliegende christliche Dörfer zurückgekehrt und gehen nach Mossul nur zur Arbeit. Aber die Nacht ist für die Christen in der Stadt zu gefährlich. Auch die vielen christlichen Studenten an der Universität wohnen außerhalb.

Es gibt äußere Zeichen der Hoffnung, Ausdruck des kirchlichen Willens, Mossul, aber auch die Ninive-Ebene als uralte Heimstätte des Christentums nicht aufzugeben. Najib Mikhael Moussa wurde im Januar 2019 zum neuen chaldäisch-katholischen Erzbischof von Mossul geweiht, der allerdings nur einmal pro Woche seine Bischofsstadt besucht, ein Umstand, der vieles besagt. Im August 2019 sagte er einer englischen Kirchenzeitung: „Wir haben 1400 Jahre mit den Muslimen zusammen gelebt. Das lag daran, dass wir Zugeständnisse gemacht und als Bürger zweiter Klasse, als Dhimmi [=Schutzbefohlene] gelebt haben. Dies gilt heute nicht mehr, weil die muslimischen Nachbarn die Christen in dem Land, in dem wir seit 2000 Jahren leben, als minderwertig ansehen. Wir verwenden immer noch Aramäisch, die Sprache unserer Vorfahren. Es ist schwer empfinden zu müssen, dass man im eigenen Land nicht willkommen ist.“

Vor Ort ist ein einziger Priester tätig, der sich um seine Mini-Gemeinde kümmert, ein Zeichen mutiger kirchlicher Selbstbehauptung, aber mehr auch nicht.

Zwei weitere äußere Hoffnungszeichen gingen sogar durch internationale Medien. Die Vereinigten Arabischen Emirate, die sich seit einigen Jahren als Welthauptstadt der Toleranz und des friedlichen Zusammenlebens vieler Kulturen präsentieren, haben 2019 mit der Kulturorga­nisation der UNO, der UNESCO, eine Vereinbarung geschlossen. Es geht um die Wiederherstellung von zwei für die Christen – früher – wichtigen Kirchen und die Finanzierung durch die VAE. Die syrisch-katholische Al Tahera-Kirche ist weitgehend zerstört. Nur die Außenmauern des Längsschiffes stehen noch. Der äußere Baukörper der römisch-katholischen ‚Our Lady of the Hour Church‘ ist wenig beschädigt, das Kircheninnere aber verwüstet. Es war ein Hoffnungszeichen, dass in ihr am 28.02.2019 nach vielen Jahren erstmals wieder ein Gottesdienst gefeiert wurde, eine ‚Messe für den Frieden‘ mit hochkarätiger kirchlicher Besetzung. Rund 50 Mio US-\$ wollen die Golfemirate für die Wiederherstellung ausgeben, eine klug gewählte Werbe- und Selbstvermarktungsaktion, die auch den Wiederaufbau der zerstörten Al-Nur-Moschee einschließt. Doch wer soll die beiden Kirchen später einmal nutzen? Werden sie mehr sein als ein Erinnerungsposten in der Stadtgeschichte?

Am 27.03.2020 bekräftigte Erzbischof Mouche seine Grundhaltung:

„Denen, die das Land verlassen wollen, sage ich, dass das ihre Angelegenheit ist. Was aber mich betrifft, so bleibe ich lieber hier und möchte, dass auch die Gläubigen bleiben, um das Christentum zu bezeugen und dem Erbe unserer Vorfahren treu zu bleiben.“

Die saudische Medienplattform Al Arabiya (Dubai) schrieb am 17.05.2020 sehr einsichtig: „Die Rückkehr der Christen Mossuls hängt von vielen Faktoren ab, die mehr sind als der Besitz eines Gebäudes für den Gottesdienst. Sie schließt Sicherheit ein, grundlegende Einrichtungen – gemeint ist wahrscheinlich eine ordentliche staatliche Grundversorgung – eine hochwertige Ausbildung und wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeiten.“

Wenn sich diese Rahmenbedingungen in Mossul und im ganzen Irak nicht deutlich verbessern, dann werden gerade um der eigenen Kinder willen weiter viele Familien den Irak verlassen, wie schon sehr viele Bagdad, das frühere Zentrum des irakischen Christentums verlassen haben. Dem Land würde dann eine sehr wichtige Komponente der Gesellschaft fehlen, die friedentiftenden, mäßigenden, ausgleichenden, gebildeten Christen-Menschen, auch die älteste Bevölkerungsgruppe des Landes.

Papstbesuch in Japan

Römisch-katholisch und versteckt christlich

Patrick Welter

Geboren 1965 in Neheim-Hüsten. Studien- und Forscherjahre in Aix-en-Provence, Köln und Fairfax. Abschluss als Diplomvolkswirt, Universität zu Köln. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am wirtschaftspolitischen Seminar der Universität zu Köln. Seit den achtziger Jahren nebenberuflich als freier Journalist und als Fotograf tätig. 1995 Wechsel in den hauptberuflichen Journalismus, zunächst beim „Handelsblatt“. 2002 Eintritt in die Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. 2007 Korrespondent mit Sitz in Tokio. 2010 wirtschaftspolitischer Korrespondent in Washington. Seit März 2015 wieder Korrespondent in Tokio.



Quelle: Patrick Welter: Pasptbesuch in Japan. Römisch-katholisch und versteckt christlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. November 2019, unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/papstbesuch-in-japan-atomwaffen-und-versteckte-christen-16499029.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Franziskus besucht an diesem Samstag Japan – dabei wird es nicht nur um Atomwaffen gehen, sondern auch um die Jahrhunderte andauernde Unterdrückung der katholischen Kirche im Land und ihre „versteckten Christen“.

Behende steigt der alte Mann den steilen Abhang herauf. Mit seinen 79 Jahren hat Takaharu Matsukawa einen Wanderstock ergriffen, doch sein Tritt ist fest und sicher. Zwischen den Bäumen scheint die Abendsonne auf einen Schrein, der gewöhnlicher nicht aussehen könnte. Zwei Steinlaternen vor dem Eingang, eine Schiebetüre, Blumen, Räucherstäbchen und die in Nagasaki allgegenwärtigen bunten Papierkraniche als Symbol des Friedens. Ungewöhnlich ist der steinerne Gedenkstein in dem Gebäude.

„Es sieht aus wie ein Schrein, aber tatsächlich ist es ein christliches Grab“, sagt Matsukawa. Begraben liegt hier San Juan oder japanisiert San Jiwan, ein portugiesischer Missionar. Wenig ist über ihn bekannt. Nachdem das Christentum verboten wurde, lebte San Juan versteckt auf dem Berg und küm-

merte sich bis zu seinem Tod um die Christen der Region, die am Glauben festhielten. Der Karematsu-Schrein in den Bergen über Sotome, einem Bezirk in Nagasaki, verbindet in harmonischer Weise das traditionelle Japan mit der christlichen Lehre. Als erster christlicher Missionar hatte 1549 der spanische Jesuit Franz Xaver japanischen Boden betreten.

250 Jahre brutal unterdrückt

Die Mission erzielte rasche Erfolge. Die Zahl der Christen wird für das frühe 17. Jahrhundert auf 300.000 geschätzt oder auf etwa drei Prozent der Bevölkerung, die Region um Nagasaki war eine der Hochburgen. Das Erlblühen des Christentums war Ergebnis einer klugen Mission, aber auch der Machtkämpfe lokaler Potentaten. Bekehrten die Feudalherren und damit zwangsweise auch ihre Untertanen sich zum Christentum, bedeutete das Handel mit dem westlichen Ausland und besseren Zugang zu Waffen. 60 bis 80 der Feudalherren bekannten sich in der Hochzeit zum Christentum. Doch was die Verbreitung des Glaubens förderte, führte bald zur brutalen Verfolgung. Die christlichen Feudalherren erschienen dem Shogun in Tokio, damals Edo, zunehmend als Gefahr. 1614 wurde das Christentum in ganz Japan verboten. Die Christen konvertierten unter Zwang zum Buddhismus oder hielten ihren Glauben unter Lebensgefahr verborgen.

Zweieinhalb Jahrhunderte lang galt das Christentum in Japan so als ausgestorben. Doch nach der Meiji-Restauration und der abermaligen Öffnung des Landes für Ausländer offenbarte sich 1865 eine Handvoll japanischer Christen in Nagasaki dem französischen Priester Bernard Petitjean. Japaner sprechen vom Wunder der Oura-Kirche, die Petitjean in Nagasaki im Ausländerviertel hatte bauen dürfen. 1873 wurde der christliche Glaube wieder erlaubt.

Doch bei weitem nicht alle der sogenannten „versteckten Christen“, die abgeschnitten von der offiziellen Lehre die Bräuche früherer Jahrhunderte beibehalten hatten, kehrten in den Schoß der katholischen Kirche zurück. Ein Teil von ihnen hielt am Glauben der Vorfahren fest. Anfangs waren es wohl einige zehntausend. Doch in der alternden Gesellschaft sei die Zahl bis heute auf 200 bis 300 geschrumpft, sagt Kentaro Miyazaki, ein Professor an der Junshin Catholic University in Nagasaki. Im vergangenen Jahr wurden zwölf Kirchen und historische Stätten rund um die „versteckten Christen“ von der Unesco zum Weltkulturerbe ernannt.

Wenn Papst Franziskus an diesem Wochenende nach Japan kommt, dürfte in Nagasaki und Hiroshima seine Botschaft einer atomwaffenfreien Welt die Medien dominieren. Doch erwartet wird auch, dass er über die versteckten Christen sprechen wird. Von Franziskus ist bekannt, dass er in seinen jungen

Jahren gerne Missionar in Japan geworden wäre. Am Sonntag wird er ein Mahnmal am Nishizaka-Hügel in Nagasaki besuchen, auf dem 26 Christen im Jahr 1597 hingerichtet wurden. In der Geschichte der Christen, die ihren Glauben trotz brutaler Unterdrückung für zweieinhalb Jahrhunderte beibehalten hatten, sieht er eine Lehre für die Gegenwart.

Christentum mit buddhistischen Elementen

Beim ersten Besuch eines Papstes in Japan 1981 setzte Johannes Paul II. ein Zeichen der Brüderlichkeit an die versteckten Christen, als er sie zur Messfeier einlud. Sotome ist mit noch etwa 100 Gläubigen eine der Hochburgen der versteckten Christen. Der Ort ist Schauplatz des Romans „Schweigen“ des Schriftstellers Shusaku Endo und des gleichnamigen Films von Martin Scorsese über die Christenverfolgung.

„Dreimal im Jahr treffen wir uns für eine Bet-Zeremonie bei mir zu Hause“, sagt Shigenori Murakami, der in Sotome in siebter Generation eine Gruppe „versteckter Christen“ leitet. Murakami fällt die Aufgabe zu, den Feiertagskalender fortzuschreiben. Zur Zeit der Missionierung folgte Japan noch dem Mondkalender, und die Übertragung der christlichen Feiertage erforderte einiges Können. Den örtlichen Erzählungen nach lernte Bastian, ein japanischer jesuitischer Laienprediger, im Jahre 1634 die Kunst von San Juan und gab das Wissen weiter. Bastian wurde später gefangen und umgebracht.

Mindestens in der Form übernahmen die versteckten Christen im Lauf der Jahrhunderte buddhistische Elemente. Die Vorfahren werden besonders verehrt, und wie die Buddhisten zelebrieren sie den ersten, dritten und siebten Jahrestag der Toten. An seinem Hausaltar betet der 69 Jahre alte Murakami vor einer buddhistischen Figur der Barmherzigkeit, die für die „versteckten Christen“ die heilige Jungfrau Maria repräsentiert und „Maria Kannon“ genannt wird. Zur Zeit der Verfolgung war das einer der Tricks, um den Glauben aufrechterhalten zu können. Versteckte Christen opfern wie Buddhisten auch den Ahnen. Für 15 Vorfahren füllt Murakami jeden Morgen je eine Tasse Tee am Hausaltar.

Zur katholischen Kirche zu wechseln kommt für ihn nicht in Frage. „Meine Vorfahren haben den Glauben für so lange Zeit weitergegeben. Ich möchte das in meiner Generation nicht beenden.“ Das Mit- und Nebeneinander der Religionen führt jedoch in einigen Fällen auch zu Gewissensqualen. Matsukawa vom Schrein in den Bergen war versteckter Christ in Sotome, bis seiner Gruppe von 80 Haushalten vor vierzig Jahren der Leiter starb und sich kein Nachfolger fand. Nach vielen Diskussionen beschlossen die Haushalte, sich geschlossen dem Buddhismus anzuschließen. Matsukawa hätte es besser ge-

funden, katholischer Christ zu werden. Er bedauert die Entscheidung noch heute. „Auf dem Land kann man sich der Gruppe nicht einfach entziehen.“ Vor dem Karematsu-Schrein murmelt Matsukawa ein Gebet, das hörbar mit Ave Maria beginnt und mit Amen endet. Lachend sagt er, die Zeilen dazwischen könne er aufsagen, aber er verstehe sie nicht.

Die Ängste japanischer Christen

„Mein Vater sagte immer verärgert, ich solle nicht zur Kirche gehen“, berichtet der protestantische Direktor des Museums der 26 Märtyrer in Nagasaki, Kazuo Miyata. Nie sei ihm der Grund für die Ablehnung klar gewesen. Doch ein Jahr vor seinem Tod habe der Vater ihm eingestanden, dass er selbst ein „versteckter Christ“ sei. Das war vor 25 Jahren. „Mein Vater hatte Angst um mich, weil die Diskriminierung der Christen auch nach dem Zweiten Weltkrieg andauerte“, sagt Miyata. Diese Angst stecke in der DNA japanischer Christen.

Umstritten ist, ob die versteckten Christen in den Jahrhunderten ohne priesterliche Anleitung Christen geblieben sind. „Sie sind weder versteckt noch Christen“, stichelt Miyazaki, der Professor, der nur noch einen japanischen Volksglauben mit christlichen Elementen sieht. Ein freundlicheres Bild zeichnet der Priester Hidenobu Kuzushima. Zwei Jahre war er in Sotome tätig und betreut jetzt die Nakamachi-Kirche in Nagasaki. Die versteckten Christen versuchten, durch ihre Zeremonien Gott zu erreichen, sagt Kuzushima. „Das respektiere ich, auch wenn sie der richtigen katholischen Lehre nicht folgen.“ Einmal im Jahr beten Katholiken, versteckte Christen und Buddhisten am Karematsu-Schrein in Sotome gemeinsam. „Miteinander beten geht, aber das Abendmahl teilen wollen die versteckten Christen nicht“, sagt der 56 Jahre alte Priester.

Mit dem Besuch von Johannes Paul II. 1981 verbindet der Geistliche zwei Erinnerungen. Als junger Seminarschüler sei er mit seinem Jahrgang für das persönliche Wohl des Papstes verantwortlich gewesen. Bei heftigem Schneetreiben habe der Papst im Februar die Messe im Freien gelesen. „Wir hatten Whisky vorbereitet, damit er sich wärmen konnte“, lacht Kuzushima. Den Erzählungen zufolge soll Johannes Paul II. einen mit heißem Wasser verdünnten Whiskey getrunken haben.

Dann wird der Priester ernst. Der damalige Papst habe auf das Bewusstsein der Menschen großen Einfluss gehabt. „Johannes Paul II. betonte, dass der Abwurf der Atombombe das Werk von Menschen gewesen sei“, sagt Kuzushima. Das habe den Menschen in Nagasaki geholfen zu verstehen, dass sie mit der Atombombe nicht für eine Art Ursünde bestraft worden seien.

Papst Franziskus besucht an diesem Samstag ein Land, in dem die Katholiken eine kleine Minderheit sind, auf dem Lande die Priester ausgehen und die Kirche geschwächt dasteht. Etwa 500.000 Christen gibt es in Japan, weniger als ein halbes Prozent der Bevölkerung. In manchen Gemeinden in den Großstädten helfen Philippinen oder Koreaner, die Reihen zu füllen. Manche Christen vermuten, dass hinter der Einladung an den Papst zu diesem Zeitpunkt eher der Wunsch von Ministerpräsident Shinzo Abe nach Glanz als ein echter Wille der katholischen Kirche Japans stehe.

Doch der Einfluss der Katholiken in Japan messe sich nicht nur an der Zahl der Gläubigen, erklärt Miyazaki von der Junshin Catholic University. Mit zahlreichen Kindergärten, Schulen und Universitäten hätten die Christen einen erheblich größeren Einfluss auf Erziehung und Ausbildung als Buddhismus oder Shintoismus. Japanische Eltern scheuten die monotheistische christliche Religion. Doch führe die kulturelle Sehnsucht nach dem Westen sie dazu, ihre Kinder in katholische Bildungsinstitutionen zu geben. Der christliche Geist und die christliche Philosophie seien in Japan gut verstanden und würden gelehrt, sagt Miyazaki. Als Beispiel nennt er die Hilfe Freiwilliger nach Erdbeben oder Überflutungen. „Das ist nicht Zeichen buddhistischer Barmherzigkeit, sondern das Ergebnis der Erziehung in christlichen Einrichtungen.“

Tief im Süden der Shimabara-Halbinsel, mehr als eine Autostunde von Nagasaki entfernt, liegt die gewaltige Hara-Burgruine. In der Ferne sieht man den Vulkan Unzen. Dort ließ der lokale Feudalherr versteckte Christen in siedend-heißen Quellen foltern, damit sie ihren Glauben widerriefen. Die Burgruine war letzter Zufluchtsort zehntausender christlicher Bauern und einiger ehemaliger Samurai, die gegen eine ausbeuterische Abgabenlast und gegen die Verfolgung der Christen rebellierten. Der Aufstand dauerte von kurz vor Weihnachten 1637 bis kurz nach Ostern 1638. Holländische Kaufleute unterstützen das Shogunat bei der Belagerung eher widerwillig mit Kanonenbeschuss und Munition. Die Rebellion endete mit einem Gemetzel in der Burg, bei dem angeblich fast alle der 37.000 eingeschlossenen Männer, Frauen und Kinder umgebracht wurden. Im Jahr danach schloss der Shogun das Land für Ausländer ganz. Nur noch die protestantischen Holländer durften in Nagasaki auf einer Insel Handel treiben.

Auf dem Plateau der Burganlage von Hara steht eine Statue des jugendlichen Anführers der Rebellion, Shiro Amakusa mit dem Taufnamen Hieronymus. In den japanischen Erzählungen erscheint er als Messias-gleiche Lichtgestalt und war vielleicht doch nur eine Marionette altgedienter Samurai. Der Amakusa der Statue trägt japanische Gewänder und die Schwerter eines Samurai, doch auf der Brust prangt ein Kreuz und die Hände sind zum Gebet gefaltet. Zu dieser Synthese japanischer Kampfkunst und christlicher Mystik wird der Papst in Japan sich nicht verirren.

Die österreichische Nationalrätin Gudrun Kugler im Einsatz gegen Christenverfolgung

Gudrun Kugler



NAbg. Dr. Gudrun Kugler, geboren 1976 in Gmunden, Oberösterreich, ist Juristin, Theologin, Mutter von vier Kindern, Unternehmerin und Politikerin. Seit 2017 ist sie Nationalratsabgeordnete sowie Menschenrechts- und Vertriebenensprecherin des ÖVP-Parlamentsklubs. Zu ihren Arbeitsbereichen gehören Menschenrechte, Religionsfreiheit, Vertriebene, Soziales, christliche Werte und Förderung der Familie. Hierbei bewegt sich ihr internationales politisches Engagement u. a. im Rahmen von EU, UNO und OSZE (Foto: © ÖVP intern).



Die Beiträge stammen von der Webseite von Gudrun Kugler (<http://gudrunkugler.at>) und wurden von Gudrun Kugler unter Verwendung von Meldungen der Katholischen Presseagentur KATHPRESS, Wien, Österreich, verfasst (<https://www.kathpress.at/site/home>), die mit freundlicher Genehmigung verwendet werden.

EU-Sonderbeauftragter Figel: Mehr tun gegen Christenverfolgung

Europa muss mehr tun, um die Verfolgung von Christen und anderen religiösen Minderheiten nicht nur anzuprangern, sondern auch zu verhindern und sich weltweit für Religionsfreiheit einzusetzen. Das hat der EU-Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit außerhalb der EU, Jan Figel, betont. Religions- und Glaubensfreiheit bilde den Kern der Menschenrechte insgesamt und biete einen Lackmustest für deren Achtung, sagte er am Montagabend in Wien. „Menschenwürde und Religionsfreiheit sind völlig miteinander verbunden“, betonte der frühere EU-Kommissar bei einer Veranstaltung in der Ungarischen Botschaft zum Thema Christenverfolgung. Weitere Hauptredner des Symposiums waren die OSZE-Sonderbeauftragte Ingeborg Gabriel und der ungarische Staatssekretär für die Hilfe verfolgter Christen, Tristan Azbej.



Podiumsdiskussion zum Thema Christenverfolgung in der ungarischen Botschaft (Foto: © Gudrun Kugler).

Das Leid der Verfolgten sickere zu langsam in das Bewusstsein der Menschen in Europa, kritisierten die Experten. „Tausende Menschen haben einen blutigen Preis für dieses Erwachen der Europäer bezahlt“, sagte Figel, etwa mit Blick auf das Blutvergießen und die „Märtyrertode“ von Christen in Syrien und im Irak.

Das Europaparlament habe 2016 die Christenverfolgung durch den Islamischen Staat (IS) als Völkermord anerkannt, erinnerte der EU-Sonderbeauftragte. Es sei aber wichtig, nicht nur im Nachhinein zu erklären, dass es einen Genozid gab, sondern Maßnahmen zu setzen, um solche Taten zu verhindern. Europa müsse hier eine einflussreichere Rolle einnehmen und sich langfristig verpflichten, unterstrich Figel, der auf eine Aufwertung seines Amtes durch das Europaparlament und die künftige EU-Kommission hofft. Es gelte Konflikte zu verhindern, Menschlichkeit und nachhaltige Entwicklung zu fördern, auch um weiteren Flüchtlingsströmen nach Europa vorzubeugen. Die Menschen seien gekommen, „weil wir uns nicht genug und nicht rechtzeitig darum gekümmert haben“.

Der EU-Beauftragte betonte, dass Christen die am meisten verfolgte Religionsgruppe darstellen. Allerdings würden auch andere religiöse Minderheiten verfolgt. So seien im Irak nicht nur Christen, sondern auch Jesiden und schiitische Muslime bedroht, im Iran die Bahai, in Myanmar muslimische Rohingya. Figel verwies auch auf die bedrohten Menschenrechte von Nicht-

Gläubigen und merkte an, dass in 13 Ländern Atheismus mit der Todesstrafe geahndet werde. „Wenn die Gesellschaft die Verfolgung einer Minderheit zulässt, legt sie den Boden für die Verfolgung anderer Minderheiten“, hielt der EU-Sonderbeauftragte fest.

„Absichtlich verborgene Katastrophe“

Die Verfolgung von Christen sei „eine humanitäre Katastrophe, die absichtlich verborgen werde“, meinte der ungarische Staatssekretär Tristan Azbej bei dem Symposium. „Wir müssen das ändern.“ Im Durchschnitt würden täglich elf Christen für ihren Glauben getötet, zitierte der Politiker der ungarischen Christlich-Demokratischen Volkspartei KDNP aus einem Bericht des Hilfswerks „Open Doors“.

Die Regierung in Budapest suche „Verbündete“ in ihren Bemühungen, den christlichen Gemeinschaften vor Ort zu helfen, finde dabei aber wenig Unterstützung bei anderen europäischen Ländern, so der für die Umsetzung des 2017 gestarteten Programms „Ungarn hilft“ („Hungary helps“) zuständige Azbej. „Unser Ziel ist es, die Unterstützung so vieler Regierungen wie möglich zu gewinnen“, sagte der Staatssekretär. Seit dem Start habe das Programm „Hungary helps“ mehr als 35.000 Menschen in ihrer Heimat in Afrika und im Nahen Osten geholfen, sagte er.

Nur zögerliche Reaktionen

Die zögerlichen Reaktionen und eine auch innerkirchlich zu wenig ausgeprägte Solidarität angesichts der Verletzung der Menschenrechte von Christen, sprach die Wiener Sozialethikerin Ingeborg Gabriel an. Der christliche Maßstab der Barmherzigkeit darf aus ihrer Sicht nicht zu einer mangelhaften Beziehung zum Recht führen. „Wir müssen Nächstenliebe üben, wir müssen verzeihen. Das ist völlig richtig. Aber das bedeutet nicht, dass man sich nicht auf Gesetze berufen kann“, betonte Gabriel. Die Wiener Universitätsprofessorin ist amtierende OSZE-Sonderbeauftragte im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, mit Fokus auf Christen und Angehörige anderer Religionen.

Um auch politisch größere Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken, empfahl Gabriel zudem im internationalen Kontext primär auf die „Menschenrechtsverletzungen gegen Christen“ und weniger die „Christenverfolgung“ hinzuweisen. Eine solche Terminologie schaffe eine stärkere Verbindung zum

Völkerrecht, so die Expertin. Sich für das allgemeine Recht auf Religionsfreiheit einzusetzen, sei zudem „der effektivste Weg, sich für die Rechte der Christen, insbesondere der christlichen Minderheiten, einzusetzen“.

Insgesamt sei die Stärkung der Menschenrechte „von größter Bedeutung in einer Welt, in der nach jüngsten Studien jeder dritte Mensch Opfer religiöser Diskriminierung wird, wobei angeblich vier Fünftel von ihnen Christen sind“, sagte Gabriel. Für die OSZE-Sonderbeauftragte ist denn die globale Herausforderung angesichts der „massiven“ Verletzungen des Rechts auf Religionsfreiheit auch „wohl noch größer als jene während der kommunistischen Regime im 20. Jahrhundert“.

Damals hätte der Einsatz von Papst Johannes Paul II. (1978–2005), auch der Helsinki-Prozess der OSZE (damals KSZE) die Lage verändert, erinnerte Gabriel. Sie frage sich daher, ob ein ähnlicher Prozess für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten und in Afrika, der Wirtschaft, Ökologie, Sicherheit und Menschenrechte betone, trotz aller Unterschiede im Detail auch heute möglich sein könne.

Zu dem Symposium zur Situation verfolgter Christen und ihrer möglichen Unterstützung hatten der ungarische Botschafter in Wien, Andor Nagy, und ÖVP-Menschenrechtssprecherin Gudrun Kugler eingeladen. Unter den rund 150 internationalen Teilnehmern befanden sich auch der Wiener Weihbischof Franz Scharl, der Vatikan-Vertreter am Sitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien, Prälat Janusz Urbanczyk, der rumänisch-orthodoxe Bischofsvikar Nicolae Dura sowie zahlreiche Vertreter von Hilfswerken und NGOs, die sich der Hilfe für Christen in aller Welt und ihrem Schutz vor Verfolgung verschrieben haben.

Red Wednesday – ein Zeichen gegen Christenverfolgung setzen

Um auf das Schicksal von Millionen verfolgter und bedrohter Christen aufmerksam zu machen, erstrahlt der Wiener Stephansdom am sogenannten „Red Wednesday“ (roten Mittwoch), 27. November, blutrot. Die Aktion wird von der internationalen Hilfsorganisation „Kirche in Not“ organisiert und heuer zum ersten Mal in Österreich begangen. Weltweit beteiligen sich tausende Kathedralen, Kirchen und öffentliche Gebäude an der Aktion.

Diskriminierung bis zur Vertreibung und Ermordung würden für Christen in vielen Länder „bereits zum Tagesgeschehen gehöre“, kritisierte VP-Nationalratsabgeordnete Gudrun Kugler, bei einer Pressekonferenz von „Kirche in



Pressekonferenz des Hilfswerkes Kirche in Not zum Red Wednesday 2019 (Foto: © Gudrun Kugler).

Not“ am Dienstag. Kugler forderte ein „deutliches Aufstehen der Öffentlichkeit, damit die Gewalt gegen Christen endlich ein Ende hat“. Europa dürfe nicht länger tatenlos zusehen.

Der „Red Wednesday“ solle das „Vakuum des Nicht-Sprechens“ ausfüllen. Als aktuelles Beispiel berichtete Kugler von einem im November von der „Terrormiliz IS“ ermordeten Priester, mit guten Kontakten zu Österreich. Dessen Tod habe es – so wie viele andere – nicht in die Medien geschafft, kritisierte die VP-Menschenrechtssprecherin.

Die europäische „Unentspanntheit mit dem Christentum“ und die Missions- und Kolonialgeschichte Europas, würden dazu führen, dass „jenen nicht geholfen wird, die nichts für unsere Geschichte können“, mahnte Kugler. Konkret gefragt seien v.a. die Medien, die vermehrt und korrekt über Christenverfolgung berichten sollten. Außerdem brauche es eine Stärkung des Themas Religionsfreiheit in der Außen- und Wirtschaftspolitik und mehr Unterstützung für den EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit, „dabei könne auch Österreich einen Beitrag leisten.“

Indifferenz westlicher Staaten

Von einer „Indifferenz der westlichen Staaten“ gegenüber dem Thema Christenverfolgung, sprach Thomas Heine-Geldern, geschäftsführender Präsident von „Kirche in Not-International“. Er stellte klar, dass allen Glaubensgemeinschaften regelmäßig Gewalt widerfahre, „doch internationale Berichte zur

Religionsfreiheit bestätigen leider immer wieder, dass Christen am stärksten verfolgt werden“. Eine wesentliche Aufgabe des päpstlichen Hilfswerks sei es darum, „der schweigenden und zum Schweigen gebrachten Kirche eine Stimme zu verleihen“.

Die einzelnen Staaten sowie Staatengemeinschaften, wie die UNO, sollten darauf achten, dass das Menschenrecht auf Religionsfreiheit eingehalten werde, forderte Heine-Geldern. Der Christenverfolgung müsse „entschieden“ entgegentreten werden, dazu gehöre auch, dass sich die europäischen Länder ihrer „christlichen Wurzeln“ besinnen.

Über die politische und gesellschaftliche Reichweite der Verfolgung berichtete Ikenna Okafor, Priester aus Nigeria und Professor für Interkulturelle Theologie an der Kath. Theolog. Fakultät in Wien. Die Christenverfolgung in Nigeria habe „schon sehr früh begonnen, noch bevor die islamistische Sekte ‚Boko Haram‘ im Land war“. Politik, Militär und Boko Haram wären miteinander vernetzt, so Okafor. Leidtragende wären die Christen, die systematisch mit staatlicher Hilfe unterdrückt wären.

Aktionen in ganz Österreich

Okafor leitet auch den „Red Wednesday“-Gedenkgottesdienstes am Mittwoch um 19 Uhr im Stephansdom. Bischof Antoine Audo aus Aleppo/Syrien wird ebenfalls teilnehmen. Weitere Gottesdienste für verfolgte Christen gibt es am 27. November in der Peterskirche (17 Uhr) und am Sonntag, 1. Dezember, in der Augustinerkirche (10 Uhr). In letzterer kann von Mittwoch bis Sonntag auch die Fotoausstellung „Verfolgte Christen weltweit“ besichtigt werden.

Im Zeitraum von Mittwoch, 27. November, bis Sonntag, 1. Dezember, werden in Wien noch weitere prominente Kirchen und Gebäude rot angestrahlt, wie die Votivkirche, Karlskirche, Karmelitenkirche sowie die Peterskirche. Insgesamt beteiligen sich am „Red Wednesday“ österreichweit rund 20 Kirchen und Pfarren. Zudem findet am Sonntag, 1. Dezember, um 19 Uhr ein Advent-Benefizkonzert für verfolgte Christen in der Herz-Jesu-Kirche Wien (Landstraßer Hauptstr. 137) statt. Zu hören gibt es steirische Hirten- und Krippenlieder. Den Ehrenschatz übernimmt der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer.

In Graz organisiert die „Plattform für Verfolgte Christen“ am 7. Dezember einen Schweigemarsch für verfolgte Christen. Auch das Parlament in Wien wird an der Aktion teilnehmen. Das Gebäude soll laut Herbert Rechberger, Nationaldirektor von „Kirche in Not“ Österreich, jedoch erst am Aschermittwoch 2020 (26.2.) rot beleuchtet werden.

Sydney, Prag, London, Washington

Den Anfang der internationalen Aktion unter dem Motto „Be REDy. Wear RED. Light RED.“ machte am Mittwoch Australien mit der Illuminierung von sieben Kathedralen, darunter der Kathedralen von Sydney und Melbourne. Der Höhepunkt finde am Mittwoch statt, wenn Tausende Gebäude in London, Amsterdam, Lissabon, Prag und Washington D.C. rot beleuchtet werden, teilte das Hilfswerk mit.

Der Aktionstag besteht seit 2015. Seitdem werden jährlich bedeutende Gebäude und Kirchen als Zeichen der Solidarität mit verfolgten Christen rot angestrahlt, so Rechberger. 2015 erstrahlten erstmals das britische Parlamentsgebäude und Westminster Abbey in Rot, 2016 der Trevi Brunnen in Rom, 2017 die Kathedrale Sacre Coeur und die Kathedrale in Manila. Im Zuge des letzten „Red Wednesdays“ 2018 wurden das Kolosseum in Rom sowie Abschnitte des Canale Grande und die Rialtobrücke in Venedig rot beleuchtet. (Info: www.kircheinnot.at)

Große Sorge wegen Entwicklungen in Brunei, Indonesien und Indien

Menschenrechtsexperten verzeichnen einen steigenden Druck auf Christen in Südostasien. Thomas Müller, Analyst bei der christlichen Hilfsorganisation „Open Doors“, macht das etwa am Beispiel Brunei fest. Dort könnten seit kurzem – dem Scharia-Gesetz folgend – nun auch entsprechende Strafen verhängt werden, erklärte Müller bei einem Pressegespräch am Dienstag in Wien. Davon betroffen seien vor allem religiöse Minderheiten, „für die die Probleme durch die Einführung des Scharia-Strafrechts sehr stark zunehmen werden“. Gleichzeitig kritisierte Müller die heimischen Medien, die die Lage der wegen ihrer Religion verfolgter Minderheiten weitestgehend ignorierten.

Ähnliches beobachte der Experte auch in Indonesien, in dem nächsten Mittwoch eine neue Regierung gewählt wird. Bereits jetzt stehe fest: „Es wird eine striktere Ausrichtung zum Islam geben und die Gesellschaft wird sich noch weiter polarisieren.“ In Indonesien stehen sich eine Gruppe liberaler und eine Gruppe konservativer Muslime gegenüber. Das ganze Land bewege sich im Moment allerdings in eine „islamischere Richtung“, so Müller. Das habe sich etwa bei Anschlägen im Mai 2018 auf drei christliche Kirchen oder bei der Entfernung christlicher Kreuze auf Friedhöfen gezeigt.



Pressegespräch mit Experten von ADF International und Open Doors zu Religionsfreiheit und der Situation verfolgter Christen in Südostasien (Foto: © Gudrun Kugler).

Große Anfeindungen in Indien

Eine zunehmende Diskriminierung ethnischer und religiöser Minderheiten sei auch in Indien wahrnehmbar, sagte Andreas Thonhauser von der christlichen Menschenrechtsorganisation ADF. Laut dem amerikanischen „pew research center“ sei Indien jenes Land mit der größten sozialen Feindlichkeiten gegenüber religiösen Minderheiten. Von 2017 auf 2018 seien außerdem die dokumentierten Fälle an Gewalt gegen Christen um 20 Prozent gestiegen und die Regierung kündigte an, bis 2021 das Land von allen Nicht-Hindu-Einflüssen befreien zu wollen. Für Thonhauser ist das eine Kampfansage gegen religiöse Minderheiten und eine Bewegung in Richtung Hindu-Extremismus.

Indien habe zwar in den letzten Jahren große ökonomische Schritte gemacht und Abkommen etwa mit der EU geschlossen, eine klare Aussprache für Menschenrechte und die Verteidigung von Minderheiten fehle allerdings bis jetzt. Seitens der ADF wolle man Fälle von Verfolgung religiöser Minderheiten bekannt machen, Hilfe in konkreten Fällen anbieten und so Verfolgung langfristig verhindern.

Kugler: „Für Österreich nicht akzeptabel“

ÖVP-Menschenrechtssprecherin Gudrun Kugler verwies in ihrem Statement u. a. auf das Regierungsprogramm, in dem sich die österreichische Regierung dazu bekenne, sich auch international gegen die Verfolgung religiöser Minderheiten einzusetzen. Brunei etwa trete mit der Einführung des Scharia-Gesetzes die Menschenrechte mit Füßen. „Das ist für Österreich nicht akzeptabel und wir wollen uns auch engagieren, dass so etwas nicht möglich ist“, so Kugler.

Sie erinnerte auch daran, dass der Ministerrat im Dezember 2018 eine Million Euro für konkrete Hilfsprojekte in Krisengebieten im Nahen Osten freigegeben hatte, die verfolgten Christen zugute kommen sollen. Aktuell gebe es weltweit rund 200 Millionen von Verfolgung und Diskriminierung betroffene Christen.

Entschließungsantrag: EU-Sonderbeauftragter für Religionsfreiheit

Glaube und Religion sind für einen Großteil der Menschen auf dieser Erde von höchster Bedeutung. Gleichzeitig wird die Freiheit den persönlichen Glauben zu leben von unterschiedlichen Kräften in vielen Gebieten dieser Welt dramatisch eingeschränkt und teilweise mit Gefahr für Leib und Leben belegt.

Der Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit der Europäischen Kommission hat in den letzten Jahren viel erreicht, um genau diesen Menschen zu helfen. Die Europäische Union stellt einen Führungsanspruch in unterschiedlichen Themen weit über das Unionsgebiet hinaus. Diese Rolle soll sie beim Menschenrecht auf Religionsfreiheit beibehalten. Der EU entstehen dadurch kaum Kosten. Die Religionsfreiheit ist ein grundlegendes Menschenrecht: Mit ihr sind andere Menschenrechte, wie die Meinungsfreiheit und die Gewissensfreiheit, unteilbar verbunden. Die Religionsfreiheit ist eng verknüpft mit der Frage nach dem Sinn des Lebens, deren Beantwortung den täglichen Aufgaben Bedeutung gibt. Die Europäische Union will Vorreiter sein für Menschenrechte. Dafür gibt es alle möglichen Beauftragten und Arbeitsgruppen. So darf die Kommission auch bei der Religionsfreiheit die Augen nicht verschließen. Der Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit muss von der Europäischen Kommission wieder eingesetzt und die bisher so erfolgreiche Arbeit unbedingt fortgesetzt werden! Besonders danken möchte ich dem bisherigen Sonderbeauftragten Jan Figel, der mir in diesen Jahren der Zusammenarbeit auch zum persönlichen Freund geworden ist. Ich hoffe sehr, dass er seine

wichtige Arbeit bald weiterführen kann. In diesem Anliegen konnte ich bei der Nationalratssitzung am 18. Juni einen Entschließungsantrag einbringen: 721/A(E) vom 18.06.2020 (XXVII. GP).

Entschließungsantrag

Der Abgeordneten Gudrun Kugler, Reinhold Lopatka, Ewa Ernst Dziedzic Kolleginnen und Kollegen
betreffend Sonderbeauftragter der Europäischen Kommission für Religionsfreiheit

In vielen Regionen der Welt sind Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften Diskriminierung und Unterdrückung in vielerlei Gestalt ausgesetzt. Dies beginnt bei Benachteiligung im täglichen Leben und reicht bis zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und systematischer Verfolgung. Im Mai 2016 hat der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, den ersten Sonderbeauftragten für die Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union ernannt. Religiös motivierte Verfolgungen sind in vielen Ländern der Erde wieder vermehrt zu beobachten. Zahlreiche Vereine und Nichtregierungsorganisationen kämpfen gegen diese Menschenrechtsverletzungen. Für bestimmte Themen ist es von großer Bedeutung, eine konstante Linie zu verfolgen. Der Schutz der Menschenrechte und hier insbesondere der Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist ein solcher Bereich. Kurz nach dem 70 Jahre-Jubiläum nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und dem darin enthaltenen Recht auf freie Religionsausübung und angesichts der steigenden Zahlen der aus Glaubensgründen verfolgten Menschen, muss dieses Recht weiterhin geschützt werden. Aus der Sicht der Abgeordneten gilt es daher, auch weiterhin auf Ebene der Europäischen Union einen Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit zu haben. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag: Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, sich auf europäischer Ebene und in den relevanten Gremien dafür einzusetzen, dass die Funktion des Sonderbeauftragten der Europäischen Kommission für Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union wiedereingesetzt wird.“

Anmerkung der Herausgeber: Die EU-Kommission ist der Entschließung des österreichischen Parlaments und der Aufforderung und dem Protest anderer Parlamente, Regierungen und Institutionen gefolgt und hat die Streichung des EU-Beauftragten zurück genommen.

Die Lage der Christen in Syrien

Kamal Sido



Dr. Kamal Sido, geboren 1961 in Afrin (Syrien). Er wuchs im kurdischen Teil Syriens auf. Nach der Schulzeit ging er 1980 nach Moskau, wo er Geschichte und Orientalistik studierte. 1989 beendete er seine Studien mit der Promotion zum Historiker am Orientalischen Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Er lebt seit 1990 in Deutschland. Kamal Sido ist Autor mehrerer Veröffentlichungen in Kurdisch, Arabisch, Russisch, Deutsch und Türkisch. Seit 2006 ist er Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Göttingen, deren Mitglied er seit 1992 ist. Die GfbV ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die seit 1968 für die Rechte verfolgter oder bedrohter ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten eintritt. Sie besitzt Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen und mitwirkenden Status beim Europarat.



Einleitung

Wenn heute von Syrien gesprochen wird, muss dringend berücksichtigt werden, dass dieses Land als einheitliches politisches Gebilde nicht mehr existiert. Auch wenn die Arabische Republik Syrien Mitglied der UNO ist, kann von einer vollständigen Souveränität des mehrheitlich arabisch-muslimischen Staates gesprochen werden. Die Lage in dem vom Bürgerkrieg erschütterten Land Syrien ist sehr komplex. Die Revolte vom März 2011, die in einen brutalen Bürgerkrieg mündete, führte nach und nach zum faktischen Zerfall des Staates. Im Bürgerkriegsland Syrien leben heute nur etwa 500.000 bis 700.000 Christen. Syrien ist heute (Januar 2019) in mindestens fünf Machtbereiche geteilt: Der größte Teil des Landes, etwa 64 Prozent, ist unter Kontrolle des Regimes von Baschar al-Assad; etwa 20 Prozent werden von den „Syrischen Demokratischen Kräften“ (SDF) kontrolliert. Die SDF sind ein Militärbündnis, das von Kurden angeführt wird. Etwa elf Prozent Syriens werden von „Hai'at Tahrir asch-Scham“ (HTS), einem Ableger des Terrornetzwerkes al-Qaida, beherrscht; etwa fünf Prozent sind von der Tür-

kei besetzt und der Rest wird von den USA oder anderen Rebellen gehalten. Der IS hat bis Frühjahr 2019 nahezu alle „seiner“ Gebiete entweder an die SDF oder an die syrische Armee verloren. Dementsprechend ist die Lage der Christen in Syrien davon abhängig, wer gerade das Gebiet oder die Ortschaft, die von Christen besiedelt ist, beherrscht.¹

Die Angaben dieses Berichtes basieren auf Gesprächen, die ich vor Ort in Syrien geführt habe.

Christen in Syrien

Nach Ägypten war Syrien bis zum Ausbruch der Revolte im März 2011 das Land mit der größten christlichen Minderheit im Nahen Osten. Dort lebten zwei bis drei Millionen Gläubige. Diese syrischen Christen sind hinsichtlich ihrer Konfessionen sehr unterschiedlich, da es eine Vielfalt von christlichen Kirchen in Syrien gibt. Im folgenden Text werden die Christen in Syrien vorwiegend als zusammenfassend als „syrische Christen“ bezeichnet. Nur wenn über eine christliche Gruppe einer bestimmten Konfession berichtet wird, wird das durch die Nennung ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kirche auch hervorgehoben. Armenische Christen werden auch ausdrücklich als solche bezeichnet.

Mit etwa einer Million Gläubigen machten die Rum-Orthodoxen den größten Anteil der Christen des Landes aus. Sie sehen sich allgemein als Repräsentanten eines arabischen Christentums, das die islamische Kultur als konstitutiven Rahmen akzeptiert. Zum Ausdruck kommt dieses Selbstverständnis in der Liturgie der Rum-Orthodoxen, die ausschließlich auf Arabisch gehalten wird.

Die Syrisch-Orthodoxen dagegen legen im Vergleich zu den Rum-Orthodoxen sehr großen Wert auf die Selbstständigkeit ihrer Kirche, was in ihrer Liturgie sichtbar wird, die auf Syrisch gefeiert wird. Dafür wurden sie einst von den Rum-Orthodoxen verfolgt. Viele Syrisch-Orthodoxe, besonders im Norden von Syrien, sind Nachfahren von Geflüchteten. Nach der Verfolgung und dem Genozid an bis zu 500.000 Christen aller Konfessionen im Gebiet der heutigen Südosttürkei im Ersten Weltkrieg hatten viele Überlebende in

¹ Dieser Text wurde zum Teil veröffentlicht auf <https://www.heise.de/tp/features/Syrien-Christen-in-Angst-4401137.html?seite=all> und in einem Report auf der Webseite der Gesellschaft für bedrohte Völker: www.gfbv.de.

Syrien Schutz gesucht. Die 62.000 syrisch-katholischen Christen, deren Kirche mit der römisch-katholischen Kirche uniert ist, stellen eine Abspaltung von der syrisch-orthodoxen Kirche dar.

Auch die etwa 15.000 Mitglieder der assyrisch-apostolischen Kirche sowie die rund 15.000 Chaldäer, deren Kirche sich von der apostolischen Kirche des Ostens abgespalten hat, stammen von Geflüchteten ab. Die Chaldäer fühlen sich der römisch-katholischen Kirche zugehörig.

Zudem gibt es Maroniten in Syrien. Ihre Zahl ist hier mit 49.000 Anhängern heute weit geringer, als sie es noch vor Mitte des 19. Jahrhunderts war. Aufgrund von Spannungen zwischen Drusen und Maroniten sowie Massakern 1866 im Raum Damaskus flohen viele Maroniten in den Libanon. In Syrien steht die maronitische Glaubensgemeinschaft heute im Schatten ihrer einst großen Geschichte. Maroniten wie auch Chaldäer erkennen den römisch-katholischen Papst als ihr Religionsoberhaupt an. Ursprünglich war ihre Liturgie syrischsprachig, aber das Arabische hat die syrische Sprache bis auf wenige Ausnahmen in religiösen Zeremonien und Riten weithin verdrängt. Hinzu kommen noch rund 25.000 Protestanten, deren Kirchen aus europäischen Missionsbemühungen entstanden, sowie 15.000 Angehörige der römisch-katholischen Kirche.

Eine Art Sonderfall stellen die Assyrer-Aramäer dar. Diese haben ihre Sprache Aramäisch (Altsyrisch) bewahrt und gelten als indigene Bevölkerung Syriens. Auch sie werden als Christen vom Regime toleriert. Viele von ihnen sind aber als Angehörige einer ethnischen Minderheit durch regierungsbedingte Zwangsarabisierungsmaßnahmen ihrer historischen altsyrischen bzw. assyrischen Identität, die sprachlich und kulturell definiert ist, beraubt worden. Heute bezeichnen sich daher viele syrische Christen als Araber. Wahrscheinlich ist aber, dass diese christlichen Araber assyrisch-aramäischer Abstammung sind.

Auch die Armenier sind Christen und in der Regel Nachfahren von Geflüchteten, nämlich den Überlebenden des Völkermords von 1915 bis 1917. Hunderttausende, nach armenischen Angaben sogar bis zu 1,5 Millionen armenische und 500.000 assyrisch-aramäische Christen, wurden damals im Osmanischen Reich ermordet. Sie sprechen ihre armenische Sprache, in der sie auch ihre Liturgie feiern. Zu der mit Rom unierten armenisch-katholischen Kirche in Syrien, deren Patriarch im Libanon residiert, gehören ca. 21.500 und zu der armenisch-apostolischen Kirche etwa 200.000 Gläubige.

Syrien ist für Armenier bereits seit Jahrhunderten eine Heimat. Das Land diente auch immer als Schutz- und Zufluchtsort. Vor allem während des Genozids an den Armeniern zwischen 1915 und 1917 flüchteten viele Armenier vor der türkischen Armee nach Syrien. 1918 zählte die armenische Gemeinde hier schätzungsweise 142.000 Menschen. 2011 lebten etwa 300.000 Arme-

nier in Syrien, von denen mit 30.000 bis 40.000 Personen die größte Gemeinschaft in der mittlerweile umkämpften Stadt Aleppo wohnt. Kleinere armenische Gemeinden gibt es in Damaskus, Qamischli und in Kassab. Die Armenier in Aleppo sind im syrischen Mosaik der Religionen und Ethnien eine kleine Gruppe, heben sich aber durch ihre aktive Beteiligung am wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes hervor. Armenier gelten beispielsweise als die besten Handwerker Syriens.

Während des Völkermordes Anfang des vergangenen Jahrhunderts konnten viele Armenier in Syrien gerettet werden. Unter Integration ist jedoch nicht Assimilation zu verstehen. Die Armenier leben in einer „perfekten“ Parallelgesellschaft: Sie bilden innerhalb ihrer Gruppe eigenständige Gemeinden. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen verließen viele Armenier Ende der 1960er Jahre Aleppo und Qamischli. Die ehemalige Sowjetrepublik Armenien nahm damals zwar viele syrische Armenier auf, doch die meisten wanderten nach Amerika, Europa und Australien aus. Wegen des blutigen Bürgerkrieges in Syrien hat sich diese Auswanderung weiter intensiviert. Sie könnte das Ende einer Gemeinschaft bedeuten, die bereits seit mehreren Jahrhunderten in Syrien eine Heimat gefunden hat. Die heutige Republik Armenien hatte es in den vergangenen Jahren mit einer Einwanderungswelle großen Ausmaßes zu tun. Viele syrische Armenier fanden dort Zuflucht.

Als Monotheisten werden Christen in Syrien als „Schutzbefohlene“ bezeichnet. Ihre Rechte sind erheblich eingeschränkt. Laut syrischer Verfassung kann kein Christ Präsident werden. Außerdem gibt es viele Gesetze, die Christen benachteiligen, insbesondere in den Bereichen Kultur und Schulwesen. Diese Gesetze schränken die freie Entfaltung der kulturellen Eigenständigkeit und Identität der Christen ein bzw. machen sie nahezu unmöglich. Die Christen konnten ihre Religion bisher dennoch relativ frei ausüben und durch den säkularen Charakter der Arabischen Republik Syrien war ein Leben in Frieden weitgehend möglich. Das Assad-Regime gewährt Christen zumindest das Recht auf freie Religionsausübung und toleriert das Christentum als Glaubensgemeinschaft, auch wenn zu einer weitreichenden Religionsfreiheit mehr gehört. Die beschriebene Situation der syrischen Christen ist seit Beginn des Aufstandes gegen das syrische Regime von schwerwiegenden negativen Veränderungen geprägt. In den vergangenen Jahren wurden Christen im gesamten Nahen Osten immer wieder Opfer exzessiver Gewalt. Brennpunkte waren dabei zunächst Ägypten und Irak, aber auch in Syrien kommt es seit Beginn des Aufstandes gegen den Diktator Assad zu gewaltsamen Übergriffen auf Christen.

Über die Frage, wie viele Christen in Syrien heute (2019) leben, kann nur spekuliert werden. Schätzungen sagen, dass die christliche Bevölkerung dort im Vergleich zu 2010 bis zu 50 Prozent zurückgegangen ist. Demnach leben

nun noch etwa 500.000 bis 700.000 Christen in ganz Syrien. Eindrücke der Konrad-Adenauer-Stiftung in 2018 zeigten ein etwas positiveres Bild: Demnach wird die Zahl der Christen in Damaskus, im Tal der Christen, Latakia und Tartus auf zusammen 500.000 bis 750.000 geschätzt.²

Christen unter Baschar al-Assad

Wie bereits erwähnt, ist Syrien in verschiedene Machtbereiche eingeteilt. Im Folgenden wird die Lage der Christen im Machtbereich von Baschar al-Assad beschrieben. In der „Arabischen Republik Syrien“ gab es bis zum Ausbruch der Revolte im März 2011 in den Gebieten, die unter Assads Armee stehen, keine offizielle Staatsreligion. Doch laut Verfassung muss der Präsident Syriens muslimisch sein und die islamische Rechtsprechung ist der Hauptbezugspunkt für die Gesetzgebung. Religionsfreiheit wird in Artikel 3.3 der syrischen Verfassung garantiert, so die Ausübung der Religionsfreiheit nicht die öffentliche Sicherheit gefährdet. Zudem dürfen Staatsbürger aufgrund ihrer religiösen Weltanschauung nicht diskriminiert werden (Artikel 33.3). Die Verfassung enthält auch rechtliche Mechanismen, um religiöse Gruppierungen zu verbieten, die von der Regierung als „extremistisch“ eingestuft werden. Dazu werden neben muslimischen Extremisten ebenso beispielsweise die Zeugen Jehovas gezählt. Die Mitgliedschaft in salafistischen Organisationen ist rechtswidrig, wobei die Regierung die Kennzeichen für Salafismus nicht näher definiert hat. Dem Gesetz zufolge steht auf Zugehörigkeit zur syrischen Muslimbruderschaft die Todesstrafe. Trotz diskriminierender Gesetze und Regelungen, wie das Verbot für Christen den Präsidenten Syriens zu stellen, konnten und können Christen unter der Herrschaft Assads ihre Religion in der Arabischen Republik Syrien relativ uneingeschränkt ausüben.

In den vergangenen Jahren wurden sowohl regierungskritische Geistliche, wie der aus Italien stammende Jesuitenpater Paolo dall'Oglio, als auch regierungsfreundliche Bischöfe, wie Mor Gregorius Yuhanna Ibrahim oder Mor Boulos Yazigi aus Aleppo, verschleppt. Ende 2011 hatte das Assad-Regime den Jesuitenpater Paolo dall'Oglio zur Persona non grata erklärt, nachdem er drei Jahrzehnte um Verständigung zwischen Christen und Muslimen in Syrien bemüht war. Die Al-Nusra-Front setzte im Oktober 2014 Franziskanerpater Hanna Dschallouf sowie etwa 20 weitere Geistliche fest. Im April

² https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=2d06e96e-3a30-9ba2-95d7-b0cabb070188&groupId=252038

2014 wurde der niederländische Jesuitenpater Frans van der Lugt in Homs ermordet. Er hatte die Aushungerung der Altstadt Homs durch die Regierung angeprangert.

Ende 2013 wurden zwölf syrisch-orthodoxe Nonnen in der Stadt Ma'alula von der Al-Nusra-Front entführt. Besonders gefährdet ist die christliche Minderheit in den nordsyrischen Gebieten, die vom IS kontrolliert werden. Dort kam es Ende Februar 2015 in der Provinz al-Hasakeh (al-Hasaka) in mehreren Dörfern zur Verschleppung von über 300 assyrischen Christen. Auch die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) prangerte zahlreiche Verbrechen gegen assyrische Christen im Nordosten des Landes an, darunter die Exekution von 2.000 assyrischen Christen. In anderen Berichten wird von der Rückeroberung von IS-Stellungen im Nordosten Syriens durch kurdische Kämpfer gesprochen, die dabei 14 von assyrischen Christen bewohnte Dörfer befreiten.

„Die christliche Gemeinschaft in Syrien wie auch in weiten Teilen des Nahen Ostens wird zu einem Schatten ihrer selbst.“ Zu dieser Einschätzung gelangte der International Religious Freedom Report für das Jahr 2013 des US-Außenministeriums und belegte seine Aussage exemplarisch mit Zahlen für die Stadt Homs: Demnach zählte die christliche Gemeinschaft in Homs vor Ausbruch des bewaffneten Konfliktes 160.000 Angehörige, während für das Jahr 2013 nur noch einige Tausend registriert wurden. In Aleppo machen Christen die größte religiöse Minderheit aus. Schon vor 2011 gab es dort eine große armenisch-christliche Gemeinschaft. Viele Christen sind in den vergangenen Jahren vor den Kämpfen aus den am stärksten betroffenen Stadtteilen geflohen. Dabei stieg die Zahl der Binnenmigranten aus Homs, Damaskus und Aleppo in den Küstengebirgen, aber auch die Zahl der Geflüchteten. Vor einem Exodus der christlichen Gemeinde in Syrien hatten deutsche Menschenrechtsorganisationen bereits im August 2013 gewarnt und von der deutschen Bundesregierung gefordert, bei ihren außenpolitischen Entscheidungen ein besonderes Augenmerk auf den Schutz christlicher Minderheiten zu legen.

Immer wenn die Rebellen vorrückten, flohen Christen zu zehntausenden entweder in die Gebiete unter Assads Kontrolle im Westen des Landes oder in die Regionen, die von Kurden beherrscht werden, im Norden. Eine Region, in der die Christen Zuflucht fanden, ist das sogenannte „Wadi al-Nasara“ (deutsch: Tal der Christen). Diese Region im Westen Syriens nahe der libanesischen Grenze gehört administrativ zu Homs. Die meisten Menschen dort sind griechisch-orthodoxe Christen. Mit den Binnenflüchtlingen leben heute

etwa 150.000 in den rund 40 Dörfern des „Tals der Christen“.³ Das „Wadi al-Nasara“ gilt als historische Hochburg der syrischen Christen. Hier haben in den vergangenen Jahren zehntausende christliche Flüchtlinge aus Homs und anderen Städten und Provinzen Zuflucht gesucht. So haben beispielsweise in dem kleinen Dorf Nasra im Verlauf der vergangenen Jahre ungefähr 100 geflüchtete Familien Zuflucht gesucht.⁴ Viele Christen flohen auch in die mehrheitlich von Alawiten⁵ besiedelten Ortschaften an der Mittelmeerküste Syriens. Nicht wenige haben dort in Latakia ein Zuhause gefunden. Vor dem Bürgerkrieg hatte Latakia rund 600.000 Einwohner. In den Jahren bis 2018 erhöhte sich die Bevölkerungszahl auf zwei Millionen.⁶ In Aleppo lebten 150.000 bis 170.000 Christen (2010). Ein Drittel floh in das „Tal der Christen“ und ein weiteres Drittel ins Ausland.⁷

Die syrische Rebellion und die Christen

Während sich 2011 einige Christen an den Protesten gegen die Regierung beteiligten, ging das Gros der christlichen Bevölkerung aufgrund der raschen Militarisierung, Radikalisierung und Islamisierung des Aufstandes sehr früh auf Distanz. Ungeachtet dessen befinden sich unter den bekanntesten Politikern der von Islamisten unterwanderten Opposition auch einige Christen. Das Assad-Regime stellt sich selbst als Schutzmacht der Christen dar und unterstreicht seine Verbundenheit mit der christlichen Glaubensgemeinschaft etwa durch medienwirksame Auftritte, wie Assads Auftritt im bekannten christlichen Wallfahrtsort Ma'aloula im April 2014. Im Verlauf des an Schärfe zunehmenden Krieges gab es immer mehr Befürchtungen, dass die als eher „regimefreundlich“ geltende Haltung von Christen sie zur Zielscheibe bewaffneter nicht-staatlicher Gruppen mache. Diese Ängste werden von dem Regime auch aktiv instrumentalisiert. Unter dem Assad-Regime war die Situation der syrischen Christen ruhig. Sie erfuhren weitgehende Toleranz und waren keiner gezielten religiösen Verfolgung ausgesetzt. Assad hatte sich selbst zum „Beschützer der alawitischen, christlichen und sonstigen Minderheiten“ vor radikalen Muslimen erklärt. Manche Geistliche bezeichneten dies

³ <https://de.zenit.org/articles/syrien-gefechte-im-tal-der-christen/>

⁴ <https://ostkirchen.info/syrien-die-barmherzigen-samariter-im-tal-der-christen/>

⁵ Assad gehört der alawitischen Minderheit an.

⁶ https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=2d06e96e-3a30-9ba2-95d7-b0cabb070188&groupId=252038.

⁷ Ebd.

jedoch bloß als machtpolitische Geste, der keine Taten folgten. Offen wagt jedoch niemand, gegen das Regime zu sprechen, weil Christen stärkere Repressionen befürchten. So appelliert auch die Kirchenführung – jedenfalls offiziell – an ihre Gläubigen, sich aus politischen Konflikten herauszuhalten, um nicht zwischen den politischen Blöcken aufgerieben zu werden.

Umfragen ergaben, dass eine deutliche Mehrheit der syrischen Christen zu Beginn des Konfliktes hinter Assad stand. Seitdem sind jedoch auch tausende syrische Christen dem Konflikt zu Opfer gefallen. Dabei ist oft unklar, ob die Taten von Anhängern des Regimes und seinem Sicherheitsapparat oder von radikalen Muslimen aus den Reihen der islamistischen Opposition verübt wurden.

Die GfbV als eine Menschenrechtsorganisation, die für die Rechte verfolgter oder bedrohter ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten eintritt, sorgt sich vor allem um die nicht-arabische und nicht-sunnitisch-muslimische Bevölkerung Syriens. Mindestens 45 Prozent der Einwohner des Landes sind Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten. Auch wenn sich Christen und andere Minderheiten der Assad-Diktatur nicht aktiv widersetzen, waren sie mit dieser Unterdrückungspolitik nicht „einverstanden“. Anfänglich waren die Proteste gegen Assad auch mit Hoffnungen verbunden. Nun haben die ethnischen und religiösen Minderheiten Syriens jedoch Anlass zu befürchten, dass es ihnen in einem neuen Syrien unter der von der Türkei oder Katar unterstützten sunnitischen Opposition kaum besser ergehen wird. Mit der Verfolgung der wenigen Christen in den Regionen, die von pro-türkischen Rebellen beherrscht werden, gingen alle Hoffnungen auf einen demokratischen Wandel in Syrien verloren. Nun sind die syrischen Minderheiten einer neuen Bedrohung ausgesetzt, nämlich der totalitären islamistischen Ideologie, die Jihadisten aus der ganzen Welt mit Gewalt durchsetzen wollen und die innerhalb der syrischen sunnitischen Opposition teilweise auf fruchtbaren Boden fällt. Die Mehrheit der etwa 21 Millionen Syrer ist arabisch und bekennt sich zum Islam. Dabei ist die Bevölkerung zumeist der sunnitischen Glaubensrichtung des Islam zuzurechnen. Zur schiitischen Minderheit werden die Drusen, die Ismailiten sowie die Alawiten, zu denen auch Präsident Bashar al-Assad gehört, gezählt.

Die nicht-muslimische Bevölkerung Syriens besteht vor allem aus Christen und aus Yeziden. Diese religiösen Minderheiten leben in ständiger Angst und Ungewissheit. Die schleichende Radikalisierung der Opposition ist eine große Gefahr für religiöse Minderheiten, da die radikalen Islamisten Angehörige solcher Bevölkerungsgruppen meistens als „Ungläubige“ ansehen.

Anfang Dezember 2013 wurden zwölf syrisch-orthodoxe Nonnen aus ihrem Kloster entführt, nachdem islamistische Gruppen die Stadt Ma'alula eingenommen hatten. Obwohl ein Video veröffentlicht wurde, in dem die

Nonnen aussagten, von den Islamisten in Sicherheit gebracht worden zu sein, sagte die Oberin des Klosters aus, die Frauen würden von den Islamisten als „menschliche Schutzschilde“ benutzt. Die Nonnen wurden Anfang März 2014 schließlich freigelassen. Als am 16. Dezember 2013 das christliche Dorf Kanayé besetzt wurde, zwangen Jihadisten die Bevölkerung unter Androhung eines Blutbades dazu, sich an islamistische Gesetze zu halten. Zwangskonvertierungen wurden angedroht. Damit wiederholt sich ein Muster der Eroberung, welches auch schon in benachbarten Dörfern eingesetzt wurde. Des Weiteren wurde berichtet, dass islamistische Gruppen, deren Ziel es ist, Christen endgültig aus Syrien zu treiben, Kirchen zerstört hätten. Dabei seien geistliche Bücher und Ikonen verbrannt sowie Kreuze auf den Kirchen durch islamistische Fahnen ersetzt worden.

Christen und andere Minderheiten werden so immer mehr zu den großen Verlierern des Krieges. Während nahezu alle anderen Gesellschafts- oder Religionsgruppen teils massive Unterstützung aus dem Ausland erhalten, wird die christliche Bevölkerung de facto von den Kirchen im Westen weitgehend im Stich gelassen. Sie müssen ohnmächtig mitansehen, wie sie immer mehr zwischen die Fronten geraten und dabei ihre kulturellen, gesellschaftlichen und religiösen Einrichtungen zerstört werden. Da sie, mit Ausnahme einer bewaffneten christlichen Miliz der Assyrer-Aramäer in der Provinz al-Hasakeh, die einzige unbewaffnete Bevölkerungsgruppe darstellen und sie durch die mittlerweile destabilisierte Staatsgewalt keinerlei Schutz erwarten können, trauen sich viele Christen nicht einmal mehr auf die Straße. Kinder gehen oft nicht mehr zur Schule, junge Männer verstecken sich aus Angst, zum Militärdienst eingezogen zu werden, und selbst gut ausgebildete Frauen geben oft ihren Job auf. Denn die Gefahr ist zu groß, auf dem Weg zur Arbeit auf offener Straße entführt zu werden. Trotz der „Neutralität“ der Christen in Syrien ist das Elend des Krieges längst bei ihnen angekommen. Die allgegenwärtige Bedrohung veranlasst viele von ihnen dazu, ihr Zuhause aufzugeben und zu fliehen.

Radikalisierung der syrischen Opposition

Vor Ausbruch des Aufstandes gab es keine legal organisierte Opposition in Syrien, da das Regime eine solche nicht erlaubte und unterdrückte. Nachdem die ersten friedlichen Proteste blutig niedergeschlagen worden waren, formierte sich aber eine Opposition, die vor allem durch den Willen geeint ist, Präsident Baschar al-Assad und sein Regime zu stürzen. Auch wenn die arabischen Golfstaaten (Saudi-Arabien, Katar), die Türkei, die USA, Deutschland sowie Großbritannien versuchten, sich gemeinsam gegen Assad zu stellen,

gab es dabei zu keinem Zeitpunkt einheitliche Maßnahmen. Die erwähnten Staaten unterstützen mit unterschiedlicher Intensität die im Jahre 2012 gegründete „Nationalkoalition syrischer Revolutions- und Oppositionskräfte“ (Die Syrische Nationalkoalition - al-italaf). Von einigen Staaten wurde diese Gruppe sogar als „einzige legitime Vertreterin des syrischen Volkes“ anerkannt.⁸ Je länger der Konflikt jedoch dauerte, desto mehr Brüche wurden innerhalb der Rebellion sichtbar.

Auch wenn einige Angehörige der Minderheiten wie Christen, Kurden, Assyrer-Aramäer, Alawiten und Drusen in der „Syrischen Koalition“ vertreten sind, spielte und spielt die syrische Muslimbruderschaft dort die dominanteste Rolle. Es konnte und kann de facto ohne Zustimmung der Vertreter der Muslimbrüder kaum eine wichtige Entscheidung getroffen werden. Diese koordinieren ihre Entscheidungen mit der türkischen Regierung sowie mit dem Golfstaat Katar.

Nach dem Beginn der direkten russischen Militärintervention am 30. September 2015 in Syrien kam es zu Konflikten zwischen der Türkei und Russland. Aus Angst, dass Russland die syrischen Kurden unterstützen könnte, fädelte die Türkei einen Deal mit Russland ein. Bald entstand eine Dreier-Kooperation: Russland, der Iran und die Türkei. Während die Russen mit Luftangriffen Assad den Rücken stärkten, unterstützt die Türkei die syrischen Islamisten. Nach der saudischen Militärintervention im Jemen 2015 gewann die Türkei in Syrien an Einfluss. Die Saudis mussten sich mehr um den Jemen „kümmern“. Daher waren die „Syrische Koalition“ und andere syrische Gruppen, die in der Türkei ansässig sind, sowohl finanziell als auch logistisch weitgehend von der Türkei abhängig. Auch wegen der zunehmenden politischen Differenzen zwischen der Türkei und Saudi-Arabien ging der Einfluss der Saudis auf die syrischen Islamisten zurück. Für diese Entwicklung gibt es vor allem zwei Gründe: Die Saudis lehnen eine Unterstützung der Muslimbruderschaft ab und haben keinen direkten Zugang zu Syrien. Die saudische sowie die westliche Hilfe für die Islamisten ging in der Regel über die Türkei. Das ist der Grund, warum schließlich die Türkei bestimmt hat, welche Gruppe in Syrien gestärkt oder geschwächt wird. Sie trägt vor allem die Verantwortung dafür, dass der IS und andere radikalislamistische Gruppen in Syrien und im Irak gestärkt worden sind. Die Unterstützung, die die „Syrische Nationalkoalition“ zusätzlich von Ländern wie den USA, Frankreich und Deutschland erhält, läuft in der Regel auch über die Türkei. Von dieser westlichen Hilfe profitieren deshalb vor allem die syrischen Islamisten

⁸ <https://www.bundestag.de/resource/blob/515094/6add202f3f24cc5c6295548c897f0d07/wd-2-043-17-pdf-data.pdf>

und die islamistische Regierung von Erdogan. Auch wenn sich die Muslimbruderschaft als „islamisch-moderat“ bezeichnet, gehen viele Beobachter davon aus, dass sie im Falle eines Erfolges gegen das Regime die Einführung der Scharia fordern wird. Genau davor hatten die Minderheiten Angst. Daher distanzieren sich viele von ihnen von den Muslimbrüdern. Wenn Christen und andere Minderheiten heute vor die Wahl gestellt würden, würden sie sich mehrheitlich für die Assad-Diktatur und nicht für das Scharia-Recht der Islamisten entscheiden.

Ein Vorfall zeigt die Gefahr, die Christen und anderen religiösen Minderheiten droht, exemplarisch. Von den beiden christlichen Bischöfen, die am 22. April 2013 von einer bewaffneten islamistischen Gruppe entführt wurden, fehlt bis heute jede Spur. Ibrahim Hanna, Bischof der syrisch-orthodoxen Kirche von Aleppo, und Bischof Boulos Yazigi von der griechisch-orthodoxen Kirche wurden in der Nähe von Aleppo verschleppt. Ihr Fahrer, ein Diakon, wurde von den Entführern bei dem Überfall erschossen. Auch hier kommt die islamistische Neigung der syrischen Opposition und vor allem der Freien Syrischen Armee (FSA) zum Tragen. Für viele radikale Islamisten sind Christen nämlich Ungläubige. Gewalt gegen solche Ungläubige betrachten sie häufig als legitim.

Die Folgen des Bürgerkrieges und der Radikalisierung der Rebellion werden am Beispiel der christlichen Minderheit vielerorts sichtbar. Zum einen häufen sich die Berichte über grausame Hinrichtungen, gezielte Ermordungen, Entführungen und Vergewaltigungen von Christen und Angehörigen anderer Minderheiten durch radikale Islamisten, zum anderen verlassen immer mehr Minderheiten aus Angst das Land. Auch die Neutralität christlicher Führungspersönlichkeiten während der Rebellion, die dazu dienen sollte, die Gläubigen nicht zwischen die Fronten geraten zu lassen, birgt Gefahren. Schon jetzt werden Verbrechen an ihnen damit gerechtfertigt, dass sie „nicht auf Seiten der Revolution“ und somit vermeintlich auf Seiten des Regimes ständen. Falls am Ende des Bürgerkriegs der Aufbau eines islamischen Staates stehen sollte, muss befürchtet werden, dass sich immer mehr Christen Syriens zur Flucht gezwungen fühlen, oder dass sie vertrieben werden. Das Leben eines christlichen Alltags dürfte dann fast unmöglich und eine Diskriminierung derer, die sich nicht assimilieren bzw. konvertieren lassen, nicht zu verhindern sein.

Exodus der Christen aus Regionen unter Herrschaft der Islamisten

Wie bereits erwähnt, flohen Christen, immer wenn die Rebellen vorrückten, entweder in die Gebiete unter der Kontrolle der Regierungstruppen von Assad oder in die von Kurden beherrschten Regionen. Die syrischen islamistischen Rebellen beherrschen einige Gebiete im Norden von Syrien wie Azaz, Jarabulus, Al-Bab, Afrin, Ras Al-Ain und Tall Abyad. Azaz, Jarabulus, Al-Bab und Afrin gehören administrativ zur Provinz Aleppo. Tall Abyad gehört zur Provinz Raqqa und Ras Al-Ain der Provinz al-Hasakeh. Hinzu kommen die Provinz Idlib sowie Teile der Provinzen Hama und Latakia, die von syrischen Islamisten sowie von der Türkei besetzt werden. Die Türkei behauptet zwar, dass diese Regionen unter Kontrolle der syrischen Opposition stehen, faktisch hat aber die Türkei die uneingeschränkte Herrschaft dort. Es handelt sich bei diesen Regionen, insbesondere Afrin, um syrische Staatsgebiete, die von der Türkei völkerrechtswidrig besetzt werden.⁹ Mit Ausnahme von Afrin und Ras Al-Ain, die hauptsächlich von Kurden bewohnt waren, sind diese Gebieten in der Regel mehrheitlich von arabischen Sunniten besiedelt.

Idlibs Christen lebten in der gleichnamigen Provinzhauptstadt und in einigen Dörfern wie Yaacoubiya, Ghassania, Quenya und El Jadida. Auch in der Stadt Dschir asch-Schughur lebten bis 2011 einige Christen. Vor dem Vorrücken der syrischen Rebellen, der FSA, der Al Nusra-Front oder des IS, sind die meisten Christen in die Regionen unter der Kontrolle von Assads Truppen geflohen. Auch wenn sich die FSA als moderat bezeichnete, ist kein großer Unterschied zwischen dem Verhalten ihrer Kämpfer gegenüber Christen und dem Verhalten der Mitglieder der Al Nusra Front oder des IS erkennbar. Wie viele Christen genau in Idlib lebten, ist nicht bekannt. Man geht von etwa 12.000 aus. Verschiedenen Quellen zufolge haben nahezu alle Christen Idlib verlassen.¹⁰

Ende des christlichen Lebens unter der türkischen Besatzung

Wie bereits erwähnt leben kaum Christen in den Gebieten, die von den syrischen Islamisten und dem türkischen Militär beherrscht werden wie Afrin oder Ras Al-Ain. Diese syrisch-kurdische Regionen waren eine Oase der Glaubensfreiheit. Mit der Besatzung Afrins durch die türkische Armee im

⁹ <https://www.bundestag.de/blob/546854/07106ad6d7fc869307c6c7495eda3923/wd-2-023-18-pdf-data.pdf>

¹⁰ <http://www.bbc.com/arabic/in-depth-42613066>

März 2018 und Ras Al-Ain im Oktober 2019 wurden die christlichen Gemeinden zerstört. In Afrin existierte bis März 2018 die jüngste christliche Gemeinde im Nahen Osten. Fast alle Christen sind aus Afrin geflohen oder wurden vertrieben. Dort treiben jetzt die mit der Türkei verbündeten Islamisten ihr Unwesen. In Afrin herrscht jetzt faktisch das islamische Scharia-Recht. Das trifft besonders Frauen und Andersgläubige hart. Doch wer sich dem nicht unterwirft, wird drakonisch bestraft. Afrin beherbergte außer sunnitischen Kurden auch kurdische Yeziden, Aleviten/Alawiten sowie Christen. Im Februar 2015, als ein GfbV-Mitarbeiter die Region besuchte, lebte dort nur noch ein Armenier mit seinem Sohn. Da das Gebiet im Norden und Westen nahezu vollständig von der Türkei und im Süden und Osten von syrischen islamistischen Rebellen abgeriegelt war, durften sich diese Armenier nur noch innerhalb von Afrin bewegen. Die anderen Christen in Afrin waren in den vergangenen Jahren zum Islam konvertiert. Laut der Evangelical Christian Union Church gab es dort vor dem Einmarsch der türkischen Armee ungefähr 200 bis 250 christliche Familien (etwa 1.200 Personen). All diese Christen mussten mit dem Einmarsch der türkischen Truppen aus Afrin fliehen. Dort leben jetzt keine Christen mehr.¹¹

Christen im Machtbereich der SDF

Syrien ist ein multiethnisches Land, obwohl die große Mehrheit arabisch ist. Die größte ethnische Minderheit stellen die Kurden dar. Sie sind nun auch zu einer eigenständigen Konfliktpartei geworden, auch weil viele von ihnen allein kurdische Interessen im Blick haben und eine autonome Selbstverwaltung ihrer Siedlungsgebiete nach Vorbild der autonomen Region Kurdistan im Irak anstreben. Die syrischen Kurden sind in weiten Teilen militärisch organisiert, kämpfen aber im Bürgerkrieg mehrheitlich auf keiner Seite. Sie wurden in den vergangenen Jahrzehnten vom Regime unterdrückt und sind daher keine Verbündeten von Präsident Assad. Allerdings kommt es auch nicht zu einer Allianz mit der restlichen syrischen Opposition, auch weil diese von der Türkei unterstützt wird und das Verhältnis zwischen Kurden und der Türkei vorbelastet ist durch die Jahrzehnte der Verfolgung der Kurden durch alle Regierungen der Türkei. Dort ist die auch in Deutschland verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) seit 1984 aktiv. Der völkerrechts-

¹¹ https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2018/2018-o5_Memorandum_Afrin_Gfbv.pdf

widrige Angriffskrieg¹² der Türkei gegen die kurdische Region Afrin im äußersten Nordwesten Syriens führte dazu, dass die Mehrheit der Kurden in Syrien endgültig mit der protürkischen syrischen Opposition brach. Die Kurden würden sich jetzt mehrheitlich für die Assad-Diktatur entscheiden und nicht für eine Herrschaft der Islamisten, die von der Türkei unterstützt werden.

Nach der Besetzung Afrins durch die Türkei im März 2018 beherrscht das von Kurden angeführte Militärbündnis „Syrische Demokratische Kräfte“ (Englisch Syrian Democratic Forces, kurz: SDF) noch die Region vom Euphrat bis Tigris im Nordosten von Syrien. In diesem Gebiet, in der Provinz al-Hasakeh, sind die christlichen Assyrer-Aramäer zu Hause. Hier fanden in den vergangenen Jahren auch viele Christen aus anderen Teilen des Landes Schutz.¹³ Dieses Gebiet ist heute von besonderer Bedeutung: Kurdische Organisationen hatten das „Kurdengebiet“ im Norden des Landes in die drei Kantone unterteilt – ohne Absprache oder Zustimmung der Regierung in Damaskus oder anderer Staaten – und im Januar 2014 für autonom erklärt. Im Kanton Jazira, so wird die Provinz al Hasakeh genannt, erhielten Assyrer-Aramäer, die in dieser Region auf eine lange Tradition zurückblicken können, lange nicht gekannte Rechte: Ihre nahezu ausgestorbene Sprache Aramäisch wurde erstmalig in der Geschichte der Region als offizielle Sprache, auch im Schulunterricht, anerkannt. Darüber hinaus dürfen sie in Jazira ihre Religion frei ausüben und müssen sich nicht vor Diskriminierung fürchten. Eine Verfassung soll diese Rechte absichern. Die von islamistischen Gruppen regelmäßig attackierte Region ist für die Assyrer-Aramäer Syriens von zentraler Bedeutung, müsste aber für ihr Überleben dringend Unterstützung von außen erhalten. Bedarf gibt es hier insbesondere beim Aufbau der schulischen Infrastrukturen, bei der Wasserversorgung und im Agrarsektor. Doch nicht alle christlichen Organisationen wollen mit der von Kurden dominierten autonomen Selbstverwaltung kooperieren. Oft fürchten die Christen Sanktionen seitens des Assad-Regimes oder der Türkei, wenn sie mit der „kurdischen Verwaltung“ zusammenarbeiten. Eng integriert in die autonome Selbstverwaltung ist die christliche Partei Suryoye-Einheitspartei (Syrian Union Party, SUP). Diese Partei hat auch eine eigene Miliz, die in die SDF eingegliedert ist.

¹² <https://www.bundestag.de/blob/546854/07106ad6d7fc869307c6c7495eda3923/wd-2-023-18-pdf-data.pdf>

¹³ https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2016/Nordsyrien_Reisebericht_compressed.pdf

Die SUP stellt den Vize-Präsidenten des Exekutiven Rates der Autonomiebehörde im Kanton Jazira.¹⁴ Eine andere christliche Organisation, die Assyrische Demokratische Organisation (ADO), ist in der Opposition.¹⁵ Während eines Aufenthaltes in al-Hasakeh 2019 bzw. in Qamischli trafen GfbV-Mitarbeiter auch Vertreter der ADO. Die ADO ist eine assyrische Organisation in Syrien sowie in Europa. Sie wurde 1957 gegründet. Die ADO kämpft nach eigener Darstellung für den Schutz und die Erhaltung der Interessen und Minderheitenrechte des assyrischen Volkes. Sie engagiert sich in der von syrischen Islamisten unterwanderten „Syrischen Nationalen“. Im Gegensatz zur ADO arbeitet die SUP eng mit der PYD zusammen und ist an allen politischen, administrativen und militärischen Strukturen der Autonomiebehörde in Nordsyrien beteiligt.

In al-Hasakeh besuchten GfbV-Mitarbeiter in den vergangenen Jahren mehrmals die Zentrale der christlichen Miliz Sutoro. Hierbei handelt es sich um eine christliche assyrisch-aramäische Miliz, die im Nordosten Syriens, vor allem in der Provinz al-Hasakeh, aktiv ist. Sie ist der SUP untergeordnet. Sutoro soll über mindestens 1.000 Kämpfer verfügen. Um das Jahr 2011 sollen in der gesamten Provinz al-Hasakeh (heute Kanton Jazira) nach eigenen Angaben 150.000 Christen gelebt haben, von denen seitdem mindestens die Hälfte ausgewandert ist.¹⁶

Die Staatsform des zukünftigen Syrien ist für Christen von existenzieller Bedeutung. Viele Christen in Nordsyrien unterstützten das Konzept der autonomen Selbstverwaltung. Viele oppositionelle Gruppen wollen jedoch „mehr Islam“ in allen staatlichen Strukturen. „Wir wollen aber ein demokratisches, pluralistisches, dezentrales, säkulares System in Syrien, das die Rechte alle Minderheiten garantiert“, sagte Abu Al-Majd, Angehöriger der christlichen Sutoro-Miliz aus al-Hasakeh.¹⁷ Die Selbstverwaltung in den von Kurden gehaltenen Gebieten Nordsyriens, das oft als „Rojava“ bezeichnet wird, garantiert die sprachlichen und kulturellen Rechte der christlichen Assyrer-Chaldäer-Aramäer. Die staatlichen Behörden der autonomen Selbstverwaltung verwenden in der Regel drei Sprachen: Arabisch, Kurdisch und Aramäisch. Diese Gleichberechtigung ist sehr wichtig, besonders für Aramäisch. Diese Sprache, die zu den bedrohten Sprachen gehört, findet in Rojava immer mehr

¹⁴ Die SUP ist eine politische Partei in Syrien, die nach eigenen Angaben die Interessen des assyrischen-aramäischen Volkes vertritt.

¹⁵ https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2016/Nordsyrien_Reisebericht_compressed.pdf

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Interview mit dem Autor am 25.03.2016 in al-Hasakeh.

Beachtung. Auch wenn Christen zahlenmäßig in der Minderheit sind, ist Aramäisch als amtliche Sprache in der Region eingeführt worden. Zum Beispiel findet man auf Schildern der Behörden der Autonomiebehörde auch Angaben auf Aramäisch. Auch in den christlichen Dörfern stehen mittlerweile dreisprachige Straßenschilder.

Hin und wieder kommt es zu Streitereien zwischen Christen, die mit der autonomen Selbstverwaltung arbeiten und denjenigen, die gegen die Autonomie sind. Im Sommer 2018 eskalierte der sogenannte „Schul- und Sprachenstreit“ in der Region. Auf Drängen der SUP veranlasste die selbsternannte „Autonome Selbstverwaltung“ in Jazira alle christlichen Privatschulen, die von verschiedenen christlichen Kirchen sowie von Privatpersonen, Angehörigen der assyrisch-aramäischen und armenischen Minderheit geführt werden, sich zu registrieren. Mit dieser Entscheidung sollte sich die aramäische Sprache im Unterricht, der Verwaltung und in den Lehrmaterialien an diesen Privatschulen durchsetzen. Dort wird in der Regel auf Arabisch unterrichtet. Die Schulen, Zeugnisse und Lehrmaterialien werden aber von der Regierung in Damaskus nicht anerkannt. Daher wehrten sich die Privatschulen gegen eine Registrierung bei der autonomen Verwaltung. Es kam auch zu Demonstrationen der Christen gegen die Schulpolitik der Autonomiebehörde, weil sie verhindern wollten, dass ihre Kinder keinen anerkannten Schulabschluss erwerben. Die Privatschulen befürchteten außerdem eine gewisse Ideologisierung der Lehrmaterialien durch die christliche Organisation SUP oder durch die in Nordsyrien regierende pro-kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD). Die GfbV wandte sich damals an die Autonomiebehörde mit der Bitte, diesen Streit im Interesse aller Beteiligten zu lösen.¹⁸ Auch das Oberhaupt der syrisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Ignatius Ephräm II. Karim, vermittelte in dem Streit.

Die Flucht der Christen aus Syrien

Wenn Christen aus Syrien ins Ausland fliehen, kommen zuerst die Nachbarländer Libanon, Jordanien oder Irak als Ziele in Frage. Ein Grund, warum viele Christen in diese Länder fliehen, sind ihre Verbindungen zu ihren „Mutterkirchen“ in diesen Ländern. Beispielsweise im Libanon angekommen, suchen die Flüchtlinge Hilfe bei den jeweiligen Kirchen, die im Libanon vorhanden sind. Da der libanesisische Staat befürchtet, in den blutigen syrischen

¹⁸ <https://www.gfbv.de/de/news/christen-fuerchten-schliessung-ihrer-schulen-in-nordsyrien-9354/>

Bürgerkrieg hineingezogen zu werden, gewährt er den Geflüchteten oft nicht die notwendige Hilfe. Die libanesische Regierung wollte zunächst auch keine Camps für Geflüchtete einrichten, weil sie der Annahme war, dass sich diese Lager in Hochburgen von Rebellen verwandeln könnten. Außerdem war der Großteil der Geflüchteten muslimischen Glaubens. Deshalb wagten es viele Christen nicht, sich für Hilfsprogramme zu registrieren. Denn sie befürchteten, an islamistische Gruppen verraten werden zu können. Spürbar war diese Angst selbst dort, wo Aufnahmestaaten wie die Türkei Lager speziell für christliche Flüchtlinge einrichteten. Viele Flüchtlinge zogen es – wohl nicht immer ganz freiwillig – vor, in die Dörfer des Umlandes auszuweichen und bei den dort ansässigen christlichen Familien unterzukommen. Dies wird von den Gastgebern aber nicht als Dauerlösung erachtet. Problematisch ist auch, dass es durch die weite Zerstreung der Geflüchteten keine Möglichkeit zur zentralen Informationsversorgung gibt, wie etwa über mögliche Asylangebote.

Handlungsempfehlungen und Forderungen an die Autonome Selbstverwaltung in Nordsyrien und die SDF

1. Es müssen sofort neue und bedingungslose Gespräche zwischen allen politischen Parteien einschließlich dem KNCS¹⁹, der Nationalen Allianz der kurdischen Parteien²⁰ und der kurdischen Peşverû-Partei²¹ sowie der ADO über die Erweiterung der Strukturen der autonomen Selbstverwaltung aufgenommen werden. Eine breite politische Basis der Selbstverwaltung wird sowohl die Überlebenschance von Rojava erhöhen als auch die Demokratie und die Menschen- und Minderheitenrechte stärken.
2. Es muss Sorge dafür getragen werden, dass die Arbeit der Behörden in Nordsyrien transparenter wird. Ohne Transparenz kann eine Verwaltung nicht lange erfolgreich funktionieren.
3. Es muss dafür gesorgt werden, dass das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung sowie die Pressefreiheit vollständig gewährleistet werden.

Handlungsempfehlungen und Forderungen an die deutsche Bundesregierung

Die deutsche Bundesregierung gewährt der syrischen Opposition seit Jahren Hilfe.²² Oft wird die finanzielle Hilfe über die Türkei oder von der Türkei aus geleistet. Daher fordert die GfbV von der deutschen Bundesregierung, sich sowohl bei der türkischen Regierung als auch bei den syrischen islamistischen Gruppen, die Hilfe aus Deutschland erhalten, dafür einzusetzen, dass

1. die Gewalt islamistischer Kampfverbände der Opposition gegen die Zivilbevölkerung, insbesondere gegen Christen und andere Minderheiten eingestellt wird.
2. alle oppositionellen Gruppen die Einhaltung der Menschenrechte garantieren. Oppositionelle Gruppen müssen in den von ihnen kontrollierten Gebieten die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sowie Menschenrechte für alle gewährleisten. Sie müssen freien Zugang für internationale und lokale Kommissionen erlauben, die die Gefängnisse, die sie unterhält, untersuchen wollen.
3. die Verantwortlichen für schlimmste Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ferner wird die deutsche Bundesregierung aufgefordert,

1. dafür zu sorgen, dass der türkische Angriffskrieg und die völkerrechtswidrige Besetzung in Afrin, Ras Al-Ain und in anderen Gebieten Nordsyriens international verurteilt werden; die türkische Armee muss sich aus diesen Gebieten zurückziehen. Die Politik der Türkei sorgt für mehr Instabilität, mehr Konflikte, mehr Geflüchtete und vor allem mehr radikalen Islam in Syrien. Der autonome Status von Afrin und in anderen Regionen innerhalb Syriens muss wiederhergestellt werden.
2. dafür zu sorgen, dass die Zivilbevölkerung in ganz Syrien ausreichend mit Medikamenten und Lebensmitteln versorgt wird. Die Zivilbevölkerung muss vor Übergriffen geschützt werden.
3. alle Pläne in Kooperation mit anderen westlichen Regierungen, in Syrien militärisch zu intervenieren, nur dann in Betracht zu ziehen, wenn ein vollständiges Konzept für die Lösung der bestehenden innersyrischen

²² <https://www.tagesspiegel.de/politik/49-millionen-euro-fuer-assad-gegner-bundesregierung-hilft-idlib-rebellen-in-syrien/23247768.html>

Konflikte „auf dem Tisch liegt“. Die Minderheiten und die gesamte Zivilbevölkerung müssen nicht nur vor Assads Luftwaffe, sondern auch vor marodierenden bewaffneten Gruppen jeglicher Couleur vor Ort geschützt werden. Die Bevölkerung in Syrien darf nach einem militärischen Eingreifen nicht ihrem Schicksal überlassen werden, wie etwa in Somalia.

4. Unterstützung für jegliche oppositionellen Gruppen in Syrien daran zu knüpfen, dass in einer neuen Verfassung die sprachlichen, kulturellen und administrativen Rechte der Assyrer-Aramäer-Chaldäer, Kurden, Armenier und anderer ethnischen Minderheiten sichergestellt werden. Christen, Yeziden, Alewiten und Drusen müssen vollständige Glaubensfreiheit genießen.
5. so schnell wie möglich eine internationale Syrienkonferenz einzuberufen. Auf dieser Konferenz muss ein Friedensprozess angestoßen werden, an dem alle Syrer, neben der Opposition und dem Regime auch alle Minderheiten, beteiligt sind. Außerdem müssen alle ausländischen Akteure an einer konstruktiven Lösung des Konflikts mitarbeiten.
6. dafür zu sorgen, dass die Zivilbevölkerung auch im autonomen selbstverwalteten Nordsyrien humanitär unterstützt wird, insbesondere bei der Bereitstellung von Trinkwasser und Strom. Auch die zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen, die sich in Nordsyrien engagieren, sollten verstärkt finanziell unterstützt werden.
7. dazu beitragen, dass die Konflikte unter kurdischen Parteien sowie unter Kurden und Assyrern-Aramäern-Chaldäern friedlich und im Sinner aller Beteiligten gelöst werden.
8. die türkische Regierung dazu zu bewegen, dass Grenzübergänge nach Nordsyrien, Afrin, Kobani und Qamischli dauerhaft für Personen, Handel und vor allem humanitäre Hilfe geöffnet werden.
9. die von der türkischen Regierung beabsichtigte „Schutzzone“ in Nordsyrien nicht zu unterstützen. Stattdessen sollte sich Ankara dort um einen Ausgleich mit den Christen und Kurden bemühen.

Die Türkei als schwere Bedrohung für die Christen in Nordsyrien 2018 bis 2020

Erdogans Kurdenfeindschaft, die konfuse Syrienpolitik von US-Präsident Trump und die Christen zwischen drin

Gerhard Arnold (Autorenvorstellung siehe S. 115)

Der 9. Oktober 2019 wurde ein Schicksalstag für hunderttausende von Menschen in Nordostsyrien, für Kurden, Armenier, Assyrer, andere Christen und weitere Minderheiten. An diesem Tag schickte der türkische Staatschef Erdogan nach langer Vorbereitung tausende seiner Soldaten und protürkische Milizen in den Nordosten Syriens, in das Gebiet der kurdischen Selbstverwaltungszone, meist Rojava genannt.¹ Erdogans Ziel war die gewaltsame Schaffung einer sog. Sicherheitszone entlang der syrisch-türkischen Grenze vom Euphrat im Westen bis zum Irak in einer Tiefe von 30 Kilometern und rund 470 Kilometer Länge. Die kurdisch geführten Syrian Democratic Forces (SDF), eine gut trainierte und von den USA ausgerüstete Kampftruppe, sollten aus diesem Gebietsstreifen dauerhaft vertrieben werden.

Die nachfolgende Studie beschreibt die Tragödie für die Christen² in Nordsyrien seit dem Frühjahr 2018. Der zweite türkische Angriff in der Region auf das Gebiet Afrin traf etliche christliche Gemeinden und führte zu ihrer Vertreibung, ein Vorspiel der größeren Militäroperation seit dem 9. Oktober 2019. Diese Studie zeichnet die Rahmenbedingungen nach, widmet sich den

¹ Offiziell heißt sie Autonomous Administration of North and East Syria (AANES). Zur Geschichte der Verwaltungszone siehe als erste Orientierung den Artikel Rojava bei Wikipedia online, deutsche Ausgabe.

² Im englischen Sprachgebrauch wird zwischen dem Adjektiv syrian und syriac unterschieden. Syriac meint syrisch im Blick auf das Land. Spricht man von den syriac christians, so bezieht sich syriac auf den ganz speziellen christlichen Aspekt der alten syrischen Sprache, genauer auf das Aramäische, das Jesus gesprochen hat. In der folgenden Studie wird syriac im Deutschen in der Regel mit christlich-syrisch wiedergegeben. Als Umgangssprache unter Christen wird das Westaramäische nur noch in der Gegend von Maalula nördlich von Damaskus gepflegt. Siehe dazu z. B. Karin Leukefeld, Zu Besuch bei den Christen von Maalula in Syrien: Wo man „Jesus-Sprache“ spricht, Domradio online vom 19.01.2009.

zahlreichen Stellungnahmen syrischer Christen und Kirchenführer innerhalb und außerhalb von Syrien. Sie schildert mit vielen Details die dramatischen Konsequenzen für die Christen in den vom türkischen Angriff betroffenen Städten und Orten.

Die Christen in Nord- und Nordostsyrien

In Nordsyrien gibt es mehrere alte christliche Siedlungsräume.³ In der traditionellen syrischen Wirtschaftsmetropole Aleppo lebten bis zum Beginn des Syrienkrieges im Jahr 2011 ungefähr 150.000 Christen sehr unterschiedlicher Konfessionen. Seit der Rückeroberung der Stadt bis Weihnachten 2016 befindet sie sich wieder fest in Regierungshänden und hat heute noch etwa 35.000 christliche Bewohner. Östlich des Euphrat finden sich die größten christlichen Siedlungsschwerpunkte in den beiden Großstädten Qamishli und Hassake, letztere Hauptstadt der gleichnamigen Provinz. Daneben lebten Christen direkt an der syrisch-türkischen Grenze zwischen Kobane im Westen über Tal Abyad, Ras al-Ayn und Qamishli bis weit im Osten in Al-Malikiya/Dêrik nahe der irakischen Grenze.

Nach gründlichen Recherchen nannte Otmar Oehring gegenüber dem Evangelischen Pressedienst (epd) am 19. Oktober 2019 die Zahl von 30.000 bis 40.000 noch verbliebenen Christen in Nordostsyrien.⁴ Im Jahr 2004 können es, so Oehring, bis zu 100.000 gewesen sein.

Drei Bischöfe nehmen in dem Gebiet die geistliche Leitung ihrer Gemeinschaften wahr. Am bekanntesten ist der syrisch-katholische Erzbischof Jacques Behnan Hindo, seit Juli 2019 im Ruhestand. Inzwischen amtiert Fr. Joseph Chamil als Patriarchal-Administrator.⁵ Wenig bekannt sind der Bischof

³ Otmar Oehring hat im Herbst 2019 eine weiterhin aktuelle und sehr ausführliche Studie vorgelegt: Zur Lage und den Perspektiven der Christen in Nord- und Nordostsyrien, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2019. Geografisch weiterreichender, aber deutlich komprimierter Gerhard Arnold, Syrienkonflikt: Religiöse Minderheiten unter Druck, in: Europäische Sicherheit & Technik (hrsg. vom Mittler-Verlag, Bonn), Heft April 2020, S. 22-25.

⁴ Experte: Christen in Nordsyrien begrüßen mögliche Rückkehr Assads, Evangelisch.de vom 19.10.2019. Die folgende Zahl von ihm im Text ebenfalls aus diesem Beitrag. Nimmt man seine Einzelaufstellungen in seiner Studie, so kommt man auf die genauere Angaben von etwa 32.000 Christen. Siehe auch die Angabe in den Vatican News: „Im Nordosten Syriens leben rund 30.000 bis 40.000 Christen verschiedener Konfessionen.“ (Syrien: Der Anfang vom Ende für die Christen?, Vatican News online vom 14.10.2019).

⁵ Siehe dazu die offizielle Anzeige auf der Homepage von GCatholic (www.gcatholic.org) in der Rubrik: Syriac Archdiocese of Hassaké–Nisibi Syria (Stand 21.05.2020).

der Assyrischen Kirche des Ostens, Mar Athniel Aprim⁶ und der syrisch-orthodoxe Erzbischof Eustathius Matta Roham von Jezira und Euphrat⁷. Ersterer ist Bischof für ganz Syrien, residiert aber nicht in Damaskus, wo sich lediglich eine einzige Gemeinde befindet, sondern im Zentrum der assyrischen Christen, in der Provinz Hassake. Alle drei haben ihren Dienstsitz in der Provinzhauptstadt Hassake. Für die armenisch-katholischen Christen in dem Gebiet ist der armenisch-katholische Erzbischof von Aleppo, Boutros Marayati, zuständig.⁸ Darüber hinaus betreut Monsignore Nidal Thomas als Vikar die chaldäisch-katholischen Christen in der Region Jazeera.⁹

Die Christen in der kurdischen Selbstverwaltungszone Rojava

Bereits 2014 hatten die Kurden in Nordsyrien, zusammen mit christlichen, arabischen und anderen Verbündeten eine Art teilautonome Übergangsverwaltung in ihrem Gebiet aufgebaut, am 17. März 2016 dann eine autonome Verwaltung (AANES) mit entsprechenden Behörden. Im Zuge fortschreitender Kampfhandlungen mit dem „IS“ und ständiger Geländegewinne bis März 2019 konnte das Verwaltungsgebiet im Süden, Südosten und Osten bis zur irakischen Grenze ausgedehnt werden. Nach im Westen verbreiteter Auffassung gelang es den Kurden im Bündnis mit arabischen Stämmen und christlichen Gruppen in diesem multiethnischen und multireligiösen Raum eine beachtliche religionstolerante und effektive Regierung aufzubauen, die auch den christlichen Kirchen große Entfaltungsmöglichkeiten bietet.¹⁰ Starke au-

⁶ Siehe z. B. die Infoseite <https://orthodoxia.ch/en> unter der Namensrubrik Aprim Athniel.

⁷ Siehe z. B. Speech of Mor Eustathius Matt Roham at the Funeral of Mor Dionysios Behnam Jejawi, Orthodox Cognate Page online (<https://theorthodoxchurch.info>) vom 20.02.2014.

⁸ Über die Zuständigkeiten siehe z. B. den informativen Bericht über die Beisetzung des ermordeten armenisch-katholischen Priesters Petoyan von Qamishli: Armenischer Priester und dessen Vater in Deir ez Zor ermordet: „Für uns sind sie Märtyrer; der Krieg ist nicht zu Ende“, Fides online vom 12.11.2019.

⁹ Siehe z. B. Northern Syria: Between War Planes And Coronavirus, Interview with Msgr. Nidal Thomas: “We are not afraid, but we don’t know what the future holds for us.” Homepage von ACN Canada (<https://acn-canada.org>) vom 29.04.2020.

¹⁰ Siehe dazu die ausführliche Studie Rojava – „Schutzzone“ für religiöse und ethnische Minderheiten in Nordsyrien?, Bericht über eine Recherchereise, hrsg. von der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Göttingen Juni 2016, die von Kamal Sido nach einer aufwändigen Informationsreise erarbeitet wurde. Er kommt zu einem insgesamt günstigen Urteil. Aktualeller, aber mit gleichem Urteil ders., Syrien - Christen in Angst, Heise online vom 21.04.2019. - Kritischer Otmar Oehring (aaO).

toritäre Züge sind aber unverkennbar. Die Kurden stellen nur eine Minderheit in Nordostsyrien, haben jedoch in der Autonomieverwaltung faktisch alle politischen Fäden in der Hand. Die maßgebliche Partei ist die PYD, die „Partei der Demokratischen Union“ und politisch eng mit der kurdischen PKK in der Türkei verbunden.¹¹

Amr Salahi hat in Al Araby eine ruhige und sachliche Analyse vorgelegt, die die zahlreichen düsteren Seiten dieser kurdischen Verwaltung beim Namen nennt, so z. B. ihre Vertreibungspolitik gegenüber Arabern insbesondere im Jahr 2015.¹² Auch Amnesty International habe Anlass zu Kritik gehabt. Dennoch biete Rojava im Vergleich zur Assad-Tyrannie Sicherheit und ein gewisses Maß an Freiheit.

Zur Problemlage der Christen in Nordostsyrien gehört ihre politische Uneinigkeit. Es geht dabei v. a. um die Nähe zur kurdischen Selbstverwaltung von Rojava bzw. zur Zentralregierung in Damaskus. Ihr Verhältnis zur kurdisch dominierten Selbstverwaltung Rojava ist spannungsreich bis feindselig.¹³ Dieser Sachverhalt wird im Verlauf der Studie immer wieder in Erscheinung treten.

Klar auf Seiten der Autonomieverwaltung stehen etliche syrische Christen, Assyrer und Aramäer, die sich als klare politische Opposition zum Assad-Regime verstehen, ein freiheitliches, demokratisches und pluralistisches Staatswesen wünschen, Gleichberechtigung aller Staatsbürger, Religionsfreiheit und ein tolerantes Zusammenleben der verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen. Der Syriac National Council,¹⁴ im Januar 2013 gegründet, unterstützt dieses Ziel und versteht sich nicht als politische Partei, sondern als eine Aktionsplattform und Bewegung Gleichgesinnter ohne feste Organisation. Gründungsmitglied und ihr Vorsitzender ist der Christ Bassam Ishak. Die Syriac Union Party,¹⁵ bereits 2005 als Oppositionspartei

¹¹ Zur ersten Orientierung siehe den Artikel Partiya Yekîtiya Demokrat bei Wikipedia, deutsche Ausgabe. Sehr gründliche und ausführliche Analyse der Rolle der PYG in Syrien seit 2011 bei Katharina Lack, Die Lage in den kurdischen Gebieten Syriens: Politische Akteure und ihre Entwicklung seit 2011, in: Günter Seufert (Hg.), Die Kurden im Irak und in Syrien nach dem Ende der Territorialherrschaft des „Islamischen Staates“, Die Grenzen kurdischer Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik [Berlin], SWP-Studie 11, Juli 2018, S. 58-78.

¹² Amr Salahi, Turkey, the Kurds and the demographic re-engineering of Syria, Al Araby online (englische Ausgabe) vom 16.10.2019.

¹³ Oehring (aaO) S.14-18 nennt eine ganze Reihe von Belastungen und Unzuträglichkeiten für die Menschen, insbesondere der Christen, in der Rojava-Region.

¹⁴ Zum Selbstverständnis siehe seine offizielle Homepage, englische Fassung: <http://syriancouncil.org/en>.

¹⁵ Zur ersten Information siehe den Artikel Syriac Union Party (Syria) bei Wikipedia online, englische Ausgabe.

zum Assad-Regime gegründet, unterstützte in Nordsyrien von Anfang an die kurdischen Autonomiebestrebungen und ist politisch eng mit der kurdischen Selbstverwaltung verbunden. Sie gründete auch einen militärischen Arm der syrischen Christen, das Syriac Military Council (MFS)¹⁶ und schuf eine eigene Miliz, die Sutoro, zahlenmäßig sehr überschaubar, die in das Netzwerk der Syrian Democratic Forces eingebunden ist und sich am Kampf gegen den „IS“ beteiligte. Ihr Präsident ist der Christ Sanharib Barsom. Zur Assyrian Democratic Organisation (ADO)¹⁷, bereits 1957 gegründet, die ähnliche freiheitliche und demokratische Ziele verfolgt, bestehen aber deutliche Differenzen, da diese mit der Türkei-nahen Opposition verbunden ist.

Der türkische Präsident Erdogan und die Kurdenfrage¹⁸

Mit großem Missmut beobachtete Präsident Erdogan, dass es den syrischen Kurden seit Ende 2015 in schweren Kämpfen zunehmend gelungen ist, die großen Gebietsgewinne der Terrormiliz des „Islamischen Staates“ rückgängig zu machen und sie aus dem kurdischen Siedlungsgebiet östlich des Euphrat und entlang der Grenze zur Türkei zurückzuschlagen. Die maßgeblichen kurdischen Kampfverbände der YPG (Volksverteidigungseinheiten)¹⁹ agieren militärisch unabhängig von ihren türkischen Gesinnungsgenossen und haben bis in die Gegenwart zu keinem Zeitpunkt Absichten zu militärischen Operationen gegen die Türkei erkennen lassen. Die YPG ist Teil des größeren Kampfverbundes der Syrian Democratic Forces (SDF), zu denen auch arabische, turkmenische und christliche Milizen gehören, die aber kurdisch geführt wird. Präsident Erdogan betrachtete dieses sich räumlich erweiternde de facto Staatswesen Rojava als existentielle Bedrohung für die Sicherheitsinteressen der Türkei. Er befürchtete auch, dass die engen politischen Be-

¹⁶ Zur ersten Information siehe den Artikel Assyrischer Militärrat bei Wikipedia online, deutsche Ausgabe.

¹⁷ Zur ersten Information siehe den Artikel Assyrian Democratic Organization in Wikipedia online, englische Ausgabe.

¹⁸ Zu dieser speziellen Thematik liegen sehr viele wissenschaftliche Studien und fachjournalistische Beiträge vor. Siehe nur in kleiner Auswahl Gülistan Gürbey, Zwischen den Fronten, Die Kurden in Syrien, in: Politische Studien (hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung), Band 553, S. 84-89; Savas Genc, Türkische Kehrtwende, Ankara will um jeden Preis einen Kurdenstaat in Syrien verhindern, in: Internationale Politik (IP), Januar / Februar 2018, S. 70-74.

¹⁹ Zur ersten Information siehe den Artikel Volksverteidigungseinheiten bei Wikipedia online, deutsche Ausgabe.

ziehungen zwischen den Kurden beidseits der Grenze die separatistischen Kräfte in der Türkei stärken könnten.²⁰ Von Rojava gingen und gehen aber bei ruhiger Betrachtung keinerlei Bedrohungen für die Türkei aus. Die ganz andere Wahrnehmung Erdogans, seiner Partei und seiner Anhänger führte aber etwa seit Jahresbeginn 2016 zu immer klareren Plänen, in Nordsyrien militärisch einzugreifen, um der befürchteten weiteren kurdischen Expansion entgegenzutreten. Die YPG, die kurdischen Kampfverbände, sollten dadurch zerschlagen werden.²¹

Zweiter türkischer Angriff 2018

Der zweite²² türkische Kriegeakt begann am 20. Januar 2018 und richtete sich gegen die nordwestlichste syrische Region, Afrin. Diese Operation Olivenzweig sollte angebliche kurdische Terrorgruppen (die Volksverteidigungseinheiten der YPG) aus der unmittelbaren Grenznähe zur Türkei vertreiben und ihre Strukturen zerschlagen.²³ Im Gebiet Afrin lebten damals mehrheitlich etwa 500.000 Kurden, aber auch geschätzt 350.000 Kriegsflüchtlinge aus Aleppo und Umgebung, lange verschont von den Kampfhandlungen im übrigen Syrien. Nun trugen Kriegsherr Erdogan und seine enthemmten Begleitmilizen Tod und Verderben zu den dort lebenden Menschen, trieben zwischen 200.000 und 300.000 Bewohner in die Flucht, zerstörten Gemeinschaften und ließen Plünderungen, Mord und Vergewaltigungen zu.

²⁰ Siehe z.B. Savas Genc, Türkische Kehrtwende: Ankara will um jeden Preis einen Kurdenstaat in Syrien verhindern, in Zeitschrift für Internationale Politik, Januar / Februar 2018, S. 70-74; Christoph von Marschall, Erdogan und Syrien Es droht der Kampf um Kurdistan: Wie die Türkei den Westen in Syrien in die Rolle des Verräters drängt. Ein Kommentar, Tagesspiegel online vom 22.07.2017; Frank Nordhausen, Ankaras Angst vor einem Kurdenstaat wächst, Stuttgarter Nachrichten online vom 31.08.2017.

²¹ Siehe z.B. Eren Caylan und Maximilian Popp, Türkei in Syrien: Erdogan riskiert einen Flächenbrand - Präsident Erdogan will einen Kurdenstaat verhindern, dafür bereitet er offenbar einen weiteren Einmarsch in Syrien vor. Er riskiert damit den Bruch mit den USA - und die Ausweitung des Bürgerkriegs auf die gesamte Region, SPIEGEL online vom 20.08.2017.

²² Zum ersten türkischen Angriff in Nordsyrien siehe als Erstinformation den Beitrag Türkische Militäroffensive in Nordsyrien 2016/17, in Wikipedia online, deutsche Ausgabe. Siehe auch z.B. Christoph Sydow, Türkische Militäroperation in Syrien: Der IS ist der Vorwand, die Kurden sind das Ziel, SPIEGEL online vom 24.08.2016.

²³ Zur ersten Information siehe den Beitrag Türkische Militäroffensive auf Afrin, in Wikipedia online, deutsche Ausgabe und den Artikel Afrin am selben Ort. Siehe auch z.B. Ulrich von Schwerin, Für die Türkei ist Afrin nur der Anfang, ZEIT online vom 19.03.2018.

Im Gebiet Afrin waren keine traditionellen christlichen Kirchen beheimatet, wohl aber kleine evangelische Gemeinden, die vollständig aus Konvertiten bestanden und deshalb nach dem 20. Januar 2018 schnell das Ziel der jihadistischen Milizen wurden.²⁴ Am 26. Januar 2018 berichtete IDEA: „Viele christliche Familien fürchteten, dass an den Angriffen beteiligte syrische Islamisten Frauen und Kinder töten oder als Sklaven verkaufen könnten. Mehr als 200 christliche Familien seien daher in die Berge geflohen und versteckten sich dort in Höhlen.“²⁵ Alfred Hackensberger schrieb am 28. Januar 2018: „Rund 20.000 Jesiden leben in 21 Dörfern in Afrin. [...] Auch die Christen in Afrin riefen um Hilfe. In mehreren Briefen schrieb der Priester Ali Hakim von der „großen Gefahr, die von der Türkei und ihrer jihadistischen Allianz“ für die 250 christlichen Familien ausgehe.“²⁶ Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV, Göttingen) mit ihrem Nahostreferenten Kamal Sido war die rühmlichste Organisation in Deutschland, die auf die türkischen Gewaltmaßnahmen und auf die dramatischen Folgen für die Kurden und die Minderheiten in der Region mehrfach hingewiesen hat.²⁷ Das katholische Hilfswerk Kirche in Not verbreitete den Hilferuf der evangelikalen Gemeinde des Guten Hirten in Afrin.²⁸

Kamal Sido zog ein Jahr später in seiner ausführlichen Studie über die islamistische Gewaltherrschaft, die sich zwischenzeitlich etabliert hat, eine deprimierende Bilanz und schrieb zum Geschick der Christen: „Laut der Evangelical Christian Union Church gab es vor dem Einmarsch der türkischen Armee ungefähr 200 bis 250 christliche Familien in Afrin (etwa 1.200

²⁴ Details bei Oehring (aaO) S. 21-23 mit vielen Anmerkungen.

²⁵ Notlage der Christen in Afrin nicht ignorieren!, IDEA online vom 26.01.2018.

²⁶ Alfred Hackensberger, Erdoğan's islamistische Bodentruppen in Syrien, Die Presse [Wien] online vom 28.01.2018.

²⁷ Appell an die NATO - Yeziden in Nordsyrien in höchster Gefahr, NATO muss Krieg der Türkei gegen die Zivilbevölkerung stoppen!, Pressemitteilung vom 29.01.2018; Militäroffensive der Türkei in Afrin: „Die Situation der Zivilbevölkerung ist katastrophal“, Kamal Sido im Gespräch mit Christine Heuer, Deutschlandfunk online vom 29.01.2018; Kein Waffen-Deal mit der Türkei! Offener Brief an die Bundesregierung, 02.02.2018; „Hier hat niemand die Türkei bedroht“, Interview mit Kamal Sido, Mitteldeutsche Kirchenzeitungen online vom 06.02.2018.

²⁸ Christen aus Afrin bitten verzweifelt um Hilfe, Dringender Appell einer Gemeinde nach türkischer Offensive in Nordsyrien, Pressemitteilung von Kirche in Not (Deutschland) vom 29.01.2018.

Personen). Alle diese Christen mussten aus Afrin fliehen. Dort leben jetzt keine Christen mehr.²⁹ Mehrere Familien flohen in die kurdische Selbstverwaltungszone Rojava und ließen sich in der Grenzstadt Kobane nieder.

US-Präsident Trump und der angebliche Sieg über den „IS“

Der amerikanische Präsident Donald Trump ist für seine sprunghafte Politik bekannt, auch für seine unzureichenden Kenntnisse in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Kurz nach seinem Amtsantritt am 20. Januar 2017 hat er die US-Kräfte in Nordsyrien verstärkt, um den Kurden bei der Rückeroberung von Rakka, der Hauptstadt des „IS“ zu helfen.³⁰ Nach der Aufstockung sind etwa 2000 US-Soldaten räumlich verteilt in Nordsyrien im Kurdengebiet östlich des Euphrat stationiert gewesen. Die kurdischen YPG-Kräfte, etwa 60.000 Mann stark, bildeten gewissermaßen die Bodentruppen der USA im Kampf gegen den „Islamischen Staat“. Doch nach der Rückeroberung von Rakka durch kurdische Kräfte im Oktober 2017, massiv unterstützt durch die US-Luftwaffe, begann der Schlingerkurs von Trumps Syrienpolitik.³¹

Präsident Trump: Schneller US-Truppenabzug aus Syrien

Es war für die engsten Mitarbeiter von Trump, für die eigene Partei und die Öffentlichkeit der USA sehr überraschend, als dieser am 30. März 2018 in seiner Rede vor Industriearbeitern in Ohio beiläufig auf das Thema Syrien zu sprechen kam:

„Übrigens, wir schlagen ISIS zum Teufel. Wir werden sehr bald aus Syrien herauskommen. Lassen Sie die anderen Leute sich jetzt darum kümmern. (Beifall.) Sehr bald. Sehr bald kommen wir heraus. Wir werden 100 Prozent des Kalifats haben, wie sie es nennen – manchmal als ‚Land‘ bezeich-

²⁹ Kamal Sido, Afrin ein Jahr unter türkischer Besatzung, Heise online vom 20.01.2019.

³⁰ Siehe dazu z. B. Yassin Musharbash, Warum schickt Trump plötzlich Soldaten nach Syrien?, ZEIT online vom 23.03.2017; Inga Rogg, Die Türkei droht den syrischen Kurden, Die syrisch-kurdische YPG hat von den Amerikanern erstmals offiziell Waffen erhalten. Das will Ankara nicht hinnehmen, NZZ online vom 12.05.2017.

³¹ Siehe dazu z. B. Peter Winkler, Die USA wirken in Syrien ratlos, NZZ online vom 01.12.2017.

net. Wir holen alles schnell zurück. Schnell. Aber wir werden sehr bald da rauskommen. Wir werden in unser Land zurückkehren, wo wir hingehören, wo wir sein wollen.“³²

Die internationalen Reaktionen in den Medien waren voller Befremden, auch in Deutschland.³³ Von Seiten syrischer Kirchenführer und bekannter Ordensleute gab es zur Ansage des US-Truppenabzugs keine Kommentare.

Exkurs: Feindbild USA bei vielen syrischen Kirchenleuten

Kein Land hat in der muslimischen Bevölkerung Syriens, aber genauso unter den Christen, ein so schlechtes Image wie die USA, von Israel abgesehen. Die Gründe sind vielfältig.³⁴ Der Blick auf einige von ihnen soll erklären, weshalb im Jahr 2018 und 2019 kirchliche Repräsentanten im Land die Ankündigungen eines US-Truppenabzugs aus Nordsyrien ganz anders wahrgenommen haben als die meisten politischen Analysten im Westen. Die Irak-Intervention der USA 2003 wurde als völkerrechtswidriger Krieg angesehen, als inakzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen arabischen Landes, als gewaltsamer Versuch, westliche Ordnungsvorstellungen diesem Land aufzuzwingen. Man sieht mit Bitterkeit die US-Politik gegenüber dem extrem intoleranten und christenfeindlichen Königreich Saudi-Arabien und beurteilt sie als heuchlerisch, da man sich ja ansonsten als Freund weltweiter Religionsfreiheit präsentiert. Man kritisiert scharf die Unterstützung der anti-palästinensischen Politik Israels durch die USA. Im Mittelpunkt

³² Kompletter Abdruck der Rede im O-Ton: Remarks by President Trump on the Infrastructure Initiative, Issued 30.03.2018, Website des Weißen Hauses. Die Übersetzung des obigen Zitats ins Deutsche erfolgte maschinell durch Google Translate.

³³ Siehe z. B. den Beitrag Trump will US-Truppen aus Syrien abziehen, SPIEGEL online vom 30.03.2018. Informativ ist die wissenschaftliche Studie von Jonas Parello-Plesner, Post-Conflict Stabilization in Syria and the Potential Impact of U.S. Military Withdrawal, Hudson-Institute, Mai 2018.

³⁴ Kevin J. Jones, Why Middle East Christians feel betrayed by the West, Catholic News Agency online vom 03.08.2016; Jonathon van Maren, From the front lines of the culture wars, Syrian Christians to West: Stay out of our country, LifeSiteNews online vom 19.04.2018; Benedict Kiely, The U.S. Is Not a Serious Ally, Say Middle Eastern Christians, National Review online vom 11.06.2018. – Deutsche Beiträge: Jens Dierolf, Syrien-Konflikt: „Man hat uns Christen im Stich gelassen“, Interview: Der syrisch-orthodoxe Patriarch Ignatius Aphrem II Karim fordert im Interview mit Stimme.de mehr Unterstützung von Europa, Heilbronner Stimme online vom 14.02.2017; Ekkehard Rüger, Der Patriarch und sein Blick auf den Syrienkrieg, Westdeutsche Zeitung online vom 10.07.2017.

stünden die US-Wirtschaftsinteressen in der Golfregion, demgegenüber die Interessen der christlichen Minderheiten in der Region nichts wert seien. Die westlichen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten hätten den Christen bisher nur geschadet. Die US-Kriegsführung gegen den „IS“ in Syrien wird ebenfalls abgelehnt.³⁵

Für die allermeisten Gläubigen und Kirchenführer im Herrschaftsbereich von Staatschef Assad, also außerhalb des Kurdengebiets, ist die politische Loyalität zu seinem Regime selbstverständlich.³⁶ Die Gläubigen sehen sich in der Alternative Assad oder eine islamistische Herrschaft, die alle Christen vertreibt.³⁷ Sie meinen auch mehrheitlich, dass Russland die einzig effiziente Schutzmacht der Christen in Syrien darstellt.³⁸

Aufschub des US-Truppenabzugs und Interventionsdrohungen Erdogans

Nach den Irritationen, die Trump mit seiner Abzugsankündigung national und international hervorgerufen hat, kam er in den folgenden Monaten auf dieses Thema nicht weiter zu sprechen.

Am 27. Oktober 2018 hatte der christlich-syrische Politiker Sanharib Barsoum die Gelegenheit, einer politischen Analyseplattform in den USA seine Sicht der amerikanischen Syrienpolitik, der türkischen Pläne und der Rolle der Christen ausführlich zu entfalten.³⁹ Er lobte die US-Präsenz in Syrien, weil so der türkische und iranische Einfluss ausbalanciert und eingedämmt werde. Nach den Irritationen über die erste US-Rückzugsankündigung begrüßte er nun die jüngste Bleibeerklärung des US-Syrienberaters James Jef-

³⁵ Siehe dazu die erste knappe Studie von Gerhard Arnold, Gute Bomben - böse Bomben, in: Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2017 (hrsg. von Thomas Schirrmacher u. a.), S. 92-104.

³⁶ Siehe dazu z. B. „Christen haben positive Erwartung an Assad-Regime“, Interview mit Otmar Oehring, Pro Medienmagazin online vom 22.10.2019.

³⁷ Zu dieser Frage gibt es eine unüberschaubare Vielfalt von Studien. Siehe dazu nur Otmar Oehring, Sehnsucht nach der Vorkriegszeit, Zur Situation der Christen in Syrien, in: Die Politische Meinung 553 (hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung), Nov/Dez 2018, S. 101-104; Madeleine Teahan, Why do Christians in Syria back Assad?, Catholic Herald online vom 20.04.2017.

³⁸ Jayson Casper, Mideast Christians See Russia—not the US—as Defender of Their Faith, Christianity Today online vom 21.06.2018. Siehe auch die Nachweise bei Gerhard Arnold, Gute Bomben - böse Bomben (aaO).

³⁹ Matthew Petti, Exclusive: Syrian Christian leader on the US intervention, Kurdish-Christian relations, Turkish plans for Syria, Realist Review online vom 27.10.2018.

frey. Ohne die US-Präsenz in Nordostsyrien würden die Türken wie in Afrin einmarschieren. Bei einem amerikanischen Abzug stünde auch die Eindämmung des iranischen Einflusses in Syrien auf dem Spiel, die Glaubwürdigkeit der USA in der Region und mehr. Dazu würden 2000 Soldaten ausreichen. Die USA seien am baldigen Erfolg des Genfer Friedensprozesses interessiert. Man wisse doch, dass sie nicht für immer in Syrien bleiben wollen.

Erdogans Angriffsdrohungen waren bitter ernst gemeint. Das zeigte ein erster türkischer Artilleriebeschuss auf kurdische Stellungen am Ostufer des Euphrat.⁴⁰ Staatspräsident Erdogan sagte dazu: „Wir werden weiterhin Bedrohungen für unsere nationale Sicherheit an ihrer Wurzel im Osten des Euphrat beseitigen, so wie wir es im Westen getan haben.“

Auf einer Konferenz in Ankara erfolgte am 12. Dezember 2018 eine weitere Drohung: „Wir werden in wenigen Tagen mit der Operation beginnen, um den Osten des Euphrat von separatistischen Terroristen zu befreien.“⁴¹ Das unverzügliche Kontra eines Pentagon sprechers, jegliche militärische Aktion sei inakzeptabel, sorgte vorübergehend für Beruhigung.⁴²

Neue US-Ankündigung am 19. und 20. Dezember 2018

Genau eine Woche nach dem politischen Schlagabtausch zwischen der Türkei und den USA am 12. Dezember überraschte Präsident Trump Freund und Feind im eigenen Land und bei seinen Verbündeten mit einem neuerlichen Statement. Gemeint sind vier Tweets, eine bei Präsident Trump inzwischen üblich gewordene Art, Politik zu betreiben.⁴³

Der erste am 19. Dezember: „Wir haben ISIS in Syrien besiegt. Das ist der einzige Grund während meiner Präsidentschaft dort zu sein.“⁴⁴

⁴⁰ Dazu gibt es mehrere Agenturmeldungen. Siehe z.B. Zeynep Bilginsoy (The Associated Press), Turkey strikes positions held by US-backed Kurdish fighters in northern Syria, Abdruck in Military Times online vom 28.10.2018. Das folgende Zitat im Text aus diesem Beitrag.

⁴¹ Ezgi Erkoyun (Reuters), Turkey to launch operation against U.S.-backed Kurds in Syria ‘in a few days’, Reuters online vom 12.12.2018.

⁴² Idrees Ali (Reuters), Unilateral military action into northeast Syria ‘unacceptable’ - Pentagon, Reuters online vom 12.12.2018.

⁴³ Die Tweets wurden über den offiziellen Twitter-Account von Präsident Trump abgesetzt: <https://twitter.com/realDonaldTrump>.

⁴⁴ Der erste Tweet erfolgte um 06.29 Ortszeit, der im Text nachfolgende zweite um 16.10 Uhr.

Der zweite einen halben Tag später: „Nach historischen Siegen über den ISIS ist es Zeit, unsere großartigen jungen Menschen nach Hause zu bringen!“⁴⁵

„Es war keine Überraschung, dass wir aus Syrien herauswollen. Ich habe jahrelang dafür geworben und vor sechs Monaten, als ich es öffentlich wollte, stimmte ich zu, länger zu bleiben. Russland, Iran, Syrien und andere sind der lokale Feind des IS. Wir haben dort unsere Arbeit gemacht. Zeit nach Hause zu kommen & wieder aufzubauen.“

„Wollen die USA der Polizist des Nahen Ostens sein, NICHTS dafür bekommen, aber kostbares Leben und Billionen von Dollar ausgeben, um andere zu schützen, die in fast allen Fällen nicht schätzen, was wir tun? Wollen wir für immer da sein? Zeit für andere, endlich das Kämpfen zu Ende zu bringen ...“.

Die New York Times sprach bereits am 19. Dezember 2018 von einer „plötzlichen und chaotischen Art der Entscheidung.“⁴⁶

Das große Erschrecken bei Politikern, in den Medien und bei Politikwissenschaftlern

Jetzt stand angesichts der massiven türkischen Angriffsdrohungen nicht nur die Existenz des kurdischen Selbstverwaltungsprojekts Rojava auf dem Spiel, sondern auch die Glaubwürdigkeit der USA als Partner und Schutzmacht der Kurden, die mit enormen Opfern von etwa 11.000 gefallenen Soldaten in Jahre langen Bodenkämpfen den „IS“ zurückgeschlagen haben. Es ging nicht zuletzt – was im besonderen Interesse dieser Studie liegt – um die Sicherheit, ja das Überleben der Christen in Nord- und Nordostsyrien.

Wie schon Ende März 2018 so waren auch jetzt die allermeisten Medienbeiträge, politische Kommentare⁴⁷ und wissenschaftlichen Analysten im Westen einig, dass ein US-Truppenabzug jetzt nicht zu verantworten sei.⁴⁸

⁴⁵ Der erste erfolgte um 03.42 Uhr, der zweite nachfolgende im Text um 03.56 Uhr.

⁴⁶ Mark Landler, Helene Cooper und Eric Schmitt, Trump to Withdraw U.S. Forces From Syria, Declaring 'We Have Won Against ISIS', New York Times online vom 19.12.2018.

⁴⁷ Siehe dazu z. B. Moritz Baumstieger, Syrien: Was Trumps Befehl zum Truppenabzug bedeutet, SZ online vom 20.12.2018; Christian Böhme und Thomas Seibert, US-Truppenabzug aus Syrien: Warum Trumps Entscheidung Russland und Iran nützt, Der Tagesspiegel [Berlin] online vom 20.12.2018; US-Truppenabzug aus Syrien: „Assad und seine Regierung werden gestärkt“, Volker Perthes im Gespräch mit Sarah Zerback, Deutschlandfunk online vom 20.12.2018; Daniel Steinorth, Nein, die Mission in Syrien ist nicht erfüllt, NZZ online vom 20.12.2018.

⁴⁸ Siehe dazu z. B. Peter Winkler, Trump zeigt sich in der Syrien-Frage beratungsresistent, NZZ online vom 20.12.2018.

Es seien hier z. B. die gediegenen Studien des IISS in London⁴⁹ genannt, des CSIS in Washington⁵⁰, und der US-Fachzeitschrift Foreign Policy⁵¹. In den meisten Publikationen spielte allerdings die Frage der bedrohten Christen und anderer Minderheiten nur eine randständige Rolle.

Entsetzen bei christlich-syrischen Politikern und Christen

Angesichts der existentiellen Bedrohung der Kurden und Christen im Gefolge der Trump'schen Ankündigung haben die beiden syrischen Politiker Sanharib Barsoum und Bassam Ishak ihre Hilferufe wiederholt und verstärkt. Die Syriac Union Party veröffentlichte am 23. Dezember 2018 einen Offenen Brief an die Christen in den USA.⁵² Bei einem türkischen Angriff würden 100.000 syriakische und andere Christen getötet oder vertrieben werden. Der US-Rückzug solle solange unterbleiben, „bis die Sicherheit der syrisch-assyrischen Christen und aller anderen Bevölkerungsgruppen gesichert ist.“ Bassam Ishak, Vorsitzender des Syriac National Council und Repräsentant des Syrian Democratic Council SDC in den USA, wies im Interview am 2. Januar 2019⁵³ für den Fall eines tatsächlichen US-Abzugs auf die Zwangslage der Kurden hin, sich dem syrischen Regime im schlimmsten Fall unterwerfen zu müssen und ihm ihr Gebiet zu übergeben, damit wenigstens die Türken ferngehalten werden. Für viele Christen der Region hörte sich diese Lösung weit weniger schlimm an als für Basam Ishak.

Fünf christlich-syrische Organisationen veröffentlichten am 3. Januar 2019 eine Erklärung, getragen u. a. von der European Syriac Union und vom Syriac National Council of Syria.⁵⁴ Sie trägt die Überschrift, die Programm

⁴⁹ IISS = Institute für International Strategic Studies. – Strategic Comments: The US withdrawal from Syria, Studie des IISS, IISS online vom Januar 2019.

⁵⁰ CSIS = Center for Strategic and International Studies. Bulent Aliriza, Trump, Erdogan, and the Surprise U.S. Troop Withdrawal from Syria, CSIS online vom December 19, 2018; Anthony H. Cordesman, Losing on All Fronts: The Mattis Resignation and Trump's Failed Strategies for America's Wars, CSI online vom 20.12.2018.

⁵¹ Lara Seligman und Michael Hirsh, Trump's 'Stunning' About-Face on Syria, Bowing to Turkey, the U.S. president moves to withdraw all troops, Foreign Policy online vom 19.12.2018.

⁵² Open letter of Christians of Northern Syria to Christians in the US Do NOT allow Turkey to destroy us!, Qamishli 23.12.2018, Online-Veröffentlichung.

⁵³ John Zmirak, Will Syria Turn Into Saigon 1975? An Interview With a Syrian Christian Leader, The Stream online vom 02.01.2019.

⁵⁴ Veröffentlichung am 03.01.2019 auf Twitter auf dem Account SyriacMilitaryMDS: Joint statement of #Syriac organisations in Europe, Syria and US demanding No-fly Zone Over

ist: *No-fly Zone Over North-East Syria – Stop the Ottoman Turkish Invading North East Syria – Don't let Christianity be driven out of North East Syria*. Der Appell richtete sich an die Führer der Welt und an die Christen weltweit: „Wir brauchen dringend Schutz vor den Bedrohungen der Türkei, die in unser Territorium eindringen und es von Christentum, Religionsfreiheit und Demokratie ‚reinigen‘ will. Die plötzliche Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, US-Truppen abzuziehen, macht uns machtlos und offen dafür, von der Türkei oder anderen Regimen zerstört zu werden, die sich bemühen, unseren Niedergang in dem Vakuum zu sehen, das dadurch geschaffen wird.“

Wie schon oft in den bisher vorgestellten Hilfeersuchen wird auf die barbarische Vorgehensweise der türkischen und türkisch gestützten Kampfgruppen und der türkischen Luftwaffe bei der Afrin-Offensive im Frühjahr 2018 hingewiesen, die auch jetzt drohe. Als Schutz vor einer Wiederholung wird schnellstmöglich die Errichtung einer Flugverbotszone in Nordostsyrien gefordert. Man befürchte, dass ohne internationale Unterstützung ein türkischer Einfall das Ende des Christentums in Nordostsyrien bedeuten würde.

Am 27. Dezember 2018 wandte sich das Generalkommando des Syriac Military Council, ein christlich-syrisches Gremium, mit einem „Urgent Call“ an alle Teilnehmer der „Global Alliance“ zur Bekämpfung des „Islamischen Staates“, die Sicherheit und den Schutz der Minderheiten in Nordostsyrien zu gewährleisten.⁵⁵ Er schließt mit der Bitte: „Es ist jetzt Zeit für Christen, für westliche Länder und für christliche Kirchen und Gläubige auf der ganzen Welt, unsere ganze christliche Bevölkerung in Nordostsyrien davor zu bewahren, Opfer von brutalem Krieg, diktatorischer Herrschaft, Faschismus und Radikalismus zu bewahren.“

Vater Youkhana ist ein bekannter assyrischer Geistlicher in Nord-Irak und mit den assyrischen Christen in Nordostsyrien eng verbunden. Er sagte der katholischen Nachrichtenagentur der USA, Trump widerspreche mit seiner Entscheidung dem vor kurzem von ihm unterzeichneten Gesetz zur Unterstützung der Genozid-Opfer in Syrien und Irak.⁵⁶

North-East Syria against Turkey threats.

⁵⁵ Syriac Military Council MFS, URGENT CALL - Syriac Christians in NE-Syria Are At Risk of Extinction, 27.12.2018, verbreitet am selben Tag über Facebook.

⁵⁶ Dale Gavlak, Christians working with Syrians: U.S. withdrawal puts minorities at risk, Catholic News Service, Abdruck in Crux Now online vom 21.12.2018. Das angesprochene Gesetz: Iraq and Syria Genocide Relief and Accountability Act of 2018, sehr medienwirksam unterzeichnet am 12.12.2018.

Christliche Medien, Unterstützer und Kirchenleute in den USA

In den USA gibt es im politisch konservativen Lager, also bei den Republikanern, und insbesondere in konservativen christlichen Kreisen, v. a. bei den Evangelikalen, eine große Verbundenheit mit den bedrängten und von der Auslöschung bedrohten Christen im Nahen und Mittleren Osten. In beachtlicher Geschlossenheit mit vielen politischen Kommentatoren und wissenschaftlichen Analysten, auf die bereits kurz hingewiesen wurde, wünschten sie von ihrem Präsidenten unverzügliches politisches Handeln, um den Einmarsch der Türkei in den Norden Syriens zu verhindern und die Christen im Gebiet nicht zu gefährden.

Eine Fülle von christlichen Medienbeiträgen, sowie Artikel von Regionalexperten haben sich in diesem Sinn geäußert. Samuel Smith von der bekannten Christian Post meldete sich bereits nach den ersten beiden Tweets am 19. Dezember als erster ausführlich zu Wort.⁵⁷

Thomas Schmidinger wies am Folgetag ganz speziell auf die armenischen Christen in der Region hin, die nach dem türkischen Völkermord an ihnen 1915/16 nach Nordsyrien geflohen sind.⁵⁸ Generalleutnant a.D. William Boykin vom konservativen evangelikalen Family Research Council verwies ergänzend auf die vielen muslimischen Konvertiten in der Region Rojava, die vom „IS“ vital bedroht sind.⁵⁹ Ein US-Rückzug würde der Religionsfreiheit im weiteren arabischen Umfeld schweren Schaden zuführen und die USA unglaubwürdig machen. Zudem müssten viele Menschen aus ihrer Heimat fliehen. Diesen Aspekt stellte auch die Juristin und Unterstützerin der internationalen Religionsfreiheit, Lauren Homer, am 21. Dezember 2018 heraus.⁶⁰ Insbesondere ist auf ein sehr großes Aktionsbündnis hinzuweisen, das von der Jubilee Campaign in den USA organisiert wurde, einer NGO

⁵⁷ Samuel Smith, Troop Withdrawal ‘Sacrifices’ Syrian Christians, Gives ‘Victory’ to Jihadis: Activist, Christian Post online vom 19.12.2018.

⁵⁸ Thomas Schmidinger, US withdrawal and Turkish invasion plans threaten Syrian Christians, The Region online vom 20.12.2018. Es ist erstaunlich, dass die saudisch finanzierte Medienplattform Al Arabiya in Dubai die gleichen Feststellungen trifft (US Withdrawal From Syria Could Force Christian Minorities to Flee, Al Arabiya online vom 20.12.2018).

⁵⁹ William G. Boykin und Travis Weber, Will We Abandon Syria’s Christians?, Homepage des Family Research Council vom 20.12.2018. Verstärkend Samuel Smith, FRC warns Trump’s Syria withdraw plans will put Christians in ‘mortal danger’, Christian Post online vom 22.12.2018; auch Michael F. Haverluck, FRC: Trump pulling troops from Syria endangers Christians, One News Now online vom 25.12.2018.

⁶⁰ Lauren Homer, This Decision Will Live in Infamy: Betraying Syria’s Kurds and Christians, The Stream online 21.12.2018.

zur Förderung der Menschenrechte und der internationalen Religionsfreiheit. Es verbreitete am 9. Januar 2019 einen Offenen Brief an US-Präsident Trump. Seine Überschrift: *Support, Do Not Abandon, Christians, Yazidis and Kurds in Syria's Northeast*.⁶¹ Das Bündnis bestand aus zahlreichen christlich-syriakischen Organisationen und christlichen und anderen Menschenrechtsgruppen, sowie bekannten öffentlichen Personen und vertrat inhaltlich die gleichen Positionen wie die Stellungnahme der fünf syriakischen Organisationen vom 3. Januar 2019. In dem Brief wird eine in den zurück liegenden Jahren wiederholt erhobene Forderung aus dem politischen Raum ebenfalls aufgegriffen: Eine Flugverbotszone in Nordsyrien zum Schutz der Zivilisten, in diesem Fall für die Kurden und die anderen Minderheiten.⁶²

Die Evangelikalen, die Nahostpolitik Trumps und die arabischen Christen

Neben der großen Zahl öffentlicher Äußerungen, die dem geplanten US-Truppenabzug widersprochen und seinen Widerruf verlangt haben, muss man auch zustimmende oder nachdenkliche Beiträge erwähnen, die sich zudem sehr kritisch zum großen politischen Einfluss der Evangelikalen, Teil der politischen Rechten, äußern.

Christian Whiton, ehemaliger Trump-Berater, lobte bei Fox News, einem Trump-freundlichen Nachrichtensender, schon am 19. Dezember 2018 die Rückzugsentscheidung.⁶³ Der Kampf gegen den „IS“ sei im wesentlichen beendet. Das sei das einzige Ziel seiner Präsidentschaft in der Syrienpolitik, das aber keinen Regimewechsel meine. Er beende die falsche Politik der Neoliberalen mit ihren endlosen Kriegen.

⁶¹ Letter to President Trump: Support, Do Not Abandon, Christians, Yazidis and Kurds in Syria's Northeast, Jubilee Campaign online vom 09.01.2019. Im Anhang finden sich weitere wichtige Dokumente zum Thema.

⁶² Der US-Sonderberater für Syrien, James Jeffrey, hatte selber am 3. Dezember 2018 in Washington ganz kurz diesen Vorschlag ins Spiel gebracht. Siehe dazu Briefing With Special Representative for Syria Engagement Ambassador James F. Jeffrey, Homepage des State Department vom 03.12.2018: „Remember we were present not in northern Iraq but over northern Iraq in Operation Northern Watch for 13 years. That can be a UN force. Under 2254 there is language on a UN-managed and operated ceasefire. That can be partner forces. That can be other countries' forces.“

⁶³ Christian Whiton, Why Trump's Syria withdrawal is the right move, Fox News online vom 19.12.2018.

Mit der fragwürdigen Rolle der Evangelikalen in der US-Außenpolitik und speziell in der Nahostpolitik beschäftigte sich Doug Bandow in einem ausführlichen Beitrag am 30. Januar 2019.⁶⁴ Seit Jahren kritisiert er mit großer Schärfe die seiner Meinung nach sinnlosen US-Kriege im Raum NMO, im Irak und in Libyen, die nur Chaos angerichtet und viele Tote produziert, aber keinen vitalen US-Interessen gedient hätten. Im Falle Syriens kritisierte er die Haltung der Evangelikalen, die angeblich die Christen in Nordsyrien schützen wollen. Tatsächlich aber, so Bandow, hätten die US-Interventionen in der Region den dortigen Christen extrem geschadet, insbesondere im Irak nach 2003, sie zwischen die Mühlsteine des Bürgerkriegs geraten lassen und hunderttausende zur Flucht veranlasst. Die blinde Unterstützung Israels - in der Tat eine seltsame Obsession der US-Evangelikalen – schade den palästinensischen Christen, die von israelischen Siedlern drangsaliert werden. Die Christen in Syrien fühlten sich, so Bandow, von Syriens Staatschef Assad gut beschützt und wünschten keinesfalls wie die US-Administration dessen Sturz. Bandow empfiehlt den Kurden, sich wieder der Herrschaft der Zentralregierung zu unterwerfen. Dann gebe es keinen türkischen Einmarsch und Damaskus habe bereits gezeigt, dass es die Christen schütze.

Die Studie von Doug Bandow mit ihrem Totalverriss der US-Nah- und Mittelostpolitik arbeitet leider ohne Zwischentöne und ist sehr einseitig, beschreibt aber die dubiose Rolle der US-Evangelikalen sachgemäß. Diese Sichtweise liegt Bandow ganz auf der Linie der großen Mehrheit der christlichen Araber.

Mit diesen Hinweisen sind aber die zahlreichen und gediegenen politischen Analysen nicht entkräftet, die einen raschen und vollständigen US-Truppenabzug aus Nordsyrien als schädlich herausstellten, schädlich für die Kurden, die Christen und andere Minderheiten, die speziell in Nordsyrien leben.

Aufschub des US-Truppenabzugs und der türkischen Intervention

Am Jahresende 2018 wiederholte sich das politische Durcheinander, das Präsident Trump am 30. März 2018 mit seiner ersten Rückzugsankündigung angerichtet hatte.

⁶⁴ Doug Bandow, Military involvement in the Middle East should reflect the interests of the United States — all of its people — not just evangelicals, National Interest online vom 30.01.2019.

Auch jetzt begann er mit Korrekturen, nachdem von prominenten Abgeordneten seiner eigenen Partei, von Militärs und aus der breiten Zivilgesellschaft dringende Bitten kamen, seine Entscheidung zu ändern.

Am 28. Dezember konnte der republikanische Senator Marco Rubio erklären, der Truppenrückzug werde sich verlangsamen.⁶⁵ Am 31. Dezember 2018 berichtete der republikanische Senator Lindsey Graham über weitere Nachjustierungen, die sicherstellten, dass die Kurden geschützt bleiben.⁶⁶ Er berichtete auch über den türkischen Wunsch, dass entlang der syrisch-türkischen Grenze eine Pufferzone gegen die Kurden errichtet werden solle. Dieses Konzept sollte im weiteren Verlauf des Jahres noch große Bedeutung bekommen und für erhebliche amerikanisch-türkische Verstimmungen sorgen. Am 2. Januar 2019 sagte Trump im Zusammenhang einer Kabinettsitzung, es gebe keinen festen Fahrplan für den Truppenrückzug.⁶⁷ Am 14. Januar drohte er den Türken in einer stark beachteten Twitterbotschaft, er werde sie wirtschaftlich kaputt machen, falls sie die Kurden angreifen.⁶⁸

Aber auch auf türkischer Seite nahm Staatschef Erdogan Abstand von einer sofortigen militärischen Intervention. Das hing mit dem Telefongespräch zwischen Trump und ihm am 14. Dezember zusammen, dessen Inhalt erst nach und nach in den Medien bekannt wurde.⁶⁹

Der US-Präsident zeigte Verständnis für das türkische Sicherheitsbedürfnis entlang der syrisch-türkischen Grenze und für den Vorschlag Erdogans, dort eine Sicherheitszone von bis zu 30 km Tiefe zu errichten. Die Türkei verpflichtete sich auch, die Reste des „IS“ in Nordostsyrien zu bekämpfen. Dafür benötigte sie amerikanische Hilfe. Erst daraufhin hat Trump, so die Enthüllungen, den raschen US-Truppenabzug am Telefon angekündigt.⁷⁰

⁶⁵ Laurie Mylroie, Sen. Rubio: We've slowed the withdrawal from Syria, Kurdistan 24 online vom 29.12.2018.

⁶⁶ Laurie Mylroie, Sen. Graham: Trump will protect Kurds in Syria, defeat Islamic State, Kurdistan 24 online vom 31.12.2018.

⁶⁷ Laurie Mylroie, Trump: US will protect Kurds, no timetable for Syria withdrawal, Kurdistan 24 online vom 03.01.2019.

⁶⁸ Siehe z. B. Vivian Salama, Trump Warns Turkey Not to Attack Kurds in Syria, 'Will devastate Turkey economically if they hit Kurds,' the president said on Twitter, while also calling on Kurds not to provoke Ankara, Wallstreet Journal online vom 14.01.2019.

⁶⁹ Siehe z. B. Jeremy Diamond and Elise Labott (CNN), Trump told Turkey's Erdogan in Dec. 14 call about Syria, 'it's all yours. We are done', WRAL online vom 23.12.2018; Orhan Coskun und Lesley Wroughton, Syrian surprise: How Trump's phone call changed the war, Reuters online vom 28.12.2018.

⁷⁰ Siehe dazu den Erstbericht von Michael R. Gordon, Nancy A. Youssef und Dion Nissenbaum, Turkey Seeks Major U.S. Military Support to Adopt Fight in Syria, Wall Street Journal online vom 04.01.2019.

Kirchliche Stellungnahmen aus Nordsyrien

Wie haben sich syrische Kirchenleute innerhalb und außerhalb der kurdischen Selbstverwaltungszone Rojava zum angekündigten US-Truppenabzug positioniert? Was Rojava angeht, so wurden die Appelle der christlich-syrischen Politiker in der Region und in den USA bereits vorgestellt.

Der syrisch-katholische Erzbischof Hindo amtierte bis Juli 2019 im Gebiet Rojava, in der Hauptstadt Hassake. Kein anderer syrischer Kirchenführer der Region hat in seinen zahlreichen Statements eine so klare Position zu den uns interessierenden Fragen bezogen. Sich mit ihm zu beschäftigen heißt aber auch einzutauchen in eine Welt von Verschwörungstheorien, simplem Freund-Feind-Denken und sehr einseitigen Sichtweisen.

Wie bereits dargestellt hat er wie alle syrischen Kirchenführer und Ordensleute eine schlechte Meinung über die USA und deren Nahostpolitik, speziell auch über ihre Antiterror-Politik gegen den „IS“. Nach dem öffentlichen militärischen Einstieg Putins in den Antiterrorkampf am 30. September 2015 kamen schon wenige Tage später positive Kommentare von Erzbischof Hindo⁷¹, auch von Amtsbrüdern. Die russische Luftwaffe würde Daesh-Verbände zielgenau bekämpfen und vertreiben, während die US-Luftangriffe nur eine nutzlose Schaufenster-Dekoration (window-dressing) seien. Mehrfach legt er dar, dass die westlichen Regierungen den „IS“ groß gemacht hätten.⁷² Kein Gedanke daran, dass Staatschef Assad den Bürgerkrieg begonnen und das Land verwüstet hat. Die westlichen Regierungen seien an den Rohstoffen Syriens, Öl und Erdgas, interessiert,⁷³ eine absurde Behauptung. Auch über die Kurden spricht er nur voller Vorwürfe. Dabei kann er sich durchaus auf zahlreiche handfeste Vorkommnisse stützen, die im Westen kaum zur Kenntnis genommen werden. Bei ihrem Autonomieprojekt gingen kurdische YPG-Milizen immer wieder wie eine Besatzungsmacht vor und versuchten nicht selten, sich an christlichen Besitztümern zu vergreifen, Grundstücke zu konfiszieren und missliebige Personen tötlich anzugreifen

⁷¹ Syrian bishop: Ambiguous US policy favors Islamic state. Fears for kidnapped Christians, Asia News online vom 09.10.2015.

⁷² Siehe z. B. - Syrisch-katholischer Bischof bezeichnet Anerkennung des Genozids gegen Christen als „geopolitische Operation“ der USA, Fides online vom 18.03.2016 (deutscher Dienst).

⁷³ Siehe dazu schon 2015 Syrian bishop: Ambiguous US policy favors Islamic state. Fears for kidnapped Christians, Asia News online vom 09.10.2015.

etc.⁷⁴ Diese Vorkommnisse, in der Tat keine Einzelfälle, führten zu einer insgesamt kritischen Einschätzung der kurdischen Selbstverwaltung bei vielen Christen.

Sehr interessante Äußerungen hat er am 14. Juli 2017 vorgetragen.⁷⁵ Die YPG-Kurden „fühlen sich stark, weil sie glauben die Unterstützung der USA zu haben. Ich habe sie gewarnt: schaut, die Amerikaner werden früher oder später gehen, und dann werdet ihr schlechter als vorher dastehen.“ Das waren hellsichtige Worte. Im Blick auf den kontinuierlichen Aufbau der kurdischen Selbstverwaltung behauptete er, der Plan habe „bei anderen Kurden keine Zustimmung gefunden, geschweige denn bei den muslimischen Stämmen und bei uns Christen. Und ich glaube auch nicht, dass der Plan jemals von der Regierung in Damaskus akzeptiert wird“. Ende März 2018 trägt er neue Vorwürfe gegen die Kurden vor. Sie würden eine demografische Verschiebung im christlichen Hauptwohngebiet anstreben. Nach dem türkischen Angriff auf das westkurdische Gebiet von Afrin seit dem 20. Januar 2018 seien 500.000 Kurden nach Rojava umgesiedelt worden⁷⁶, eine deutlich überzogene Zahl. Tausende seien in ehemals christlichen Dörfern im Khabourtal untergebracht worden. Hindos Schlussfolgerung: „Es besteht ein Wille, die Demographie der Region zu verändern“. Am 28. März 2018, zwei Tage ehe US-Präsident Trump erstmals einen schnellen Truppenrückzug aus Nordsyrien angekündigt hat, äußerte er allerdings wieder eine hellsichtige Prognose. Der türkische Einmarsch in Afrin zeige, dass das kurdische Staatsbildungsprojekt falsch eingeschätzt wurde.⁷⁷ Die Kurden hätten irrigerweise angenommen, hierfür internationale Unterstützung zu bekommen. „Die Kurden – sagt Erzbischof Hindo – haben den Amerikanern vertraut und gezeigt, dass sie nicht aus der Geschichte gelernt haben. Unter dem Vorwand, den Kurden zu helfen, kontrollieren die Vereinigten Staaten einen Großteil des syrischen Mesopotamien. Und bereits in ähnlichen Situationen wurden die deklarierten Empfänger von US-Unterstützung aufgegeben. Denken Sie nur

⁷⁴ Siehe dazu Spannungen zwischen Kurden und Christen in der Provinz Hassaké, Fides online vom 13.01.2016 (deutscher Dienst); Erzbischof Hindo beklagt Zunahme von Gewalt und Einschüchterungsversuche kurdischer Milizen gegenüber Christen, Fides online vom 20.09.2016 (deutscher Dienst).

⁷⁵ „Autonomistische“ Offensive der Kurden in Hassaké. Erzbischof Hindo: Sie fühlen sich von den Amerikanern beschützt, Fides online (deutscher Dienst) vom 14.07.2017.

⁷⁶ Syrien: Erzbischof befürchtet eine „gesteuerte“ Demographie, Vatican News vom 30.03.2018 (deutscher Dienst).

⁷⁷ (D.R.), Siria: mons. Hindo (Hassaké), “la guerra non è finita. Continuiamo a salire il nostro Golgota”, Agensir online vom 28.03.2018. Maschinelle Übersetzung aus dem Italienischen mit Google Translate. Die folgende Darstellung mit übersetztem Zitat aus diesem Text.

an Vietnam, Afghanistan oder das irakische Kurdistan.“ Für unsere Fragestellung ist interessant, dass der Erzbischof keine Vorwürfe gegen die Türkei wegen ihres völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf syrisches Territorium und wegen ihrer Barbarei bei der Operationsführung vorträgt. Vielmehr kritisiert er das Autonomieprojekt der Kurden und ihre Leichtgläubigkeit gegenüber den USA.

Das christliche-kurdische Verhältnis wurde im August/September 2018 durch drastische schulpolitische Maßnahmen der kurdischen Selbstverwaltung massiv belastet und es führte zu öffentlichen Protesten. Es geht um die Schließung zahlreicher christlicher Schulen, weil die sich geweigert haben, ein neues kurdisch betontes Unterrichts-Curriculum einzuführen und damit das bisherige des syrischen Unterrichtsministeriums aufzugeben. Der Erzbischof ging im Gespräch mit einer katholischen Zeitung am 3. September 2018 so weit zu behaupten, die Kurden würden nun auf ihrem Gebiet das gleiche machen, was der „IS“ seinerzeit auf diesem Territorium zur Zeit seiner Herrschaft gemacht hat⁷⁸. Das Medienecho auch in westlichen Ländern war erheblich.⁷⁹ Der Konflikt beruhigte sich, nachdem die kurdische Schulverwaltung nachgegeben hat. Im Gespräch mit dem katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ sagte Erzbischof Hindo am 4. September 2018, die kurdische Autonomie-Verwaltung plane, „die Christen aus der Region zu vertreiben“.⁸⁰ Das war eine sehr harte Anschuldigung, die aber in erster Linie zeigt, wie vergiftet das Verhältnis zwischen dem Erzbischof und der politischen und militärischen Führung der Rojava-Region ist.

⁷⁸ Gianandrea Gaiani, Dopo l'Isis, i cristiani siriani perseguitati dai curdi, Homepage von La Nuova Bussola Quotidiana, 03.09.2018. Darstellung nach der maschinellen Übersetzung aus dem Italienischen mit Google Translate.

⁷⁹ Sogar die arabische Zeitung Al-Araby in London berichtete darüber ausführlich (Syriac Christians protest Kurdish authorities over Syria school curriculum, Al Araby online, englische Ausgabe, vom 13.09.2018). Die regierungstreue türkische Zeitung Daily Sabah in Istanbul nutzte diesen Vorgang zu einer sehr kurdenkritischen Berichterstattung: Assyrians suffering oppression at the hands of YPG in northern Syria, Daily Sabah online vom 10.12.2018. - Otmar Oehring hat aufgrund der verfügbaren, aber unvollständigen Informationen die Konfliktlage und die divergierenden Interessen der Streitparteien beschrieben, hat aber auf ein eigenes Urteil verzichtet. Er konnte feststellen, dass der Protest gegen diese kurdische schulpolitische Maßnahme weit über den christlichen Bevölkerungsanteil hinausging und vermutlich weiter schwelen wird. Otmar Oehring (aaO), S. 39-45. Das folgende Zitat im Text aus diesem Beitrag

⁸⁰ Murcatha O Flaherty und John Pontifex, SYRIA: 'Plan to oust Christians from the region', says archbishop, Homepage von Aid for Church in Need Großbritannien (www.acnuk.org) vom 04.09.2018. Mehrere andere Autoren berichteten über diesen Beitrag weltweit. Siehe auch Sarah Mac Donald, Syrian Archbishop accuses Kurds of discrimination, Catholic Ireland online vom 05.09.2018.

Welche Lösung der Autonomiefrage schwebte ihm vor?

Es kann nicht überraschen, dass Erzbischof Hindo nur eine einzige Lösung unterstützt, die Rückkehr des ganzen Gebiets Nordostsyrien unter die Herrschaft der Zentralregierung. Im Mai 2016 hat er politische und gesetzgeberische Bemühungen in den USA, christliche Milizen in Nordostsyrien mit Waffen auszustatten, rigoros abgelehnt. Christen dürften auf der Basis des Evangeliums nicht in „sektiererischen Milizen“ kämpfen. „Doch wenn ein Christ am Kampf gegen den IS teilnehmen will, dann kann er zu den regulären Streitkräften gehen.“ Das zeigt seine politische Ausrichtung, aber auch seine gänzliche Unempfindlichkeit für die Verbrechen der syrischen Streitkräfte im Kampf gegen die eigene Bevölkerung und die Rebellen. Tausende von Zivilisten – um nur ein zeitnahes Beispiel zu nennen – sind beim Kampf um die Ost-Ghouta am nordöstlichen Stadtrand von Damaskus von Ende 2017 bis Anfang April 2018 durch massive Bombenangriffe ums Leben gekommen.

In dem genannten Zeitungsinterview vom 3. September 2018 sagte er weiter, die Kurden könnten das Gebiet östlich des Euphrat „nur dank der Unterstützung des Westens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs an der Spitze [beherrschen], die dank der kurdischen Milizen versuchen, zu verhindern, dass ganz Syrien in die Hände von Assad und seinen russischen und iranischen Verbündeten zurückkehrt.“⁸¹ Für diesen Fall habe die syrische Regierung ein Angebot gemacht, das „den Kurden Autonomie bietet, aber auf die Region Rojava beschränkt ist“. Die Kurden hätten es abgelehnt. Diese Behauptung ist rundum falsch. Elke Dangeleit hat im Februar 2017 ausführlich beschrieben, welche Bemühungen die kurdische PYD, teilweise unterstützt von Russland, unternommen hat, um im Zuge des syrischen Verfassungsprozesses den Erhalt ihrer Autonomie zu sichern.⁸² „Die syrische Regierung lehnte jedoch jede Form der lokalen Autonomie und Anerkennung der kurdischen Sprache auf gleicher Ebene ab.“

Wie reagierte Erzbischof Hindo auf die Entscheidung von Präsident Trump vom 19./20. Dezember 2018 zum Truppenabzug? Am 14. Januar 2019, angesichts großer amerikanisch-türkischer Spannungen, äußerte sich Hindo erneut.⁸³ Das umstrittene Gebiet sei von „enormen Spannungen“ erfüllt. „Wir befürchten einen neuen Krieg und weitere Angriffe; die Situation ist äußerst

⁸¹ AaO, Zitat nach der maschinellen Übersetzung aus dem Italienischen. Das gilt auch für das folgende Zitat im Text.

⁸² Elke Dangeleit, Syrien: Regierung lehnt kurdisches Autonomiegebiet ab, Heise online vom 09.02.2017. Das folgende Zitat im Text aus diesem Beitrag.

⁸³ Syrian bishop: ‚enormous tension‘ in the disputed area between Kurds and Turks, Asia News online vom 14.01.2019. Die folgende Darstellung im Text aus diesem Beitrag.

unbeständig“, sagte er. In den letzten Tagen habe er den kurdischen Führern gesagt, dass sie nicht als Besatzer auftreten dürfen. Vielmehr müssten sie zum Weg der Versöhnung in Nordostsyrien beitragen. Sie müssten mit der Inbesitznahme von Land aufhören und den militärischen Zugriff lockern. Bezüglich des Truppenabzugs meinte er, den Amerikanern sei nicht zu trauen. Er zweifle deshalb, dass sie tatsächlich abziehen werden und solange werde es keinen türkischen Angriff geben. Der Erzbischof ist also wegen eines möglichen türkischen Angriffs nicht beunruhigt, obwohl Qamishli direkt an der türkischen Grenze mit seinen vielen Christen davon sofort betroffen wäre. Es sind die PYG-Kurden mit ihrer Selbstverwaltung und die Amerikaner – wie in seinen bisherigen Äußerungen – die ihm in keiner Weise behagen.

Hindo geht nicht so weit zu behaupten, der „IS“ sei ein Konstrukt der USA, wohl aber sei er von der destruktiven Politik der westlichen Staaten richtig groß gemacht worden. Hindo zeigt sogar Verständnis für den Unwillen der Türkei im Blick auf „die faktische Geburt eines kurdischen Staates in Ostsyrien.“ Das politische Weltbild von Erzbischof Hindo zeigt, dass die syrischen Christen politisch tief gespalten sind.

Der chaldäisch-katholische Pater Samir Kanoon in Qamishli sagte am 8. Januar 2019 gegenüber Catholic News Service: „Nachrichten über irgendwelche türkische, militärische Engagements in Nordsyrien betreffen uns sehr und negativ.“⁸⁴ Angesichts der brutalen Geschichte der Massaker, die 1915 von den Türken an den Christen begangen wurden, so der Pater, wollen die Christen natürlich nicht mit ansehen, wie türkische Truppen in Syrien eindringen. Die Flüchtlinge von damals seien nach Aleppo und nach Nordostsyrien gekommen. Viele würden die Türkei als Feind der Christen betrachten. Und jetzt wolle sich die Türkei wieder in Nordsyrien in christliche Angelegenheiten einmischen. Sie habe dafür eine politische Agenda. Gebe es wieder Probleme, dann würden im Ergebnis wieder mehr Christen aus Nordsyrien fliehen. Das war eine Prognose, die sich im Oktober 2019 bewahrheiten sollte.

Kirchenführer in Aleppo zur Krisenlage

Zwei Kirchenführer in Aleppo, im Herrschaftsbereich der syrischen Regierung, äußerten sich zu den Rückzugsplänen Trumps und den türkischen Vorhaben erkennbar anders. Der Apostolische Vikar von Aleppo, der katholische Bischof Abou Khazen, ist ein verbissener und unermüdlicher Kritiker

⁸⁴ Dale Gavlak (CNS), Christians concerned about religious freedom if Turkey enters Syria, Crux Now online vom 09.01.2019. Die folgenden Wiedergaben im Text aus diesem Beitrag.

der USA. Am 20. Dezember 2018 positionierte er sich umgehend zur zweiten Abzugsankündigung von Präsident Trump.⁸⁵ „Wir freuen uns immer, wenn sich ausländische Streitkräfte und bewaffnete Gruppen zurückziehen, das Gebiet verlassen und die Verantwortung und Freiheit den Syrern überlassen, sich ihren Problemen zu stellen und sie zu lösen.“ Anders als sein Amtsbruder in Hassake machte er sich aber um das Schicksal der Kurden Sorgen. Er kritisierte die USA, weil sie die Kurden verlassen, nachdem sie benutzt worden sind. Vier Monate zuvor, vor dem Syriengipfel mit Putin, Rohani und Erdogan am 7. September 2018 im Iran, sah er die Rolle dieser drei Staatsmänner sehr positiv.⁸⁶ Es seien die richtigen Staaten um einen dauerhaften Frieden für Syrien zu schaffen, ganz anders als die westlichen Mächte. Die wichtige Rolle der Türkei in Idlib bestehe darin, mit Überredungskraft auf die ihr nahe stehenden Rebellengruppen einzuwirken. Der Gedanke, dass die türkischen Kampfverbände störende ausländische Truppen sind, auf einer Linie mit den ungeliebten Soldaten der USA, die Syrien besser verlassen sollten, liegt ihm fern.

Der chaldäisch-katholische Bischof von Aleppo, Antoine Audo, maßvoller in seinen Äußerungen, sah den angekündigten Abzug der US-Truppen in seinem Statement vom gleichen Tag ebenfalls positiv, aber in einem größeren politischen Rahmen und ohne antiamerikanische Untertöne.⁸⁷ Der Abzug sei eine weitere Bestätigung dafür, dass der Konflikt in Syrien, wenn auch langsam und mühsam, zu Ende gehe, damit das Land nun nach einer langfristigen Lösung suchen könne, um seine Zukunft aufzubauen, meinte er. Nach einem Besuch in Nordostsyrien, im Gebiet seines Amtbruders Hindo, meinte er beobachten zu können, dass die Hoffnung auf die Wiederherstellung der syrischen Einheit weit verbreitet sei. Nach seiner Meinung würden 90 Prozent der Kurden nicht an ihren eigenen autonomen Staat glauben, sondern eine Rückkehr unter das Dach des syrischen Staates bevorzugen.

Das mag übertrieben sein, aber er hatte Recht mit der Einschätzung, dass die von der PYG dominierte Verwaltung nur einen Teil der politisch gespaltenen kurdischen Bevölkerung repräsentiert und viele Araber in der Region ohnehin politisch stärker nach Damaskus tendieren.

⁸⁵ ASIA/SIRIA - Inizia il ritiro delle truppe USA. Il Vescovo: meglio così, Fides online (italienische Hauptausgabe) vom 20.12.2018. Die folgende Darstellung nach der maschinellen Übersetzung aus dem Italienischen mit Google Translate.

⁸⁶ Vicar of Aleppo: Iran, Turkey and Russia summit step towards peace, but the West frightens us, Asia News online 28.08.2018.

⁸⁷ Syrian Bishop: US pull-out further step towards to ending the conflict, Asia News online vom 20.12.2018.

Am 17. Januar 2019, nach der Verschärfung der türkisch-amerikanischen Spannungen, meldete sich Bischof Khazen erneut zu Wort und äußerte sich inhaltlich anders als Bischof Audo.⁸⁸ Entgegen der Überzeugung des US-Präsidenten meinte er, der „IS“ sei noch lange nicht besiegt. Nicht nur deren Kampfgruppen seien zu bekämpfen, sondern auch deren Ideologie. Das sei aber Aufgabe der syrischen Regierung. Die Rolle der Türkei sieht er kritisch. „Erdogan will eine Pufferzone (ca. 32 km) schaffen, um das Territorium zu kontrollieren und die Kurden anzugreifen“, sagte Mgr. Georges Abou Khazen. „Dies erschwert die Situation.“ Eine solche Pufferzone würde auch Aleppo und seine Region mit „tragischen Aussichten“ betreffen.

Beide Bischöfe vertraten wie Erzbischof Hindo im Gebiet Rojava die für sie selbstverständliche Überzeugung, dass es nur ein einheitliches Syrien geben dürfe und die Kurden in Nordostsyrien in das Herrschaftsgebiet der syrischen Regierung zurückkehren sollten. Dieses politische Ziel unterstützte auch die russische Regierung,⁸⁹ wodurch Konflikte mit der Türkei unvermeidlich waren.

Exkurs: Die türkische Sicherheitszone in der Diskussion 2011 bis 2019

Politische Diskussionen und Studien über eine „Sicherheitszone“ in Nordsyrien gehen in das Jahr 2011 zurück und wurden erstmals von der Türkei angesichts stark steigender Flüchtlingsströme von Syrien nach Norden in ihr Gebiet hinein vorgetragen. Syrische Flüchtlinge sollten bereits auf syrischem Gebiet in der Grenzzone untergebracht und vor dem Wüten der syrischen Armee geschützt werden. Dieses Konzept wurde bis 2016 immer wieder von der Türkei phasenweise ins Gespräch gebracht. Markus Kaim erörterte bereits im Februar 2012 im Gefolge öffentlicher Diskussionen u. a. eine militärische Gewaltanwendung des Westens, um „auf syrischem Territorium Schutz-zonen (safe areas) zu schaffen. Diese Zonen, deren Hauptzweck humanitärer Natur wäre, müssten mit Bodentruppen eingerichtet und gegen mögliche Angriffe regimetreuer Kräfte gesichert werden, was unter anderem eine Form der Luftüberwachung erfordern würde.“⁹⁰ Die Türkei konzentrierte seit 2017

⁸⁸ Aleppo Vicar: anti-IS fight, a pretext by Turkey and the US to stop Syrian govt, Asia News online vom 17.01.2019.

⁸⁹ Siehe dazu z. B. Wladimir van Wilgenburg, Russia says Syrian government should control 'US-led Syrian territories, Kurdistan 24 online vom 26.12.2018.

⁹⁰ Markus Kaim, Die Krise in Syrien – Möglichkeiten und Grenzen militärischen Eingreifens,

ihre Syrienpolitik zunehmend auf die Zerschlagung der YPG-Milizen und des kurdischen Selbstverwaltungsprojekts.⁹¹ Daneben wurde ein anderes Problem immer drückender: Im August 2018 lebten laut UNHCR 3,54 Mio syrische Flüchtlinge in der Türkei,⁹² eine immer größere Bürde für das Land, auch innenpolitisch. M. Murat Erdoğan legte in seiner Studie vom September 2019 plausibel dar, dass eine Rückkehr dieser Menschen in ihre Heimat nicht mehr wahrscheinlich ist.⁹³ Erdoğan wollte, ja konnte eben diese türkische Zwangslage nicht länger hinnehmen.

Bereits der zweite Syrienkrieg seit dem 20. Januar 2018 im Gebiet Afrin sollte nicht nur YPG-Kurdenverbände zerschlagen. Der britische Guardian berichtete am 22. Januar 2018 von türkischen Plänen, im Grenzstreifen in Afrin einen Rücksiedlungsraum für geflohene Syrer in der Türkei zu schaffen.⁹⁴ Damit war das ursprüngliche humanitär ausgerichtete Schutzkonzept erledigt. Denn die Rücksiedlung aus der Türkei – so sie denn wirklich freiwillig geschehen sollte – würde in ein Gebiet erfolgen, das zuvor mit Gewalt im großen Stil von Kurden, aber auch anderen Minderheiten „ethnisch gesäubert“ worden wäre, also im Rahmen eines Kriegsverbrechens.

Im Telefonat von Präsident Trump mit Staatschef Erdoğan am 14. Januar 2019 wurde erstmals zwischen den beiden das Konzept einer „20 mile safe zone“ angesprochen, ein Vorschlag Trumps via Twitter vom Vortag. Dabei wurde aber nur generell Einigkeit erzielt, dass sie errichtet werden sollte, um türkischen Sicherheitsinteressen Genüge zu tun.⁹⁵ Alle Details blieben offen. Erdoğan hatte aber einen Zwei-Stufen-Plan vor Augen. Zuerst sollten entlang der syrisch-türkischen Grenze östlich des Euphrat alle kurdischen YPG-Verbände beseitigt werden. Dann wollte die Türkei in diesem Gebiet syrische Flüchtlinge rücksiedeln.⁹⁶ Im Februar 2019 wünschte Trump, dass

SWP-Aktuell 11, Februar 2012, S.3.

⁹¹ Siehe z. B. Inga Rogg, Die Türkei droht den syrischen Kurden, Die syrisch-kurdische YPG hat von den Amerikanern erstmals offiziell Waffen erhalten. Das will Ankara nicht hinnehmen, NZZ online vom 12.05.2017.

⁹² TURKEY FACT SHEET August 2018, UNHCR online August 2018.

⁹³ M. Murat Erdoğan, Syrian Refugees In Turkey, Konrad Adenauer Stiftung online vom September 2019.

⁹⁴ Kareem Shaheen und Patrick Wintour, Turkey plans Syria 'safe zone' as shelling of Kurdish area resumes, The Guardian online vom 22.01.2018.

⁹⁵ Siehe dazu die beiden sich ergänzenden Mitteilungen von Donald Trump, Twitter Account vom 14.01.2019 und den Beitrag Erdoğan, Trump discuss ‚terror-free safe zone‘ in Syria’s north, Hurriyet Daily News online (englische Ausgabe) vom 14.01.2019.

⁹⁶ Turkey to set up safe zone in Syria: Erdoğan, Hurriyet Daily News online (englische Ausgabe) vom 15.01.2019.

europäische NATO-Verbündete mit eigenen Truppen die abziehenden US-Verbände in Syrien ersetzen und in der Sicherheitszone stationiert werden sollten. Doch diese lehnten ab.⁹⁷ Eine einvernehmliche Lösung zwischen den beiden Staatspräsidenten Trump und Erdogan war wegen der unvereinbaren Standpunkte nicht in Sicht. Trump lag weiterhin daran, die syrischen Kurden, über Jahre hinweg zuverlässige Verbündete der USA im Anti-IS-Kampf, zu schützen.

Kurdische Probleme und das Ringen um die Sicherheitszone

„Trump, der zunächst einen Abzug innerhalb von 30 Tagen vorgesehen hatte, scheint jedoch auf die Ratschläge des US-Militärs eingegangen zu sein, das einen Zeitraum von vier Monaten für eine ‚geordnete‘ Rückbeordnung empfohlen hat. Sofern es nicht weitere Änderungen an diesem Zeitplan gibt, dürften die USA bis Mai dieses Jahres damit ihre Truppen aus Syrien abgezogen haben.“⁹⁸ Nach Medienberichten begann er am 10. Januar 2019.⁹⁹ Am 21. Januar 2019 war vom dauerhaften Verbleib von etwa 200 US-Soldaten in Syrien die Rede.¹⁰⁰

Ein wichtiger militärischer Erfolg gelang den kurdischen SDF-Verbänden, massiv unterstützt von der US-Luftwaffe, Ende März 2019 nach schweren Kämpfen im Südosten des Landes. Das letzte Territorium des „IS“ entlang des Nordostufers des Euphrats im Bereich der Grenze zum Irak konnte vollständig zurückerobert werden. Damit gab es innerhalb des Rojava-Gebiets keine „IS“-Stützpunkte mehr.¹⁰¹ Die Kurden und die kundigen US-Militärs wussten aber sehr wohl, dass tausende „IS“-Kämpfer in den Untergrund abgetaucht waren, was auch für die Christen und andere Minderheiten eine erhebliche Bedrohung blieb.

⁹⁷ Siehe z. B. Josh Rogin, The U.S. is asking European countries to deploy troops to Syria, Washington Post online vom 15.02.2019.

⁹⁸ Gregor Jaecke und Sebastian Gerlach, US-Abzug aus Syrien mischt Karten neu: Zu den Folgen eines reduzierten Engagements der USA in dem Konfliktland, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, Januar 2019, S. 3.

⁹⁹ Siehe dazu z. B. US-led coalition says Syria troop withdrawal has begun, France 24 online vom 11.01.2019.

¹⁰⁰ Annie Karni und Thomas Gibbons-Neff, 200 U.S. Troops to Stay in Syria, White House Says, New York Times online vom 21.02.2019.

¹⁰¹ Siehe z. B. Ende des IS-Kalifats: Die syrischen Kurden verkünden die Einnahme von Baghuz, NZZ online vom 23.03.2019; Christian Weisflog, Das Ende des IS-Kalifats ist nur ein Etappensieg – besonders für die Kurden, NZZ online vom 24.03.2019.

Die Verhandlungen zwischen den USA und der türkischen Regierung in der Frage einer Sicherheitszone an der syrisch-türkischen Grenze zogen sich über Monate hin und blieben bis in den Sommer hinein ohne greifbare Ergebnisse.

Christliche Erinnerungen an die türkischen Massaker von 1915

Amy Austin Holmes, US-Sozialwissenschaftlerin, veröffentlichte am 16. Mai 2019 nach einer wochenlangen Reise durch Nordsyrien über ihre Gespräche mit einheimischen Christen einen ausführliche Bericht.¹⁰² Viele waren Nachkommen der Überlebenden des türkischen Massakers in Seyfo von 1915 und diese tragen ihre Erinnerung unauslöschlich in sich. Damals versuchten „die Osmanen, die aramäischsprachigen assyrischen, syrischen und chaldäischen Christen des Nahen Ostens auszurotten“.

Deshalb lehnten sie die Forderung der Türkei nach einer Sicherheitszone auf syrischem Boden entlang der Grenze zur Türkei ab, genauso wie die Syrisch Demokratischen Kräfte (SDF). Aber, wie sie nach Befragungen festhält, praktisch alle Teile der syrischen Gesellschaft in dem Gebiet, einschließlich Araber, Kurden, Turkmenen, Zirkassier und Christen, leisten gegen den türkischen Plan heftigen Widerstand, weil er nichts anderes als eine Besetzung syrischen Gebiets darstellt. Sanharib Barsoom, Co-Präsident der Syriac Union Party, der bereits ausführlich zu Wort gekommen ist, sagte der Autorin in seinem Büro für den Fall eines türkischen Angriffs: „Vielleicht überleben Kurden oder Araber, aber nicht die Christen. Die meisten unserer Leute leben in der Nähe des Grenzgebiets. Wenn die Türkei also eine Sicherheitszone schafft, dann hier, wo die Christen leben.“ Auch Oehring konnte feststellen, dass die Christen in Nordsyrien ungeachtet ihrer Sympathie oder Antipathie für die kurdische Selbstverwaltung eine eventuelle türkische Sicherheitszone ablehnten.¹⁰³

¹⁰² Amy Austin Holmes, Descendants of Survivors: Syriac Christians Oppose a Turkish 'Safe Zone' in Syria, But can a new, peaceful future be built?, National Interest online vom 16.05.2019.

¹⁰³ Oehring (aaO) S. 62-67.

Dringender Hilferuf christlich-syrischer Militärs und Politiker

Mitte Juli 2019 verstärkte das türkische Militär seine Verbände entlang der syrischen Grenze und verbreiterte den Übergang in Tel Abyad; es zeigte damit unmissverständlich die Interventionsbereitschaft und Kampffähigkeit. Die aggressive Rhetorik von Staatschef Erdogan und seines Außenministers Çavuşoğlu nahm zu.

Der christliche Syriac Military Council veröffentlichte deshalb am 17. Juli einen „Urgent Call“, in dem er auf die drohende Auslöschung der syriakischen Christen in Nordostsyrien hinwies und der in den folgenden Wochen und Monaten in den USA oft aufgegriffen wurde.¹⁰⁴ „Die Türkei will uns töten und zerstören und den Völkermord an unserem Volk zu Ende bringen“, so die leidenschaftliche Erklärung, die sich an die USA und an die globale Koalition zur Bekämpfung des „IS“ wandte. „Lasst uns auf dem Schlachtfeld nicht im Stich und lasst nicht zu, dass unser Volk von der Türkei zerquetscht wird.

Wir drängen die Christen in den USA, die US-Armee zu bitten, die in Nordsyrien präsent ist, der türkischen Armee und den Dschihadisten nicht zu gestatten, dass sie in Nordostsyrien einfallen. Wird die US-Armee untätig beiseite stehen, während wir getötet werden? Es ist nun Zeit“, so die Erklärung, „für Christen, westliche Länder und christliche Kirchen und für Gläubige weltweit, unser christliches Volk in Nordostsyrien zu beschützen damit es nicht Opfer eines brutalen Krieges wird, Opfer von Diktatur, Faschismus und Radikalismus.“

Diese Erklärung wurde in US-Medien schnell und vielfach verbreitet, verbunden mit weiteren Stellungnahmen christlich-syriakischer Politiker, die sich in gleicher Weise äußerten.¹⁰⁵

¹⁰⁴ Syria Military Council, Urgent Call 17. July 2019, veröffentlicht auf dem Twitter Account am gleichen Tag (<https://twitter.com/syriacmfs>).

¹⁰⁵ Syrian Christians Plead With US as Turkey Prepares for Possible Attack, Christian Broadcast Network online vom 18.07.2019; Syrian Christians plead for protection, Metro Voice News online vom 18.07.2019; Dale Gavlak (CNS), Syriac Christians living near border fear Turkey military incursion, Crux Now online vom 19.07.2019; Will Maule, Syrian Christians Plead with United States to Protect Them from Possible Attack by Turkey, Christian Headlines online vom 19.07.2019; Emily Jones, US Officials Rush to Stop Turkish Invasion of Northeast Syria After Christians Plea for Help, CBN News online vom 05.08.2019. - Verbreitung im kurdischen Medienbereich durch Wladimir van Wilgenburg, Syriac Christians call on US Army to stop possible Turkish invasion in northeast Syria, Kurdistan 24 online vom 17.07.2019.

Ein Kompromiss ohne Substanz brachte keine Lösung

Das Gespräch des US-Sonderbeauftragten James Jeffrey in Ankara am 22. und 23. Juli 2019, von dem sich die türkische Seite einen Durchbruch erhofft hatte, verlief in der Sache ohne greifbares Ergebnis.¹⁰⁶ Die YPG-Führung machte nun angesichts der extrem angespannten Lage einen eigenen Vorschlag, wohl in Abstimmung mit den USA:¹⁰⁷ Kompletter Rückzug der eigenen Kräfte aus einem fünf Kilometer breiten Grenzstreifen und die Rückverlegung schwerer Waffen aus einem Streifen 20 Kilometer von der Grenze entfernt; Patrouillen internationaler Sicherheitskräfte in dem YPG-freien Streifen, aber keine türkischen Verbände.

Die Washington Post berichtete am 4. August 2019 von letzten Anstrengungen der USA, einen türkischen Angriff zu verhindern.¹⁰⁸ Die Verhandlungen vom 5. bis 7. August in Ankara erbrachten eine allgemein gehaltene gemeinsame Erklärung, die wichtige US- und kurdische Anliegen enthielt, nämlich keinen dauerhaften Einmarsch türkischer und anderer Streitkräfte. Wichtige Details zu der Sicherheitszone blieben zunächst ungeklärt. Man vereinbarte, ein gemeinsames Operationszentrum auf türkischer Seite einzurichten.¹⁰⁹ Die syrische Regierung legte gegen diese Vereinbarung massiven Protest ein.¹¹⁰ Nach weiterer Verzögerung konnte am 8. September die erste gemeinsame türkisch-amerikanische Patrouille auf syrischer Seite in der Pufferzone entlang der Grenze stattfinden.¹¹¹ Unmittelbar danach wetterte Staatschef Erdogan, die PYG müsse die gesamte von ihm geforderte Sicherheitszone bis Ende September verlassen, sonst werde der Einmarsch kommen.¹¹²

¹⁰⁶ Zu den unüberbrückbaren Positionsunterschieden zwischen der Türkei einerseits, den USA und den PYG-Kurden andererseits siehe Thomas Pany, Nordsyrien: Hochriskante türkische Sicherheitszone, Heise online vom 24.07.2019.

¹⁰⁷ Siehe dazu die ausführliche Darstellung von Thomas Pany, Pufferzone in Nordostsyrien: Die Bedingungen der YPG, Heise online vom 01.08.2019.

¹⁰⁸ Karen DeYoung, Souad Mekhennet und Louisa Loveluck, U.S. launches last-ditch effort to stop Turkish invasion of northeast Syria, Washington Post online vom 04.08.2019.

¹⁰⁹ Statement on Joint Military Talks Regarding Syria, veröffentlicht von der U.S. Mission Turkey (<https://tr.usembassy.gov>) am 07.08.2019.

¹¹⁰ Siehe dazu z.B. die AFP-Agentur-Meldung Damascus rejects Turkey-US safe zone plan, Kurds give guarded welcome, France 24 online vom 08.08.2019.

¹¹¹ Zu den Details siehe z.B. Murad Sezer und Rodi Said, Turkish military enters Syria to begin joint U.S. 'safe zone' patrol, Reuters online vom 08.08.2019.

¹¹² So bei David Ignatius, Score one for American diplomacy, Washington Post online vom 10.09.2019.

Staatschef Erdogan will nun alles

Am 24. September 2019 wurde Erdogan vor der UN-Vollversammlung sehr deutlich. In der Sicherheitszone sollten auf einer Länge von 480 Kilometer bis zu zwei Millionen syrische Flüchtlinge angesiedelt werden. In der Eröffnungsrede am 1. Oktober 2019 vor dem türkischen Parlament sagte Erdogan nach Ablauf der gesetzten Frist zum Thema Syrien: „Wir haben keines der Resultate erreicht, das wir im Osten des Euphrat gewünscht haben. Die Türkei kann keinen einzigen Tag mehr in dieser Angelegenheit verlieren. Es gibt keine andere Wahl, als auf eigene Faust zu handeln.“¹¹³ Sobald die Region vom dortigen Terror gereinigt sei – er meinte damit die kurdischen YPG-Verbände – würde man zwei Millionen Menschen dort ansiedeln. Das waren die gleichen Worte wie vor der UNO, die keine Missverständnisse mehr zuließen.

Auch die CBN-Journalistin Emily Jones, eine engagierte Christin, ging davon aus, dass eine groß angelegte türkische Invasion offenbar unmittelbar bevorstand.¹¹⁴ Am 2. Oktober schrieb die Korrespondentin aus Jerusalem, dass viele Christen befürchten, Erdogan werde den Völkermord, den der „IS“ begonnen habe, nun zu Ende führen. Wie viele andere engagierte christliche Journalisten in den zurückliegenden Monaten erinnerte auch sie an den „Urgent Call“ des Syriac Military Council vom 17. Juli 2019 an die westlichen Christen und insbesondere an die in den USA, den Glaubensgeschwistern in Nordostsyrien zu helfen.

Auch kurdische und christliche-syrische Politiker machten sich keine Illusionen. Hisham Arafat schrieb am 2. Oktober 2019, die Ansiedlung von so vielen Menschen, die aus anderen Teilen Syriens stammten, ziele eindeutig darauf ab, die demografische Zusammensetzung des Gebiets zu verändern und den arabischen Bevölkerungsanteil zu stärken, so, wie das die syrische Regierung in den 60er Jahren schon im Zuge ihrer Arabisierungspolitik gemacht habe.¹¹⁵

¹¹³ Genaue Darstellung z. B. bei Nevzat Devranoglu, Erdogan says Turkey has no choice but go its own way on Syria 'safe zone', Reuters online vom 01.10. 2019. Das folgende Zitat im Text aus dieser Darstellung.

¹¹⁴ Emily Jones, Syrian Christians Brace for Impending Turkish Invasion as 'Safe Zone' Deadline Expires, CBN online vom 01.10.2019. Die folgende Darstellung im Text aus diesem Beitrag.

¹¹⁵ Hisham Arafat, Turkey threatens to set up 'safe zone' in Syria unilaterally, Kurdistan 24 online vom 02.10.2019.

Das schickalhafte Telefonat am 6. Oktober 2019

Intensive diplomatische Gespräche zwischen amerikanischen und türkischen Regierungsvertretern am 4. und 5. Oktober befriedigten die türkische Seite nicht. Am 5. Oktober sagte Erdogan, am selben oder am folgenden Tag sei es soweit, den Weg für die Friedensanstrengungen frei zu machen, also militärisch loszuschlagen.¹¹⁶

Am Sonntag, den 6. Oktober 2019 fand ein schicksalsschweres Telefongespräch zwischen Präsident Trump und einem Kollegen Erdogan statt, das – wie schon mehrmals zuvor seit Januar 2018 – politische Freunde und Gegner im In- und Ausland erschreckte. Entgegen seiner Regierungs-Linie in den zurückliegenden Wochen, nämlich ein deutliches Nein zu einem türkischen Einmarsch in Nordsyrien, nahm er nun offenbar widerstandslos zur Kenntnis, dass türkische Kampfverbände in den nächsten Tagen ebendiese Operation beginnen und die US-Truppen aus dem Operationsgebiet abgezogen werden würden.¹¹⁷ Seine engsten Mitarbeiter, Außen- und Verteidigungsminister, Sicherheitsberater und Armeeführung waren völlig konsterniert.

Die recht kurze offizielle Presseerklärung des Weißen Hauses am 6. Oktober 2019 besagte, dass die Türkei „bald ihre schon lange geplante Operation voranbringen“ werde. Die US-Streitkräfte würden sie in keiner Weise unterstützen. Sie würden sich auch nicht mehr in unmittelbarer Nähe – wohl dieses Operationsgebietes – aufhalten.¹¹⁸ Tatsächlich begannen am Folgetag, dem 7. Oktober, geschätzt 100 bis 150 US-Soldaten, sich von ihren bisherigen Beobachtungsposten an der Grenze aus Tal Abyad und Ras al-Ayn zurückzuziehen.¹¹⁹

Die Medien-Reaktionen auf das de facto Einverständnis mit dem militärischen Angriff auf die Kurden in Nordsyrien, waren von wenigen Ausnahmen abgesehen negativ, wie schon bei gleichen früheren Äußerungen.¹²⁰

¹¹⁶ Siehe die ausführliche Darstellung von Laurie Mylroie, US warns Ankara, amid worry of Turkish incursion into northeast Syria, Kurdistan 24 online vom 05.10.2019.

¹¹⁷ Siehe z.B. Julian Borger und Bethan McKernan, US to let Turkish forces move into Syria, dumping Kurdish allies, The Guardian online vom 07.10.2019.

¹¹⁸ Statement from the Press Secretary, White House online vom 06.10.2019.

¹¹⁹ Siehe dazu Eric Schmitt, Maggie Haberman und Edward Wong, President Endorses Turkish Military Operation in Syria, Shifting U.S. Policy, New York Times online vom 07.10.2019.

¹²⁰ Siehe z.B. Natasha Turak, Trump handing northern Syria to Turkey is a 'gift to Russia, Iran, and ISIS,' former US envoy says, CNBC online vom 07.10.2019; Julian Borger und Bethan McKernan, US to let Turkish forces move into Syria, dumping Kurdish allies, The Guardian online vom 07.10.2019; Nabih Bulos, Trump shifts policy on Syria, ordering pullback of U.S. troops from border with Turkey, Los Angeles Times online vom 07.10.2019.

Kurdische Repräsentanten und christliche syriakische Politiker sprachen verständlicherweise von einem Verrat an ihnen als treuen Bundesgenossen der Amerikaner.¹²¹

Der Schrecken der Christen bis zum Angriff

Der konservative und republikaner-nahe Publizist John Zmirak bescheinigte Trump am 7. Oktober den völligen politischen und moralischen Bankrott.¹²² Er werfe die syrischen Christen den Wölfen vor. Die jetzige Nachgiebigkeit des Präsidenten gegenüber der Türkei mache seine Worte zur Religionsfreiheit lächerlich. Bekannte evangelikale Konservative waren ebenfalls über den Präsidenten entsetzt, auch solche, die ihm bisher politisch die Stange gehalten haben, worüber in US-Medien breit berichtet wurde.¹²³

In unmittelbarer Reaktion auf das Telefonat vom 6. Dezember finden sich aus der Krisenregion so gut wie keine kirchlichen Stellungnahmen. Joseph Kassab, Präsident des Supreme Council of the Evangelical Community in Syria and Lebanon, äußerte sich am 8. Oktober 2019: „Die erwartete militärische Invasion [durch die Türkei] und die mögliche Auseinandersetzung mit den Kurden kann die Christen zwingen, die Region zu verlassen. Das bedeutet eine weitere Tragödie für die christliche Präsenz in Syrien.“¹²⁴

¹²¹ Eric Schmitt, Thomas Gibbons-Neff, Ben Hubbard und Helene Cooper, Pullback Leaves Green Berets Feeling 'Ashamed,' and Kurdish Allies Describing 'Betrayal', New York Times online vom 13.10.2019.

¹²² John Zmirak, Trump's Abandonment of Syrian Christians and US Allies Could Doom Him, Stream online vom 07.10.2019.

¹²³ Siehe dazu z. B. Samuel Smith, Evangelicals oppose Trump's Syria pullback; 'losing the mandate of Heaven,' Pat Robertson says, Christian Post online vom 07.10.2019; Bill Chappell und Richard Gonzales, 'Shocking': Trump Is Criticized For Pulling Troops From Syrian Border, National Public Radio online vom 07.10.2019; Kim Bellware, Trump 'in danger of losing the mandate of heaven' over Syria decision, Pat Robertson warns, Washington Post online vom 08.10.2019.

¹²⁴ Jayson Casper, Syrian Christians to US: 'Don't Abandon Us Now', Chritianity Today online, 08.10.2019.

Die christlichen Gemeinden in der Angriffsregion

In der voraussichtlichen Angriffszone, also entlang des gesamten Grenzstreifens von Kobane im Westen bis nach Al-Malikiya/Dêrik kurz vor der Grenze zum Irak im Osten – eine Länge von etwa 470 Kilometer – lebten nach der detaillierten Aufstellung von Otmar Oehring etwa 22.000 Christen.¹²⁵ Die Aufstellung im Einzelnen, von Westen nach Osten:

Kobane, etwa 80-100 Christen, alle Konvertiten, Angehörige der evangelischen Bethren-Gemeinschaft, mit den USA verbunden. Nach anderen Quellen wohnten dort etwa 300 Gläubige.¹²⁶

Tell Abyad, etwa 40 syrisch-orthodoxe Christen. Dazu nach unterschiedlichen Quellen 16 bis 30 armenische Familien.¹²⁷

Ras al-Ayn, etwa 275 Christen (nach anderer Quelle 350).

Qamishli, eine größere Stadt, etwa 15.245 Christen in zahlreichen Konfessionen.

Al-Malikiya/Dêrik mit umgebenden Dörfern, etwa 3375 Christen.

Außerhalb dieser Zone ist nur noch eine Stadt von christlicher Bedeutung: Al Hassake. Oehring kommt auf etwas über 10.000 dortige Christen.

Im erwarteten Operationsgebiet der türkischen Streitkräfte und ihrer Unterstützungstruppen entlang der Grenze und einer Tiefe von fünf Kilometern haben ungefähr 450.000 Menschen gelebt.¹²⁸

Der türkische Angriff am 9. Oktober 2019 und die absehbare humanitäre Katastrophe

Am Mittwoch, dem 9. Oktober, begann der erwartete türkische Angriff auf die kurdisch verwalteten Städte und Ortschaften auf der ganzen Länge zwischen Kobane und Al-Malikiya/Dêrik. Er lief unter der Bezeichnung Operation Peace Spring.¹²⁹ Darüber hinaus wurde im Landesinnern die Stadt Ein

¹²⁵ Otmar Oehring (aaO), S. 82-85. Oehring bietet eine Aufstellung der christlichen Einwohnerschaft nach Konfessionen geordnet. Die Zahlen im Text ergeben sich aus der Addition der Angaben in den einzelnen Tabellen.

¹²⁸ Siehe dazu z. B. 14 aid agencies warn of humanitarian crisis in north-east Syria, Norwegian Refugee Council online vom 10.10.2019. Zu den etwa 450.000 Bewohnern gehören auch etwa 90.000 IDPs, die meist in Lagern untergebracht waren.

¹²⁹ Zu den ersten internationalen Berichten siehe z. B. Christiane Schlötzer, Dieses Unterfangen

Issa an der Autobahn M 4 bombardiert. Sie beherbergt einen Stützpunkt der SDF-Verbände. Ebenfalls erwartungsgemäß waren daran auch pro-türkische Milizen in großer Zahl, zusammengefasst in der Syrian National Army (SNA), beteiligt, jihadistische Kampfverbände mit ganz schlechtem Ruf, weil sie durch ihre Gewaltaktionen gegen Zivilisten, v. a. nichtmuslimische Minderheiten und durch Kriegsverbrechen bekannt wurden.¹³⁰ Das Angriffsmuster vom Vorjahr, Januar 2018 in der Region Afrin, wiederholte sich. Massive Luftangriffe mit Artilleriebeschießungen eröffneten die Kampfhandlungen. Im Folgenden stehen v. a. die Auswirkungen der türkischen Militäroperationen auf die Christen und ihre Wohnorte in dem vorgestellten Gebietsstreifen entlang der Grenze im Mittelpunkt.

Asia News berichtete am 11. Oktober, dass aus Ras al-Ain und Tal Abyad bisher über 70.000 Menschen vertrieben worden seien, zwei Städte mit kleiner christlicher Präsenz. Das wäre praktisch die ganze kurdische Bevölkerung gewesen.¹³¹ Die türkischen Streitkräfte wollten ersichtlich diese beiden Städte so schnell wie möglich erobern, wohl in der Erwartung, auf wenig Widerstand der arabischen Bevölkerung zu treffen.¹³²

Die Flucht der Christen aus Tal Abyad und Ras al-Ayn

Am Nachmittag des 10. Oktober haben bereits über zehn der insgesamt 16 armenischen Familien Tal Abyad nach Beginn der massiven Beschießungen mit den vielen anderen Flüchtlingen verlassen.¹³³ Die armenische Regierung und

ist für die Türkei höchst riskant, Tages-Anzeiger [Zürich] online vom 10.10.2019; Volker Pabst, Die Türkei sieht ihre Stunde in Syrien gekommen, NZZ online vom 10.10.2019; Türkei beginnt Militäreinsatz im Norden Syriens, Die Presse [Wien] online vom 09.10.2019; Gudrun Harrer, Türkische Bodenoffensive in Nordostsyrien läuft an, Der Standard [Wien] online vom 09.10.2019; Türkei startet Offensive in Nordsyrien, FAZ online vom 09.10.2019.

¹³⁰ Jared Szuba, Turkey-backed rebels announce unification under 'Syrian National Army', Rebels declare readiness to fight Kurdish-led forces backed by US in northeast Syria, The Defense Post online vom 04.10.2019.

¹³¹ Nach Asia News vom gleichen Tag sind fast alle Bewohner der beiden Städte geflohen: Turkish attacks kill, displace Kurds, strike Christians, create instability, source says, Asia News online vom 11.10.2019.

¹³² Zu den speziellen Problemen in Tal Abyad und den erheblichen Spannungen zwischen der arabischen Bevölkerungsmehrheit und der kurdischen Selbstverwaltung siehe Fabrice Balanche, Tal Abyad: Achilles Heel of the Syrian Kurdish Belt, PolicyWatch 3059, Washington Institute online vom 21.12.2018.

¹³³ Zur Vorbereitung siehe Armenian families to be evacuated from Syria's Tell Abyad due to Turkish military operations, Armenpress News Agency online (englische Ausgabe) vom

das armenische Generalkonsulat in Aleppo standen bereit, ihnen organisatorisch bei der Evakuierung zu helfen, doch sie konnten ohne diese Hilfe nach Aleppo ins Gebiet der syrischen Zentralregierung fliehen. Dort befanden sie sich bereits am 12. Oktober in Sicherheit.¹³⁴ Auch alle etwa 40 syrisch-orthodoxen Christen flohen aus der Stadt. Es gelang ihnen, nach Qamishli zu entkommen. Die European Syriac Union (ESU) beschrieb ausführlich, wie die protürkischen Milizen der Syrian National Army gerade mit dem christlichen Besitz umgegangen sind.¹³⁵ Die sehr wohlhabenden Christen in Tal Abyad besaßen neben ihren Wohnhäusern noch erhebliche weitere Besitztümer. Wie schon vom „IS“ bei der Eroberung des Nordirak 2014 praktiziert kennzeichneten sie die christlichen Häuser mit dem arabischen Buchstaben für „n“, was Nazara bedeutet, also Christen. Sie wurden von den Milizen konfisziert.

Die christliche Gemeinschaft in Ras al-Ayn, eine Stadt mit etwa 55.000 Einwohnern,¹³⁶ aber mit sehr viel mehr Menschen im Umland, war größer als die in Tal Abyad. Oehring nannte etwa 275 Kirchenangehörige. Der ESU-Bericht enthält etwa 100 Mitglieder mehr.¹³⁷ Er spricht von 60 syriakischen und 15 armenischen Familien. Nach üblicher Berechnung ergeben sich daraus 375 Personen.¹³⁸ Mustafa Çoban nennt in seinem Beitrag „ungefähr 30 armenische Familien“, die aus Serêkaniyê (arabisch Ras al-Ayn) geflohen sind und zwar nach Hassake.¹³⁹ Für ungefähr 16 Familien habe die armenische Botschaft in Damaskus die Rettung organisiert.¹⁴⁰

Alle Christen, nicht nur die armenischen, haben die Stadt mit den vielen anderen Flüchtlingen verlassen und sich vermutlich nach Hassake begeben, dem Zielort von zigtausenden Menschen, die nur noch ihr Leben retten woll-

10.10.2019. Zur vollzogenen Flucht siehe Armenian families leave Syria's Tal Abyad attacked by Turkish forces, Aysor online vom 10.10.2019.

¹³⁴ Ethnic Armenians release details about Turkish military invasion in Syria, Armenpress News Agency online (englische Ausgabe) vom 12.10.2019.

¹³⁵ Impact of Turkish Occupation on Syriac Christians in North East Syria: 30 Day Situation Report, European Syriac Union online vom 11.11.2019. Die folgende Darstellung im Text nach dieser Quelle.

¹³⁶ Angabe nach dem Artikel Ra's al-'Ain in Wikipedia online (deutsche Fassung).

¹³⁷ Impact of Turkish Occupation on Syriac Christians in North East Syria: 30 Day Situation Report, European Syriac Union online vom 11.11.2019.

¹³⁸ Man rechnet bei den christlich-arabischen Gesellschaften mit durchschnittlich fünf Personen pro Familie.

¹³⁹ Mustafa Çoban, Armenians in Serêkaniyê driven into flight again after 104 years, ANF News online (anfenglishmobile.com) vom 26.10.2019.

¹⁴⁰ Raffi Elliott, Yerevan Backs Ethnic Armenians in Northeastern Syria as Turkey Invades, Armenian Weekly online vom 16.10.2019.

ten. Die außerordentlich wohlhabenden Christen dieser Stadt besaßen neben ihren Häusern auch Geschäfte und Warenhäuser, die syriakischen dazu riesige landwirtschaftliche Güter mit einer Fläche von insgesamt 10.500 Hektar. Sämtliche Häuser und Wirtschaftsgebäude sollen geplündert worden sein. Auf den Landgütern sollen die radikalen bewaffneten Gruppen alle Maschinen, die ganze Ausstattung und die Feldfrüchte ebenfalls geplündert haben. Damit ist, so der Bericht, die Existenzgrundlage für alle betroffenen Familien verloren gegangen. Die türkischen Söldner sollen die Ländereien in Besitz genommen haben.

Für die armenischen Christen ist die Flucht aus Ras al-Ayn besonders bitter gewesen. 1915 errichteten die Osmanen in der Stadt eines der großen Konzentrationslager für die deportierten Vorfahren. Amy Austin Holmes und Lerna Ekmekçiöğlü schrieben dazu: „1916 ordnete die osmanische Regierung das Massaker an Armeniern in zwei großen Lagern an (das andere in Deir Ezzor ist als ‚Auschwitz Armeniens‘ bekannt). Schätzungsweise 70.000 Armenier allein in Ras al-Ayn wurden von Türken und ihren Milizen getötet. Sie wurden in Massengräbern beigesetzt oder einfach auf offenen Feldern zurückgelassen, auf denen noch heute Knochen von Opfern zu finden sind. Die Überlebenden des Massakers haben Wurzeln in der Region geschlagen, was es einer multiethnischen Gesellschaft ermöglichte, sich im Nordosten Syriens zu entwickeln. Die derzeitige grenzüberschreitende Militäroperation versucht jedoch, diese Dynamik dauerhaft zu ändern. Häuser von Armeniern sowie anderen christlichen und kurdischen Familien werden von türkisch unterstützten Milizen geplündert.“¹⁴¹

Qamishli und seine vielen Christen unter türkischem Beschuss

Qamishli mit seinen rund 200.000 Einwohnern ist eine geteilte Stadt. Es gibt Stadtteile, die unter der Verwaltung der syrischen Regierung stehen mit dem für alle Bewohner wichtigen Flughafen, andere aber werden von den PYG-Kurden verwaltet. Das geordnete Nebeneinander beruht auf tragfähigen Vereinbarungen.

Die Bezirke von Qamishli unter kurdischer Kontrolle wurden vier Tage lang mehrfach von türkischem Gebiet aus mit Artillerie angegriffen. Bereits am ersten Kriegstag, dem 9. Oktober, erlitt das größte christliche Siedlungs-

¹⁴¹ Amy Austin Holmes und Lerna Ekmekçiöğlü, Armenian Genocide Descendants Face Another Turkish Onslaught, One Century Later, Belfercenter online vom 29.11.2019.

gebiet in Nordostsyrien überhaupt, der große Stadtteil Bisheriya von Qamishli, einen Beschuss, obwohl sich dort keinerlei militärische Einrichtungen befanden. Das kurdische Rote Kreuz berichtete, dass zwei der Toten an diesem Tag aus diesem Stadtteil stammten.¹⁴² Nach der Pressemeldung von In Defense of Christians (IDC) handelte es sich um Christen.¹⁴³ Ein 28-jähriges Kirchenmitglied aus Qamishli berichtete einer US-Kirchenzeitung: „Am ersten Tag des türkischen Angriffs wurde das Viertel al-Bashiriya in der Stadt Qamischli bei einer unbekanntenen Beschießung getroffen, was zu schweren Verletzungen des jungen Fadi Habsuno und seiner Frau führte. Sie wurden ins Krankenhaus evakuiert und blieben mehr als vier Stunden im Operationssaal und auf der Intensivstation. Am zweiten Tag wurde das westliche Viertel [von Qamischli] bei einem Beschuss getroffen, der ein ganzes Haus verbrannte, das von seinen Bewohnern evakuiert worden war. Aber wissen Sie, viele Menschen sind in ihren Häusern geblieben und sie können nirgendwo hingehen.“¹⁴⁴

Die beiden Schwerverletzten waren syriakische Christen und gehörten zur evangelischen Alliance Church. Ihr Gemeindepfarrer George Moushi machte sich große Sorgen um sie.¹⁴⁵ Durch den Einschlag zweier Geschosse ist ihr Haus mit ihrem Geschäft zerstört worden. Da die Familie mit zwei Kindern arm war und die medizinische Behandlung im Krankenhaus teuer, hat er dem Mann mit etwas Geld ausgeholfen.

Die armenische Lehrerin Anahida Bedrus berichtete der spanischen Reporterin Natalia Sancha, dass ihr Haus in den ersten Kriegstagen durch türkischen Beschuss eingeebnet worden ist.¹⁴⁶ Ihrem muslimischen Nachbarn Abu Khaled wurde der Kopf abgerissen. Ganz in der Nähe erlitt ihre christliche Nachbarin Julia durch Schrapnell-Splitter schwere Verletzungen.

¹⁴² heyvasor a kurd (kurdisches Rotes Kreuz, Turkish military and Islamic groups invasion in Northeast Syria, Heyvasor a kurd online (www.heyvasor.com) vom 30.10.2019, S. 29.

¹⁴³ IDC Confirms Turkey Kills Christians in Northeast Syria, In Defense of Christians online vom 10.10.2019.

¹⁴⁴ Peter Jesserer Smith, Syrian Christian to US Leaders: ‘Tell Turkey to Stop the Attack’, National Catholic Register online vom 11.10.2019.

¹⁴⁵ Christopher Summers, ‘It was a horrifying scene’: On the ground with Christians in northern Syria, Open Doors USA online vom 14.10.2019. Die folgende Darstellung im Text nach diesem Beitrag. Siehe auch den informativen Bericht von Roj Eli Zalla, Christianity near extinction in Qamishli after Turkish bombardment, Rudaw online (engl. Ausgabe) vom 18.10.2019.

¹⁴⁶ Natalia Sancha und Andrés Mourenza, On the Syrian front line: Accounts from both sides of the Turkish offensive, El Pais [Madrid] online (engl. Ausgabe) vom 18.10.2019.

Baderkhan Ahmad, ein einheimischer kurdischer Journalist, informierte den US-Sender NBC per Telefon, dass in der Nacht vom 9. zum 10. Oktober in seinem Stadtteil eine Christin mit ihrer Tochter während des türkischen Mörserbeschusses getötet worden seien.¹⁴⁷ Das sind vermutlich die beiden Toten, von denen auch IDC berichtet hat.

Ein anderer kurdischer Journalist meldete am 9. Oktober spätabends aus Qamishli, dass ein älterer Christ aus dem christlichen Stadtgebiet bei einem Luftangriff ums Leben gekommen ist und viele andere Bewohner seien verletzt worden.¹⁴⁸

Mindy Belz berichtete am 10. Oktober nach einem Telefonat mit dem Leiter der assyrischen Gemeinschaft Gabriel Moshein in Qamishli, dass am ersten Kriegstag mindestens ein Mädchen der Gemeinde getötet worden ist und die assyrische Kirche Mar Gorgios von einer Bombe getroffen wurde.¹⁴⁹

Demnach haben in den ersten 24 Stunden des türkischen Angriffs auf diese Stadt vier Christen ihr Leben verloren, mindestens zwei wurden verletzt.

Der syrisch-orthodoxe Bischof Maurice Amsih hat seinen Amtssitz in Hasake. Er nahm es auf sich, trotz der dauerhaften Beschießung in vollem Ornat nach Qamishli zu reisen, um sich selber ein Bild von der Lage zu machen. Immerhin stellen die syrisch-orthodoxen Christen mit etwa 10.500 Gläubigen zwei Drittel der dortigen Kirchenmitglieder. Er besuchte auch das christlich geführte und sehr gut ausgestattete al-Salam-Krankenhaus, in das die christlichen Opfer gebracht wurden.¹⁵⁰

Zusätzlich zu den türkischen Beschießungen hat der „Islamische Staat“ am 11. Oktober einen Autobombenanschlag in der Innenstadt durchgeführt, der vier Tote und neun Verletzte forderte.¹⁵¹ Rikar Hussein berichtete für den US-Sender Voice of America direkt aus Qamishli und sprach nach Informationen des privaten Farman-Krankenhauses von inzwischen „mindestens zehn Zivi-

¹⁴⁷ Saphora Smith, Turkey says 109 people killed as troops continue advance into Syria, NBC online vom 10.10.2019.

¹⁴⁸ Hisham Arafat, Dozens of civilians killed or injured in Turkish offensive on northern Syria, Kurdistan 24 online (englische Ausgabe) vom 09.10.2019, 11.22h nachts.

¹⁴⁹ Mindy Belz, Turkey's Deadly 'safe Zone', WORLD News Group online vom 10.10.2019.

¹⁵⁰ Die britische Kirchenzeitung The Tablet veröffentlichte am 16.10.2019 den Beitrag von Engy Magdy, 'Turkish Offensive in Syria Displacing Christians', The Tablet online. Er war mit dem Bild vom Besuch des Bischofs im besagten Krankenhaus illustriert.

¹⁵¹ Siehe dazu recht ausführlich Rikar Hussein, Syrian Kurdish City Hit by Islamic State Car Bomb, Turkish Airstrikes, Ground Assault, Voice of America News online vom 11.10.2019. Die folgende Darstellung im Text nach diesem Beitrag.

listen, die getötet wurden und weiteren vier Verletzten infolge des türkischen Artilleriefeuers“. Damit wären an diesem einen Tag mindestens 14 Zivilisten in der Stadt gewaltsam ums Leben gekommen.

Für die Christen ist dieser Vorgang besonders erschütternd gewesen. Der „IS“ hatte bereits am 11. Juli des Jahres mit einem gleichgearteten Terrorakt mithilfe einer Autobombe in der Stadt gerade bei den Christen für Schrecken gesorgt.¹⁵² Damals erfolgte die Explosion auf der Straße direkt vor der syrisch-orthodoxen Kirche der hl. Jungfrau Maria. Zu dieser Zeit wurde in der Kirche ein Gottesdienst abgehalten. Bei dem Gewaltakt wurden mindestens sieben Personen außerhalb der Kirche verletzt.

Ein Reporter der kurdischen North Press Agency teilte am 11. Oktober per Twitter kurz mit, dass im Dorf Tal Jihan (Bezirk Tirbe-Spi/Qahtaniya) etwa 30 Kilometer östlich von Qamishli die syrisch-orthodoxe Kirche der Jungfrau Maria durch türkischen Beschuss getroffen wurde.¹⁵³ Das Dorf mit nur noch wenigen Christen in unmittelbarer Nähe von Qahtaniya liegt weniger als einen Kilometer von der türkischen Grenze entfernt.¹⁵⁴ Arthur Meursault schrieb zwei Monate zuvor, dass die Kirchenmauer Geschoßlöcher aufweist, die durch Beschuss aus der Türkei Monate vorher entstanden sind. Von westlichen Medien nicht wahrgenommen nahmen die türkischen Streitkräfte schon über längere Zeit hinweg immer wieder kurdische Grenzstädte und Dörfer unter Beschuss. Am gleichen Tag, dem 10. Oktober, bekam die Kirche der Jungfräulichen Dame (Virgin Lady) in der Stadt Qahtaniya östlich von Qamishli einen Treffer ab.¹⁵⁵

Nach der Schätzung von Roj Eli Zalla hat etwa ein Drittel der Christen Qamishli infolge der türkischen Beschießungen verlassen,¹⁵⁶ nach der Erkenntnis von Erzbischof Hindo die Hälfte.¹⁵⁷ Blickt man auf den OCHA-Bericht

¹⁵² Explosion targets church in Assyrian district of Qamishli Syria, Assyrian Policy online vom 11.07.2019; Car bomb near church in Syria wounds several, Catholic News Agency online vom 12.07.2019. Auch die regimenahe türkische Tageszeitung Daily Sabah berichtete darüber: At least 7 wounded as car bomb hits Qamishli in northeast Syria, Daily Sabah online (mit AFP) vom 11.07.2019.

¹⁵³ Kurzmitteilung auf dem Twitter Account von NORTH PRESS AGENCY - ENGLISH vom 11.10.2019.

¹⁵⁴ Arthur Meursault, The Anti-Christian Genocide the West Forgot, The American Conservative online vom 09.08.2019. Die folgende Darstellug im Text nach diesem Beitrag.

¹⁵⁵ Sirwan Kajo, Syrian Christians Fear Persecution During Turkey Offensive, Voice of America News online vom 13.10.2019.

¹⁵⁶ Kurze Bemerkung von Roj Eli Zalla, Christianity near extinction in Qamishli after Turkish bombardment, Rudaw online (englische Ausgabe) vom 18.10.2019.

¹⁵⁷ Zahlenangabe im Beitrag von Jayson Casper, Syrian Christians Brave Insecurity to Stay

vom 5. November 2019 über die Flüchtlingslage im Land, so werden für Qamishli 17.500 Rückkehrer genannt.¹⁵⁸ Die Mehrzahl der Geflohenen waren also Christen und weitere Minderheiten, die nun nach der Wiederherstellung der Sicherheitslage in ihre Heimatstadt zurückkehrten.

Der Rückgang der Opferzahlen nach dem 13. Oktober dürfte auch mit dem Eintreffen syrischer Armeeverbände am 14. Oktober in der Stadt zum Zwecke der Grenzsicherung zu tun haben.¹⁵⁹ Hannes Heine und Muhamad Abdi schrieben dazu: „In Kamischli waren Christen in der Nacht zuvor, als der Deal zwischen der SDF und Assad bekannt wurde, auf die Straßen geströmt: Freudenschüsse, Sprechchöre, Jubel.“ Nach den bisherigen verschiedenen Hinweisen auf christlichen Unmut über die kurdische Autonomieverwaltung kann das nicht mehr überraschen.

Der armenisch-katholische Gemeindepriester von Qamishli, Father Antonio Ayzazian, konnte am 28. Oktober gegenüber Agensir von einer günstigen Entwicklung der Sicherheitslage der Stadt berichten.¹⁶⁰ Die Grenzzone sei relativ ruhig. „Die Grenze wird von der syrischen Armee überwacht, die auch Polizeiposten eingerichtet hat. Im Falle eines Problems mit der türkischen Armee greifen russische Sicherheitskräfte ein und fungieren als Friedenstruppe, die die Kriegführenden trennt.“ Die kurdischen Stadtviertel von Qamishli seien inzwischen wieder bewohnt, nachdem viele Einwohner nach der türkischen Offensive die Stadt verlassen haben. „Einige christliche Familien, die nach Aleppo geflohen sind, sind noch nicht zurückgekehrt, aber sie ziehen langsam in ihre Dörfer zurück.“ Dabei dachte er als armenischer Priester wohl an armenische Christen, von denen in Qamishli vor dem türkischen Angriff ungefähr 2000 Gläubige lebten¹⁶¹, dazu vermutlich auch welche in umliegenden christlichen Dörfern. Die Flucht nach Aleppo dürfte mit dem Bemühen des dortigen armenischen Generalkonsulats zusammenhängen, geordnete Evakuierungen insbesondere aus den hart umkämpften

Behind and Help, Christianity Today online vom 19.10.2019.

¹⁵⁸ Syrian Arab Republic North East Syria displacement 5 November 2019, UNOCHA online vom 05.11.2019.

¹⁵⁹ Offizielle Mitteilung der syrischen Regierung am 14.10.2019: Syrian Army units move north to face Turkish aggression, Syria Times online vom 14.10.2019. Zum Vorrücken syrischer Verbände und zur Sichtweise von Exilkurden in Deutschland siehe Hannes Heine und Muhamad Abdi, In Nordsyrien rufen die Kurden Assad zur Hilfe: „Ich bleibe hier, auch wenn ich kämpfen muss!“, Tagesspiegel online vom 15.10.2019. Das folgende Zitat im Text aus diesem Beitrag.

¹⁶⁰ Daniele Rocchi, Abu Bakr Al-Baghdadi. Syrian Christians “cautious and prudent.” “He has been reported dead four times already.”, Agensir online vom 28.10.2019.

¹⁶¹ Zahlenangabe nach Otmar Oehring (aaO) S. 83.

Grenzstädten wie Tal Abyad und Ras al-Ayn durchzuführen. Das armenische Militär beobachtete den türkischen Angriff im Blick auf die armenischen Wohnorte an der Grenze sehr genau und baute auch Beziehungen zur armenischen Gemeinschaft in Qamishli auf, so Raffi Elliott in ihrem Beitrag.¹⁶²

Militärische und politische Entwicklungen seit dem 13. Oktober 2019

Am 13. Oktober sah sich die militärische und politische Führung der PYG-Kurden gezwungen, die Zentralregierung um indirekte Unterstützung bei der Verteidigung gegen die türkischen Angriffe zu bitten.¹⁶³ Regierungstruppen sollten wichtige Städte sichern, v. a. Manbidsch und Kobane ganz im Westen. Dazu die wichtige Ost-West-Hauptverbindungsstraße durch Nordsyrien, die Autobahn M 4 mit den wichtigen Städten Ain Issa und Tal Tamar. Die Kurden waren bereit, hierfür syrische Kampfverbände ungehindert in ihr Rojava-Gebiet einzulassen. In Hassake unterhielt die syrische Regierung Verwaltungsstellen, in Qamishli zusätzlich noch einen kleinen Militärverband und den wichtigen Flughafen. Hassake war wegen der Entfernung von ca. 70 Kilometern zur türkischen Grenze nie gefährdet. Von Hassake führt eine Straße direkt nach Tal Tamar im Nordwesten, ca. 40 Kilometer entfernt. Die syrische Regierung nahm die kurdische Bitte auf, erlaubte sie doch ohne Abgabe eines einzigen Schusses wieder stärker im Rojava-Gebiet Boden Fuß zu fassen. Auf der M 4 wurden unverzüglich syrische Verbände nach Ain Issa gebracht, bereits am 14. Oktober auch nach Tal Tamar.¹⁶⁴

¹⁶² So die Darstellung von Raffi Elliott, Yerevan Backs Ethnic Armenians in Northeastern Syria as Turkey Invades, Armenian Weekly online vom 16.10.2019.

¹⁶³ Siehe dazu z. B. Saphora Smith und Mac William Bishop, Kurdish forces strike deal with Damascus, Moscow to repel Turkey, Kurdish troops have turned to the Syrian government and Russia for help, as U.S. forces move out of the region, NBC News online vom 14.10.2019; Raf Sanchez, Assad troops enter north-east Syria after Russia-backed deal with Kurds, Daily Telegraph online vom 14.10.2019.

¹⁶⁴ Offizielle Mitteilung der syrischen Regierung am 16.10.2019: Syrian Arab Army enters 3 new villages northwest of Tal Tamr in al-Hasakah countryside, Syria Times online vom 16.10.2019.

Die verbliebenen Christen im Raum Tal Tamar

Die größte assyrische Gemeinschaft in Syrien lebte bis Februar 2015 in 35 Dörfern am Khabourfluss, nordwestlich von Hassake mit der Stadt Tal Tamar als Zentrum. Zahlenmäßig ist von 15.000 bis 20.000 Christen auszugehen, die fast ausschließlich der Assyrischen Kirche des Ostens angehörten. Dem Ansturm des „IS“ im Frühjahr 2015 waren sie schutzlos ausgeliefert, weil die kurdischen Verbände sich auf die Verteidigung des Khabour-Übergangs am westlichen Stadtrand von Tal Tamar konzentrierten. Ihnen blieb nur die Flucht nach Hassake, sofern sie der Geiselnahme durch den „IS“ entkamen.

Nach der Vertreibung der Terrormiliz aus der Region im Sommer 2015 haben zwei assyrische Milizen den Schutz der wenigen wieder zurückkehrenden assyrischen Christen übernommen, die Khabur-Wächter und die Assyrischen Volkswächter Nattoreh.¹⁶⁵

In Tal Tamar selber sollen vor dem türkischen Angriff nur noch etwa 300 bis 500 assyrische Christen gelebt haben. Die Gesamtzahl der Christen in der Stadt und in einigen südöstlichen und westlichen Dörfern soll zwischen 800 und 1000 gelegen haben. Otmar Oehring hat in Kurzfassung das Schicksal der Gläubigen der Region beschrieben, mit genauen Hinweisen auf die zerstörten Kirchen in den einzelnen Dörfern.¹⁶⁶

Tal Tamar liegt über 30 Kilometer südlich der syrisch-türkischen Grenze, die anderen Dörfer mit kleinen christlichen Bewohnergruppen noch weiter südöstlich. Sehr bald gerieten auch sie in Gefahr.

Protürkischen jihadistischen Kräften war es nach den ersten Kriegstagen gelungen, massiv unterstützt von der türkischen Luftwaffe, etwa 20 Kilometer westlich von Ras al-Ayn durchzubrechen und nach Süden vorzustoßen. Bereits am 12. Oktober erreichten kleine Kommandos die M 4 noch weit westlich von Tal Tamar und griffen Fahrzeuge, die auf der Autobahn unterwegs waren, sowie deren Insassen, an. Das Ziel war, diese wichtige Hauptverbindungsstraße im Kurdengebiet zu sperren. Den kurdischen Kräften gelang es zunächst noch, diese protürkischen Milizen zurückzuschlagen.¹⁶⁷ Aber die Angreifer stießen in den Folgetagen entlang der M 4 erfolgreich weiter nach

¹⁶⁵ Genaue Angaben mit genauen Belegen bei Otmar Oehring (aaO), S. 76.

¹⁶⁶ Otmar Oehring (aaO) S. 32-34. Ausführlicher mit Hinweisen auf weit zurückreichende historische Wurzeln bei Sam Sweeney, *As Turkey Invades Northeast Syria, Christians There Are on the Brink*, National Review online vom 31.10.2019.

¹⁶⁷ Siehe dazu die Pressemeldung des SDF: *The international highway is secure and under the control of our troops*, SDF Media Center online vom 12.10.2020.

Osten, also Richtung Tal Tamar am Khabourfluss vor. Damit war auch diese Stadt bedroht, auch wenn bereits am 14. Oktober syrische Armee-Verbände den Ort erreichten.

Exkurs: Zweimal Waffenruhe und Neuzuschnitt der Sicherheitszone

Dabei spielen auch die politischen und militärischen Entwicklungen des Syrienkonflikts eine Rolle. Es war der US-Regierung gelungen, den türkischen Staatschef Erdogan zu einer Feuerpause ab dem 17. Oktober abends zu bewegen.¹⁶⁸ Sie sollte für fünf Tage gelten, damit sich in dieser Zeit die kurdischen YPG-Verbände aus einem Grenzstreifen von 30 Kilometer Tiefe zurückziehen können. Es gab aber offenbar keine Einigkeit, ob sich der Rückzug über die ganze Länge der von der Türkei beanspruchten Sicherheitszone von ca. 470 Kilometer oder nur in der Zone zwischen Tal Abyad und Ras al-Ayn, ungefähr 120 Kilometer lang, erstrecken sollte. Der Waffenstillstand war sehr brüchig. Am letzten Tag, am 22. Oktober schloss sich eine Folgevereinbarung zwischen Russland und der Türkei an, die Waffenruhe auf 150 Stunden, beginnend ab dem 23. Oktober, also bis 29. Oktober reichend, auszuweiten. Dieses Mal wurde aber ausgehandelt, dass der kurdische Truppenrückzug nur im Gebiet zwischen Tal Abyad und Ras al-Ayn erfolgen müsse. Danach solle es gemeinsame türkisch-russische Patrouillen in diesem Grenzstreifen geben. Mit dieser Regelung war eine geschlossene türkische Sicherheitszone von etwa 470 Kilometern Länge vom Tisch. Den türkischen Kräften wurde aber gestattet, bis zur M 4 nach Süden vorzudringen. Die offenbar nicht genau geregelte Frage war, wie weit nach Südosten sich die türkische Besatzungszone erstrecken durfte. Blickt man auf die Karte, ist leicht verständlich, dass die türkischen Militärs als südöstliche Ecke ihres neuen Sicherheitsraumes gerne die Stadt Tal Tamar besetzt hätten und dies vermutlich auch anstrebten. Diese Stadt am Khabour-Flussübergang liegt an der wichtigen Kreuzung der M 4 und der Hauptstraße nach Ras al-Ayn.

Das uns interessierende Gebiet von Tal Tamar mit seinen Christen befindet sich damit genau in dieser Ecke der von der Türkei angestrebten Sicherheitszone. Nicht nur das: Sechs der alten 35 assyrischen Dörfer westlich von Tal Tamar würden in das türkische Besatzungsgebiet einbezogen werden und damit schutzlos dem Wüten der jihadistischen Banden ausgeliefert sein.

¹⁶⁸ Als Erstinformation siehe den Artikel „Türkische Militäroffensive in Nordsyrien 2019“ in Wikipedia online (deutsche Ausgabe).

Die Türkei konnte in den folgenden Tagen vereinbarungsgemäß und ungehindert in das von kurdischen Kräften geräumte Gebiet bis zur M 4 vordringen. Sie versuchte aber auch von Westen und Norden kommend Tal Tamar zu erreichen. Am 26. Oktober gelang es syrischen Armeeverbänden, auf der Hauptstraße von Tal Tamar nach Norden bis in die Nähe der türkischen Grenze vorzustoßen, wurde dabei aber von protürkischen Kräften in Gefechte verwickelt.¹⁶⁹ Am 28. Oktober konnten syrische Streitkräfte weitere Dörfer im Raum Tal Tamar in Besitz nehmen, also nordwestlich Richtung Grenze und westlich entlang der M 4, damit über den Bereich der christlichen Dörfer hinaus.¹⁷⁰ Aber am 30. Oktober drangen türkische Kräfte nördlich von Tal Tamar nach Osten vor, querten die Hauptstraße nach Ras al-Ayn und versperrten den syrischen Streitkräften damit den freien Weg nach Norden.¹⁷¹ Erstmals entwickelten sich schwere Kämpfe zwischen beiden Verbänden. Die syrische Armee war zum ersten Mal in der Situation, sich auf eigenem Boden gegen die türkischen Besatzungskräfte, wie man sie nannte, massiv zur Wehr setzen zu müssen. Die Kämpfe spielten sich sogar bis in die westlichen Dörfer in der Umgebung von Tal Tamar ab. Türkische Truppen schossen mit Artillerie in diese Dörfer hinein, so dass viele Bewohner fliehen mussten.

Der ESU-Lagebericht vom 11. November 2019 bestätigte, dass das westlichste der assyrischen Dörfer, Tall Tawil, nach den Angaben des christlichen Dorfbewohners Daoud Oraha zweimal von türkischer Seite beschossen und das Haus des Christen George Kajo dabei getroffen wurde.¹⁷² Robert Eisho, ein Sicherheitsbeauftragter aus dem Dorf sagte, dass sich die bewaffneten Gruppen der Türken wie die früheren IS-Kämpfer benehmen würden und es darauf abgesehen hätten, den Rest des Volkes hier aus ihren Häusern zu vertreiben. Damit rückte der Krieg dicht an das alte christlich-assyrische Gebiet am Khabourfluss heran, das seit Sommer 2015 in relativem Frieden leben konnte.

¹⁶⁹ Im Bericht von Inas Abdulkareem, Syrian Arab Army deploy in 4 new villages in Ras al-Ayn in Hassaka,

¹⁷⁰ Im Bericht von O.al-Mohammad, The Syrian Arab army is deployed on the Syrian-Turkish border 90 km from the eastern countryside of Ras al-Ayn to the east of Qamishli, Syria Times vom 28.10.2019.

¹⁷¹ Darstellung von O. al-Mohammad, The army engages in violent clashes against the Turkish occupation forces, Syria Times online vom 31.10.2019.

¹⁷² Impact of Turkish Occupation on Syriac Christians in North East Syria: 30 Day Situation Report, European Syriac Union online vom 11.11.2019. Die folgende Darstellung im Text nach diesem Beitrag.

Man kann gut verstehen, dass der christliche Syriac Military Council infolge dieser Lageentwicklung am 2. November beschlossen hat, die Führung bei der Verteidigung der Khabourdörfer zu übernehmen. Es handelt sich um die beiden unter gemeinsamen Befehl stehenden Khabur-Wächter und die Assyrischen Volkswächter Nattoreh, zusammen aber nur einige hundert Kämpfer, einzig mit leichten Waffen ausgerüstet. Ihre Aufgabe konnte also nur darin bestehen, das Einsickern kleiner Kommandos der jihadistischen Milizen in diese Dörfer recht nah westlich von Tal Tamar zu verhindern.

Berichte Betroffener und von Besuchern vor Ort ¹⁷³

Der deutsche Arzt Michael Wilk war im fraglichen Zeitraum am Krankenhaus in Tal Tamar tätig und erlebte die Kämpfe in der Umgebung hautnah mit.¹⁷⁴ Über die Zeit der angeblichen Waffenruhe sagte er: „Mit unserem Krankenhaus lagen wir am Anfang etwa 20 Kilometer, am Ende weniger als zehn Kilometer entfernt von der jeweiligen Frontlinie. Die Front kam näher. Das heißt: Die türkischen Truppen und ihre dschihadistischen Hilfstruppen am Boden waren bemüht, ihr Gebiet weiter auszudehnen. Tell Tamer ist strategisch wichtig. Zur Zeit ist die Stadt wohl noch in Händen der kurdischen Selbstverteidigungseinheiten beziehungsweise der syrischen Einheiten, die da nachgezogen sind. Aber es gab keine Waffenruhe. Wir hatten die ganze Zeit über Schwerverletzte, Sterbende, auch Tote – sowohl unter den Selbstverteidigungskräften als auch unter der Zivilbevölkerung.“

Roj Eli Zalla berichtete am 5. November aus Tal Tamar.¹⁷⁵ Der assyrische Kämpfer Carlos Ashuri erzählte ihm: „Terroristen, die von Erdogan unterstützt werden, liegen zwei Kilometer vom Dorf entfernt. Man kann die Beschießungen und das Bombardement hören. Wir als Khabour Protection Forces haben uns in den Khabour-Dörfern verteilt und sind bereit, unsere Mitbürger gegen jeglichen Angriff zu verteidigen. Das geschieht zusammen

¹⁷³ Guter Überblick über die türkische Politik der Vertreibung von Kurden und Minderheiten in Nordostsyrien bei Thomas Pany, Nordsyrien: Türkei und Islamisten zielen auf Vertreibung der Bevölkerung, Heise online vom 18.10.2019; Christen fürchten sich vor türkischer Offensive, Die letzten Assyrer in Nordsyrien befürchten eine Vertreibung durch die Türkei, Frankfurter Rundschau online vom 20.11.2019.

¹⁷⁴ Matthias von Hein, Nordsyrien: „Es gab keine Waffenruhe“, Interview mit Michael Wilk, Deutsche Welle online vom 31.10.2019.

¹⁷⁵ Roj Eli Zalla, Northern Syrian Christians on a mission to protect their villages, Rudaw online (englische Ausgabe) vom 05.11.2019.

mit den YPG-Kräften und der syrischen Armee.“ Am 3. November habe es in sechs Dörfern im Umkreis von Tal Tamar Konflikte gegeben. Dabei wurden drei Personen getötet, vier verletzt.

Am 7. November berichteten Jihan Belkinc und Basel Rasheed, das Dorf Deldara in der Nähe von Tal Tamar, kein assyrisches Dorf, sei vier Kilometer von der Frontlinie entfernt und Söldner versuchten, dort einzudringen.¹⁷⁶ Der assyrische Kämpfer Ninoz Armeni war überzeugt: „Die ottomanische Armee hat viele Massaker an unserem Volk begangen, und jetzt möchte die türkische Besatzungsarmee diese Massaker wiederholen, indem sie unsere Gebiete angreift. Aber wir als Kämpfer werden die Wiederholung dieser Massaker nicht gestatten.“

Die Angriffe der jihadistischen Milizen, beständig unterstützt von Artillerie und türkischen Kampfdrohnen, gingen noch knapp zwei Wochen weiter. Das Ziel war offenbar, Tal Tamar zu erobern. In dieser Zeit konnten sich die protürkischen Kräfte von Westen kommend immer weiter Richtung Tal Tamar vorkämpfen. Sie waren militärtechnisch den assyrischen und kurdischen Verbänden offenbar weit überlegen.

Sogar die russische TASS-Agentur meldete am 13. November, dass es am 11. November heftige Kämpfe zwischen der syrischen Armee im Verbund mit kurdischen und assyrischen Kräften im Raum Tal Tamar gegeben hat.¹⁷⁷ Am 12. November seien drei Dörfer nach schwerem Beschuss von türkischen Verbänden genommen worden.

Jared Szuba von The Defense Post lieferte am 15. November einen erschütternden Lagebericht aus der Stadt.¹⁷⁸ Die protürkischen Verbände konnten sich von Westen her immer näher an Tal Tamar herankämpfen. Dörfer, die zwei Wochen zuvor noch von der syrischen Armee besetzt wurden, gingen verloren. Jedes Fahrzeug, das die Stadt verlässt, um die Toten und Verletzten zu bergen, so die Schilderung, wird von den türkischen Kampfdrohnen beschossen. Die meisten Bewohner von Tal Tamar seien bereits geflohen. Nur das kleine Krankenhaus arbeitete rund um die Uhr. Es fehlte an Blutkonserven. Dr. Muhammad Khalaf von der chirurgischen Notaufnahme sagte am

¹⁷⁶ Jihan Belkinc und Basel Rasheed, Syriac, Armenian fighters: Just as we defeated ISIS, we will counter Turkish attacks, Hawar News Agency online (englische Ausgabe) vom 07.11.2019.

¹⁷⁷ Turkish forces shell two settlements near Syria's Tell Tamer, TASS online (englischer Dienst) vom 13.11.2019.

¹⁷⁸ Sehr umfangreicher Bericht von Jared Szuba, Tel Tamer's hectic hospital belies northern Syria ceasefire, The Defense Post online vom 15.11.2019.

14. November der Reporterin: „Wir haben einen hohen Bedarf an Antibiotika und an medizinischer Ausrüstung.“ Bis zu diesem Tag seien 644 Verletzte und 170 Tote, zumeist Zivilisten, angeliefert worden.

Inzwischen würden auch die Soldatinnen der christlichen Bethnahrin Women's Protection Forces als Verstärkungen an der Front westlich der Stadt kämpfen. Seit dem Vortag seien zwei assyrische Milizionäre in Tal Taweel, dem westlichsten der Khabour-Dörfer, vermisst. Ein Kommando solle sie nun suchen. Bei den Kämpfen im Dorf seien zwei gefangen genommen worden und sieben gefallen. Leute, die den protürkischen Milizen entflohen seien, berichteten von Brandschatzungen und der Tötung von Zivilisten.

Am gleichen Tag bereiteten sich die Kämpfer des christlichen Syriac Military Council darauf vor, die verbliebenen Zivilisten in den Dörfern in der Frontlinie zu evakuieren, also aus den sechs assyrischen Dörfern westlich von Tal Tamar.¹⁷⁹

Am 17. November wurde um diese Dörfer weiter gekämpft, wie Sirwan Kajjo für den Sender Voice of America berichtete.¹⁸⁰ Die Kriegslage entspannte sich aber seit dem 19. November. Syrische Streitkräfte konnten nun unbehelligt von Tal Tamar aus zehn Kilometer weit nach Westen auf der M 4 fahren und in einem mehrere Kilometer breiten Streifen auch nördlich der Autobahn nicht nur alle sechs assyrischen Dörfer, sondern weitere verloren gegangene unter ihre Kontrolle nehmen.¹⁸¹ Der massive politische Druck der US-Regierung eine Woche zuvor, die türkische Verbände nicht in Tal Tamar und in den Christen-Dörfern sehen wollte, der auf höchster Ebene auf die türkische Regierung ausgeübt wurde, dürfte zu dieser Lösung beigetragen haben.¹⁸²

Die türkischen Pläne, Tal Tamar zu erobern, dazu das ganze Gebiet westlich der Stadt, waren damit hinfällig geworden. Im Rückblick muss man aber die Frage stellen, warum syrische Armeeverbände mit besserer Ausrüstung als die christlichen und kurdischen Kräfte den Großraum von Tal Tamar nicht besser verteidigen konnten. Philip Klaus schrieb dazu in seinem Blog

¹⁷⁹ Joanne Stocker, Turkish forces shell two settlements near Syria's Tell Tamer, The Defense Post online vom 14.11.2019.

¹⁸⁰ Sirwan Kajjo, Turkish-Backed Syrian Fighters Seek Control of Major Highway in NE Syria, Voice of America News online vom 17.11.2019.

¹⁸¹ O. al-Mohammad, Army units expand their deployment west of Tal Tamr and enter 5 new points in Hasaka countryside, Syria Times online vom 20.11.2019.

¹⁸² Siehe dazu die detaillierten und US-kritischen Ausführungen von Seth J. Frantzman, U.S. admits Syrian Christians endangered by Turkish invasion of Syria, Jerusalem Post online vom 11.11.2019.

am 18. November 2019, das hänge wohl mit der schlechten Kampfmoral und der schlechten militärischen Führung zusammen.¹⁸³ Es habe sich auch um syrische Reserveverbände gehandelt.

Die Bevölkerungsverteilung in den Khabourdörfern hat sich aber seit Oktober 2019 deutlich verändert. So erzählte Edmon Lunan, ein christlicher Dorfbewohner von Tal Hafyan, wenige Kilometer südöstlich von Tal Tamar gelegen, der Deutschen Welle, dass nach dem türkischen Angriff auf die Region im Oktober und November 2019 viele der geflohenen Christen nicht mehr zurückgekommen seien.¹⁸⁴ In seinem alten Dorf würden nur noch drei Christenfamilien leben. Aber im Ort herrsche reges Treiben. Fast alle Menschen seien Flüchtlinge aus Ras al-Ayn, die hierher gekommen sind und sich in leeren Christenhäusern niedergelassen haben. Die Versorgung erfolgt durch NGOs. Was für Tal Hafyan gilt, trifft auch auf viele andere weitgehend verlassene Khabourdörfer zu.

Propagandakrieg um armenische Kirche in Tal Abyad

Am 19. Oktober 2019 berichtete erstmals ein regierungsnahes Medium, die Anadolu Agency: „YPG/PKK Terrorgruppen verwandelten eine armenische Kirche im nordsyrischen Tal Abyad-Bezirk in ein Hauptquartier.“¹⁸⁵ Abu Abdo, ein Kommandeur der Syrian National Army, einer protürkischen jihadistischen Miliz, die im Vorjahr im Gebiet Afrin furchtbar gewütet und mit Gewalt gegen Christen vorgegangen ist, wird in der Meldung als Retter der Kirche bezeichnet. „Wir fordern unsere christlichen und armenischen Brüder und Schwestern auf, nach Tal Abyad zurückzukehren. Sie können ihre religiösen Pflichten praktizieren. Wir sind Brüder“, soll er gesagt haben. Am 9. November 2019 verbreitete das türkische Verteidigungsministerium per offiziellem Twitter-Account Fotos mit Text, wonach diese armenische Kirche repariert und wieder für gottesdienstliche Zwecke hergerichtet werde. U. a. werden auf einem Foto zerstörte Fenster erneuert. Auf der armenischen Diskussions- und Berichtsplattform Hye Tert wurde am gleichen Tag ein Bei-

¹⁸³ Philip Klaus, Nordsyrien kommt nicht zur Ruhe, Blog Flutterbareer online (<https://flutterbareer.wordpress.com>) vom 18.11.2019.

¹⁸⁴ Karlos Zurutuza, War in Syria drives out Christian community, Deutsche Welle online vom 18.01.2020.

¹⁸⁵ Omer Koparan und Adham Kako, YPG/PKK uses Armenian church as military headquarters, Anadolu Agency online vom 19.10.2019. Siehe auch in der regierungsnahen Zeitung Daily Sabah: YPG/PKK exploited Armenian church as headquarters in northern Syria, commander says, Daily Sabah online vom 19.10.2019.

trag mit einem Foto eingestellt, der eben diese Reparaturarbeiten anzeigte.¹⁸⁶ Am 10. November berichtete die regierungsnah türkische Daily Sabah über den erfolgreichen Abschluss der vollständig renovierten und innen komplett neu gestrichenen Kirche.¹⁸⁷ Dabei wurden auch zwei armenische Gemeindeglieder, Um Ilyas und Maria Kadmus, zitiert. Sie waren voller Lob für diese Arbeiten in der Kirche. Jetzt würde hier jeder friedlich und glücklich leben. Man muss diese eigenartige Berichterstattung in Zusammenhang mit der protürkischen Erklärung des neuen armenischen Patriarchen in Istanbul vom 11. Oktober 2019 sehen. Sahak Masalyan schrieb in dieser Erklärung u. a.: „Wir beten dafür, dass die Operation Frühlingsquelle, die auf ein Ende des Terrorismus abzielt und die Sicherheit der Grenzen gewährleisten will, fortgeführt wird in Übereinstimmung mit ihrer Absicht und Frieden und Sicherheit sobald wie möglich.“ Siranush Ghazanchyan berichtete für den armenischen Sender Armradio am 10. November 2019 mit Hinweis auf Zeugen, dass die Kirche von protürkischen Kräften um den 31. Oktober 2019 verwüstet worden sei.¹⁸⁸

Was ist von diesen türkischen Behauptungen zum Schicksal der genannten armenischen Kirche zu halten? Seth J. Frantzman ging dieser Frage in seinem Beitrag in der Jerusalem Post am 11. November ausführlich nach.¹⁸⁹ Er hat an der türkischen Darstellung starke Zweifel, weil es für die vorgetragenen Behauptungen über die Entweihung der Kirche durch die YPG/PKK-Kräfte keine Beweise gebe und nicht bekannt sei, wer den Reparaturauftrag gegeben habe. Wie früher in dieser Darstellung berichtet, sind die armenischen Christen mithilfe des armenischen Generalkonsulats in Aleppo am 10./11. Oktober 2019 vollzählig evakuiert worden. Wofür sollte diese Kirche also aufwändig renoviert werden? Und wo kommen die beiden zitierten Armenier her?

¹⁸⁶ Republic of Turkey Ministry of National Defence: Armenian Church Cleaned, Windows Renewed, Hye Tert online vom 09.11.2019.

¹⁸⁷ Turkey restores Armenian church used as YPG military base in Syria's Tal Abyad, Daily Sabah online vom 10.11.2019.

¹⁸⁸ Siranush Ghazanchyan, Armenian church in North Syria opens for worship, Armradio online vom 10.11.2019. Sam Sweeney hält die Schändung der Kirche ebenfalls für eine protürkische Inszenierung: As Turkey Invades Northeast Syria, Christians There Are on the Brink, National Review online vom 31.10.2019.

¹⁸⁹ Seth J. Frantzman, U.S. admits Syrian Christians endangered by Turkish invasion of Syria, Jerusalem Post online vom 11.11.2019.

Frantzman weist zu Recht darauf hin, dass beide Konfliktparteien, die türkischen und protürkischen Kampfverbände auf der einen und die kurdischen Kräfte andererseits die Christen für ihre jeweiligen Propagandazwecke missbrauchen.¹⁹⁰

Der türkische Angriff und die gespaltenen Christen in der Kurdenfrage

Bisher musste mehrfach auf die unterschiedliche Einstellung der Christen in Nordostsyrien zur kurdischen Autonomieverwaltung von Rojava hingewiesen werden. Erzbischof Hindo ist als schärfster Kurden-Kritiker unter den Kirchenführern der Großregion in Erscheinung getreten. Daran hat sich auch nach dem türkischen Angriff nichts geändert. Demgegenüber stehen die christlich-syrischen Politiker Bassam Ishak und Sanharib Barsom mit ihren Organisationen fest auf der Seite der kurdischen Verwaltung.

Jayson Casper hat sich am 24. Oktober 2019 speziell mit den unterschiedlichen Einschätzungen der örtlichen Christen beschäftigt.¹⁹¹ Er stellte heraus, dass es neben den antitürkischen und antikurdischen Stimmen unter ihnen auch ein unterberichtetes – und umstrittenes – pro-türkisches und anti-kurdisches Kontingent gibt. Er wies als erstes auf die Erklärung des Weltrats der Aramäer vom 9. Oktober 2019 hin.¹⁹² Der unterstütze den US-Truppenrückzug und das Ende der finanziellen Hilfen für die PYG. Johnny Messo, dessen Präsident, mache die Kurden für die gegenwärtige Konflikteskalation verantwortlich. Der armenische Patriarch in Istanbul habe den türkischen Einmarsch in einer Erklärung begrüßt. Aber es sei zweifelhaft, ob er frei seine Meinung äußern konnte. Drei christliche Führer in der Türkei, die anonym bleiben wollten, sagten, dass sie gegen den türkischen Krieg in Syrien sind. Das sind wichtige Hinweise, die die politische Zerstrittenheit der Christen in

¹⁹⁰ Sehr ausführlich zu dieser Frage Ammar Hamou und Will Christou, Syrian Christians: Exploited or protected minority?, Syriadirect online vom 22.12.2019. Mit vielen Details stellen sie heraus, dass alle Konfliktparteien in Syrien, die Zentralregierung, aber die Kurden gleichermaßen die Christen nur als Schachfiguren auf ihrem Spielbrett benutzen und sich als Beschützer dieser Christen aufspielen.

¹⁹¹ Jayson Casper, There's No One Christian View on Turks and Kurds, Middle East believers say the enemies of their enemies are not necessarily their friends, Chrtianity Today online vom 24.10.2019.

¹⁹² World Council of Arameans, Syrian Christians Proclaim "Trump Is Right Onsyria!" – YPG-kurds Are Responsible For Escalation In The Northeast, Presseerklärung vom 09.10.2019.

der Region aufzeigen, was angesichts ihrer großen Verwundbarkeit durch regionale und überregionale Akteure zu einer weiteren Schwächung ihrer Position führte.

Dramatische Flüchtlingslage

Schon bisher war punktuell von Flüchtlingen aus den Kriegszonen die Rede. Am 14. Oktober 2019 veröffentlichte das United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA) einen informativen Überblick über die schweren humanitären Notlagen im Gefolge des türkischen Angriffs.¹⁹³ In den ersten vier Kriegstagen sind demnach nach den Erhebungen der UN-Organisation etwa 160.000 Menschen vertrieben worden. Der Bericht hält fest: „Die Vereinten Nationen und ihre Partner sind weiterhin über die humanitäre Lage im Nordosten Syriens besorgt. Viele der von den anhaltenden Feindseligkeiten Betroffenen haben bereits infolge von fast neun Jahren Konflikt und wiederholter Vertreibung enorme körperliche und geistige Belastungen erfahren.“ Diese Übersicht konnte bereits deutlich aufzeigen, dass die Flüchtlingsströme zwei Städte zum Ziel hatten. Diejenigen, die aus Tal Abyad im Westen der Front fliehen mussten, suchten in Raqqa eine vorläufige Bleibe. Diejenigen, die den Beschießungen auf Ras al-Ayn und Qamishli entflohen, strebten nach Hassake. Die große Provinzhauptstadt war noch am ehesten geeignet, viele Flüchtlinge aufzunehmen. Viele Schulen wurden als Notquartiere hergerichtet und Hilfsorganisationen bauten provisorische Zeltlager. Tausende konnten bei Freunden oder Verwandten privat unterkommen. Sehr schwierig war die Versorgung mit Lebensmitteln.

Der assyrische Priester Father Emanuel Youkhana im irakischen Norden, international bekannt wegen seines kirchlichen Hilfsprogramms CAPNI für den Nordirak, sah schon am 9. Oktober 2019 große Fluchtbewegungen von Syrern in seine Heimat voraus.¹⁹⁴ „Auf jeden Fall werden viele Menschen versuchen, in den Irak zu fliehen, und es ist zu erwarten, dass die Grenzen von irakischer Seite für unschuldige Zivilisten offen sind“, sagte er. „Es ist verrückt, dieses nordöstliche Gebiet war das friedlichste und stabilste in ganz Syrien“. Jetzt wolle die Türkei all das destabilisieren. Die Politik Erdogans

¹⁹³ Humanitarian impact of the military operation in northeastern Syria, OCHA Syria Flash Update #5, 14.10.2019.

¹⁹⁴ Dale Gavlak (CNS), Turkish planes bomb Syria, causing panic among Christians, others, Crux Now online vom 10.10.2019. Siehe auch ders., Humanitarian Concerns Mount as Turkish Incursion into Syria Widens, Voice of America online vom 09.10.2019.

ziele auf eine demografische Veränderung, bei der Kurden, Christen und Jesiden vertrieben und sunnitische Muslime an ihre Stelle gesetzt werden. Seine Befürchtung, dass christliche Flüchtlinge in größerer Zahl in den Nordostirak strömen würden, erfüllte sich aber nicht.

Eine OCHA-Übersicht, die vom 9. Oktober bis zum 30. November 2019 reicht, zeigte weitere Veränderungen auf.¹⁹⁵ Demnach ist die Mehrheit der insgesamt ziemlich genau 200.000 Binnen-Flüchtlinge inzwischen wieder in ihre Heimatorte zurückgekehrt. Für die kurdischen und christlichen Bewohner von Tal Abyad und Ras al-Ayn war aber keine Rückkehr möglich, auch nicht für die vielen Kurden, die das türkische Besatzungsgebiet verlassen mussten. Der OCHA-Bericht vom 5. November 2019 verzeichnete 33.050 Rückkehrer nach Ras Al Ayn und 46.500 nach Tal Abyad,¹⁹⁶ was besagt, dass diese Städte ab sofort nur noch eine arabische Bevölkerung hatten.

OCHA gibt die Zahl der bis Ende November 2019 nicht Zurückgekehrten mit 73.859 Personen an, vermutlich durchgehend kurdische Flüchtlinge und Vertriebene, mit den schon genannten Christen aus den beiden Städten und der Region Tal Tamar.

Kirchenführer in Nordostsyrien zur Kriegslage

Der bereits mehrfach angeführte ehemalige syrisch-katholische Erzbischof Hindo hat sich am 11. Oktober 2019 wieder mit Einschätzungen geäußert, mit großer Bitterkeit über die Ereignisse an der syrischen Nordgrenze.¹⁹⁷ Er erneuerte seine Überzeugung, dass die syrischen Kurden kein Recht auf eine Autonomieregierung hätten und nur zehn Prozent der Bevölkerung stellten, eine viel zu niedrige Zahl. Die Kurden würden nun, da sie keine US-Unterstützung mehr hätten, alles verlieren wie damals in Afrin. Er sei mit seinen

¹⁹⁵ Northeast Syria Crisis, Humanitarian Response Within Syria (09 Oct-30 Nov 2019), OCHA online vom 19.12.2019.

¹⁹⁶ Syrian Arab Republic North East Syria displacement 5 November 2019, UNOCHA online vom 05.11.2019.

¹⁹⁷ Die Publikation auf der Homepage von Aid for Church in Need Italien erschien bereits am 10. Oktober: Siria. Monsignor Hindo Ad Acs: "I Curdi Perderanno A Causa Del Mancato Sostegno Da Parte Degli Usa". "Temo Un Nuovo Esodo Dei Cristiani", ACS Italia online vom 10.10.2019. Die englische, textgleiche Fassung erschien am Folgetag mit geänderter Überschrift: Syria: Bishop Hindo to ACN: "I fear a new exodus of Christians", ACN International online vom 11.10.2019. Siehe auch den italienischen Nachdruck: Siria: mons. Hindo (Hassaké) ad Acs, "curdi perderanno a causa del mancato sostegno da parte degli Usa", Agensir online vom 10.10.2019.

Gedanken bei den 5000 Familien der Diözese Hassaké-Nisibi¹⁹⁸. Er sagte: „In den letzten Tagen waren viele bereits von den Grenzstädten nach Hassaké gezogen. Jetzt ist der Konflikt noch ernster geworden und ich befürchte, dass viele auswandern werden.“ Damit sprach er die Hauptsorge aller Kirchenführer in ganz Syrien an: Die Befürchtung, dass durch den neuen militärischen Konflikt noch mehr Christen das Land verlassen. Es erstaunt, dass er die türkische Aggression nicht beim Namen nannte. Stattdessen sparte er nicht mit Kritik am Westen, wie bei ihm zu erwarten. „Die Vereinigten Staaten, Italien, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Deutschland sollten alle ihr eigenes Mea Culpa anbieten. Sie handelten in Syrien für ihre eigenen Interessen und versteckten sich hinter den Idealen von Freiheit und Demokratie. Stattdessen haben sie nichts anderes getan, als unser Land zu schwächen, auf Kosten von dessen Bevölkerung. Warum kämpfen sie in Saudi-Arabien nicht für Freiheit und Demokratie?“ Damit wiederholte er die mantraartigen Vorwürfe, wonach die westlichen Sanktionen für das Elend des syrischen Volkes verantwortlich seien, ohne die katastrophalen Folgen der über acht-jährigen Kriegsführung des Assad-Regimes ins Auge zu fassen. Kein Wort von Hando an die Adresse der Türkei, ihre Aggression sofort zu stoppen.

Eigenartig waren auch die Interview-Äußerungen von Monsignore Ayvazian Antranik, einem armenisch-katholischen Priester aus Qamishli vom 14. Oktober 2019, der in der damaligen Situation zwischen Hassaké und Qamishli für humanitäre Zwecke arbeitete.¹⁹⁹ Die türkische Beschießung von Qamishli sah er als Reaktion auf das Feuer „unserer kurdischen Kinder an der Grenze“. Davon konnte aber keine Rede sein. Die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge vonseiten der UNO und anderer Organisationen sei bisher ausreichend gewesen. Auch seine Kirche habe tatkräftig mitgewirkt. Angesprochen auf die Bitte des Papstes, es solle einen ehrlichen und transparenten Dialog über Syrien geben, sagte er: „Ja, wenn keine Fremdstörungen vorliegen. Aber wenn die Großmächte eine sehr direkte Entscheidung gegenüber der Macht in Ankara treffen würden, das Land zu verlassen, würde es in der Region keine Probleme mehr geben.“

Diese Sichtweise findet man unter syrischen Kirchenführern nicht selten. Sie meinen, die syrischen Probleme seien von fremden Mächten auferlegt. Ayvazian hatte aktuell die Türkei vor Augen, andere zeigen oft auf den Wes-

¹⁹⁸ Diese Zahlenangabe ist sehr merkwürdig. 5000 Familien würden 25.000 Einzelpersonen entsprechen. Nach der Aufstellung von Otmar Oehring lebten aber in Ras al Ayn nur 55 syrisch-katholische Christen, in Qamishli etwa 630, in ganz Nordostsyrien 1275 (S.84). In ganz Nordostsyrien lebten zu dieser Zeit nicht mehr als 35.000 Christen.

¹⁹⁹ Giada Aquilino, Siria, sacerdote armeno cattolico: le grandi potenze fanno pressione su Ankara, Vatican News online (italienischer Dienst) vom 14.10.2019.

ten, andere zusätzlich auf alle ausländischen Mächte einschließlich Russland und den Iran. Das Assad-Regime als Urheber des Bürgerkriegs wird auch bei ihm nicht erwähnt.

Der chaldäisch-katholische Vikar Monsignore Thomas Nidal, oberster Repräsentant seiner Glaubensgemeinschaft im Rojava-Gebiet mit Sitz in Hassake, äußerte sich nach der zweiten vereinbarten Feuerpause und wenige Tage nach der Liquidierung des „IS“-Führers al-Baghdadi am 28. Oktober 2019 so: „Wir wissen nicht, was passiert. Stündlich hören wir in den Erklärungen von Kurden, Türken, Amerikanern und Russen von Opfern und Vermissten. Aber wir kennen die Wahrheit nicht. Es ist nur sicher, dass die Bombardierungen und vor allem die Massaker, die von den Türken gegen unsere Gemeinschaft verübt werden, immer mehr Christen zur Flucht zwingen.“²⁰⁰ Trotz der bestätigten Tötung von al-Baghdadi befürchtete er eine Rückkehr des Dschihadismus: „Dies ist leider eine Möglichkeit, mit der wir rechnen müssen“. Er appellierte an die internationale Gemeinschaft: „Wir brauchen Hilfe. Wir Christen sind die Volksgruppe, die am meisten unter diesem unendlichen Konflikt gelitten hat. Wir sind das schwächste Glied, weil wir in Frieden leben wollen und den Krieg ablehnen. Zwei Drittel der Christen haben das Land verlassen, und das restliche Drittel ist in Gefahr, nicht zu überleben. Und unterdessen geraten die westlichen Länder aneinander, um sich Syrien zu teilen, das auch aufgrund der internationalen Sanktionen in die Knie gezwungen ist.“

Kirchenführer außerhalb des Rojava-Gebiets in Aleppo

Zwei Kirchenführer in Aleppo haben im Blick auf den türkischen Angriff deutliche Töne angeschlagen. Am ersten Tag der Militäroperationen äußerte der griechisch-melkitische Erzbischof Jean-Clement Jeanbart seine große Sorge: „Wir riskieren ein großes Massaker mit so vielen unschuldigen Toten. Ich fühle einen großen Schmerz.“²⁰¹ Zu den türkischen Umsiedlungsplänen

²⁰⁰ Ein Priester gegenüber ACN: „Wir sind das schwächste Glied, weil wir in Frieden leben wollen.“, Christians of Syria online vom 28.10.2019. Diese deutsche Textfassung ist höchstwahrscheinlich die Übersetzung aus dem italienischen Original, das Agensir [Rom] am Erscheinungstag unverändert nachgedruckt hat: *Cristiani perseguitati: mons. Thomas (Hassaké) ad Acs, “presenza a rischio nella Siria nordorientale”*, Agensir online (italienische Fassung) vom 28.10.2019.

²⁰¹ Daniele Rocchi, Siria: scattata l’operazione turca “Fonte di pace”. Mons. Jeanbart (Aleppo): “Si rischia un massacro”, Agensir online (italienische Fassung) vom 09.10.2019. Die nachfolgende deutsche Textfassung in der Darstellung entstand durch maschinelle Übersetzung.

meinte er: „Die türkische Idee, eine Pufferzone zu schaffen, die so lang wie die gesamte syrisch-türkische Grenze ist, etwa 500 km lang und etwa 40 km tief, beunruhigt uns, weil es ein Land innerhalb eines anderen Landes wäre“. Es handle sich um eines der reichsten und fruchtbarsten Gebiete Syriens. „Die Kurden werden gezwungen sein, ihr Land und ihre Heimat zu verlassen, was die Bedingungen für anhaltende innere Spannungen schafft. Ich denke, es ist eine unmenschliche Sache“. Dennoch hoffte er, „dass wir zum Dialog zurückkehren können, um eine friedliche Lösung zu finden, einen Kompromiss, der allen Parteien auf dem Feld Sicherheit garantiert.“

Der römisch-katholische Apostolische Vikar von Aleppo, Bischof Khazen, nannte im Gespräch mit Vatican News am 13. Oktober 2019 den türkischen Krieg ein menschliches Drama und ein Verbrechen.²⁰² „Wir sind sehr besorgt über diese Offensive. Hier gibt es nicht nur die Kurden, sondern insbesondere auch alle anderen christlichen Minderheiten – Assyrer, syrische Chaldäer, Armenier –, die vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs ein Massaker in der Türkei erlitten haben. Hier sind die Söhne und Märtyrer dieser Menschen, die sich vor diesem Massaker retten konnten. Jetzt sehen sie, dass dieselben Leute in ihr Territorium eindringen. Wir sehen es wirklich mit so viel Sorge, zusätzlich zu der Tatsache, dass wir mit einer Invasion in ein anderes Land konfrontiert sind, dem Krieg, all dem Blut, das vergossen wird.“ Die türkischen Umsiedlungspläne lehnte er genauso klar ab wie sein Amtsbruder Jeanbart. Am Folgetag erhob er – wie seit Jahren bei ihm üblich – schwere Vorwürfe gegen die USA und den Westen.²⁰³ Er behauptete, dass die USA an dem jetzigen Krieg indirekt Schuld seien. Die Kurden hätten mit US-Hilfe ein Viertel Syriens besetzen können und seien von ihnen Richtung Unabhängigkeit gedrängt worden. Eine Form von Autonomie sei möglich. Aber jetzt seien sie von Amerika im Stich gelassen und ihrem Feind überlassen worden. Europa vertraue man nicht. Außer leeren Worten habe es bisher nichts getan. Erdogan wird vorgeworfen, er wolle nur auf dem Papier Terroristen bekämpfen. Tatsächlich seien Dschihadistengruppen Bestandteil seiner Streitmacht, die nun eine Wiederkehr des „IS“ begünstigen.

²⁰² Adriana Masotti, Kazen: anche i cristiani tra le vittime dell'offensiva in corso nel nordest siriano, Vatican News online (italenischer Dienst) vom 13.10.2019. Die nachfolgende deutsche Textfassung in der Darstellung entstand durch maschinelle Übersetzung.

²⁰³ Vicar of Aleppo slams US and Europe for betraying the Kurds and boosting jihadis, Asia Newsonline vom 14.10.2019.

Syrische Patriarchen zum türkischen Angriff

Die syrisch-orthodoxen, syrisch-katholischen und antiochenisch-orthodoxen Spitzenrepräsentanten zeigten sich in ihren Reaktionen sehr zurückhaltend und vermieden jede direkte Nennung der Türkei, obwohl ihre Gemeinden gerade in Qamishli von türkischen Beschießungen mit betroffen waren. In Qamishli lebten etwa 10.500 syrisch-orthodoxe und bis zu 1000 syrisch-katholische Gläubige.

Dabei hatte der syrisch-orthodoxe Patriarch Ignatius Aphrem II nach dem türkischen Angriff auf das Gebiet Afrin im Vorjahr deutliche Worte gefunden. Er sagte am 16. Februar 2018: „Mit dem türkischen Einmarsch und der Gewalt an der Grenze dringt die Türkei in ein anderes Land ein, und das ist nicht akzeptabel. Meine Sorge betrifft die Christen im Nordosten Syriens, wo die Kurden vorherrschend sind. Wenn die Türkei möglicherweise dort hingehet, dann werden die restlichen Christen dort mit Sicherheit weggehen.“²⁰⁴

In der neuen Situation seit dem 9. Oktober 2019 und im Blick auf das sehr große Ausmaß türkischer Gewalt mit zigtausenden von betroffenen Christen der eigenen Kirchen fallen die insgesamt wenigen und sehr allgemeinen Stellungnahmen auf.

Die Bischofssynode der antiochenisch-orthodoxen Kirche begrüßte in ihrer Schlusserklärung vom 10. Oktober 2019 im Abschnitt über die Syrienkrise „die Initiativen, die darauf abzielen, eine politische Lösung für die jahrelange Krise zu finden, die die Einheit des Staates und die Rechte und Bestrebungen des syrischen Volkes respektiert. [...] Sie drückten auch ihre Verurteilung jeglicher Aggression gegen die syrische Souveränität aus, die ihr Volk dem Tod, der Vertreibung und der Flucht aussetzte.“²⁰⁵ Ausführlich wird auf die Leiden des syrischen Volkes durch die ihm auferlegten Sanktionen – die westlichen natürlich – hingewiesen.

Der syrisch katholische Patriarch Ignace Joseph III Younan übte während einer Messe in Rom am 13. Oktober Generalkritik: „Wir Christen des Ostens werden vernachlässigt und von der Welt im Stich gelassen, die ihre unmittelbaren materiellen Interessen sucht.“²⁰⁶ Im Blick auf den türkischen Angriff sagte er: „Wir wissen, dass diejenigen, die den Preis zahlen werden,

²⁰⁴ Doreen Abi Raad, Syriac Orthodox Patriarch Petitions West to ‘Sympathize With Us’, Catholic National Register online vom 18.02.2018.

²⁰⁵ Statement Issued by the Holy Synod of Antioch, 10.10.2019, Homepage des antiochenisch-orthodoxen Patriarchats (englische Fassung). Siehe dazu den Bericht: Antiochenische Kirche fordert politische Lösung für Syrien, Kathpress online [Wien] vom 11.10.2019..

²⁰⁶ Syriac Catholic patriarch pleads for peace in northeastern Syria, Crux Now online vom 14.10.2019.

besonders unschuldig sind, insbesondere Christen, die sich nicht verteidigen können, während Christen glauben, dass die Welt um sie herum, besonders die Mächtigen, sie ausbeutet und nicht an sie denkt, als ob sie der Abschaum dieser Welt wären.“ Die Christen in Syrien litten „weiterhin unter Terroranschlägen, Gewalttaten, blindem religiösem und sektiererischem Fanatismus, und so werden wir vertrieben, entwurzelt und vernichtet.“

Die bei ihm häufigen Vorwürfe insbesondere an den Westen, er geringschätze die Christen im Ursprungsgebiet des Christentums, verbanden sich bei ihm in der aktuellen Lage mit der Grundsorge, dass das orientalische Christentum erneut vom Ausbluten bedroht werde.

Neue Nöte für die Menschen in Nordostsyrien

Die westlichen Medien haben ihr Interesse seit Ende des Jahres 2019 vom Konfliktgebiet Nordostsyrien abgewendet. Das hat natürlich auch mit der ganz neuen Bedrohung durch die Verbreitung des Coronavirus zu tun.

Das türkische Besatzungsgebiet entlang des 120 Kilometer langen und etwa 30 Kilometer tiefen Grenzstreifens ist von Kurden weithin „gesäubert“. An ihre Stellen konnten zigtausend arabische Syrer, die während der Kämpfe gegen den „IS“ 2014 bis 2016 geflohen sind, in dieses Gebiet, insbesondere in die Städte Tal Abyad und Ras al-Ayn zurückkehren.

Entlang der Ränder des Besatzungsgebiets finden immer wieder Beschießungen statt, ohne dass die Grenzlinie nennenswert verändert worden wäre.

Die wichtige M 4 Autobahn ist vom Oktober 2019 bis zum April 2020 für den zivilen Verkehr gesperrt gewesen, was den Handel zwischen dem Westen und Osten des Rojava-Gebiets erheblich behindert hat. Die schwere wirtschaftliche Krise im Herrschaftsgebiet der Zentralregierung mit dem Wertverfall des syrischen Pfunds hat auch das Rojava-Gebiet in Mitleidenschaft gezogen und zu Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel geführt.

Die Christen, die Ras al Ayn und Tal Abyad verlassen mussten, über 500 Menschen, können an eine Rückkehr nicht mehr denken. Von den assyrischen Flüchtlingen aus dem Gebiet Tal Tamar, einige hundert, wird vermutlich eine kleine Zahl zurückkehren.

In Qamishli hat sich die Sicherheitslage etwas stabilisiert, obwohl drei Autobomben-Anschläge des „IS“ im November 2019 für große Unruhe gesorgt haben. Die Stadt Hassake beherbergt immer noch den größten Teil der über 70.000 kurdischen Flüchtlinge aus dem türkischen Besatzungsgebiet, die nicht mehr dorthin zurückkehren können.

Was nicht mehr zu bereinigen ist: Die tiefe Enttäuschung über den „Verrat der Amerikaner“ an den Kurden im Speziellen und das Nichtstun der Europäer, um zum Frieden in Syrien beizutragen. Es sieht nicht gut aus für die Zukunft der Christen in Nordostsyrien, auch nicht für die Christen im Assad-Territorium.

USA: Warum zählen Todd Johnson, PEW und die meisten Medien nur „weiße“ Evangelikale und unterschlagen die afroamerikanischen und Latino-Evangelikalen?

Thomas Schirrmacher (Autorenvorstellung siehe S. 22)

Teil 1 – vor Donald Trumps Wahl zum Präsidenten

Die afroamerikanischen Evangelikalen fallen einfach unter den Tisch

Die deutschen Medien übernehmen häufig eine in den USA übliche Praxis, wenn sie von „Evangelikalen“ sprechen, nämlich eigentlich nur von „weißen Evangelikalen“ in den USA zu sprechen, gleich, ob das ausdrücklich gesagt wird oder oft, und noch problematischer, einfach verschwiegen wird. Die afroamerikanischen und Latino-Evangelikalen werden nicht gezählt, also eigentlich unterschlagen.

Es wird zudem dann fast nie angegeben, wie denn die entsprechenden Zahlen für die nicht-weißen Evangelikalen in den USA aussehen oder wie die Zahlen aussehen, wenn man alle Evangelikalen zusammenrechnet. Oft kann man diese Zahlen sogar gar nicht nennen, weil sie schlecht oder einfach nicht erhoben werden, das heißt, dass man die nicht-weißen Evangelikalen gar nicht erst eigens befragt.

Laut den Daten des Public Religion Research Institute (PRRI) gibt es aktuell 36 Mio. weiße Evangelikale, 12 Mio. afroamerikanische und 5 Mio. Evangelikale unter den Latinos.¹ Die letzteren nehmen stark an Zahl zu. Nach PRRI sind 11% der weißen evangelikalischen Wahlberechtigten nicht registriert, 15% der afroamerikanischen Evangelikalen und 37% der Latinos.²

¹ Michelle Boorstein. “The Trump campaign wants to win the votes of evangelicals of color”. Washington Post 13.4.2020, <https://www.washingtonpost.com/religion/2020/04/13/trump-campaign-wants-win-votes-evangelicals-color/>.

² Ebd. Kelly Warimu Davis. “Religious Identity and the 2020 Presidential Election”. Religion unplugged 8.4.2020, <https://religionunplugged.com/news/2020/4/7/rev-al-sharpton-on-the-black-evangelical-vote> lässt die Latinos beiseite und geht davon aus, dass 6% der US-

Die beiden wichtigsten Produzenten von Religionsstatistiken für die Medien, die Pew Forum on Religion & Public Life des Pew Research Center und das Center for the Study of Global Christianity (CSGC), beide in den USA, stellen bewusst immer wieder Zahlen zu den „white Evangelicals“ im Gegensatz zu „mainline Protestants“ und Katholiken zur Verfügung. Beide listen als Evangelikale nur weiße Evangelikale, die überwiegend evangelikal geprägten afroamerikanischen Kirchen und Christen werden dagegen nicht in Evangelikale und „mainline“ unterschieden, die evangelikalen (vor allem pfingstkirchlichen) Latinos nicht erfasst.

PEW unterscheidet in ihren Umfragen immer zwischen Protestanten, die ‚mainline churches‘ angehören, und solchen, die ‚evangelical churches‘ angehören, meint dabei aber ausschließlich „weiße“ Kirchen. Denn für die Afroamerikaner haben sie eine ganz eigene Kategorie, zu der die meisten Afroamerikaner gehören, die der „historical black churches“, so dass die Kategorien der ‚weißen‘ Christen gar nicht erst mit denen der afroamerikanischen Christen verglichen werden können. Diese in Glauben und Praxis überwiegend evangelikal ausgerichteten Kirchen, gleich ob sie sich so nennen oder – heutzutage oft wegen Präsident Trump – nicht, fallen deswegen bei der Darstellung der Evangelikalen in den USA einfach unter den Tisch.

Lange vor Trump

Die ganze Sachlage existiert schon lange vor der derzeitigen aufgeheizten Situation in den USA. Im Newsweek-Artikel „Poll: America’s Evangelicals More and More Mainstream But Insecure“ (Newsweek, Religion & Ethics Newsweekly 13.04.2004 [<http://www.pbs.org/wnet/religionandethics/episodes/by-faith/evangelical/poll-americas-evangelicals-more-and-more-mainstream-but-insecure/939/>]) hieß es bereits vor 16 Jahren über die verschiedenen Auffassungen:

„Hinsichtlich politischer und moralischer Einstellungen gibt es bedeutende Unterschiede zwischen Evangelikalen schwarzer, weißer und lateinamerikanischer Herkunft. Mehr als 69% der weißen Evangelikalen bezeichnen sich als Republikaner oder eher republikanisch gesinnt, während sich 84% der afroamerikanischen Evangelikalen mit den Demokraten identifizieren oder eher zu diesem Lager tendieren. Etwa ein Fünftel meist weißer evangelikaler Wähler (23%) bezeichnet sich als demokratisch oder eher den

Amerikaner afroamerikanische Evangelikale sind, 19% weiße Evangelikale.

Demokraten zugeneigt. ... Während sich weiße Evangelikale in der Frage, ob sich das Land in die richtige Richtung entwickelt (44%) oder aber einen falschen Kurs eingeschlagen hat (45%), in zwei nahezu gleich große Lager aufspalten, besteht für die überwältigende Mehrheit (81%) der Afroamerikaner Einigkeit darüber, dass das Land auf eine schiefe Bahn geraten ist. Sehr viel mehr Zustimmung ergibt sich sowohl unter Evangelikalen als auch für die gesamte Gesellschaft, wenn gefragt wird, ob sich moralische Werte im Niedergang befinden. Mehr als Dreiviertel der weißen Evangelikalen, 94% der afroamerikanischen Evangelikalen, 87% aller Afroamerikaner, 74% aller Latinos und 71% aller Amerikaner sind davon überzeugt, dass die moralische Wertebasis der Gesellschaft ernsthaft bedroht ist.“

Conwin Schmidt schrieb bereits 2008 in „The measurement of evangelicals“ (August 29, 2008. <http://blogs.ssrc.org/tif/2008/08/29/the-measurement-of-evangelicals/>): „Zuletzt und abschließend sollte die allgemein bekannte, doch oft vergessene Tatsache beachtet werden, dass die Wahl des definitiven Ansatzes wichtige Auswirkungen auf die sich ergebenden Befunde hat. Beispielsweise variiert das geschätzte Verhältnis evangelikaler Protestanten innerhalb der amerikanischen Gesellschaft erheblich, je nachdem, welcher Ansatz gewählt wird. Grob geschätzt machen evangelikale Protestanten ungefähr ein Viertel der Bevölkerung aus, wenn anhand der Zugehörigkeit gemessen wird; etwa ein Siebtel, wenn der Begriff anhand bewusster Identifizierung gedeutet wird, und weniger als ein Zehntel der Bevölkerung, wenn im Sinne von Barnas Anforderungsliste konkretisiert wird. In ähnlicher Weise werden auch die politischen Ausprägungen jener, die in die Kategorie evangelikaler Protestanten fallen, je nach angewandtem Ansatz, sehr unterschiedlich sein. Und weil viel mehr Afroamerikaner in eine evangelikale Kategorie fallen, wenn diese auf religiösen Glaubensinhalten basiert, als wenn sie auf konfessionelle Zugehörigkeit oder religiöse Selbstidentifikation gegründet ist, ist der berichtete Anteil Evangelikaler, die in einer Wahl die Demokraten wählen, weit höher, und die Gruppe weniger ausgeprägt (und somit weniger aussagefähig), als es der Fall ist, wenn Evangelikale im Sinne von Selbstidentifikation und religiöser Zugehörigkeit definiert werden.“

World Christian Database (Todd Johnson)

Auch die Zahl der Evangelikalen für die USA der World Christian Database (für die Todd Johnson verantwortlich zeichnet) vernachlässigt die Zahl der evangelikalen Afroamerikaner und Latinos. Wegen seiner Definition zählt Todd Johnson die afroamerikanischen Evangelikalen in den Vereinigten Staaten nicht als Evangelikale.

Johnsons Assistentin Gina Zurlo schreibt: „Ein Beispiel für die erhebliche konfessionelle Abweichung ist die afroamerikanische Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Afroamerikaner sind oft von den soziologischen und politischen Diskussionen des Evangelikalismus ausgeschlossen, weil es allgemeine Wahrnehmung ist, dass der Evangelikalismus ein weißes Phänomen ist. In Wirklichkeit halten sich viele afroamerikanische Christen an die theologischen Ausprägungen des historischen Evangelikalismus, weshalb Operation World sie in ihre Zahlen für die Evangelikalen der Vereinigten Staaten einbezieht. Von den acht größten denominationellen Abweichungen zwischen Operation World und World Christian Database befinden sich sechs in vorherrschend afroamerikanischen Traditionen. Zusammen machen diese sechs Denominationen zusätzliche 18,7 Millionen Personen in den Vereinigten Staaten aus, die Operation World als evangelikal, aber World Christian Database als nicht evangelikal einstuft.“³

Afroamerikanische Evangelikale

Der Realität entspricht es aber mehr, was die Wikipedia formulierte: „Die meisten Afroamerikaner gehören zu baptistischen, methodistischen oder anderen Denominationen, die evangelikale Glaubensüberzeugungen teilen.“ [<https://en.wikipedia.org/wiki/Evangelicalism> (12.2.2016)]

Ein Wissenschaftler des Wheaton College schrieb dazu 2008 in „How many Evangelicals Are There?“ („Wie viele Evangelikale gibt es?“) [<http://isae.wheaton.edu/defining-evangelicalism/how-many-evangelicals-are-there/>]:

„Es muss jedoch angemerkt werden, dass sogar diese Schätzungen dazu tendieren, nahezu die gesamte afroamerikanische Bevölkerung des Landes zu vernachlässigen (ca. 8–9% der U.S.-Bevölkerung), welche in ihrer

³ Gina Zurlo. „Demographics of Global Evangelicalism“. S. 34–47 in: Brian Stiller et al. (ed.). *Evangelicals Around the World: A Global Handbook*. Thomas Nelson: Nashville (TN), 2015, S. 41.

Theologie und Orientierung mehrheitlich evangelikal eingestellt ist Beispielsweise bezeichnen sich 61% aller Afroamerikaner [d.h. nicht nur der christlichen, Anm. von TS] sich selbst in der 2001 durchgeführten Gallup-Umfrage als ‚wiedergeboren‘.“

Ein weiterer Forscher schrieb 2004 in „Evangelicals in America“ (Greenberg Quinlan Rosner Research Inc. to Religion and Ethics Newsweekly, 05.04.2004, <http://www.greenbergresearch.com/index.php?ID=1230>):

„Evangelikale in Amerika sind überwiegend weißer oder afroamerikanischer Herkunft. Etwa Dreiviertel (74%) der Evangelikalen sind weiß, 15 Prozent afroamerikanisch. Latinos machen hingegen, obwohl sie überwiegend Christen sind, nur 5 Prozent der evangelikalen Gemeinschaft aus. Latinos sind nach wie vor (58%) größtenteils katholischer Konfession, wobei weitere 12 Prozent den Pentekostalen zugerechnet werden können. Betrachtet man die Gesamtheit der Protestanten, so sind Latinos im Vergleich zu den Weißen doppelt so häufig pentekostal (12 Prozent versus 6 Prozent).“

Hier werden also die spanischsprachigen Pfingstler nicht bei den spanischsprachigen Evangelikalen mitgezählt, obwohl man bei den ‚weißen‘ Evangelikalen die Pfingstler immer mitzählt.

Exkurs: Auszug aus einem Blog Roger. E. Colson

Roger. E. Colson schreibt im Patheos-Blog in „Can American-Africans Be ‚Evangelicals‘?“ (Nr. 254, Januar 2017. <http://www.patheos.com/blogs/rogereolson/2017/01/can-african-american-christians-evangelicals/>):

Vor kurzem fand ich heraus, dass viele Demoskopien, wenn sie die Meinung erwachsener Amerikaner erforschen und Fragen zur religiösen Identität stellen, automatisch im Sinne einer allgemeinen Richtlinie davon ausgehen, dass Afroamerikaner keine „Evangelikalen“ sein können. Diese Ansicht wird zudem von den Machern amerikanischer Religionssoziologie gefördert, die im Allgemeinen die religiösen Identitäten der Amerikaner so ordnen, dass „Evangelikale“ keine Afroamerikaner einbeziehen.

Ich entdeckte, dass in einer größeren Umfrage zu amerikanischen religiösen Identitäten die Leute gefragt wurden, ob sie sich selbst als „evangelikal oder wiedergeboren“ bezeichnen würden. Doch nur weißen Menschen

wurde diese Frage gestellt, keinen Afroamerikanern. Ich tippe mal darauf, dass sie, WENN sie diese Frage gestellt hätten, von den meisten Afroamerikanern als Antwort ein schallendes „Ja“ hören würden.

Fragt man allerdings die meisten der afroamerikanischen protestantischen Christen, von denen die meisten eine Variation aus Baptisten, Methodisten oder Pfingstlern sind, ob sie „evangelikal“ (ohne den Begriff „wiedergeboren“) sind, so werden sie sagen, dass sie es nicht sind. Doch dasselbe gilt für die meisten gemäßigten bis progressiven Baptisten, Methodisten und Pfingstler (ganz zu schweigen von anderen Traditionen, die viele evangelikale Gläubige einbeziehen). Und ich meine, es würde auf viele Südliche Baptisten zutreffen, deren Denomination (die SBC) lange abtritt, „evangelikal“ zu sein – weil sie dachten, dass diese Bezeichnung ein „Yankee-Label“ sei. Doch wenn die Meinungsforscher den Begriff „wiedergeboren“ hinzufügen, werden die meisten Südlichen Baptisten Ja sagen.

Wer entscheidet über die Bedeutung von „evangelikal“? Wer sollte über die Bedeutung von „evangelikal“ entscheiden?

Nun, es gibt offensichtlich unterschiedliche Definitionen der Bezeichnung. Ich definiere sie historisch-theologisch und spirituell (ebenso wie die beiden Top-Gelehrten zum Thema des Evangelikalismus, David Bebbington und Mark Noll). Wie ich hier und überall, wo ich kann, sagte (zuletzt anlässlich der nationalen Jahresversammlung der Amerikanischen Gesellschaft für Kirchengeschichte): Historisch bezeichnen und benennen die Worte ein theologisch-geistliches Ethos, nicht eine Bewegung einer bestimmten sozio-politischen Klasse. Dieses Ethos ist gleichsam geprägt durch den protestantischen Pietismus, das Erweckungs-Christentum, sowie durch protestantische Orthodoxie. Prototypen sind Jonathan Edwards und John Wesley – beide geboren 1703 – obwohl das Ethos auch Vorläufer hatte und Leute einschließt, die nicht mal wissen würden, wer Edwards und Wesley waren, geschweige denn, dass sie diese als ihre geistlichen Vorfahren betrachten würden.

Insbesondere im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden Afroamerikaner durch die Zweite Große Erweckung beeinflusst, die das pietistische Erweckungs-Ethos sowie das orthodoxe Ethos von Edwards und Wesley (und ihresgleichen) fortführte. Zahlreiche afroamerikanische Denominationen entstanden im Laufe jenes Jahrhunderts (und noch mehr im 20. Jahrhundert), und die meisten von ihnen waren stark durch pietistische Erwecklichkeit geprägt und zudem lehrmäßig orthodox (nicänisch) ausgerichtet.

Es ergibt sich die Frage: Ist eine Philosophie, Theologie oder Spiritualität durch jene definiert, die ihr Label für sich beanspruchen? Die Neigung, Wahrnehmung als Wirklichkeit zu behandeln und Philosophien und Theologien, ungeachtet der Geschichte, durch die Leute zu definieren,

die sie gerade für sich in Anspruch nehmen, ist meiner Ansicht nach ein Beweis für Nominalismus. Am Ende hat nichts wirklich Bedeutung; alles ist Ansichtssache. „Nenne es beim Namen und nimm es in Anspruch“ ist eine abschätzigste Formulierung, die einige Leute benutzen, um das „Wohlstandsevangelium“ zu beschreiben, doch sie könnte ebenso die gängige Neigung in Amerika beschreiben, Konzepte und Kategorien durch die Gesinnungen, Glaubensinhalte und Einstellungen jener zu definieren, die sie als ihre Identität beanspruchen. Dies wäre nicht einmal falsch, wenn nicht die meisten Leute fast nichts über die Geschichte von Ideen wüssten. Wenn der Talkmaster ihrer Lieblings-Radio-Talkshow behauptet, „konservativ“ zu sein, dürfen sie rechtmäßig behaupten, ebenfalls „konservativ“ zu sein – auch wenn ihr Lieblings Radioshow-Talkmaster durch und durch ein Libertarist [<https://de.wikipedia.org/wiki/Libertarismus>] oder Populist ist. (Ja, ich weiß, dies können überlappende Konzepte und Kategorien sein, doch allgemein gesprochen, sind es unterschiedliche. Libertarisch zu sein, macht einen Menschen nicht automatisch konservativ. Vielmehr könnte es ihn „klassisch liberal“ machen!)

Ich möchte die Behauptung wagen, dass die meisten afroamerikanischen Christen evangelikal im Sinne ihres theologisch-spirituellen Ethos sind. Doch Religionssoziologen entscheiden willkürlich, dass sie nicht „evangelikal“ sein können, weil „evangelikal“ (für die Religionssoziologen und die Meinungsforscher, die für sie arbeiten oder von ihnen ausgebildet wurden) „weiß, Mittelklasse, konservative Protestanten, die behaupten, ‚wiedergeboren‘ zu sein“ bedeutet, einschließlich beispielsweise Vertreter des Wohlstandsevangeliums (welches die große Mehrheit wirklich evangelikaler Theologen und Leiter als Häresie ablehnen!).

Zum Abschluss schlage ich vor, dass Religionssoziologen und Meinungsforscher die Möglichkeit in Betracht ziehen sollten, dass afroamerikanische Christen evangelikal sein können, und sie nicht einfach von Anfang an aus dieser Kategorie ausschließen. Und wenn es nach mir ginge (was meines Wissens niemals der Fall ist), sollten Religionssoziologen und Meinungsforscher mehr tun, als die Forschungsthemen mit vorgefassten Definitionen religiöser Kategorien anzugehen, die wenig oder nichts mit Geschichte, Theologie oder Spiritualität zu tun haben.

Teil 2 – Seit der Kandidatur von Donald Trump für das Präsidentenamt

Ein Problem weißer Christen, nicht weißer Evangelikaler

Wenden wir uns nun derselben Frage für die Zeit seit der Kandidatur von Donald Trump für das Präsidentenamt zu.

Wie differenziert man über die Problematik schreiben kann – ohne die Evangelikalen über Gebühr in Schutz zu nehmen – beweist der amerikanische Soziologe Philip Gorski in seinem soeben auch auf Deutsch erschienenen Buch *Am Scheideweg: Amerikas Christen und die Demokratie vor und nach Trump*⁴.

In einem Interview mit der FAZ dazu antwortet er auf die Frage „Wie groß ist die evangelikale Wählerklientel in den Vereinigten Staaten?“: „Aus meiner Sicht geht es nicht nur um Evangelikale, sondern um ‚weiße christliche Nationalisten‘. Zu dieser Gruppe zählen auch viele Katholiken sowie Randbereiche der traditionellen protestantischen Kirchen. Laut Untersuchung sprechen wir hier von 25 bis 30 Prozent der amerikanischen Bevölkerung, also von einer großen und wahlentscheidenden Gruppe. Nach allem, was wir wissen, stimmen diese ‚weißen, christlichen Nationalisten‘ zu 80 bis 90 Prozent für Trump.“⁵

Aktive Katholiken und nichtevangelikale Protestanten haben einen nicht ganz so hohen Überschuss an Trumpwählern, aber trotzdem einen sehr deutlichen. Nach einer Darstellung der vier gängigen Theorien, warum Evangelikale für Trump gestimmt haben (Am Scheideweg, S. 156–159), kommt er zu dem Schluss, dass es sich nicht um speziell evangelikale Motivationen handle, sondern weiter gefasst ein „weißer christlicher Nationalismus“ (S. 159–170) im Hintergrund steht.

Zudem differenziert Gorski innerhalb der Evangelikalen. Die Zustimmung zu Trump ist unter ihren jüngeren Vertretern wesentlich geringer. Zudem: „Der ‚evangelikale Beirat‘ von Trump besteht hauptsächlich aus Pfingst- und Wohlstandspredigern sowie evangelikalen Unternehmern und Mega-Kirchen-Pastoren. Bemerkenswert ist die Abwesenheit führender evangelikaler Theologen und von Vertretern des evangelikalen Establishments“ (S.

⁴ Herder: Freiburg, 2020.

⁵ Reinhard Bingerer. „Warum Trump bei weißen Evangelikalen so beliebt ist“, Interview mit Philip Gorski. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19.07.2020, überarbeitete Fassung vom 20.07.2020 unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/warum-trump-bei-weißen-evangelikalen-so-beliebt-ist-16866787.html>.

180–181), die frühere republikanische Regierungen unterstützt haben. Vor allem fehlt die National Association of Evangelicals, das nationale Mitglied der Weltweiten Evangelischen Allianz, völlig, die die meisten der größten evangelikalischen Denominationen in den USA vertritt.

Wie wählen weiße und nichtweiße Katholiken?

Der Blick auf die gesamte weiße Christenheit in den USA fällt in deutschen Medien fast immer unter den Tisch, was nicht nur zur Folge hat, dass Leser gegenüber Evangelikalen über Gebühr voreingenommen werden, sondern die Sachlage falsch einschätzen und die Probleme an der falschen Stelle verorten.

Ermöglicht wird es eben dadurch, dass man bei den Evangelikalen nur die ‚weißen‘ Evangelikalen zählt, bei Katholiken und nichtevangelikalischen Protestanten aber alle.

Die USA ist politisch zwischen Republikanern und Demokraten gespalten. Bei der Präsidentenwahl hat man in den USA nur die Wahl zwischen zwei Kandidaten – oder man wählt nicht. Fast die Hälfte der Wähler hat Trump gewählt, viele von ihnen aber auch nur traditionell die Republikaner. Liest man manche Medien, bekommt man bisweilen den Eindruck, als gab es nur evangelikale Wähler Trumps. Es ist aber schon bei einer groben Überschlagsrechnung klar, dass viel mehr nichtevangelikale denn evangelikale Wähler benötigt wurden. Warum aber hört man kaum etwas darüber, zu welchen religiösen und weltanschaulichen Gruppen diese Wähler gehören?

Eine große Mehrheit der *weißen* Evangelikalen wählt republikanisch. (Noch vor 50 Jahren war das bekanntlich gerade nicht der Fall.) Dabei sind die Zahlen bei den letzten fünf Präsidentenwahlen und den letzten zehn Wahlen zum Repräsentantenhaus recht stabil, bei den letzten Wahlen zu Zeiten Trumps lagen sie kaum höher. Offensichtlich gibt es eine sehr große evangelikale Wählerschaft, die den Republikanern immer ihre Stimme gibt, jetzt auch *wegen oder trotz* Trump.

Schon hier lässt man aber gerne außer Acht, dass damit immerhin auch eine stabile, mehrere Millionen starke evangelikale weiße Wählerschaft für die Demokraten und ihre Präsidentschaftskandidaten existiert, die aber gewissermaßen in Sippenhaft genommen wird.

Die Latinos und Afroamerikaner unter den Evangelikalen wählen zu mehr als drei Viertel demokratisch – und zwar auch stabil und unabhängig von der Trump-Wahl – und das gleicht den Überhang teilweise aus. Aber das wird in deutschen Medien praktisch nie berichtet.

Noch einmal: Laut den Daten des Public Religion Research Institute (PRRI) gibt es aktuell 36 Mio. weiße Evangelikale, 12 Mio. afroamerikanische und 5 Mio. Evangelikale unter den Latinos.⁶ Die letzteren nehmen stark an Zahl zu. Nach PRRI sind 11% der evangelikalischen Wahlberechtigten nicht registriert, 15% afroamerikanischen Evangelikalen und 37% der Latinos.⁷

Dass dieselben Umfragen, etwa von PEW, ergeben, dass eine große Mehrheit der weißen Katholiken und Protestanten ebenfalls republikanisch wählt und für Trump gestimmt hat, lässt man oft ebenso geflissentlich unter den Tisch fallen. Da man in diesem Fall die afroamerikanischen Zahlen nicht abzieht, sieht die Lage klarer aus, als sie ist.

Laut PEW haben 2016 60% der *weißen* Katholiken Trump gewählt und 37% Clinton, bei den Latinos unter den Katholiken umgekehrt 26% Trump und 67% Clinton.⁸

Laut dem Umfrageinstitut Gallup wollten Mitte 2020 20% der aktiven weißen Katholiken (die 5% der US-Amerikaner ausmachen) Joe Biden wählen, 62% Trump. Das sind mehr als bei der Wahl 2016. Unter den sog. „Lapsed White Catholics“ (nichtpraktizierende Katholiken) sind es 50% für Biden, unter den katholischen Latinos 61%.⁹

Der Abstand zwischen den weißen und den nicht-weißen Wählern – hier eine Mehrheit für die Republikaner, dort für die Demokraten – ist bei katholischen und nichtevangelikal-protestantischen ebenfalls krass, wenn auch längst nicht so ausgeprägt wie bei den Evangelikalen. *Meines Erachtens versuchen die Medien, ein schwerwiegendes Problem, dass alle weißen Christen in den USA aller Konfessionen haben, zu einem Problem nur der weißen Evangelikalen umzumünzen.* Aber ohne die Stimmen der nichtevangelikal-weißen Christen wäre Trump niemals Präsident geworden.

⁶ Michelle Boorstein. “The Trump campaign wants to win the votes of evangelicals of color”. Washington Post 13.04.2020, <https://www.washingtonpost.com/religion/2020/04/13/trump-campaign-wants-win-votes-evangelicals-color/>.

⁷ Ebd. Kelly Warimu Davis. “Religious Identity and the 2020 Presidential Election”. Religion unplugged 08.04.2020, <https://religionunplugged.com/news/2020/4/7/rev-al-sharpton-on-the-black-evangelical-vote> lässt die Latinos beiseite und geht davon aus, dass 6% der US-Amerikaner afroamerikanische Evangelikale sind, 19% weiße Evangelikale.

⁸ PEW 09.12.2016, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/09/how-the-faithful-voted-a-preliminary-2016-analysis/>.

⁹ Frank Newport. “Religious Identity and the 2020 Presidential Election”. 14.08.2020. news.gallup.com, 14.08.2020, <https://news.gallup.com/opinion/polling-matters/317381/religious-identity-2020-presidential-election.aspx>.

Und schließlich sei noch angemerkt, dass die üblichen Aussagen, so und so viele Prozent der Evangelikalen hätten republikanisch (z. B. Trump) gewählt, außer Acht lässt, dass es unter Evangelikalen traditionell viele Nichtwähler gibt, die damit bei der letzten Präsidentenwahl auch weder Trump noch Clinton gewählt haben. In den letzten Jahren hat man aber einfach aufgehört, die Zahl der evangelikalen Nichtwähler zu erheben. Korrekt müsste es jedenfalls in der Regel heißen: „x % derer, die sich selbst als Evangelikale bezeichnen und wählen gehen ...“

Zudem ist für das Trump-Zeitalter zu beachten, dass bei den Befragungen durch Pew Personen ja zunächst gefragt werden, ob sie evangelikal sind. Viele Evangelikale, die von Trump schockiert sind, bezeichnen sich aber bewusst nicht mehr als evangelikal.¹⁰ Daher erscheint der Anteil der ‚Evangelikalen‘ pro Trump höher, als er tatsächlich ist, und die Umfragen werden selbsterfüllende Prophetien. Außerdem wird in den Umfragen vage danach gefragt, ob man sich als „evangelical or born-again“ sieht. Als „born-again“ sehen sich aber viele, die sich nicht als evangelikal sehen.¹¹ Zudem werden Denominationen zu den Evangelikalen gezählt, die bei uns nicht dazu gezählt werden, etwa konservativere lutherische oder reformierte Kirchen.¹²

¹⁰ So auch Timothy Keller. „Can Evangelicalism Survive Donald Trump and Roy Moore“. The New Yorker December 19, 2017. <https://www.newyorker.com/news/news-desk/can-evangelicalism-survive-donald-trump-and-roy-moore>; Harry Bruinius. „In Trump era, what does it mean to be an evangelical“. Christian Science Monitor December 28, 2017. <https://www.csmonitor.com/USA/Politics/2017/1228/In-Trump-era-what-does-it-mean-to-be-an-Evangelical>.

¹¹ Das ist über die Jahre sehr häufig von Forschern kritisiert worden, etwa von Danelle Kurtzleben. „Are You an Evangelical? Are You Sure?“. NPR 19.12.2015. <https://www.npr.org/2015/12/19/458058251/are-you-an-evangelical-are-you-sure>.

¹² So auch kritisch ebd. Kurtzleben verweist auch darauf, dass meist die weitest denkbare Definition von ‚evangelikal‘ gewählt wird, mit anderen Definitionen kommt man auf 6% der Bevölkerung der USA.

Geflüchteter Christ in Bremen: „Ich dachte, hier wären wir frei“

Serena Bilanceri



Serena Bilanceri studierte Kommunikationswissenschaften in Italien und machte einen Erasmus Mundus Master in Tübingen, Schottland und Spanien. Als freie Journalistin lebt und arbeitet sie in Bremen.



Quelle: Serena Bilanceri: Geflüchteter Christ in Bremen: „Ich dachte, hier wären wir frei“, in: buten un binnen / Radio Bremen vom 16. Februar 2020, unter: <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/politik/bremen-christliche-fluechtlinge-konvertierte-probleme-behoerden-bamf-100.html>. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Wer sich als Geflüchteter taufen lässt, muss oft Jahre später beweisen, dass er noch gläubig ist. Sonst droht die Abschiebung. Pastoren kritisieren das Vorgehen scharf.

Seit vier Jahren befindet sich Kurosh (der Name wurde zum Schutz des Interviewpartners von der Redaktion geändert) in Deutschland. Er hat Sprachkurse besucht und das mittlere Niveau erreicht, wie er erzählt. Er macht gerade eine Ausbildung. Welche möchte er lieber nicht sagen. Auch seinen richtigen Namen dürfen wir nicht veröffentlichen. Denn Kurosh hat Angst.

Kurosh hat schwarze Augen und einen ruhigen Blick, hält die Hände vor sich verschränkt. Die dunklen Haare trägt er kurz, die Kleidung leger: Jeans und Hemd. Er ist im Iran geboren. Bis zum Jahr 2016 hat sich sein Leben hauptsächlich in Teheran abgespielt, der Neun-Millionen-Hauptstadt. Er sei als Muslim geboren worden, betont er. Und wer den muslimischen Glauben bei der Geburt geerbt hat, darf im Iran später kein Christ oder Atheist wer-

den. Konvertierten und nicht-gläubigen Einheimischen droht die Todesstrafe. Also betete Kurosh regelmäßig, fünf Mal am Tag – oder tat so als ob. Er lernte die Koransuren in der Schule und die heiligen Schriften, so wie die anderen Kinder. Als er erwachsen wurde, merkte er jedoch, dass dies nicht seine Religion war. Er schaute sich um, kam in Kontakt mit Christen. Die meisten wie er, geborene Muslime. Sie trafen sich abwechselnd in Privathäusern, sprachen über Jesus. Wer mehr Ahnung hatte als die anderen, erzählte. Im Verborgenen. Im Iran nennt man das „Hauskirchen“.

Konversion ist im Iran strafbar

Eine Zeit lang lief das gut. Doch dann schlichen sich neue Menschen ein. Spitzel, sagt Kurosh heute. Und eines Tages kam auch die Polizei zum Bibelkreis. Vier, fünf Freunde wurden verhaftet, er konnte fliehen. Zunächst versteckte er sich, dann beschloss er, nach Deutschland zu flüchten. Ihm wurde Asyl gewährt. Hier wollte er seinen Weg weitergehen. „Ich wollte eine gute Religion finden“, sagt er. Wobei hier „gute“ nicht im Sinne von gut versus böse zu verstehen ist, sondern eher „frei“ versus „erzwungen“. Privat versus politisiert.

Er konnte in Bremen eine Gemeinde finden, in der er sich wohlfühlte. So, als würde er dazu gehören. Er ließ sich taufen und sagte, er sei in seinem neuen Glauben neu geboren. Doch dann passierte etwas, das seine Sicherheit in tausend Scherben zerspringen ließ. Er bekam eine Mitteilung von einer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Kopie eines solchen Schreibens liegt buten un binnen vor. In dem Brief standen viele Fragen. Fragen über sein Verhältnis zur Religion, Glaubensfragen. Wie oft er in die Kirche gehe, wie er im Alltag seinen Glauben praktiziere. Fragen zu den möglichen Folgen einer Rückkehr in den Iran.

Bis zu 25.000 Euro Strafe bei fehlender Antwort

Kurosh redet langsam, wählt die Wörter bedacht. Manchmal gestikuliert er, wenn er etwas hervorheben möchte. Er sagt: „Ich dachte, hier wären wir frei, es gäbe keinen Stress wegen der Religion“, und wirkt dabei selbst verwirrt. In dem Brief habe gestanden, dass er die Fragen binnen 14 Tagen beantworten sollte. Sonst drohte eine Strafe von bis zu 25.000 Euro oder ersatzweise Gefängnis. Zudem brauchte er eine Bescheinigung vom Gemeindepastor über sein Engagement in der Gemeinde.

Kurosh erzählt, er habe alle Fragen beantwortet und die Dokumente vorgelegt. Seitdem hat er keinen Brief mehr bekommen. Doch er sagt, er habe Angst, dass das noch mal passiere. Dass er auf einmal alles verlieren könnte, was er sich in den vier Jahren in Deutschland aufgebaut hat. Dass er wieder im Iran sein Leben riskieren soll. Er fragt: „Ich möchte nur eins wissen: Wieso?“

Asylbescheide werden vom BAMF regelmäßig überprüft

Doch das „Wieso“ ist leicht zu beantworten. Religion ist in Kuroshs Fall keine private Angelegenheit, sondern Teil eines bürokratischen Verfahrens. Da der Glaube an die christliche Religion eine der Fluchtursachen und ein Asylgrund ist, darf er in einem fest geregelten Abstand überprüft werden. Seit Dezember 2018 müssen die Betroffenen persönlich mitwirken – schriftlich oder mündlich. Dabei geht es nicht so sehr darum, ob jemand geschummelt hat. Sich fälschlicherweise als Christ ausgegeben hat, um Asyl zu erschleichen. Sondern eher um eine Kontrolle, ob die Fluchtursachen einige Jahre nach der Flucht weiter bestehen und das Asyl weiter gewährt wird – oder eben nicht. Widerrufs- oder Rücknahmeverfahren nennt sich das.

Kurosh ist nicht der einzige Geflüchtete in Bremen, der ein solches Schreiben bekommen hat. Hamir (der Name wurde zum Schutz des Interviewpartners von der Redaktion geändert), 31 Jahre alt, hat eine ähnliche Geschichte hinter sich. Im Iran mit der christlichen Religion in Kontakt gekommen, durch Schlepper über die Türkei geflohen, 2016 in Deutschland angekommen. Im Bremer Flüchtlingsheim traf er auf christliche Missionare, die ihm zu radikal vorkamen, erläutert er. Sie hätten Dinge gesagt wie: „Jesus kam zu mir“, über Wunder und Wunderheilungen gesprochen. Es habe ihn an den radikalen Islam erinnert. Also wandte er sich ab, suchte weiter. Er fand dann eine evangelische Gemeinde, in der er sich wohlfühlte und ließ sich taufen. Denn für Hamir bedeutet die Taufe, frei zu sein. Für ihn und Kurosh ist es daher kaum verständlich, dass Religion auch in Deutschland mit Politik zu tun haben soll.

Bremer Pastor schrieb bis zu 170 Gutachten

Auf die Nachfrage, in welchem Rahmen und Umfang die Überprüfungen stattgefunden haben, reagiert ein BAMF-Sprecher zunächst überrascht. Doch wenige Tage später schreibt ein weiterer Mitarbeiter: „Das BAMF ist verpflichtet, Bescheide, mit denen Asyl gewährt oder Flüchtlingsschutz zu-

erkannt wurde, innerhalb gesetzlicher Fristen zu überprüfen. Dabei wird geklärt, ob weiterhin Schutz notwendig ist oder aber Voraussetzungen für einen Widerruf oder eine Rücknahme der Asylberechtigung oder der Flüchtlingsseignschaft vorliegen. Dazu wurden betroffene Personen angeschrieben und um Stellungnahme gebeten.“ Mehr als 170.000 Entscheidungen sind deutschlandweit getroffen worden, in etwa 5.600 wurde die Asylberechtigung zurückgenommen.

„Genauso wie bei der Bearbeitung von Erstanträgen muss daher auch bei der Widerrufsprüfung versucht werden, einen Eindruck von der religiösen Identität des Antragstellers zu gewinnen, der eine Einschätzung durch das Bundesamt erlaubt. Aus diesem Grund wurden die Antragsteller angeschrieben. Sie sind hierbei zur Mitwirkung verpflichtet.“ *Stefan von Borstel, Sprecher des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge*

Wie viele Menschen im Land Bremen angeschrieben wurden, ist unklar. Bernd Klingbeil-Jahr, Pastor der Friedensgemeinde in Bremen, sagt, er alleine hätte zwischen 130 und 170 Gutachten in einem halben Jahr geschrieben, teilweise bis zu viermal für dieselbe Person. Er steht dem Vorgang sehr kritisch gegenüber. „Das war wie eine Bombe“, sagt er. „Wir haben versucht, ruhig zu bleiben, aber die Angst unter den Menschen war greifbar.“ Manchmal sei den Konvertierten offenbar geraten worden, sich im Fall einer Rückkehr nicht als Christen auszugeben, erzählt er.

Pastor: „Entscheidung steht der Kirche zu, nicht dem Staat“

Der Pastor kritisiert auch die Überprüfung an sich. „Die Entscheidung über die Konversion steht der Kirche zu. Die Bescheinigung darüber sollte dem Staat reichen“, führt er aus. Teilweise ist es nicht bei den Briefen geblieben, die Pastoren sind zu Anhörungen vor Gericht geladen worden. Das bestätigen mehrere Geistliche.

„Man muss es sich vorstellen: Jemand lebt hier erst seit zwei, drei Jahren und muss Fragen beantworten wie: ‚Wie bereiten Sie sich auf das Osterfest vor?‘ oder ‚Wie stehen Sie zum Auferstehungsglauben?‘.“ *Bernd Klingbeil-Jahr, Pastor der Friedensgemeinde in Bremen*

Kritisch äußert sich auch die Bremische Evangelische Kirche. Es „fällt auf, dass sich die Behörden einen Glaubens-Check anmaßen, der ihnen nicht zusteht und für den sie keine Expertise haben“, sagt dazu die Sprecherin,

Sabine Hatscher. Das BAMF sieht das anders. „Das Bundesamt zweifelt den durch Taufbescheinigung nachgewiesenen Glaubenswechsel nicht an. Es wird generell unterstellt, dass eine sorgfältige Taufbegleitung von Seiten der christlichen Gemeinden erfolgt ist“, sagt der Sprecher. Geschieht die Konversion in Deutschland, gilt sie jedoch als „Nachfluchtatbestand“. Deshalb prüfe die Behörde, ob dies „Ausdruck und Fortsetzung einer bereits im Herkunftsland bestehenden Überzeugung“ ist.

„Für Befragungen in der Anhörung zur Konversion gilt, dass sie nicht auf ein Glaubensexamen hinauslaufen dürfen. Vielmehr geht es um die Person: Wie hat sie ihren bisherigen Glauben praktiziert? Warum hat sie ihren Glauben gewechselt? (...) Aus der Gesamtschau heraus ist schlussendlich eine Entscheidung über die Ernsthaftigkeit des Engagements für den neuen Glauben zu treffen.“ *Stefan von Borstel, BAMF-Sprecher*

Ähnliche Erfahrungen in anderen Gemeinden

St.-Markus-Gemeinde in Bremen, Sonntag, 11:30 Uhr. Das Kirchenschiff ist gut gefüllt, die Stühle größtenteils belegt. Es riecht nach frisch geschnittenen Blumen. Ein Projektor wirft die Silhouette eines Mannes vor einem Wasserspiegel an die Leinwand, darauf fließen die deutschen Zeilen des Vaterunsers. Weiter unten befindet sich eine Reihe von anderen Zeichen. Es ist eine Übersetzung in Farsi, die persische Sprache. Eine junge Frau mit langen, schwarzen Wellen, dem Rücken zum Publikum gedreht, übersetzt singend den deutschen Gesang. „Wir vertrauen auf dich.“ Heute ist ein besonderer Tag, denn der deutsche und der persische Gottesdienst finden parallel statt.

Der Pastor der Gemeinde, Andreas Hamburg, hat ähnliche Erfahrungen wie sein Kollege aus der Friedensgemeinde gemacht. Er sagt, er könne es von der behördlichen Seite schon verstehen. Aber eine solche Überprüfung vor Gericht kann er nicht nachvollziehen.

„Für mich ist es wie eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Es wäre undenkbar, dass ein Deutscher befragt wird.“ *Andreas Hamburg, Pastor der St.-Markus-Gemeinde*

Ähnlich klingt ein weiterer Pastor, der anonym bleiben möchte. Glaube sei schließlich schwer überprüfbar. „Erst recht von einer Behörde“, fügt er hinzu. „Sie machen es oft anhand der Zahl der Veranstaltungen fest, an denen die Person teilgenommen hat. Sie können aber nicht wissen, was im Inneren eines Menschen vorgeht.“

Kirchen: vorgetäuschte Konversionen kein großes Phänomen

Gibt es dann viele Geflüchtete, die konvertieren, ohne es ernst zu meinen? Genaue Zahlen sind schwer zu finden. „Aus den Gemeinden habe ich bislang nicht gehört, dass sie Probleme mit Geflüchteten hätten, denen es mit dem christlichen Glauben nicht ernst ist“, sagt die Sprecherin der Evangelischen Kirche. Vereinzelt Fälle dürfte es gegeben haben, das bestätigen die meisten Ansprechpartner. „In wenigen Einzelfällen habe ich auch mal die eine oder andere Taufe abgelehnt. Stets gehen wir sehr sorgsam mit dem Taufbegehren um – in jeglicher Hinsicht“, sagt Klingbeil-Jahr. Die Entscheidung, ob getauft werde oder nicht, treffe am Ende der Geistliche.

Es gibt derzeit kein allgemeines Verfahren für die Taufvorbereitung bei der evangelischen Kirche. Viele Gemeinden organisieren allerdings Kurse – ebenfalls in Farsi oder mit Dolmetschern – die mehrere Monate andauern. „Möchte ein in Bremen aufgewachsener Deutscher sich taufen lassen, wird er getauft. Er muss nicht monatelang einen Bibelkurs besuchen. Die Iraner aber baten selbst darum. Sie ahnten, dass das wichtig sein könnte“, sagt der Pastor.

Pastor: Fürs Asyl Glauben zu wechseln, lohnt sich nicht

Nur fürs Asyl zu konvertieren, lohne sich nicht, fügt er hinzu. Die Asylsuchenden könnten dann nicht mehr ins Heimatland zurückkehren und brächten ihre Familien dort in Gefahr. Ein unbedachter Post in den sozialen Netzwerken mit Hinweisen auf eine Konversion reicht offenbar schon aus. Die Katholische Kirche in Bremen teilte ihrerseits mit, in den vergangenen drei Jahren hätten keine Geflüchteten an den Taufkursen teilgenommen.

Nach der Briefwelle der Asylbehörde hat Klingbeil-Jahr einen Protest angefangen: Jedem Brief fügte er einen Zettel bei, in dem er das Vorgehen der Behörden kritisiert. In den vergangenen Monaten hat er keine Post mehr bekommen – was allerdings damit zusammenhängen könnte, dass die Überprüfung vom Jahr 2019 zu Ende ist. Ob und wie es in diesem Jahr weitergehen wird, darüber macht das BAMF keine konkreten Angaben. Auf seiner Webseite teilt das Bundesamt jedoch mit, dass bis Ende des Jahres 2021 noch gut 480.000 Asylverfahren bundesweit überprüft werden müssen.

Verschließt die Welt die Augen vor einem christlichen Völkermord in Nigeria?

Lela Gilbert



Lela Gilbert ist Senior Fellow für Internationale Religionsfreiheit im Family Research Council und Fellow am Zentrum für Religionsfreiheit des Hudson Institute (Foto: © Hudson Institute).



Quelle: Lela Gilbert: Is the World Ignoring a Christian Genocide in Nigeria?, in: Providence Magazine vom 21. April 2020, unter: <https://www.hudson.org/research/15954-is-the-world-ignoring-a-christian-genocide-in-nigeria>. Übersetzung und Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Wie viel wissen die Bürger westlicher Länder über Nigeria? Nehmen wir es als den größten Staat Afrikas wahr? Sind wir uns seiner beträchtlichen wirtschaftlichen Bedeutung bewusst? Sind westliche Christen wachsam gegenüber den Gefahren, denen unsere Glaubensgenossen in Nigeria ausgesetzt sind?

Zugegeben, es ist ein bisschen schwierig, etwas über Nigerias Probleme zu erfahren, weil wir nach Berichten suchen müssen. Leider erscheinen sie nur sporadisch auf christlichen Websites. Aber es wird immer auffälliger, dass mit jeder Woche, die vergeht, Gewalt und Terror in Nigeria zunehmen. Tatsächlich spielt sich dort gerade in diesem Augenblick – stillschweigend – ein weiterer Völkermord an Christen ab.

Wenn Sie die Berichte lesen, werden Sie oft begleitende Fotos sehen. Sie mögen vor Tagen, vielleicht letzte Woche oder sogar letztes Jahr aufgenommen worden sein, aber die Szenen gleichen sich auf unheimliche Weise. Ein ärmliches Dorf mit ein paar kleinen Gebäuden ist von offenen Feldern umgeben. Im Vordergrund ist ein Haufen von verbrannten Trümmern zu sehen.

Etwa ein Dutzend Afrikaner stehen umher und starren auf die unbeschreiblichen Überreste, während ein oder zwei von ihnen mit benommenem Gesichtsausdruck in die Kamera blicken.

Und die Geschichte ist auch fast immer die gleiche: Schwer bewaffnete Dschihadisten tauchen plötzlich mitten in der Nacht auf. Sie greifen Haus um Haus an, treten Türen ein und rufen Allahu akbar. Sie erschießen die älteren und gesunden Männer. Sie vergewaltigen, verstümmeln und ermorden Frauen. Sie entführen kleine Jungen und Mädchen. Sie brennen Häuser, Schulen und Kirchen nieder.

Einige Dorfbewohner konnten in den Busch fliehen und wurden seither nicht mehr gesehen, so dass niemand mit Sicherheit sagen kann, wer noch am Leben ist. In den Gesichtern der Überlebenden spiegelt sich das Grauen wider, wenn sie versuchen sich zu erinnern, was genau passiert ist, wann genau die Schreie und Schüsse fielen und wie es ihnen gelang, mit dem Leben davonzukommen.

Kurzum, in Nigeria ereignet sich ein Blutbad. Diejenigen von uns, die Verletzungen der Religionsfreiheit und Christenverfolgung beobachten, geben jenen Recht, die zunehmend von einem weiteren Völkermord sprechen. Immer häufiger kommt es zu mörderischen Zwischenfällen, die vor allem von zwei Terrorgruppen – Boko Haram und Fulani-Dschihadis – verübt werden. Zehntausende Nigerianer wurden in den letzten zehn Jahren abgeschlachtet. Aber ihre Geschichten erscheinen nur selten in den westlichen Massenmedien.

Das ICON – International Committee on Nigeria – ist eine Forschungsgruppe, die über den Terrorismus in Nigeria berichtet. Dem ICON zufolge war Boko Haram dort zwischen 2015 und 2020 für fast 35.000 Tote verantwortlich. Währenddessen sollen Fulani-Dschihadis zwischen 2010 und 2020 etwa 17.000 Menschen ermordet haben.

Angesichts von Massenverbrennungen, chaotischen Nachwirkungen, dem Verschwinden von Personen und der Vertreibung der Bevölkerung, kennt leider niemand die genauen Zahlen. Dennoch sind die Zahlen erschreckend, egal wie unvollkommen die Aufzeichnungen zwangsläufig sein mögen. Zu allem Überfluss ist nun auch noch COVID-19 mit seinen eigenen tödlichen Risiken in Nigeria angekommen und die Ängste der Bevölkerung haben sich vervielfacht. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels registrierte Worldometers 493 Fälle und 17 Todesfälle – Zahlen, die vermutlich exponentiell ansteigen werden.

Unterdessen berichtet die BBC inmitten panikartiger Lockdown-Verordnungen, dass die Aktionen der Sicherheitskräfte mehr Menschenleben gefordert haben als die Pandemie.

Aufgrund dieser mehrfachen tödlichen Bedrohungen sind die christlichen Gemeinden Nigerias trotz ihres tiefen Glaubens und Engagements verzweifelt. Es gibt mehr als genug Gründe für ihre Verunsicherung, wie diese Beispiele zeigen:

Am 16. April berichtete Morningstar News: „Sechs Kinder und eine schwangere Frau befanden sich unter den neun Personen, die am Dienstagabend (14. April) in Nord-Zentral-Nigeria von muslimischen Fulani-Hirten getötet wurden.“

Einige Tage zuvor, am 24. März, töteten Fulanis mindestens 20 Menschen in zwei vorwiegend christlichen Dörfern. Und am 2. März hatten sie acht Christen bei Überfällen auf eine Missionsstation entführt. Bei diesem Angriff wurden 3.000 Menschen vertrieben.

In den nordöstlichen Bundesstaaten Nigerias erlangten die islamistischen Dschihadisten von Boko Haram während der Kampagne #BringBackOurGirls von 2014 erstmals allgemeine Bekanntheit. Sie sind radikal antichristlich und antiwestlich und führen ihre eigenen gewaltsamen Überfälle, Entführungen und Enthauptungen durch.

Heute ist ihr bekanntestes Opfer Leah Sharibu, eine von 110 jungen Schülerinnen, die 2018 bei einem Angriff auf eine Mädchenschule für Wissenschaft und Technik entführt wurden. Leah war gerade 14 Jahre alt, als sie entführt wurde, und heute befindet sie sich immer noch in Gefangenschaft. Da sie sich weigerte, ihrem christlichen Glauben abzuschwören, wurde Leah nicht zusammen mit ihren Mitschülerinnen freigelassen. Stattdessen wurde sie versklavt.

Jüngste Berichte besagen, dass sie mit einem ihrer Entführer gewaltsam verheiratet wurde und dessen Kind zur Welt gebracht hat. Dennoch ist die Mutter von Leah weiterhin international unterwegs und setzt sich für die Freilassung ihrer Tochter ein. Als ich sie vor einigen Monaten in Washington, D.C., traf, stand ihr das große Leid in ihr müdes Gesicht geschrieben.

Am 30. Januar 2020 gab Christian Solidarity International (CSI) eine Genozidwarnung für Nigeria heraus. „Die Bedingungen für Völkermord sind in Nigeria gegeben, wobei Christen, gewaltlose Muslime und Anhänger von Stammesreligionen besonders gefährdet sind“, erklärte John Eibner von CSI. „Die zunehmend gewalttätigen Angriffe und das Versäumnis der nigerianischen Regierung, diese zu verhindern und die Täter zu bestrafen, sind alarmierend. CSI ruft daher die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates dazu auf, rasch Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord in Nigeria nachzukommen.“

Meine Kollegin Nina Shea, Direktorin des Zentrums für Religionsfreiheit des Hudson Instituts, ist ebenfalls zutiefst besorgt um Nigeria. „In Nigeria“, sagte sie mir, „sind mehr Christen ins Visier von Extremisten geraten und

abgeschlachtet worden als im gesamten Nahen Osten in den letzten Jahren. Diese gefährdeten christlichen Gemeinschaften, die an zwei Fronten von islamischen Terroristen und Dschihadisten angegriffen werden, brauchen Hilfe.“

Erst im vergangenen Jahr sprach US-Präsident Donald Trump selbst die Frage der Christenverfolgung gegenüber dem nigerianischen Präsidenten Muhammadu Buhari an. „Die Ermordung von Christen in Nigeria ist für uns ein sehr ernstes Problem“, sagte Trump, während Buhari neben ihm saß. „Wir werden ... sehr, sehr intensiv an diesem Problem arbeiten, weil wir nicht zulassen können, dass so etwas geschieht.“

Der Appell stieß auf taube Ohren. Bemerkenswert ist übrigens, dass Buhari selbst ein Mitglied des Fulani-Stammes ist. Nina Shea kommt zu dem Schluss: „Die USA müssen handeln. Es ist an der Zeit, ein Schlaglicht auf diese Krise zu werfen. Wir müssen von der nigerianischen Regierung verlangen, dass sie die dortigen Christen schützt.“

China: Starker Anstieg der Christenverfolgung nach Vatikanabkommen?

kath.net

Quelle: China: Starker Anstieg der Christenverfolgung nach Vatikanabkommen?, in: kath.net vom 10. Januar 2020, unter: <http://www.kath.net/news/70326>. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Der neue Kongressbericht forderte US-Sanktionen gegen China wegen der verstärkten Unterdrückung des religiösen Glaubens durch die chinesische Regierung.

Peking (kath.net) Untergrundbischof Agostino Cui Tai aus der Provinz Xinhua wurde vor kurzem von den örtlichen Behörden festgenommen. Der Bischof hatte Mühe, seine bischöfliche Autorität gegen den Widerstand des Priesters Zhang Li geltend zu machen. Der Priester hatte verlangt, dass sich der Untergrundbischof der offiziell sanktionierten Kirche anschließt. Auch der Bischofsvikar Fr. Zhang Jianlin wurde mit dem Bischof verhaftet. Katholiken in China beten für ihre Sicherheit. Das berichtet LifeSiteNews.

LifeSiteNews erinnerte an die Unterzeichnung des vorläufigen vatikanisch-chinesischen Geheimabkommen, das Chinas Regierung unter anderem ein Mitspracherecht bei der Ernennung von Bischöfen einräumt. Der chinesische Kardinal Joseph Zen hatte das Abkommen einen unglaublichen Verrat genannt. Die Warnungen der Kritiker, dass sich die Verfolgung verschlimmern würde, wurden seitdem bestätigt. Die Verfolgung anderer Christen und nicht registrierter Kirchen hat ebenfalls zugenommen, so LifeSiteNews. Kardinal Zen hat gesagt, er befürchte, Papst Franziskus sei in die Irre geführt worden, um das Schisma unter den Katholiken in China zu fördern.

Zen appellierte an den Papst, die verfolgten Katholiken in China zu verteidigen und gab kürzlich bekannt, dass er einen Brief an das Kardinalskollegium geschickt hat, in dem er sie auffordert, das Abkommen zu kündigen und die Dubia oder Fragen mitzuteilen, die er dem Papst 2019 stellte. Er stellte dem Papst seine Fragen, nachdem der Vatikan im Juni pastorale Richtlinien herausgegeben hatte, die die zivile Registrierung von gläubigen Geistlichen bei der kommunistischen Regierung ermöglichten. Einige Geistliche der Untergrundkirche haben sich geweigert, sich bei der Regierung anzumelden, und argumentierten, dass dies bedeuten würde, die echte katholische Kirche zu betrügen. Kardinal Zen hat das offensichtliche Schweigen des Papstes in Bezug auf die Notlage der chinesischen Katholiken bedauert. Er rief alle Katholiken dazu auf, den Mord an der Kirche in China zu verhindern.

Ein weiterer Kritiker der Vereinbarung ist LifeSiteNews zufolge der China-Experte Stephen W. Mosher. Mosher schrieb 2019, dass ein fehlender Deal zwischen dem Vatikan und Peking besser gewesen wäre als der Deal, der ausgeheckt wurde. Sowohl Kardinal Zen als auch Mosher kritisierten Kardinal Pietro Parolin, den vatikanischen Diplomaten, der den Deal anführte. In der Vergangenheit hat Zen Parolins Rücktritt gefordert, während Zen in dem kürzlich veröffentlichten Schreiben empört erklärte, dass das geheime Abkommen mit China als mit den Päpsten Johannes Paul II. und Benedikt XVI. in Einklang stehend dargestellt werde. Beobachter und katholische Gläubige äußerten sich besorgt darüber, dass das Abkommen die chinesische katholische Gemeinschaft nicht ausreichend unterstützt.

Anfang 2019 hatten die chinesische Regierung drei Priester der Untergrundkirche der Diözese Xuanhua in der Provinz Hebei festgenommen. In dem Bericht heißt es: Die lokalen chinesischen Behörden haben die katholischen Gläubigen in China einer zunehmenden Verfolgung ausgesetzt, indem sie Kirchen abgerissen, Kreuze entfernt und weiterhin Geistliche im Untergrund eingesperrt haben.

Der neue Kongressbericht forderte US-Sanktionen gegen China wegen der verstärkten Unterdrückung des religiösen Glaubens durch die chinesische Regierung. Die Kommission forderte Präsident Trump auf, das Engagement

der Regierung für Menschenrechte und demokratische Regierungsführung im Rahmen ihrer Mission zu stärken. Darin heißt es, dass der Präsident die Bemühungen der US-Regierung zur Bekämpfung von Desinformation, politischen Einflüssen und Zensurmaßnahmen, insbesondere gegen Diasporagemeinschaften, ausweiten sollte. In dem Bericht wurde auch empfohlen, dass der Kongress das Recht der Katholiken fordern sollte, von selbstgewählten Geistlichen geleitet zu werden, die ihren Dienst gemäß dem von den katholischen Religionen geforderten Standard ausüben. Im US-Bericht wurde außerdem festgehalten, dass China die Verfolgung nicht auf Christen beschränkt hat. Die Kommission glaubt, dass die chinesischen Behörden Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen das uigurische Volk und andere Muslime begehen. Auch Verfechter der Demokratie und Christen verschiedener Konfessionen würden verfolgt. Das Sicherheitspersonal in den Lagern unterwarf die Inhaftierten der Folterung, einschließlich der erzwungenen Einnahme von Drogen, Bestrafung für religiöses Verhalten; Zwangsarbeit; Nahrungsentzug und politische Indoktrination, heißt es in dem Bericht.

Im nächsten Monat wird China neue Beschränkungen für Gläubige einführen. Es fordert, dass alle religiösen Gruppen die Richtlinien zu den Religionen in China einhalten, die Werte des Sozialismus umsetzen und die Grundsätze und Politiken der Kommunistischen Partei Chinas fördern. Ein Artikel in den neuen Richtlinien würde verlangen, dass Regierungsbehörden an der Auswahl religiöser Amtsträger beteiligt sind. Untergrundkirchen wären damit verboten. Dem Bericht zufolge gibt es in China etwa 10 Millionen Katholiken, denen zufolge etwa 6 Millionen Mitglieder der staatlich kontrollierten CPCA sind.

Großbritannien: Iranischem Christen und Familienvater droht Abschiebung und Trennung von seiner Familie

Observatory on Intolerance against Christians

Meldung von Observatory on Intolerance against Christians [<https://www.intoleranceagainsthristians.eu>]. Die deutschen Fassungen stammen vom Arbeitskreis Religionsfreiheit der Österreichischen Evangelischen Allianz.

Reza Karkah, 38, ist in einer muslimischen Familie im Iran aufgewachsen. 2003 ist er nach Großbritannien geflohen und lebt mit seiner Familie in Bradford. Er wurde erst 2015, d.h. viele Jahre nach seiner Flucht, Christ. Reza, der sein früheres Leben als Obdachloser und Drogensüchtiger hinter sich gelassen hat, ist jetzt ein aktives Mitglied einer unabhängigen evangelikalen Gemeinde. Er ist bei Missionseinsätzen unter Iranern aktiv und übersetzt Gottesdienste vom Englischen ins Farsi. Dennoch hat das Home Office (Innenministerium des Vereinigten Königreichs) seinen Asylantrag bereits 2018 abgelehnt und ihn beschuldigt, seinen christlichen Glauben nur vorgetäuscht zu haben. Andrea Williams, die Leiterin der christlichen Rechtsberatungsstelle Christian Legal Center kommentierte: „Reza Karkah ist echt, ein mutiger Mann, verändert durch das Evangelium und die Hoffnung in Jesus Christus. Wir sehen in diesem Fall, wie in vielen anderen, dass das Home Office christliche Asylwerber wie Reza geringerschätzt, während islamische Extremisten mit offenen Armen aufgenommen werden“ und ruft das Ministerium auf, Reza Asyl zu gewähren und fordert die Regierung auf, ihre systematische gegen Christen gerichtete Einstellung im Umgang mit Asylwerbern ernsthaft zu überdenken. Sie erklärte, dass im Home Office offensichtlich nicht bekannt ist, welchen Herausforderungen Christen im Iran gegenüberstehen.

Derzeit droht Reza Karkah die Abschiebung in den Iran, dem dadurch nicht nur die Gefahr von Einkerkering und Folter droht, sondern auch die Trennung von seiner britischen Frau Leigh Riley und der gemeinsamen vierjährigen Tochter Rosie. Der Richter in dem Asylverfahren hatte die Trennung von seiner Familie als „keine unangemessene Härte“ angesehen. Seit dem

Gerichtssentscheid von 2018, in dem es hieß, dass ihn die Abschiebung keinem echten Risiko der Verfolgung aussetzen würde, steht dieses bedrohliche Szenario im Raum.

Der aus Pakistan stammende Bischof Michael Nazir-Ali, der nach Großbritannien gekommen ist, nachdem er in seiner Heimat verfolgt wurde, hat Reza Karkah und seine Frau getroffen und als „vollkommen aufrichtig in ihrem christlichen Glauben und Leben“ befunden. Der Bischof erklärte: „Wir ermutigen die Behörden im Iran weiterhin, die Grundfreiheiten zu respektieren, doch für christliche Konvertiten aus dem Islam ist das Land unverändert gefährlich und Reza droht der Verlust seiner Freiheit oder sogar seines Lebens, mit oder ohne Gerichtsurteil. Er verdient Schutz für sich selbst und im Interesse seiner jungen Familie.“

Kasachstan: Konfiskation von zwei Gebäuden christlicher Gemeinden in der Hauptstadt Nursultan angeordnet

Forum 18

Meldung von Forum 18 (Oslo) [<http://www.forum18.org>]. Die deutschen Fassungen stammen vom Arbeitskreis Religionsfreiheit der Österreichischen Evangelischen Allianz.

Die Stadtbehörden der kasachischen Hauptstadt Nursultan (ehemals Astana) haben die Konfiskation der Gebäude der presbyterianischen Gnadenkirche und der Pfingstgemeinde Agape angeordnet, die im Begriff war, ihr Gebäude auf demselben Gelände zu errichten. Derzeit stehen zwei der geplanten vier Stockwerke des Gebäudes, das als Gottesdienststätte und Zentrale des Bundes der Pfingstgemeinden Kasachstans dienen soll. Sofort nach Bekanntwerden des Enteignungsdekrets wurden die Bauarbeiten unterbrochen. Die Stadtbehörden behaupten, das Grundstück würde für einen neuen Kindergarten benötigt, haben sich jedoch geweigert zu erklären, weshalb sie keinen anderen Standort für den Kindergarten finden können, zumal im selben Stadtbezirk Baikonur zwei möglicherweise geeignete halb fertige Gebäude vorhanden

sind. Die Gnadenkirche hat das von ihr genutzte ehemalige Schulgebäude 2001 erworben. Die von der Stadtverwaltung angebotene Entschädigung liegt weit unter dem Wert des Grundstücks und Gebäudes.

Das Dekret über die Enteignung wurde am 20. Februar 2020 erlassen. Bereits 2014 hatten die Behörden versucht, Grundstück und Gebäude zu enteignen, doch dies konnte durch Verhandlungen mit der Stadtverwaltung abgewendet werden. Auch dieses Mal suchten die Leiter der Gnadenkirche, das Problem auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Die Behördenvertreter behaupteten allerdings, man hätte Beschwerden von Bewohnern des Stadtviertels erhalten, dass es sich bei der Kirche um eine Sekte handelt. Vom Staat finanzierte „Antisektenzentren“ werden schon lange Zeit eingesetzt, um eine feindliche Haltung gegen die Ausübung der Religions- und Glaubensfreiheit zu fördern. Die Gnadenkirche hat das Dekret vom Februar 2020 nunmehr vor Gericht angefochten, doch die zuständige Richterin ist erkrankt und es ist unklar, wann eine Verhandlung stattfinden wird. Pastor Dmitry Kan von der Gnadenkirche erklärte gegenüber Forum 18: „Wir wollen unser Gebäude einfach nur weiterhin für Gottesdienste nutzen.“ Pastor Igor Tsay von der Agape Gemeinde erklärte: „Seit 2002 haben wir davon geträumt, ein eigenes Gebäude zu haben und wir haben gerade begonnen, dieses zu errichten. Und dann das. Das kam unerwartet – ein Schock.“

Beide Gemeinden haben sich mit der Bitte um Aufhebung des Dekrets an den Staatspräsidenten Qassym Schomart Toqajew gewandt. Die Gnadenkirche war bereits vor dem ersten Enteignungsversuch staatlichen Anfeindungen ausgesetzt. Ein trauriger Höhepunkt war die zwangsweise Einweisung ihres pensionierten Pastors Bakhytzhan Kaschkumbajev in eine psychiatrische Klinik im Jahr 2013. 2014 wurde er für schuldig befunden, die Gesundheit eines Gemeindeglieds geschädigt zu haben.

Die Gnadenkirche hat nach Angaben ihres Pastors Dmitry Kan fast 500 Mitglieder und hat bis zum Ausbruch der Coronavirus Pandemie jeden Sonntag mehrere Gottesdienste in ihrem Gebäude durchgeführt. Auch an den meisten Abenden der Woche fanden Versammlungen statt. Die Kirche wurde 1995 erstmals registriert und im Dezember 2012 nach dem neuen Religionsgesetz von 2011, das eine Neuregistrierung aller Religionsgemeinschaften forderte, neuerlich registriert. Ihr Gebäude im Stadtbezirk Baikonur erwarb die Kirche im September 2001.

Mitglied der anglikanischen Kirche bei Wiederaufnahme des Verfahrens zu dritter Haftstrafe verurteilt

Article18

Article18 ist eine gemeinnützige Organisation mit Sitz in London, die sich dem Schutz und der Förderung der Religionsfreiheit im Iran widmet und sich für die dortigen verfolgten Christen einsetzt.



Dieser Artikel erschien zuerst auf articleeighteen.com vom 18. Mai 2020, unter: <https://articleeighteen.com/news/6078/>. Übersetzung und Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Ein Mitglied der iranisch-anglikanischen Kirche ist im Rahmen seines Wiederaufnahmeverfahrens wegen der Mitgliedschaft in einer „zionistisch-evangelikalen christlichen“ Gruppe, die „regimefeindlich“ sei, erneut schuldig gesprochen worden und wurde zudem wegen des zusätzlichen Anklagepunktes der „Propaganda gegen den Staat“ verurteilt.

Ismaeil Maghrebinejad, 65, wurde am Samstag, den 16. Mai 2020, über das Urteil informiert, das am Samstag zuvor in seinem Wiederaufnahmeverfahren in der Ersten Zweigstelle des Revolutionsgerichts in Schiraz ergangen war.

Richter Seyed Mahmood Sadati fällt dasselbe Urteil wie in seiner ersten Entscheidung vom Februar, indem er Ismaeil wegen „Mitgliedschaft in einer feindlichen Gruppe“ zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilte, fügte jedoch ein weiteres Jahr Gefängnis wegen „Propaganda gegen den Staat“ hinzu.

Es ist zwar wahrscheinlich, dass Ismaeil nur die längere Strafe von zwei Jahren verbüßen muss, doch ihm drohen weitere drei Jahre Gefängnis für seine Verurteilung im Januar vor einem Zivilgericht wegen „Beleidigung des Islam“, die er separat verbüßen müsste.

Ismaeil, der gegen alle drei Verurteilungen Berufung einlegt, sah sich nach seiner Verhaftung im Januar 2019 zunächst mit vier Anklagepunkten konfrontiert – auch „Apostasie“, für die ihm die Todesstrafe drohen könnte.

Diese Anklage wurde während einer Anhörung im November 2019 aufgehoben, aber die anderen drei Anklagepunkte wurden für „zutreffend“ befunden, obwohl der Vorwurf der „Propaganda gegen den Staat“ in seiner Verur-

teilung vom 27. Februar nicht angeführt wurde, so dass es den Anschein hat, als sei er mit dem anderen Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer feindlichen Gruppe“ zusammengefasst worden.

Warum das Wiederaufnahmeverfahren?

Richter Sadati selbst beantragte die Wiederaufnahme des Verfahrens am 9. Mai und sagte, er sei mit seinem ursprünglichen Urteil unzufrieden gewesen und wolle einige „Korrekturen“ vornehmen, was Ismaeil und seiner Familie Hoffnung gibt, dass das Urteil aufgehoben werden könnte.

Doch trotz der Proteste seines Anwalts Farshid Rofogaran, dass Ismaeil „in überhaupt keiner Weise, Gestalt oder Form Mitglied einer feindlichen Organisation“ gewesen sei, erhielt er ein noch härteres Urteil.

In seinem Urteil bezog sich Richter Sadati auf die Erkenntnisse der für seine Verhaftung verantwortlichen Geheimdienstagenten der iranischen Streitkräfte und auf Ismaeils angebliches „Schuldeingeständnis“ – weil er eingeräumt hatte, dass ein Bibelvers aus dem Philipperbrief von einem christlichen Satellitenfernsehsender an sein Telefon geschickt worden war.

Ein Ausdruck des Verses wurde ihm vor Gericht vorgelegt, den er bestätigte, woraufhin er den Raum verlassen musste.

Sein Anwalt, Herr Rofogaran, begründete im folgenden, dass dem Gericht „kein einziger Grund, kein einziges Beweisstück oder Dokument vorgelegt worden sei, das das erlassene Urteil rechtfertigen würde.“

Er fügte hinzu, die Anklageschrift sei „sehr vage“ und „ohne jede tragfähige Aussage“, und Ismaeil habe als einziges „Verbrechen“ eine Nachricht von einem christlichen Satellitenfernsehsender empfangen; er habe sie nicht einmal an irgendjemanden weitergeleitet.

„Selbst wenn jene Gruppen, die Telegramm- oder WhatsApp-Kanäle haben, als ‚feindlich‘ anerkannt sind“, sagte Herr Rofogaran, „begründet der Empfang von Nachrichten, ohne sie an jemand anderen weiterzuleiten, keine Mitgliedschaft in dieser Organisation“.

Herr Rofogaran kritisierte desweiteren die Art und Weise, wie der Fall gehandhabt wurde, und stellte fest, dass der Grundsatz „unschuldig bis zum Nachweis der Schuld“ nicht eingehalten worden sei.

Der Advocacy Director von Article18, Mansour Borji, wies darauf hin, dass „Ismaeil verhaftet wurde, ohne dass zuvor Beweise gegen ihn gefunden wurden. Stattdessen durchsuchten die Geheimdienstagenten seine persönliche Habe und versuchten, Beweise gegen ihn auszugraben. Die Anklage, die nicht standhielt, mussten sie fallen lassen; die verbleibenden Vorwürfe haben keine rechtliche Grundlage.“

Irak: Religionsfreiheit und der Status der evangelikalischen Kirchen [ICCPR Art. 18]

Dem Menschenrechtsausschuss vor der Beratung des Fragenkatalogs für den Irak während der 129. Sitzung des Ausschusses im Juni 2020 vorgelegt.

Weltweite Evangelische Allianz (WEA)

Die Weltweite Evangelische Allianz (WEA) wurde 1846 in London gegründet. Heute ist die WEA ein Netzwerk von Kirchen in 129 Ländern, die jeweils eine evangelikale Allianz gegründet haben, sowie von über 100 internationalen Organisationen, die sich zusammengeschlossen haben, um mehr als 600 Millionen evangelikalischen Christen weltweit eine weltweite Präsenz, Stimme und Plattform zu geben.



1. Im sechsten regelmäßigen Bericht des Irak, der dem Menschenrechtsausschuss am 5. August 2019 vorgelegt wurde, heißt es in Absatz 233 In Artikel 43 Absatz 1 der Verfassung: „Den Anhängern aller Religionen und Religionsgemeinschaften steht es frei (a) ihre religiösen Riten, einschließlich der Hussaini-Riten, zu praktizieren; (b) ihre religiösen Stiftungen, Institutionen und Angelegenheiten, wie gesetzlich geregelt, zu verwalten“. Artikel 43 (2) lautet: „Der Staat garantiert die Freiheit der Religionsausübung und den Schutz der Kultstätten.“
2. Mit Ausnahme der Presbyterianisch-Evangelisch-Protestantischen Kirche und der Siebenten-Tags-Adventisten-Kirche sind die evangelikalischen Kirchen des Irak jedoch nicht rechtlich anerkannt. Seit 2003 hat die General Society for Iraqi National Evangelical Churches (GSINEC) [Allgemeine Gesellschaft für irakische nationale evangelische Kirchen] von den jeweiligen irakischen Regierungen die rechtliche Anerkennung der evangelikalischen Kirchen und die Zugehörigkeit zu den christlichen, yesidischen und sabäisch-mandäischen Religionen Diwan (auch als Waqf bekannt) gefordert. Diese Regierungen haben den evangelikalischen Kirchen jedoch die rechtliche Registrierung und Anerkennung verweigert.

3. Die Allgemeine Gesellschaft für irakische nationale evangelische Kirchen ist der Dachverband der irakischen evangelischen Kirchen und ist als Nichtregierungsorganisation registriert. Die GSINEC ist der Weltweiten Evangelischen Allianz angeschlossen.
4. Die sieben nicht anerkannten evangelikalen Denominationen, die Mitglied der GSINEC sind, sind: Die Allianz Evangelische Kirche, die Kirche des Neuen Lebens (Assembly of God), die neutestamentliche Baptistenkirche, die Pfingstkirche, die Nationale Evangelische Baptistenkirche, die Armenische Evangelische Kirche und die Nazarenische Evangelische Kirche.
5. Im Irak gibt es drei Diwane (Kammern), die für die Verwaltung der Angelegenheiten der anerkannten religiösen Gruppen innerhalb des Landes zuständig sind: der Sunnitische Diwan, der Schiitische Diwan und der Diwan der christlichen, Jesidischen und Sabäisch-Mandäischen Religionen. Diese drei Waqfs (religiöse Stiftungen) unterstehen dem Amt des Premierministers.
6. Die Verweigerung der Anerkennung und Zugehörigkeit zum christlichen, jesidischen und sabäisch-mandäischen Waqf beinhaltet auch, dass die Kirchen kein Bankkonto eröffnen können, dass sie nicht in der Lage sind, Eigentum zu besitzen und zu registrieren, dass ihnen die Steuer- und Zollbefreiung verweigert wird, dass sie keine religiösen Publikationen herausgeben können und dass sie nicht in der Lage sind, karitative, soziale und Bildungseinrichtungen einschließlich Kindergärten und Kliniken zu betreiben.
7. Seit 2003 stellt die Weigerung aufeinander folgender irakischer Regierungen, den evangelikalen Kirchen die rechtliche Anerkennung sowie die Zugehörigkeit zum Waqf zu gewähren, eine Verletzung der individuellen und kollektiven Rechte der irakischen Evangelikalen auf Ausübung und Bekundung ihrer Religion gemäß Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte dar.
8. Vor diesem Hintergrund fordern wir den Menschenrechtsausschuss respektvoll auf, dem Irak die folgende Frage vorzulegen:
 - Erläutern Sie den rechtlichen Status der evangelikalen Kirchen im Irak und die Gründe, warum ihnen die Zugehörigkeit zur Waqf – der Stiftung der Christen, der Jesidischen und der Sabäisch-Mandäischen Religionen – nicht gewährt wurde.

Das Masterprogramm Syrische Theologie an der Universität Salzburg: Ein kurzer Überblick

Abdulmesih BarAbraham (Autorenvorstellung siehe S. 42)

Einleitung

Das syrische Christentum mit seiner zwei Jahrtausende umfassenden Literatur und Spiritualität gehört zu den bedeutendsten Strömen der Christenheit. Es ist eine Form des orientalischen Christentums, dessen prägende theologische Schriften und traditionelle Liturgie in der klassisch syrischen Sprache überliefert sind. Syrisch bildete neben Latein und Griechisch eine der drei wichtigsten christlichen Sprachen in den frühen Jahrhunderten. Die syrische Sprache ist ein Zweig der aramäischen Sprachfamilie, die in ihrer frühen Form in Edessa (heutige türkische Stadt Urfa), Obermesopotamien, gesprochen und geschrieben wurde. Mit dem Christentum hat sie sich schon sehr früh verbreitet, wurde zur kanonischen und literarischen Sprache des gesamten Syrischen Christentums und brachte eine reiche Literatur hervor. Befunde, Inschriften und Manuskripte bezeugen die Einflüsse und Präsenz des syrischen Christentums und der syrischen Sprache im gesamten Nahen Osten, Zentralasien, Indien und China. Diese sind Bestandteil der Forschung und Lehre unter den Syrologen und im Studium der Syrischen Theologie in Salzburg.

Der Masterlehrgang Syrische Theologie (*Master of Arts in Syriac Theology*) an der Universität Salzburg wurde im Oktober 2015 in einem feierlichen Festakt und einer Festrede des syrisch-orthodoxen Patriarchen Moran Mor Ignatius Aphrem II. eröffnet. Als universitäres Programm ist es bisher einzigartig in ganz Europa – ja sogar weltweit.

Eröffnung des Programms

In seiner Festrede drückte der Patriarch seine Hoffnung aus, dass die Umsetzung des Universitätslehrgangs die katholische und syrische-orthodoxe Kirche näher zusammenbringen wird und würdigte die ökumenischen Bemühungen und die Leistungen des 2004 verstorbenen Kardinals Franz König sowie der Stiftung „Pro Oriente“, welche seit ihrer Gründung im Jahre 1964

den Dialog und die Ökumene zwischen der Römisch-Katholischen Kirche und den Orientalisch-Orthodoxen Kirchen förderte. Der Patriarch würdigte auch die ökumenischen Bemühungen des ehemaligen Salzburger Erzbischofs, Dr. Alois Kothgasser SDB, der als Ansprechpartner und Unterstützer der Delegation seines Vorgängers, S.H. Moran Mor Ignatius Zakka I., zur Einrichtung des Syrisch-Theologischen Seminars im Zusammenhang mit einem Master Studium in Syrischen Studien in Salzburg wirkte. Die katholische Erzdiözese Salzburg war es schließlich, die dem *Suryoye Theological Seminary Salzburg e.V.*, als Trägerverein, ein Haus zur Verfügung stellte, der bis heute als Konvent und Studentenheim genutzt wird.

Das Kirchenoberhaupt, Patriarch Moran Mor Ignatius Aphrem II., verwies angesichts des wütenden Jihadismus in der Form des sogenannten „Islamischen Staats“ (IS) auch auf die dramatische Lage der syrischen Christen im Nahen Osten, besonders in Syrien und im Irak. „Das Ende der christlichen Präsenz im Nahen Osten ist nicht weit entfernt“, bekräftigte er. Schätzungen zufolge hatte schon 2015 die Hälfte der Christen Syrien und Irak verlassen. Die traditionellen monastischen Bildungszentren und viele Kirchen und Klöster der Christen sind weitgehend zerstört.¹

In Anbetracht der Lage der Christenheit im Nahen Osten wird das syrisch-theologische Projekt in Salzburg für die Zukunft der syrisch-orthodoxen Kirche und das syrische Christentum weltweit umso wichtiger. Berücksichtigt man, dass bereits heute die syrische-orthodoxe Kirche mehr Angehörige in der europäischen Diaspora² hat als in den Heimatländern, so bekommt das Projekt auch eine zentraler Bedeutung für die syrischen Christen und ihrer Integration in der Diaspora aber auch für die Ökumene.

Im Westen gab bis jetzt keine Möglichkeit Syrische Theologie als eine eigene Studienrichtung zu studieren. Mit der Einrichtung des Lehrgangs in Syrische Theologie an der Universität Salzburg und dessen Initialfinanzierung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, antwortete Österreich auf die Zeichen der Zeit und eröffnete neue Perspektiven für die Syrische Theologie.

¹ Siehe Beitrag des Autors in diesem Band zu diesem Thema.

² 2018 lebten etwa 400.000 syrisch-orthodoxe Christen in Mittel- und Nordeuropa, aufgeteilt auf sieben Diözesen in ca. 130 Gemeinden. Weitere Hunderttausende gehören anderen Kirchen syrischer Tradition an. Allein in Deutschland und Schweden leben jeweils mehr als 100.000 Syrisch-Orthodoxe.

Mission

Nach Information der Universität Salzburg³ vermittelt der Studienlehrgang sprachliche, theologische und historische Kompetenzen und konzentriert sich auf jene Bereiche, die für das kulturelle und religiöse Verständnis des syrischen Christentums von Relevanz sind. Dazu gehören Qualifikationen zur Umsetzung syrischer Theologie in Beruf und Alltag inmitten der kulturellen und religiösen Vielfalt einer globalisierenden Umwelt, unter anderem im Religionsunterricht, in der Katechese, in der pastoralen und seelsorgerlichen Arbeit sowie im ökumenischen und interreligiösen Austausch.

In der Tat, der Lehrgang *Master of Arts in Syriac Theology* richtet sich sowohl an Mitglieder der Kirchen syrischer Tradition weltweit, die sich als Theologinnen und Theologen für Pastoralarbeit beziehungsweise Lehramt ausbilden wollen, aber auch an Historiker, Orientalisten, Archäologen, die sich in syrischer Theologie, Tradition und Kultur spezialisieren wollen.

Das vor der Eröffnung des Programms und vom Leiter des Programms, Priv-Doz. Dr. Aho Shemunkasho in Zusammenarbeit und mit dem Kirchenhistoriker und damaligen Dekan der Theologischen Fakultät Professor Dietmar Winkler entwickelte Curriculum umfasst neben dem Erlernen der syrisch-aramäischen Sprache und literarische Kompetenzen auch Syrische Theologie, Exegese, Liturgie, Spiritualität, Kirchengeschichte, Religionspädagogik, Pastoraltheologie und Kirchenrecht.

Seit seiner Eröffnung im Jahre 2015 hat das Masterprogramm ein internationales Ansehen erlangt und lockt Studenten aus den verschiedensten Ländern an. Bisher haben etwa drei Dutzend Studierende das Programm durchlaufen. Sie kommen aus Österreich, Deutschland, Niederlande, Griechenland, Polen, Russland, Irak, Iran, Türkei, Syrien, Libanon, Ägypten, Indien, Hongkong, Südkorea und USA. Das ist auch dem renommierten Lehrplan und den internationalen Gastdozenten zu verdanken. Als Spezialisten auf ihrem Gebiet haben sie das Programm mitgestaltet und bereichert.

Die meisten Studierenden haben BA-Abschlüsse, zum Teil auch MA, und einige sind dabei, parallel eine Promotion abzuschließen. Mit ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Kirchen aus syrischen, lateinischen und griechischen Traditionen bereichern die Studierenden nicht nur den Lehrgang, sondern auch die gesamte Theologische Fakultät mit ihrem Schwerpunkt „Theologie Interkulturell und Studium der Religionen“ und schaffen dadurch eine vitale Diversität um das Fach Syrische Theologie, wie es sie sonst nirgendwo gibt.⁴

³ Siehe: <https://www.uni-salzburg.at/index.php?id=201427>.

⁴ Aho Shamunkasho, Evaluierungsbericht des Universitätslehrgangs in Syrischer Theologie an

Beth Suryoye

Für die Unterkunft der Studierenden des Universitätslehrganges stellte die Erzdiözese Salzburg in Absprache mit dem Land Salzburg seit 2015 die ehemalige Landespflegeanstalt zur Verfügung. Zur Finanzierung des Hauses wurde ein von den syrisch-orthodoxen Erzdiözesen getragener Trägerverein „Suryoye Theological Seminary Salzburg e.V.“ (STSS) etabliert, der sich um Spenden kümmert. Der syrisch-orthodoxe Erzbischof von Holland, Mor Polycarpus Dr. Edip Aydin ist amtierender Vorsitzender des Trägervereins.⁵ Die syrisch-orthodoxe Diözesen bzw. Gemeinden aus Holland, Schweiz/Österreich, Deutschland, Belgien/Frankreich und USA haben bisher zur Finanzierung beigetragen. Zudem trägt das bereits 2008 gegründete Syrische Institut in Salzburg⁶ – unterstützt durch Partnerschaften mit anderen Organisationen – zur Entwicklung und Finanzierung des Gesamtprojekts Syrische Theologie in Salzburg bei.

Die meisten Studierende erhalten, abhängig von ihrer finanziellen Situation, vom STSS eine Unterstützung in Form einer Gewährung zur Aufnahme in *Beth Suryoye* mit Verpflegung; sie wohnen zusammen und bilden dort eine offene ökumenische Gemeinschaft im Alltag, begleitet durch gemeinsames Studieren, Mahlzeiten, Gebete (in der Kapelle des Hauses) und Arbeiten im Haus. Die Studierenden werden in ihrem Studium betreut und erfahren noch zusätzliche Unterstützung auf allen Ebenen, wie z. B. bei Visaanträgen, Krankenversicherung oder bei der Anmeldung beim Magistrat und nicht zuletzt bei der Stipendiensuche und Finanzierung ihres Studiums.⁷

In Absprache mit dem Patriarchat und der syrisch-orthodoxen Metropoliten in Europa bemüht sich der Trägerverein Suryoye Theological Seminary Salzburg weiterhin das Studium der Syrischen Theologie für Interessenten zu ermöglichen, das Studierenden-Haus Beth Suryoye zu finanzieren und somit unter anderem einen essenziellen Beitrag für die Ausbildung von zukünftigen Theologinnen und Theologen für die Pastoralarbeit und Lehre in den Pfarren und stattlichen Schulen zu leisten

der Universität Salzburg für die Perioden von 2014 bis 2018, S. 26.

⁵ Siehe <https://syriacsalzburg.eu/stss/>.

⁶ Siehe: <https://syriacsalzburg.eu/syriac-institute/>.

⁷ Aho Shamunkasho, Evaluierungsbericht, S. 47.

KIRCHE IN NOT hat Studie „Verfolgt und vergessen?“ vorgestellt

Ein Bericht über Christen, die ihres
Glaubens wegen unterdrückt werden, 2017–2019

KIRCHE IN NOT

KIRCHE IN NOT ist ein pastorales Hilfswerk päpstlichen Rechts. Weltweit setzt es sich für verfolgte, bedrängte und notleidende Christen ein.



Der folgende Beitrag ist eine Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse der Studie „Verfolgt und vergessen?“, unter: <https://persecutedchristians.acninternational.org/die-wichtigsten-ergebnisse/?lang=de>. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung. (Die vollständige Studie „Verfolgt und vergessen?“ ist abrufbar unter: <https://www.kirche-in-not.de/shop/verfolgt-und-vergessen-5/>)

Die wichtigsten Ergebnisse

„Sie haben uns Böses angetan. Sie schlugen und vergewaltigten uns. Am schlimmsten war es, dass neunjährige Mädchen vergewaltigt wurden.“¹

Dies sind die Worte von Rita Habib, einer Christin, die in der irakischen Nive-Ebene lebt.

¹ Karzan Sulaivany, „Christian woman kidnapped by IS reunited with father after four years“, *Kurdistan 24*, 5. April 2018, <https://www.kurdistan24.net/en/news/987a77c3-56c3-44b7-a8f9-e6a8d63d0e00?> (alle Seiten am 6. August 2019 abgerufen).

Rita Habib schilderte, wie Extremisten des sogenannten Islamischen Staats (IS) sie aus Karakosch, einer mehrheitlich von Christen bewohnten Stadt, verschleppten. Zunächst hielt man sie in der nahe gelegenen Stadt Mossul fest, bevor man sie schließlich nach Syrien brachte. Dort wurde sie auf dem Sexsklavenmarkt des IS mehrfach gekauft und verkauft.

Ihr Bericht über die Verfolgung (*Siehe Fallbeispiel „ISGefangene kehrt in ihre Heimat Karakosch im Irak zurück“ auf S. 10*) ist einer von vielen, die KIRCHE IN NOT vorliegen. KIRCHE IN NOT (englisch Aid to the Church in Need, abgekürzt ACN) ist ein katholisches Hilfswerk für Christen, die ihres Glaubens wegen leiden. Als Organisation, die in beinahe 140 Ländern der Welt Notfall- und seelsorgerische Hilfe anbietet, hat KIRCHE IN NOT es sich zur Aufgabe gemacht, Menschenrechtsverletzungen gegen Christen zu dokumentieren und zu analysieren. *Verfolgt und vergessen? Ein Bericht über Christen, die ihres Glaubens wegen unterdrückt werden, 2017–2019* fasst die Ergebnisse der laufenden Recherchen von KIRCHE IN NOT zusammen und gibt eine Einschätzung der aktuellen Muster von Hass und Diskriminierung.

Die 2019 erscheinende Ausgabe von *Verfolgt und vergessen?* untersucht wesentliche Entwicklungen in zwölf Ländern von zentraler Bedeutung für Christen, die unter Menschenrechtsverletzungen leiden. Der Bericht umfasst einen 25-monatigen Zeitraum von Juli 2017 bis Juli 2019 (einschließlich). Er stützt sich auf Informationsreisen von KIRCHE-IN-NOT-Mitarbeitern in Länder, die für die Verfolgung von Christen bekannt sind, beispielsweise im Norden Nigerias, in Pakistan, Syrien und andere Teile der Welt, die aus Sicherheitsgründen hier nicht genannt werden können. Dieser Bericht zeigt, dass in Ägypten, Pakistan und anderenorts immer wieder christliche Frauen am meisten leiden. Es gibt Berichte von Entführungen, Zwangskonversion und sexuellen Übergriffen.²

Trotz der zunehmenden Fülle an Informationen zu diesem Thema ist das Ausmaß der Krise, der sich wegen ihres Glaubens verfolgte Christen gegenübersehen, kaum bekannt und verstanden. Statistische Untersuchungen haben zwar umfassenden Einblick in die Thematik der Christenverfolgung gegeben, allerdings hielten manche Daten einer Überprüfung nicht stand

² Helene Fisher und Elizabeth Miller, „Gender Persecution: World Watch List 2018 Analysis and Implications“, *Open Doors International*, März 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/wp-content/uploads/2018/03/Gendered-persecution-WWL-2018-analysis-and-implications.pdf>.

und konnten nicht belegen, dass die fraglichen Gewalttaten religiös motiviert waren.³ Gleichwohl zeigen Studien immer wieder, dass Christen ein signifikant hohes Maß an Verfolgung und Intoleranz erleiden.

Im Juni 2018 berichtete das Pew Research Center, dass im Laufe des Jahres 2016 Christen in 144 Ländern unter Schikanen zu leiden hatten.⁴ Dieser Berechnung zufolge kristallisieren sich Christen als die weltweit „am meisten betroffene“⁵ Glaubensgemeinschaft heraus, mit geringfügigem Abstand zum Islam.⁶ Im Januar 2019 gab Open Doors in seinem Weltverfolgungsindex für das Jahr 2018 die Einschätzung ab, dass 73 Länder mit 245 Millionen Christen ein „extremes, sehr hohes oder hohes Maß an Verfolgung aufwiesen.“⁷ Im Jahr 2017 waren es noch 58 Länder mit 215 Millionen Christen.⁸ Die gleiche Studie zeigte, dass in den 50 am stärksten betroffenen Ländern zusammengenommen täglich im Durchschnitt elf Christen ihres Glaubens wegen getötet werden.⁹

Diese Untersuchung von KIRCHE IN NOT erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Diese im Wesentlichen qualitative Auswertung kann keine statistischen Daten anbieten, die eine umfassende vergleichende Analyse ermöglichen würden. Darüber hinaus ist staatliche Unterdrückung naturgemäß etwas vollkommen anderes als sporadische Gewalttaten – und die Umstände der Verfolgung sind nicht einmal innerhalb eines Landes einheitlich.

Naher Osten

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Berichts zählt die Feststellung, dass in zentralen Ländern im Nahen Osten nach einer Phase des Völkermords die Verfolgung von Christen im Zeitraum 2017–2019 nachgelassen hat.

³ Ruth Alexander, „Are there really 100,000 new Christian martyrs every year?“, *BBC News*, 12. November 2013, <https://www.bbc.co.uk/news/magazine-24864587>.

⁴ Katayoun Kishi, „Key findings on the global rise in religious restrictions“, *Pew Research Center*, 21. Juni 2018, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2018/06/21/key-findings-on-the-global-rise-in-religious-restrictions/>.

⁵ ebd.

⁶ Die gleiche Studie des Pew Research Center ergab, dass 2016 Muslime in 142 Ländern Schikanen ausgesetzt waren.

⁷ World Watch List Trends, *Open Doors*, <https://www.opendoors.org.za/christian-persecution/world-watch-list-2017-trends/>.

⁸ ebd.

⁹ Lindy Lowry, „11 Christians killed every day for their decision to follow Jesus“, *Open Doors*, 13. März 2019, <https://www.opendoorsusa.org/christian-persecution/stories/11-christians-killed-every-day-for-their-decision-to-follow-jesus/>.

Im Berichtszeitraum ging die islamistische Gewalt im Irak und in Syrien deutlich zurück – auch in Ägypten sind leichte Anzeichen einer Verbesserung erkennbar. Bei einer Informationsreise von KIRCHE IN NOT nach Syrien im Februar 2019 zeigte sich, dass in vielen Teilen des Landes extreme Armut die Verfolgung als Hauptproblem der Christen abgelöst hat.¹⁰ Somit ist dies die erste Ausgabe von *Verfolgt und vergessen?* seit 2011, in der Syrien nicht unter den Ländern erscheint, die in diesem Bericht besondere Erwähnung finden.

In Syrien und im Irak ist der Hauptgrund für die nachlassende Verfolgung von Christen die militärische Niederlage des sogenannten Islamischen Staats, die 2017 verkündet wurde.¹¹ Der IS zeigte sich auch weiterhin für Anschläge verantwortlich, darunter eine Bombenexplosion vor einer Kirche in Kamischli in Syrien im Juli 2019.¹² Verglichen mit dem vorherigen Berichtszeitraum, als der IS noch große Teile beider Länder besetzt hielt,¹³ wie zum Beispiel Mossul, die zweitgrößte Stadt im Irak,¹⁴ ist diese Gewalt deutlich zurückgegangen. Als die Extremisten zurückgedrängt wurden, kamen weitere eindeutige Beweise für einen Völkermord an Christen und Minderheiten ans Tageslicht.¹⁵

Für den Berichtszeitraum ist festzustellen, dass die Auswirkungen des Genozids noch lange nach dem Abzug der Terroristen zu spüren waren. Im Hinblick auf die Zahl der abwandernden Christen, die verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen, das psychologische Trauma und die Auflösung alteingesessener Gemeinschaften, wurde die volle Tragweite des Genozids im Zeitraum von 2017 bis 2019 spürbar. Aus Berichten ging hervor, dass die christliche Bevölkerung im Irak weiterhin zurückging. Vor 2003 waren es

¹⁰ John Pontifex, *Give them this day their daily bread* (Bericht über eine Informations- und Projektbeurteilungsreise nach Syrien), *Aid to the Church in Need (UK)*, Juli 2019, <https://acnuk.org/wp-content/uploads/2019/07/386919-ACN-1907-6pp-Report-v6-FINAL-1.pdf>.

¹¹ Lockie, Alex, „ISIS has been militarily defeated in Iraq and Syria“, *Business Insider*, 22. November 2017, <https://www.businessinsider.com.au/isismilitary-defeat-iraq-syria-2017-11>.

¹² „Car bomb near church in Syria wounds several“, *Catholic Herald*, 15. Juli 2019, <https://catholicherald.co.uk/news/2019/07/15/car-bomb-nearchurch-in-syria-wounds-several/>.

¹³ „Islamic State and the crisis in Iraq and Syria in maps“, *BBC News*, 28. März 2018, <https://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-27838034>.

¹⁴ Die Regierung des Irak verkündete den Sieg über den IS in Mossul am 9. Juli 2017; John Pontifex, „Mosul: Barely 40 Christians home“, *Aid to the Church in Need (UK) News*, 9. Juli 2019, <https://acnuk.org/news/mosul-barely-40-christians-home/>.

¹⁵ Caroline Cox und Ewelina Ochab, „Helping Religious Minorities Persecuted by Daesh“, *Providence – A Journal of Christianity and American Foreign Policy*, 15. November 2017, <https://providencemag.com/2017/11/helping-religious-minorities-persecuted-daesh/>.

noch 1,5 Millionen Christen,¹⁶ im Sommer 2019 lag die Zahl der Christen im Irak „deutlich unter“ 150 000,¹⁷ vielleicht sogar „unter 120 000“.¹⁸ Dies bedeutet, dass innerhalb einer Generation die christliche Bevölkerung im Irak um mehr als 90 Prozent geschrumpft ist. In großen Teilen des Landes gibt es auch viele Monate nach dem Sturz des IS kaum Anzeichen für eine Rückkehr der geflohenen Christen in den Irak. Tatsächlich wandern die Familien weiterhin ab. Im Juli 2019 stellte Amanuel Kloo, laut eigener Aussage der einzige in Mossul verbliebene Priester, fest, dass dort nur noch höchstens 40 Christen lebten.¹⁹ Waren es doch Anfang 2014, kurz vor der Übernahme Mossuls durch den IS, mindestens 6000,²⁰ während es 2003 noch 35 000 waren.²¹ Das heißt, innerhalb von 16 Jahren ging die Anzahl der Christen in Mossul um beinahe 99 Prozent zurück, in einer Stadt, in der das Christentum 2000 Jahre lang präsent war.²²

Das Überleben des Christentums im Irak war zunehmend von Erbil und der Ninive-Ebene abhängig, wo KIRCHE IN NOT und andere Organisationen christliche Binnenflüchtlinge dabei unterstützten, nach der Niederlage des IS in ihre alte Heimat zurückzukehren. Bis Juni 2019 waren 9130 christliche

¹⁶ Treffen mit Erzbischof Bashar Warda von Erbil, *Jeremy Hunt (Facebook-Seite)*, 21. Mai 2019.

¹⁷ John Pontifex, „Iraq & UK: Save us from disappearing – Archbishop asks Foreign Secretary“, *Aid to the Church in Need (UK) News*, 22. Mai 2019, <https://acnuk.org/news/iraq-uk-save-us-from-disappearing-archbishop-asks-foreign-secretary/>.

¹⁸ Treffen mit Erzbischof Bashar Warda von Erbil, *Jeremy Hunt (Facebook-Seite)*, 21. Mai 2019.

¹⁹ Die Regierung des Irak verkündete den Sieg über den IS in Mossul am 9. Juli 2017; John Pontifex, „Mosul: Barely 40 Christians home“, *Aid to the Church in Need (UK) News*, 9. Juli 2019, <https://acnuk.org/news/mosul-barely-40-christians-home/>.

²⁰ Zaid Sabah, „Mosul Archbishop Says Iraq Christians Flee From ISIL Militants“, *The Tundra Tabloids*, 30. Juni 2014, <http://tundratabloids.com/2014/06/30/christians-fleeing-from-mosul-and-vicinity-from-isis-jihadis/>.

²¹ „Iraq: Christians fearful as Islamists take over the city“, *Independent Catholic News*, 11. Juni 2014, <https://www.indcatholicnews.com/news/24938>; John Pontifex, „Mosul: Barely 40 Christians home“, *Aid to the Church in Need (UK) News*, 9. Juli 2019, <https://acnuk.org/news/mosul-barely-40-christians-home/>.

²² Catherine Sheehan, „Ministering in the shadow of ISIS was ‘the best time of my life’, says Sydney-based archbishop of Mosul“, *The Catholic Weekly (Sydney)*, 13. März 2017, <https://www.catholicweekly.com.au/ministering-in-the-shadow-of-isis-was-the-best-time-of-my-life-says-sydneybased-archbishop-of-mosul/>.

Familien in die Ninive-Ebene zurückgekehrt, 46 Prozent der Gesamtzahl vor der Invasion des IS.²³ Es blieb jedoch „die Bedrohung“²⁴ durch die Milizen der schiitischen Schabak, die den Christen feindlich gesonnen sind.

In der ehemals mehrheitlich von Christen bewohnten Stadt Bartella, in der die Sicherheit von schiitischen Militärs überwacht wird, berichtete der Gemeindepfarrer Benham Benoka von einem „verdeckten Boykott“ der von Christen geführten Geschäfte. Vor antiken christlichen Stätten seien schiitische Gebetsstätten errichtet worden und Lautsprecher, die muslimische Gebete übertragen, seien in christlichen Gebieten an strategischen Stellen platziert worden. Pater Benoka sprach von anhaltendem Druck, „um[die Christen] aus unserem Land zu vertreiben“.²⁵

Hochrangige Geistliche im Irak äußern zunehmend Bedenken hinsichtlich der existenziellen Bedrohung für das Überleben der Kirche, insbesondere im Falle einer „Neuaufgabe des IS“²⁶ „einer weiteren Welle der Verfolgung“,²⁷ wobei es Berichte gibt, dass IS-Kämpfer „untergetaucht sind“²⁸ und über die Grenze in den Irak zurückkehren.²⁹

In einem Interview mit KIRCHE IN NOT sagte der chaldäisch-katholische Erzbischof Bashar Warda von Erbil: „Mit jedem weiteren Zyklus sinkt die Zahl der Christen, heute stehen wir vor der Auslöschung.“³⁰ Gäbe es einen weiteren Angriff im Stil des IS auf die Gläubigen, könnte dies zum Verschwin-

²³ „Families returned to Nineveh Plains“, *Nineveh Reconstruction Committee*, 8. Juni 2019, <https://www.nrciraq.org/reconstruction-process/>.

²⁴ „After ISIS, Nineveh’s Christians now face new threat from Shabak Shiite militias“, *AsiaNews.it*, 14. Februar 2019, <http://asianews.it/newsen/After-ISIS,-Nineveh’s-Christians-now-face-new-threat-from-Shabak-Shiite-militias-46250.html>.

²⁵ Tim Stanley, „In Iraq, Christians thought things would get better. They did. At first“, *Daily Telegraph*, 13. Juli 2019, S. 14-15ff.

²⁶ Dale Gavlak, „Iraq’s Top Catholic Cleric Concerned About Future of Country’s Christians“, *Voice of America*, 16. Juli 2019, <https://www.voanews.com/middle-east/iraqs-top-catholic-cleric-concerned-about-future-countrys-christians>.

²⁷ Simon Caldwell, „Iraqi archbishop fears more persecution, says IS went underground“, *Crux*, 9. Oktober 2018, <https://cruxnow.com/church-inasia-oceania/2018/10/09/iraqi-archbishop-fears-more-persecution-says-is-went-underground/>.

²⁸ ebd.

²⁹ Louisa Loveluck und Mustafa Salim, „Hundreds of Islamic State militants are slipping back into Iraq. Their fight isn’t over“, *The Washington Post*, Juli 2019, <https://www.msn.com/en-ca/news/world/hundreds-of-islamic-state-militants-are-slipping-back-into-iraq-their-fight-isnt-over/ar-AAEGIHq>.

³⁰ John Newton, „Christians ‘close to extinction““, *Aid to the Church in Need (UK) News*, 6. August 2019, <https://acnuk.org/news/iraq-christiansclose-to-extinction-2/>.

den der Kirche führen. Wenn jedoch Sicherheit gewährleistet werden kann, deutet alles darauf hin, dass das Christentum in der Ninive-Ebene und Erbil überleben könnte.

In Syrien wurde die Zahl der Christen Mitte 2017 auf weniger als 500 000 geschätzt³¹ – zu Beginn des Konflikts im Jahr 2011 waren es 1,5 Millionen.³² In Aleppo lebten zu Beginn des Bürgerkriegs 180 000 Christen.³³ Damit waren sie eine der größten christlichen Gemeinschaften nicht nur in Syrien, sondern in der gesamten Region. Der maronitische Erzbischof Joseph Tobji von Aleppo sagte KIRCHE IN NOT, dass nach mindestens sieben Kriegsjahren die Zahl der Christen in der Stadt und im Bezirk auf 32 000 gesunken sei.³⁴

KIRCHE IN NOT nahestehende Quellen in der Stadt berichteten, dass die Zahl der Christen in Aleppo bis Juli 2019 auf 29 000 geschrumpft war, was allein im vergangenen Jahr also einen Rückgang um 3000 Gläubige ausmachte. Dies bedeutet, dass die Zahl der Christen in Aleppo, ehemals eines der bedeutendsten Zentren der Kirche im gesamten Nahen Osten, innerhalb von nur acht Jahren um 80 % gesunken ist. Es ist keine Besserung in Sicht, nur weiter rückläufige Zahlen an Gläubigen.

Laut Erzbischof Tobji handelt es sich bei 40 Prozent der in seiner Diözese verbliebenen Christen um „ältere Menschen“,³⁵ die vermutlich auf Pflegeheime angewiesen sein werden. Bei Reisen von KIRCHE IN NOT nach Syrien stellte sich heraus, dass junge Männer das Land verlassen wollen, um dem Militärdienst zu entgehen.³⁶ Erzbischof Tobji bezeichnete die anhaltende Emigration der Christen als „unsere blutende Wunde“.³⁷ Wie er sagte, wollen die Menschen der sich verschärfenden Wirtschaftskrise Syriens entkommen.

³¹ Kent Hill, „Christian Persecution in the Midst of Chaos: The Cauldron of Iraq and Syria“, *Religious Freedom Institute*, 17. April 2017, <https://www.religiousfreedominstitute.org/cornerstone/2017/4/17/christian-persecution-in-the-midst-of-chaos-the-cauldron-of-iraq-and-syria>.

³² „About 1 Million Christians Have Fled Syria Since 2011, Says Chaldean Catholic Bishop“, *Christianity Daily*, 22. März 2016, <http://www.christianitydaily.com/articles/7821/20160322/1-million-christians-fled-syria-2011-chaldean-catholic-bishop.htm>.

³³ Pierre Macqueron, „Syria: The Bleeding Wound of Emigration“, *Aid to the Church (International)*, <https://acninternational.org/interviews/syria-the-bleeding-wound-of-emigration/>.

³⁴ ebd.

³⁵ ebd.

³⁶ Dennis Peters, „Christians in Syria divided on returning“, *Aid to the Church in Need (International) – Christians of Syria*, 9. März 2019, <https://www.christiansofsyria.org/christians-in-syria-divided-on-returning/>.

³⁷ Pierre Macqueron, „Syria: The Bleeding Wound of Emigration“, *Aid to the Church in Need (International) – Christians of Syria*, 11. April 2019, <https://www.christiansofsyria.org/syria-the-bleeding-wound-of-emigration/>.

Bei den Besuchen von KIRCHE IN NOT in der Region zeigte sich, dass einige syrische Christen entschlossen sind, im Land zu bleiben und in Städte wie beispielsweise Homs zurückzukehren.³⁸ Im Grunde genommen hat jedoch der militärische Sieg über den IS es nicht geschafft, den Strom der aus Syrien fliehenden Christen zu stoppen.

Die von KIRCHE IN NOT geführten Interviews mit christlichen Flüchtlingen im benachbarten Libanon und Jordanien ergaben, dass die Gläubigen kaum Interesse an einer Rückkehr haben.³⁹ Obgleich gemäßigte Muslime den Wunsch äußerten, die Christen mögen bleiben, unterstreichen Berichte von KIRCHE IN NOT eine zunehmende Marginalisierung der Christen in der Gesellschaft mit zunehmender Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit. In Syrien leben mindestens doppelt so viele Christen wie im Irak. Somit haben die Christen in Syrien mehr Einfluss in einer Zeit, in der die wichtige neue Nachkriegsverfassung des Landes ausgearbeitet werden soll.⁴⁰

Die zehn Millionen Christen in Ägypten hingegen haben den Stürmen dschihadistischer Gewalt besser standhalten können. Anders als im Irak und in Syrien gab es im Berichtszeitraum zahlreiche gewalttätige Angriffe von Dschihadisten auf Kopten. Im November 2018 wurden sieben Menschen getötet und neunzehn Menschen verletzt, als Islamisten drei Busse mit christlichen Pilgern überfielen.⁴¹ Allerdings nahm die Schwere der Angriffe auf Christen im Zeitraum 2018-2019 im Vergleich zu den Vorjahren stark ab, in denen unter anderem im April 2017 am Palmsonntag die Attentate auf die St.-Markus Kathedrale in Alexandria und auf die Kirche St. Georg in Tanta verübt wurden.⁴²

³⁸ John Pontifex, *Give them this day their daily bread* (Bericht über eine Informations- und Projektbeurteilungsreise nach Syrien), Aid to the Church in Need (UK), Juli 2019, <https://acnuk.org/wp-content/uploads/2019/07/386919-ACN-1907-6pp-Report-v6-FINAL-1.pdf>.

³⁹ John Pontifex, Reisen nach Syrien 2017-19.

⁴⁰ „Syria says “progress” towards talks on post-war constitution“, *MENAFN*, 11. Juli 2019, <https://menafn.com/1098750089/Syria-saysprogress-towards-talks-on-postwar-constitution?src=Rss>.

⁴¹ „Egypt attack: Gunmen kill seven Coptic Christians in bus ambush“, *The Guardian*, 3. November 2018, <https://www.theguardian.com/world/2018/nov/03/egypt-attack-gunmen-kill-coptic-christians-bus-ambush>.

⁴² Ruth Michaelson, „Egypt: Isis claims responsibility for Coptic church bombings“, *The Guardian*, 9. April 2017, <https://www.theguardian.com/world/2017/apr/09/egypt-copticchurch-bombing-death-toll-rises-tanta-cairo>.

In einer Erklärung für diesen Bericht äußerte sich der koptisch-orthodoxe Erzbischof Angaelos von London wie folgt: „[In Ägypten] hatten wir glücklicherweise keine Bombenattentate auf Menschenmassen oder Erschießungen mehr, die es zuvor häufig gegeben hatte. Aber wir erleben in Dörfern und abgelegenen Regionen Angriffe in kleinerem Umfang, aber mit gleichermaßen grausamen Ergebnissen.“⁴³ Als militante Islamisten Kopten als ihre „Lieblingsbeute“⁴⁴ bezeichneten, schwor Präsident al-Sisi zu handeln. Später erklärte er, dass „2018 die niedrigste Zahl an Terroranschlägen, verglichen mit den letzten fünf Jahren, verzeichnet wurde“.⁴⁵ Im November 2018 gab es Berichte, der Staat habe die Legalisierung von ca. 340 Kirchenbauten angeordnet, eine „langsame, aber wichtige Entwicklung“,⁴⁶ während weitere 3740 Kirchen nach wie vor auf die Legalisierung warten.

Erzbischof Angaelos stellte die „positive Arbeit“ des Staates zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung gegen Christen in städtischen Gebieten den ländlichen Teilen Ägyptens gegenüber, in denen die erwähnten Angriffe des Mobs auf Christen nach wie vor „an der Tagesordnung“ sind. Erzbischof Angaelos weiter: „Wie sich herausgestellt hat, befasst sich die örtliche Polizei in manchen Dörfern nicht ausreichend mit der Situation und macht sich zeitweilig insofern der Mittäterschaft schuldig, als sie nur zusieht und die Gewalt geschehen lässt.“⁴⁷

Betrachtet man die Region als Ganzes, ist zwar die Gewalt gegen Christen deutlich zurückgegangen, es gibt jedoch Anhaltspunkte dafür, dass die abgezogenen Islamisten des IS in Teilen der örtlichen Bevölkerung das Erbe einer gesteigerten Feindseligkeit gegenüber Christen zurückgelassen haben. Wie Kirchenführer berichteten, schürten die Kämpfer eine Geisteshaltung, die gegenüber einem Kalifat positiv eingestellt ist, in welchem die Christen als unwillkommene Außenseiter abgestempelt werden, ungeachtet der Tatsache, dass es bereits vor der Ankunft des Islams Christen in dieser Region gab.

Der koptische Erzbischof Angaelos von London beschrieb die anhaltende islamistische Gewalt in Ägypten folgendermaßen: „Diese fortdauernden Anschläge werden durch den Kalifat-Gedanken angeregt, der in der gesamten

⁴³ Koptisch-orthodoxer Erzbischof Angaelos von London, Erklärung, Juli 2019.

⁴⁴ Aletha Adu, „Our favourite prey’ Christian father & son ‘brutally burnt alive & shot’ by ISIS jihadist“, *Express*, 23. Februar 2017, <https://www.express.co.uk/news/world/770972/Coptic-Christian-father-son-burnt-alive-shot-ISIS-jihadi-Egypt-al-Masri-terror-massacre>.

⁴⁵ „Egypt: Terrorist attacks drastically declined in 2018“, *MEMO: Middle East Monitor*, 1. Januar 2019, <https://www.middleeastmonitor.com/20190101-egypt-terrorist-attacks-dramatically-declined-in-2018/>.

⁴⁶ „World Watch List Report 2019“, *Open Doors*, S. 22.

⁴⁷ Koptisch-orthodoxer Erzbischof Angaelos von London, Erklärung, 17. Juli 2019.

Region zu beobachten ist.⁴⁸ Der chaldäisch-katholische Patriarch Louis Raphael I. Sako, Oberhaupt der größten christlichen Gemeinde im Irak, sagte: „Die Ideologie des sogenannten Islamischen Staats ist so mächtig, auch im einfachen Volk, wegen der Reden in den Moscheen ... Fundamentalismus ist heute die größte Herausforderung.“⁴⁹

Insbesondere im Hinblick auf den Irak lässt sich ohne Übertreibung sagen, dass der IS zwar den Kampf um die militärische Vorherrschaft im Nahen Osten verloren haben mag, sich jedoch bei der Auslöschung der viel gehassten „Kreuzesanhänger“,⁵⁰ der Christen, auf dem Siegeszug befindet.

Afrika

In ganz Afrika bleibt das Ausmaß der Gewalt von Dschihadisten gegen Christen unverändert kritisch. Im Juli 2019 berichtete Bischof Laurent Birfuoré Dabiré von Dori in Burkina Faso von Islamisten, die vier Christen getötet hatten und mit der Ermordung weiterer Christen drohten, wenn diese sich weigerten zu konvertieren.⁵¹ In Niger teilte Bischof Ambroise Ouédraogo von Maradi KIRCHE IN NOT im Juni 2019 mit, es käme „immer wieder“ zu Angriffen islamistischer Fundamentalisten auf Christen.⁵² Schwester Catherine Kingbo aus der gleichen Diözese erklärte, die Bedrohung habe das Land in den vergangenen 15 Jahren so verändert, dass es nicht mehr wiederzuerkennen sei. Sie sagte weiter: „Das Übel [der Islamisten-Anschläge] breitet sich aus.“⁵³

Gewalt und Einschüchterung dieser Art waren Ausdruck eines konzentrierten Vorgehens von Extremisten, die auf beträchtliche Ressourcen außerhalb des Kontinents zugreifen können, um Christen massenhaft zu zwingen,

⁴⁸ ebd.

⁴⁹ Dale Gavlak, „Iraq’s Top Catholic Cleric Concerned About Future of Country’s Christians“, *Voice of America*, 16. Juli 2019, <https://www.voanews.com/middle-east/iraqs-top-catholic-cleric-concerned-about-future-countrys-christians>.

⁵⁰ „Ethiopian Christians killed by Daesh“, *CSW*, 20. April 2015, <https://www.csw.org.uk/2015/04/20/news/2564/vacancies.htm>.

⁵¹ Marta Petrosillo und John Newton, „Burkina Faso: Stop support for jihadists – says bishop“, *Aid to the Church in Need (UK) News*, 5. Juli 2019, <https://acnuk.org/news/burkina-faso-stop-support-for-jihadists-says-bishop/>.

⁵² Matthias Böhnke, „They may have guns, but we have Jesus!“, *Aid to the Church in Need (International) News*, 3. Juli 2019, <https://acninternational.org/news/niger-they-may-have-guns-but-we-have-jesus/>.

⁵³ ebd.

Muslimen zu werden. In Madagaskar, einem mehrheitlich christlichen Land, warnte Désiré Kardinal Tzarahazana von Toamasina im Juni 2018 vor radikalen missionierenden Islamisten, die „Menschen kaufen“, und wies auf Pläne hin, 2600 Moscheen im Land zu errichten.⁵⁴

In Nigeria setzten militante Gruppen in den Regionen des Nordens und des sogenannten Mittleren Gürtels ihre Schreckensherrschaft gegen Christen und Muslime fort. Nigeria ist das Land, in dem die meisten Christen getötet werden. Berichten zufolge waren es 3731 Todesopfer im Jahr 2018.⁵⁵ Der für den Mittleren Gürtel zuständige Bischof Wilfred Anagbe von Makurdi berichtete KIRCHE IN NOT, dass „es eine eindeutige Zielsetzung gibt, alle mehrheitlich christlichen Regionen zu islamisieren“.⁵⁶ An einem Tag im April stürmten in der Morgendämmerung ungefähr 30 Bewaffnete in eine Kirche, in der gerade der Gottesdienst begann. Sie massakrierten 19 Menschen, darunter zwei Geistliche (*siehe Fallbeispiel, Überfall auf die Kirche St. Ignatius, Nigeria auf S. 12*).

Alle verfügbaren Indizien deuteten darauf hin, dass militante islamistische Fulani-Hirten für den Überfall verantwortlich waren, was offensichtlich die Behauptungen widerlegt, Religion spiele kaum oder überhaupt keine Rolle bei der von ihnen ausgeübten Gewalt. Währenddessen setzte Boko Haram im Norden Nigerias seine Angriffe auf Christen, Muslime und andere Bevölkerungsgruppen fort. Die islamistische Miliz schien immun gegen staatliche Sicherheitsmaßnahmen zu sein.

In der Zentralafrikanischen Republik, in der verschiedene religiöse Gruppen Opfer von Angriffen wurden,⁵⁷ gerieten Christen in einem Kontext schwerwiegender interner Konflikte ins Visier, wobei sowohl Christen als auch Muslimen Gewalttaten und Provokationen vorgeworfen wurden. Mindestens 112 Zivilisten, darunter zwei Geistliche und ein Pfarrer, wurden im November 2018 in einem Flüchtlingslager der katholischen Kirche in Alindao niedergemetzelt.⁵⁸

⁵⁴ Murcadha O Flaherty und Amélie de la Hougue, „New Cardinal highlights threat of ‘extremist Islam’ from abroad“, *Aid to the Church in Need (UK) News*, 15. Juni 2018, <https://acnuk.org/news/madagascar-new-cardinal-highlights-threat-of-extremist-islam-from-abroad/>.

⁵⁵ Open Doors World Watch List 2019, S. 4.

⁵⁶ John Pontifex, John Newton und Murcadha O Flaherty, *Nigeria – A New Emergency*, Aid to the Church in Need, Juni 2018, <https://acnuk.org/wpcontent/uploads/2017/02/Nigeria-A-New-Emergency.pdf>.

⁵⁷ „Central African Republic“, *United States Commission on International Religious Freedom Report 2018*, S. 30, <https://www.uscirf.gov/sites/default/files/2019USCIRFAnnualReport.pdf>.

⁵⁸ ebd.; „Central African Republic: ‘Everything was in flames’. The attack on a displaced persons camp in Alindao“, *Amnesty International*, 14. Dezember 2018, <https://www.amnesty.org/en/>

In anderen Teilen Afrikas kam die größte Bedrohung für Christen von Seiten des Staates. Im Sudan war das Regime im Zeitraum 2017–2019 für extreme Akte der Verfolgung verantwortlich, in Khartum wurde eine Kirche abgerissen,⁵⁹ im Süden der Region Darfur wurden Menschen, die vom Islam zum Christentum konvertiert waren, „geschlagen“,⁶⁰ und in den Nuba-Bergen wurden 70 Kirchen zerstört.⁶¹ Die Hoffnung, dass die Amtsenthebung von Präsident Omar al-Baschir im April 2019 das Ende eines Regimes einläuten würde, das für eine Christenverfolgung sondergleichen verantwortlich ist, zerschlug sich jedoch bereits im darauffolgenden Monat, als der in der Übergangszeit regierende Militärrat bestätigte, dass auch in Zukunft die Scharia die Grundlage allen Rechts bilden sollte.

Auch in Marokko war ein zunehmend hartes Vorgehen gegen Christen zu verzeichnen.⁶² Justizminister Mohamed Aujjar sprach am 19. Juni 2018 im staatlichen Fernsehen und „leugnete die Existenz“⁶³ christlicher Staatsbürger im Land, obgleich es Schätzungen zufolge ca. 25 000 sind.⁶⁴

In Eritrea wandte sich der Staat plötzlich und auf drastische Weise mit voller Wucht gegen die Kirche. Im Juni 2019 berichteten KIRCHE IN NOT nahestehende Quellen, die Regierung habe innerhalb einer Woche die letzten verbliebenen 21 von der katholischen Kirche geführten Krankenhäuser, Gesundheitszentren und Kliniken, die jährlich mindestens 170 000 Menschen versorgen, konfisziert und geschlossen.⁶⁵

documents/afr19/9573/2018/en/.

⁵⁹ „Sudanese authorities demolish Evangelical church in Khartoum suburb“, *Sudan Tribune*, 14. Februar 2018, <http://www.sudantribune.com/spip.php?article64728>.

⁶⁰ „Sudan arrests, tortures Christians in Darfur over apostasy charges“, *Sudan Tribune*, 31. Oktober 2018, <http://sudantribune.com/spip.php?article66526>.

⁶¹ „Report Claims Over 70 Churches in Nuba Region Destroyed or Burned Over Past Year“, *International Christian Concern*, 15. März 2019, <https://www.persecution.org/2019/03/15/report-claims-70-churches-nuba-region-destroyed-burned-past-year/> (abgerufen am 18. Juni 2019).

⁶² Open Doors World Watch List 2019, S. 4.

⁶³ US-Außenministerium, *International Religious Freedom Report 2018*, 21. Juni 2019, Landesbericht Marokko, <https://www.state.gov/reports/2018-report-on-international-religious-freedom/morocco/>.

⁶⁴ ebd, Zitat aus dem Moroccan Association of Human Rights Report 2017-18.

⁶⁵ John Pontifex, „Eritrea: Sick forced from their beds as 21 hospitals and clinics forced to shut“, *Aid to the Church in Need (UK) News*, 20. Juni 2019, <https://acnuk.org/news/eritrea-sick-forced-from-beds-as-21-hospitals-and-clinics-forced-to-shut/>.

Süd- und Ostasien

In Süd- und Ostasien hat sich die Lage der Christen am stärksten verschlechtert: Dies ist nun der regionale Brennpunkt der Christenverfolgung – ein zweifelhafter Ehrentitel, den die Region vom Nahen Osten übernommen hat.

Bereits lange Zeit vor dem Berichtszeitraum hatte sich Nordkorea als der schlimmste Ort der Welt für Christen erwiesen. In diesem Land, in dem „Christen routinemäßig in Arbeitslagern eingesperrt werden“⁶⁶ und häufig von physischer und psychischer Folter berichtet wird, stellt sich die Lage weiterhin so schlecht dar, dass sie sich kaum noch verschlechtern kann. Berichten zufolge befinden sich bis zu 70 000 Christen in Lagern.⁶⁷

Zwei der schwersten Angriffe islamistischer Milizen auf Christen im Berichtszeitraum ereigneten sich in Süd- und Ostasien. Am 27. Januar 2019 explodierten während des Sonntagsgottesdiensts zwei Bomben in der katholischen Kathedrale Unsere Liebe Frau vom Berg Karmel in Jolo, Philippinen. 20 Menschen kamen ums Leben, und es gab mehr als 100 Verletzte⁶⁸ (siehe *Fallbeispiel Bombenanschlag auf die Kathedrale Unsere Liebe Frau vom Berg Karmel, Philippinen auf S. 18*). Die islamistische Gruppierung Abu Sajaf war an den Anschlägen beteiligt,⁶⁹ und der sogenannte Islamische Staat reklamierte die Tat für sich.⁷⁰

⁶⁶ Kimberly Winston, „North Korea is worst place for Christian persecution, group says“, *Crux*, 13. Januar 2018, <https://cruxnow.com/globalchurch/2018/01/13/north-korea-worst-place-christian-persecution-group-says/>.

⁶⁷ Yaron Steinbuch, „Kim Jong Un bans Christmas, makes North Korea worship grandma“, *New York Post*, 25. Dezember 2016, <https://nypost.com/2016/12/25/kim-jong-un-bans-christmas-makesnorth-korea-worship-grandma/>.

⁶⁸ Francis Wakefield, „AFP releases names of casualties of Jolo blast“, *Manila Bulletin*, 29. Januar 2019, <https://news.mb.com.ph/2019/01/29/afp-releases-names-of-casualties-of-jolo-blast/>.

⁶⁹ „Five Abu Sayyaf members surrender over Philippine church bombing“, *Reuters*, 4. Februar 2019, <https://www.reuters.com/article/usphilippines-security-idUSKCN1PT06Z>.

⁷⁰ „ISIS claims responsibility for deadly bombings at church in the Philippines“, *CBS News*, 28. Januar 2019, <https://www.cbsnews.com/news/jolo-cathedral-bombings-philippines-2019-01-27/>.

Der IS bekannte sich außerdem zu den Anschlägen in Sri Lanka⁷¹ am 21. April 2019. Bei den Anschlägen auf drei Kirchen voller Christen, die am Ostersonntag den Gottesdienst besuchten, wurden 258 Menschen getötet⁷² und mehr als 500 Menschen verletzt. Die koordinierten Anschläge in Negombo, Batticaloa und der Hauptstadt Colombo waren, was die Zahl der Verletzten und Todesopfer anbelangt, die bei weitem schlimmste Gräueltat gegen Christen im Berichtszeitraum.

Malcolm Kardinal Ranjith, Erzbischof von Colombo, Sri Lanka, kritisierte die Regierung wegen angeblicher Versäumnisse bei der Bekämpfung der islamistischen Gewalt und bei Maßnahmen zum Schutz der Christen. Wie KIRCHE IN NOT berichtete „wurden fünf Trainingscamps für Dschihadisten gefunden“.⁷³ Die Anschläge zeigten, dass die Islamisten zwar ihre Strategie von der Gebietseroberung auf Guerilla-Überfälle umgestellt haben, jedoch eines der Hauptziele nach wie vor Angriffe gegen Christen sind.

Neben islamistischer Gewalt sind zunehmender nationalistischer Populismus und staatlicher Autoritarismus als Hauptantriebsfedern für die Verfolgung von Christen in Süd- und Ostasien festzustellen. In Pakistan werden Christen und andere Minderheiten sowohl von staatlicher Seite als auch durch nicht-staatliche Akteure bedroht. Unter diesen Akteuren sind viele, die von den Taliban im benachbarten Afghanistan beeinflusst werden. Der

Human Rights Monitor 2018, ein von den katholischen Bischöfen Pakistans veröffentlichter Bericht, beschreibt einen „alarmierenden Anstieg von gewalttätigen Vorfällen aus Glaubensgründen und wegen einer diskriminierenden Haltung der Polizei und Behörden“.⁷⁴

Der Freispruch von Asia Bibi durch den Obersten Gerichtshof im Oktober 2018, einer wegen angeblicher Blasphemie zu Tode verurteilten Christin, war zwar ein großartiger Durchbruch, (*siehe Fallbeispiel ‚Asia Bibi – die erste wegen Blasphemie in Pakistan zu Tode verurteilte Frau wird freigelassen‘ auf S.*

⁷¹ Lizzie Deardo, „Sri Lanka bombings: ISIS claims responsibility for deadly church and hotel attacks on Easter Sunday“, *Catholic News Agency* 23. April 2019, <https://www.independent.co.uk/news/world/asia/sri-lanka-bombings-isis-terror-church-attack-easter-islamic-state-a8882231.html>.

⁷² „US official wounded in Easter Sunday bomb attacks in Sri Lanka succumbs to injuries“, *ColomboPage*, 8. Mai 2019, http://www.colombopage.com/archive_19A/May08_1557326496CH.php.

⁷³ Marta Petrosillo, „Rapporto Annuale 2018 di Aiuto alla Chiesa che soffre oltre 111 milioni di Euro a sostegno della chiesa di tutto il mondo“, *Aid to the Church in Need (Italy)*, 14. Juni 2019, <https://acs-italia.org/acs-notizie-dal-mondo/rapporto-annuale-2018-di-aiuto-alla-chiesa-che-soffreoltre-111-milioni-di-euro-a-sostegno-della-chiesa-di-tutto-il-mondo/>.

⁷⁴ Ed. A. Saman, *Human Rights Monitor*, „A report on the Religious Minorities in Pakistan“, National Commission for Justice and Peace“ (Pakistan Catholic Bishops’ Conference), Mai 2018.

20), die offensichtliche Unfähigkeit der Regierung, ein zunehmend von Intoleranz gegenüber Minderheiten geprägtes Klima in den Griff zu bekommen, führte jedoch dazu, dass das Außenministerium der USA Pakistan im November 2018 als „ein besonders besorgniserregendes Land“ (Country of Particular Concern) einstufte.⁷⁵ Dies geschah nach Berichten über anhaltende Gewalt, insbesondere über den Anschlag im Dezember 2017 auf eine Kirche in Quetta, bei dem es neun Todesopfer und mehr als 50 Verletzte gab.⁷⁶

In Indien geht die größte Bedrohung vom Nationalismus der Hindutva-Bewegung aus. Von Anfang 2017 bis Ende März 2019 waren mehr als 1000 Angriffe auf Christen zu verzeichnen.⁷⁷ 2018 wurden über 100 Kirchen geschlossen, Berichten zufolge als Reaktion auf extremistische Anschläge oder Interventionen von Behörden.⁷⁸ Militante Gruppen, angestachelt von Berichten, die hinduistische Bevölkerung des Landes sei unter 80 Prozent gefallen,⁷⁹ haben ihre feindseligen Aktionen – einschließlich Gewalttaten – gegen Christen intensiviert. Die militanten Hindutva-Anhänger beschuldigten Christen missionierender Handlungen unter Missachtung der in neun Bundesstaaten geltenden Antibekehrungsgesetze.⁸⁰

⁷⁵ US-Außenministerium, *2018 Report on International Religious Freedom: Pakistan*, 21. Juni 2019, Pakistan (Executive Summary), <https://www.state.gov/reports/2018-report-on-international-religious-freedom/pakistan/>.

⁷⁶ „Suicide bombers kill nine at Christian church in Pakistan“, *The Guardian*, 17. Dezember 2017, <https://www.theguardian.com/world/2017/dec/17/pakistani-christians-suicide-bomb-attack-quetta-church>.

⁷⁷ Persecution Relief, Bericht 2017, S. 5; Persecution Relief, Bericht 2018, S. 22; Persecution Relief, Bericht für das 1. Quartal 2019, S. 4.

⁷⁸ Abbie Llewelyn, „Christianity Crackdown: Hindu extremists Attack Indian believers – 100 churches Shut Down“, *Daily Express*, 27. März 2019, <https://www.express.co.uk/news/world/1105848/india-news-Christian-persecution-hindu-shut-church-violence-christianity-crackdown>.

⁷⁹ Office of the Registrar General & Census Commissioner, *Census of India, 2011. Population by religious community*, Ministry of Home Affairs, Government of India, <http://www.censusindia.gov.in/2011census/C-01.html>; Karan Pradhan, „Religion in numbers: what 2011 Census reveals about India’s communities“, *FirstPost India*, 27. August 2015, <http://www.firstpost.com/politics/religion-in-numbers-what-the-2011-census-revealed-about-trends-across-indias-communities-2408740.html>.

⁸⁰ US-Außenministerium, *2018 Report on International Religious Freedom: India*, 21. Juni 2019, <https://www.state.gov/reports/2018-report-on-international-religious-freedom/india/>.

Die Bundesstaaten setzten diese Gesetzgebung rigoros in die Praxis um. So beschuldigte die Polizei im Bezirk Jaunpur im Bundesstaat Uttar Pradesh am 12. September 2018 271 Christen der „Verbreitung von Lügen über den Hinduismus“ und des Einsatzes von Drogen, um Menschen zur Konversion zu bewegen.⁸¹

Bischof Thomas Paulsamy von Dindigul berichtete KIRCHE IN NOT im Mai 2018, es habe allein in den vergangenen vier Monaten mehr als 15 gewalttätige Angriffe gegen Christen in Tamil Nadu gegeben. Dem Bischof zufolge hat sich die Macht der Extremisten seit dem Amtsantritt von Narendra Modi als Premierminister im Jahr 2014 verstärkt. Die Bharatiya Janata Party (BJP) des indischen Premiers „unterstützt die Fundamentalisten“,⁸² so der Bischof, und ist gegen Religionsfreiheit, was verfassungswidrig ist.

Im benachbarten Sri Lanka mehrten sich Angriffe von Hindu-Extremisten, die sich gegen Christen und Muslime richteten. In der Ostprovinz Sri Lankas waren 2017 90 Angriffe auf Christen zu verzeichnen,⁸³ von Januar bis September 2018 waren es 67.⁸⁴

In China war im Berichtszeitraum 2017–2019 für Christen und andere Minderheiten, insbesondere die uigurischen Muslime, eine deutliche Verschlechterung hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte zu verzeichnen. Die US-Kommission für weltweite Religionsfreiheit folgerte: „Für sie als Christen wurde ihre Bibel möglicherweise von der chinesischen Regierung umgeschrieben, ihre Kirche geschlossen oder abgerissen und ihr Pfarrer ins Gefängnis geworfen.“⁸⁵

Die am 1. Februar 2018 in Kraft getretenen neuen Vorschriften für religiöse Angelegenheiten erklären „nicht genehmigte“ religiöse Lehren für ungesetzlich und verlangen, dass religiöse Gruppen sämtliche Online-Aktivitäten melden. Die Bemühungen, religiösen Glauben zu „sinisieren“,⁸⁶ gingen zügig

⁸¹ ebd.

⁸² Maximilian Lutz, „Modi wants a Hindu state“, *Aid to the Church in Need (International)*, 5. Mai 2018, <https://acninternational.org/interviews/modi-wants-a-hindu-state/>.

⁸³ Zahlen nur bis 25. Dezember 2017. Die endgültigen Zahlen für das gesamte Jahr könnten höher sein. „Sri Lanka sees more than 90 attacks against Christians in 2017“, *Tamil Guardian*, 25. Dezember 2017, <https://www.tamilguardian.com/content/sri-lanka-sees-more-90-attacks-againstchristians-2017>.

⁸⁴ Human Rights Without Frontiers, op. cit.

⁸⁵ *United States Commission on International Religious Freedom Report 2018*, Einleitung, S. 1, <https://www.uscirf.gov/sites/default/files/2019USCIRFAnnualReport.pdf>.

⁸⁶ Lily Kuo, „In China, they're closing churches, jailing pastors – and even rewriting scripture“, *The Observer*, 13. Januar 2019, <https://www.theguardian.com/world/2019/jan/13/china-christians-religious-persecution-translation-bible>.

weiter, wobei religiöse Aktivitäten, die vom Staat nicht genehmigt sind, stark unterdrückt werden. Obgleich der Vatikan ein vorläufiges Abkommen mit China unterzeichnet hat, das dem Regime ein Mitspracherecht bei der Ernennung von Bischöfen einräumt, „nahmen die Repressionen gegen die katholische Kirche“⁸⁷ in der zweiten Hälfte des Jahres 2018 zu.

Reaktion der internationalen Gemeinschaft

Initiativen der internationalen Gemeinschaft als Reaktion auf die Verfolgung von Christen erwiesen sich im Berichtszeitraum als ein wichtiges Thema. Zu dieser Entwicklung kam es in einer Zeit der gesteigerten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für dieses Problem. Über Asia Bibi, die Christin, deren Verurteilung wegen Blasphemie aufgehoben wurde, wurde bis zu ihrer Abreise nach Kanada im Mai 2019 in den internationalen Medien umfassend berichtet.⁸⁸ Die EU ernannte im Mai 2016 einen Sonderbeauftragten für die Förderung von Religions- und Glaubensfreiheit außerhalb der Europäischen Union. Zwei Jahre später wurde im Vereinigten Königreich Lord Ahmad of Wimbledon, Staatsminister im Außenministerium des Vereinigten Königreichs (Foreign & Commonwealth Office), zum Sondergesandten für Religions- und Glaubensfreiheit ernannt. Er erhielt die Aufgabe, „das Bekenntnis [des Vereinigten Königreichs] zu Religionsfreiheit durch die weltweite Förderung von interreligiösem Respekt und Dialog zu demonstrieren“.⁸⁹

Allerdings wurde zunehmend auch die Sorge geäußert, der Westen sei weitgehend „blind für dieses Thema“⁹⁰ der Christenverfolgung, und Initiativen der internationalen Gemeinschaft hätten bisher für viele der unter Verfolgung leidenden Christen keine nachweisliche Veränderung herbeigeführt. Im Berichtszeitraum mehrten sich die Stimmen, die die internationale

⁸⁷ „China“, *United States Commission on International Religious Freedom Report 2018*, <https://www.uscirf.gov/countries/china>.

⁸⁸ Hugh Tomlinson und Haroon Janjua, „Christian Asia Bibi flees Pakistan for Canada“, *The Times*, 8. Mai 2019, <https://www.thetimes.co.uk/edition/world/christian-woman-asia-bibi-flees-pakistan-for-canada-zz60g99bc>.

⁸⁹ „Lord Ahmad appointed as PM’s Special Envoy to promote religious freedom“, *GOV.UK*, 4. Juli 2018, <https://www.gov.uk/government/news/lordahmad-appointed-as-pms-special-envoy-to-promote-religious-freedom>.

⁹⁰ „Speech of the Bishop of Truro, the Rt. Revd. Philip Mounstephen at the Launch of the Independent Review of FCO support for Persecuted Christians“, 30. Januar 2019, <https://christianpersecutionreview.org.uk/speech-of-the-bishop-of-truro-the-at-the-launch-of-the-independent-review-of-fco-support-for-persecuted-christians/>.

Gemeinschaft aufforderten, verfolgten Christen zu helfen – ein solcher Appell wurde von Erzbischof Bashar Warda von Erbil in Kurdistan, Irak, ausgesprochen, als er im Mai 2019 den britischen Außenminister Jeremy Hunt in London traf. Indessen war Ungarn an vorderster Front unter den wenigen Ländern des Westens, die direkte Unterstützung für notleidende Christen im Irak leisteten.

Im Juli 2018 war US-Außenminister Michael Pompeo Gastgeber der ersten jährlichen Ministerkonferenz zur „Förderung der Religionsfreiheit in der ganzen Welt“.⁹¹ Im Rahmen der Konferenz in Washington, D. C. entstand die Idee für eine Initiative zum Wiederaufbau nach dem Genozid als Reaktion auf die Verfolgung („Genocide Recovery and Persecution Response initiative“).⁹²

Doch trotz einer Zusage der USA über 300 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau von christlichen Gemeinden und Gemeinden anderer religiöser Minderheiten in der irakischen Ninive-Ebene, gab es anhaltende Kritik, dass die United Agency for International Development (USAID: Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung) „sehr langsam darin sei, die Hilfe auf den Weg zu bringen.“⁹³ Die Kirche erhielt zwar keine Mittel direkt von der USAID, es gab jedoch erhebliche US-Finanzmittel für christliche Gebiete im Irak, in erster Linie für die zivile Infrastruktur.

Stand Sommer 2019 war die Hoffnung groß, dass die USA im Irak ein Ausbildungs- und Existenzgründungsprogramm in einer Größenordnung von einer Million US-Dollar unterstützen werden, wobei die Geldmittel über die Kirche vor Ort weitergeleitet würden. Sollte dieses Programm Erfolg haben, könnte es das erste von vielen bedeutenden US-Projekten zur regelmäßigen Unterstützung kirchlicher Gruppen ab 2020 sein.⁹⁴

Im Vereinigten Königreich gab es im November 2018 Berichte, die britische Regierung sei nicht bereit, Asia Bibi in den Wochen nach ihrem Freispruch durch den Obersten Gerichtshof Pakistans Asyl zu gewähren.⁹⁵ Die Entschei-

⁹¹ Balázs Puskás, „The first ever ministerial to advance religious freedom– July 24-26, Washington DC“, *S4C News*, 28. Juli 2018, [en.s4c.news/2018/07/28/the-first-ever-ministerial-to-advance-religious-freedom-july-24-26-washington-dc/](https://www.s4c.news/2018/07/28/the-first-ever-ministerial-to-advance-religious-freedom-july-24-26-washington-dc/).

⁹² Michael R Pompeo, „Remarks at the Close of the Ministerial Advancing Religious Freedom“, *US-Außenministerium*, 26. Juli 2018, <https://www.state.gov/remarks-at-the-close-of-the-ministerial-advancing-religious-freedom/>.

⁹³ Jeffrey Cimmino, „US Pledges \$300 Million in Aid to Iraqi Christians“, *The Washington Free Beacon*, 19. Oktober 2018, <https://freebeacon.com/national-security/us-pledges-300-million-aidiraqi-christians/>.

⁹⁴ Quellen von KIRCHE IN NOT im Irak.

⁹⁵ Glen Owen und Abul Taher, „Revealed: Theresa May ‘blocked asylum from Pakistani Christian’ locked up for blasphemy despite UK playing host to hijackers, extremists and rapists“,

derung des Gerichts fiel zeitlich mit einem von KIRCHE IN NOT organisierten Besuch der Familie von Asia Bibi in Großbritannien, bei dem diese sagte, das Vereinigte Königreich sei ein bevorzugtes Asylziel. In einer Zeit wachsender Besorgnis wegen der wahrgenommenen Handlungsunfähigkeit des Vereinigten Königreichs in einem solch hochkarätigen Fall, kündigte Außenminister Jeremy Hunt am 26. Dezember 2018 eine Untersuchung der Christenverfolgung an.

Der in seinem Umfang beispiellose, unabhängige Bericht, der unter der Leitung des anglikanischen Bischofs von Truro erstellt wurde, sollte die bisherige Reaktion des britischen Außenministeriums (Foreign and Commonwealth Office) auf die Verfolgung von Christen beurteilen und Empfehlungen aussprechen.

Zu den 21 Empfehlungen, die der im Juli 2019 fertiggestellte Bericht enthält, zählte unter anderem die Empfehlung, die Regierung des Vereinigten Königreichs solle gegen Länder, die sich der Verfolgung schuldig machen, Sanktionen erheben (Empfehlung 8) und ihre Position im UN-Sicherheitsrat dazu nutzen, Christen im Nahen Osten und an anderen Brennpunkten der Verfolgung zu schützen (Empfehlung 20).

Der Bericht empfahl außerdem, die Regierung solle die Initiative #Red-Wednesday („Roter Mittwoch“) unterstützen, die von KIRCHE IN NOT mit dem Ziel ins Leben gerufen wurde, die Zivilgesellschaft zur Solidarität mit verfolgten Christen zu motivieren (Empfehlung 19).⁹⁶ Boris Johnson⁹⁷ und Jeremy Hunt,⁹⁸ die zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts potenziellen Kandidaten für die Nachfolge von Theresa May als Premierminister waren, signalisierten ihre Entschlossenheit, den Empfehlungen des Berichts zu folgen.⁹⁹

Zusammengefasst hat die internationale Gemeinschaft in den vergangenen beiden Jahren ein noch nicht dagewesenes Engagement zum Thema Christenverfolgung gezeigt. Allerdings wird, was immer an Gutem aus diesen Initiativen wie den hier beschriebenen entstehen mag, Zeit brauchen, um sich

MailOnline, 24. November 2018, <https://www.dailymail.co.uk/news/article-6425339/Theresa-blocked-asylum-application-Pakistani-Christian.html>.

⁹⁶ *Bishop of Truro's Independent Review for the Foreign Secretary of FCO Support for Persecuted Christians – Final Report and Recommendations*, <https://christianpersecutionreview.org.uk/report/>.

⁹⁷ @BorisJohnson, 8. Juli 2019.

⁹⁸ Harriet Sherwood, „UK government urged to take steps to prevent persecution of Christians“, *The Guardian*, 8. Juli 2019, <https://www.theguardian.com/world/2019/jul/08/uk-government-urged-to-take-steps-to-prevent-persecution-of-christians>.

⁹⁹ „Jeremy Hunt backs stronger protections for Christians worldwide“, *BBC News*, 8. Mai 2019, <https://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-48907546>.

zu konkretisieren. Angesichts fortgesetzter gewalttätiger Angriffe, eines erzwungenen Exodus und einer möglichen Auslöschung haben Christen weniger denn je die Zeit, zu warten. Ob im Irak oder in Syrien oder anderswo: Historiker werden in der Zukunft möglicherweise feststellen, dass dies ein weiterer Fall von zu wenig und zu spätem Handeln war.

Schlussfolgerung

Im Dezember 2018 erklärte Seine Königliche Hoheit, der Prince of Wales, in der bis auf den letzten Platz besetzten Westminster Abbey in London: „[Ich habe] viele Christen [getroffen], die mit solch inspirierendem Glauben und Mut gegen Unterdrückung und Verfolgung kämpfen.“¹⁰⁰ In seiner Ansprache während eines den Christen im Nahen Osten gewidmeten Gottesdienstes unterstrich der Prinz die Notwendigkeit, die interreligiöse Zusammenarbeit zu fördern. Er sagte: „Extremismus und Spaltung sind keineswegs unvermeidlich.“

In einigen Teilen der Welt ging die Gewalt gegen Christen zwar zurück, und doch gelang in den vergangenen zwei Jahren nicht der lang erwartete Augenblick des Durchbruchs, wenn religiöser Hass der Toleranz Platz macht. Und es ist auch nicht wahrscheinlich, dass es in absehbarer Zeit so sein wird.

Der Aufstieg autoritärer Regime und verbreiteten Nationalismus verheißt nichts Gutes für Christen in Ländern wie Indien, Myanmar und China, in denen das Christentum nicht nur als etwas Ausländisches, sondern auch als Medium unerwünschten westlichen Einflusses betrachtet wird. In Teilen Afrikas setzt islamistische Gewalt die Christen unter enormen Druck. Im Irak und in Syrien wandern Christen weiterhin aus. Jeder Einzelne, der geht, macht es für diejenigen, die bleiben, schwerer. Wenn Papst Franziskus, wie im Juni 2019 angekündigt,¹⁰¹ im Jahr 2020 den Irak besuchen wird, welche Überreste der christlichen Gemeinde wird er dort finden? Welche Herausforderungen die Zukunft auch bereithalten mag, KIRCHE IN NOT bleibt entschlossen, Christen nicht nur dabei zu unterstützen, die Verfolgung zu überleben, sondern auch Zeugnis ihres Glaubens abzulegen. Ihr Zeugnis der Hoffnung gegen alle Widerstände ist die größte Quelle der Inspiration für alle, die sich dafür einsetzen, ihnen zu helfen.

¹⁰⁰ Harriet Sherwood, „Prince Charles calls for co-existence in speech on persecuted Christians“, *The Guardian*, 4. Dezember 2018, <https://www.theguardian.com/uk-news/2018/dec/04/prince-charles-calls-for-greater-understanding-between-faiths>.

¹⁰¹ „Pope Francis Expresses Wish to Visit Iraq in 2020“, *Zenit*, 10. Juni 2019, <https://zenit.org/articles/pope-francis-expresses-wish-to-visit-iraq-in-2020/>.

Weltverfolgungsindex

Open Doors

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

Seit 28 Jahren ermittelt, analysiert und dokumentiert Open Doors mit dem Weltverfolgungsindex (WVI) die Situation der verfolgten Christen weltweit. Der Weltverfolgungsindex ist die einzige alljährlich durchgeführte systematische Untersuchung zur Religionsfreiheit von Christen. Er dient dem Ziel, ihre konkrete Situation bestmöglich zu erfassen und die Ursachen und Hintergründe der weltweiten Christenverfolgung zu identifizieren. Das Ergebnis dient zunächst als Basis für die Planung und Priorisierung der zahlreichen Hilfsprojekte von Open Doors. Darüber hinaus wird der Weltverfolgungsindex der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um einerseits auf die Lage der Christen aufmerksam zu machen sowie politischen und kirchlichen Entscheidungsträgern klare Anhaltspunkte für ihre Bemühungen zum Schutz verfolgter Christen und der Bewahrung der Religionsfreiheit zu liefern. Schließlich sollen mit den Informationen auch die Christen in den westlichen Ländern daran erinnert werden, ihren verfolgten Glaubensgeschwistern zur Seite zu stehen.

Der WVI wird nach einer langjährig bewährten Methodik erstellt, die stetig weiterentwickelt wird. Dazu gehört unter anderem ein differenzierter Fragenkatalog, der von einheimischen Christen sowie Fachleuten aus drei Bereichen beantwortet wird: für die jeweilige Region zuständige Forscher von Open Doors (in enger Abstimmung mit lokalen Kirchenleitern), Analysten des WVI-Teams sowie externe Experten. Die Aussagen aus diesen drei Quellen werden zusammengeführt, um die Position eines Landes auf dem Weltverfolgungsindex zu ermitteln. Der Entstehungsprozess wird zusätzlich durch externe Wissenschaftler überprüft.

1.1. Informationen aus erster Hand

Open Doors ist in rund 60 Ländern mit stark eingeschränkter Glaubensfreiheit tätig, um verfolgte, benachteiligte und Not leidende Christen geistlich und materiell zu unterstützen. Das ist zumeist nur im Verborgenen möglich,

gerade im Hinblick auf Konvertiten. Durch eigene Mitarbeiter oder Partner vor Ort ist Open Doors direkt an der Seite der Christen und Untergrundgemeinden. Diese direkten Beziehungen zu betroffenen Christen bilden einen zentralen Bestandteil der Forschungsarbeit. Sie stellen eine wichtige Voraussetzung dar, die örtlichen Gegebenheiten und die Situation der verfolgten Christen in ihrem soziokulturellen, politischen und religiösen Umfeld bestmöglich zu verstehen und die Projekte auf ihre Bedürfnisse abzustimmen.

Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus bekannt gewordenen gewaltsamen Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum. Sie spiegelt vielmehr den grundsätzlichen Grad der Religionsfreiheit für Christen im jeweiligen Land wider und damit auch den Druck, dem Christen durch Diskriminierung, Ausgrenzung, Benachteiligung und Schikane ausgesetzt sind.

Eine Verschiebung in der Rangfolge im Index sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob die Situation für Christen besser geworden ist. Durch eine Verschlechterung der Lage in anderen Ländern kommt es immer wieder dazu, dass ein Land trotz konstanter Situation „überholt“ wird. Einen besseren Anhaltspunkt bietet daher die Punktwertung.

1.2. Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit

In den 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung, die im aktuellen Weltverfolgungsindex aufgelistet sind, leben ca. 5 Milliarden Menschen, darunter über 640 Millionen Christen. Ihre Lage hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Dazu beigetragen haben

- die islamistische Bewegung, die auch nach der weitgehenden Zerschlagung des IS in anderer Form weiter sehr aktiv ist. Dazu zählen sowohl gewaltbereite Gruppen wie der IS, Boko Haram, Al Shabaab u. a. als auch nicht-gewaltbereite Islamisten. Sie verfolgen eine klare politische Agenda mit dem Ziel, den Einfluss des Islam auszuweiten und letztlich alle Menschen in das „Haus des Islam“ einzugliedern.
- eine voranschreitende Radikalisierung in vom Islam bestimmten Regionen sowohl Afrikas als auch Asiens. Hier geraten auch moderate Muslime immer stärker unter Druck, was häufig maßgeblich auf ausländische Einflüsse – beispielsweise aus Saudi-Arabien – zurückzuführen ist. Eine friedliche Koexistenz von Muslimen und Christen wird dadurch immer schwieriger.
- eine deutliche Zunahme nationalistischer Tendenzen, die in hinduistischen und buddhistischen Ländern Asiens zusätzlich religiös aufgeladen sind. Besonders deutlich wird das am Beispiel Indiens, wo sich die Situation der

Christen seit dem letzten Regierungswechsel drastisch verschlechtert hat. Im Jahr 2019 hat aber auch die spürbare Zunahme an Restriktionen in China zur Verfolgung der Christen beigetragen. In ihrem Bemühen, alle Teile der Gesellschaft auf die politische Führung (und damit die kommunistische Partei) sowie die chinesischen Traditionen einzuschwören, geht das Regime von Präsident Xi Jinping auf breiter Front gegen Christen vor.

1.3. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Der von Open Doors verwendete Verfolgungsbegriff lehnt sich an die international gebräuchliche Definition des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) an, da er auch andere Menschenrechtsverletzungen miteinbezieht. Darüber hinaus folgt die WVI-Methodik eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition. Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“
Weitere Informationen hierzu unter: www.opendoors.de/was-ist-verfolgung

1.4. Überkonfessionell

Als überkonfessionelles Werk untersucht Open Doors für den Weltverfolgungsindex die Situation aller Christen ungeachtet ihrer kirchlichen Anbindung. Die langjährige Vernetzung mit Christen unterschiedlicher Konfessionen ermöglicht umfassende Einblicke und gleichzeitig die notwendige Differenzierung im Blick auf die verschiedenen Kategorien von Christen einschließlich der Situation christlicher Konvertiten in einem Land.

1.5. Differenzierte Analyse

Die unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen von Verfolgung werden mithilfe des Fragenkataloges sehr detailliert ermittelt. Der Fragebogen kann unter www.opendoors.de/wvi eingesehen werden. Open Doors berücksichtigt bei der Bewertung der einzelnen Länder sowohl die Zahl der Christen

in Relation zur Gesamtbevölkerung als auch die unterschiedliche Intensität von Verfolgung nach geografischen Regionen und einzelnen Kategorien von Christen. Besonders bei Flächenländern oder Staaten mit traditionellen bzw. etablierten Kirchen herrschen in diesen Bereichen oft große Unterschiede.

Mit Hilfe dieser Vorgehensweise sollen auch irrtümliche Annahmen vermieden werden, die häufig anzutreffen sind. Ein Beispiel: Je mehr Übergriffe auf Christen in einer Region geschehen, umso stärker ist die Verfolgung. Was wie eine logische Schlussfolgerung scheint, entspricht nicht unbedingt der Wirklichkeit. Christliche Konvertiten auf den Malediven werden beispielsweise von Freunden, Nachbarn, Angehörigen und der Regierung so massiv unter Druck gesetzt, dass sie ihren Glauben weder ausüben noch überhaupt darüber sprechen können. Sie werden geistlich regelrecht erstickt, während Übergriffe wie Misshandlungen, Gefängnis oder Deportation sehr selten vorkommen, weil sie schlicht unnötig sind. Der soziale Druck ist so übermächtig, dass dies, insbesondere auf längere Sicht, eine viel wirksamere Form der Verfolgung sein kann als Gewalt. Die zweite falsche Annahme: Diejenigen, die am meisten Gewalt gegen die Kirche ausüben, sind gleichzeitig die Hauptverfolger. In Ägypten verüben beispielsweise Mitglieder des IS oder anderer islamistischer Gruppen immer wieder Bombenanschläge auf Kirchen und ermorden gezielt Christen, um das fast 2.000 Jahre alte christliche Erbe des Landes auszulöschen. Doch der stärkste Druck auf die Christen geht von der muslimischen Bevölkerungsmehrheit aus. Christen gelten als Bürger zweiter Klasse und sind von Kindesbeinen an mit einem Stigma behaftet, das sie in allen Lebensbereichen zu spüren bekommen. Diesem Druck standzuhalten, ist die größte Herausforderung der Kirche in Ägypten.

1.6. Betroffene Lebensbereiche

Der Fragenkatalog folgt der Annahme, dass ein Christ sein Leben mit Gott in fünf sich überschneidenden Lebensbereichen lebt. Die Antworten zu den fünf Bereichen werden ausgewertet und in einer Ergebnisliste zusammengefasst. Durch die Analyse der Lebensbereiche versucht Open Doors das Umfeld und die Lebenswirklichkeit verfolgter Christen in den verschiedenen Ländern besser zu verstehen.



1. **Privatleben:** Jeder Mensch hat das Recht auf ein geschütztes Privatleben. Im Bereich der Menschenrechte spricht man hier von der Gedanken- und Gewissensfreiheit, im Bereich der Religionsfreiheit vom »forum internum«. Können Christen zu Hause ungestört beten oder Bibel lesen? Müssen sie unangemeldete Hausbesuche mit Konsequenzen fürchten?



2. **Familienleben:** Jeder Mensch ist Teil einer Familie. Neben der individuellen Privatsphäre ist dieser Bereich der persönlichste von allen. Versuchen Staat oder Angehörige, einen Christen innerhalb seiner Familie an der Ausübung oder Weitergabe seines Glaubens zu hindern? Besonders für Christen muslimischer Herkunft, aber auch für andere Konvertiten, ist diese Form der Verfolgung oft extrem belastend.



3. **Gesellschaftliches Leben:** Jeder Mensch lebt innerhalb eines sozialen Umfeldes mit bestimmten Eigenarten. Besonders in Ländern, wo die Zugehörigkeit zu einem Stamm oder einer ethnischen Gruppe große Bedeutung hat, kann dies für Christen zu Problemen führen. Können sich Christen im täglichen Leben ungehindert bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, z.B. den Dorfbrunnen nutzen? Nehmen lokale Behörden oder einflussreiche Persönlichkeiten – etwa lokale religiöse Führer – den Glauben der Christen zum Anlass, sie zu diskriminieren, zu bedrohen oder gar die übrige Gemeinschaft gegen sie aufzuhetzen?



4. **Leben im Staat:** Jeder Mensch lebt in einem Staat. In diesem Bereich werden Fragen nach der Rolle der Zentralregierung und der Provinzregierungen untersucht: Kontrollieren sie das Leben ihrer Bürger? Sind Christen frei und können ungehindert an der Zivilgesellschaft und am öffentlichen Leben teilhaben? Werden Christen zu Bürgern zweiter Klasse degradiert? Kommt es im Bereich der Gesetzgebung oder der Rechtsprechung zu Einschränkungen der Glaubensfreiheit?

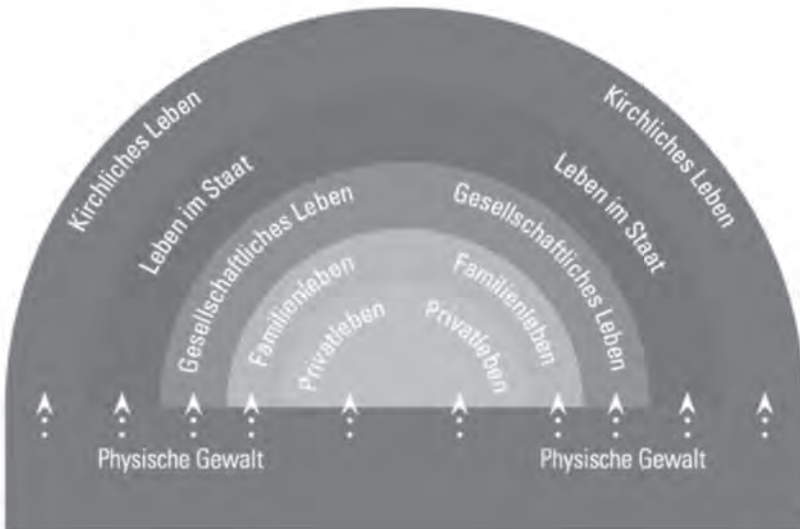


5. **Kirchliches Leben:** Ein Christ ist normalerweise Teil einer Kirche oder einer Untergrundgemeinde. Haben die Christen die Freiheit, ihren Glauben in einer Gemeinschaft zu prakti-

zieren? Wie stark sind die Einschränkungen? In den Menschenrechtsdebatten hat gerade der gemeinschaftliche Aspekt einen hohen Stellenwert, wenn es um die Ausübung der Glaubensfreiheit geht.



Ein weiterer und bedeutender Abschnitt des Fragenkatalogs betrifft das Thema »physische Gewalt«. Hier fließen Fragen aus allen der genannten fünf Lebensbereiche ein, bei denen es um gewaltsame Übergriffe gegen Christen aufgrund ihres Glaubens geht. Durch das gesonderte Betrachten dieses Bereiches und die gleiche Gewichtung wie die einzelnen Lebensbereiche (die höchstmögliche Wertung entspricht 1/6 der Maximalpunktzahl) wird vermieden, dass einzelne, mitunter spektakuläre Gewaltakte das Gesamtbild der herrschenden Verfolgung verzerren und dadurch der tatsächliche Grad der Verfolgung nicht richtig wiedergegeben wird.



2. Rangliste – Weltverfolgungsindex

Berichtszeitraum: 1. November 2018–31. Oktober 2019¹

Platz	Land	2020						2019		
		Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaft-liches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	PUNKTE	Platz	Punkte
1	Nordkorea	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	11,1	94	1	94
2	Afghanistan	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	10,0	93	2	94
3	Somalia	16,5	16,7	16,6	16,6	16,5	9,4	92	3	91
4	Libyen	15,3	15,5	15,8	16,0	16,4	11,3	90	4	87
5	Pakistan	14,0	13,9	15,0	14,9	13,7	16,7	88	5	87
6	Eritrea	14,5	14,9	15,9	15,9	15,4	10,9	87	7	86
7	Sudan	14,2	14,6	14,5	15,7	16,1	10,4	85	6	87
8	Jemen	16,6	16,4	16,4	16,7	16,7	2,6	85	8	86
9	Iran	14,1	14,3	14,1	15,8	16,5	10,4	85	9	85
10	Indien	12,9	13,0	13,5	15,0	13,5	14,8	83	10	83
11	Syrien	13,5	14,2	13,0	13,9	14,4	12,6	82	11	82
12	Nigeria	12,2	11,9	13,5	12,8	13,0	16,7	80	12	80
13	Saudi-Arabien	15,1	14,9	14,1	15,5	16,5	2,4	79	13	77
14	Malediven	15,4	15,6	14,0	15,9	16,6	0,7	78	14	78
15	Irak	14,0	14,6	13,9	14,5	13,6	5,6	76	13	79
16	Ägypten	12,1	13,1	10,7	13,2	10,5	16,1	76	16	76
17	Algerien	13,5	14,3	10,4	12,8	13,2	9,3	73	22	70
18	Usbekistan	15,1	12,9	14,1	12,2	15,7	3,0	73	17	74
19	Myanmar	11,8	11,9	13,5	12,5	12,2	10,7	73	18	71
20	Laos	12,8	9,9	14,1	14,4	14,9	5,6	72	19	71
21	Vietnam	12,3	8,5	12,9	13,6	14,5	9,8	72	20	70
22	Turkmenistan	14,5	11,2	13,8	13,3	15,7	1,9	70	23	69
23	China	11,6	8,4	11,6	12,8	15,1	10,2	70	27	65
24	Mauretanien	13,9	14,0	13,0	13,7	13,4	0,2	68	25	67
25	Zentralafrikanische Republik	10,1	9,1	13,1	9,8	10,2	15,6	68	21	70
26	Nirotoko	12,4	13,3	10,8	11,7	14,1	4,1	66	35	63
27	Katar	13,6	13,4	10,8	12,2	14,1	2,2	66	38	62
28	Burkina Faso	9,4	9,7	10,2	9,4	11,8	15,6	66	neu	neu
29	Mali	9,2	8,2	12,8	10,0	11,7	13,7	66	24	68
30	Sri Lanka	11,5	9,0	11,0	10,9	9,6	13,1	65	46	58
31	Tadschikistan	13,9	12,3	11,9	12,4	13,1	1,1	65	29	65
32	Nepal	12,4	10,8	9,9	12,1	12,2	7,0	64	32	64
33	Jordanien	13,1	14,1	10,7	11,7	12,5	1,7	64	31	65
34	Tunesien	12,0	12,8	10,3	10,8	12,3	5,4	64	37	63
35	Kasachstan	13,2	11,5	10,7	12,4	14,0	1,7	64	34	63
36	Türkei	12,6	11,8	10,7	13,3	13,3	3,7	63	26	66
37	Brunel	13,8	14,3	10,7	10,3	13,5	0,6	63	36	63
38	Bangladesch	11,1	9,9	12,7	11,1	8,9	9,3	63	48	58
39	Äthiopien	10,0	9,2	10,6	10,8	10,4	11,9	63	28	65
40	Malaysia	12,1	14,6	12,7	12,0	9,6	1,5	62	42	60
41	Kolumbien	8,9	7,8	11,9	9,8	8,9	15,0	62	47	58
42	Oman	12,7	13,1	10,0	11,5	12,7	2,0	62	44	59
43	Kuwait	13,2	13,1	9,9	11,5	13,4	0,7	62	43	60
44	Kenia	11,7	10,5	10,9	8,3	10,9	9,1	61	40	61
45	Bhutan	12,8	10,9	11,8	11,6	13,9	0,0	61	33	64
46	Russische Föderation	12,2	8,3	10,7	10,4	12,1	6,9	60	41	60
47	Verenigte Arabische Emirate	12,9	13,0	9,5	11,1	12,6	1,1	60	45	58
48	Kamerun	8,8	7,2	11,6	7,0	10,4	15,0	60	neu	neu
49	Indonesien	10,9	11,1	11,6	10,2	9,5	6,5	60	30	65
50	Niger	9,4	9,5	13,3	7,2	11,1	9,3	60	neu	neu

Erläuterung zum Punkte-system:

In jedem der sechs Bereiche werden zwischen 0 Punkte (= völlige Freiheit) und 16,667 Punkte (= massivste Verfolgung) vergeben, insgesamt also maximal 100 Punkte pro Land. Die Punktzahl eines Landes ist unter „SUMME PUNKTE“ aufgelistet und bestimmt die Platzierung.

¹ Die Platzierungen und deren Punkteentwicklung werden auf der Webseite von Open Doors dargestellt. URL: <https://www.opendoors.de/christenverfolgung/weltverfolgungsindex/weltverfolgungsindex-detailansicht>

3. Wesentliche Trends und Schwerpunkte

3.1. Ausbreitung militanter islamischer Gruppen in den instabilen Subsahara-Staaten Afrikas

Nach dem Sturz des libyschen Präsidenten Gaddafi 2011 und dem daraus resultierenden Machtvakuum in Libyen (Rang 4, unverändert zum Vorjahr) hat sich in Subsahara-Afrika der islamistische Einfluss wie eine Welle ausgebreitet, unterstützt mit Geld, Waffen, Drogen und vom organisierten Verbrechen. In politisch labilen Staaten ohne funktionierende Rechtsstaatlichkeit erhält die betroffene christliche Bevölkerung keinen Schutz durch ihre Regierungen.

So sagte der Präsident von Mali (Rang 29 / 24 im Vorjahr) im November 2018, die Existenz seines Landes sei durch Dschihadisten gefährdet. Gewaltbereite Islamisten instrumentalisieren ethnische und sozioökonomische Spannungen, um ein Umfeld zu schaffen, in dem sie neue Rekruten gewinnen und ihren Einfluss verstärken können. Damit wächst ihr Gefahrenpotenzial für die globale Sicherheit, oft sind jedoch Christen ihr primäres Ziel.

Burkina Faso (Rang 28 / 61), bislang bekannt für seine religiöse Toleranz, erscheint zum ersten Mal auf dem Weltverfolgungsindex. Das gilt auch für Kamerun (Rang 48 / 56). Die Christen in Burkina Faso werden massiv angegriffen. Sie befinden sich nach eigenen Aussagen in einem Überlebenskampf. Priester und Pastoren wurden von gewalttätigen islamischen Aktivisten getötet, oft auch ihre Familien; viele wurden entführt. Dorfbewohner, die christliche Symbole trugen, wurden ausgesondert und auf der Stelle getötet. Dschihadisten ersetzen reguläre durch sogenannte „arabische“ Schulen. Kirchen, Geschäfte und Kliniken werden niedergebrannt.

„Die Islamisten haben die Einwohner per Ultimatum aufgefordert, entweder den Islam anzunehmen oder ihre Häuser zu verlassen“, berichtet eine Quelle. Eine andere sagte: „[Christen]... sind Teil einer Agenda der Dschihadisten. Diese säen gezielt Terror, ermorden Mitglieder der christlichen Gemeinschaften und zwingen die Übrigen zur Flucht. Dabei drohen sie, in drei Tagen zurückzukehren und sagen, sie wollten dann keine Christen mehr dort vorfinden.“

Typisch ist ein Vorfall im April 2019, bei dem Angreifer auf Motorrädern zu einem Gottesdienst in einem Dorf in Burkina Faso kamen. Sie beschlagnahmten alle Telefone und Ausweise, sammelten die Bibeln ein und verbrannten sie. Dann brachten sie den Pastor und sechs andere nach draußen, um sie zu erschießen; eine Person überlebte.

Im Norden haben bereits mehr als zweihundert Kirchen geschlossen; Tausende Christen befinden sich nun in Lagern für Vertriebene, haben Zuflucht bei Freunden in der Hauptstadt Ouagadougou gefunden oder sind in zentrale und südliche Regionen geflohen. Gruppen, die mit Al-Kaida im Maghreb verbunden sind, halten weiterhin ausländische Missionare als Geiseln – einige davon schon seit mehreren Jahren.

Die unheilvolle Vermischung eines radikalen Islam mit tief verwurzelten regionalen und lokalen Konflikten veranlasste den Sahel-Direktor von Human Rights Watch im Dezember 2018, bezüglich Mali zu sagen: „Die Morde an Zivilisten in Zentral- und Nord-Mali durch Milizen geraten außer Kontrolle.“ Mehrere islamistische Gruppen kontrollieren das Tagesgeschehen. Am kirchlichen Leben teilzunehmen ist hier enorm gefährlich.

Kamerun leidet unter politischer Instabilität und einer sehr angespannten Sicherheitslage. Im Norden – noch immer eine Hochburg von Boko Haram – herrscht Gewalt. Die islamische Radikalisierung ist dort zur Bedrohung für vertriebene Christen geworden, kirchliche Aktivitäten werden gestört. Vom Islam konvertierte Christinnen werden zur Heirat mit Muslimen gezwungen und stehen in der Gefahr, von Boko Haram entführt zu werden. Christliche Kinder werden von muslimischen Verwandten gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen.

Selbst wenn Boko Haram besiegt wird, muss zuerst die islamistische Ideologie überwunden werden, bevor sich ein gesellschaftlicher Frieden einstellen wird; bei den Jugendlichen in der Region hat die Ideologie bereits tiefe Spuren hinterlassen.

Mindestens 27 bekannte islamistische Gruppen sind in verschiedenen Teilen von Subsahara-Afrika tätig; nicht mitgerechnet dabei sind die Seleka, Ex-Seleka und andere Milizen, die in der Zentralafrikanischen Republik (Rang 25 / 21) immer wieder in Kämpfe verwickelt sind.

Dort wird die Situation zusehends komplexer, da mehrere kriminelle Gruppen von allen Seiten auftauchen. Morde und die Zerstörung von Eigentum und Kirchen sind weit verbreitet: Im November 2018 setzten Milizionäre die Kathedrale in Alindao in Brand und zerstörten das von der Kirche betriebene Flüchtlingslager. Zwei Priester und ein Pastor wurden zusammen mit mehr als 112 anderen, überwiegend Christen, getötet. Im Berichtszeitraum 1. November 2018 bis 31. Oktober 2019 hat Open Doors die Ermordung von 924 Christen um ihres Glaubens willen dokumentiert. Nur in Nigeria wurden mit 1.350 mehr getötete Christen gemeldet. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher sein.

Über Nigeria (Rang 12, unverändert) berichtet die International Crisis Group, dass die Gewalt durch muslimische Fulani-Hirten dort sechsmal so viele Leben fordert wie die von Boko Haram. Die Lage ist im Vergleich zum

Vorjahr unverändert, mit anhaltenden Angriffen im Norden und im Mittelgürtel auf Bauern, Kirchen und ganze Dörfer. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) berichtet, dass die Gewalt, die sich von Nordosten nach Nordwesten und im Mittelgürtel ausbreitet, von einer Reihe bewaffneter und krimineller Gruppen ausgeht. Sie ziehen marodierend durch die Dörfer – sie töten, vergewaltigen, plündern, brandschatzen und entführen (sogar Mädchen ab 10 Jahren), um Lösegeld zu erpressen. Die Opfer berichten häufig, ihnen werde gesagt: „Bekehre dich [zum Islam] oder stirb!“

Diese Gewalt gegen ethnische Gruppen mit christlicher Mehrheit im gesamten Mittelgürtel Nigerias hat sich mittlerweile auf Gemeinschaften im Bundesstaat Plateau und weiter südlich ausgedehnt, die bislang als sicher galten.

Die islamisch-extremistische Ideologie hat zahlreiche Splittergruppen inspiriert, darunter auch die Gruppe „Islamischer Staat Provinz Westafrika“ (ISWAP). Sie hat sich von Nigerias Boko Haram abgespalten und operiert in vier Ländern. Um sich Unterstützung zu sichern, engagiert sich die Gruppe lokal in Bereichen, wo die Regierung nur ungenügend präsent ist und etwa staatliche Dienstleistungen nur lückenhaft erbracht werden. ISWAP-Kämpfer haben christliche Mitarbeiter humanitärer Organisationen enthauptet und in Videobotschaften angedroht, jeden gefangenen Christen zu töten, aus Rache für alle in früheren religiösen Konflikten in Nigeria getöteten Muslime.

Sie haben zahlreiche Frauen und Mädchen in ihrer Gewalt. Darunter ist auch Leah Sharibu, die vor fast zwei Jahren mit 104 ihrer Schulkameradinnen entführt worden war. Die damals 14-Jährige hatte sich geweigert, ihren christlichen Glauben aufzugeben und kam deshalb als Einzige nicht frei. Das Schicksal der 112 zumeist christlichen Chibok-Mädchen bleibt unklar. Andere, 2019 entführte Mädchen wurden während der Telefonate mit ihren Eltern gefoltert, um höhere Lösegeldbeträge zu erpressen.

Berichten zufolge werden christliche Schülerinnen allerdings manchmal auch von Personen aus ihrem unmittelbaren Umfeld entführt, misshandelt und missbraucht. Sie werden gezwungen zum Islam überzutreten und häufig schnell mit älteren muslimischen Männern verheiratet. All das geschieht, ohne dass es zu Strafverfolgung durch die Behörden kommt.

Die Berichte zu Übergriffen gegen nigerianische und andere westafrikanische Mädchen ähneln denen aus Ägypten (Rang 16, unverändert). Dort hat ein ehemaliger Entführer gestanden, dass „Kidnapper für jedes entführte koptische Mädchen bezahlt wurden“.

3.2. Ausbreitung militanter islamischer Gruppen in Süd- und Südostasien

Der Einfluss der islamisch-extremistischen Ideologie hat sich nicht nur über Subsahara- Afrika ausgebreitet, sondern führte auch zu völlig unerwarteten Gräueltaten wie in Sri Lanka (Rang 30 / 46). Bei Angriffen im April 2019 auf Kirchen sowie Hotels starben am Ostersonntag mehr als 250 Menschen – zu- meist Christen –, über 500 wurden verletzt. 176 Kinder verloren an diesem Tag ein oder beide Elternteile. Für die Tat verantwortlich war die kleine, ge- walttätige sri-lankische Gruppe NTJ, die zuvor als antibuddhistisch galt, aber Verbindung zum Islamischen Staat (IS) beansprucht. Die Anschläge brachten das Thema „Sicherheit“ an die Spitze der jüngsten Wahlagenda und waren die schwersten weltweit seit dem 11. September 2001.

Auf den Philippinen (derzeit nicht auf dem Weltverfolgungsindex) starben im Januar 2019 bei zwei Anschlägen auf die Kathedrale der südlichen Insel Jolo durch die Gruppe Abu Sayyaf 20 Menschen. Mehr als 100 wurden ver- letzt. Abu Sayyaf hatte sich dem IS angeschlossen und war von Verhandlun- gen ausgeschlossen worden, die eine Woche vor dem Angriff zum Referen- dum über eine größere Autonomie für die mehrheitlich muslimische Region im Süden Mindanaos geführt wurden.

In Pakistan (Rang 5, unverändert) beherrscht der Islam alle Lebensberei- che. Angesichts der Stärke der islamisch-extremistischen Gruppen – allen voran die Tehreek-e-Labbaik, die nach dem Freispruch von Asia Bibi große Proteste organisierte und die Vollstreckung der Todesstrafe forderte – ist in naher Zukunft keine Lockerung der Blasphemiegesetze zu erwarten. Wei- terhin befinden sich aktuell Christen wegen Blasphemieanschuldigungen im Gefängnis, teils angeklagt, teils bereits wegen Blasphemie verurteilt.

3.3. Wachsende Gefährdung der Christen durch das organisierte Verbrechen in Lateinamerika

Korruptionsskandale trafen 2019 viele Länder Lateinamerikas; das Versagen staatlicher Strukturen und das Misstrauen gegenüber den Behörden setzten sich fort, was zu größeren sozialen Unruhen führte. Dadurch begünstigt, kommt es immer seltener zur Strafverfolgung von Gruppen und Milizen des organisierten Verbrechens, was die Gefährdung der Kirchen und ihrer Leiter erhöht. Einige von ihnen wurden erpresst, entführt, erhielten Morddrohungen oder wurden umgebracht. Viele Pastoren sahen sich gezwungen, ihre Gemeinden zu verlassen, beispielsweise in Kolumbien (Rang 41 / 47) und Mexiko (Rang 52 / 39).

3.4. Ausbau der digitalen Überwachung bedroht kirchliches Leben

Es gibt heute in China (Rang 23 / 27) mehr Christen als Mitglieder der Kommunistischen Partei. Die Regierung von Präsident Xi Jinping betrachtet Christen als Bedrohung, weil sie eine höhere Macht verehren als ihn und die Partei; das gilt auch für andere religiöse Gruppen. Schätzungen zufolge befinden bzw. befanden sich mehr als eine Million uighurische Muslime in Haftanstalten in Xinjiang, wo es Hinweise auf „systematische Gehirnwäsche“ und Entrechtung gibt.

Es wäre allerdings unmöglich, die mehr als 90 Millionen Christen im Land allesamt in Haft zu nehmen. Sie zu überwachen, ist eher möglich. China und andere autoritäre Staaten mit stark eingeschränkter Religionsfreiheit erhöhen den Einsatz von Kameras, biometrischer Technologie und künstlicher Intelligenz. Das trifft Hauskirchen, sofern sie sich noch sonntags in großen Gebäuden treffen, genauso wie staatlich regulierte Kirchen. Auch die protestantischen Drei-Selbst Kirchen (TSPM) sind nicht vor Schikanen oder Schließung geschützt. Etliche mussten ihre Kreuze entfernen und sind einer umfassenden bürokratischen Überwachung ausgesetzt.

Mit Hilfe des neuen ‚social credit system‘ (SCS) wollen die Behörden alle Bürger im Land bewerten, um staatsdienliches Verhalten zu belohnen und schädigendes Verhalten zu bestrafen. Ein neues Gesetz im Rahmen des SCS zur obligatorischen Gesichtserkennung beim Kauf eines Mobiltelefons und der Nutzung des Internets macht es für Christen zusätzlich schwierig, unentdeckt zu bleiben.

Die Auswirkungen der seit fast zwei Jahren geltenden Vorschriften für religiöse Angelegenheiten nehmen weiter zu. Kindern unter 18 Jahren ist strengstens verboten, an christlichen Versammlungen teilzunehmen; dieses Verbot wurde landesweit in Kraft gesetzt, besonders streng in den Provinzen Henan (wo der Anteil der Christen zu den höchsten gehört) und Gansu.

Die Behörden haben im September 2018 neue Leitlinien erarbeitet, um die „ungeordnete“ Verbreitung religiöser Informationen im Internet einzudämmen. Dabei sind Online-Ressourcen eine wichtige Quelle der Ermutigung für Christen, besonders in entlegenen Gebieten. Ein Online-Auftritt ist jedoch nur mit Genehmigung durch die Provinzabteilung für religiöse Angelegenheiten erlaubt.

Indien (Rang 10, unverändert) setzt ebenfalls zunehmend biometrische Technologien ein. So soll die Einführung eines landesweiten Gesichtserkennungssystems, das laut Angaben der Regierung lediglich der Unterstützung der Polizeiarbeit dient, im Januar 2020 abgeschlossen sein. Die wiedergewählte und von der BJP geführte Regierung unter Premierminister Modi befördert weiter die Ausbreitung der ultra-nationalistischen Hindutva-Ideo-

logie (jeder Inder muss ein Hindu sein). Der Erfolg der BJP zeigt sich in der jüngsten Entscheidung des Obersten Gerichtshofs für den Wiederaufbau des Hindu-Tempels in Ayodhya. Außerdem wird wiederholt der Vorschlag eingebracht, das Verbot von (angeblich durch Christen vorangetriebene) „Zwangs-konvertierungen“ auszuweiten. Entsprechende Gesetze sind derzeit in neun Bundesstaaten in Kraft.

Im Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex wurden mehr als 440 Gewalttaten und Hassdelikte gegen Christen verifiziert. Weil dies aufgrund polizeilicher Untätigkeit und sogar geheimer Absprachen in einem Klima der Straflosigkeit geschieht, befürchten Christen, weiterhin Ziel solcher Angriffe zu sein. Sie werden außerdem von den Massenmedien weiterhin als „Agenten des Westens“ bezeichnet, und die Finanzierung indischer NGOs durch ausländische Geldgeber wird genauestens geprüft.

3.5. Kirche in Syrien und Irak geschwächt – kaum Rückkehrwillige

Fast neun Jahre Bürgerkrieg in Syrien (Rang 11, unverändert) und der seit Jahren andauernde Konflikt im Irak (Rang 15 / 13) haben die christlichen Gemeinden stark dezimiert. Im Irak, wo die Zahl der Christen vor 2003 etwa 1,5 Millionen betrug, liegt sie heute bei rund 200.000 – ein Rückgang von 87% innerhalb einer Generation. Einige sind zurückgekehrt, um ihre Häuser wiederaufzubauen, hauptsächlich in der Ninive-Ebene. Aber ihre Rückkehr wird durch große Schwierigkeiten in den Bereichen Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt erschwert. Von Iran unterstützte schiitische Milizen bedrohen, schikanieren und schüchtern Christen weiterhin ein.

Im Sommer 2019, etwa zwei Jahre nach der Befreiung von Mossul von der Herrschaft des IS, lebten wieder 50-75 Christen in der Stadt. Weitere Christen arbeiten oder studieren dort. Der chaldäischkatholische Patriarch Louis Sako hat davor gewarnt, dass schiitische Gruppen erneut versuchen, einen „demographischen Wandel“ in der Ninive-Ebene herbeizuführen (durch die gezielte Ansiedlung muslimischer Bevölkerung in den vormals überwiegend christlichen Orten).

Demonstrationen gegen die Korruption der herrschenden Elite im Irak sorgen für anhaltende allgemeine Instabilität und schrecken (christliche) Flüchtlinge davon ab, ins Land zurückzukehren.

In Syrien ist die Situation komplexer. Von den 2,2 Millionen Christen vor dem Konflikt sind laut Schätzungen noch rund 744.000 im Land. Viele der jungen Generation sind gegangen. Der maronitische Bischof von Damaskus, Samir Nassar, beschreibt das Profil der Kirche als „alternd – mit unsicherem

Status“. In staatlich kontrollierten Gebieten ist inmitten der Zerstörung zu beobachten, wie wieder neues Leben entsteht und sich Anzeichen von Normalität einstellen.

Es gibt jedoch Kraftstoff-, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit sowie nur kärglich ausgestattete medizinische Einrichtungen und Bildungs- wie Beschäftigungsmöglichkeiten. Viele Christen Syriens leben als Binnenflüchtlinge, andere als Flüchtlinge außerhalb des Landes. Die Männer unter den christlichen Flüchtlingen im Libanon und in Jordanien wollen aus Angst davor, zum Militärdienst eingezogen zu werden, nicht zurückkehren.

Darüber hinaus sind vom Einmarsch der Türkei in Nordostsyrien 40.000 oder mehr Christen in der hauptsächlich kurdischen Region direkt betroffen. Sie befürchten, dass mit der Rückführung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei ein demographischer Wandel in der Region angestrebt wird, der die arabisch-sunnitische Präsenz zum Nachteil der Kurden und auch der Christen verstärken würde.

3.6. Christliche Konvertiten sind am stärksten von Verfolgung betroffen

Unter verfolgten Christen sind es die Konvertiten aus anderen Religionen, die am härtesten von Verfolgung betroffen sind – in sehr vielen Fällen durch die eigene Familie, die Gesellschaft, durch Mitglieder ihrer vorherigen Religionsgemeinschaft und durch die Regierung. Die Verfolgung von Konvertiten nimmt weltweit größere Ausmaße an, weil sich immer mehr Menschen dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, ungeachtet ihrer vorherigen Religion oder Ideologie. Außerdem verknüpfen autoritäre Regierungen und religiöse nicht-christliche Leiter in verschiedenen Staaten die nationale Identität ihrer Bürger zunehmend mit einer Ideologie oder einer Religion. Konvertiten werden als „Abtrünnige“ betrachtet und hart verfolgt.

4. Top 10 und Newcomer²

Platz 1: Nordkorea – Nordkorea befindet sich seit dem Weltverfolgungsindex 2002 auf dem 1. Platz. Seit 2018 folgt Afghanistan knapp dahinter auf Platz 2. Die Situation für Christen in den beiden Ländern ist zwar sehr unterschiedlich, doch die Wertung ist sehr ähnlich. Wie in den vergangenen Jahren sind Christen in Nordkorea extremem Druck in allen im Weltverfolgungsindex aufgeführten Lebensbereichen ausgesetzt und erleben ein sehr hohes Maß an Gewalt, die sich direkt gegen sie richtet. Der plötzliche Anstieg diplomatischer Aktivitäten (angefangen im Februar 2018 mit den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang/Südkorea) hat für die Christen nichts geändert. Polizeirazzien mit dem Ziel, Bürger mit abweichender Meinung – auch Christen – zu identifizieren und festzunehmen, haben Berichten nach zugenommen.

Theoretisch ist Nordkorea ein kommunistisches Land, doch praktisch dominiert der Personenkult um die Familie Kim. Da das Land jedoch nach kommunistischer Verwaltungspraxis geführt wird, ist die Haupttriebkraft der Verfolgung weiterhin „Kommunistische Unterdrückung“. Zudem hat der Machthaber seinen Regierungsschwerpunkt mehr von der Armee weg in Richtung der Koreanischen Arbeiterpartei verlagert. Hier wird erneut deutlich, wie groß der Einfluss des (Post-)Kommunismus noch immer ist. Die Ergebnisse des siebten Parteikongresses der Koreanischen Arbeiterpartei im Mai 2016 brachten weder wirtschaftlich noch ideologisch Änderungen mit sich. Christen werden weiterhin als gefährlich betrachtet und ihr Glaube als „Opium für das Volk“ eingestuft – wie im klassischen Kommunismus. Laut dem nordkoreanischen Gesellschaftssystem Songbun sind sie zudem Teil der feindlichen Gesellschaftsklasse.

Seit 1948 wird Nordkorea von derselben Familie regiert, nun in der dritten Generation. Wie bereits erwähnt ist die ursprüngliche Ideologie des Kommunismus in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten, obwohl der kommunistische Stil der Gesellschaftskontrolle fortbesteht. Nordkorea ist mittlerweile ein klares Beispiel für ein Land geworden, das von „Diktatorischer Paranoia“ beherrscht wird. Jeder muss den Herrscher verehren, und Kim Jong Un ist aufgrund dieses ausgeprägten Personenkultes in der Gesellschaft unersetzlich – nicht zuletzt, da er auch die Arbeiterpartei, die Armee, die Verwaltung und alle Bereiche der Gesellschaft kontrolliert.

Im aktuellen Berichtszeitraum hat sich ein wachsender Personenkult um Kim Jong Un abgezeichnet. Im November 2018 wurde in Pjöngjang beim Besuch des kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel das erste offizielle Gemälde Kim Jong Uns enthüllt. Das Gemälde zeigt Kim Jong Un in schwarzem Anzug und Krawatte, nicht in kommunistischer Uniform.

Seine Macht mag nicht ganz so absolut wie die seines Vaters und Großvaters sein, doch niemand kann seine Autorität in Frage stellen. Zudem hat er seine Macht nicht zuletzt durch den erreichten Status als De-facto-Atomkraft noch ausbauen können. Die gottgleiche Verehrung der Kim-Familie erlaubt keinerlei Raum für eine andere Religion. Wer es wagt, jemand oder etwas anderes als die Kim-Dynastie zu verehren, wird als Gefahr für den Staat angesehen. Christen gelten daher als Teil der „feindlichen Klasse“ in Nordkoreas Gesellschaftssystem. Der volle Titel von Kim Jong Un klingt beeindruckend: „Geliebter Genosse Kim Jong Un, Vorsitzender der Koreanischen Arbeiterpartei, Vorsitzender des Komitees für Staatsangelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik von Korea und Oberbefehlshaber der Koreanischen Volksarmee.“ Kim Jong Un veränderte den National-Eid, indem er Erwähnungen zu den Errungenschaften seines Vaters und Großvaters kürzte und so größeres Gewicht auf seine eigenen Erfolge legte. Hierin zeigt sich die Festigung seiner Macht. Im Oktober 2017 beförderte Kim Jong Un seine Schwester, Kim Yo Jong, in das Politbüro und machte sie damit zum Teil der politischen Elite, die das Land regiert. Sie besuchte die Olympischen Winterspiele in Südkorea 2018 und nahm an zahlreichen Gipfeltreffen teil. Dies verdeutlicht die Lebenswirklichkeit Nordkoreas, in der die Führung des Landes und der Partei ein Familiengeschäft ist. Es bedeutet jedoch nicht, dass sie persönlich Einfluss nehmen oder Macht ausüben kann.

Der Hauptverfolger in Nordkorea ist der Staat, in Form der Regierung und der Arbeiterpartei Koreas (WPK). Die Regierung wird auf Grundlage der kommunistischen Lehre geführt, daher ist auch die Regierung der stärkste Akteur der Verfolgung. Seit drei Generationen ist das Land darauf ausgerichtet, die machthabende Kim-Familie zu verehren, fortgeführt seit der Machtübernahme von Kim Jong Un im Dezember 2011. Das höchste Ziel aller Behörden ist das Überleben des Landes und seiner Anführer. Christen werden als feindlicher Teil der Gesellschaft angesehen, der beseitigt werden muss – egal wie. Aufgrund der permanenten Indoktrinierung, die das gesamte Land durchdringt, sind Nachbarn und Familienmitglieder sehr wachsam. Es wird von ihnen erwartet, jedwede verdächtige Aktivität den Behörden zu melden, nicht zuletzt durch das Netzwerk von „Nachbarschaftsinformanten“. Selbst die eigenen Familienmitglieder können Christen bei den Behörden melden. Insbesondere Kinder können durch die allgegenwärtige Indoktrinierung in der Schule oder anderswo so stark beeinflusst werden, dass sie ihre eigenen Eltern in dem Glauben, etwas Gutes und Richtiges zu tun, melden. Aus diesem Grund erzählen viele Eltern ihren Kindern nichts von ihrem christlichen Glauben.

Der bloße Besitz einer Bibel wird als Verbrechen gegen die Nation und die Führung betrachtet. Die nordkoreanische Polizei und die Geheimdienste durchsuchen Häuser ohne Vorwarnung. Wenn sie christliche Materialien finden, können Verdächtige sowie ihre Familien verbannt, in ein Arbeitslager eingewiesen oder eventuell sogar hingerichtet werden. Jegliche christliche Aktivität – und selbst der Verdacht beziehungsweise die Verbindung zu einer solchen Aktivität (wie das Tragen eines Kreuzes) – ist in der Demokratischen Volksrepublik Korea komplett verboten. Christliche Bilder oder Symbole zur Schau zu stellen, wird als ein selbstmörderischer Akt angesehen. Nordkorea tut alles, um sämtliche Sender und Medien zu kontrollieren. Menschen, die nicht genehmigte Medien oder Sendungen konsumieren, können bestraft werden. Das Regime sieht Radiogeräte als etwas sehr Gefährliches an, ganz zu schweigen von einem Smartphone oder dem Internet. Personen, die einen nicht registrierten Radioempfänger oder ein Smartphone besitzen, werden bestraft. Daher ist es sehr risikoreich, christliche Radiosendungen zu hören. Wenn Christen sich trauen, es trotzdem zu tun, schalten sie das Gerät nur nachts ein, versteckt unter Decken, ständig auf der Hut vor Überprüfungen durch die Behörden. Der wichtigste Inhalt der nordkoreanischen Bildung bis zur weiterführenden Schule ist der Kimismus. Auf allen Ebenen der Bildung (vom Kindergarten bis zur Universität) gibt es speziellen Unterricht über die Kim-Dynastie. Selbst in anderen Fächern wie Koreanisch, Englisch oder Geschichte werden glorreiche Episoden über die Kims als Unterrichtstexte genutzt. Christen werden ständig als Feinde dargestellt und Missionare als böse Menschen, Schwindler und Spione bezeichnet. Selbst im Curriculum des Doktorstudiums in Fächern wie der Nuklearphysik beinhalten 30 Prozent der Kursmaterialien Themen der Juche-Ideologie.

Alle Christen, die entdeckt und nicht hingerichtet wurden, stehen in den Gefängnislagern oder in den abgelegenen Gebirgsregionen unter strengster Überwachung. Selbst Personen, die selbst keine Christen sind, aber christliche Verwandte haben, leiden unter enger Überwachung und einem niedrigen „Songbun“. Jeder Nordkoreaner steht unter strikter sozialer Kontrolle, da sich Nordkorea des alten kommunistischen Systems der Nachbarschaftswache, „Inminban“ genannt, bedient. Deren lokale Leiter haben seit 2018 mehr Einfluss bekommen. Alles, was in einem Häuserblock geschieht, wird den Behörden von speziell ausgebildeten Nachbarn berichtet, so dass tatsächlich keine Aktivität, kein Besuch, keine Abweichung vom Normalen unbemerkt bleibt. Alle Bewohner Nordkoreas müssen an den allgegenwärtigen Ritualen der Juche-Ideologie teilnehmen, einschließlich des Verbeugens vor Statuen auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule und des Lobpreises der Kim-Dynastie. Christen müssen an diesen (und den anderen nationalen Zeremonien) teilnehmen, um zu überleben. Die nordkoreanischen Staatsmedien strahlen viele anti-

christliche Programme aus, in denen Christen oder Missionare als böse Spione, Terroristen und Verräter der Nation dargestellt werden. Missionarische Aktivitäten in der Volksrepublik werden fortwährend als „terroristische Akte“ bezeichnet. Zudem werden Christen als Verbündete der USA und Südkoreas dargestellt. Nordkoreanische Polizeibeamte machen regelrecht Jagd auf Bürger, die sich während ihres Aufenthalts in China zum christlichen Glauben bekehrt haben oder christliche Literatur nach Nordkorea zu schmuggeln versuchen. Jeder ertrappte und zurück nach Nordkorea gebrachte Flüchtling muss viele Fragen beantworten. Auch Fragen wie „Hast du in China Christen getroffen?“ und „Hast du in China eine Kirche besucht?“ gehören allen vorliegenden Berichten zufolge dazu. Im Bericht des US-Außenministeriums zur Religionsfreiheit 2018 wird das Koreanische Wiedervereinigungsinstitut zitiert: „Die Bürger werden mindestens zweimal jährlich von den Behörden über Methoden aufgeklärt, wie sie Menschen aufspüren und identifizieren können, die den christlichen Glauben verbreiten.“ Nicht-offizielle Kirchen können in sichtbarer Form nicht existieren. Es gibt vier unter der Kontrolle der Regierung stehende Kirchengebäude (ein katholisches, zwei protestantische und ein russischorthodoxes), die jedoch nur dafür da sind, internationalen Gästen vorzugaukeln, dass es Religionsfreiheit gibt. Sie funktionieren nicht als wirkliche christliche Gemeinden im Sinne des Wortes, da sie sich nur innerhalb der von der Regierung gesteckten Grenzen bewegen dürfen. Dasselbe gilt für die legale Ausbildung von Kirchenleitern: Berichte aus dem Jahr 2012 deuten auf eine Art theologisches Seminar in Pjöngjang hin, doch Kirchen dürfen ihre Leiter nicht frei ausbilden. Die Verfolgung in Nordkorea bleibt gewalttätig. Es gibt gegen Christen gerichtete Razzien und Tötungen, doch aus Sicherheitsgründen können dazu keine Details veröffentlicht werden. Es muss zudem bedacht werden, wie schwierig es ist, Berichte aus den Arbeitslagern zu erhalten. Kim Jong Un konnte seine Herrschaft im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 weiter stärken und ihm gelang, was keinem seiner Vorfahren möglich war: ein Treffen mit einem amtierenden US-Präsidenten. Ob und wie sich die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Korea und den USA entwickeln, muss sich zeigen. Enttäuschungen sind absehbar, da jetzt die Details weiterverhandelt werden müssen. Nordkorea sieht den Zustand der Menschenrechte als interne Angelegenheit und könnte dieses Thema sogar nutzen, um weitere Verhandlungen jederzeit zu beenden, sollten sich diese nicht so entwickeln, wie Pjöngjang es sich wünscht. In jedem Fall sind spürbare Verbesserungen für die Christen im Land nicht zu erwarten. Im Gegenteil: China schickt weiterhin jeden Nordkoreaner, dem es gelingt, sich nach China abzusetzen, sofort wieder zurück, ungeachtet der

Tatsache, dass China das UN-Flüchtlingsabkommen unterzeichnet hat und es ohne weiteres möglich wäre, alle Überläufer mit minimalen Kosten und Mühen nach Südkorea zu schicken.

Platz 2: Afghanistan – Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 erlitten Christen in Afghanistan ein ebenso extremes Maß an Verfolgung wie in Nordkorea. In der Wertung unterscheiden sich die beiden Länder lediglich durch eine etwas niedrigere Punktzahl Afghanistans in Bezug auf das Auftreten von Gewalt. Nichtsdestoweniger spiegelt die sehr hohe Punktzahl für Auftreten von Gewalt eine weitere Zunahme der Aktivitäten aufständischer Gruppen wider. Der „Islamische Staat“ (IS) ist als weitere gewaltbereite islamische Miliz in Afghanistan neben den Taliban auf den Plan getreten, letztere kontrollieren auch einen immer größeren Teil des Staatsgebiets. Ein weiterer Grund für die hohe Punktzahl liegt darin, dass (während mindestens der Hälfte des Berichtszeitraums) die Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen im September 2019 Anlass zu zahlreichen Angriffen gaben. Gleichzeitig verdeutlicht der leichte Rückgang der Gewaltpunktzahl im Vergleich zum Vorjahr, dass es schwieriger geworden ist, detaillierte Berichte aus aufständischen Gebieten zu erhalten – es bedeutet nicht unbedingt, dass weniger Gewalt gegen Christen stattgefunden hat.

Weder erlaubt die Islamische Republik Afghanistan afghanischen Staatsbürgern, Christen zu werden, noch erkennt sie Konvertiten als solche an. Wechselt jemand seine Religion, wird das als Abfall vom Glauben betrachtet, der Schande über die Familie und die islamische Gemeinschaft bringt. Aus diesem Grund verbergen Konvertiten ihren neugefundenen Glauben so weit wie möglich. Die Taliban und der IS haben ihre Herrschaft über Teile des Landes ausgeweitet. Gemäß einem Bericht vom Juni 2018 des US-Generalinspektors für den Wiederaufbau Afghanistans werden von den 407 Bezirken des Landes 178 Bezirke in 12 Provinzen entweder von den Taliban beherrscht (59 Bezirke) oder beeinflusst (119). Ihr Einfluss nimmt also weiter zu, wie auch die hohe Zahl von Anschlägen und Gefechten mit Regierungstruppen im Kampf um die Vorherrschaft in verschiedenen Provinzen zeigt.

Die neue Führung der Taliban, die noch mehr zu extremistischen religiösen Ansichten neigt, hat die Anstrengungen erhöht, Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch die extreme Gewalt, die durch mit dem IS verbundene Gruppen („Islamischer Staat in der Provinz Khorasan“ = ISKP) verübt wurde, hat dazu geführt, dass die Zahl der vertriebenen oder bei Anschlägen getöteten Menschen sich sogar noch erhöht hat.

Alle afghanischen Christen sind Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Wenn sie entdeckt werden, drohen ihnen seitens ihrer Familie, Freunde und der Gesellschaft Diskriminierung und Feindseligkeit bis hin zur

Ermordung. Höchstwahrscheinlich werden islamische Führungspersonlichkeiten wie Imame die Anstifter sein, und auch die lokalen Behörden können darin verwickelt sein. Laut einer Umfrage, die im November 2017 veröffentlicht wurde, haben die Bürger Afghanistans das stärkste Vertrauen in ihre religiösen Führer und in die Medien – weit stärker als ihr Vertrauen in Politiker. Mehr als 60 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass religiöse Leiter eine größere Rolle in der Politik spielen sollten. In den südwestlichen und östlichen Teilen des Landes betrug der Anteil sogar 75 Prozent. Der Begriff „Nation“ ist der afghanischen Denkweise fremd. Zuerst kommt die eigene Familie, dann der Clan und dann der Stamm – und all diese sind viel wichtiger als das Land. Die Menschen sind tief darin verwurzelt, sich um ihre Familien, Dörfer und Stämme zu kümmern. Wagt es jemand, sich von seinem Stamm abzuwenden, um etwas Neues und vielleicht sogar Ausländisches anzunehmen, wird großer Druck ausgeübt, um die betreffende Person dazu zu bringen, wieder zu den traditionellen Normen zurückzukehren. Weigert sie sich, wird die Person als Verräter der Gemeinschaft betrachtet und folglich ausgeschlossen. Das trifft auf alle „Abweichungen“ zu, doch ganz besonders, wenn jemand den christlichen Glauben annimmt. Die christliche Religion wird in Afghanistan als westlich betrachtet sowie als feindlich gegenüber der einheimischen Kultur und Gesellschaft und dem Islam. Den Islam zu verlassen, gilt als Verrat. Wie der Länderbericht 2018 der US-Kommission zur internationalen Religionsfreiheit (USCIRF) festhält „blieben die muslimischen Einwohner Entwicklungshilfeprojekten gegenüber argwöhnisch und betrachteten sie oft als heimliche Bemühungen, den christlichen Glauben auszubreiten oder zu missionieren“.

Ethnische und religiöse Leiter haben mehr Einfluss und Entscheidungsmacht als Regierungsbeamte. Der sich fortsetzende Aufstand der Taliban und inzwischen auch des IS verstärken den Druck auf die Christen, die sich ohnehin verstecken müssen. Wird ihr Glaube entdeckt, müssen sie fast immer mit dem Tod rechnen. Für die meisten Familien stellt ein Glaubenswechsel eine große Schande dar, und die Familienmitglieder werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Konvertiten zum Islam zurückzubringen oder für die Schande büßen zu lassen.

Nach Einschätzung der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) und des Inspektors für den Wiederaufbau Afghanistans (SIGAR) befindet sich etwa die Hälfte des afghanischen Territoriums entweder in den Händen aufständischer Gruppen oder wird von ihnen umkämpft. Angesichts der aktuellen Entwicklung dahingehend, dass ausländische Truppen Afghanistan verlassen und einheimisches Sicherheitspersonal ausgebildet wird, besteht wenig Hoffnung, dass sich diese Verhältnisse kurzfristig verbessern werden. Ein Brennpunkt, der besonders hervorzuheben ist,

liegt in der Provinz Ghazni. Dort waren die Kämpfe so erbittert, dass die Parlamentswahlen von 2018 nicht durchgeführt werden konnten. (Nichtsdestotrotz fanden dort die Präsidentschaftswahlen 2019 statt.) Das Ausmaß der Gewalt ist sehr hoch. Es gab Berichte von afghanischen Christen, die wegen ihres Glaubens getötet wurden, und von Afghanen, die allein aufgrund des Verdachts ermordet wurden, sie könnten Christen sein. Aus Sicherheitsgründen können keine detaillierteren Angaben gemacht werden.

Platz 3: Somalia – Somalia ist weiterhin prominent unter den ersten zehn Ländern des Weltverfolgungsindex vertreten. Der Druck auf die Christen ist unvermindert extrem hoch geblieben und es gibt gegen sie ein sehr hohes Maß an Gewalt. Sie stehen in Gefahr, von islamistischen Kämpfern und Stammesführern getötet zu werden. Älteste und Familienmitglieder überwachen jeden, der verdächtigt wird, Christ zu sein. Das Land ist in einem endlosen Bürgerkrieg, in gesellschaftlicher Fragmentierung, in Stammeskonflikten und islamischem Extremismus verstrickt. Al Shabaab demonstrierte ihre Macht in mehreren Anschlägen in Mogadischu und in der Ermordung des Bürgermeisters. Somalia ist eine muslimisch dominierte Nation und die Gesellschaft erwartet, dass alle Somalier Muslime sind. Imame in Moscheen und Koranschulen sowie Al-Shabaab-Anführer erklären öffentlich, dass es keinen Platz für den christlichen Glauben, Christen und Kirchen in Somalia gebe. In der Verfassung des Landes ist der Islam als Staatsreligion festgeschrieben. Die Miliz Al Shabaab als gewalttätiger nichtstaatlicher Akteur tötet gezielt Somalier, die verdächtigt werden, den christlichen Glauben angenommen zu haben. Ausländische Dschihadisten sind ebenfalls im Land präsent. Allerdings geht Islamische Unterdrückung nicht allein von militanten Gruppen aus. Christen muslimischer Herkunft sind auch massiver Verfolgung vonseiten ihrer (Groß-)Familie und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Christ zu sein, insbesondere als ehemaliger Muslim, ist eine enorme Herausforderung und kann dazu führen, von Extremisten brutal ermordet zu werden. Islamische Extremisten wirken ungehindert in vielen Regionen. Al Shabaab tötet Somalier, die verdächtigt werden, zum christlichen Glauben konvertiert zu sein. Diese Miliz ist so mächtig und gefährlich, dass sie sogar jenseits der Grenze Somalias Christen verfolgt, insbesondere in Kenia, wo die Gruppe für den Tod Hunderter Christen verantwortlich ist. Al Shabaab wird als Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der ganzen Region angesehen und weltweit als eine terroristische Organisation bezeichnet.

Somalische Christen erleben wegen ihres Glaubens Gewalt vonseiten der Familie, des Stammes, von Behörden und Milizen. Al Shabaab hat bei unzähligen Gelegenheiten durch Worte und Taten verkündet, dass sie Christen sowohl in Somalia als auch in Nachbarländern angreifen werden. Um Über-

lebende und Angehörige zu schützen, können keine Einzelheiten zu Vorfällen veröffentlicht werden. Die Islamische Unterdrückung ist in der Gesellschaft und in der Regierung verankert. Islamische Unterdrückung im Kontext islamisch-extremistischer Gruppen bleibt weiterhin das Hauptproblem für religiöse Minderheiten in Somalia und den umliegenden Ländern, solange keine politische Lösung angestrebt wird. Zusammengefasst:

- Al Shabaab wird weiterhin gegen Christen muslimischer Herkunft vorgehen.
- Es ist unwahrscheinlich, dass eine der stark beschädigten Kirchen jemals wieder geöffnet werden kann.
- Sollten die AU-Truppen das Land verlassen oder in ihrer Stärke abnehmen (wie es die UN nach 2020 plant), würde Al Shabaab gestärkt und könnte eine noch größere Bedrohung für die Christen im Land und darüber hinaus darstellen.

Platz 4: Libyen – Auf libysche Christen muslimischer Herkunft wird seitens ihrer Familie und der gesamten Gemeinschaft gewaltsamer und intensiver Druck ausgeübt, ihrem neuen Glauben abzuschwören. Ausländer aus anderen Teilen des Kontinents werden ebenfalls von verschiedenen militanten islamischen Gruppierungen und organisierten kriminellen Gruppen angegriffen. Sie entführen Christen und es gab auch Fälle, in denen Christen auf brutale Weise getötet wurden. Doch selbst wenn ihnen ein solches Schicksal erspart bleibt, werden Christen aus dem Afrika südlich der Sahara schikaniert und von extremistischen Muslimen bedroht. Christen, die in der Öffentlichkeit ihren Glauben bekennen und versuchen, diesen mit anderen zu teilen, laufen ebenfalls Gefahr, verhaftet zu werden und gewaltsamen Widerspruch zu erfahren. Das Fehlen einer Zentralregierung, die Recht und Ordnung im Land durchsetzt, hat die Lage für Christen prekär gemacht. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist als extrem hoch einzuordnen. Der Islam ist tief verwurzelt in Libyens Kultur. Deshalb erleben Muslime, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, immensen Druck seitens ihrer Familien und der Gesellschaft. Dazu kommt, dass nach dem Sturz al-Gaddafis verschiedenste islamistische Gruppen mehr Einfluss gewonnen und Kontrolle über die Gesellschaft erlangt haben.

Ein wichtiger Grund, warum sich Verwandte gegen zum christlichen Glauben konvertierte Familienmitglieder wenden, sind islamische Überzeugungen – obgleich die Problematik der Familienehre dabei auch eine Rolle spielt (siehe „Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen“). Islamisch-extremistisches Denken beeinflusst die libysche Gesellschaft seit vielen Jahren und wahhabitische Lehren lassen wenig Raum für andere Überzeugungen.

Das bekannteste Beispiel für gewaltsame Handlungen religiöser Gruppen war die Enthauptung von 21 koptischen Christen im Februar 2015 durch den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS), gefolgt von der Hinrichtung einer Gruppe äthiopischer Christen im April desselben Jahres. Unterdessen hat der IS zwar die Stadt Sirte als seine Hochburg verloren, er bleibt jedoch in der Region anwesend. Andere islamischextremistische Gruppen unterhalten zumeist Verbindungen zur international anerkannten Regierung im Westen des Landes, aber es gibt auch extremistische Einheiten innerhalb der Gruppierungen im Osten. Diese Gruppen sind für die gewaltsamsten Formen der Verfolgung verantwortlich und agieren völlig ungestraft, da es keine Zentralregierung gibt, die auch nur den Anschein von Recht und Ordnung im Land sicherzustellen vermag. Auf lokaler Ebene sind Imame und Scheichs dafür bekannt, dass sie zum Hass gegen Christen aufwiegeln, besonders gegen Migranten und Christen muslimischer Herkunft. Auf nationaler Ebene üben wahhabitische Gelehrte über Satellitenfernsehen und Internet Einfluss aus. Im April 2019 warnte die Nichtregierungsorganisation „International Crisis Group“ vor dem zunehmenden Einfluss der Madchalisten, einer ultrakonservativen salafistischen Gruppe mit Wurzeln in Saudi-Arabien und Anhängern in Ost- und West-Libyen. Auch wenn Madchalisten sich gegen politische Aktivitäten wenden, wie sie etwa die Muslimbruderschaft verfolgt, und gegen dschihadistische Operationen, wie sie beispielsweise der IS durchführt, sind sie doch Vertreter einer strikten Auslegung der Scharia. Berichten zufolge wächst ihr Einfluss, was dazu führt, dass strikte islamische Regeln in immer mehr Gegenden des Landes durchgesetzt werden.

Christen sind überall im Land gefährdet, besonders aber in den von islamisch-extremistischen Gruppen kontrollierten Gebieten. Der IS ist im Gebiet um die Stadt Sirte weiterhin anwesend. Andere Gruppen, wie etwa die „Libya Dawn Coalition“ kontrollieren das Gebiet um Tripolis und einzelne Stadtgebiete von Tripolis selbst. Im Osten halten sich extremistische Gruppen zumindest in Bengasi auf. Christliche Migranten, die auf ihrem Weg nach Europa gefangen genommen und inhaftiert wurden, enden meist in einem der überfüllten Gefangenenlager im Umkreis von Tripolis. Andere kommen nicht einmal so weit, sondern werden von Menschenhändlern direkt in die Hände krimineller Beamter oder Gruppen übergeben. Letztlich müssen sie im Landwirtschaftssektor schwerste Zwangsarbeit leisten oder werden zur Prostitution gezwungen.

Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist als extrem hoch einzustufen. Aufgrund der politischen Instabilität und des Fehlens von Recht und Ordnung im Land sind Christen einer sehr gewalttätigen, unmenschlichen und entwürdigenden Behandlung ausgesetzt. Einen klaren Hinweis darauf, was Christen derzeit durchmachen, gibt ein Bericht von Amnesty In-

ternational, der bereits 2016 veröffentlicht wurde: Ein 26-Jähriger aus Eritrea, der in einem Gefangenenlager in al-Zawiya festgehalten wurde, wird mit den Worten zitiert: „Sie hassen Christen. Wenn du Christ bist, kann ich nur sagen: ‚Gott helfe dir, wenn sie es herausfinden ...‘ Wenn sie ein Kreuz oder eine (religiöse) Tätowierung sehen, schlagen sie dich noch stärker.“ Ein anderer ehemaliger Häftling aus Nigeria sagte, dass Wachen im Gefangenenlager in Misrata die Männer nach Religion getrennt und die Christen dann ausgepeitscht hätten. Ein 22-jähriger Mann aus Eritrea, der in der Haft geschlagen wurde, nachdem sein Boot abgefangen worden war, sagte: „Sie schlugen mich, nahmen mein Geld und warfen meine Bibel und das Kreuz, das ich um meinen Hals trug, weg ... Zuerst prüfen sie, ob man Geld in den Taschen hat, dann nehmen sie ein elektrisches Kabel und peitschen dich aus.“ Ein Bericht von Amnesty International, der im März 2019 veröffentlicht wurde, zeigt, dass sich die Situation verschlechtert hat, da viele Migranten nach Libyen zurückgeschickt werden, wenn ihr Boot auf dem Weg nach Europa abgefangen wird.

Wohl kaum wird der durch Islamische Unterdrückung verursachte Druck in der nächsten Zeit abnehmen. Obwohl es Friedensgespräche gibt, um den Bürgerkrieg zu beenden, ist es kaum denkbar, dass islamische Extremisten und andere Gruppen die Kontrolle an eine neue Zentralregierung übergeben werden. Ihr Einfluss und ihre (willkürliche) Umsetzung der Scharia werden eine gefährliche Bedrohung für die Christen unter ihrer Kontrolle bleiben. Auch wenn islamisch-extremistische Gruppen aus dem Land verdrängt würden, würde die Gesellschaft im Allgemeinen doch konservativ gesinnt bleiben und von der Regierung erwarten, die Scharia durchzusetzen. Ethnisch begründete Anfeindungen und Islamische Unterdrückung sind eng miteinander verwoben, wobei das Stammessystem dafür sorgt, dass das Land konservativ bleibt. In Kriegssituationen neigen Menschen dazu, sich an ihre Religion und ihre Bräuche zu klammern und nicht offen für neue Ideen, geschweige denn eine neue Religion zu sein. Den Islam zu verlassen und den christlichen Glauben anzunehmen, wird daher weiterhin als Verrat am Islam, der Familie und dem Stamm gesehen werden. Außerdem wird sich die Behandlung der Migranten, die aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara kommen, in Zukunft wahrscheinlich nicht verbessern, weil diese Migranten mit rassistischen Vorbehalten und als religiös andersartig betrachtet werden. Daher werden ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen weiterhin eine entscheidende Triebkraft der Christenverfolgung sein.

Platz 5: Pakistan – Pakistan ist weiterhin eines der Länder, in denen es Christen am schwersten haben. Dies wird durch die unverändert sehr hohen und extrem hohen Werte für den Druck auf Christen in den einzelnen Lebensbe-

reichen bestätigt, die sogar leicht angestiegen sind. Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ ist zudem auf dem maximalen Level geblieben. (Nur wenige Länder haben jemals diesen Maximalwert für Gewalt beim Weltverfolgungsindex erreicht.) Obwohl es seit Dezember 2017 keine größeren Angriffe gegen Kirchen oder Versammlungen von Christen gegeben hat, erreicht Pakistan weiterhin den Maximalwert durch Tötungen und Angriffe gegen Kirchengebäude. Die berüchtigten Blasphemiegesetze fordern weiterhin ihre Opfer, und wer nur mit dem Gedanken spielt, sie zu ändern, riskiert sein Leben.

Die Gesellschaft Pakistans islamisiert sich zunehmend und das Land ist Heimat einer Vielzahl islamischextremistischer Gruppen. Ein hinzugezogener Experte zählte 65 verschiedene islamistische Gruppierungen von unterschiedlicher Größe und mit unterschiedlichem Einfluss; Tehreek-e-Labbaik (TLP) ist die jüngste in Erscheinung getretene Gruppe davon. Die christliche Gemeinschaft fühlt sich sowohl durch diese Gruppierungen als auch durch die islamische Kultur der pakistanischen Gesellschaft allgemein bedrängt. Es gibt Politiker, Richter und religiöse Leiter, die eine Änderung der berüchtigten Blasphemiegesetze in Erwägung ziehen oder sich sogar politisch dafür einsetzen. Jeder, der solche Versuche startet, wird jedoch öffentlich von denen bedroht, die eine extremistische, auf dem Wahhabismus beruhende Ausrichtung haben. Diese identifizieren sich stark mit den Unterstützern des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) und der Taliban und wollen ein Kalifat errichten, in dem „Ungläubige“ gemäß ihrer Ideologie behandelt werden. Trotz der stärkeren Bekämpfung einiger Gruppen durch das Militär blühen extremistische Gruppierungen auf und werden von verschiedenen politischen Lagern zu Verbündeten gemacht. Ihre Fähigkeit, hunderttausende, meist junge Menschen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen, ist ein politisches Werkzeug, mit dem sich politische Ziele kraftvoll durchsetzen lassen.

Verbotene extremistische Gruppierungen lösen sich zudem nicht einfach in Luft auf. In den meisten Fällen benennen sie sich um, gründen Wohltätigkeitsorganisationen oder beschränken sich auf Onlineaktivitäten. Eine andere Taktik ist, sich für anstehende Wahlen anderen extremistischen Parteien anzuschließen. Diese Gruppierungen umwerben die Bevölkerung mit sozialen Leistungen und versuchen, jungen Menschen die Perspektive zu geben, an der es in Pakistan so sehr fehlt. Der Großteil der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre, fast ein Drittel ist noch nicht 14 Jahre alt. Der Staat sieht sich hier der großen Aufgabe gegenüber, dieser jungen Generation eine Perspektive für die Zukunft aufzuzeigen.

Während die Lebenserwartung mit 68,1 Jahren nicht sehr hoch ist, steht die Fruchtbarkeitsrate bei 2,62. Auch wenn sich diese Zahlen langsam verändern, zeigen sie riesige soziale Herausforderungen auf. Wenn die Fruchtbar-

keitsrate weiterhin so hoch bleibt, wird Pakistan bis etwa 2030 das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt sein und Indonesien ablösen. Diese gesellschaftlichen Strukturen führen dazu, dass jedes Jahr eine große Anzahl junger Menschen die Schule voller Träume für ihre Zukunft verlässt. Da das Land jedoch nicht einmal allen gut ausgebildeten jungen Menschen die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz bieten kann, sind soziale Unruhen absehbar. Dies spielt wiederum den extremistischen islamischen Gruppen in die Hände, die den Jugendlichen ein Gefühl von Wertschätzung vermitteln, das sie so noch nie hatten. Die Politik in Pakistan hat schon immer aus einer Mischung aus „Islamischer Unterdrückung“ und „Diktatorischer Paranoia“ bestanden. Jede Regierung musste mit einer Opposition, extremistischen Gruppierungen, einer starken, unabhängigen Armee und Korruptionsvorwürfen kämpfen. In der Folge tut sie alles, was ihr möglich ist, um an der Macht zu bleiben, besonders, da Politik in Pakistan auch Familienpolitik bedeutet: Die Partei PML-N wird von der Familie Sharif geführt (das N im Namen der Partei steht für den ehemaligen Premierminister Nawaz Sharif), die PPP von der Familie Bhutto. Nachdem Premierminister Nawaz Sharif im Juli 2018 aufgrund der Korruptionsvorwürfe zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde, stellte sich sein Bruder als Kandidat zur Verfügung, um seine Rolle zu übernehmen. Nawaz Sharif und seine Tochter wurden nur zwölf Tage vor den Wahlen verhaftet. Imran Khan, der Vorsitzende der Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI), der mit keiner der großen Familien verbunden ist, hatte eine Klage gegen den damaligen Premierminister Sharif eingereicht, da durch die zugespitzten Panama-Papiere Unregelmäßigkeiten in den privaten finanziellen Angelegenheiten des Premierministers öffentlich wurden. Imran Khans Wahl zum Premierminister im Juli 2018 verheißt nichts Gutes für die Minderheiten des Landes. Khan hat bereits durch viele Äußerungen klargemacht, dass sie ihm nicht wichtig sind.

In Pakistan gewinnen mehrere islamisch-extremistische Gruppierungen an Einfluss und wachsen, da sie von politischen Parteien, dem Militär und der Regierung umworben werden. Einige gründen sogar ihre eigenen Parteien. Besonders die Armee folgt weiterhin einer Politik, bei der sie zwischen „guten“ und „bösen“ Taliban unterscheidet. Diese Strategie wurde inzwischen von der Regierung übernommen. Solange sich dies nicht ändert, werden islamisch-extremistische Gruppen ihren Einfluss ausweiten, nicht zuletzt in dem sie Tausende von Islamschulen betreiben (bei denen der Staat nicht genau weiß, was sie lehren und wie sie finanziert werden). Zunehmend werden pseudo-behördliche „Beratungsgremien“ für den Staat vollständig mit religiösen (islamischen) Gelehrten besetzt, die so die Regierung und die Gesetzgebung beeinflussen und lenken können. In Pakistan ist die Durchsetzung von Recht und Gesetz auf der lokalen wie nationalen Ebene schwach, besonders

wenn es um Christen geht. Oft werden leere und falsche Versprechungen gemacht und gerade Christen fühlen sich verwundbar. Als ein Hoffungsstrahl wird der Freispruch von Asia Bibi im Oktober 2018 durch den Obersten Gerichtshof gesehen, der trotz des Druckes durch islamisch-extremistische Gruppen erfolgte. Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich vielen Feindseligkeiten ausgesetzt; die größte Gefahr für sie kommt jedoch von ihren eigenen Familien, da der Abfall vom Islam als eine große Schande für Familie und Umfeld angesehen wird.

Während es in Pakistan viele politische Brennpunkte gibt, sind die besonderen Brennpunkte der Verfolgung von Christen nicht ganz so offensichtlich. Da die mit Abstand meisten Christen in der Provinz Punjab leben, geschehen viele Vorfälle von Verfolgung dort. Daneben ist aber auch die Provinz Sindh berüchtigt dafür, ein Brennpunkt der Schuldnechtschaft zu sein, was ebenfalls viele Christen betrifft. Christen werden in Pakistan als Bürger zweiter Klasse angesehen und Gewalt gegen sie ist oftmals keine großen Schlagzeilen wert, da sie allgegenwärtig ist. Kirchen werden angegriffen, Christen werden festgenommen (beispielsweise aufgrund der berüchtigten Blasphemiegesetze), entführt, vergewaltigt, zwangsverheiratet (insbesondere Mädchen) und aus dem Land vertrieben. Jedes Jahr werden zudem Christen wegen ihres Glaubens getötet. Aus diesem Grund erreichte die Wertung für das Auftreten von Gewalt zum fünften Mal in Folge die maximal erreichbare Punktzahl.

Der Wettstreit zwischen den Taliban und dem IS erhöht den Druck auf beide Gruppen, mehr Anhänger für sich zu gewinnen. Ihre Rekrutierungsstrategie verlangt, dass sie sich als näher am Herzen des Islam erweisen müssen als andere Gruppen. In ihrem Bestreben, „islamischer“ zu erscheinen, ist es eine Strategie, „Dhimmis“ (Schutzbefohlene, die als „Ungläubige“ Kopfsteuer zahlen) anzugreifen, die nach der „reinen islamischen Lehre“ als Schwächste gelten.

Dieser Wettbewerb beginnt, auch die Politik zu beeinflussen, sodass Beobachter zu dem Schluss kommen, dass harte Zeiten auf Christen und andere religiöse Minderheiten zukommen. Das Streben nach einer noch stärkeren islamischen Identität heißt für extremistische islamische Gruppierungen auch, Christen stärker zu verfolgen und ihre Rechte und ihren Bewegungsspielraum noch weiter einzuschränken. Die Regierung ist nicht besonders daran interessiert, die Rechte der Minderheiten zu schützen. Dies wiederum passt gut zu der negativen Einstellung größerer Teile der Gesellschaft gegen Christen. Islamische Unterdrückung wird in Pakistan anhaltend stark bleiben.

Platz 6: Eritrea – Junge Christen werden durch die Gesetze des Landes gezwungen, Teil des Militärs zu werden, ohne das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu haben. Insbesondere Protestanten habe große Probleme, gemeinschaftlich genutzte Ressourcen zu erhalten, vor allem Sozialleistungen vom Staat. Christen, die nicht den traditionellen Kirchen angehören, werden am stärksten durch die Regierung und die eritreisch-orthodoxe Kirche (EOC) verfolgt. Sowohl Christen mit muslimischem Hintergrund als auch Christen, die die EOC verlassen und sich einer protestantischen Freikirche angeschlossen haben, werden von ihren Familien und ihrem Umfeld missandelt. Sicherheitskräfte der Regierung führten viele Durchsuchungen von Häusern durch und verhafteten hunderte Christen. Der extreme Druck und das sehr hohe Niveau an vom Staat ausgehender Gewalt bringt einige Christen dazu, aus dem Land zu fliehen. Obwohl es große Hoffnungen gibt, dass das Friedensabkommen mit Äthiopien und die Wiederöffnung der Grenzen die Menschenrechtssituation im Land verbessert und insbesondere auch Religionsfreiheit gewährleistet wird, bleibt die Situation für viele Christen in Eritrea derzeit unerträglich. Wie in den vorhergehenden Berichtszeiträumen führten Regierungstruppen zahlreiche Razzien gegen Christen durch. Dabei wurden christliche Materialien konfisziert und einige Hauskirchengebäude beschädigt. Hunderte Christen wurden in Gefangenenlager gebracht. Es wird berichtet, dass es tausende politische Gefangene in Eritrea gibt – unter ihnen befinden sich ebenfalls zahlreiche Christen. Viele hoffen darauf, dass durch die sich bessernde Beziehung zwischen Eritrea und Äthiopien der Druck auf Christen nachlässt und sogar Gefangene entlassen werden könnten. Viele Eritreer nutzten jedoch die Chance, nach Äthiopien zu fliehen, nachdem die Grenzen zwischen den beiden Ländern geöffnet wurden. Das weist darauf hin, dass es bisher keine Verbesserungen der Menschenrechte im Land gibt.

Die eritreisch-orthodoxe Kirche (EOC) hat eine lange Tradition in Eritrea und setzt Christen anderer Konfessionen und Gemeinden manchmal unter Druck. Auf sie wird als „Neuankömmlinge“ herabgesehen. Besonders pfingstkirchliche Gemeinschaften werden als nicht legitim angesehen. Ein Feldforscher sagt dazu: „Es gibt große Vorbehalte unter orthodoxen Christen, Mitchristen, die einer anderen Denomination angehören, als Christen zu akzeptieren. Diese Vorbehalte manifestieren sich in unterschiedlichen Formen in verschiedenen Teilen des Landes. Während der Grund hierfür zum großen Teil in theologischen Differenzen besteht, spielt die Angst eine Rolle, der prägende Einfluss, welchen die orthodoxe Kirche seit Jahrhunderten auf das Leben der Bürger des Landes hat, könnte verloren gehen.“ Christen, die der EOC angehören, sind jedoch ebenfalls Verfolgung ausgesetzt – von der Regierung und durch „Islamische Unterdrückung“. Seit dem Referendum von 1993 ist Eritrea eine unabhängige Nation. Seither übt die „People’s Front for Demo-

cracy and Justice“ (PFDJ) unter der Führung von Präsident Isaias Afewerki uneingeschränkte Macht aus. Das Regime ist ein absolut autoritäres System, das alles tut, um seine Macht zu erhalten: Christen wurden verhaftet, angegriffen und getötet, weil sie als „Agenten des Westens“ und damit als Bedrohung für den Staat und die Regierung gesehen werden. Quellen im Land zufolge bereitet der Präsident seinen Sohn darauf vor, seine Nachfolge anzutreten. Ein Experte für Eritrea sagt: „Nach Jahrzehnten des blutigen Krieges um die Unabhängigkeit, der für zehntausende Tote sowie für tausende Verletzte verantwortlich ist, war das Letzte, was die Bevölkerung erwartet hätte, dass die machthabende Partei ein weiteres unterdrückerisches Regime darstellen würde. Dennoch formte die PFDJ entgegen ihren Versprechungen während des bewaffneten Kampfes ein absolut autoritäres Regime, in dem keine abweichende Meinung geduldet wird. Das wichtigste Ziel der Partei ist, um jeden Preis an der Macht zu bleiben.“ In diesem Kontext verfolgt die Regierung Christen. Einige Analysten glauben, dass sich die eritreische Regierung dafür öffnet, Menschenrechte zu gewähren und eine Demokratie einzuführen. Diese Ansicht missversteht jedoch die Natur der eritreischen Regierung. Sie hat trotz der jüngsten Versuche, die Beziehungen mit angrenzenden und westlichen Ländern zu verbessern, nicht die geringste Bereitschaft gezeigt, sich im Hinblick auf ihre inneren Angelegenheiten zu verändern. Ungefähr die Hälfte der eritreischen Bevölkerung besteht aus Muslimen. Diese wohnen größtenteils in den Tiefenbenen entlang der Küste des Roten Meeres und der Grenze zum Sudan. Viele von ihnen zeigen eine Tendenz zum Extremismus, zum Teil auch aufgrund der wachsenden Präsenz des militanten Islam in der Region. Christen in diesen Teilen des Landes sind somit in einer besonders schwierigen Lage, insbesondere wenn sie muslimischer Herkunft sind. Eritreische Muslime verstehen sich zuerst als Muslime, dann als Eritreer. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat an der Gemeinschaft, der Familie und dem islamischen Glauben.

Mindestens zwei Christen starben während des Berichtszeitraums im Gefängnis. Ein Experte schreibt in seinem Bericht: „Beide starben im Gefängnis, nachdem sie viele Jahre dort eingesperrt waren.“ Es muss zudem festgehalten werden, dass die Möglichkeit besteht, dass viele Christen im Gefängnis inzwischen gestorben sein könnten, was aber unmöglich zu erfahren ist, da die Regierung sich weigert, Details über ihren Aufenthaltsort oder ihr Befinden zu veröffentlichen. Verhaftungen sind an der Tagesordnung und hunderte Christen befinden sich im Gefängnis oder in Haftanstalten. Sie werden vom Regime unter äußerst schlechten Bedingungen festgehalten, einige von ihnen in Schiffscontainern, die in der Sonne brütend heiß werden. Tausende Christen wurden in den vergangenen Jahren verhaftet und eingesperrt. Manche von ihnen sind noch nach mehr als zehn Jahren im

Gefängnis. Am 12. Juni 2019 wurden 21 Gesundheitseinrichtungen der katholischen Kirche von der Regierung als Vergeltungsmaßnahme geschlossen, nachdem vier Bischöfe am 29. April einen Brief veröffentlicht hatten, in dem sie eine „entschlossene und historische Veränderung“ im Land durch die Einrichtung eines umfassenden Plans zur Wahrheit und Versöhnung forderten. Die Schließung versuchte die Regierung durch ein Gesetz von 1995 zu rechtfertigen, das besagt, dass alle sozialen Institutionen, einschließlich Schulen und Kliniken, vom Staat geführt werden müssen.

Nach dem Ende der Präsidentschaft von Omar Al Bashir im Sudan gibt es immer lauter werdende Rufe nach ähnlichen Veränderungen in Eritrea. All diese Faktoren setzen Präsident Isaias Afewerki unter Druck. Der Ruf nach Wahrheit und Versöhnung, den die Bischöfe im April 2019 veröffentlichten, wird von der Regierung als klare Forderung nach einer neuen Regierung gesehen. So wie es derzeit aussieht, könnte der Präsident an der Macht bleiben. Berücksichtigt man jedoch, was in der Region passiert (beispielsweise die Massenproteste, welche die repressiven Regierungen im Sudan und Äthiopien ihre Macht gekostet haben), ist es nicht abwegig, größere Probleme für die eritreische Regierung zu erwarten. Dieser Druck auf die Regierung könnte jedoch auch zu einer noch stärkeren Verfolgung von Christen führen, da das Regime Kirchen (und besonders protestantische Freikirchen) als Teil einer Bewegung für Veränderung ansehen könnte. Es gibt zwei mögliche Szenarien, bei denen Islamische Unterdrückung eine stärkere Triebkraft im Land werden könnte. Einerseits könnte dies passieren, sollte das Land ins Chaos stürzen und der Einfluss von Saudis und Katarern im Land steigen. Einige Experten glauben, dass extremistische Muslime sich seit Jahren in Stellung bringen, da sie das Regime als christliche Regierung ansehen. Falls die Regierung also auseinanderfallen sollte und die Armee korrupt und loyal zur Partei bliebe, könnten solche extremistischen Muslime, die sich nicht um Menschenrechte und Religionsfreiheit kümmern, an die Macht kommen. Ein zweites mögliches Szenario ist, dass die Regierung sich dem Druck von Ländern aus dem Nahen Osten beugt, wonach Stimmen im Land bereits rufen. Das würde den Weg öffnen für einen stärkeren Einfluss extremistischer islamischer Lehren und Islamschulen und würde die muslimische Bevölkerung radikalisieren.

Platz 7: Sudan – Wie der vorangegangene Berichtszeitraum war der Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 für Christen im Sudan in vielerlei Hinsicht schwierig: Den Gemeinden werden Kirchengebäude entzogen, die sie seit Jahren für den Gottesdienst benutzen; die Regierung hat viele christliche Leiter verhaftet oder eingeschüchtert, und das derzeitige

politische Chaos im Land hat die Christen in Bedrängnis gebracht. Obwohl die Armee und prodemokratische Aktivisten eine Reihe von Vereinbarungen unterzeichnet haben, bleiben Unklarheiten.

Auch die ethnisch-kulturelle Zusammensetzung des Landes ist kompliziert: Araber stehen ethnischen Afrikanern und Muslime stehen Christen gegenüber. Die Abspaltung des Südsudans im Jahr 2011 hat diese Probleme nicht gelöst. Dies gilt insbesondere für ethnische Afrikaner, da eine beträchtliche Zahl von ihnen Christen sind und immer noch im Land leben. Christen aller Denominationen im Sudan haben Angst davor, Gespräche über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen zu führen, da dies als ein „Akt zur Förderung des Glaubensabfalls vom Islam“ ausgelegt werden könnte. Das Ausmaß der Verfolgung, mit der Christen muslimischer Herkunft und ethnische Afrikaner konfrontiert werden, ist enorm. Es gab Verhaftungen; viele Kirchen wurden abgerissen und andere stehen auf einer amtlichen Liste von Gebäuden, deren Abriss noch bevorsteht; viele Christen wurden wahllos in Gebieten wie den Nuba-Bergen angegriffen, wo es einen anhaltenden Konflikt zwischen Regierungstruppen und Rebellengruppen gibt.

Um nicht entdeckt zu werden, verzichten Christen muslimischer Herkunft oft darauf, ihre Kinder als Christen zu erziehen, weil dies die Aufmerksamkeit der Regierung und der Dorfvorsteher auf sich ziehen könnte (da Kinder versehentlich den Glauben ihrer Eltern preisgeben könnten). Diese Angst erstreckt sich sogar auf Beerdigungen, bei denen verstorbene Christen muslimischer Herkunft oft nach islamischen Riten auf muslimischen Friedhöfen bestattet werden, obwohl christliche und muslimische Friedhöfe getrennt sind.

Einer der Hauptgründe, warum die Wertung sich um zwei Punkte verbessert hat, war die Veränderung der politischen Situation in der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums. Diese Verbesserungen gehen auf die Proteste der sudanesischen Bevölkerung gegen die Herrschaft von Al Bashir zurück. Der Sudan ist ein Land, in dem Christen sowohl als Einzelpersonen als auch kollektiv ernsthaften Einschränkungen unterworfen sind. Nach der Abspaltung des Südsudans hatte Präsident Al Bashir angekündigt, die Scharia, das islamische Recht, vollumfänglich umzusetzen. Als eines der Ergebnisse ließ die Regierung unter Al Bashir eine Reihe von Kirchen abreißen. Auch hat diese diktatorische, islamistische Regierung ihre Politik der Christenverfolgung in der Nuba-Region fortgesetzt. Der Sudan ist ein Staat, der von der US-Regierung folgerichtig als „besonders Besorgnis erregendes Land“ bezeichnet wurde. Imame in Moscheen und Medressen predigen christenfeindliche Ansichten, insbesondere extremistische islamische Geistliche, die den Sudan zu einem islamischen Staat machen wollen. Es gibt auch einen schiitischen Einfluss durch den Iran. Anhänger des Wahhabismus und Verfechter der Scharia

(als Grundlage für die Regelung aller Lebensbereiche im Sudan) schränken das Leben der Christen ein. Der Islam ist tief in der sudanesischen Gesellschaft verankert und jeder wird ermutigt, die Regierungspolitik von einer Religion, einer Kultur und einer Sprache mitzutragen. Dies führt schnell zur Verfolgung von Christen. Die staatlichen Sicherheitskräfte verhaften und belästigen Christen immer wieder, schüchtern sie ein und zerstören Kirchen. Milizen werden auch von der Regierung organisiert, um Christen und andere Nichtmuslime anzugreifen. Ehemalige Muslime werden von der Familie schwer verfolgt und können zum Tode verurteilt werden, wenn sie der Regierung gemeldet werden (da der Glaubensabfall mit der Todesstrafe geahndet wird). Die von der Regierung organisierten Milizen sind für die Ermordung von Christen und für die Zerstörung von Eigentum von Christen im ganzen Land verantwortlich. Sowohl auf individueller als auch auf familiärer Ebene beteiligen sich die Bürger an der Verfolgung von Christen im Land. Das sagt ein Länderexperte: „Familienmitglieder befürchten, dass der Glaubenswechsel eines Familienmitglieds zum christlichen Glauben dazu führen könnte, dass die ganze Familie ohne eigenes Verschulden von der Teilnahme an Gemeinschaftsaktivitäten ausgeschlossen wird. So tun sie alles Nötige, um Druck auf die Christen auszuüben, damit sie ihren neuen Glauben aufgeben.“

Über die einfachen Schikanen und Bedrohungen hinaus, denen Christen in ihrem täglichen Leben ausgesetzt sind, ist es sehr wichtig, zwischen dem, was in den Nuba-Bergen und der Region Blauer Nil vor sich geht, und dem, was in anderen Teilen des Landes geschieht, zu unterscheiden. Seit Juni 2011 führt die sudanesisische Regierung Bodenoffensiven und Luftangriffe gegen angebliche „Rebellen“ durch. Die meisten Experten der Region wissen jedoch, dass die Absicht der sudanesischen Regierung und der Milizen, die diese Angriffe durchführen, ein Ziel verfolgt, nämlich die ethnische Säuberung von Minderheiten und vor allem von Christen. Samuel Totten, ein US-Forscher zu Fragen des Völkermords, nennt dies „Völkermord durch Zermürbung“. Über einen Zeitraum von acht Jahren wurden Tausende von Christen bei Angriffen durch von der Regierung unterstützte Gruppen getötet und viele Tausende aus ihren Dörfern vertrieben, und zwar aus dem einzigen Grund, dass sie eine andere Religion haben als diejenigen, die das Land regieren.

Die sudanesisische Regierung, die für ihre schlechte Menschenrechtsbilanz bekannt ist, verletzt weiterhin die Rechte der Christen im Land. Seit 1999 steht der Sudan auch auf der Liste der „besonders Besorgnis erregenden Länder“ des US-Außenministeriums. Der Druck der internationalen Gemeinschaft half bei der Freilassung einiger Christen, die wegen ihres Glaubens festgehalten wurden; die Regierung hat jedoch ihre grundsätzliche Haltung und ihr Verhalten gegenüber Christen nicht geändert. Die Plünderung und Zerstörung von Kirchen, Krankenhäusern und Schulen ist weit verbreitet,

insbesondere in der Region der Nuba-Berge. Es bleibt abzuwarten, ob „diktatorische Paranoia“ auch in Zukunft so stark sein wird, nachdem Al Bashir nicht mehr an der Macht ist. eben der autoritären Regierung richten sich extremistische Imame und sogar extremistische bewaffnete Gruppen wie die Dschandschawid-Miliz gegen Christen. Diese Milizen werden von der sudanesischen Regierung finanziert und ausgebildet. Diese Triebkraft der Verfolgung wird auch in den kommenden Jahren bestehen bleiben.

Platz 8: Jemen – Die christliche Gemeinde im Jemen besteht überwiegend aus jemenitischen Christen mit muslimischem Hintergrund, die ihren Glauben im Verborgenen leben müssen. Sie erleben Verfolgung von den Behörden (einschließlich Verhaftung und Verhör), der Familie und von extremistisch-islamischen Gruppen, die „Abtrünnigen“ mit dem Tod drohen, wenn diese nicht zum Islam zurückkehren. Stammesgesetze verbieten Stammesangehörigen, den Stamm zu verlassen, und die Abkehr vom Islam kann mit Tod oder Vertreibung bestraft werden. Sowohl männliche als auch weibliche Christen muslimischer Herkunft, die mit Muslimen verheiratet sind, riskieren die Scheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Die Christen leiden unter der allgemeinen humanitären Krise im Land, aber einheimische Christen sind zusätzlich gefährdet, da die Nothilfe hauptsächlich über islamische Organisationen und lokale Moscheen verteilt wird, die dem Vernehmen nach alle diskriminieren, die nicht als gläubige Muslime gelten.

Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Scharia zur Quelle jeder Gesetzgebung. Missionierung durch andere Glaubensrichtungen als den Islam ist verboten und Muslime dürfen nicht zu einer anderen Religion konvertieren. Jemeniten, die den Islam verlassen, droht die Todesstrafe. Der anhaltende Konflikt, die politische Instabilität und die mangelhafte Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien in vielen Teilen des Landes zeigen, dass der Druck auf Christen im Jemen hauptsächlich von nichtstaatlichen Akteuren ausgeht – einschließlich vonseiten der Familie oder des Stammes, aber auch von extremistisch-islamischen Gruppen. In beiden Fällen ist die Durchsetzung islamischer Werte ein Hauptmotiv – der Islam ist ein zentraler Bestandteil der Identität jemenitischer Stämme, während militante Organisationen wie „Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAP) und der „Islamische Staat“ (IS) versuchen, eine puristische Form des Islam durchzusetzen. Ausgehend von der Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ sind letztere die Hauptverfolger, die gezielt Christen angreifen und töten.

Imame und Scheichs, die Dorfgemeinschaften leiten, nutzen oft die Tatsache, dass ein hoher Prozentsatz der Dorfbewohner Analphabeten sind und leicht beeinflusst werden können, um gegen ein Dorfmitglied vorzugehen. Wenn sich herausstellt, dass ein Dorfbewohner Christ ist, kann dies dazu

führen, dass die ganze Gemeinschaft sich gegen ihn stellt und dies zur Verbannung oder zumindest zum Druck führt, die Gemeinschaft zu verlassen. In einigen Gebieten des Jemen operieren militante Gruppen wie AQAP und der IS ungestraft oder sogar in stillschweigender Zusammenarbeit mit dem Staat, insbesondere in Gebieten, die der Hadi-Regierung verbunden sind. Lokale Christen sind besonders gefährdet durch extremistisch-islamische Gruppen, ebenso wie alle anderen, die von diesen Gruppen als „Abtrünnige“ wahrgenommen werden. Feindseligkeit durch die Gesellschaft und Familie (oder die Angst davor) ist ein Hauptfaktor hinsichtlich des Drucks auf jemenitische Christen. Unter den weithin geltenden Werten von Gemeinschaft oder Familie muss jedes Mitglied, das der Gemeinschaft oder Familie Schande bereitet (etwa durch Verlassen des Islam), in die Pflicht genommen werden, um die Ehre der Gemeinschaft/Familie wiederherzustellen. Regierungsbehörden inhaftieren jemenitische Christen wegen ihres Glaubens und geben dann öffentlich oft andere Gründe an (da sie behaupten, gegenüber anderen Religionen tolerant zu sein). Huthi-Rebellengruppen (unter anderem) haben Christen und Bahai festgenommen, um sie wegen Missbilligung des Islam zu verhören. Allerdings geht es ihnen meistens eher um ihren Machterhalt.

Die Situation ist für Christen im Jemen allgemein gefährlich. Einige Gebiete sind besonders bedrohlich, wie beispielsweise der Süden, in dem Al Kaida stark aufgestellt ist. Christen haben ebenfalls darauf hingewiesen, dass es in den von schiitischen Huthis kontrollierten Gebieten im Westen mehr Druck gebe als in Gebieten unter der Kontrolle der sunnitischen Hadi-Regierung. Die Situation im Jemen ist aufgrund des Bürgerkriegs sehr chaotisch, was dazu führt, dass über gewalttätige Übergriffe gegen Christen kaum berichtet wird und solche Berichte nur schwer zu bekommen sind. Das derzeitige Ausmaß der Kämpfe im Land (und der generelle Argwohn gegenüber Personen, die Informationen erfassen) hat die Erhebung und Überprüfung von Daten erheblich beeinträchtigt. Aus Sicherheitsgründen können nur wenige Details veröffentlicht werden.

Berichten zufolge wurden mehrere Christen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 verhaftet oder zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. In solchen Fällen spielen oft sowohl religiöse als auch nichtreligiöse Faktoren eine Rolle. Einige Christen muslimischer Herkunft wurden körperlich oder psychisch misshandelt und mehrere Christen mussten innerhalb des Landes fliehen (manche kehrten später zurück); einige wenige Christen haben Berichten zufolge das Land verlassen. Die Motivation zur Flucht kann von der Angst vor einem Attentat (wegen ihres Glaubens) bis hin zu kriegsbedingten Gründen variieren und ist oft eine Kombination von beidem. Wenn Familien

entdecken, dass ein Familienmitglied den Islam verlassen hat, sind die meisten so wütend und beschämt, dass sie bereit sind zu töten – möglicherweise durch einen extremisierten Verwandten oder eine lokale militante Gruppe.

Es ist zu erwarten, dass gewalttätige islamistische Gruppen wie Al Kaida und der IS noch lange Zeit eine ernsthafte Bedrohung für das Land bleiben werden, da von zentraler Stelle kaum Sicherheit gewährleistet werden kann. Die islamistischen Gruppen werden außerdem von der Spaltung innerhalb der Anti-Huthi-Koalition profitieren, da sie die Lücke, die die ehemaligen Koalitionstruppen hinterlassen haben, leicht schließen können – es sei denn, diese können eine politische Lösung für ihre Differenzen finden. Die Situation für Christen wird sich verschärfen, weil diese Entwicklungen eine stärkere Polarisierung der Gesellschaft und die Verbreitung extremistischer Ansichten ermöglichen – beides Faktoren, die besonders nachteilig für Christen muslimischer Herkunft sind. Da die Mehrheit der christlichen Gemeinschaft einen muslimischen Hintergrund hat (angesichts dessen, dass die meisten ausländischen Christen das Land verlassen haben), wird sie in Zukunft noch mehr gefährdet sein. Inmitten der Unsicherheit des Krieges wird jedoch berichtet, dass die Zahl der Christen muslimischer Herkunft langsam wächst.

Platz 9: Iran – Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, tragen die Hauptlast der Verfolgung – insbesondere durch die Regierung, und in einem geringeren Ausmaß durch ihre Familien und die Gesellschaft. In diesen Christen muslimischer Herkunft sieht die Regierung einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung Irans zu untergraben. Leiter von Gruppen solcher christlichen Konvertiten werden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen sind zwar durch den Staat anerkannt und geschützt, ihre Mitglieder werden jedoch als Bürger zweiter Klasse behandelt. Ihnen ist der Kontakt mit (farsisprachigen) Christen muslimischer Herkunft verboten, ihre Gottesdienste dürfen diese Konvertiten nicht besuchen.

Der schiitische Islam ist die offizielle Staatsreligion. Alle Gesetze müssen mit der offiziellen Auslegung der Scharia übereinstimmen. Die Verfassung verbietet dem Parlament, Gesetze zu verabschieden, die dem Islam widersprechen. Weiterhin heißt es in der Verfassung, dass ihre Vorschriften bezüglich der „islamischen Natur“ des politischen Systems und des Rechtswesens, sowie bezüglich der Festlegung des schiitischen Islam dschafaritischer Prägung (die Dschafariya ist eine schiitische Rechtsschule) als Staatsreligion nicht geändert werden dürfen. Um die islamischen Bestimmungen zu schützen und die Vereinbarkeit der vom Parlament verabschiedeten Gesetze

mit dem Islam zu gewährleisten, muss ein Wächterrat, der aus schiitischen Rechtsgelehrten und Geistlichen besteht, alle Gesetzesentwürfe prüfen und genehmigen.

Der Wächterrat prüft auch alle Kandidaten für die höchsten öffentlichen Ämter wie die Präsidentschaft und das Parlament. Dies erklärt, warum selbst die Reformer innerhalb der Regierung konservativ sind, und warum Christen und andere religiöse Minderheiten von hohen Ämtern und anderen einflussreichen Positionen im System ausgeschlossen werden.

Nach Ansicht der Regierung, und in geringerem Maße auch der allgemeinen Gesellschaft, sind ethnische Perser per Definition Muslime. Daher gelten persische Christen als Abtrünnige. Das macht fast alle christlichen Aktivitäten illegal, vor allem, wenn sie in Farsi stattfinden: Evangelisation, biblischer Unterricht, die Herausgabe christlicher Bücher oder Verkündigung in Farsi. Allerdings ist die iranische Gesellschaft viel weniger fanatisch als ihre Führung. Dies ist zum Teil auf den weit verbreiteten Einfluss des gemäßigteren und mystischen Sufismus zurückzuführen, sowie auf den Stolz des iranischen Volkes auf die vorislamische persische Kultur.

Inhaftierten Christen, besonders Christen mit muslimischem Hintergrund, wird manchmal eine Entlassung gegen Kautions angeboten. Dabei geht es oft um hohe Geldbeträge, die Berichten zufolge zwischen 2.000 und 200.000 US-Dollar liegen. Die betroffenen Christen oder deren Familien müssen für diese Beträge ihre Häuser oder Geschäfte mit Hypotheken belasten. Kommt die Person auf Kautions frei, ist oftmals unklar, wie lange ihr Besitz einbehalten wird – eine Unsicherheit, die Christen zum Schweigen bringen kann, da sie den Verlust ihres Familienbesitzes fürchten müssen. Das iranische Regime drängt Christen, die in ihrer Hauskirche aktiv sind und für ihr Engagement dort oder bei evangelistischen Aktivitäten verhaftet wurden, das Land zu verlassen und damit ihre Kautions aufzugeben. Teilweise geht dies auch mit Drohungen einher.

Regierungsbeamte sind für die vielen Verhaftungen und Verurteilungen von Christen, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, verantwortlich. Alle christlichen Gruppen werden durch die Geheimdienste streng überwacht, selbst die offiziell anerkannten traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen. Durch diese enge Überwachung und die Verhaftungen derer, die das Evangelium weitergeben, übt die Regierung Druck aus, um sicherzustellen, dass Christen nicht unter Muslimen missionieren. Die islamischen Rechten (die Prinzipalisten) dominieren das Parlament und den Wächterrat, der sein Veto gegen jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz einlegen kann. Solange der rechte Flügel Iran als islamisches Land für schiitische Muslime betrachtet, das von westlichen (christlichen) Ländern und deren Kultur bedroht ist, werden Christen, insbesondere Christen mit musli-

mischem Hintergrund, verfolgt werden. Die Prinzipalisten stärken ihre Unterstützerbasis durch die Freiwilligen-Miliz der Revolutionsgarde, genannt Basidsch. Dies ist eine fanatische paramilitärische Gruppierung der Rechten, die für ihre Loyalität zum Obersten Religionsführer bekannt ist. Die Miliz verfügt über Büros und Stützpunkte im ganzen Land. Sie sichert die Unterstützung für die Prinzipalisten. Wenn sie dazu aufgefordert wird, übt sie Gewalt gegen alle Feinde des Staates aus, Christen inbegriffen. Obwohl die iranische Gesellschaft viel gemäßigter ist als ihre Führung, üben religiöse Familien oft Druck auf Angehörige aus, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind.

Die von der Regierung ausgeübte Kontrolle ist in städtischen Gegenden am höchsten. Ländliche Gebiete werden weniger stark überwacht. In der Anonymität von Städten haben Christen jedoch mehr Freiheiten, Treffen und Aktivitäten zu organisieren, als in ländlichen Gebieten, in denen die Kontrolle durch die Gesellschaft stärker ist. Die physische Auslöschung von Christen will und kann sich die pragmatische Regierung Irans politisch nicht leisten. Deshalb setzt sie auf eine langsame, schleichende und leise Beseitigung von Christen. Es gab im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 keine Berichte von um ihres Glaubens willen getöteten Christen. Die Zahl der verhafteten Christen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 ist im Gegensatz zum Vorjahr jedoch deutlich gestiegen. Bei einer Verhaftungswelle Ende 2018 wurden 114 Christen festgenommen. Viele von ihnen warten noch auf ihren Gerichtsprozess und die Verkündung ihres Strafmaßes. Einige von ihnen wurden entlassen, nachdem sie eine Erklärung unterschrieben, mit der sie sich verpflichteten, keinen Kontakt zu Christen zu haben. Viele Christen werden bei Verhören geschlagen, (sexuell) belästigt oder sehr stark unter Druck gesetzt – beispielsweise durch Einzelhaft, Schlafentzug, Verhöre über lange Zeiträume hinweg, Androhung von Gewalt gegen Familienmitglieder (unter anderem Vergewaltigung) oder Morddrohungen gegen sie selbst oder gegen ihre Familie. Hauskirchen wurden vom Geheimdienst durchsucht und zerstört. Kirchengebäude zerfallen mit der Zeit, weil dringend benötigte Reparaturen nicht durchgeführt werden dürfen. Zahlreiche inhaftierte Christen müssen Hypotheken aufnehmen, um die hohen Kautionszahlungen für ihre Entlassung aufbringen zu können. Weil sie befürchten, dass ein Gerichtsurteil zu einer langen Gefängnisstrafe führt, fliehen viele iranische Christen nach ihrer vorläufigen Entlassung aus dem Land, wobei sie ihre Kautions- und somit häufig auch ihren Grundbesitz – verlieren. Andere Christen verlieren ihre Privathäuser, weil diese bei Hausdurchsuchungen zerstört werden.

Solange das gegenwärtige islamische Regime die Kontrolle über alle staatlichen Institutionen behält und die iranische Wirtschaft fest im Griff hat, ist es unwahrscheinlich, dass sich die Dinge in Iran grundlegend ändern wer-

den. Positiv ist die Entwicklung in dem Sinne, dass immer mehr Iraner dem Regime nicht mehr vertrauen und offen Veränderung fordern. Möglich ist ein Wechsel von der Staatsreligion hin zu einer Form des Säkularismus, dessen Einfluss deutlich zunimmt. Noch ist dieser jedoch zu schwach, als dass man davon in naher Zukunft eine wirkliche Veränderung erwarten könnte.

Platz 10: Indien – Alle Christen in Indien sind Verfolgung ausgesetzt, da extremistische Hindus sie als Fremdkörper im Land betrachten. Sie wollen ihr Land von Islam und dem christlichen Glauben reinigen und schrecken auch nicht davor zurück, erhebliche Gewalt einzusetzen, um ihr Ziel zu erreichen. Christen, die einen hinduistischen Hintergrund haben, tragen in Indien die Hauptlast der Verfolgung. Sie werden beständig unter Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren, insbesondere durch die Rückbekehrungs-Kampagnen „Ghar Wapsi“ (etwa „Zurück zu den Wurzeln“ oder „Heimkehr“). Oft werden sie auch körperlich angegriffen, manchmal sogar getötet.

Die Entschlossenheit und Gewaltbereitschaft hinduistischer Organisationen haben über die Jahre zugenommen. Sie vertreten, dass Indien dem Hinduismus gehöre, und fordern, andere Religionen sollten aus dem Land vertrieben werden. Extremistischer Hinduismus ist mit Abstand die stärkste Triebkraft der Verfolgung in Indien – er ist allgegenwärtig, lautstark und sehr gewalttätig. Aber auch von diversen anderen extremistischen Gruppen geht Verfolgung aus, wie etwa von extremistischen Buddhisten in Ladakh, dem Neobuddhismus in Maharashtra und Uttar Pradesh sowie extremistischen Sikhs im Punjab. „Religiös motivierter Nationalismus“ beeinflusst seit 2014 auch Stammesgruppen und führt dazu, dass sie ihre Religionen als zum Hinduismus zugehörig betrachten.

In den Staaten Chhattisgarh, Jharkhand, Odisha, Madhya Pradesh, im südlichen Gujarat, Arunachal Pradesh, Assam, Tripura, Nagaland und Manipur gibt es Gebiete mit Stammesgesellschaften. Die extremistische Hindu-Bewegung RSS hat diese Stammesgesellschaften erfolgreich infiltriert und sie gegen die Christen in diesen Gebieten aufgebracht. In diesen Stammesgebieten haben Menschen den christlichen Glauben angenommen und tun es noch immer. Das ist nichts Neues; in den Stammesgebieten gibt es seit mindestens 100 bis 150 Jahren Kirchen. In dieser Zeit erlebten die Christen nur wenig Widerstand. Seit Ende der 1990er-Jahre arbeiten die RSS, die hindunationalistische Organisation Vishva Hindu Parishad (VHP) und ihre Mitgliedsorganisationen jedoch systematisch daran, die Stammessysteme zu spalten und Widerstand gegen Christen zu schaffen. Immer häufiger werden Christen hinduistischer Herkunft bedroht, gesellschaftlich ausgeschlossen, vertrieben, von der Wasserversorgung ausgeschlossen, vergewaltigt und sogar ermordet. In einer Reihe von Fällen wurde der Bau von Kirchengebäuden durch Dorfbe-

wohner gewaltsam gestoppt. „Ethnisch oder traditionell begründete Anfeindungen“ werden so schnell zu einer ernsthaften Bedrohung für die Christen in Indien. Nach dem Sieg bei den Wahlen im Mai 2019 bildete die „Bharatiya Janata Partei“ (BJP) eine neue Regierung unter Premierminister Narendra Modi, der als der starke Mann gefeiert wird, der Indien anführen soll. Infolgedessen sind diktatorische Tendenzen zu erkennen. Kontrolle der sozialen Medien, hetzerische Reden und das Sperren solcher Medien, welche die von der Regierung veröffentlichten Pläne und Zahlen in Frage stellen, sind nur einige der Anzeichen für eine wachsende diktatorische Bewegung innerhalb der Regierungskreise. Angriffe (einschließlich falscher Nachrichten) gegen Journalisten, Oppositionsführer, Menschenrechtsaktivisten und Medienchefs werden durch den Staatsapparat ausgelöst. Auch die Propaganda gegen „fremde“ Religionen wie den Islam und den christlichen Glauben nimmt zu. Sowohl Ethnisch begründete Anfeindungen als auch „Diktatorische Paranoia“ sind stark mit Religiös motiviertem Nationalismus verknüpft.

Hinduistische Leiter sind am stärksten dafür verantwortlich, Vorurteile gegen Christen unter der hinduistischen Mehrheit zu verbreiten. Bekannte Beispiele dafür sind: Yogi Adityanath, der Gründer von „Hindu Yuva Wahini“, einer Miliz, die für die meisten Angriffe in Uttar Pradesh verantwortlich ist; Sakshi Maharaj, der Teil der gesetzgebenden Versammlung ist; Sadhvi Pragma, Sadhvi Prachi und Narendra Maharaj. Diese Personen sind für ihre offenen Hassreden gegen Christen bekannt. Sie fungieren als Vermittler zwischen religiös-nationalistischen Ideologien und deren Umsetzung vor Ort; sie verbreiten Fehlinformationen über und planen gewalttätige Taten gegen Christen und andere Minderheiten und führen diese aus. Verschiedene extremistische Hindu-Gruppen sind in Indien aktiv: BJP, Vishva Hindu Parishad (VHP), Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), Sangh Parivar und andere. Es sind fast immer solche Gruppen, die hinduistisch motivierten Druck auf Christen ausüben. Andere gewalttätige Gruppen sind maoistische Naxaliten und islamistische Gruppen, wie etwa der sogenannte „Islamische Staat“ (IS), obwohl letztere in Indien noch keine Christen angegriffen haben. Auf dörflicher Ebene spielen Mitglieder der Dorfgemeinschaft eine große Rolle bei der Verfolgung von Christen, sowohl von Christen hinduistischer Herkunft als auch von anderen Christen. Meistens sind es diese lokalen Dorfbewohner, die Christen anfeinden, beispielsweise indem sie sie verprügeln, Kirchen niederbrennen oder Friedhöfe schänden. Die BJP hat die Mehrheit in der Zentralregierung Indiens. Die Partei ist der politische Arm des RSS, einer hindu-nationalistischen und paramilitärischen Organisation, die für ihre hinduistisch-extremistische Ideologie bekannt ist. Der RSS ist die Mutterorganisation allerlei Arten des indischen Hindu-Extremismus. Alle führenden Politiker der regierenden BJP haben eine Verbindung zum RSS. Tatsächlich sind BJP-

Mitglieder üblicherweise auch Mitglieder des RSS oder einer seiner 35 Ableger. Die BJP hat immer wieder militante Flügel des Hindu-Nationalismus, auch „Hindutva“ genannt, im ganzen Land direkt politisch unterstützt. Der „Chief Minister“ (vergleichbar mit einem deutschen Ministerpräsidenten) des Bundesstaats Jharkhand, Raghubar Das; Adityanath als Chief Minister von Uttar Pradesh, Manohar Lal Khattar als Chief Minister von Haryana, Rajnath Singh als Innenminister von Indien und andere Minister der BJP haben sich öffentlich gegen Christen und andere Minderheiten ausgesprochen. Mit der BJP an der politischen Macht fühlen sich extremistische Hindus ermächtigt, Christen zu verfolgen, und genießen dabei faktisch Straffreiheit. Die Regierung unter Premierminister Modi, voreingenommene Regierungsbeamte und Hindu-Extremisten (wie Familienmitglieder oder Organisationen von RSS) sind die wichtigsten Akteure der Verfolgung von Christen. Nach dem Machtantritt Modis und seiner Partei, der BJP, im Mai 2014 entwickelte sich eine Verkettung von RSS-Extremisten, Medien und von der Regierung kontrollierten Beamten, die zusammen gegen den christlichen Glauben kämpfen. Diese Machtverbindung ist vornehmlich für die zunehmende Verfolgung von Christen verantwortlich.

Nach Informationen von Partnern vor Ort wurden im Berichtszeitraum neun Christen getötet. Vier von ihnen wurden von kommunistisch-revolutionären Aktivisten, sogenannten Naxaliten, umgebracht. Aber auch extremistische Hindus, Familienmitglieder und Dorfbewohner sind für einige Morde verantwortlich. Die meisten Christen wurden in Chhattisgarh, Jharkhand und Odisha getötet, die anderen in Assam und Bihar. Es wurden mehr als 175 Vorfälle gemeldet, bei denen insgesamt rund 1.500 Christen körperlich angegriffen wurden. Hauptverantwortlich waren extremistische Hindus, Familienmitglieder und Dorfbewohner. Angriffe dieser Art fanden überall in Indien statt. Die Bundesstaaten mit den meisten Vorfällen sind jedoch Odisha, Chhattisgarh, Bihar, Maharashtra, Assam und Uttar Pradesh. Die Bundesstaaten, in denen von weniger Vorfällen berichtet wurde, sind Andhra Pradesh, Gujarat, Haryana, Karnataka, Madhya Pradesh, Manipur, Punjab, Rajasthan, Tamil Nadu, Telangana und Westbengalen. Es wurde von mehr als 94 Vorfällen berichtet, in denen etwas mehr als 300 Christen festgenommen wurden. Festnahmen fanden überall in Indien statt. Die Bundesstaaten mit den meisten Vorfällen sind jedoch Uttar Pradesh, Jharkhand, Bihar und Haryana. Die Bundesstaaten, in denen von weniger Vorfällen berichtet wurde, sind Chhattisgarh, Delhi, Goa, Gujarat, Himachal Pradesh, Karnataka, Madhya Pradesh, Maharashtra, Odisha, Punjab, Rajasthan, Telangana, Uttarakhand und Westbengalen. 2013 wurden in Odisha sieben Christen zu lebenslanger Haft verurteilt. Zwei von ihnen wurden während des aktuellen Berichtszeitraums wieder freigelassen. 34 Kirchen, Schulen, Kirchengeme-

bäude und weitere kirchliche Grundstücke wurden angegriffen und beschädigt. Diese Vorfälle fanden überall in Indien statt. Die Bundesstaaten mit den meisten Vorfällen sind jedoch Tamil Nadu, Telangana, Odisha, Bihar und Maharashtra. Die Bundesstaaten, in denen von weniger Vorfällen berichtet wurde, sind Andhra Pradesh, Assam, Chhattisgarh, Daman und Diu, Gujarat, Punjab, Uttar Pradesh und Westbengalen. Es gibt 54 Berichte darüber, dass Häuser, Geschäfte oder Eigentum von Christen angegriffen wurde. Diese Vorfälle fanden überall in Indien statt. Die Bundesstaaten mit den meisten Vorfällen sind jedoch Odisha, Assam, Gujarat, Chhattisgarh und Maharashtra. Die Bundesstaaten, in denen von weniger Vorfällen berichtet wurde, sind Andhra Pradesh, Bihar, Haryana, Himachal Pradesh, Manipur, Punjab, Rajasthan, Tamil Nadu, Tripura and Uttar Pradesh.

Hindu-Extremisten üben ständig Gewalt gegen Muslime und Christen aus. In der Vergangenheit haben ausgedehnte Pogrome viele Muslime und Christen das Leben gekostet. Militante Hindus werden sich nicht davor scheuen, weiterhin solche Angriffe gegen religiöse Minderheiten zu planen. Bisher war es Hindu-Extremisten möglich, ihre Gräueltaten straffrei auszuführen. Weil Modi die Wahlen im Mai 2019 gewann, ist zu erwarten, dass diese Hindus sich ermutigt fühlen, ihre Gewalt noch zu intensivieren.

Neu auf dem WVI 2020

Platz 28: Burkina Faso – Mit einer Wertung von 66 Punkten belegt Burkina Faso Platz 28 auf dem Weltverfolgungsindex 2020. Das ist ein Anstieg von 18 Punkten im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2019, als das Land 48 Punkte erreichte und nicht unter die 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung fiel, die im Weltverfolgungsindex aufgeführt werden. Dieser starke Anstieg von 18 Punkten ist zum Großteil auf die steigende Gewalt im Land zurückzuführen, die wiederum auch den Druck auf Christen hat steigen lassen. Christen wurden gezielt angegriffen und insgesamt wurden mehr als 50 Christen im Berichtszeitraum getötet. Dadurch ist ein Klima der Angst entstanden, in dem viele Christen sich zu sehr fürchten, um an Gottesdiensten teilzunehmen oder ihre Kinder zur Schule zu schicken. Schulen und christliche Nichtregierungsorganisationen werden besonders ins Visier genommen und haben es schwer, im Land tätig zu sein. Einige Menschen, besonders in ländlichen Gegenden, sind zudem konservativer geworden und werden zu Informanten über ihre Nachbarn für die Dschihadisten. Eine Gesellschaft, die in der Vergangenheit sehr tolerant war, ist Menschen anderer Religion gegenüber sehr intolerant geworden. Dazu trägt auch der Fakt bei, dass es ethnische Konflikte gibt, die auch religiöse Dimensionen haben. Das

Ergebnis ist, dass Konvertiten und andere Christen extremen Druck erleben. Die Kombination aus all diesen Faktoren hat zu dem derart starken Anstieg der Wertung geführt.

Burkina Faso hat in den vergangenen Jahren mehrere islamistische Angriffe erlebt, vor allem im Norden des Landes und gelegentlich auch in der Hauptstadt Ouagadougou. Diese können als gewalttätige Versuche gesehen werden, das Land zu „islamisieren“. Die militante Gruppe „Ansar al-Islam“ wurde 2016 gegründet und versucht, ihre eigenen Gesetze im Norden des Landes einzuführen – durch gewaltsame und andere Mittel. Auch die Gruppe „Dschamaat Nusrat al-Islam wal-Musulimin“ (übersetzt „Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime“) agiert im Land und hat Verbindungen zu lokalen militanten Gruppen. Derzeit scheinen sie sich jedoch mehr auf den Kampf gegen die französischen Truppen und ihre Verbündeten zu fokussieren. Ihre Prediger beeinflussen die Jugend dahingehend, dass sie die Franzosen und den Verfall der Moral durch westlichen Einfluss für negative Umstände verantwortlich machen. Militante Islamisten haben im Berichtszeitraum Kirchen und einzelne Christen angegriffen und einige Kirchen haben aus Sorge vor weiteren Angriffen ihre Sicherheitsbemühungen verstärkt. Diese Triebkraft der Verfolgung ist eng verbunden mit „Islamischer Unterdrückung“. Ein Experte für das Land schreibt: „Allgemein sind die ethnischen Gruppen in Burkina Faso tolerant, aber mit dem steigenden Einfluss des Islamismus werden muslimische Leiter verschiedener Stämme zu Verfolgern. Religiöse Leiter traditioneller Religionen werden inzwischen auch zu Verfolgern der Kirche. Drei Kirchen in Bobo-Dioulasso wurden von Anhängern traditioneller Religionen zerstört, nachdem einige Menschen den christlichen Glauben angenommen hatten.“

Die nördlichen und östlichen Teile des Landes sind die Brennpunkte für Verfolgung, vor allem außerhalb der größeren Städte. Mehr als 50 Christen wurden im Berichtszeitraum getötet. Beispiele: Im April 2019 töteten bewaffnete Angreifer einen protestantischen Pastor und fünf weitere Christen in einer Kirche im Norden des Landes. Die Angreifer kamen auf Motorrädern und eröffneten das Feuer, als die Christen den Sonntagsgottesdienst verließen. Am 12. Mai 2019 wurden ein katholischer Priester und fünf weitere Christen in Dablo getötet. Die Angreifer stürmten zunächst die Kirche während des Sonntagsgottesdienstes und setzten im Anschluss die Kirche und umliegende Gebäude in Brand. Im Juni 2019 gab es einen Angriff auf ein Dorf im Norden Burkina Fasos, bei dem gezielt Männer herausgesucht und umgebracht wurden, die Ketten mit Kreuzanhängern trugen. Im September 2019 wurden ein Christ und vier seiner Söhne in den Dörfern Pissele und Boulkiba von bewaffneten Männern erschossen. Mehr als 1.000 Christen wurden im Berichtszeitraum angegriffen und verwundet. Dabei wurden ge-

zielt Christen angegriffen. Die Nichtregierungsorganisation „International Christian Concern“ (ICC) berichtet, dass im Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex geschätzt 82 Pastoren und 11.245 Christen durch Gewalt vertrieben wurden. ICC berichtet weiter von zwei Angriffen, bei denen 29 Christen starben: „Die zusammengehörigen Angriffe vom 9. und 10. Juni richteten sich gezielt gegen Christen. Sie folgten direkt auf eine Serie von Angriffen auf Kirchen in dem westafrikanischen Land.“ Diese Angriffe sind systematisch, gut vorbereitet und oft so umgesetzt, dass nur Christen getroffen werden. Mehr als 50 Kirchen wurden im Berichtszeitraum angegriffen. Die meisten Angriffe in Burkina Faso richten sich gegen Kirchen und christliche Treffen. Das geschieht aus zwei Gründen: Einerseits erreichen die Angriffe so eine maximale Wirkung auf die christliche Gemeinde und andererseits ist die Berichterstattung größer als bei Angriffen auf Einzelpersonen.

Das Land verliert die religiöse Toleranz, die es in seiner Geschichte auszeichnet hat. Christen leben aufgrund des Wiederauflebens der Angriffe militanter Islamisten in einigen Teilen des Landes in Angst vor Entführungen und Angriffen. Christen wissen, dass sie ein potenzielles Ziel für islamistische Gruppen sind, und ihre Angst zeigt sich an den verstärkten Sicherheitsvorkehrungen in Kirchen. Früher haben die ethnischen Gruppen in Burkina Faso einander toleriert. Die ständige Aufhetzung durch Dschihadisten hat jedoch eine Situation geschaffen, in der einige ethnische Gruppen angefangen haben, Christen ins Visier zu nehmen. Das wird sich weiter fortsetzen, sollten keine Initiativen geschaffen werden, um die Situation zu entschärfen.

Platz 48: Kamerun – Mit einer Wertung von 60 Punkten belegt Kamerun Platz 48 auf dem Weltverfolgungsindex 2020. 2019 wurde das Land mit 54 Punkten nicht auf dem Weltverfolgungsindex aufgeführt. Der Anstieg von sechs Punkten ist vor allem auf den wachsenden Einfluss zurückzuführen, den verschiedene Triebkräfte der Verfolgung auf Christen im Land ausüben. Boko Haram hat seine Angriffe im Land verstärkt, unterwandert das Land und rekrutiert mehr Kämpfer im Land. Die Krise in den englischsprachigen Regionen des Landes hat Christen einer Vielzahl von Gruppen gegenüber wehrlos gemacht. Christen sind Einschüchterungen und Angriffen ausgesetzt, wenn sie gegen die Gräueltaten vorgehen, die im Land verübt werden (sowohl durch die Regierung als auch durch separatistische Kräfte). Die Regierung hat außerdem einigen Christen verboten, im Land zu arbeiten. Zudem verfolgen etablierte Kirchen Christen anderer Denominationen, weil die steigende Zahl protestantischer Freikirchen als Bedrohung gesehen wird. Die Korruption im Land nimmt überhand und sorgt dafür, dass Sicherheit

und Gesetzmäßigkeit in vielen Teilen des Landes quasi nicht mehr existieren. Die Kombination aus all diesen Themen hat Kamerun unter die 50 Länder geführt, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

Islamische Unterdrückung ist besonders im Norden, in Adamaoua, anzutreffen, sowie in einigen Regionen im Osten. Sie betrifft hauptsächlich Christen muslimischer Herkunft, die Verfolgung durch ihre eigene Familie erleben. Die durch Boko Haram hervorgerufene Unruhe stellt zudem eine konstante Bedrohung für Leben und Sicherheit von Christen dar und hat zur Vertreibung vieler Christen aus den Regionen Adamaoua, Nord und Extrême-Nord geführt. In den entlegenen Gebieten dieser Regionen gibt es einige muslimische Leiter, die glauben, der Islam sollte der einzige Glaube in ihrem Gebiet sein. Auch wenn Kamerun allgemein ein Land ist, in dem religiöse Toleranz gelebt wird, sind die Folgen des von Fulanis geführten Dschihad in vergangenen Jahrhunderten in den nördlichen Regionen noch zu spüren. Durch den Dschihad wurde die einheimische Bevölkerung gezwungen, zum Islam zu konvertieren. Die Gewalt von Boko Haram macht diese Erinnerungen wieder lebendig und untergräbt die Geschichte friedvoller Beziehungen zwischen Christen und Muslimen im modernen Kamerun. Während der vergangenen drei Jahrzehnte unter der Herrschaft von Paul Biya war das Regime verantwortlich für eine Serie von politischen Verhaftungen, Morden und der Verfolgung von Christen. Die englischsprachigen Regionen des Landes waren davon aufgrund ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen besonders betroffen.

Staatsführung und Sicherheit sind große Probleme in Kamerun. Das Land sieht Gewalt in drei Regionen ausbrechen: In Extrême-Nord, wo Boko Haram seine Angriffe ausweitet, und in Nord-Ouest und Sud-Ouest, den beiden englischsprachigen Regionen, wo der Aufstand zunimmt. Mindestens zehn Christen wurden im Berichtszeitraum von Boko-Haram-Kämpfern getötet. Da dies in den entlegenen Gebieten des Landes geschieht, wird oft wenig oder gar nicht darüber berichtet. Mehr als 1.000 Christen wurden von Kämpfern von Boko Haram oder im Kontext der Krise in den englischsprachigen Regionen angegriffen. Im Juli 2019 entführten Kämpfer von Boko Haram laut Medienberichten drei christliche Frauen bei einem nächtlichen Angriff auf ihr mehrheitlich christliches Dorf im Norden Kameruns aus ihren Häusern und schnitten ihnen die Ohren ab. Mindestens zwei Christen wurden von Sicherheitskräften der Regierung festgenommen. Einer davon war laut Berichten der katholischen Onlinezeitung „Crux“ ein katholischer Priester. Mindestens 15 Kirchen wurden angegriffen, einschließlich einer Kirche in Guitsena, vier Kirchen in Gossi und einer katholischen Schule und einem Krankenhaus in Toufou. Ein Bericht von „Barnabas Fund“ erwähnt zwei weitere Kirchen, die

im christlich geprägten Dorf Gossi im Norden Kameruns am 11. Mai 2019 niedergebrannt wurden. Laut Berichten hat zudem die Armee Kirchen beschlagnahmt, um sie zu Baracken umzufunktionieren.

Der Norden des Landes leidet unter verheerenden Angriffen von Boko Haram. Die militante Gruppe hat sich neu formiert während die kamerunische Regierung mit dem Konflikt in den englischsprachigen Regionen beschäftigt war. Angriffe von Boko Haram sind zwar ein regional begrenztes Thema, werden aber sehr wahrscheinlich 2020 und darüber hinaus eine Herausforderung für Christen im Land bleiben. Der amtierende Präsident ist seit Jahrzehnten im Amt. Er wird beschuldigt, die Rechte der Bürger zu verletzen. Seine Regierung hat die Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Einigen christlichen Gruppen wird die Genehmigung verweigert, im Land zu agieren. Nach derzeitigem Stand gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich die Haltung der Regierung dazu ändert.

Platz 50: Niger – Der Niger ist 2020 neu auf dem Weltverfolgungsindex. Mit einer Wertung von 60 Punkten belegt er Platz 50. Im vergangenen Jahr wurde der Niger mit 53 Punkten nicht unter den 50 Ländern auf dem Weltverfolgungsindex gelistet. Der Anstieg von sieben Punkten ist größtenteils auf den Druck und die Gewalt zurückzuführen, die von den islamistischen Milizen in der Sahelregion ausgehen. In der Vergangenheit blieb der Niger mehr oder weniger von Angriffen islamisch-extremistischer Gruppierungen verschont und die Kirche war zudem nicht deren primäres Ziel. Doch im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2020 hat das Land eine Reihe von Angriffen islamistischer Kämpfer erleben müssen und auch Demonstranten zündeten bisweilen Kirchen zur Vergeltung an. Zudem gibt es Konflikte, die sowohl religiöse als auch ethnische Dimensionen haben. Aufgrund der Aktivitäten der islamistischen Milizen hat der nigrische Präsident um internationale militärische Hilfe gebeten. Die unberechenbare Situation im Land ist gefährlich für Christen.

Laut „World Christian Database“ besteht die nigrische Bevölkerung zu über 96 Prozent aus Muslimen. Dennoch wird Religion als Privatangelegenheit verstanden und nicht vom Staat politisiert. Staat und Religion werden voneinander getrennt – diese Trennung ist jedoch immer stärker unter Druck. Muslimische Leiter der „Izala“-Bewegung, einer islamisch-extremistischen Gruppe, die ihren Ursprung im Norden Nigerias hat, sind im Niger aktiv und bedrohen die Freiheit von Christen. Andere islamische Interessengruppen wie etwa „Tariqa“ (Arabisch für „Der Weg“ – der sufistische Weg, Allah zu begegnen) sind in bestimmten Teilen des Landes aktiv (beispielsweise in Maradi und der Hauptstadt Niamey). Izala und Tariqa üben Druck auf Angehörige von Minderheitsreligionen sowie auf Muslime aus, die sie als abweichend

von ihrer Auslegung des Islam sehen. In der Geschichte des Niger gab es gute Beziehungen zwischen der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung und Angehörigen anderer, sich zahlenmäßig stark in der Minderheit befindenden, Religionen. Trotzdem hat der Kampf des Niger gegen Boko Haram in einigen Regionen Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen geschürt und die Sicherheit und Freiheit von Christen im Land ausgehöhlt. Von gewalttätigen religiösen Gruppen geht vermutlich die stärkste Verfolgung für Christen im Niger aus. Islamisch-extremistische Gruppen wie Boko Haram und andere, mit Al Kaida verbundene, Milizen greifen Menschen aus dem Westen an, Institutionen, die mit dem Westen verbunden sind, Touristen, Soldaten und UN-Friedenstruppen. Auch von der Gesellschaft im weiteren Sinne und von Mobs gewöhnlicher Bürger geht Verfolgung für Christen aus. Diese Verfolger haben im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex Christen getötet und Kirchen und christliche Schulen angegriffen. Wahhabiten, eine streng konservative Form des Islam aus Saudi-Arabien, predigen regelmäßig in der Öffentlichkeit und über Massenmedien wie Radio und Fernsehen gegen den christlichen Glauben.

Die Gebiete, in denen Christen am stärksten Verfolgung erleiden, befinden sich außerhalb der großen Städte, besonders außerhalb der Hauptstadt Niamey. Für die gewalttätige Verfolgung im Niger sind hauptsächlich militante islamistische Gruppen verantwortlich sowie Einzelpersonen und Teile der Gesellschaft, die von den Lehren extremistischer Imame beeinflusst sind. Militante Kämpfer haben im Berichtszeitraum Kirchen, Pastoren und Christen muslimischer Herkunft angegriffen. Viele Christen wurden im Berichtszeitraum getötet. Da der Zusammenhang dieser Vorfälle jedoch unklar war, wurden für den Weltverfolgungsindex keine Morde an Christen gewertet. Mindestens 130 Christen wurden angegriffen oder entführt. Die Angriffe fanden teilweise während eines Gottesdienstes in einer Kirche statt. Ein Christ wurde im Berichtszeitraum für seinen Glauben anderthalb Monate inhaftiert, jedoch schließlich wieder freigelassen. Mehr als zehn Kirchen wurden angegriffen. Beispielsweise gab es im Mai 2019 einen Angriff auf eine Kirche in Dolbel. Dabei wurde laut Quellen auch ein Priester verwundet.

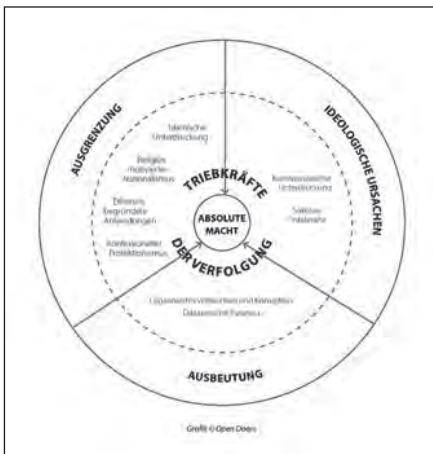
Mit Blick auf die Vergangenheit und die gegenwärtige Situation ist es keine Übertreibung, davon auszugehen, dass die Verfolgung von Christen durch Islamische Unterdrückung weiter ansteigen wird. Dschihadistische Bewegungen wachsen schnell und die Regierung hat scheinbar nicht die Kraft, gegen sie anzukämpfen. Viele Kirchen scheinen nicht vorbereitet auf stärker werdenden Druck durch einen extremistischen Islam.

5. Die Methodik hinter dem Index

5.1. Grundannahmen hinter dem WVI

Verfolgungssituationen sind in der Regel sehr komplex. Nicht immer ist dabei eindeutig, ob der (so empfundene) Druck auf oder die konkrete Gewalt gegen Christen durch ihren christlichen Glauben bedingt ist. Die Ursachen für Verfolgung sind generell verknüpft mit zerstörerischen Denkweisen, Religionen oder Ideologien, bei denen der Wunsch nach exklusiver Machtausübung eine große Rolle spielt. Die WVI-Methodik betrachtet diese grundlegenden Motive als Quellen, aus denen sich die acht verschiedenen „Triebkräfte“ speisen (vgl. Anhang 5, hier nicht abgedruckt).

Die Open Doors Forschungsabteilung „World Watch Research“ (WWR) verwendet den Begriff „Triebkräfte der Verfolgung“ zur Beschreibung bestimmter Situationen, die zur gewaltsamen oder gewaltlosen Verfolgung von Christen führen. Eine solche Verfolgungssituation kann auf ein exklusives Weltbild bzw. eine exklusive Ideologie der Gesellschaft zurückgeführt werden. Ein solches exklusives Weltbild repräsentiert in der Regel eine Weltsicht, die sich selbst als überlegen gegenüber anderen Sichtweisen betrachtet. Das ist an sich kein Problem, solange diese Wahrnehmung mit einem wirklichen Pluralismus einhergeht. Fehlt dieser Aspekt jedoch, so werden Vertreter des jeweiligen exklusiven Weltbildes die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter ihre Sichtweise anstreben.



Grafik 1: Die Grafik verdeutlicht das Zusammenspiel der zugrunde liegenden menschlichen Leitmotive mit den verschiedenen Triebkräften bei dem Streben nach absoluter Macht.



Grafik 2: Die acht Triebkräfte der Verfolgung und die zugrunde liegenden exklusiven Weltbilder bzw. Ideologien.

Die handelnden Kräfte sind dabei oftmals kleinere (extremistische) Gruppen innerhalb der großen Gruppe von Anhängern, die diese Weltsicht teilen. Sie stehen in der Regel nicht repräsentativ für die ganze Gruppe, ihnen wird jedoch ausreichend Raum gegeben, ihre Ziele auf ihre Art zu verfolgen. Beispiele für solche exklusiven Weltbilder und Ideologien sind säkularer Humanismus, der Islam und der Kommunismus.

Insgesamt hat WWR acht verschiedene Triebkräfte definiert, jeweils in Entsprechung zu den zugrundeliegenden exklusiven Weltbildern bzw. Ideologien (vgl. Grafik 2). Jede dieser Triebkräfte entwickelt ihre eigene Art von Aggression gegen Christen und spielt damit eine zentrale Rolle bei der Bewertung anhand der WVI-Fragebögen sowie für die Analyse der herrschenden Verfolgungssituation von Christen und ihren Gemeinschaften.

5.2. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Die WVI-Methodik folgt eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition. Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“

Diese weit gefasste Definition beinhaltet (ohne darauf begrenzt zu sein) Einschränkungen, Druck, Diskriminierung, Opposition, Desinformation, Ungerechtigkeit, Einschüchterung, Misshandlung, Marginalisierung, Unterdrückung, Intoleranz, Verletzung, Verstoßung, Ächtung, Feindseligkeiten, Belästigung, Missbrauch, Gewalt, ethnische Säuberung und Völkermord.

Die von World Watch Research verwendete Definition von „Christ“ und den „Kategorien von Christen“ sind in Anhang 3 nachzulesen (hier nicht abgedruckt).

5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex

World Watch Research sammelt und veröffentlicht seit 1992 detaillierte Daten über die Christenverfolgung. Die WVI-Methodik wurde während der 1990er-Jahre beständig weiterentwickelt und im Jahr 2012 umfassend überarbeitet.

Ziel dieses Prozesses war eine Steigerung der Glaubwürdigkeit, Transparenz, Objektivität und wissenschaftlichen Qualität. Weitere Verfeinerungen werden regelmäßig vorgenommen.

Die WVI-Methodik unterscheidet zwischen zwei HAUPTERSCHEINUNGSFORMEN von Verfolgung: „squeeze“ (dem konstanten Druck, unter dem Christen in allen Lebensbereichen stehen) und „smash“ (gewaltsame Übergriffe). Während smash durch das Registrieren gewaltsamer Übergriffe relativ gut erfassbar ist, wird das Ausmaß von squeeze auf andere Art ermittelt: Hierfür wird der Druck untersucht, der auf das alltägliche und das religiöse Leben von Christen in fünf ausgewählten Lebensbereichen ausgeübt wird (siehe Anhang 4, hier nicht abgedruckt). Nach Klärung einiger Grundsatzfragen wird ein 84 Punkte umfassender Fragebogen von ortsansässigen Forschern und externen Länderexperten über die von Verfolgung betroffenen Länder ausgefüllt (bezogen auf den Berichtszeitraum 1. November – 31. Oktober).

Alle für die verschiedenen Lebensbereiche sowie den Bereich „Auftreten von Gewalt“ verwendeten Fragen (Blöcke 1-6) sind in Anhang 1 zu finden. Weitere 16 Fragen (die durch einen beschreibenden Textabschnitt mit Hintergrundinformationen zu beantworten sind) bilden Block 7 des Fragebogens. Die Antworten auf die Fragen in Block 7 fließen nicht in die Punktwertung ein, sondern dienen zur Analyse der Länderdossiers.

Die ausgefüllten Fragebögen werden mit den Einschätzungen externer Experten¹ abgeglichen. Anschließend werden die Punktzahlen für jeden Lebensbereich unter Berücksichtigung möglicher Abweichungen ermittelt. So können beispielsweise unterschiedliche Kategorien von Christen oder Regionen innerhalb eines Landes existieren, zwischen denen große Unterschiede hinsichtlich der auftretenden Verfolgung bestehen. Auch die Intensität und Häufigkeit von Verfolgung fließt in die Bewertung ein. Verschiedene Triebkräfte von Verfolgung (s. Anhang 5), Verfolger (s. Anhang 6) und ein spezifisches Verfolgungsmuster (s. Anhang 7) werden im Rahmen dieser Analyse ermittelt (alle Anhänge hier nicht abgedruckt).

Zusätzlich wird das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF)³ für ein Audit hinzugezogen, um zu überprüfen, ob die Ergebnisse in Übereinstimmung mit der WVI-Methodik erarbeitet wurden.

Aus den so ermittelten Wertungen ergeben sich die Gesamtpunktzahlen für jedes einzelne Land. Aus allen Ländern mit 41 oder mehr Punkten (d. h. Länder mit hoher, sehr hoher oder extremer Verfolgung) in den wird die Rangfolge der Länder für den jährlich veröffentlichten Open Doors Weltverfolgungsindex gebildet, siehe Grafik 3.



Grafik 3: Verfolgungskategorien mit den zugehörigen Bewertungsintervallen. Entwickelt von World Watch Research.

Die WVI-Gesamtwertungen ermöglichen einen detaillierten Vergleich der Lage der Christen in den aufgeführten Ländern. Die nachfolgende Tabelle zeigt beispielhaft die Gesamtwertung der Länder mit der stärksten Verfolgung vom WVI 2019.

WVI 2019		Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaft-liches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	SUMME PUNKTE	SUMME PUNKTE bis zu 3 Dezimalstellen
Platz	Land	(max. Punktzahl pro Bereich liegt bei 16,7)							
1	Nordkorea	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	10,9	94	94,261
2	Afghanistan	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	10,6	94	93,891
3	Somalia	16,3	16,7	16,6	16,5	16,4	8,9	91	91,218
4	Libyen	15,3	15,0	15,1	16,0	16,3	9,6	87	87,369
5	Pakistan	14,3	14,1	13,9	15,0	13,2	16,7	87	87,186

Grafik 4: Der Ausschnitt aus der Rangliste des WVI 2019 zeigt Wertungen für einzelne Bereiche sowie die Gesamtwertung.

Der wichtigste Grund für das Erstellen einer Rangfolge von Ländern ist der Wunsch, eine komplexe Realität der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Vergleich einzelner Länder anhand ihrer WVI-Platzierung ist jedoch nur innerhalb desselben Erfassungszeitraumes möglich; will man die Situation von Ländern aus unterschiedlichen Zeiträumen vergleichen, so kann dies nur anhand der Punktwertung geschehen. Sowohl die WVI-Platzierungen als auch die Gesamtpunktzahl sind nur in Zusammenhang mit den jeweiligen Länderprofilen zu verstehen, in denen die Besonderheiten der Verfolgungssituationen dargelegt werden.

Empfehlungen zum Gebrauch des Weltverfolgungsindex (2020)

Christof Sauer (Autorenvorstellung siehe S. 53)
mit Unterstützung von Frans Veerman

Dieser Beitrag erschien ursprünglich in: Texte zur Diskussion, Nr. 1 (3. rev. Aufl. 2020), unter: https://www.fthgiessen.de/wp-content/uploads/pdf/PRFCV_Empfehlungen-WVI-2020.pdf. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

20 Empfehlungen

Der Weltverfolgungsindex von Open Doors und das ihm zugrundeliegende Zahlenwerk gehören zu den meist zitierten – und manchmal auch fehlzitierten oder missverstandenen – Instrumenten zur Messung von Diskriminierung oder Verfolgung von Christen und Verletzungen der Religionsfreiheit. Die folgenden Vorschläge und Empfehlungen wollen zu einem besseren Verständnis des Weltverfolgungsindex (WVI) und zu einer Versachlichung der Diskussion über die zahlenmäßige Erfassung von Verfolgung beitragen.

1. Es muss genau auf die *Hintergründe und Zusammenhänge* der verschiedenen Zahlenangaben geachtet werden, um zu unterscheiden, was sie besagen und was nicht.
2. Auch wenn viele Zahlen genannt werden, betonen die Verfasser des WVI zu Recht, dass es letztlich um *Menschen* aus Fleisch und Blut und ihre Schicksale geht und in diesem Fall speziell um *Christen*.
3. Der WVI verwendet den Begriff „*Verfolgung*“ in Bezug auf eine *breite Skala von Phänomenen*, die sowohl Druck als auch Gewalt umfasst und die alltägliche Erfahrungen von Christen vor Ort widerspiegelt.
4. Der *Berichtszeitraum* des Weltverfolgungsindex ist nicht völlig mit dem Kalenderjahr identisch. Der aktuelle WVI 2020 *bezieht sich auf die Zeit vom 1. November 2018 bis zum 31. Oktober 2019*.
5. Die angegebene Zahl von *betroffenen Christen* (WVI 2020: 260 Millionen) ist eine Mindestzahl, keine vollständige Gesamtzahl für die weltweite Situation.

6. Bei der Angabe zur Zahl der *Christen*, die im Berichtszeitraum *im Zusammenhang mit ihrem Glauben getötet* wurden, handelt es sich um eine Mindestzahl für die problematischsten 50 Länder auf dem Index, sowie weitere 23 Länder, die ein „hohes Niveau an Verfolgung“ aufweisen.
7. Die Bedeutung der *Rangfolge der Länder* auf dem Weltverfolgungsindex darf nicht überbewertet werden.
8. Die *Punktezahleines Landes* ist aussagekräftiger als die Position auf der Rangfolge. Vergleiche sollten daher immer auf der Ebene der Punktezahldurchgeführt werden.
9. Bei *Veränderungen der Punktezahleines Landes* müssen erst Ursachen wie eine Korrektur der Einschätzung oder bessere Informationslage ausgeschlossen werden, bevor von einer faktischen Veränderung der realen Situation gesprochen werden kann.
10. Jeglicher Versuch Religionsfreiheit oder Verfolgung zu messen, kann im Ergebnis *nur eine Annäherung an die Wirklichkeit* bedeuten. Das gilt auch für das methodische Verfahren des WVI, so ausgefeilt es auch sein mag.
11. Zum Verständnis der Situation in einzelnen Ländern und zur Interpretation ihrer Punktezahle ist es unerlässlich, die detaillierten *Länderberichte* zu konsultieren.
12. Die Situation in ein und demselben Land unterscheidet sich in der Regel geographisch und in ihrer Auswirkung auf verschiedene Gruppen.
13. Der Weltverfolgungsindex hat *eine nicht-lineare Skala*.
14. Die Situation von *besonders stark betroffenen Gruppen von Christen* fällt dann überproportional stark ins Gewicht, wenn nicht alle Gruppen gleichermaßen betroffen sind, obwohl manche der betroffenen Gruppen in absoluten Zahlen vielfach nur einen kleineren oder gar minimalen Anteil an der christlichen Bevölkerung ausmachen.
15. *Erlittene Gewalt* macht als Kriterium nur ein Sechstel der möglichen Punktezahleines Landes aus. Dies ist mit Bedacht so gewählt, damit die Vielfalt der Formen von Druck auf Christen nicht übersehen wird.
16. Die *Gewaltskala* ist für *geringe Zahlen von Gewalt- und Todesfällen besonders sensibel*, denn die Vergabe der Punkte für Gewalttaten erfolgt nicht linear, sondern sinkt exponentiell und ist zudem nach oben gedeckelt.
17. Es ist nahezu unmöglich, dass ein Land die *Höchst-Punktzahl* von 100 Punkten erreicht. Das hängt daran, dass der WVI eine Vielfalt von Verfolgungsphänomenen abfragt, die aber kaum alle gleichzeitig vorkommen.

Kaum irgendwo sind Gewalt und Druck in allen Lebensbereichen zugleich voll ausgeprägt.

18. Die jährlich auf dem WVI genannten *50 Länder* bilden keinen Gesamtbefund ab, sondern nur die schlimmsten Fälle, die nach dieser Vergleichsmethode unter den untersuchten Ländern ermittelt wurden.
19. *Entscheidungen zum Einsatz oder zum Verzicht auf Einsatz für Christen* in den genannten Ländern dürfen aus all den obengenannten Gründen nicht allein vom Rang oder der Punktezahl dieser Länder auf dem Weltverfolgungsindex abhängig gemacht werden – insbesondere nicht von ihrer Platzierung unter den ersten 10 oder 50.
20. Die *beste und originale Quelle* zu allen Details des Weltverfolgungsindex sind die Dokumentationen der Forschungsabteilung World Watch Research auf www.opendoorsanalytical.org.

Detaillierte Erläuterungen

Der Weltverfolgungsindex von Open Doors und das ihm zugrundeliegende Zahlenwerk gehören zu den meist zitierten – und manchmal auch fehlzitierten oder missverstandenen – Instrumenten zur Messung von Diskriminierung oder Verfolgung von Christen und Verletzungen der Religionsfreiheit.

Der Verfasser¹ hat World Watch Research, die Forschungsabteilung von Open Doors International, von 2011–2013 als unabhängiger Experte bei der Verbesserung der Erhebungsmethodik des Weltverfolgungsindex beraten. Seit 2014 leitet er jedes Jahr die Begutachtung der Ergebnisse des Weltverfolgungsindex durch das Internationale Institut für Religionsfreiheit.

¹ Dr. Christof Sauer ist Professor für Religionsfreiheit und Erforschung der Christenverfolgung an der Freien Theologischen Hochschule Gießen sowie in Teilzeit Professor of Religious Studies and Missiology an der Evangelisch-Theologischen Faculteit Leuven, Belgien. Er ist Mitbegründer und Co-Director des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn – Kapstadt – Colombo – Brüssel/Genf – Brasilia). Er lebt einen Teil des Jahres in Kapstadt, Südafrika, und hat sich mit einer Arbeit zu Martyrium und Mission an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel habilitiert. Kontakt: sauer@fthgiessen.de; Facebook: PRFCV (Deutsch); [christof.sauer.12](https://www.facebook.com/christof.sauer.12) (Englisch). Frans Veerman hat als Direktor von World Watch Research, der Forschungsabteilung von Open Doors International, die von Christof Sauer verfassten Text kritisch geprüft, und gemeinsam mit Mitarbeitern seiner Abteilung nichtöffentliche Detail- und Sachinformationen beigetragen und Korrekturen vorgeschlagen.

Aufs Ganze gesehen ist der Weltverfolgungsindex ein nützliches Instrument zum Verstehen von Diskriminierung und Verfolgung von Christen, wenn er denn richtig verstanden und – innerhalb seiner Grenzen – angemessen gebraucht wird.

Mit den nachfolgenden Empfehlungen und Erläuterungen soll zu einem besseren Verständnis des Weltverfolgungsindex (WVI) und zu einer Versachlichung der Debatte um die zahlenmäßige Erfassung von Verfolgung beigetragen werden.

1. Hintergründe und Zusammenhänge von Zahlenangaben:

Es muss genau auf die Hintergründe und Zusammenhänge der Zahlenangaben geachtet werden, um zu unterscheiden, was sie besagen und was nicht.

Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch bei der Berufung auf den WVI, wie auch der Kritik daran, können insbesondere hinsichtlich der Zahlenangaben und Vergleiche regelmäßig eine Reihe von Oberflächlichkeiten, Missverständnissen, Fehlinterpretationen und Überstrapazierungen beobachtet werden. Ein angemessener Gebrauch und eine angemessene Kritik zieht die Zahlen und Vergleiche nur im Rahmen ihrer Aussageintention heran und unterscheidet sorgfältig die jeweiligen Referenzrahmen.

2. Die Zahlen weisen auf Menschen:

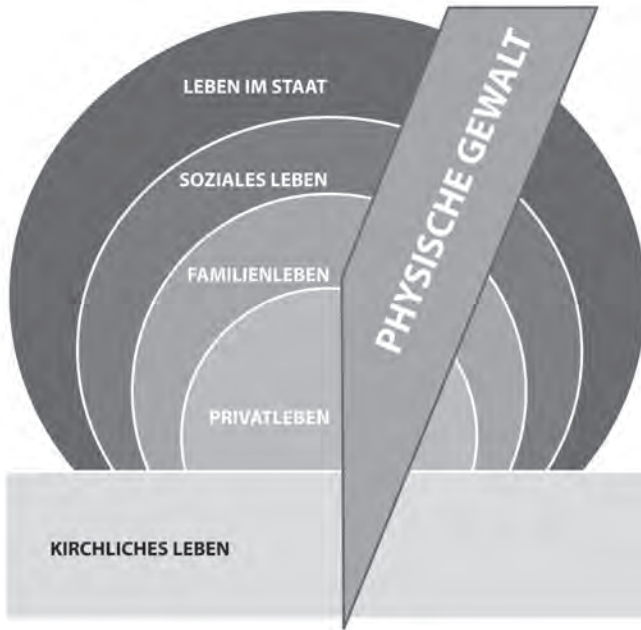
Auch wenn viele Zahlen genannt werden, betonen die Verfasser des WVI zu recht, dass es letztlich um Menschen aus Fleisch und Blut und ihre Schicksale geht und zwar speziell um Christen.

Diese Fokussierung auf Christen ist vertretbar, denn solche Erhebungen erfordern einen enormen Aufwand, doch die Mittel und das Personal sind beschränkt. Zum anderen zeigt die Erfahrung, dass umfassende Religionsfreiheitsberichte, die mehrere oder alle Religionen und Weltanschauungen berücksichtigen, einzelnen Gruppen nur beschränkten Raum gewähren können. Gerade aufgrund seiner Konzentration erreicht der WVI – im Vergleich zu den meisten anderen regelmäßigen Länderberichten – die größte Informationstiefe und -dichte im Blick auf Christen. Es muss also nicht jeder Verfolungsbericht notwendigerweise alle Weltanschauungsgruppen berücksichtigen. Auf einzelne Gruppen konzentrierte Berichte haben ebenfalls ihren Stellenwert.

Zugleich weist der WVI in seinen begleitenden Länderprofilen² in einem kurzen Abschnitt darauf hin, wo Anhänger anderer Religionen oder Religionslose in den jeweiligen Ländern ebenfalls von Diskriminierung und Ver-

² World Watch Research bietet je 25 Seiten umfassende Dossiers auf Englisch für über 70 Län-

folgung betroffen sind. Für Details zu weiteren Gruppen können also andere Berichte ergänzend zu Rate gezogen werden, wie zum Beispiel der Bericht der „Humanists International“ im Blick auf Humanisten, Atheisten, Rationalisten, Säkularisten, Agnostiker und Freidenker.



Messkategorien im Weltverfolgungsindex (Verwendung der Grafik mit Genehmigung von Christof Sauer (IIRF).

3. Verfolgung umfasst Druck und Gewalt:

Der WVI verwendet den Begriff „Verfolgung“ in Bezug auf eine breite Skala von Phänomenen, die sowohl Druck als auch Gewalt umfasst und die alltäglichen Erfahrungen von Christen vor Ort widerspiegelt.

Darin eingeschlossen sind rechtliche, administrative und gesellschaftliche Einschränkungen der Religionsfreiheit, Verletzung der Religionsfreiheit durch staatliche und nichtstaatliche Akteure, wie auch glaubensbezogene

der auf der Open Doors Analytical Website an: <http://opendoorsanalytical.org/country-dossiers/>.

Diskriminierungen, die nach den Menschenrechtsnormen keine oder weniger schwerwiegende Verletzung der Religionsfreiheit darstellen. Dazu gehören alltagsweltlicher Druck und Belästigung, wie dass man z.B. selbst im engsten Familienkreis nicht ohne Risiko über seinen Glauben sprechen kann oder aufgrund seines Glaubens von Familienmitgliedern oder der Kontaktaufnahme mit gleichgesinnten Christen ausgegrenzt wird. Weitere Beispiele sind: Belästigung von christlichen Kindern in der Schule aufgrund des Glaubens ihrer Eltern, innerfamiliäre Enterbung oder Druck zur Scheidung nach Konversion, psychischer Druck und Missbrauch, gesellschaftlicher Druck bezüglich religiös motivierter Kleidungsvorschriften, sowie nichtstaatliche Überwachung und Bespitzelung. Die Diskriminierung bei Anstellungen und beim Zugang zu grundlegender sozialer Versorgung fällt ebenfalls in diese Kategorie.

4. Der Berichtszeitraum des WVI:

Der Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex ist nicht völlig mit dem Kalenderjahr identisch. Der aktuelle WVI 2020 bezieht sich auf die Zeit vom 1. November 2018 bis zum 31. Oktober 2019.

Das ist insofern wichtig, als Ereignisse nach dem 1. November 2019 nicht mit in die Auswertung einfließen, die für den Leser aber aufgrund ihrer eventuellen Erwähnung in den Medien zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des WVI besonders im Vordergrund stehen könnten. Außerdem wird eine Banalität manchmal von den Benutzern des WVI vergessen: Kein Zitat von Zahlenangaben ohne Zeitangabe! Jegliche Zählung von Ereignissen oder Zuständen muss sich immer auf einen fest definierten Zeitraum oder Zeitpunkt beziehen.

5. Die Zahl verfolgter Christen:

Die angegebene Zahl von betroffenen Christen (WVI 2020: 260 Millionen)³ ist eine Mindestzahl, keine vollständige Gesamtzahl für die weltweite Situation.

Sie bezieht sich nur auf die von Open Doors untersuchten Länder, die unter die Top 50 fallen, in denen es am schwierigsten ist als Christ zu leben. In all diesen Ländern wurde ein „extremes“, „sehr hohes“ oder „hohes Niveau an Verfolgung“ ausgemacht.⁴ Es handelt sich um eine sorgfältige Einschätzung, die auf Länderebene erfolgt und nur den Anteil der dort mutmaßlich betroffenen Christen berücksichtigt.

³ Die Summe der Berechnung beläuft sich auf 258 926 400.

⁴ Im WVI 2020 wurden weitere 23 Ländern mit einem „hohen Niveau an Verfolgung“ jenseits der Top 50 ausgemacht. In diesen sind weitere 53 516 700 Christen betroffen. Zusammenge-

6. Die Zahl der getöteten Christen:

Bei der Angabe zur Zahl der Christen, die im Berichtszeitraum im Zusammenhang mit ihrem Glauben getötet wurden, handelt es sich um eine Mindestzahl für die problematischsten 50 Länder auf dem Index, sowie weitere 23 Länder, die ein „hohes Niveau an Verfolgung“ aufweisen.⁵

Hier wird jedoch darauf verzichtet eine weltweite Einschätzung zu geben.⁶ Die Zahl wird auf Länderebene erhoben. Wo immer aufgrund der Informationslage möglich, basiert sie auf dokumentierten Einzelfällen, von denen nur solche berücksichtigt werden, in denen Glaubensgründe eine plausible Ursache und ein Mindestmaß an Details bekannt sind. In den Ländern, in denen solche Informationen aufgrund des Ausmaßes und der verworrenen Situation nicht vorliegen, erfolgt eine konservative Einschätzung über indirekte Evidenz. Das gleiche betrifft die Zahlen über Anschläge auf öffentliche christliche Gebäude oder deren Zerstörung und andere Gewaltakte.

7. Länder-Rangfolge des WVI:

Die Bedeutung der Rangfolge der Länder auf dem Weltverfolgungsindex darf nicht überbewertet werden.

Ein Vergleich der Position zum vorhergehenden Berichtsjahr ist nur dann sinnvoll, wenn eine starke Abweichung verzeichnet wird, die nachweislich nicht allein auf das veränderte Punkten anderer Länder, bessere Informationslage oder andere Faktoren zurückzuführen ist.

Aussagen über Veränderungen oder gar Trends bedürfen daher großer Sorgfalt. Die Veränderung von Zahlen oder Werten von einem Jahr auf das andere belegt noch keinen Trend. Dafür bedarf es der Betrachtung in einem größeren Zeitraum bei gleichbleibenden methodischen Bedingungen. Ein erster Versuch in diese Richtung wurde nunmehr mit dem neu eingeführten Abschnitt „5-Jahres Trends“ in den Länderprofilen des WVI gemacht.

nommen würde das die Summe auf 312 443 100 Christen bringen.

⁵ Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2020 wurden mindestens 2983 Todesopfer erfasst bzw. geschätzt. Im WVI 2019 waren es 4305, im WVI 2018 waren es 3066, im WVI 2017 waren es 1207 und im WVI 2016 waren es 7106 Christen. 23 Länder mit 41 oder mehr Punkten werden über die Top 50 Länder hinaus ebenfalls beobachtet.

⁶ Für den WVI 2019 wurde versucht eine weltweite Einschätzung zu geben. Dazu wurde auf das Dokumentationsarchiv der Intoleranz gegen Christen (<http://www.intoleranceagainst-christians.eu/advanced-search.html>) und weitere Quellen zurückgegriffen. Dies erhöhte die weltweite Gesamtzahl um 22 Christen.

8. WVI-Punkte aussagekräftiger als Rang:

Die Punktezahl eines Landes ist aussagekräftiger als die Position auf der Rangfolge. Vergleiche sollten daher immer auf der Ebene der Punktezahl durchgeführt werden.

So stieg beispielsweise Algerien von Rang 22 auf dem WVI 2019 auf Rang 17 im WVI 2020, erhielt aber nur 3,9 Punkte mehr als im vorhergehenden Bewertungszeitraum. Ähnliche Bewegungen gelten im Blick auf Marokko (von Rang 35 auf 26) und Katar (von Rang 38 auf 27) bei jeweils 3–4 Punkten mehr.

9. Wenn Länder-Punkte sich ändern:

Bei Veränderungen der Punktezahl eines Landes müssen erst Ursachen wie eine Korrektur der Einschätzung oder bessere Informationslage⁷ ausgeschlossen werden, bevor von einer faktischen Veränderung der realen Situation gesprochen werden kann.

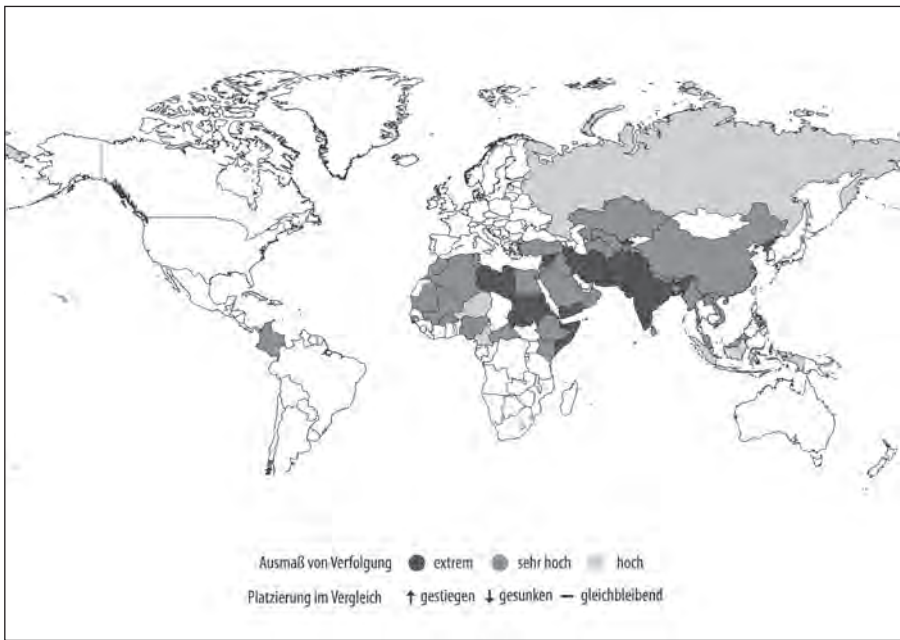
So gab es beispielsweise im WVI 2020 bei 19 Ländern Änderungen der Punktezahl um +/-2 unter den Top 50, wobei 3 Änderungen zum Teil durch Verbesserungen der Einschätzungskapazität (scoring improvements) bedingt waren (Irak) oder durch eine Neueinschätzung im Vergleich mit einem Nachbarland (Katar, Oman).

10. Nur Annäherung an Wirklichkeit:

Jeglicher Versuch Religionsfreiheit oder Verfolgung zu messen, kann im Ergebnis nur eine Annäherung an die Wirklichkeit bedeuten. Das gilt auch für das methodische Verfahren des WVI, so ausgefeilt es auch sein mag.

Die Punktezahl für jedes Land beruht auf einer umfangreichen Erhebung einzelner Faktoren aus fünf Lebensbereichen und verschiedener Arten der Gewaltanwendung. Das zentrale Anliegen dabei ist, eine Vielfalt sehr unterschiedlicher Phänomene vergleichbar zu machen. Ändert man die Gewichtung der Faktoren in diesem Modell, ergibt sich auch eine etwas andere Punktezahl. Außerdem muss ein möglicher Unschärfefaktor von bis zu +/- 2 Punkten, mindestens aber von +/-0,5 Punkten, berücksichtigt werden. Der Index ist darüberhinaus tendenziell so angelegt, Situationen eher zu unter-

⁷ Eine Veränderung der Informationslage oder das Nichtvorhandensein tiefschürfenderer Forschung wurden beim WVI 2020 in 7 Fällen unter den Top 50 Ländern der Liste angegeben. Zum Beispiel war es in Afghanistan und im Jemen sehr schwierig überprüfbare Informationen zu sammeln.



Die 50 Länder des Weltverfolgungsindex 2020; © Open Doors Deutschland.

schätzen, wenn keine präzisen nachweisbaren Informationen von den Informanten vorgelegt werden. Entsprechend kann die Punktezahl auch dann steigen, wenn sich die Informationslage bessert.

11. Länderberichte unerlässlich für Verständnis:

Zum Verständnis der Situation in einzelnen Ländern und zur Interpretation ihrer Punktezahl ist es unerlässlich, die detaillierten Länderberichte zu konsultieren.

Diese beruhen jeweils auf der kritischen Auswertung der Feldforschung, den Einschätzungen von Experten, der vertiefenden hausinterner Forschung und einer Vielzahl von fremden Berichten, Veröffentlichungen und Medienberichten, deren Dokumentation oft hunderte von Seiten einnimmt.

12. Landessituationen oft uneinheitlich:

Die Situation in ein und demselben Land unterscheidet sich in der Regel geographisch und in ihrer Auswirkung auf verschiedene Gruppen. Verschiedene Kategorien von Christen sind in den einzelnen Ländern meist unterschiedlich stark betroffen. Während alt eingessene christliche Gemeinschaften mög-

licherweise toleriert oder sogar akzeptiert werden, kann es zugleich zu intensiver Verfolgung nicht-traditioneller christlicher Gemeinschaften und von Konvertitengemeinschaften kommen.

Zusätzlich kann es große Unterschiede je nach geographischem Gebiet geben. Manchmal führt die religiöse Demographie und Zusammensetzung verschiedener Teile des gleichen Landes zu Situationen, in denen ein bestimmter Teil des Landes ein hohes Maß an Verfolgung verzeichnet während es in anderen Landesteilen viel niedriger ist.

Auch zwischen urbanen Zentren und ländlichen Gebieten mag ein dramatischer Gegensatz bestehen. Besonders groß ist die teils gegensätzliche Vielfalt der Situationen in bevölkerungsreichen und flächengroßen Ländern.

13. Nicht-lineare Skala:

Der Weltverfolgungsindex hat eine nicht-lineare Skala. Wenn ein Land doppelt so viele Punkte erhält wie ein anderes, bedeutet das daher nicht, dass die Verfolgung dort doppelt so stark und häufig ist. Die Stärke des WVI besteht im Aufspüren und Beschreiben von Situationen, in denen Christen besonders häufig, intensiv, vielfältig und in großer Breite diskriminiert oder anderweitig verfolgt werden.

14. Stark betroffen Gruppen von Christen:

Die Situation von besonders stark betroffenen Gruppen von Christen fällt dann überproportional stark ins Gewicht, wenn nicht alle Gruppen gleichermaßen betroffen sind, obwohl manche der betroffenen Gruppen in absoluten Zahlen vielfach nur einen kleineren oder gar minimalen Anteil an der christlichen Bevölkerung ausmachen.

Deshalb ist der Weltverfolgungsindex besonders sensibel für die Situation von Konvertiten⁸ und auch von vergleichsweise jüngeren christlichen Kirchen und Gruppen (wie evangelikalen oder Pfingst-Kirchen und Erneuerungsbebewegungen in alten Kirchen).

15. Gewalt gegen Christen:

Erlittene Gewalt macht als Kriterium nur ein Sechstel der möglichen Punktezahl eines Landes aus. Dies ist mit Bedacht so gewählt, damit die Vielfalt der Formen von Druck auf Christen nicht übersehen wird.

⁸ Es ist davon auszugehen, dass die Zahl von bekannten Konvertiten viel höher wäre, wenn der gesellschaftliche und staatliche Druck gegen Konversion oder ihre Öffentlichmachung geringer wäre.

Dank der differenzierten Erhebung können ebenfalls Ranglisten für Gewalt und einzelne Gewaltfaktoren angegeben werden, wie auch für die Länder mit dem höchsten Druck.

16. Gewaltskala:

Die Gewaltskala ist für geringe Zahlen von Gewalt- und Todesfällen besonders sensibel, denn die Vergabe der Punkte für Gewalttaten erfolgt nicht linear, sondern sinkt exponentiell und ist zudem nach oben gedeckelt.

Die Deckelung greift ab jeweils 10 Fällen, seien es Todesfälle, Angriffe auf Kirchen oder Vorfälle einer anderen Gewaltkategorie. Deshalb erhalten „Massenphänomene“ immer die gleiche Punktzahl für Gewalt, auch wenn die Situation in einem Land wesentlich ernster ist als in einem anderen.

Weiter muss man bedenken, dass die Methodologie die Häufigkeit der Vorfälle bei Gewaltakten nicht ins Verhältnis zur Zahl der Christen in einem Land setzt. Deshalb erreichen – wie zu erwarten ist – unter den gewaltanfälligeren Ländern diejenigen mit einer großen christlichen Bevölkerung potentiell leichter und häufiger die Maximalpunktzahl für jegliche Gewalttaten als Länder mit einer kleinen Bevölkerung und solche mit einer minimalen christlichen Bevölkerung.⁹

Die Faktenbasis ist aber transparent, denn die absoluten Zahlen können den Listen mit den Mindestzahlen zu 10 der 12 unterschiedenen Gewaltphänomene, wie Todesopfer, Anschläge auf Kirchen oder beispielsweise sexuelle Gewalt (v. a. gegen Frauen) entnommen werden.

17. Die Höchstpunktzahl:

Es ist nahezu unmöglich, dass ein Land die Höchst-Punktzahl von 100 Punkten erreicht. Das hängt daran, dass der WVI eine Vielfalt von Verfolgungsphänomenen abfragt, die aber kaum alle gleichzeitig in einem Land vorkommen. Kaum irgendwo sind Gewalt und Druck in allen Lebensbereichen zugleich voll ausgeprägt. Selbst die Länder an der Spitze des WVI, Nordkorea (94) oder Afghanistan (93), erreichen aus diesem Grund nicht die volle Punktzahl.

⁹ WVI 2019: Höchste Gewaltpunkte unter den Top 50 im Verhältnis zur gerundeten Zahl der Christen: Nigeria 16,7/93Mio Pakistan 16,7/4Mio, Ägypten 16,1/16,2Mio, Burkina Faso 15,6/5,2Mio Zentralafrikanische Republik 15,6/3,6Mio; Geringste Gewaltpunkte: Buthan 0/30T, Mauretanien 0,2/10T, Brunei 0,6/55T, Katar 1,1/220T, Malediven 0,7/ einige Tausend. Das trifft allerdings beispielsweise nicht auf folgende Länder mit einer geringen Christenzahl und trotzdem hohen Gewaltpunkten zu: Mali 13,7/461T, Libyen 9,6/38T, Nordkorea 11,1/300T, Afghanistan 10/Tausende, Somalia 9,4/Hunderte, Algerien 9,3/129T, Niger 9,3/62T; ebenso nicht auf vereinzelte Länder mit hoher Christenzahl und trotzdem geringen Gewaltpunkten: Kasachstan 1,7/4,8Mio und Malaysia 1,5/3Mio.

18. Die 50 Länder Liste:

Die jährlich auf dem WVI genannten 50 Länder bilden keinen Gesamtbefund ab, sondern nur die schlimmsten Fälle, die nach dieser Vergleichsmethode unter den untersuchten Ländern ermittelt wurden.

Die Beschränkung der veröffentlichten Liste auf 50 ist eine künstliche Grenze. Open Doors untersucht derzeit insgesamt 110 Länder intensiv, beobachtet alle Länder und Territorien der Welt auf Warnsignale. Open Doors veröffentlicht auch Informationen zu den besonders besorgniserregenden Ländern jenseits der Top 50.

19. Die Gefahr einseitiger Entscheidungskriterien:

Entscheidungen zum Einsatz oder zum Verzicht auf Einsatz für Christen in den genannten Ländern dürfen aus all den obengenannten Gründen nicht allein vom Rang oder der Punktezahl dieser Länder auf dem Weltverfolgungsindex abhängig gemacht werden – insbesondere nicht von ihrer Platzierung unter den ersten 10 oder 50.

Wenn also ein Spender nur deshalb Christen in einem Land nicht mehr unterstützen würde, weil es aus den obersten Zehn herausgefallen ist, wäre das eine fehlgeleitete Schlussfolgerung aufgrund einseitiger Entscheidungskriterien. Auch widerspricht es christlichen Idealen, wenn ein Land keine oder wenig Beachtung durch Christen findet, nur weil es im Vergleich zu anderen Ländern nicht so hoch auf dem Gesamtindex platziert ist oder sich nicht unter den obersten 50 befindet. Christliche Solidarität mit bedrängten und verfolgten Christen ist in allen Fällen unabhängig vom Härtegrad angesagt. Auch ein Einsatz, der die Verschlimmerung einer weniger extremen Situation verhindert, kann als eine sinnvolle Intervention betrachtet werden.

20. Die Open Doors Analytical Website:

Die beste und originale Quelle zu allen Details des Weltverfolgungsindex sind die Dokumentationen der Forschungsabteilung World Watch Research auf www.opendoorsanalytical.org.¹⁰

¹⁰ Die veröffentlichte Dokumentation des WVI 2019 auf Englisch umfasst fast 2.000 Seiten, wenn die Länder-berichte für die jenseits der Top 50 beobachteten Länder hinzugezählt werden. Über 100 Seiten befassen sich im Detail mit der Methodologie. Die Gesamtzusammenstellung ist hier zugänglich: Open Doors International/World Watch Research Unit, World Watch List 2020 Documentation (Compilation of all main documents; Country Dossiers), January 2020, www.opendoorsanalytical.org (password: freedom). Dies ist die derzeit umfassendste öffentlich zugängliche Dokumentation.

Wer den WVI ganz genau verstehen oder sich kritisch damit auseinandersetzen möchte, muss unbedingt darauf zugreifen. Es reicht nicht aus, bei den stärker für die Allgemeinheit aufbereiteten oder übersetzten Informationen der Länderabteilungen von Open Doors stehen zu bleiben. Im Zweifelsfall zählt die Originalquelle. Hier finden sich die vollständigsten, detailliertesten und aktuellsten Informationen.¹¹ Von Kritikern wird viel zu häufig ahnungslos und oft irrtümlich behauptet, dieses oder jenes wäre nicht offengelegt oder methodisch reflektiert, nur weil man sich nicht die Mühe macht, alle zugängliche Informationen zu lesen und auf das Original zurückzugreifen.

¹¹ Kaum ein Länderbüro von Open Doors veröffentlicht derart umfangreiche Dokumentationen zum WVI wie das in Deutschland, https://www.openddoors.de/sites/default/files/Open_Doors_WVI_Bericht_2020_signiert.pdf).

IGFM-Präsident mahnt Anerkennung des Genozids an den Pontosgriechen an

Dank an die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg

(Bonn, 05.06.2020) Ein Jahr nach dem 100. Gedenktag an den Beginn der Endphase des Genozids an Griechen im Pontosgebiet und Kleinasien hat der Präsident des Internationalen Rates der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Thomas Schirmacher, die Anerkennung des Genozids an den Pontosgriechen durch Bundestag und Bundesregierung angemahnt. Die geschätzten 770.000 Todesopfer und Millionen anderer Opfer und ihre Nachfahren, von denen viele auch in Deutschland leben, dürften nicht länger ignoriert werden.

Zugleich dankte er anlässlich des 101. Gedenktages am 19. Mai 2020 der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg für die Veröffentlichung des bahnbrechenden Werkes von Loukas Lymperopoulos ‚Die Pontosgriechen in Geschichte und Gegenwart‘, das im Detail belege, warum man von einem Völkermord sprechen müsse (Hamburg, 2020, 289 S., ISBN 978-3-946246-28-2). Erfreulicherweise werde das Werk auch kostenlos zum Download angeboten.

Anders als im Fall der Armenier, so Schirmacher, denen eine weltweite Lobby und ein eigenständiger Staat – Armenien – zur Seite standen, seien die Pontosgriechen lange in Vergessenheit geraten, da selbst Griechenland ihr Schicksal leugnete. Denn in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg sei es zu einer menschenrechtsverletzenden Aufnahme der Auslandsgriechen in Griechenland gekommen, zu der man sich erst jetzt stelle. Erst mit der Anerkennung des Genozids an den Pontosgriechen durch das griechische Parlament im Jahr 2004 sowie den Vorarbeiten dazu begann eigentlich die wissenschaftliche Aufarbeitung. Sie komme erst im Jahr 2020 mit dem neuen monumentalen Buch von Loukas Lymperopoulos zu einer gewissen Vollständigkeit.

Der Deutsche Bundestag ließ in seiner wichtigen Resolution zum Völkermord an den Armeniern vom 2. Juni 2016 die Pontosgriechen unerwähnt, kritisierte Schirmacher. Dabei hatten im Jahr zuvor der damalige Bundespräsident, Joachim Gauck, ebenso wie die Spitzen der Kirchen im zentralen Gedenkgottesdienst im Berliner Dom Armenier, Assyrer/Aramäer und Pon-



Thomas Schirmmacher während seines Vortrags (Foto: © BQ/Esther Schirmmacher).

tosgriechen in Bezug auf den Völkermord immer in einem Atemzug genannt, ebenso tat es zeitgleich Papst Franziskus. Das europäische Parlament hatte bereits am 27. September 2006 im Rahmen der Beitrittsverhandlungen der Türkei den Völkermord an allen *drei Gruppen vorgehalten*.

Am 19. Mai 2019 hatte sich das Jahresgedenken an den Beginn der Endphase des Genozids an Griechen im Pontosgebiet und in Kleinasien zum 100. Mal gejhrt. Die Vereine der Griechen aus Pontos des Landes Nordrhein-Westfalen, der Ausschuss zur Förderung der Aufarbeitung und Anerkennung des Genozids im Verband der Griechen aus Pontos in Europa (OSEPE) und das Institut für Diaspora- und Genozidforschung der Ruhr-Universität Bochum luden aus diesem Anlass zu einem Vortrag von Thomas Schirmmacher „Der Genozid an den Pontos-Griechen: Lehren aus der Geschichte für heute“ mit anschließender Podiumsdiskussion in die Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde Düsseldorf ein.

Im Auftrag der drei Veranstalter hielt Anastasia Dick, Vorsitzende des Ausschusses zur Förderung der Aufarbeitung und Anerkennung des Genozids im Verband der Griechen aus Pontos in Europa (OSEPE), eine Laudatio, die sie erst jetzt der Öffentlichkeit zugänglich machte.

Außerdem unterstützte Sylvia Pantel (CDU), MdB, Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis des Veranstaltungsortes, das Anliegen der Pontosgriechen durch ein Statement. Zudem fand eine Podiumsdiskussion zwischen dem Referenten, Prof. Dr. Thomas Schirmmacher, und Dr. Kamal Sido, Referent für

ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten der Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen), sowie Prof. Mihran Dabag, Institut für Diaspora und Genozid Forschung der Ruhr-Universität Bochum, statt.

Programm 19.5.2019

- 16:00 Uhr: Begrüßung und Eröffnung, Frau Anastasia Tsolakidou, Herr Paraskavas Lavasas
- 16:05 Uhr: Grußwort, Ilias T. Mavridis, Vorsitzender des Vereins der Griechen aus Pontos in Düsseldorf e.V.
- 16:10 Uhr: Grußwort Sylvia Pantel (CDU), MdB (Düsseldorf-Süd)
- 16:20 Uhr: Laudatio Anastasia Dick, Vorsitzende des Genozid Ausschusses der Pontos Griechen in Europa
- 16:25 Uhr: Vortrag: Der Genozid an den Pontos-Griechen: Lehren aus der Geschichte für Heute, Prof. Dr. Schirmmacher
- 17:00 Uhr: Podiumsdiskussion mit Fragen aus dem Publikum: Prof. Dr. Thomas Schirmmacher; Dr. Kamal Sido, Referent für ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen; Prof. Mihran Dabag, Institut für Diaspora und Genozid Forschung der Ruhr-Universität Bochum
- 17:50 Uhr: Schlusswort, Dimitrios Konstantinidis, Vorsitzender des Vereins der Griechen aus Pontos in Köln e.V.

BQ 652 – Nr. 34/2020

Erzbischof Anastasios ist einer der bedeutendsten Missions- und Religionswissenschaftler

Schirmmacher gratuliert seinem „väterlichen Freund“ zum Hemmerle-Preis

(Bonn, 06.04.2020) Thomas Schirmmacher hat dem Oberhaupt der Autokephalen Orthodoxen Kirche von Albanien, Anastasios Yannoulatos (90), zum Erhalt des Klaus-Hemmerle-Preises 2020 gratuliert und ihn als einen der bedeutendsten lebenden Missions- und Religionswissenschaftler bezeichnet. „Er hat nicht nur seit 50 Jahren bedeutende Missionsschriften verfasst, sondern den Missionsgedanken in die orthodoxe Kirche zurückgebracht“, so Schirmmacher. Dass er schließlich selbst drei Jahrzehnte lang als Missionar und Hirte die Kirche in Albanien aus dem Nichts wieder aufgebaut hat, be-



Kirchliche Prominenz bei der Preisverleihung (Foto: © BQ/Esther Schirrmacher).

weist die tiefe Überzeugung, aus der heraus er geschrieben hat. Anastasios sei ein „väterlicher Freund“ und seine Berufung ein Glücksgriff für ganz Albanien.

Die Auszeichnung der Fokolar-Bewegung wurde dem Erzbischof von Tirana und Oberhaupt der größten Kirche von Albanien im Aachener Dom überreicht. Der katholische Ortsbischof Helmut Dieser hob Yannoulatos' Rolle als Wegbereiter der Ökumene und des interreligiösen Dialogs hervor. Der Preisträger habe „Menschen zusammengeführt, sie sprachfähig miteinander gemacht und Brücken gebaut“, sagte Dieser.

In seiner Laudatio würdigte der vatikanische „Ökumene-Minister“ Kurt Kardinal Koch das missionarische Wirken des Preisträgers. „Wir brauchen geistliche Vitaminspritzen, die wir bei Ihnen in überzeugender Weise finden“, sagte er an Yannoulatos gewandt. Koch hob zudem dessen Rolle beim Wiederaufbau der Autokephalen Orthodoxen Kirche Albaniens nach dem Kommunismus hervor.

Erzbischof Yannoulatos stammt aus Griechenland. Er wirkte als Missionar und Friedensstifter in Afrika. 1991 wurde er nach Albanien geschickt, um die zerstörte Autokephale Orthodoxe Kirche nach Jahren eines rigiden staatlich verordneten Atheismus wieder aufzubauen. 1992 wurde Yannoulatos vom Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios zum Erzbischof von Tirana, Dures und ganz Albanien ernannt.

Der zum neunten Mal verliehene Preis erinnert an den früheren Aachener Bischof Klaus Hemmerle (1929–1994). Die Fokolar-Bewegung ehrt damit nach eigenen Angaben „Persönlichkeiten, die als Brückenbauer den Dialog zwischen den Kirchen, Religionen und Weltanschauungen fördern“. Die undotierte Auszeichnung wird alle zwei Jahre vergeben. 2018 ging sie an den früheren Landesrabbiner Henry G. Brandt.

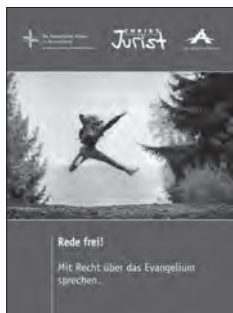
Die ökumenische Fokolar-Bewegung, zu der Hemmerle gehörte, wurde 1943 von Chiara Lubich in Trient gegründet. Die religiöse Laien-Gruppierung mit weltweit rund 120.000 Mitgliedern in 180 Ländern will Einheit und Geschwisterlichkeit in Kirchen und Gesellschaft hineinragen.

Die Jury begründet ihre Entscheidung mit Verweis auf eben dieses Engagement als Glaubensbereiter in einem kommunistisch-atheistisch geprägten Land und lobt Yannoulatos Einsatz im Dialog zwischen Muslimen und Christen sowie im ständigen Vermitteln zwischen den christlichen Kirchen.

Sein unermüdlicher Einsatz für Bildung, Gesundheit, Entwicklung und insbesondere für die Jugend in Albanien habe dem überzeugten Europäer auch zu einem Ruf als Vermittler bei der Integration Albaniens in ein vereintes Europa verholfen.

BQ 640 – Nr. 22/2020

„Europa hat der Evangelischen Allianz in Sachen Religionsfreiheit viel zu verdanken.“



Cover ‚Rede frei!‘

(Bonn, 05.08.2019) „Rede frei! Bekenne frei!“ Unter diesem Motto trafen sich rund 100 christliche Juristen und Juristinnen zur Bundestagung 2019 von „Christ und Jurist“.

Auf der Bundestagung fand auch der Launch der druckfrischen Broschüre ‚Rede frei! Mit Recht über das Evangelium sprechen‘ statt. Dieser Ratgeber wurde gemeinsam von der Deutschen Evangelischen Allianz, von Christ und Jurist und von ADF International entwickelt. Zum Launch wurden Rechtsanwältin Astrid Bittner und Rechtsanwalt Mark Bittner interviewt, die für den ersten Entwurf einen großen Teil der Inhalte

beigesteuert hatten, der alte und der neue Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb und Dr. Reinhardt Schink, außerdem



Thomas Schirmacher bei seinem Vortrag bei Christ + Jurist (Foto: © BQ/Warnecke).

Dr. Thomas Schirmacher, Stellvertretender Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz, der an der Broschüre mitgewirkt hatte und in einer Einführung darlegt, wofür die Broschüre gedacht ist.

In seinem Vortrag „Warum christlicher Wahrheitsanspruch und Religionsfreiheit zusammengehören“ vertrat Schirmacher, dass Mission zutiefst zum Wesen der Kirche gehört. Der richtig verstandene Missionsauftrag setze aber die Anerkennung der Freiheit, sich für oder gegen den Glauben zu entscheiden, voraus. Schirmacher verwies auf die 2011 von dem Ökumenischen Rat der Kirchen, dem Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog und der Weltweiten Evangelischen Allianz veröffentlichte Erklärung ‚Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt‘. Dieses Dokument bezeichnete Schirmacher als Plädoyer für die Religionsfreiheit und als „offizielles Schlussdokument für das konstantinische Zeitalter“ – das heißt als Ende der Ära, in der die Großkirchen versuchten, mithilfe des Staates Menschen zum Glauben zu bekehren.

„Europa hat der Evangelischen Allianz in Sachen Religionsfreiheit viel zu verdanken“, so Schirmacher weiter. Die Evangelische Allianz habe bei ihrer Gründung zum Ziel gehabt, dass das Evangelium einheitlich verkündet werde. Die Kehrseite sei damals die Akzeptanz der Religionsfreiheit gewesen. Schirmacher betont, bis heute gelte: „Man muss dem anderen die völlige Freiheit lassen, sich dafür oder dagegen zu entscheiden.“ Dieses Eintreten für Religionsfreiheit sei 1846 noch kein politisches Konzept gewesen, und für

viele noch etwas Unerhörtes. „Die Katholische Kirche war damals auf dem Höhepunkt der Ablehnung der Religionsfreiheit.“ In gewisser Weise schulde Europa der Evangelischen Allianz bis heute Dank.

BQ 590 – Nr. 26/2019

Die Weltweite Evangelische Allianz hat jetzt einen Botschafter bei der Russisch-Orthodoxen Kirche

(Bonn, 06.09.2019) Die Weltweite Evangelische Allianz (WEA) hat einen Botschafter für die Russisch-Orthodoxe Kirche ernannt. Dr. Vitaly Vlasenko wurde entsprechend den Regeln der WEA von den Moderatoren des Office for Intrafaith and Interfaith Relations (Bonn), Bischof Thomas Schirmmacher und Bischof Cesar III. Punzalan, vorgeschlagen und vom Generalsekretär der WEA, Bischof Efraim Tendero, ernannt. Kyrill I., Patriarch von Moskau und ganz Rus, nahm die Berufung entgegen.

Die für die ökumenischen Beziehungen zuständigen Abteilungen der Weltweiten Evangelischen Allianz und der Russisch-Orthodoxen Kirche (Department of External Church Relations of the Moscow Patriarchy, DECR) haben zudem in Moskau eine engere Abstimmung vereinbart. Es war das dritte Treffen dieser Art. Das Gespräch führten Schirmmacher und Vlasenko mit Erzpriester Father Stefan (Igunnov), Secretary for Inter-Christian Relations des DECR.

Die Gespräche fanden ausdrücklich zwischen der Weltweiten Evangelischen Allianz und der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) als globaler Körperschaft statt und schlossen damit die autonomen orthodoxen Kirchen mit ein, die der ROK verbunden sind. Die Beziehung zwischen der Russischen Evangelischen Allianz und der Russisch-Orthodoxen Kirche als größter innerrussischer Religionsgemeinschaft waren nicht Gegenstand der Gespräche.

Allerdings hatten Schirmmacher und Vlasenko vor- und nachher den Vorstand der Russischen Evangelischen Allianz besucht und auf einer Konferenz aller führenden evangelikalen Pastoren des Landes gesprochen. Sie fand anlässlich des 150. Geburtstags der berühmten religiösen Persönlichkeit I. S. Prokhanov in der Öffentlichen Kammer der Russischen Föderation statt. In seiner Begrüßungsrede stellte Dr. Thomas Schirmmacher fest, dass I.S. Prochanow ein Vertreter der Weltweiten Evangelischen Allianz war und sehr viel für die Einheit und Entwicklung der evangelikalen und evangelischen Bewegung in Russland getan hat.



(v. r. n. l.): Dr. Vitaly Vlasenko, Thomas Schirmmacher, Erzpriester Father Stefan (Igunnov), Sekretär für innerchristliche Beziehungen der ROK (Foto: © BQ/Thomas Schirmmacher).

Außerdem führten Schirmmacher und Vlasenko Gespräche mit Peter Valterovich Mickiewicz, Präsident der Union der Evangeliums-Christen-Baptisten in Russland (Union of Evangelical Christians-Baptists of Russia), und mit Bischof Pavel Vladimirovich Orekhov, Vorsitzender des Hohen Rates der Evangelical Christian Church und Direktor des International Institute for the Study of the Evangelical Movement of the CIS der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau. Zudem fand ein Pressefrühstück mit zahlreichen Medienvertretern statt.

In einem früheren Treffen sprach Schirmmacher mit dem für die Kirchen und Religionen zuständigen Berater Putins, Yevgeny Eremin, ‚*Head of the Department for Relations with Religious Organizations of the Office of the President of the Russian Federation on Domestic Politics*‘, über Religionsfreiheit in Russland und verhandelte mit hochrangigen orthodoxen Kirchenführern und Theologen sowie orthodox geprägten Politikern.

Dr. Vitaly Vlasenko ist seit 1995 als Pastor und Missionar tätig. 2005–2012 war er Präsident des Rates der Christlichen Evangelikalen Kirchen Russlands, 2005–2014 Präsident des Russischen Nationalen Gebetsfrühstücks, 2007–2016 stellvertretender Vorsitzender des Christlichen Interreligiösen Beratenden Ausschusses der GUS-Länder und 2007–2017 Leiter der Abteilung ‚Außenkirchenbeziehungen‘ der Russischen Union der Baptisten.

BQ 596 – Nr. 32/2019

Thomas Schirmmacher veröffentlicht ausführliche Kritik des „Handbuch Evangelikalismus“



WEA Bulletin Nr. 4/August 2019 (WEA Department of Theological Concerns): Handbuch Evangelikalismus – eine sehr ausführliche Rezension und Stellungnahme.

(Bonn, 16.09.2019) Thomas Schirmmacher, einer der besten Kenner der evangelikalischen (und der religiösen) Szene weltweit, hat eine umfangreiche Kritik zum „Handbuch Evangelikalismus“ veröffentlicht. Er tut dies einerseits als Religionssoziologe, der selbst an der Forschung beteiligt ist, und andererseits auch als Repräsentant der Weltweiten Evangelischen Allianz. Schirmmacher geht sowohl auf das gesamte Handbuch als auch auf die Kapitel und Einzelthemen ausführlich ein. Generell kommt er zu dem Schluss: Unter „Ziel und Anspruch des Handbuchs“ heißt es: „Als erstes deutschsprachiges Handbuch zum Thema Evangelikalismus ist der Anspruch dieses Bandes, einen systematischen Überblick über historische Entwicklungslinien, geografische Besonderheiten und zentrale Themen zu geben. ... Ziel ist es, das Thema Evangelikalismus in seiner historischen Tiefe, globalen Aus-

breitung und sozialen Vielgestaltigkeit systematisch durch Überblicksartikel in den Blick zu nehmen.“

Diesem Anspruch wird das Buch nicht gerecht. Und zwar nicht deswegen, weil es Mangel an Informationen gäbe. Weite Bereiche, zu denen längst gründliche Untersuchungen vorliegen, werden trotzdem nicht dargestellt oder so, als wüsste man noch nicht viel. Thematisch steht eher im Vordergrund, was die einzelnen Autoren bisher jeweils selbst behandelt haben, nicht ein Überblick über vorhandene Forschung.

Der historische Anspruch wird nicht eingelöst, denn nennenswerte Ausführungen zu historischen Entwicklungslinien finden sich eigentlich nur für die USA, Großbritannien und Deutschland, wobei sie für Deutschland nur verstreut zu finden sind und nicht systematisch erfolgen. Die Institutionengeschichte der Evangelikalen und die Geschichte der Weltweiten Evangelischen Allianz seit 1846 fehlen völlig.

Der geografische Anspruch wird nicht eingelöst. Alle Evangelikalen der Länder mit mehr als 2,5 Millionen Evangelikalen – mit Ausnahme der allgegenwärtigen USA und zum Teil von Brasiliens – werden nicht näher behandelt. Große Länder wie China, Indien, Indonesien, Korea, Nigeria, Südafrika oder Argentinien sind nur einige Beispiele. So gibt es etwa zu Chinas 85 Millionen

Evangelikalen, Pfingstlern und Protestanten eine ganze Bibliothek voll wissenschaftlicher und sonstiger Untersuchungen auf Chinesisch und Englisch, und die deutschsprachige katholische Zeitschrift „China heute“ berichtet seit Jahrzehnten minutiös über deren Entwicklung. Im Handbuch werden diese Untersuchungen aber noch nicht einmal gestreift.

Der systematische Anspruch wird nicht eingelöst, weil weite Bereiche der Forschung nicht oder nur cursorisch thematisiert werden.

BQ 602 – Nr. 38/2019

Schutzquote von Konvertierten seit Mitte 2017 drastisch gesunken

Internationale Informationsstelle für Religionsfreiheit Deutschland erstmals an großer Studie beteiligt

(Bonn, 01.11.2019) Die Schutzquote der Konvertierten, die in Deutschland Schutz suchen, hat sich im Vergleich zu den Jahren 2014 bis Mitte 2017 bei Entscheidungen des BAMF seit Mitte 2017 drastisch reduziert.

Seit Mitte 2017 erhalten nur noch 37,6 % der Konvertierten in den vom BAMF entschiedenen Asylfällen irgendeine Form von Schutz, zuvor (2014–Mitte 2017) waren es rund 68 %. Im Gesamtzeitraum der Studie seit Anfang 2014 waren es 55 %.

Fast alle Abgelehnten klagten vor einem Verwaltungsgericht, das in 63 % der Fälle der Klage (zumindest teilweise) stattgab und die Entscheidungen des BAMF korrigierte.

In allen seit 2014 durch BAMF und Verwaltungsgerichte entschiedenen Fällen ergibt sich damit eine Gesamtschutzquote von 77,8 %.

Dagegen waren die begleitenden Pfarrer/Pastoren bei der großen Mehrheit (88,1 %) der schutzsuchenden Konvertiten, die sich zu ihren Gemeinden halten, von einem ernsthaften Glaubenswechsel überzeugt. Bei den restlichen 12 % waren Sie sich zum Zeitpunkt der Befragung noch unsicher.

Die Internationale Informationsstelle für Religionsfreiheit Deutschland (IIRF-D) war an der Studie „Schutz für Konvertiten vor Abschiebung in Länder mit Christenverfolgung – Erhebung zur Situation von 6.516 Konvertiten in Deutschland“ federführend beteiligt, nachdem die christliche Hilfsorganisation Open Doors zunächst eine Pilotumfrage versandt hatte. Ein Team unter Leitung von Dr. Christof Sauer, Professor für Religionsfreiheit und Erforschung der Christenverfolgung an der Freien Theologischen Hochschule



(von links nach rechts) Pressekonferenz mit Dr. Detlef Blöcher, Ado Greve (Pressesprecher Open Doors), Volker Kauder MdB, Wolfgang Baake, Pfr. Dr. Gottfried Mertens, Konvertit Jakobus und Dr. Reinhardt Schink (Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz) (Foto: © Open Doors).

Gießen, übernahm in Zusammenarbeit mit Open Doors die Federführung bei der Umsetzung der neuen Erhebung und erstellte die statistische Auswertung und Interpretation der Ergebnisse.

Der Forschungsdirektor des IIRF, Dr. Christof Sauer, kommentiert: „Durch die Zusammenarbeit wurde ein brennendes Problem in der Asylpraxis mittels wissenschaftlicher Kompetenz klarer ans Tageslicht gebracht. Durch umfangreiche Hintergrundrecherchen konnten zudem die Herausforderungen der verschiedenen Akteure in Asylverfahren hervorgehoben und nuancierte Empfehlungen abgegeben werden.“

Bei der Vorstellung der Studie auf einer Pressekonferenz in Berlin am 28.10.2019 erläuterte der freie Mitarbeiter des IIRF, Dr. Detlef Blöcher: „Insgesamt beteiligten sich 179 Gemeinden mit insgesamt 6516 Konvertierten. Ein Vergleich mit den BAMF-Jahresstatistiken zeigt, dass wir damit 15–20 % der Grundgesamtheit erfasst haben“. Blöcher hatte die statistische Auswertung und Erstinterpretation der Daten übernommen.

Pfr. i.R. Matthias Adt, Mitglied des IIRF Deutschland, hat eine umfangliche Zusammenfassung der wissenschaftlichen Literatur zur Diskussion der Rechtsprechung in Asylfällen mit Konversionsbezug erstellt, die ein Kapitel der Studie darstellt.

Dr. Reinhold Strähler, Theologischer Referent der Evangeliumsgemeinschaft Mittlerer Osten (Wiesbaden), erläutert in einem Beitrag die Dynamiken von Konversionsprozessen, basierend auf seiner Doktorarbeit zu diesem Thema. In der Studie kündigt das IIRF die Vorbereitung einer Handreichung zum Verständnis von Konversion für Behördenmitarbeiter und Richter an.

Die 2017 gegründete Internationale Informationsstelle für Religionsfreiheit Deutschland e.V. ist der deutsche Zweig des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (IIRF) unter Leitung der Professoren Dr. Dr. Thomas Schirmacher und Dr. Christof Sauer. Vorsitzender von IIRF Deutschland ist Pfr. i.R. Dr. Paul Murdoch.

BQ 612 – Nr. 48/2019

IIRF-Co-Direktor kommentiert Weltverfolgungsindex zur Situation von Christen

Sein Fazit: „Sehr nützlich – wenn richtig verwendet“

(Bonn/Kapstadt, 17.01.2020) Seine Empfehlungen zum Gebrauch des Weltverfolgungsindex hat der Co-Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (IIRF), Prof. Dr. Christof Sauer, aus Anlass der Veröffentlichung des Index aktualisiert.

„Der Weltverfolgungsindex von Open Doors und das ihm zugrundeliegende Zahlenwerk gehören zu den meist zitierten – und manchmal auch fehlzitierten oder missverstandenen – Instrumenten zur Messung von Diskriminierung oder Verfolgung von Christen sowie Verletzungen der Religionsfreiheit“, so der langjährige Gutachter des Index.

Sauer meint weiter: „Aufs Ganze gesehen ist der Weltverfolgungsindex ein nützliches Instrument zum Verstehen von Diskriminierung und Verfolgung von Christen, wenn er denn richtig verstanden und – innerhalb seiner Grenzen – angemessen gebraucht wird.“

In 20 Empfehlungen werden häufige Missverständnisse und Irrtümer im Umgang mit dem Index aufgegriffen. Die Empfehlungen erscheinen bereits im dritten Jahr und nehmen jeweils Bezug auf die aktuellen Ergebnisse des Index.

Professor Sauer hat World Watch Research, die Forschungsabteilung von Open Doors International, von 2011–2013 als unabhängiger Experte bei der Verbesserung der Erhebungsmethodik des Weltverfolgungsindex beraten. Seit 2014 leitet er jedes Jahr die Begutachtung der Ergebnisse des Index



Prof. Dr. Christof Sauer hört Menschenrechtsverteidigern in Asien zu (Foto: © SEAFORB).

durch das Internationale Institut für Religionsfreiheit. In einem früheren Beitrag hat er beschrieben, wozu weltweite Ländervergleiche und Überblicke über Verfolgung nützlich sind.

Der 56-jährige hat auch die Professur für Religionsfreiheit und Erforschung der Christenverfolgung an der Freien Theologischen Hochschule (FTH) in Gießen inne.

BQ 619 – Nr. 01/2020

Doppel-Gastvorlesung in Kuala Lumpur

(Bonn, 06.03.2020) Christine und Thomas Schirmmacher haben im Rahmen ihrer Aufgabe im Bereich des Dialogs mit dem Islam eine Doppel-Gastvorlesung zum Thema „Christlich-muslimische Beziehungen in einem Zeitalter von politischen Konflikten und Migration“ im St. Paul’s Theological College in Kuala Lumpur in Malaysia gegeben.

St. Paul’s Theological College befindet sich bewusst im obersten Stock eines Hochhauses im Zentrum von Kuala Lumpur. Direktor ist Rev. Dr. James Harding. Das College gehört zur Asia Theological Association, dem asiatischen Zweig der Theologischen Kommission der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA). Zuvor hatten sich 20 führende evangelikale Experten des Dialogs mit Muslimen mit den beiden Religionswissenschaftlern getroffen, um über das Dialogprogramm der WEA zu diskutieren. Ort war die Damara Utrama Methodist Church (DUMC), mit deren Hauptpastor, Bischof Dr. Da-



(v.l.n.r.): Dr. Prince Guneratnam, Bischof Dr. Daniel Ho, Thomas und Christine Schirrmacher (Foto: © BQ/Thomas Schirrmacher).

niel Ho, die beiden WEA-Vertreter zuvor ausführlich gesprochen hatten. Die DUMC ist die größte Kirchengemeinde der Methodisten in Malaysia. Ho hatte die Gemeinde 1980 aus Hauszellengemeinden begonnen. Heute folgen viele Gemeinden weltweit diesem Beispiel, dass die Vorteile von Hausgemeinden mit denen einer Megachurch kombiniert.

Das Treffen zum Dialogprogramm der WEA wurde von Dr. Henry Teh und Ng Kam Weng organisiert.

Dr. Ng Kam Weng ist Forschungsdirektor des Kairos Research Centre in Petaling Jaya (Malaysia) und betreibt die Blogs Krisis & Praxis und Religious Liberty Watch. Weng ist außerdem Mitglied des Ethos Institute for Public Christianity. Vorher lehrte er am Oxford Centre for Mission Studies und am Center for Theological Inquiry an der Universität von Princeton. 1989 bis 1992 lehrte er an der Malaysia Bible Seminary Graduate School. Er promovierte an der Universität von Cambridge.

Dr. Henry Teh lehrt am Centre for American Education des International College Subang in Subang Jaya (Malaysia). Er veröffentlichte seine Dissertation „Principles of the Law of Evidence and Rationality Applied in the Johannean Christology: An Argument for the Legal Evidential Apologetics“ über John Warwick Montgomery im Bonner Verlag für Kultur und Wissenschaft (VKW).

Die meisten Christen und die meisten Evangelikalen in Malaysia leben in der Landeshälfte im Norden der Insel Borneo mit den Bundesstaaten Sabah und Sarawak. Dort begann die Missionsarbeit 1882, als der Teil der Insel britische Kolonie wurde. Die größte Kirche, die Sidang Injil Borneo (Borneo Evangelical Church), entstand durch die Missionsarbeit der Australian Borneo Mission ab 1928.

Die beiden deutschen Religionswissenschaftler besuchten auch Moscheen, Kirchen und Tempel in Kuala Lumpur und in Malakka City (Malaysia); darunter die älteste Kirche Malaysias, die St. Peters Kirche, die 1710 vollendet wurde. Malakka wurde 1511 portugiesisch, 1641 niederländisch und 1795 britisch und hat deswegen eine enorme Breite an Denominationen zu verzeichnen.

Anlass für den Aufenthalt in Kuala Lumpur und Malakka war eine Leitungssitzung des Global Christian Forum. Gastgeber war der Vorsitzende der Pentecostal World Fellowship und Senior Pastor der Calvary Church sowie deren Kongresszentrum, dem Calvary Convention Centre in Kuala Lumpur (Malaysia), Dr. Prince Guneratnam.

Die National Evangelical Christian Fellowship Malaysia (NECF) wurde 1982 gegründet und umfasst 60 % der Kirchen des Landes. 1986 gründete die nationale Allianz zusammen mit der römisch-katholischen Kirche und dem Council of Churches of Malaysia die Christian Federation of Malaysia, damit alle Kirchen des Landes mit einer Stimme gegenüber der Regierung sprechen.

BQ 633 – Nr. 15/2020

Färöer: Die kleinste Staatskirche der Welt

(Bonn, 17.04.2020) Christine und Thomas Schirmmacher haben Ende des vergangenen Jahres auf vier der fünf Hauptinseln der Färöer-Inseln (Vagar, Streymoy, Fystroy und Bordoy) lutherische Kirchen besucht. Sie nahmen am Gottesdienst der Hósvíkar-Kirche teil, besuchten eine Konfirmationsklasse in der Sandavatur-Kirche und dokumentierten etwa die Hälfte der 58 Kirchen der Inseln.

Kein Punkt auf den Inseln der Färöer ist weiter als fünf Kilometer vom Meer entfernt. Tórshavn ist die kleinste Hauptstadt der Welt. Regierung und Parlament residieren nach wie vor in den restaurierten Holzhäusern aus dem 16. und 17. Jahrhundert auf der Landzunge Tinganes am Meer oberhalb des Hafens, wo seit 825 das Thing tagt. Zusammen mit den Things auf Island und der Isle of Man sind das die ältesten parlamentarischen Versammlungsorte der Erde. Die gut 50.000 Inselbewohner – die Färinger, auch Färöer genannt



Die Hósvíkar Kirkja (Foto: © BQ/Thomas Schirrmacher).

– betrachten sich nicht als Dänen, sondern als eigenständiges Volk, das von den Wikingern auf den Färöern abstammt. Sie sprechen die färöische Sprache, die aus dem Altwestnordischen entstand und mit dem Isländischen und dem Norwegischen verwandt ist. Die Färöer haben eine eigene Flagge und sie sind seit 1948 eine weitgehend autonome „Nation innerhalb der Reichsgemeinschaft mit Dänemark“. Als Dänemark 1973 Mitglied der späteren Europäischen Union wurde, entschieden sich die Färöer dagegen.

Bis 2005 war die lutherische Kirche der Färöer Bistum der dänischen lutherischen Staatskirche mit der dänischen Königin als Oberhaupt. Seit 2007 ist die lutherische Staatskirche der Färöer an die Stelle getreten, Oberhaupt ist jetzt der färöische Ministerpräsident, zuständig das Kulturministerium. Die färöische Volkskirche ist die kleinste Staatskirche der Welt, der 85 Prozent der Einwohner angehören. Dem Status einer Staatskirche entsprechend sind Pastoren Beamte. Theologisch-geistliches Oberhaupt der färöischen Volkskirche ist seit 2007 Bischof Jógvan Fríðriksson.

Die 58 Gemeinden auf den Inseln haben jeweils ihre eigene Kirche. Da sie von 25 Pastoren betreut werden, sind Laiengottesdienste üblich. Eine der charakteristischsten Perioden der färöischen Architektur ist die Errichtung der färöischen Holzkirchen von 1829 bis 1847. Die Religion hat im Leben der Färinger einen höheren Stellenwert als in den meisten anderen westlichen Gesellschaften. Das Christentum ist in allen Medien ständig gegenwärtig.

Die ersten Siedler dürften irische und schottische Mönche gewesen sein. Das erste schriftliche Zeugnis für eine – wenn auch temporäre – Besiedlung gab der irische Mönch und Chronist Dicuil im Jahr 825. Die Inselgruppe wurde nach und nach für die Nordmänner aus Skandinavien zur Dauersiedlung. Sie schufen ein eigenes Parlamentswesen mit Thingstätten auf Teilen der Inselgruppe und einem Hauptthing in Thorshavn. Sie folgten der alten nordischen Religion.



(li.) Die Sandavatur-Kirche von außen, (re.) Konfirmationsklasse in der Sandavatur-Kirche (Foto: © BQ/Thomas Schirmmacher).

Die Übernahme des Christentums auf den Färöer-Inseln war eine politische Angelegenheit, da sich im Jahr 999 Sigmundur Brestisson, einer von zwei rivalisierenden Häuptlingen, Unterstützung beim norwegischen König Harald Tryggvason suchte, der selbst gerade 994 Christ geworden war. Brestisson siegte und sorgte für die Annahme des Christentums durch das färöische Thing. 1271 wurden die Färöer zur norwegischen Kolonie und das Christentum Staatsreligion. 1380 gingen die Färöer dann zusammen mit Norwegen an die dänische Krone.

Zentrum der Macht, der Religion und der Kultur im Mittelalter, war der Bischofssitz in Kirkjubøer, etwa fünf Kilometer südwestlich von Tórshavn, mit der kleinen Sankt Olavskirche von 1250 und dem Wikingerhof aus dem 11. Jahrhundert. Erst Ende des 13. Jahrhunderts wurde dort der Bau des viel größeren Magnusdoms begonnen und vermutlich nie vollendet.

1538 erreichte die Reformation die Inseln. Dadurch wurde die Vorherrschaft der dänischen Sprache verewigt. Das katholische Bistum Färöer wurde aufgehoben, Kirkjubøer verlor jede Bedeutung. Kirchenland wurde Königsland. Der dänische König gewann immer mehr an Einfluss. Ab 1709 wurde die Inselgruppe, die über 1.000 Kilometer von Dänemark entfernt liegt, sogar direkt von Kopenhagen aus regiert. Die Geistlichen waren Dänen und die National- und die Kirchensprache war bis 1939 Dänisch.

Erst 1948 bekamen die Inseln eine Teilautonomie mit eigener Regierung, Verwaltung und Flagge. Die erste Bibelübersetzung in Färöisch wurde aber erst 1961 vollendet. Heute gibt es durch den Zuzug von Menschen aus allen Erdteilen auch Baptisten, Pfingstler, einige Katholiken sowie Zeugen Jehovas und Bahai auf der Insel.

BQ 641 – Nr. 23/2020

I. Selbstdarstellungen



Arbeitskreis Religionsfreiheit – Menschenrechte und Einsatz für verfolgte Christen (AKREF)

Prof. Dr. Thomas Schirmmacher,
Geschäftsführer,
Hartmut Steeb,
Kommissarischer Vorsitzender,
Deutsche Evangelische Allianz e. V.
Esplanade 5-10a, 07422 Bad Blankenburg
✉ Schirmmacher@ead.de
✉ Hartmut.Steeb@ead.de

Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit (AGR) der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA)

Josefstrasse 32, CH-8005 Zürich
☎ 0041/4 33 44 72-00
📠 0041/4 33 44 72-09
✉ lihati@wlink.ch
🌐 www.agr-qlr.ch

Religious Liberty Commission (RLC)

Pfr. Johan Candelin
Rantakatu 21 A 6
F-67100 Kokkola, Finnland
☎ 00358 (6) 8 31 48 05
🌐 www.worldevangeliical.org
Godfrey Yogarajah
32, Ebenezer Place, Dehiwela
(Colombo), Sri Lanka
🌐 www.worldevangeliicals.org/commissi-
ons/rlc
✉ wearlc@sltnet.lk

Internationales Institut für Religionsfreiheit (IIRF)

der Weltweiten Evangelischen Allianz
Prof. Dr. Thomas Schirmmacher, Direktor
Dr. Christof Sauer, stv. Direktor
Friedrichstr. 38, 53111 Bonn
🌐 www.iirf.eu

Information zur Organisation

Der Einsatz gegen die Unterdrückung der Religionsfreiheit ist der Evangelischen Allianz schon in die Wiege gelegt worden. Bereits bei der Gründung und den ersten internationalen Konferenzen Mitte des 19. Jhdts. spielte die Religionsfreiheit eine zentrale Rolle. Man entsandte Delegationen zum türkischen Sultan und russischen Zaren, setzte sich für verfolgte Christen anderer Konfessionen ein, aber auch damals schon für Anhänger anderer Religionen! Seit über 150 Jahren ist die Evangelische Allianz nicht nur ein Zusammenschluss von Christen, sondern auch eine der ältesten Menschen-

rechtsorganisationen, vor allem im Kampf für Religionsfreiheit und gegen Sklaverei und Armut. Die Weltweite Evangelische Allianz hat deswegen eine eigene Kommission für Religionsfreiheit (Religious Liberty Commission, RLC) mit Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Sie ist beim UN-Menschenrechtsausschuss aktiv. Beim Internationalen Institut für Religionsfreiheit erarbeiten dafür wissenschaftlich unabhängige Experten aller Kontinente die nötigen Berichte und Daten. Ziel der Kommission ist auch, die etwa 140 Nationalen Evangelischen Allianzen zu befähigen, bei Kirchen, Regierungen und Medien für Religionsfreiheit im Sinne von Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte einzutreten und die Zusammenarbeit mit anderen Kirchen und mit nichtchristlichen Menschenrechtsorganisationen zu suchen. Die Kommission hat 12 Mitglieder aus allen Erdteilen und 20 führende Politiker aus aller Welt als Berater. Für Mitteleuropa ist dort Thomas Schirmmacher aktiv, als Berater der Bundestagsabgeordnete Hermann Gröhe. Direktor ist Pfr. Godfrey Yogarajah aus Sri Lanka, Vorsitzender der Rechtsanwalt und Parlamentsabgeordnete John Langlois von der Kanalinsel Guernsey.

Der jährliche weltweite Gebetstag für die verfolgte Kirche im November ist das Herzstück der Arbeit. Daneben informiert die RLC regelmäßig ca. 2.300 Parlamentarier in aller Welt mit recherchierten Hintergrundberichten über aktuelle Fälle von Christenverfolgung und Verletzung der Religionsfreiheit. Nachdem schon seit langem auch in Deutschland der weltweite Gebetstag für die verfolgte Kirche jährlich von einer Arbeitsgruppe in der DEA vorbereitet wurde, hat der Hauptvorstand im Jahr 2000 einen „Arbeitskreis Religionsfreiheit – Menschenrechte – Einsatz für verfolgte Christen“ eingerichtet und als Mitglieder Pastoren, Menschenrechtler und Politiker berufen. Vorsitzender ist derzeit kommissarisch Hartmut Steeb, Geschäftsführer Prof. Dr. Thomas Schirmmacher. Ausgangspunkt ist das Gebet.

Allen Gemeinden und Christen werden die wöchentlichen Gebetsinformationen und das Vorbereitungsheft für den jährlichen Gebetssonntag zur Verfügung gestellt. Wir bitten so viele Gemeinden wie möglich, diesen Gottesdienst einmal im Jahr durchzuführen, möglichst am zweiten Sonntag im November. Daneben stehen Veröffentlichungen, Teilnahme an Konferenzen und Hearings und die Informierung von Entscheidungsträgern auf dem Programm. Dabei will der Arbeitskreis nicht die verdienstvolle Arbeit von Menschenrechtsorganisationen ersetzen, sondern Christen dabei helfen, geschlossen aufzutreten. Viele Ziele lassen sich nur gemeinsam erreichen.

Die AGR (Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit) wurde im Jahr 2001 gegründet und ist ein Forum für eigenständige, christliche Organisationen der Schweiz, die sich weltweit für verfolgte Christen einsetzen.



Die Kommission für Religionsfreiheit bei ihrer letzten Sitzung in Bonn.

Die AGR setzt sich für die Religionsfreiheit gemäß Menschenrechtsartikel 18 der UNO insbesondere dort ein, wo die Rechte evangelischer Christen außerhalb der Schweiz tangiert sind. Die AGR versteht sich im Bereich Religionsfreiheit als Kompetenzzentrum und Stimme in der Öffentlichkeit für die SEA. Die AGR dient den weltweit bedrängten Christen durch Beziehungs- und Aufklärungsarbeit. Sie ist Bindeglied zur Europäischen Evangelischen Allianz (EEA) – und zur Religious Liberty Commission der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA). Die AGR ist da aktiv, wo die einzelne Organisation an Grenzen stößt. Die Hauptaktivität der AGR ist die Gestaltung des Sonntags für die verfolgte Kirche (SVK) jeweils im November. Nach Bedarf und Gelegenheit kommuniziert und koordiniert sie im Namen der SEA Aktivitäten und Initiativen in der Öffentlichkeit (Communiqués, Stellungnahmen, zum Beispiel am Tag der Menschenrechte am 10. Dezember) und im politischen Umfeld (Lobbying, Petitionen, Anfragen, etc.).

Zur AGR gehören fünf Schweizer Werke: Open Doors (OD), Hilfsaktion Märtyrerkirche (HMK), Christian Solidarity International (CSI), Aktionskomitee für verfolgte Christen (AVC) und Christliche Ostmission (COM).

Die drei Arbeitskreise der deutschsprachigen Evangelischen Allianzen kooperieren als AGREF D-A-CH, etwa bei der Planung der Gebetstage, bei der Herausgabe des Jahrbuchs oder gemeinsamen Eingaben an alle drei Regierungen. (Ebenso sind die drei deutschsprachigen Allianzen gemeinsam Träger des Instituts für Islamfragen in Bonn.)

- Gebetsanliegen und Informationen sammelt und versendet: Ulrike Nyboer [redaktion@akref.de]. Wenn Sie diese erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine E-Mail an subskribiere-gebetsanliegen@akref.de. Sie können auch die ebenfalls kostenlosen AKREF-Nachrichten bestellen mit einer E-Mail an subskribiere-nachrichten@akref.de.
- Für das jährliche Jahrbuch zur Verfolgung und Diskriminierung von Christen heute und das Jahrbuch für Religionsfreiheit ist zuständig: Thomas Schirmmacher [schirmmacher@ead.de].
- Vermittlung von Referenten für Gemeinden zur Arbeit des AKREF und zu Fragen der Christenverfolgung, Menschenrechte und Religionsfreiheit: Dr. Thomas Schirmmacher [schirmmacher@ead.de].

**Internationales Institut für Religionsfreiheit
der Weltweiten Evangelischen Allianz**

Bonn • Cape Town • Colombo
www.iirf.eu



Das IIRF ist ein Netzwerk von Forschern und Fachleuten aus allen Erdteilen, die sich um die Erarbeitung von belastbaren Daten zur Einschränkung von Religionsfreiheit und um Aufnahme der Thematik in akademische und theologische Programme bemühen. Das Institut veröffentlicht eine wissenschaftliche Zeitschrift ‚International Journal of Religious Freedom‘, sowie zwei wissenschaftliche und eine allgemeinverständliche Buchreihe in englischer und deutscher Sprache.

Leitung: Direktor: Prof. Dr. Thomas Schirmmacher, Bonn.

Co-Director: Dr. Christof Sauer, Cape Town. Legal Advisor: Martin Schweigert, Singapore. Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats: Prof. Dr. John Warwick Montgomery, Straßburg.

Kuratorium: Godfrey Yogarajah (Kommission für Religionsfreiheit der Weltweiten Evangelischen Allianz). Julia Doxat-Purser (für die Europäische Evangelische Allianz). John Langlois (für die Weltweite Evangelische Allianz). Dr. Paul Murdoch (für die Deutsche Evangelische Allianz).



AVC Deutschland

Ranstädter Straße 20
D-63667 Nidda
☎ (06043) 9 84 92-0
📄 (06043) 9 84 92-99
✉ mail@avc-de.org
🌐 www.avc-de.org

AVC Österreich

Karl-Popper-Straße 16
1100 Wien, Österreich
☎ +43 (0)676 3 84 31 10
✉ mail@avc-at.org
🌐 www.avc-at.org

AVC Schweiz

Industriestraße 21
2553 Safnern, Schweiz
☎ +41 32 3560080
✉ mail@avc-ch.org
🌐 www.avc-ch.org

Information zur Organisation

AVC – Aktion für verfolgte Christen und Notleidende wurde 1972 gegründet. Den Anstoß dazu hatte die Situation der verfolgten Christen hinter dem Eisernen Vorhang gegeben. Inzwischen sind die Schwerpunkte und vor allem die Arbeitsgebiete stark erweitert worden. AVC investiert in Menschen. Wir engagieren uns mit lokalen Partnern auf vier Kontinenten: kompetent, vertrauenswürdig, zukunftsweisend. Eine Anzahl europäischer Mitarbeiter setzt sich langfristig in den Projektländern ein. Die Philosophie von AVC besteht jedoch weit mehr darin, einheimische christliche Mitarbeiter zu fördern, zu betreuen und zu unterstützen. AVC finanziert sich ausschließlich über Spenden.

Arbeitsgebiete und Projekte

AVC steht verfolgten Christen bei. Wir geben ihnen eine Stimme und helfen praktisch: mutig, entschlossen, wirksam. AVC hilft Notleidenden. Wir leisten bedürfnisorientierte, humanitäre Hilfe: schnell, unbürokratisch, effektiv. AVC macht Jesus Christus bekannt. Wir verbreiten die christliche Botschaft: engagiert, respektvoll, mit Herz. AVC arbeitet in Osteuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und im Nahen Osten. Die Arbeit reicht von Hilfe für verfolgte Christen und ihre Familien über soziale Projekte wie z. B. Waisenhäuser, Kinderheime, Schulen, Flüchtlingshilfe, Hunger- und Katastrophenhilfe bis hin zu Evangelisation und Bau christlicher Gemeinden.

Materialien

Die Website gibt einen Überblick über das Wirken von AVC. Die kostenlose Zeitschrift „AVC report“ wird alle zwei Monate versandt und informiert über die aktuellen Projekte. Auch die Rundbriefe, Konferenzen, DVDs, Vorführungen von Filmen und Predigten in zahlreichen Kirchen und Gemeinden sowie die angebotenen Reisen in Projektgebiete haben dasselbe Anliegen: dass Interessierte Feuer fangen.



CSI-Deutschland gem. GmbH

Postfach 210 339
80673 München
☎ (089) 58 99 75-50
📠 (089) 58 99 75-51
✉ info@csi-de.de
🌐 www.csi-de.de

Stiftung CSI-Schweiz

Zelglistr. 64
Postfach 70
8122 Binz
☎ 0041 (0)44 9 82 33 33
📠 0041 (0)44 9 82 33 34
✉ info@csi-schweiz.ch
🌐 www.csi-schweiz.ch
🌐 www.facebook.com/CSI.Schweiz

Informationen zur Organisation

Christian Solidarity International (CSI) ist eine christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und Menschenwürde. Wir sind konfessionell, politisch und wirtschaftlich unabhängig. Wir rufen zum Gebet und zum Protest auf. Gleichzeitig ist für uns die konkrete Hilfe vor Ort sehr bedeutend.

Unsere Projekte

- Südsudan: Befreiung von Versklavten im muslimischen Norden
- Politisches Lobbying für die versklavten Südsudanesen, die ägyptischen Christen, die Christen im Irak und in Syrien
- Materielle und medizinische Hilfe sowie Bildung in diversen Ländern. Schwerpunkte: Südsudan, Ägypten, Irak, Syrien, Peru, Pakistan, Nicaragua, Indien, Bangladesch, Sri Lanka
- Peru: Interkonfessioneller Kampf für Gerechtigkeit für Bürgerkriegsopfer
- Indien: Einsatz gegen Menschenhandel

Unsere Information – Ihre Aktivität

- Monatszeitschrift mit Projektinfos, Protestkarten und Gebetsanliegen
- Newsletter: Tägliches Gebetsanliegen, Proteste, Neues auf der Website
- Bilder, Videos, Links, Kurzinfos auf www.facebook.com/CSI.Schweiz
- Vorträge über Religionsfreiheit und verfolgte Christen
- Weitere Dienstleistungen auf Anfrage

Hilfsaktion Märtyrerkirche e. V.

Tüfinger Straße 3–5
D-88690 Uhdingen-Mühlhofen
☎ (07556) 92 11-0
📠 (07556) 92 11-40
✉ info@verfolgte-christen.org
🌐 www.verfolgte-christen.org
📘 www.facebook.com/HilfeFuerVerfolgteChristen



Information zur Organisation

Paulus schreibt aus dem Gefängnis: „Liebe Freunde, ihr sollt wissen, dass alles, was hier mit mir geschehen ist, letztlich zur Verbreitung der Botschaft Gottes beigetragen hat ... Durch meine Gefangenschaft haben viele Mut gefasst und sind sehr viel furchtloser darin geworden, anderen von Christus zu erzählen“ (Philipper 1,12+14). Diesen Mut brauchen die Christen in der freien Welt wieder – genauso wie verfolgte Christen unsere Unterstützung brauchen. Wir helfen der bedrängten Gemeinde und lernen von ihr. Seit 1969 ist die Hilfsaktion Märtyrerkirche (HMK e.V.) die Stimme verfolgter Christen in aller Welt und hilft Christen in Not mit rund 100 Projekten in über 30 Ländern. Helfen Sie mit!

HMK Hilfe für Mensch und Kirche

Zelglistrasse 10
Postfach 50
3608 Thun
☎ (033) 334 00 50
📠 (033) 334 00 56
✉ info@hmk-aem.ch
🌐 www.hmk-aem.ch



Information zur Organisation

Die HMK (Hilfe für Mensch und Kirche) wurde 1969 vom lutherischen Pfarrer Richard Wurmbrand gegründet und hilft rasch und unkompliziert verfolgten oder benachteiligten Christen. Vor allem in Ländern mit beschränkter Religionsfreiheit unterstützt die HMK aktive Gemeinden und christliche Leiter und hilft bei der Gründung von Gemeinden. Derzeit arbeitet HMK unter 35 Nationen. Das Werk informiert über die Lage verfolgter Christen und veröffentlicht die Zeitschrift „verfolgt“, „urgence“.



Internationale Gesellschaft für Menschenrechte

(IGFM) Deutsche Sektion e. V.
Edisonstraße 5
D-60388 Frankfurt am Main
Deutschland
☎ (069) 42 01 08-11
☎ (069) 42 01 08-33
✉ info@igfm.de
🌐 www.menschenrechte.de
📘 www.facebook.com/
igfmdeutschland

IGFM Österreich

Hackhofergasse 1
A-1190 Wien
Österreich
☎ 0043-6 99 19 43 99 20
✉ office@igfm.at
🌐 www.igfm.at

IGFM Schweiz

Birkenweg 1
CH-2560 Nidau
Schweiz
☎ 0041-3 23 31 75 67
☎ 0041-3 23 31 57 81
🌐 www.igfm.ch

Wer wir sind

Im April 1972 wurde die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main ins Leben gerufen. Alexander Solschenizyn hatte seinen „Archipel GULag“ vollendet – aber kaum jemand kannte im Westen diesen Mann. Gegen den Krieg in Vietnam demonstrierten in diesen Tagen viele. Aber für die verfolgten Christen und die tausenden politischen Gefangenen in den sowjetischen Straflagern, in den Zuchthäusern der DDR, Polens, der Tschechoslowakei oder die systematische Ermordung oder Inhaftierung von Christen in Albanien, im „ersten atheistischen Staat der Welt“, demonstrierte keiner.

Aus den 13 Gründern ist mit den Jahren eine internationale Nichtregierungsorganisation (NGO) mit etwa 35.000 Mitgliedern in 38 Sektionen und nationalen Arbeitsgruppen geworden. Die deutsche Sektion zählt 3.000 Mitglieder. Die IGFM besitzt Beobachterstatus beim Europarat und den ECOSOC Status bei den Vereinten Nationen.

Die IGFM finanziert sich fast ausschließlich durch Spenden. Ihr jährliches Finanzaufkommen beträgt rund 1,5 Mio. €. Die Deutsche Sektion und die Internationale Sektion beschäftigen in der Geschäftsstelle in Frankfurt neben zahlreichen ehrenamtlichen Helfern 15 Mitarbeiter im Voll- und Teilzeitdienst. Die anderen Sektionen arbeiten fast ausschließlich ehrenamtlich.

Was wir tun

Einzelfallbetreuung: Die IGFM unterstützt Menschen, die sich gewaltlos für die Verwirklichung der Grundrechte in ihren Ländern einsetzen oder sie selbst in Anspruch nehmen wollen und deswegen verfolgt werden. Mittel dazu sind u. a. Appelle, Unterschriftenaktionen und Protestbriefe. Die IGFM hat seit ihrem Bestehen mehreren tausend politischen Gefangenen zur Freiheit oder auch zu besseren Haftbedingungen verholfen und zigtausend Fälle von Verfolgung oder Wünsche auf Familienzusammenführung bearbeitet.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Eine informierte Öffentlichkeit ist der beste Schutz gegen Menschenrechtsverletzungen. Öffentlichkeitsarbeit bedeutet aber nicht nur Presse-, Lobby- und Informationsarbeit hierzulande, sondern weltweite Aufklärung und Menschenrechtserziehung. Die IGFM veranstaltet in zahlreichen Ländern Seminare, Wettbewerbe und andere Initiativen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. In der Ukraine und der Slowakei beteiligen sich z. B. jährlich hunderte von Schülern an dem Schülerwettbewerb „Menschenrechte“.

Humanitäre Hilfe: Sie schafft Vertrauen zwischen den Völkern und unterstützt die Verständigung. Die IGFM leistet humanitäre Hilfe in Form von Hilfsgütertransporten, Medikamentenlieferungen und Paketaktionen, aber auch durch finanzielle Unterstützung von Projekten. Vor Ort werden diese Projekte entweder von unseren nationalen Sektionen oder von kirchlichen Partnern betreut. Seit 1980 hat die IGFM so mit zigtausend Tonnen Hilfsgütern „Hilfe von Mensch zu Mensch“ geleistet und denen geholfen, die aus politischen Gründen keine oder nicht genügend staatliche Hilfe zu erwarten haben: vor allem politischen Gefangenen und ihren Familien, Flüchtlingen und Opfern von Gewalt, kinderreichen, in Not geratenen Familien, alleinstehenden Müttern, Behinderten, alten und kranken Menschen, Opfern von Zwangsverheiratung und Zwangskonversion.

Bleiben Sie informiert!

Bitte abonnieren Sie:

- Unseren kostenlosen Informationsbrief „Für die Menschenrechte“, der Sie über unsere Projekte auf dem Laufenden hält.
- Unsere Zeitschrift „menschenrechte“. Sie erscheint viermal jährlich und kostet im Jahresabonnement 13,30 € in Deutschland.
- Den kostenlosen Informationsdienst „verfolgte Christen aktuell“, der viermal im Jahr erscheint.
- Unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, der monatlich erscheint.
- Unsere Pressemitteilungen per E-Mail; kostenlos unter info@igfm.de bestellbar.
- Umfangreiche Informationen finden Sie auch unter: www.igfm.de oder www.menschenrechte.de.



KIRCHE IN NOT Deutschland

Lorenzonistraße 62
D-81545 München
☎ (089) 6 42 48 88 0
📠 (089) 6 42 48 88 50
✉ info@kirche-in-not.de
🌐 www.kirche-in-not.de

KIRCHE IN NOT Österreich

Hernalser
Hauptstraße 55/1/8
A-1172 Wien
☎ 0043 - (1) 4 05 25 53
📠 0043 - (1) 4 05 54 62-75
✉ kin@kircheinnot.at
🌐 www.kircheinnot.at

KIRCHE IN NOT Schweiz

Cysatstrasse 6
CH-6004 Luzern
☎ 0041 (0)41 4 10 46 70
📠 0041 (0)41 4 10 31 70
✉ mail@kirche-in-not.ch
🌐 www.kirche-in-not.ch

Informationen zur Organisation

KIRCHE IN NOT hilft verfolgten und bedrängten Christen und dient der Neu-Evangelisierung. Das Hilfswerk wurde 1947 vom niederländischen Prämonstratenser Werenfried van Straaten (1913–2003) gegründet. Um die Not der heimatvertriebenen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg zu lindern, organisierte Pater Werenfried in Belgien und den Niederlanden Hilfe für die verhassten Feinde von gestern und rief zur Versöhnung auf. Da er anfangs bei den flämischen Bauern vor allem Speck sammelte, nannte man ihn bald den „Speckpater“.

Informationen zu Arbeitsgebieten/Projekten

Die päpstliche Stiftung KIRCHE IN NOT ist in mehr als 140 Ländern tätig. Sie leistet Hilfe für Menschen auf der Flucht, hilft beim Wiederaufbau zerstörter Gotteshäuser, ermöglicht den Bau und die Renovierung von Kirchen und Ausbildungsstätten, unterstützt die Aus- und Weiterbildung von Seminaristen, Priestern und Ordensleuten und sichert ihren Lebensunterhalt, stellt Fahrzeuge für Seelsorger zur Verfügung, druckt und verbreitet die Bibel und andere religiöse Literatur und fördert christliche Fernseh- und Radioprogramme.

Materialien

Die unentgeltliche Schrift „Echo der Liebe“, die achtmal im Jahr erscheint, informiert über die Notlagen in verschiedenen Ländern und stellt die Projekte des Hilfswerks vor. Über weitere Materialien informiert eine Materialliste, die bei KIRCHE IN NOT München bestellt werden kann.



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Open Doors

Deutschland e. V.

Postfach 1142


D-65761 Kelkheim

 www.opendoors.de

Open Doors Österreich

Karl-Popper-Straße 16


1100 Wien, Österreich

 www.opendoors.at

Open Doors Schweiz

Postfach 147

1032 Romanel

 www.opendoors.ch

Informationen zur Organisation

Open Doors ist ein überkonfessionelles christliches Hilfswerk, das sich seit 1955 in rund 60 Ländern weltweit für verfolgte Christen einsetzt. Jedes Jahr veröffentlicht das Hilfswerk den sogenannten Weltverfolgungsindex, eine Rangfolge der 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. In mehr als 25 Ländern der freien Welt wirbt Open Doors um Solidarisierung der Christen mit ihren verfolgten Mitchristen durch Gebet und Unterstützung.

Informationen zu Arbeitsgebieten und Projekten

Die Hilfsprojekte von Open Doors richten sich immer nach den Bedürfnissen der verfolgten Kirche. Projekte von Open Doors umfassen Hilfe zur Selbsthilfe, Ausbildung von christlichen Leitern, Engagement für Gefangene, Nothilfe und Trauma-Arbeit, die Bereitstellung von Bibeln und christlicher Literatur sowie die Unterstützung von Familien ermordeter Christen. Die Referenten von Open Doors besuchen Kirchengemeinden, informieren und rufen zum Gebet für verfolgte Christen auf.

Materialien

Open Doors gibt ein kostenloses Monatsmagazin mit Informationen und „Gebetskalender“ heraus. Zusätzlich erscheinen Sondermagazine zu Schwerpunktthemen sowie Gebets-CDs. Über die Website können Newsletter abonniert werden. Einmal jährlich stellt Open Doors den Kirchengemeinden kostenlose Materialien zur Durchführung des „Weltweiten Gebetstages für verfolgte Christen“ (Schweiz: Sonntag der verfolgten Kirche) zur Verfügung. Für das internationale Jugend-Gebetsevent „Shockwave“ erhalten Jugendgruppen ein Package mit Ideen und Filmclips.

II. Werke der schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit

Open Doors

Zweck: Open Doors steht im Dienst der verfolgten und diskriminierten Christen weltweit. Das Ziel ist, sie geistlich und wirtschaftlich zu stärken. Langjährige Netzwerke vor Ort ermöglichen es uns, ganz konkret auf die Bedürfnisse der verfolgten Christen eingehen zu können. Durch Gebet und andere Aktionen wollen wir die Verfolgten mit dem Rest der Christenheit verbinden.

Tätigkeit: Wir helfen mit wirkungsorientierten, länderspezifischen Programmen, die wir zusammen mit der Kirche vor Ort ausarbeiten. Präsenz: Besuche und Begleitung der Verfolgten. Biblische Schulung: Ausbildung für Leiter und Helfer, Seminare über Verfolgung, Frauenförderung, Bibeln und christliche Bücher usw. Sozio-ökonomische Projekte, Nothilfe: Kleinkredite, Berufsbildung, Alphabetisierung, Hilfsgüter. Sensibilisierung der Kirche, Gesellschaft und Politik, u. a. mit dem jährlich erscheinenden Weltverfolgungsindex.

Einsatzgebiete: Unterstützung der am stärksten verfolgten Christen durch 217 Programme in 67 Ländern im Nahen Osten, in Asien, Afrika und Lateinamerika. Rund 4 Millionen Menschen haben 2017 Hilfe erhalten.

Geschichte: Open Doors wurde 1955 vom Holländer Bruder Andrew gegründet, dem „Schmuggler Gottes“. Neben der Projektarbeit betreiben wir heute Öffentlichkeitsarbeit in über 20 Ländern. Der Verein in der Schweiz wurde 1979 gegründet. Philippe Fonjallaz leitet das Team von über 20 Mitarbeitern.

Publikation: Weltverfolgungsindex, Open Doors Magazin

HMK Hilfe für Mensch und Kirche

Zweck: Die „HMK Hilfe für Mensch und Kirche“ (HMK) hilft rasch und unkompliziert verfolgten Christen und notleidenden Menschen in rund 40 Ländern weltweit. Unsere materielle Unterstützung trägt zur Existenzgrundlage von Tausenden von notleidenden Menschen bei. Unser Handeln orientiert sich am Evangelium von Jesus Christus. Motiviert durch die christliche Nächstenliebe leisten wir unsere Arbeit mit vollem Einsatz, damit Menschen ganzheitliche Hilfe erfahren.

Tätigkeit: Hilfe für verfolgte Christen, Gemeindebau, humanitäre Hilfe, Menschenrechte & Religionsfreiheit.

Einsatzgebiete: Asien (Zentral-, Süd- und Ostasien), Nordafrika, Arabischer Raum / Naher Osten, Zentralamerika und Osteuropa.

Geschichte: Das Hilfswerk HMK wurde 1969 vom lutherischen Pfarrer Richard Wurmbrand unter dem Namen „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ mitbegründet, der durch sein Buch „Gefoltert für Christus“ in der Schweiz bekannt wurde. Die HMK konzentrierte sich in den Anfängen stark auf Osteuropa und kommunistische Länder. Der Zerfall des Kommunismus sowie der Generationenwechsel innerhalb der HMK hat zu einer Erneuerung des Auftrags, der Prioritäten und auch des Namens geführt. Heute hilft die HMK unverändert verfolgten Christen und notleidenden Menschen.

Publikationen: Monatsmagazin „verfolgt“/„urgence“

Christliche Ostmission

Zweck: Die COM bietet ganzheitliche Betreuung von notleidenden Menschen durch materielle, medizinische, geistliche, seelsorgerliche und psychologische Hilfe.

Tätigkeit: Kampf gegen Menschenhandel, Familienhilfe, Kinderlager, Kleingewerbe- und Landwirtschaftsförderung, Not- und Katastrophenhilfe, Verbreitung des Evangeliums.

Einsatzgebiete: Republiken der GUS, Baltikum und Südosteuropa, Asien.

Geschichte: Die COM wurde 1973 als Verein mit Sitz in Worb gegründet. Heute setzt sie ihre Missions- und Unterstützungsarbeit für die Menschen fort, die sich nach Jahrzehnten unter kommunistischen Regimes in großer geistlicher und materieller Not befinden. Missionsleiter Gallus Tannheimer und 15 weitere Mitarbeiter sind von Worb aus für die Ostmission tätig.

Publikation: „ostvision“, „visionest“

Licht im Osten

Zweck: Licht im Osten hilft Menschen in materieller, medizinischer und seelischer Not und trägt mit über 150 lokalen Partnern die uneingeschränkte Liebe Jesu in Wort und Tat an die Orte größter Armut, Unterdrückung und Dunkelheit.

Tätigkeit: Die Arbeit von Licht im Osten hat drei Schwerpunkte:

1. Not lindern: Wir helfen notleidenden Menschen und Randständigen, die weit unter dem Existenzminimum leben mit Aktion Weihnachtspäckli, Nothilfe, Winterhilfe, Hilfsgütern, Gefängnis- und Polizeiarbeit, Reha-Zentren, Frauenhaus und medizinischer Hilfe.
2. Glauben wecken: Wir fördern die Verbreitung des Evangeliums durch Gemeindegründungen, Kinder- und Jugendcamps, systematische Literaturverteilung, christliche Radiosendungen und Bibelübersetzung.

3. Zukunft ermöglichen: Wir fördern Kinder und Jugendliche durch Einschulung und Begleitung in unseren sieben Tageszentren. Mit der Gewerbeförderung geben wir Unternehmern eine Chance, Investition zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Einsatzgebiete: Über 20 Länder in Osteuropa, auf dem Balkan, in Zentralasien und Russland.

Geschichte: Licht im Osten wurde 1920 mit dem Ziel gegründet, russische Kriegsgefangene mit christlicher Literatur zu versorgen. Humanitäre Hilfe verbunden mit der Hoffnung der Guten Botschaft werden während des Kalten Krieges und darüber hinaus geleistet. Missions- und Geschäftsleiter Matthias Schöni und weitere 10 Mitarbeitende engagieren sich für die Ziele von Licht im Osten.

AVC

Zweck: AVC unterstützt Mitarbeiter und Kirchen darin, der Not in ihrer Umgebung eigenständig, in ganzheitlicher Weise und ohne Ansehen der Person zu begegnen: geistlich und materiell.

Tätigkeit:

1. AVC steht verfolgten Christen bei – gibt ihnen eine Stimme und hilft praktisch: mutig, entschlossen, wirksam.
2. AVC hilft Notleidenden – leistet bedürfnisorientierte humanitäre Hilfe: schnell, unbürokratisch, effektiv.
3. AVC macht Jesus Christus bekannt – verbreitet die christliche Botschaft: engagiert, respektvoll, mit Herz.

Einsatzgebiete: Über 60 Länder in Lateinamerika, Asien, Europa, Afrika und im Nahen Osten.

Geschichte: Das Anliegen, verfolgte Christen hinter dem Eisernen Vorhang zu unterstützen, führte im Jahr 1972 zur Gründung von AVC durch einige deutsche Pastoren. Seit 1988 besteht AVC als eigenständiger Verein in der Schweiz; das Zentrum ist in Safnern bei Biel. Das Team unter der Leitung von Daniel Hofer umfasst heute 17 Mitarbeitende (entspricht 13,5 Vollzeitstellen).

Publikation: „AVC-Report“, Rundbrief, Gebetsmail

CSI

Zweck: CSI ist eine christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und hilft Glaubensverfolgten, Not leidenden Kindern und Katastrophenopfern.

Tätigkeiten: Einsatz für Glaubens- und Gewissensfreiheit, Proteste bei Verletzung der Menschenrechte, Bemühung um Freilassung von Glaubensgefangenen, Befreiung von Sklaven, Unterstützung für Slumbewohner, Unterstützung von Schulen, Katastrophenhilfe, Initiativen für Frieden und Demokratie, Nothilfe und Entwicklungsprojekte zugunsten von diskriminierten Kindern und deren Familien in Elendsvierteln und repressiven Gesellschaften.

Einsatzgebiete: Weltweit, mit Schwerpunkten im Sudan und im Irak, in Ägypten, Pakistan, Indien, Peru, Nicaragua und in den ehemaligen Ostblockländern Rumänien und Lettland.

Geschichte: Der Zürcher Pfarrer Hansjürg Stückelberger hat Christian Solidarity International 1977 gegründet. Auslöser für die Gründung des Werkes waren 1975 Schweigemärsche in Bern und Zürich für die verfolgten Christen in der früheren Sowjetunion. Heute ist CSI in 7 Ländern vertreten. Am Hauptsitz in Zürich arbeiten 15 teil- bzw. vollzeitlich angestellte Personen. Geschäftsführer ist Dr. John Eibner.

Publikationen: Monatsmagazin «CSI», Broschüren, Bücher, Spendenbriefe, elektronischer Newsletter.

Osteuropamission

Zweck: Die Osteuropamission setzt sich für die weltweite Verbreitung des Evangeliums und für die verfolgten Christen ein. Sie leistet geistliche, soziale und materielle Hilfe an Notleidenden

Tätigkeit: Evangelisation/Gemeindebau, Bibelschulen, Hilfe an Glaubensverfolgten, Flüchtlings-/Katastrophenhilfe, Hilfstransporte, Selbsthilfeprojekte, Kinderpatenschaften. Eigene Bäckereien, Suppenküchen, Heime, Schulen und Sozialzentren.

Einsatzgebiete: Alle osteuropäischen Länder, Israel, Westbank, Pakistan, China, Indonesien.

Geschichte: Die OEM wurde im Jahr 1967 vom Evangelisten Kees van Olst gegründet, welcher durch Bibeltransporte hinter den Eisernen Vorhang unter dem Namen «Konrad» bekannt war. Mit Protestaktionen setzte sich die OEM für die zu Unrecht verurteilten Christen ein und half den betroffenen Familien mit Kinderpatenschaften. Heute ist die OEM in 24 Ländern mit hauptsächlich ehrenamtlichen Mitarbeitern tätig. Nebst dem Leiterehepaar Eelco und Elsbeth de Boer in Bäretswil sind weitere Mitarbeiter und freiwillige Helfer aktiv.

Publikation: «Osteuropa Mission»

Schweizerische Evangelische Allianz

Zweck: Die SEA fördert die Zusammenarbeit unter evangelischen Christen aus Landes- und Freikirchen sowie aus christlichen Organisationen. Als eine christliche Stimme vertritt sie deren Anliegen und Werte gesamtschweizerisch in der Gesellschaft.

Tätigkeit: Begleitung der lokalen Allianzarbeit, Koordination großer Projekte, Stellungnahmen zu aktuellen sozialemischen Fragen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Evangelischen Allianz (EEA) und der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) Einsatz für Menschenrechte und Religionsfreiheit.

Einsatzgebiete: Weltweit in 130 Ländern mit 600 Millionen Christen.

Geschichte: Die Evangelische Allianz wurde 1846 von Vertretern aus 50 Kirchen in London gegründet, um die zersplitterte evangelische Christenheit zu vermehrter Zusammenarbeit zu ermutigen. Seit 1847 besteht sie auch in der Schweiz. In Zürich und Genf werden für die Sprachregionen Sekretariate mit insgesamt zehn Mitarbeitern geführt.

Publikationen: Informationsbriefe für Interessierte (ca. sechsmal jährlich), Zeitung „Viertelstunde für den Glauben“, Gebetsheft zur Allianzgebetswoche, Publikation INSIST, Dokumentationen zu verschiedenen Sachthemen.

Studien zur Religionsfreiheit

Studies in Religious Freedom

Band 1: Max Klingberg, Thomas Schirmmacher (Hg.). Märtyrer 2001

Band 2: Thomas Schirmmacher. The Persecution of Christians Concerns Us All

Band 3: Max Klingberg, Thomas Schirmmacher (Hg.). Märtyrer 2002

Band 4: Max Klingberg, Thomas Schirmmacher (Hg.). Märtyrer 2003

Band 5: Karl Heinz Voigt, Thomas Schirmmacher (Hg.). Menschenrechte für Minderheiten in Deutschland und Europa

Band 6: Konrad Brandt, Thomas Schirmmacher (Hg.). Herausforderung China

Band 7: Max Klingberg, Thomas Schirmmacher (Hg.). Märtyrer 2004

Band 8: Thomas Schirmmacher. Bildungspflicht statt Schulzwang

Band 9: Max Klingberg, Thomas Schirmmacher (Hg.). Märtyrer 2005

Band 10: Thomas Schirmmacher, Thomas Zimmermanns (Hg.). Ein Maulkorb für Christen?

Band 11: Max Klingberg, Thomas Schirmmacher, Ron Kubsch (Hg.). Märtyrer 2006

Band 12: Max Klingberg, Thomas Schirmmacher, Ron Kubsch (Hg.). Märtyrer 2007

Band 13: Max Klingberg, Thomas Schirmmacher, Ron Kubsch (Hg.). Märtyrer 2008

Band 14: Friedemann Burkhardt, Thomas Schirmmacher (Hg.). Glaube nur im Kämmerlein?

Band 15: Thomas Schirmmacher (Hg.). Die Aufnahme verfolgter Christen aus dem Irak in Deutschland

Band 16: Max Klingberg, Thomas Schirmmacher, Ron Kubsch (Hg.). Märtyrer 2009

Band 17: Max Klingberg, Thomas Schirmmacher, Ron Kubsch (Hg.). Märtyrer 2010

Band 18: John Warwick Montgomery (Hg.). China zur Zeit des Massakers auf dem Tiananmenplatz

Band 19: Thomas Schirmmacher (Hg.). Christenverfolgung geht uns alle an

Band 20: Thomas Schirmmacher, Max Klingberg, Ron Kubsch (Hg.). Märtyrer 2011

Band 21: Thomas Schirmmacher, Max Klingberg, Ron Kubsch (Hg.). Märtyrer 2012

Band 22: Thomas Schirmmacher, Ron Kubsch, Max Klingberg (Hg.). Jahrbuch zur Verfolgung und Diskriminierung von Christen heute 2013

Band 23: Thomas Schirmmacher, Ron Kubsch, Max Klingberg (Hg.). Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2014

Band 24: Thomas Schirmmacher und Max Klingberg (Hg.). Jahrbuch Religionsfreiheit 2014

Band 25: Thomas Schirmmacher, Ron Kubsch, Max Klingberg (Hg.). Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2015

Band 26: Thomas Schirmmacher und Max Klingberg (Hg.). Jahrbuch Religionsfreiheit 2015

Band 27: Thomas Schirmmacher • Ron Kubsch • Max Klingberg (Hg.). Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016

Band 28: Thomas Schirmmacher und Max Klingberg (Hg.). Jahrbuch Religionsfreiheit 2016

Band 29: Thomas Schirmmacher und Max Klingberg (Hg.) Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2017

Band 30: Thomas Schirmmacher und Max Klingberg (Hg.) Jahrbuch Religionsfreiheit 2017

Band 31: Thomas Schirmmacher, Max Klingberg, Martin Warnecke (Hg.) Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2018

Band 32: Thomas Schirmmacher, Max Klingberg und Martin Warnecke (Hg.) Jahrbuch Religionsfreiheit 2018

Band 33: Thomas Schirmmacher, Max Klingberg, Martin Warnecke (Hg.) Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2019

Band 34: Thomas Schirmmacher, Max Klingberg, Martin Warnecke (Hg.) Jahrbuch Religionsfreiheit 2019